

Werner Beumelburg

Deutschland in Ketten

Von Versailles bis zum Youngplan

40. — 48. Tausend

Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.

Dieses Buch erscheint hiermit in Einmaliger Ausgabe für die Deutsche Hausbücherei, Hamburg 36, Schließfach 233 und wird nur an Mitglieder innerhalb einer Jahresreihe abgegeben. Einzeln ist es nur im Buchhandel in der Original-Ausgabe zu haben.

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, der Verfilmung und Verbreitung durch Rundfunk, vorbehalten. * Copyright 1931 by Gerhard Stalling A. G., Oldenburg i. O. Druck und Verlag Gerhard Stalling A. G., Oldenburg i. O.

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Drohung

- | | Seite |
|--|-------|
| 1. Kapitel: Versailles | 15 |
| Jesus Christus und Napoleon. — Clemenceaus Friedensprogramm. — Wilsons Zusammenbruch. — Brockdorff-Rantzau. — Eine nicht gehaltene Rede. — Erzberger in Weimar. — Brockdorff-Rantzaus Rücktritt. — Annahme der Friedensbedingungen. | |
| 2. Kapitel: Blutende Grenzen | 49 |
| Verlust der Ostprovinzen. — Der baltische Traum. — Das Anschlußverbot für Österreich. — Volksabstimmungen. — Die Rheinlandbesetzung. — Der erste Separatistenspuß. | |
| 3. Kapitel: Verstrickung | 65 |
| Das Jdyll von Weimar. — Der Pakt zwischen Imperialismus, Kapitalismus und Sozialismus. — Kampf gegen den deutschen Nationalismus. — „Kriegsverbrecher“, Schuld am Kriege und Militärkontrolle. — Sturm auf den Reichstag im Januar 1920. — Kapp-Putsch und Generalstreik. | |
| 4. Kapitel: Die Faust des Siegers | 85 |
| Besetzung von Frankfurt und Darmstadt. — Reichstagswahl im Frühjahr 1920. — Kabinett Lehrenbach. — Die Zusammenkunft von San Remo und das Mossulgeschäft. — Die Konferenz von Spa im Juli 1920. — General von Seeckt und Sugo Stinnes. — Die deutsche Unterschrift. | |
| 5. Kapitel: Zwischen Ost und West | 96 |
| Lenin und die Weltrevolution. — Lloyd George als Makler zwischen Ost und West. — Der russisch-polnische Krieg im Sommer 1920. — Das Wunder von Warschau. — Deutscher Kommunismus und die Moskauer Internationale. — Mißlungene Generalprobe auf die Revolutionierung Deutschlands. — Die vertagte Weltrevolution. — Lenins Pakt mit dem westlichen Kapitalismus. | |
| 6. Kapitel: Carthago | 111 |
| Weltwirtschaftsideen und Versailler Imperialismus. — Die Reparationsfrage. — Pariser Beschlüsse des Obersten Rates vom Januar 1921. — Die erste Londoner Konferenz. — Lloyd George als Clemenceau. — Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. — Die Tribut- | |

rechnung der Reparationskommission. — Verfallstag am 1. Mai 1921. — Zusammenbruch des deutschen Widerstandes, Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach und Bildung des Erfüllungskabinetts Wirth. — Annahme des Londoner Ultimatums. — Carthago.

7. Kapitel: Erfüllung 128

Aufrechterhaltung der Sanktionen. — Erpressungen und Schikanen. — Leipziger Schmachprozesse. — Innere Zerrüttung Deutschlands durch die Erfüllungspolitik. — Uebermals Verfallstag. — Der Raub Oberschlesiens. — Erzbergers Ermordung. — Kesseltreiben gegen den deutschen Nationalismus.

8. Kapitel: Der Stern von Genua 148

Lloyd Georges europäische Spekulationen. — Der Oberste Rat in Cannes im Januar 1922. — Briands Sturz und Poincarés Rückkehr. — Lloyd George und Poincaré. — Die Verbotstafeln. — Das europäische Schauspiel von Genua. — Der Rapallovertrag. — Brockdorff-Rantzau deutscher Botschafter in Moskau.

9. Kapitel: Kein Ausweg mehr 169

Poincarés Sanfarenstoß. — Ermordung Rathenaus im Juni 1922. — „Der Feind steht rechts!“ — Pariser Bankierskonferenz und Garantiekomitee. — Die zweite Londoner Konferenz ohne Deutschland. — „Produktive Pfänder.“ — Vorbereitung der Ruhrbesetzung. — Zusammenbruch des Kabinetts Wirth. — Lloyd Georges Jertum und Ende. — Kabinett Cuno und der Vorschlag eines Garantiepakts. — Holz und Telegraphenstangen. Vierzigtausend Franzosen marschieren.

Gewalt

10. Kapitel: Alle Räder stehen still 189

Generale, Tanks und Soldaten gegen Fabrikschornsteine. — Passiver Widerstand. — Vertragsbruch der Rheinlandkommission. — Die deutsche Polizei. — Reitpeitschen, Kriegsgerichte und Ausweisungen. — Raub und Plünderung. — Der blutige Ostersonntag in den Kruppwerken. — Albert Leo Schlageter. — Statistik des Wahnsinns.

11. Kapitel: Risse in der Mauer 206

Englands „wohlwollende Neutralität“. — Neues Tributangebot der Regierung Cuno. — Poincaré verlangt Unterwerfung. — Sozialdemokratie und passiver Widerstand. — Englisch-französische Auseinandersetzung. — Anrufung des amerikanischen Kapitals.

12. Kapitel: Zusammenbruch 218
 Rücktritt des Kabinetts Cuno. — Gustav Stresemann und die Große Koalition. — Die Antwort aus Paris. — Abbruch des passiven Widerstandes am 26. September 1923. — Sozialistisch-kommunistischer Terror in Sachsen. — Sittler, Kahr und Ludendorff. — Der 9. November vor der Münchener Feldherrnhalle. — Inflationswirbel.
13. Kapitel: Wendung 231
 Rheinischer Separatistenauflstand. — Die „Regierung der Rheinischen Republik“ und die Rheinlandkommission. — General de Metz in der Pfalz. — Finis Germaniae? — Regierungskrise und parlamentarisches Chaos. — Ausnahmezustand und Rentmark.
14. Kapitel: Der Schiedsrichter 248
 Kreuzzug des Dollars. — Poincarés Einlenken. — General Dawes. — Ein sauberer Plan. — Arbeiterregierung in England. — Reichstagswahl im Mai 1924, Katastrophe der Regierungsparteien, Verdoppelung der Deutschnationalen. — Poincarés Sturz und das Kabinett Herriot. — Die neue Melodie in Europa. — Versailles gegen Dawes.
15. Kapitel: König Dollar 267
 Betriebsunfall der neuen Ära. — Im Grase von Chequers. — Die „erste wahre Friedenskonferenz“ von London im Juli und August 1924. — Das Diktat der Hochfinanz. — Macdonalds Ringen mit Herriot. — Empfang der Deutschen am gemeinsamen Tisch. — Die einjährige Räumungsfrist und die Sanktionsfrage. — Marx und Stresemann unterschreiben. — Der furchtbare Bundesgenosse. — Stimme aus dem Grabe.

Überredung

16. Kapitel: Sicherheit 287
 Die unsichtbaren Tribute. — Hochfinanz und Locarno. — Die Auseinandersetzung zwischen rechts und links. — Das französische Sicherheitssystem. — Das Genfer Protokoll vom Herbst 1924. — Deutschland und die englisch-französischen Garantiepahtverhandlungen.
17. Kapitel: Locarno 300
 Englands Streben nach der Schiedsrichterschaft. — Das deutsche Memorandum vom Februar 1925. — Dreiecksverhandlungen. — Die Frage der Ostgrenzen. — Aristide Briand. — Sindingburg Reichspräsident. — „Beträcht

liche Überraschungen.“ — Tschitscherin in Warschau und Berlin. — Die Londoner Juristenkonferenz. — Geburtsstunde des Locarnogeistes. — Locarno und Versailles.

18. Kapitel: Genf 336
 Stresemanns Kampf für Locarno. — Annahme des Vertragswerkes im Reichstag. — Der Weg nach Genf. — Polens Anspruch auf einen ständigen Ratsitz. — Das Fiasko des Völkerbundes im März 1926. — Abrüstungskomödie. — Deutschlands Aufnahme in den Bund im September 1926. — Das Frühstück von Thoiry. — Poincaré redivivus.
19. Kapitel: Das doppelte Gesicht 357
 Der Imperialismus von Versailles im neuen Gewand. — Deutsche Mißerfolge in Genf. — Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. — Briands Vorstellung von Locarno. — Die Räumungsfrage. — Vergehender Optimismus. — Mißglückter Angriff auf den Dawesplan. — Eine harte Lektion. — Deutschland und die englische Einkreisungspolitik gegen Rußland. — Ruhrpolitik oder Locarnopolitik? — Das Stadium der Versumpfung. — Der Kelloggspakt vom August 1928. — Reichstagswahl im Mai 1928 und Kabinett Hermann Müller. — Räumung und Tribute.
20. Kapitel: Die Heilige Allianz 389
 Die „unabhängigen“ Sachverständigen. — Zum letztenmal Locarno. — Der Youngausschuß in Paris. — Schachts Memorandum vom 17. April 1929. — Zerüttete Reichsfinanzen. — Französischer Angriff auf die Reichsmark. — Spruch der Hochfinanz. — Feldzug gegen Schacht. — Zehn Jahre Versailles.
21. Kapitel: Das Alte sinkt 415
 Die erste Saager Konferenz im August 1929. — Ein Silberruf. — Geld, Geld, Geld! — Die Räumungsverhandlungen. — Volksbegehren gegen den Youngplan. — Stresemanns Tod. — Schacht gegen Silberding. — Die zweite Saager Konferenz im Januar 1930. — Übermals Sanktionen. — Schachts Auftreten. — Annahme des Youngplans. — Sterbender Parlamentarismus. — Ist dies der Friede? — Forderung des Nationalismus.

Vorwort

Die Ereignisse, die dieses Buch beschreibt, beginnen mit der Stunde furchtbarster Demütigung, die Deutschland je in seiner bewegten Geschichte zu erdulden hatte. Erst heute vermögen wir schauernd zu begreifen, wie tief uns das Schicksal damals beugte.

Von Versailles bis zum Haag spannen zehn Jahre ihren gewaltigen Bogen. Zehn Jahre hallen wider von dem verzweifelten Kampf um die Grundlagen des Reiches. Zehn Jahre sind angefüllt von den Bemühungen unserer Feinde, das zu vollenden, was ihnen in Versailles nur unvollkommen gelang. Sie versuchten es mit Drohung, sie versuchten es abermals mit Gewalt, und sie versuchten es endlich mit Überredung.

Das Reich ist, so Gott will, gerettet — aber das furchtbare Nachwerk von Versailles besteht. Am Ende dieses Jahrzehnts erhebt sich die bittere Erkenntnis, daß der Kampf gegen Versailles, der Kampf um unser Schicksal und unsere Zukunft, erst im Anfang steht.

Diese Erkenntnis fordert Mut, Wille und äußerste Anspannung des Nationalgefühls, wenn anders wir uns nicht an die Ketten gewöhnen wollen, die man um uns gelegt. Es handelt sich in diesem Buche nicht um die zufriedene Betrachtung erreichter Erfolge.

Der Versuch ist unternommen, die Geschichte des vergangenen Jahrzehnts in allen ihren Phasen lebendig zu gestalten. Vor dem geistigen Auge soll sich noch einmal in gedrängter Geschlossenheit abrollen, was Jahr für Jahr auf uns lastete und uns bis ins Innerste erregte. Aber wer sehen will, wird erkennen, daß dies Buch die Vergangenheit nur schildert, um in die Zukunft zu weisen.

Ein verlorener Weltkrieg, fast zwei Millionen Tote, zehn Jahre politischer Kampf nach außen mit zerrissenen Fronten im Innern mahnen uns gebieterisch, unseres Schicksals getreue und entschlossene Hüter zu sein.

Werner Beumelburg.

Drohung

1. Kapitel

Versailles

Jesus Christus und Napoleon. — Clemenceaus Friedensprogramm. — Wilsons Zusammenbruch. — Brockdorff-Rantzau. — Eine nicht gehaltene Rede. — Erzberger in Weimar. — Brockdorff-Rantzaus Rücktritt. — Annahme der Friedensbedingungen.

Am 15. Februar 1919 besteigt Präsident Wilson in Brest den Kreuzer „George Washington“. Er ist überanstrengt, nervös, er hat ein tiefes Bedürfnis nach Ruhe und Entspannung. Der Donner der salutfeuernden Geschütze des Brester Kriegshafens erschreckt ihn, und er ist froh, als er endlich allein in seinem Schiffsalon sitzt. Der Präsident will ungestört sein. Die Maschinen arbeiten ruhig, ein leichtes Vibrieren liegt im Schiff. Wer an den Räumen, die der Präsident bewohnt, vorüberkommt, geht auf den Zehenspitzen.

Wilson will schlafen. Aber in den Dämmerzustand seiner Gedanken schieben sich immerfort die Bilder der letzten Wochen. Die prunkvollen Empfänge in London, Paris und Rom, der schwärmerische Enthusiasmus halb Europas, das am Ende seiner Kraft angelangt ist und von ihm das Heil erwartet.

Des Präsidenten Gesicht zuckt unruhig.

Ihm ist, als höre er Clemenceaus knarrende Stimme... „Mon dieu, Herr Präsident, sind vierzehn Gebote nicht ein bißchen viel? Hat sich der Herrgott selbst nicht mit zehn begnügt?“ Ein andermal, im Freundeskreise, fern von den offiziellen Zimmern der Konferenz — aber Souze hat es ihm hinterbracht, er hat es von Philipp Kerr und dieser von Tardieu, der dabei gewesen — ein andermal Stoßseufzer des alten Zynikers... „Was soll ich armer Mensch machen, den das Schicksal zwischen Jesus Christus und Napoleon gestellt hat!“ Napoleon, das ist Lloyd George — Jesus Christus, das ist er, Wilson.

Es liegt wie ein Alp auf dem Unruhigen, er wird das Bild Clemenceaus nicht los. „Sie glauben nicht an den Völkerbund!“ hat er, Wilson, dem französischen Ministerpräsidenten einmal zugerufen, „wie können Sie an einer

Idee mitarbeiten, an die Sie nicht glauben?“ Und Clemenceau . . . „Jeden Abend, wenn ich zu Bett gehe, falte ich die Hände und bete, ‚Georges Clemenceau, du glaubst an den Völkerbund‘ — jeden Morgen, wenn ich aufwache, falte ich abermals die Hände und bete ‚Georges Clemenceau, du glaubst an den Völkerbund‘ . . .“

Wilson lächelt müde im Halbschlummer.

Dennoch werden die Tiger sich dazu bequemen müssen, Gras zu fressen. Fährt er nicht hinüber nach Washington, um dem Kongreß seinen fertigen Völkerbundpakt vorzulegen? Sie werden sehen, daß er Amerikas Interessen in geradezu ideale Übereinstimmung mit den Friedensbedürfnissen Europas gebracht hat. Die gehässige Kritik wird schweigen, sie werden endlich die Größe seiner Seele begreifen. Noch einmal kostet er, jetzt schon vom Schlaf umfangen, Wort für Wort die Sätze, die er gestern morgen in Paris sprach, während die Vertreter von einem halben Hundert Nationen aus aller Welt ihm lauschten, atemlos, hingerissen, an seinem Munde hängend wie am Munde — wie sagte Clemenceau? — wie am Munde des Heilands Jesus Christus . . . „Das Verbrechen ist besiegt, die Welt ist sich der Majestät des Rechts bewußt geworden. Völker, die einander bisher mißtrauten, werden als Kameraden leben und eine einzige Familie bilden. Mißtrauen und Ubelwollen sind fortgesetzt, die Menschen sehen einander freudig und begeistert ins Antlitz und rufen: ‚Wir sind Brüder! Wir ahnten es bislang noch nicht, aber jetzt haben wir es erkannt — dies hier ist unser Pakt der Freundschaft und der Brüderlichkeit‘ . . .“

Noch ein einziges Mal kehrt mit einem nervösen Ruck der Geist vor dem Schlaf um . . . er hat einen Fehler gemacht, er hätte diese Rede einen Tag vorher halten müssen, er hätte es am 13. Februar tun müssen, denn dreizehn ist seine Glückszahl. Die große Unruhe überfällt ihn wieder, er muß ein Schlafmittel nehmen — wie konnte er nicht an den dreizehnten denken! Er muß nachher mit Souze darüber sprechen. Souze hat ihm auch hinterbracht, was Madame N., die große Sibylle von Paris, über seine vierzehn Punkte geäußert . . . „Es kann daraus nichts werden“, sagte sie, „der Präsident hat den magischen Einfluß der Dreizehn zerstört, er muß einen der vierzehn Punkte fallen lassen . . .“

Souse hat ihm auch verraten, was Lloyd George vorschlug, als er von dem Spruch der Sibylle erfuhr . . . „Nichts einfacher als das“, sagte er lächelnd, „man braucht nur den Punkt über die Freiheit der Meere zu streichen und alles wird gut gehen“. Wilson ist es gar nicht zum Lächeln, die geheime Angst nagt an ihm. Er wird, um das Schicksal zu versöhnen, genau am 13. März zurückkehren.

Bei mystischen Vorstellungen versinkt endlich sein Geist unter der leichten Decke eines nervösen Schlafes. Die französische Küste ist verschwunden. Ruhig durchfurcht der „George Washington“ das Meer.



Drei Tage später feuert ein Anarchist in den Straßen von Paris zwei Revolvergeschüsse auf Georges Clemenceau ab. Der Ministerpräsident bricht zusammen. Sie bringen ihn in sein Haus. Die Ärzte stellen fest, daß die Verletzung nicht tödlich ist, aber der Ministerpräsident muß, um Komplikationen zu vermeiden, einige Wochen lang völlige Ruhe haben. Keine Geschäfte, keine Besprechungen, absolute Ruhe.

Der Tiger verzieht das Gesicht zu einer höhnischen Schmerzgrimasse. Ruhe? Jetzt Ruhe?

Wenige Stunden später empfängt er den ersten Besucher. Es ist sein Außenminister Pichon. Nach ihm wird Winston Churchill kommen, den Lloyd George als seinen Vertreter geschickt hat. Lloyd George ist wenige Tage vor Wilson abgereist, böse Stunden erwarten den englischen Premier im Unterhaus und im eigenen Kabinett. Die Tories sind wütend über die Rolle, die er in Paris spielt und der sie es zuschreiben, daß die Konferenz nicht vom Fleck kommt. Offenbar hat der Premier alles vergessen, was er im Wahlkampf versprochen, von seinem „Hang the Kaiser“ bis zu dem Gelöbnis: „Ich werde den Deutschen die Taschen umkehren!“ Die Tories wollen Zahlen über die deutschen Tribute hören, keine lächerlichen Ausflüchte, kein Versteckspielen mit Sachverständigenurteilen. Northcliffe verspritzt täglich in seinen Blättern Gift gegen den Premier, den er von einem kleinen Mann zum Napoleon der europäischen Politik hinaufgeschoben hat. Man verdächtigt, man beleidigt Lloyd George, man macht sich über ihn lustig, man

faritiert ihn. Die walisische Eidechse schillert in allen Farben des Spektrums, und die märchenhafte Beweglichkeit, die verblüffende Grundsatzlosigkeit des Premiers, die einst seine Landsleute begeisterte, wird ihm jetzt zum schwersten Vorwurf gemacht. Wo sind die deutschen Kolonien? Wo ist das Geld der Deutschen? Wo ist der Kaiser?

Clemenceau entwickelt Winston Churchill in großen Zügen das französische Programm. Man ist bisher nicht weitergekommen, sagt er, weil kein Mensch über eine feste Ansicht und ein festes Programm verfügte, alles war Gelegenheitsarbeit, alles Dilettantismus. Das muß aufhören. Die Konferenz muß nach klaren Linien marschieren, damit sie zum Ziele kommt, bevor die Deutschen mit den Russen Arm in Arm liegen und bevor die drei Duzend Kleinstaaten, die auf der Konferenz herumlungern, die Lust verlieren und Lärm schlagen. Frankreich wird den Anfang machen mit dem System der Klarheit. Frankreich will zunächst das Rheinland in irgendeiner zuverlässigen Form. Die französische Industrie braucht das Saargebiet. Da es in der Mehrzahl sowieso von Franzosen bewohnt ist, wird es am besten auch politisch an Frankreich gegliedert. Polen muß Danzig und Oberschlesien haben, denn macht man den neuen Staat nicht stark und lebensfähig, so wird er zwischen dem Bolschewismus und zwischen den rachebrütenden Deutschen einfach zerquetscht, und das bedeutet neuen Krieg. Gut, wir werden wegen der Kolonien mit uns reden lassen, aber es ist nützlich, wenn wir uns verständigen. In Europa bestimmt Frankreich, das die Hauptlast des Krieges auf seinen Schultern getragen hat und das von einer Wiederholung des Krieges am schwersten getroffen würde. Wilson kann man den Völkerbund geben, wenn er sich darein schickt, daß man seinen Charakter ein wenig umwandelt. Es geht nicht an, daß die Besiegten im Völkerbund die gleiche Rolle spielen wie die Sieger, das würde das Ende des Friedens bedeuten, den wir beschließen wollen. Wilson also den Völkerbund — aber nicht eher, keine Minute eher, bevor man sich über Europa klar ist.

Winston Churchill hört Clemenceau aufmerksam an und bespricht sich nachher mit dem englischen Außenminister, dem biblisch abgeklärten Balfour. Beide sind Tories, beiden ist Lloyd George nicht gerade sympathisch.

André Tardieu, Clemenceaus Sekretär, entwickelt eine unheimliche Geschäftigkeit. Er eilt von Kommission zu Kommission, in zwanzig Kommissionen ist er aktives Mitglied, und überall führt er durch Sachkenntnis und Dialektik. Die Engländer und Amerikaner sperren Mund und Nasen auf, da können sie nicht mit. Tardieu verdoppelt seine Arbeitskraft. Am Horizont dieser Bienengeschäftigkeit taucht der Plan eines Vorfriedensvertrages mit Deutschland auf, in dem man kurzerhand alles zusammenfassen will, was Clemenceau, Balfour und Winston Churchill sich unter dem Frieden vorstellen.

Einmal meint Tardieu mit leiser Besorgnis zu seinem Kranken Chef, der vom Bette aus den ganzen Apparat leitet: „Was wird Wilson sagen, wenn er zurück ist?“ Clemenceau starrt seinen Adlatus an. Er begreift nicht. Es ist ihm ganz gleichgültig, was der Messias sagen wird. Er wird toben, er wird drohen, er wird die Sünde ringen — was interessiert es ihn, Georges Clemenceau? Frankreichs Blut hat den gefräßigen Krieg viereinhalb Jahre lang genährt — Frankreich wird den Frieden bestimmen.

Zu dieser Zeit wird in Trier der Waffenstillstand mit den Deutschen verlängert. Die Bedingungen diktiert Marschall Foch. Man muß sorgen, die Boches ganz in die Hand zu bekommen, damit sie nicht aufmucken, wenn sie die Bestimmungen des Friedens erfahren. Je kräftiger man zupackt, um so glatter wird alles sich vollziehen. In Clemenceaus Gehirn ist kein Raum für die Vorstellung, die Deutschen könnten ihre Unterschrift im Ernst verweigern. Der Sieg ist, wie sich herausgestellt hat, so hemmungslos, daß es dem Sieger freisteht, über jede Grenze hinwegzuschreiten. Die deutsche Regierung lebt von den Gewehren einer Handvoll Soldaten und von dem Gutedünken einiger monarchistischer Offiziere.

In den vier Wochen, in denen Wilson drüben erkennen muß, daß sein eigenes Volk von dem idealen Flug seiner Weltbeglückung nichts wissen will, wird in Paris von seinem Völkerbund kein Wort gesprochen. Als der Präsident — diesmal am dreizehnten — zurückkehrt, müder, abgesspannter, nervöser noch als bei der Abreise von Brest, ist die Übereinkunft zwischen Clemenceau und den Engländern beinahe perfekt. Man will einen Präliminarfrieden.

schließen. Die Grenzen, die Tribute, die Entwaffnung, der Raub der Kolonien sind geregelt. Die vierzehn Punkte sind zerstoßen wie Spreu.

Aber jetzt ist auch Lloyd George wieder da. Der walisische Seifenmeister hat in London seinen Widersachern einen Streich versetzt, von dem sie sich noch nicht erholt haben. Er kommt kampflustiger, zuversichtlicher, freundlicher lächelnd denn je zurück und betritt die Arena.

☆

Clemenceau deckt seine Karten auf, er ist zum äußersten entschlossen.

Marschall Foch tritt am 17. März vor den Rat der großen Vier. Der Marschall beginnt mit einer historischen Vorlesung. Er schweift weit zurück in die Vergangenheit, um Frankreichs Leiden durch Deutschland zu erklären. Dann fällt der Schlag. Die Frage der französischen Ostgrenze, sagt er, ist durch den Waffenstillstand tatsächlich geregelt. Es gilt, den jetzt geschaffenen Zustand in eine dauernde Form zu überführen. Der Grundsatz steht fest, es handelt sich nur um die Methode. Der Rhein ist Frankreichs Grenze.

Lloyd George springt erregt auf. „Sie wollen ein neues Elsaß-Lothringen schaffen!“

Wilson ist bleich. Clemenceau spricht kein Wort.

Marschall Foch sagt, mit der Rheinfrage sei die Frage der polnischen Grenze eng verknüpft. Polen brauche außerdem eine starke Armee.

„Nie wird England zugeben, daß man das Rheinland dauernd von Deutschland abtrennt“, ruft Lloyd George.

„Wir sprechen von Polen“, sagt Clemenceau. Der Marschall setzt seinen Vortrag fort.

Clemenceau verlangt feste Beschlüsse, man muß zu Ende kommen, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Im Osten droht unverhüllt der Bolschewismus, die aufständischen Ukrainer stehen vor Lemberg, in Ungarn entwickelt sich die rote Diktatur. Polen ist in Gefahr. Bricht es zusammen, so hat die ganze Friedenskonferenz ihren Sinn verloren, sie kann nach Hause gehen, es muß wieder Krieg geführt werden.

Er stellt Anträge. Wilson und Lloyd George lehnen ab. Die Sitzung wird aufgehoben. Eisig trennt man sich.

Wilson kehrt in seine Wohnung in der Villa Murat zurück. Er geht in sein Arbeitszimmer, das von Detektiven und Sekretären bewacht ist. Er nimmt seinen Völkerbunds-entwurf und fängt an zu sinnieren. Der Kongress in Washington hat ihm offene Feindseligkeit gezeigt. Der Präsident erinnert sich, wie nachdrücklich man ihn gewarnt hat, nach Europa zu gehen. Sie haben sogar versucht, zu beweisen, daß er gegen die Verfassung der Union verstoße, wenn er das Land verlasse. Er ist doch gegangen. Dieser Entschluß verlangt Durchhalten bis zum Ende. Er hat alles auf eine Karte gesetzt, das läßt sich nicht rückgängig machen. Wer sollte Europa den Frieden bringen, wenn er es nicht tat?

Wilson klingelt. Der Sekretär soll den Obersten Gouse rufen. Als der Oberst kommt, weiß Wilson nicht mehr, was er mit ihm besprechen wollte. Auf der Suche nach einem Thema verfällt er auf die Frage der Tschechoslowakei. Tschechoslowakei, was ist das? Gouse spricht. Aber der Präsident hört nur flüchtig zu.

Ist sein ganzes Werk schon verloren? Ist es schon an der Zeit, die Niederlage offen einzugestehen? Er erinnert sich eines Wortes — wer sprach doch das Wort? Es war, als der „George Washington“ zum erstenmal nach Europa fuhr, als die Küste Frankreichs auftauchte, die weißen Felsen der Normandie. Wie lange ist es eigentlich her? Es war am 13. Dezember, am dreizehnten, Gott sei Dank. „Was sich vor meinem Geiste zeigt, ist eine Tragödie von Enttäuschungen . . .“ Wilson erschrickt, als das Wort lebendig vor ihn tritt, als sei es eben gesprochen worden. Der es sprach, war er selbst.

Er unterbricht Gouse, der noch von der Tschechoslowakei spricht. „Lieber Freund“, sagt er, „ich werde kämpfen müssen, ich stehe erst ganz im Anfang. Ich muß ihnen allen gegenüber treten, ich muß die Völker selbst zu Hilfe rufen. Ich muß dem Geist der Rache und der Kurzsichtigkeit erbarmungslosen Kampf ansagen . . .“

Sein Gesicht strafft sich, seine Bewegungen werden heftiger, entschlossener. Oberst Gouse gibt ihm die Hand, er lobt ihn. „Sie haben die größte Macht der Erde hinter sich, Präsident, wenn Sie den andern die Faust hinhalten, so müssen sie nachgeben. Sie wissen, wie ich Sie bewundere

— wenn Sie in solcher Haltung vor Clemenceau und Lloyd George treten, so werden Sie siegen . . .“

Wilson lächelt strahlend.

Der Präsident verbringt eine gute Nacht und schläft morgens lange und fest. Das Tagesprogramm erleidet einige Verzögerung, dies und das muß umgestellt oder verschoben werden. Schließlich aber gelingt es doch, das Wichtigste zu absolvieren.

Um elf Uhr Empfang des Herrn Wellington Koo, Führer der chinesischen Friedensdelegation. Gespräch über Schantung und die Ansprüche der Japaner. Nach zehn Minuten ein Marquis de Vogué mit einer Abordnung der Vereinigung zur Sicherung der französischen Ansprüche auf den Rhein. Man muß sie anhören, wenn es auch verlorene Zeit ist, es ist gut, wenn man in der Öffentlichkeit ein gewisses Gegengewicht gegen die Auffassung schafft, als interessiere sich der Präsident nicht genügend für die französischen Ansprüche. Dann Unterredung mit einer syrischen und chaldäischen Delegation, die eine Botschaft ihrer Völker auf Grund der vierzehn Punkte überbringt. Eine Abordnung aus Dalmatien übergibt das Ergebnis einer dalmatinischen Volksabstimmung gegen den Anschluß an Italien. Dalmatien — wo liegt das? Souse gibt einige Stichworte. Der Geschäftsträger von San Marino überbringt den Ehrenbürgerbrief der Hauptstadt seines Landes. Der Gesandte der Schweiz, Herr Calonder, sehr sympathisch, Flug und mit gesunden Grundsätzen über den Völkerbund. Miß Rose Schneidermann und Miß Mary Anderson, Delegierte einer amerikanischen Frauengemeinschaft, Petition in der Angelegenheit der deutschen Kriegsgefangenen. Der Patriarch von Konstantinopel. Essad Pascha im Namen Albaniens. Albanien — wo ist Souse? Der griechische Gesandte. Dr. Alfonso Costa, der Chef der portugiesischen Delegation, Gespräch über die Kolonialfrage.

Lunch gemeinsam mit Mr. Hoover, der über die amerikanische Hilfsaktion für die hungernden deutschen Kinder berichtet. Dazu Mr. Baker, Staatssekretär für das Kriegswesen der Vereinigten Staaten, als Sachverständiger für die Frage, was mit den deutschen Kriegsschiffen zu geschehen hat.

Eine Stunde Mittagsruhe.

Unge störter Nachmittag. Gelegenheit zu nochmaliger gründlicher Durchsicht des Völkerbundsentwurfes . . .

☆

Lloyd George weilt zum Wochenende in Fontainebleau. Nachmittags spielt er Golf, er strahlt über das ganze Gesicht. Er hat schon ganz vergessen, was er heute morgen beim Verlassen des Quai d'Orsay ausrief: „Hier ist eine Luft, als ob seit Louis Philipps Zeiten die Fenster nicht mehr geöffnet worden wären!“

In Fontainebleau ist die Luft ausgezeichnet. Es riecht nach Frühling, der Rasen ist in einer prächtigen Verfassung. Abends wird Ball sein im Hotel Atlantik, das die Engländer seinem Töchterchen Megan zu Liebe sehr artig in „Megantik“ umgetauft haben. Er wird nicht zum Ball gehen, er ist ein alter Mann — oder vielleicht doch ein halbes Stündchen, mal ein bißchen nach Megan schauen? Sie wird sich gewiß freuen.

Aber dann wird er wieder die Galgengesichter der Delegierten sehen und sich darüber ärgern. Außerdem ist der Abend herrlich hier draußen. Er nimmt das Dinner im engsten Kreise. Pikante Anekdoten werden erzählt. Ein paarmal muß der Premier so lachen, daß er sich verschluckt und daß seine Gäste ihm besorgt beispringen.

Jemand erzählt von dem neuesten Pfeilschuß Northcliffes. Der Zeitungskönig hat ein Interview mit Marschall Joch lanciert, das von Boshaftigkeit und versteckten Spitzen gegen den englischen Premier nur so überläuft. Lloyd George lächelt rosig und vergnügt. Nach dem Dinner soll Bridge gespielt werden.

Aber plötzlich steht der Premier auf und verläßt das Zimmer. Er geht in seinen Arbeitsraum. Er ordnet an, daß er ungestört bleiben will. Er macht ein paar Schritte durchs Zimmer. Dann setzt er sich und schreibt.

„Einige Betrachtungen für die Friedenskonferenz vor dem endgültigen Entwurf ihrer Bedingungen . . . Wenn Völker durch Kriege erschöpft sind, in denen sie ihre ganze Kraft eingesetzt haben, wenn sie blutend und tödlich ermattet am Boden liegen, dann ist es leicht, ihnen einen Frieden zu geben, der so lange dauert, bis die Generation ausgestorben ist, welche die Schrecken des Krieges gekostet

hat. Es ist leicht, einen Frieden zu schaffen, der ein Menschenalter andauert — aber es ist schwer, einen Frieden zu schaffen, der weiterbestehen soll, wenn auch die Kriegsgeneration ausgestorben sein wird . . . Man mag Deutschland alles nehmen, man mag ihm seine Waffen, seine Kolonien, seine Provinzen, sein Geld nehmen, es ist ganz gleich — wenn Deutschland sich durch den Frieden von 1919 betrogen fühlt, wird es Mittel und Wege finden, um sich an seinen Besiegern zu rächen . . . Ich kann keine stärkere Ursache für einen neuen Krieg erkennen, als wenn man das deutsche Volk, das sich im Kriege als eine der mächtigsten Rassen der Erde gezeigt hat, rings mit einer Menge von kleinen Staaten umgibt, die noch niemals sich selbst regiert haben, die aber mit ihren Grenzen Millionen von Deutschen umschließen werden . . . Wenn wir Deutschland ungerechte und entehrende Bedingungen auferlegen, so wird keine verantwortliche deutsche Regierung zur Unterschrift bereit sein . . . Unter allen Umständen scheint es mir nötig zu sein, daß wir einen Frieden zu schaffen bemüht sind, als seien wir unparteiische Schiedsrichter, die nichts mehr wissen von den Leidenschaften des Krieges . . .“

Dann formuliert er genaue Vorschläge. Keine Abtrennung der Rheinlande von Deutschland in irgendeiner Form. Das Saargebiet muß deutsch bleiben, Frankreich kann für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Ausbeutung der Zechen erhalten. Oberschlesien bleibt deutsch. Österreich kann sich mit dem Deutschen Reich vereinigen, wenn es will. Polen erhält einen Korridor bis nach Danzig. Deutschland wird fast gänzlich entwaffnet. Der Kaiser wird ausgeliefert und abgeurteilt. England und die Vereinigten Staaten bieten Frankreich einen Garantievertrag für seine Grenze gegenüber Deutschland an.

Ganz unscheinbar, zwischen einer Fülle von Anregungen und Vorschlägen versteckt und beim raschen Lesen fast zu übersehen, ein kurzer Satz von zwei Zeilen . . . „Deutschland tritt alle Rechte in den ehemals deutschen Kolonien und im Pachtgebiet von Kiautschou ab.“

Ein Durchschlag dieses Schreibens geht an Wilson, ein anderer an Clemenceau.

Präsident Wilson antwortet nicht. Er ist eifrig mit der Völkerbundsatzung beschäftigt. Er hat jetzt die Lösungs-

möglichkeit gefunden, die eine Annahme des Pakts durch den Kongreß sehr wahrscheinlich macht. Es muß ein Passus eingefügt werden, der den Grundsatz der amerikanischen Monroedoktrin wahr. Oberst Souze findet den Gedanken vorzüglich und glaubt, daß er Erfolg haben wird.

Clemenceau liest Lloyd Georges Schriftstück. Sein altes Gesicht verzieht sich zu einer höhnischen Grimasse. Er ruft Tardieu, den Vielgewandten. Tardieu setzt eine Erwiderung auf. Aber der Tiger findet die Limonade matt und kraftlos. Er will seinem Adlatus zeigen, wie man mit einem Kerl wie Lloyd George umspringen muß. Er schreibt selbst.

„Die französische Regierung befindet sich in völliger Übereinstimmung mit dem Grundsatz des Mr. Lloyd George, wonach der Friede, den man schließen wird, dauerhaft und gerecht sein muß . . . Mr. Lloyd George schlägt vor, Deutschland in Europa sehr gemäßigte Bedingungen aufzuerlegen, damit man nicht das tiefe Gefühl der Rache wecke. Das wäre eine vorzügliche Methode, wenn dieser Krieg für Deutschland ein europäischer Krieg gewesen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Vor dem Kriege war Deutschland eine große Seemacht, deren Zukunft auf dem Wasser lag. Die Weltmachtstellung war Deutschlands ganzer Stolz, es wird sich niemals trösten, daß es sie eingebüßt hat . . . Man hat Deutschland alle seine Kolonien genommen, ohne sich vor seiner Rache zu fürchten, seine Kriegsflotte, seine Handelsflotte, seine Auslandsmärkte. Man trifft Deutschland damit an seiner empfindlichsten Stelle — und da gibt es Leute, die glauben, man könne das Reich durch milde Bedingungen in Europa beschwichtigen! Das ist eine Illusion . . . Es ist töricht, Deutschland auf diese Weise einen Ausgleich für den Verlust seiner Stellung als Weltmacht gewähren zu wollen. Will man das Reich versöhnen, so gebe man ihm vielmehr seine Kolonien wieder . . . Wenn man Deutschland seiner Kolonien beraubt, weil es angeblich die eingeborene Bevölkerung mißhandelt hat — mit welchem Recht will man dann den Polen und den Tschechen Gebiete verweigern, die sie ehemals besessen haben und die sich der Pangermanismus widerrechtlich unterjocht hat? . . . für den Augenblick beschränkt sich die französische Regierung auf diese allgemeinen Bemerkungen . . .“

Der Zieb sitzt. Lloyd George rast und vergift sogar sein Lächeln. Uebermals greift er zur Feder.

„. . . wenn man also dem Memorandum der französischen Regierung Glauben schenken darf, so scheint Frankreich durchaus keinen Wert auf die reichen deutschen Kolonien in Afrika zu legen, die es in seinen Besitz gebracht hat. Es legt offenbar nicht den geringsten Wert auf Syrien . . . es legt keinen Wert darauf, einen beträchtlichen Teil der deutschen Handelsflotte zu erhalten oder gar einige der deutschen Schlachtkreuzer . . . es legt keinen Wert auf die angebotene Garantie Großbritanniens für seine Ostgrenze . . . Frankreich scheint lediglich darum besorgt zu sein, daß die Deutschen in Danzig den Polen ausgeliefert werden . . . Mr. Clemenceau, der die Franzosen ja besser kennt als ich, versetzt mich wohl oder übel in die Notwendigkeit, meine bisherige Auffassung von den Dingen zu revidieren. Der öffentlichen Meinung in England wird es sehr willkommen sein, daß Mr. Clemenceau keinen Wert mehr auf die Erfüllung der Versprechungen legt, die ich ihm in der Frage der Garantie gemacht habe . . . Ich fordere nichts für Großbritannien, was Frankreich nicht auch gleichzeitig erhielt . . . Ich bedaure meinen Irrtum und werde dafür Sorge tragen, daß er sich nicht wiederholt . . .“

Welch ein Schauspiel — die Räuber geraten mit den Zähnen aneinander, vergessen die mühsam gewährte Form und bezichtigen sich gegenseitig des Raubes. Es ist ein jäher, leidenschaftlicher, rücksichtsloser Durchbruch der Wahrhaftigkeit.

Abschriften des Briefwechsels gehen jedesmal an Wilson. Er antwortet nicht. Er hat seinem Völkerbundsentwurf jetzt die endgültige Gestalt gegeben, er drängt auf eine neue Sitzung des Rates der Vier, um seine Änderungen vorzutragen und zum Beschluß zu erheben.

Die Sitzung findet statt. Lloyd George und Clemenceau geben sich keine Mühe, den tiefen Abscheu voreinander zu verbergen. Sie vermeiden es, unmittelbar miteinander zu sprechen, sie sprechen nur durch Wilson.

„Wie ist es mit den Kolonien?“ fragt Lloyd George den Präsidenten.

„Es kann bei den jetzigen tatsächlichen Verhältnissen

bleiben“, sagt Wilson, „aber man muß sie in Mandate des Völkerbundes umwandeln.“

„Wie ist es mit dem Saargebiet?“ fragt Clemenceau.

„Es muß dem Völkerbund unterstellt werden“, antwortet Wilson.

„Niemals“, sagt Clemenceau. „Und wie ist es mit der Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland?“

„Unmöglich“, sagt Wilson.

Lloyd George wirft einen triumphierenden Blick auf den Tiger.

„Ich kann nichts zugestehen, was nicht mit meinen vierzehn Punkten übereinstimmt“, sagt Wilson. Er spricht es so leise, daß man es kaum vernimmt.

„Ich werde unter diesen Umständen von meinem Amt zurücktreten“, sagt Clemenceau, „Frankreich und die Welt sollen sehen, was hier vorgeht.“

Die Sitzung wird ohne Ergebnis abgebrochen.

Am gleichen Tage, spät am Abend, teilt Oberst Gouze dem englischen Premier und dem französischen Ministerpräsidenten vertraulich mit, daß Mr. Woodrow Wilson, der Präsident, nicht ungefährlich erkrankt sei. Nach Angabe der Ärzte handle es sich um eine schwere Grippe, herbeigeführt und gefördert durch übermäßige Erschöpfung.

Die rechte Hälfte seines Gesichtes lag fortwährend in heftigen Zuckungen, und man befürchtete ernstlich Schlimmeres.



In diesen Tagen bricht Wilson körperlich und seelisch völlig zusammen. Er kablet nach Amerika, man solle ihm sofort den „George Washington“ schicken. Er hat nur noch den einen Gedanken — nach Hause! Er spürt mit der dumpfen Sicherheit der Ohnmacht, daß sich ein Unheil vollzogen hat. Gouze erinnert ihn an ein Wort, das er sprach, als er zum erstenmal in Europa landete: „Wenn möglich im Guten, wenn nötig im Bösen!“ Wilson starrt den Freund an, ohne zu begreifen. Das Kabelgramm ist unterwegs.

Antwort am nächsten Tage aus Washington . . . „Der Befehl an den ‚George Washington‘, nach Frankreich zurückzukehren, wird hier als eine Tat der Ungeduld und der Unbeständigkeit des Präsidenten betrachtet und findet weder

bei Freund noch bei Feind gute Aufnahme . . . Beim gegenwärtigen Stand der Dinge zurückzutreten, wäre äußerst unflug und beschwört gefährliche Möglichkeiten herauf . . . es käme einer Desertation gleich . . .“

Das ist das Todesurteil.

Clemenceau hat von dem Telegrammwechsel mit Washington erfahren. Das ist seine große Stunde. Tags darauf ist er in Wilsons Wohnung. Der Tiger hat seine Rücktrittsdrohung völlig vergessen, er setzt zum Sprung an. Es geht jetzt ums Ganze.

Wilson sträubt sich gegen den Besuch. Ahnt er, daß dieser Mann zum Vollstrecker des Urteils an ihm ausersehen ist?

Dann findet eine kurze Unterredung statt. Als sie vorüber, ist alles entschieden. Clemenceau verläßt die Villa Murat, ohne ein Wort zu sagen. In seinen Zügen liegt schlecht verhohlener Triumph. Er hat Frankreich aus den Klauen des amerikanischen Jesus Christus und des britischen Napoleon gerettet. Der Friede, der geschlossen wird, wird ein französischer Friede sein.

Und alles für das Linsengericht des Völkerbundes! Während der ausgehungerte Kranke die hingeworfene Speise gierig verschlungen, nahm sich Clemenceau in Dausch und Bogen alles, was er brauchte.

Die Rheinlandbesetzung auf fünfzehn Jahre — der Tiger mußte schon, daß dies nur ein Freibrief für anderes sein würde — das Saargebiet — Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren, Frankreich wäre ein elender Stümper, wenn ihm das nicht gelänge — die Reparationsfrage als Druckmittel für spätere Verhandlungen — Oberschlesien für Polen, Danzig freie Stadt unter polnischer Führung — Ostpreußen zertrümmert — gänzliche Entwaffnung Deutschlands ohne zeitliche Beschränkung — Verbot des Anschlusses für Österreich — — — jetzt mochte Lloyd George toben!

Die Verhandlungen gehen weiter. Es kommt auch jetzt noch zu heftigen Zusammenstößen. Lloyd George verteidigt jede Position mit zäher Beharrlichkeit, aber man gewinnt ihn Stück für Stück durch Entgegenkommen in der Kolonialfrage.

Letzten Sturm rufen, als man die Einladung an die

Deutschen schon beschlossen, noch die Italiener hervor, die Wilson mit Fiume sinnlos vor den Kopf gestossen hat. Orlando und Sonnino reisen ab, kehren aber ebenschnell wieder zurück, in Sorge, sie könnten bei der Verteilung zu kurz kommen.

Die Japaner rebellieren noch wegen Schantung.

Dann — es ist am 13. April, Wilson legt großen Wert auf das Datum — wird beschlossen, die deutsche Regierung einzuladen, beglaubigte und bevollmächtigte Vertreter nach Versailles zu entsenden.

★

Seit Monaten bereitet sich in Berlin der deutsche Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau auf den Kampf vor, den er zu bestehen haben wird. Sein einziges Rüstzeug ist die Vernunft, die sich auf Tatsachen und Sachkenntnis stützt, sein Schild ist die deutsche Ehre, die zu wahren er im tiefsten Herzen entschlossen ist. Seine Stichwaffe sind die vierzehn Punkte des amerikanischen Präsidenten.

Das Verhältnis zwischen Brockdorff-Rantzau und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts ist nicht das beste. Aber der Außenminister, ihnen allen an Sachkenntnis und Gedankentiefe überlegen, horcht nicht auf Noskes ewige Klagelieder von der Zerlumptheit und moralischen Gesunkenheit des deutschen Volkes, er horcht nicht auf Erzbergers ständige Versicherung, man müsse nur annehmen, dann werde man zu Versöhnung und Freundschaft gelangen, er horcht nicht auf den Kanzler Scheidemann, dessen Demagogie diesem sarkastischen Aristokraten im Grunde zuwider ist — Brockdorff-Rantzau horcht auf die leisen Klänge, die aus dem unbewussten Untergrund des deutschen Volkes in seiner tiefsten Not kommen. Er wartet mit der fiebernden Ungeduld eines mühsam in Form gezwungenen Temperaments auf die Zeichen, die er braucht. Und über diesem Warten gestalten sich vor seinem Geist ferne Bilder.

Was man aus Paris an Nachrichten erhält, besagt genug. Matthias Erzberger ist zwar der Meinung, die Konferenz denke nicht daran, den Deutschen einfach zu diktieren. Erzberger weiß vorher immer aus den zuverlässigsten Quellen, was nachher ganz anders ist. Brockdorff-Rantzau ist sich klar darüber, daß er um das Recht und die Ge-

legenheit zu Verhandlungen erst wird kämpfen müssen. Er weiß, daß es von ihm allein abhängen wird, ob er dazu gelangt. Er weiß, daß es gelingen muß.

Und dann? Wenn die Bedingungen, was zu erwarten ist, so sind, daß man sie ablehnen muß?

Der Minister beschäftigt sich Tag für Tag und Nacht für Nacht mit diesem Gedanken, immer steht er im Vordergrund beim Andrang der sachlichen Vorbereitungsarbeit, die Ungeheures von ihm verlangt, und in der er völlig aufzugehen scheint.

Der Minister steht am Fenster des Auswärtigen Amtes in der Wilhelmstraße. Berlin ist seit Wochen ein Tollhaus. Die Mengen draußen stauen sich im Regierungsviertel. Geschrei und rote Plakate . . . „Nieder mit den Arbeiterverrättern Noske und Scheidemann! Hoch die Weltrevolution des internationalen Proletariats! Nieder mit der Militärdiktatur!“ Maschinengewehre knattern irgendwo. Es werden wohl wieder blutige Leiber auf dem Asphalt liegen.

Das Kabinett versammelt sich in einem Winkel. Ist es schon wieder an der Zeit, aus der Hauptstadt zu flüchten? Wohin? Noske trägt vor, man müßte mit größter Behutsamkeit vorgehen, man dürfe die Leidenschaften, die durch Liebkechts Ermordung aufgepeitscht seien, nicht zum Überkochen bringen, die dünne Haut der Ordnung, die er über das Reich gezogen habe, vertrage noch keine Belastung. Gedrückt und stumm sitzen die Minister. Ebert sieht vor sich hin und überlegt.

Da steht der Graf auf. Die blassen Züge seines Gesichtes sind nicht bewegter als sonst. Wer ihn gut kennt, spürt wie aus der Ferne, wie tief er im Innern dies Schwanken, dies Herumdrücken um eine klare Entscheidung verabscheut. Er verlangt, daß Noske mit den Truppen, die ihm zur Verfügung stehen, zu einer großen Demonstration der staatlichen Autorität mitten durch Berlin marschiert. Noske weicht aus, das sind Utopien, die Massen werden dadurch nicht beruhigt, sondern bis aufs Blut gereizt.

„Dann sagen Sie mir“, spricht der Graf hart und sieht über sie alle hinweg, „wie ich bei einem solchen Zustand deutsche Außenpolitik treiben soll.“

Mißtrauisch betrachtet Scheidemann den Sprecher. Ist er nicht Aristokrat, kennt man diese Töne nicht aus dem verfluchten alten System? Matthias Erzberger hat schon das häßliche Wort von der Dabanque-Politik auf der Zunge, das er später dem Grafen ins Gesicht schleudert. Ebert überlegt.

Brockdorff-Rantzau ist in sein Arbeitszimmer zurückgekehrt. Seine Gedanken haben die Auseinandersetzung im Kabinett schon vergessen und bauen wieder an dem fernen Gebäude, dessen Umriss er hin und wieder schon zu erkennen glaubt. Man wird hindurch müssen, man wird hindurch müssen . . . es wird ein Fegefeuer sein, aber es gibt keinen Umweg . . . man muß mitten hindurch.

Indem er wie spielerisch die brennende Zigarette dreht und ab und zu einen Blick hinauswirft auf die Baumkronen, die zu Knospen beginnen, glaubt er jenseits des Fegefeuers in losen, noch ungeformten Bildern das ferne Land zu sehen, von dem er wachend und schlafend träumt. Er sieht einen breiten Zug von Männern mit den schwierigen Fäusten der Arbeit. Er sieht, daß dieser Zug von Osten kommt und daß seine Spitze gegen Westen gerichtet ist. Er sieht, daß der Zug mit seinem Ende bis in die Steppen Asiens reicht. Jetzt sieht er, wie sich die Spitze des Zuges teilt, wie sich breite Kolonnen formen und vorwärtsrücken . . . er sieht zwei gefräßige Ungeheuer, vor denen der Zug sich entfaltet . . . er sieht, daß der Zug mit erhobenen Fäusten mitten auf diese Ungeheuer losmarschiert, die sich träge erheben und Feuer aus ihren Rachen speien . . .

Die Asche fällt von der Zigarette. Der Blick des Ministers kehrt zurück aus der ferne. Die Hand greift zur Feder. Er schreibt einen Satz nieder. Er weiß noch nicht, ob er diesen Satz einmal verwenden, wann und zu wem er ihn sprechen wird . . . „Die Entscheidung, die ich von Ihnen verlange, ist die unerbittliche Kampfansage gegen den Kapitalismus und den Imperialismus, dessen Dokument der Friedensentwurf von Versailles ist . . .“

„Die ich von Ihnen verlange . . .“ — von wem? Von Erzberger, Scheidemann, Noske, Bauer, Giesberts, Landsberg? Von der Nationalversammlung, die sich in Weimar um die neuen Reichsfarben streitet? Von dem Kabinett, das sich unschlüssig ist, ob es noch Sinn hat, einen Minister

für Kolonien beizubehalten, weil nach menschlichem Ermessen die Kolonien doch verloren sind?

Vom deutschen Volk?



Telegramm der Versailler Friedenskonferenz. Die deutsche Regierung wird gebeten, zum 25. April bevollmächtigte Delegierte nach Versailles zu entsenden, „um den von den alliierten und assoziierten Regierungen festgesetzten Text der Friedensbedingungen entgegenzunehmen . . . Die deutsche Delegation möge sich strengstens auf die ihr zugewiesene Rolle beschränken . . .“

Brockdorff-Rantzau weiß, das ist die unerbittliche Kampf-ansage Clemenceaus, der nicht mehr rütteln lassen will an dem, was er seinen Alliierten abgetrotzt hat. Das ist der Sandschuh, den der Sieger dem Besiegten hinwirft.

Matthias Erzberger drängt, es ist höchste Zeit, die Vorbereitungsarbeiten in Berlin zu beenden, man kann doch nicht eine ganze Bibliothek mitnehmen. Es wird auch gut sein, in Versailles nicht allzuviel Fragen aufzuwerfen, zum Beispiel ist es zwecklos, in der Frage von Danzig und Oberschlesien noch an die Möglichkeit von Milderungen zu glauben. Man muß sich auf das Allernotwendigste beschränken. Vor allem keine doktrinären Auseinandersetzungen wegen der Schuldfrage, es kommt nichts dabei heraus, und die Verhandlungspartner werden unnötig verstimmt. Im Grunde denkt Erzberger, die Regierung täte zehnmal besser daran, ihn selbst nach Versailles zu schicken. Daß sie ihm gerade in Trier die ganze Handelsflotte abgenommen haben, hat er schon wieder vergessen. Erzberger hat eine unbestimmbare Besorgnis vor Brockdorff-Rantzau, dem er jegliche Dummheit zutraut. Der Mann ist ein Querkopf, der Mann wird aus Hyperempfindlichkeit noch das ganze Porzellan zer- schlagen.

Brockdorff-Rantzau nimmt ruhig den Sandschuh auf, den Clemenceau ihm hingeworfen. Er depešchirt nach Versailles: „Die deutsche Regierung hat die Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten erhalten. Sie wird die Herren Gesandten von Saniel, Geheimen Legationsrat Keller . . . entsenden. Sie werden begleitet sein von zwei

Bürobeamten . . . sowie von zwei Kanzleidienern, den Herren Julius Schmidt und Niedeck . . .“

Clemenceau versteht diese Sprache sofort.

„ . . . Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der deutschen Regierung zu fordern, daß sie Delegierte entsendet, die ebenso ermächtigt sind, über alle den Frieden betreffenden Fragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen selbst . . .“

Der Graf telegraphiert zum zweitenmal. Er behält sich vor, außer den namentlich aufgeführten Mitgliedern seiner Delegation später nach eigenem Ermessen Sachverständige kommen zu lassen. Er sagt, daß seine Abreise von Berlin sich noch verzögern werde, da er noch nicht alle Vorbereitungen getroffen habe. Er verlangt sichere telegraphische und telephonische Verbindungen zwischen Paris und der Heimat. Er verlangt volle Bewegungsfreiheit für alle Mitglieder seiner Delegation in Versailles und Umgebung. Er sagt, mit den Mitteln der Diplomatie, daß er kommen wird, um zu kämpfen und nicht, um ein Diktat anzunehmen. Er tut alles mit vollkommener äußerer Ruhe, obwohl seine Nerven im Innern bereits zittern.

Wieder gibt Clemenceau nach. Er stimmt Punkt für Punkt den Forderungen des deutschen Außenministers zu.

Drei Tage nach Ablauf der gestellten Frist verläßt der Sonderzug mit der deutschen Delegation Berlin.

☆

Im Trianon-Palast-Hotel zu Versailles, am 7. Mai 1919, nachmittags drei Uhr.

Man hat die deutsche Delegation nach ihrer Ankunft eine Woche lang warten lassen. Brockdorff-Rantzau benutzt die Zeit, um sein Rüstzeug zu vervollständigen. Er arbeitet jetzt von morgens bis abends und nach seiner Weise bis tief in die Nacht hinein. Eine Sitzung innerhalb der Delegation schließt sich an die andere. Dazwischen Gespräche und kurze Spaziergänge.

Jetzt ist die Stunde da, in der es sich zeigen soll, ob ihre Arbeit einen Sinn gehabt hat. Clemenceau hat mitteilen lassen, daß es keine mündliche Verhandlung geben wird.

Die deutsche Delegation wird später Gelegenheit haben, um Aufklärung über einzelne Punkte zu bitten. Sonst nichts.

Die Automobile mit den deutschen Delegierten halten an der Hinterfront des Hotels. Man steigt aus. Ein französischer Offizier geleitet die Herren. Man geht stumm durch Gänge, zwischen Mauern, an Türen vorüber, hinter deren Ritzen die Neugier lauert. Man versammelt sich im Vestibül vor dem Saal, aus dem vielfältiges Stimmengewirr dringt.

Dann öffnet sich die Tür in strahlende Zelle.

„Die deutschen Herren Delegierten . . .“

Da sitzen sie. Die Augen müssen sich erst an die weiße Helligkeit gewöhnen. Das Summen der Gespräche ist verstummt. Da sitzen sie, Clemenceau, umrahmt von Wilson und Lloyd George. Da sitzen sie, die Vertreter von einem halben Hundert Nationen aus allen Enden der Welt. Da sitzen sie und starren mit ungenierter Begier auf die schwarzen Gestalten der Deutschen.

Graf Brockdorff-Rantzau macht eine kurze Verbeugung. Die Versammlung, die sich zur Begrüßung erhoben, nimmt geräuschvoll Platz. Hinten recken sich die Hälfe in drangvoller Enge. Es ist atemlos still.

Clemenceau steht langsam auf. Seine Fäuste ballen sich und strecken sich wieder aus. Man fühlt, daß jetzt ein wilder Krampf den Tiger schüttelt, dessen er nur mit einer furchtbaren Anstrengung Herr wird. Es könnte sein, daß der Mann in diesem Augenblick an einem Herzschlag zusammenbräche.

Die Augen des Ministerpräsidenten senken sich in das Gesicht Brockdorff-Rantzaus. Dann scheinen sie eine Sekunde lang weit in die Ferne zu gehen. Der Mann kostet diese Sekunde mit tiefen, schlürfenden Zügen. Gebändigt fallen die ersten Worte gleich schweren Steinen auf harten Boden.

„ . . . Hier ist weder der Ort noch die Stunde, um überflüssige Worte zu machen. Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches, Sie sehen vor sich die Versammlung der großen und kleinen Nationen, die zusammengekommen sind . . .“

Er kann nicht mehr weiter, der fürchterliche Zwang versagt, eine Sturzflut des Hasses bricht aus dem alten Mann

hervor, es erwürgt ihn fast. Mühsam kommen die Worte, allmählich erst gewinnt er Beherrschung zurück.

„Die Stunde der Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns den Krieg aufgezwungen — wir werden dafür sorgen, daß kein zweiter Krieg mehr entstehen kann. Sie haben uns um Frieden gebeten — wir sind geneigt, Ihnen den Frieden zu gewähren. Wir übergeben Ihnen das Buch des Friedens. Sie haben jegliche Müße, um seine Bedingungen zu studieren . . .“

Er ist fertig mit dem, was er zu sagen hatte. Aber wie der Körper schon eine Bewegung macht, sich zu setzen, reißt es ihn wieder hoch . . .

„Der zweite Friede von Versailles ist von uns zu teuer erkauft worden, als daß wir es auf uns nehmen könnten, die Folgen dieses Krieges allein zu tragen . . . Wir sind einmütig entschlossen, alle uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die uns geschuldete Genugtuung zu erlangen . . .“

Er steht immer noch, es ist als suche er nach Worten, aber als ersticke jedes Wort am Saß, der aus ihm quillt. Er steht wie einer, der vergiftet, wo er sich befindet, wie einer, der etwas Ungeheuerliches gesagt hat und nun erstaunt und dumpf darauf wartet, daß ein wildes Echo hervordonnert. Er steht wie einer, der sich leise zu verwundern beginnt, daß nichts dergleichen geschieht. Die atemlose Stille im Saal erschreckt ihn und ruft ihn zurück. Geschäftsmäßig, wegwerfend, nachlässig sagt er: „Wenn jemand Bemerkungen zu machen hat, so wird ihm das Wort dazu erteilt werden . . .“ und setzt sich.

„Ich bitte ums Wort . . .“

Das ist Brockdorff-Rantzau's Stimme. Zweihundert Augenpaare wandern von Clemenceau zu dem Deutschen hinüber.

Clemenceau winkt mit der Hand ab.

„Erst die Übersetzung . . .“

Unruhe entsteht, weil die Dolmetscher nicht zur Hand sind. Der Tiger ruft mit zitternder Stimme nach ihnen. Immer noch ringt der Saß mit seiner Beherrschung. Die Verzögerung peinigt ihn wild.

Dann sind die Dolmetscher da. Satz für Satz fällt in den Saal. Wilsons Gesicht ist unbewegt und fahl. Lloyd George

rückt unruhig auf seinem Platz. Von Zeit zu Zeit streift sein Blick flüchtig den Tisch mit den Deutschen. Dann spricht er flüsternd mit Wilson.

Broockdorff-Kantzau sitzt regungslos. Die eine Hand liegt auf der Hornbrille, die andere auf dem Manuskript.

Die Dolmetscher sind fertig. Der Sekretär der Friedenskonferenz tritt vom Tisch der großen Vier auf die Deutschen zu, verbeugt sich und legt einen schweren weißen Band auf ihren Tisch, geradenwegs vor den Außenminister. „Ich habe die Ehre, Ihnen die Bedingungen des Friedens zu überreichen . . .“

Graf Broockdorff-Kantzau steht auf, verbeugt sich leicht und nimmt wieder Platz. Seine schwarzen Handschuhe liegen auf dem weißen Band. Ruhig setzt er die Hornbrille auf und nimmt das Manuskript.

„Meine Herren . . .“

Er spricht deutsch. Die Dolmetscher übersetzen Satz für Satz. Clemenceau unterbricht mehrfach, er versteht die Dolmetscher nicht. Sie müssen nahe an ihn herantreten.

Die Sätze schreiten langsam durch den Saal.

„ . . Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Macht des Sasses, die uns hier gegenübertritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung vernommen, daß uns die Sieger gleichzeitig als Besiegte zum Zahlen zwingen und uns als Schuldige bestrafen wollen . . .“

Wilson beugt sich zu Lloyd George hinüber. Ihm gefällt diese Geste der Deutschen nicht. Das ist nicht die Haltung von Leuten, die sich des größten Verbrechens an der Menschheit schuldig fühlen.

„ . . Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen sollen — ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge . . .“

In Wilsons Gesicht zuckt es heftig. Lloyd George legt die Handfläche ans Ohr, um besser zu hören. Gedämpfte Bewegung ist im Saal.

„ . . Die öffentliche Meinung in den Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen haben soll. Wir sind bereit, getanes Unrecht einzugestehen . . .“

Lauter dann, drängender . . .

„ . . . Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das Dasein der Nation, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker abstumpft. Die Hunderttausende aber, die nach dem Kriege an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegenheit getötet, nachdem der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen . . .“

Es ist, als wolle ein Aufruhr losbrechen im Saal. Das Gemurmel schwillt an. Wilson spricht hastig auf Lloyd George ein, er verlangt Maßnahmen gegen den Deutschen. Aber Clemenceau sitzt regungslos, er schlürft Wort für Wort, was dieser Deutsche sagt, er nährt seinen Haß damit, es ist ihm ganz recht . . . die Bedingungen, das Buch, das vor dem Sprecher liegt, das ist der Sieg!

„ . . . Auf dieser Konferenz, wo wir allein der großen Anzahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir dennoch nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt — das Recht, das uns durch die Abmachung über die Grundsätze des Friedens gewährleistet ist. Sie haben auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf Ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. November hat ihr der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen mit dieser Basis unter zwei ganz bestimmten Ausnahmen einverstanden seien. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Parteien, für Sie wie für uns, bindend geworden . . .“

Während die Dolmetscher übersetzen, schaut Brockdorff-Kantzau nach Wilson hinüber. Der Präsident mag den Blick spüren — er begegnet ihm nicht. Die Rede des Ministers dauert länger als eine halbe Stunde. Als der letzte Satz übertragen, steht der Graf auf. Sein Blick kreuzt sich frei mit dem des Tigers. Er verbeugt sich und geht wortlos hinaus, von seinen Mitarbeitern gefolgt.

Nach Ablauf von zwei Wochen teilt Brockdorff-Kantgau Clemenceau mit, daß die gestellte Frist von fünfzehn Tagen nicht ausreiche, um seine Arbeit zu vollenden. Clemenceau bewilligt acht weitere Tage. Aus Berlin kommt der Entwurf einer Antwortnote an die Alliierten. Er trägt Erzbergersche Prägung. Brockdorff-Kantgau schiebt das Schriftstück beiseite.

Dann fährt er nach Spa, um sich mit Scheidemann zu besprechen. Erzberger ist mitgekommen. Scheidemann sagt wenig, Erzberger trägt die Berliner Gesichtspunkte vor. Nach seiner Meinung ist nicht mehr viel zu machen. Er hat, sagt er, außerdem günstige Nachrichten aus Paris, es wird nicht alles so schlimm sein, wie es aussieht, man muß nur erst zur Unterzeichnung kommen. Wenn unterzeichnet ist, wird alles ganz anders aussehen.

Brockdorff-Kantgau schickt seinen Bruder in Weimar zu Ebert. Gerüchte von der Spaltung im deutschen Kabinett sind in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Presse der Alliierten spinnt diesen Faden mit Begierde weiter. Ebert gibt zu, daß Erzberger die Arbeit der deutschen Delegation in Versailles mit Mißtrauen und nicht ohne persönliche Eifersucht betrachtet, aber das Kabinett, das deutsche Volk und nicht zum letzten er selbst stünden geschlossen hinter Brockdorff-Kantgau.

Brockdorff-Kantgau lehnt in Spa den Entwurf des Kabinetts ab. Er kehrt nach Versailles zurück und arbeitet weiter. Er hat schon an zwanzig einzelne Noten an die Friedenskonferenz gerichtet. Jetzt faßt er alles in einer Gesamtnote zusammen.

Lloyd George setzt zum letzten leidenschaftlichen Widerstand an. Er tritt dem Tiger entgegen. „Sie werden sehen, daß die Deutschen diese Bedingungen niemals unterzeichnen, man muß Abstriche machen!“

Es kommt zu heftigen Ausbrüchen. Wilson ist abgespannt und fast teilnahmslos. Aber Lloyd George läßt ihn nicht davonkommen, er packt ihn und reißt ihn zum Widerstand mit. Zähneknirschend muß Clemenceau in einzelnen Punkten weichen. Der weiße Band mit den Bedingungen geht zurück an die deutsche Delegation, die Änderungen sind mit roter Tinte kenntlich gemacht. In Oberschlesien soll eine Volksabstimmung stattfinden, das Saargebiet wird

nicht von den Franzosen, sondern von einer Kommission des Völkerbundes verwaltet werden. Das ist alles. In fünf Tagen soll unterzeichnet sein, sonst marschieren die Truppen über den Rhein nach Deutschland hinein.

Die deutsche Delegation verläßt Versailles, um nach Weimar zu fahren. Ihre Automobile werden von der tobenden Volksmenge mit Steinen beworfen.

Indessen die Achsen des Zuges gedämpft auf die Schienen schlagen, geht Brockdorff-Rantzau mit seinen Helfern an die Arbeit, um den Bericht fertigzustellen, den der Minister dem Kabinett und der deutschen Nationalversammlung vorzulegen gedenkt.

Später, als der Zug in langsamer Fahrt die Stätten des Krieges durchquert, sitzt Brockdorff-Rantzau allein in seinem Abteil. Die Gedanken sind wieder auf die große ferne gerichtet. Das Fegefeuer brennt — er sieht es ganz deutlich — aber danach? Was wird danach sein?

Die meisten seiner Mitarbeiter schlafen. Sie sind überanstrengt und ermattet, die letzten Wochen waren schlimm, sie brauchen ihre Kraft für Weimar. Der Kampf, den sie dort zu bestehen haben werden, wird kaum weniger schwer sein als das Bisherige.

Der Minister schreibt. Es ist das Konzept der Rede, die er vor der Nationalversammlung halten will, wenn sich das Kabinett mit ihm zur Ablehnung entschließt.

Die Rede ist nie gehalten worden.

☆

„. . . Darum rate ich, den Frieden nicht zu unterzeichnen. Ich weiß wohl, was ich den Vertretern des deutschen Volkes damit empfehle. Unsere Gegner sind nicht säumig gewesen, uns die Folgen der Ablehnung klar vor Augen zu führen. Sie werden von der See her unsere Haupthäfen besetzen, sie werden von den Landgrenzen her in unser noch unbefetztes Land einrücken, dabei werden sie sich der Hilfe unserer Gegner im Osten bedienen. Sie werden vielleicht, obwohl wir ihnen keinen Widerstand entgegensetzen sollten, zu den Zerstörungsmitteln greifen, die zu der modernen Kriegführung gehören. Alles das ist möglich — geschähe es, so wäre es das niedrigste Verbrechen, das die Weltgeschichte

kennt und würde sich bald an denen rächen, die es be-
gehen . . .“

Das Fegefeuer! Das Fegefeuer! Aber was wird danach
kommen?

„. . . Aber auch, wenn sich die Gegner auf eine einfache
Besetzung von Teilen des deutschen Restgebietes beschränken,
werden die Folgen davon, das sehe ich völlig ein, sehr
schwere sein. Die Besetzung wird lebenswichtige Teile
Deutschlands umfassen, sie wird begleitet sein von einer
verstärkten Blockierung des ganzen übrigen Deutschland.
Im besetzten Gebiet wird die Last der Fremdherrschaft, im
unbesetzten wird der Druck des Hungers und der Entbeh-
rungen wirken. Kann man unserer Bevölkerung diese Opfer
zumuten? Ich glaube, man muß es. Es werden die letzten
Opfer sein, die dieser ungeheuerliche Krieg von unserm
Volke fordert . . .“

Der Minister ist zu Ende. Er sinnt. Er sieht hinaus in
die Dunkelheit. Lichter blinken auf, sie werden jetzt zahl-
reicher. Schneller ist der Takt der schlagenden Achsen. Man
ist durch den Landstreifen hindurch, den der Hammer des
Krieges in eine Wüste verwandelt hat.

Brockdorff-Kantau nimmt eine neue Zigarette. Er ist
fürchtbar müde. Der Körper will seine Tätigkeit versagen,
aber der Geist zwingt ihn weiter. Die Hand greift nochmals
zur Feder — — wie hieß doch der Satz?

Er schreibt . . . „Die Entscheidung, die ich von Ihnen
erwarte, ist die unerbittliche Kampfansage gegen den Kapi-
talismus und den Imperialismus, dessen Dokument der
Friedensentwurf von Versailles ist . . .“



Der Graf steht vor dem Reichskabinett.

Die beiden Minister Giesberts und Landsberg sind mit
ihm in Versailles gewesen. Sie vertreten gleich ihm die
Ablehnung — aber wird er sich auf sie verlassen können?
Werden sie mit ihm kämpfen? Scheidemann, der Reichs-
ministerpräsident, hat in der Berliner Universitätsaula
unter dem großen Bild von Fichtes Rede an die deutsche
Nation für die Ablehnung gesprochen. Dabei ist ihm das
Wort von der Hand entschlüpft, die verdorren soll. Es stand
nicht in seinem vorbereiteten Manuskript, und er muß sich

nachher wegen seiner spontanen Entgleisung vom Präsidenten Ebert selbst rügen lassen. Die Kundgebung in der Berliner Aula hatte lediglich der moralischen Stärkung der deutschen Verhandlungsstellung in Versailles dienen sollen, nicht der endgültigen Ablehnung. Immerhin ist der Reichsministerpräsident für seine Person auf seine Rede festgelegt.

Viel kommt auf Noske an, denn er vertritt die bewaffnete Macht, von deren Autorität verläufig die ganze Regierung noch lebt. Es scheint undenkbar, daß die Armee den Schandspruch hinnimmt, der sie zur Auslieferung ihrer Führer im Kriege zwingt. Noske weiß das, er hat sich schon entschieden. Er gibt dem Grafen die Hand, sie sind einer Meinung. Aber es sind schon heimliche Kräfte am Werk, ihn umzustimmen.

Ebert, der Präsident, neigt der Ablehnung zu, ist aber unschlüssig. Der Blick, den er in die Zukunft richtet, ist trüb, der Wille ohne Spannkraft.

„Wenn wir durchhalten“, sagt Brockdorff-Rantzau, „wenn wir nur drei bis vier Monate durchhalten, so werden sich unsere Gegner entzweien, denn sie sind sich durchaus nicht einig über die Verteilung der Beute. Wir werden zu besseren Bedingungen gelangen . . .“

Das Kabinett bleibt stumm. Matthias Erzberger rückt unruhig auf seinem Stuhl.

„Es gibt zwei Schlagworte, gegen die ich im Kriege immer gekämpft habe“, sagt Brockdorff-Rantzau, „sie heißen ‚Durchhalten‘ und ‚Die Zeit arbeitet für uns‘ — heute nehme ich selbst diese beiden Schlagworte auf . . .“

Erzbergers Mienenspiel verrät Ironie.

Der Außenminister spricht weiter. Je länger er spricht, um so deutlicher taucht vor dem Auge seines Geistes wieder das ferne Land auf. Zu wem spricht er? Weiß er denn nicht, daß unter diesen Männern keiner ist, dem er dieses ferne, Weite, das er sieht, begreiflich machen könnte? Sieht er nicht, daß sie alle kleinmütig und verzagt am Geute kleben, daß er vor Menschen steht, die innerlich schon alles preisgegeben haben und die nur auf das erlösende Wort zur Unterwerfung warten?

Aus der Weite kehrt sein Blick wieder zurück. Ja, da ist es wieder, das Segesfeuer . . . „Wenn wir nicht unterschreiben, dann müssen wir durch ein Segesfeuer hindurch —

wenn wir unterschreiben, so wird es eine schleichende Krankheit sein, an der das Volk zugrunde geht . . .“

Der Graf verläßt die Sitzung und begibt sich in den Garten. Seine Gedanken wandern. Glied schließt sich an Glied zu einer Kette. Nichts ist beständig, alles ist im Fluß, die alten Formen verändern sich, und ehe man sich's versieht, ist das Neue schon wieder alt geworden. Alle Länder, die am Kriege teilgenommen haben, tragen in ihrem Schoß ungeheuerliche Veränderungen. Am tiefsten sind diese Veränderungen bei Deutschland, das am härtesten vom Krieg getroffen wurde. Wo ist noch das freie Spiel der Kräfte? In der Politik? In der Wirtschaft? Die Zeiten sind unwiederbringlich dahin, das Rad der Welt läßt sich nicht rückwärts drehen.

Wenn die große Synthese des Neuen mit dem Alten gelänge? Wenn es gelänge, was seinem Geist vorschwebt, seit ihn das Schicksal Deutschlands so mächtig bewegt? Wenn es gelänge, die neuen Kräfte, unter dem furchtbaren Zwang der Not geboren und von den Feinden gefördert — wenn es gelänge, diese unheimlichen Kräfte in Formen zu fassen und für die nationale Wiedergeburt des Volkes zu gewinnen? Wenn es gelänge, an Stelle des nationalistischen Kapitalismus den nationalistischen Sozialismus zu setzen? Wenn der Nationalismus sich als Waffe, als seine Armee, eine bis zum letzten durchorganisierte Wirtschaft schaffen würde? Wenn man diese ungeheuerliche Kräftezusammenballung dem Kapitalismus Englands und Amerikas in gleicher Weise entgegenstellen könnte wie dem Imperialismus Frankreichs? Was dann? Wenn eine deutsche Außenpolitik dies Instrument zu neuen Bündnissen und zur Sammlung gleichgerichteter Kräfte im zertretenen, mißhandelten und entrechteten Europa zusammenfassen könnte? Was dann?

Klarer beginnt sein Geist diese Synthese zu erfassen. Sein Wille straft sich. Aber gleich darauf peinigen wieder die alten Zweifel. Wer wird helfen? Wer wird dem Volke mit der Suggestion eines überragenden Willens begreiflich machen, was not tut? Wer wird aus diesem zerrissenen, hungernden, verbluteten Volk die Kräfte schöpfen, die nötig sind, um durch das Fegefeuer zu gehen?

Und dennoch! Gelingt es nicht, so ist Deutschlands Weg vorgezeichnet von den Wegsteinen der Not, der Verzweif-

lung, der wahnsinnigen Zusammenpferchung auf engem Raum. Dies Volk wird sich gegenseitig zerfleischen, es wird sich gegeneinanderkehren und schließlich ermatten und dahinvegetieren, widerstandslose Beute der beiden Ungeheuer, die ihre Pranken in Versailles gegen Deutschland aufgehoben haben — Imperialismus und Kapitalismus.

Zurück die Gedanken. Soll er dem Kabinett von solchen Dingen sprechen? Um seine Mundwinkel zuckt es. Sie werden ihn einen Phantasten nennen, und Erzberger wird die Zwangsjacke für ihn vorschlagen.



Am Nachmittag neue Kabinettsitzung.

Inzwischen hat Noske mit den Generalen verhandelt. Einzelne von ihnen sind zum kriegerischen Widerstand bis zum äußersten entschlossen. Die Mehrzahl ist von der Untauglichkeit dieses Mittels überzeugt. Von Sindenburg ist aus Kolberg ein Telegramm eingelaufen. Auch der Feldmarschall glaubt nicht, daß man im Westen einem ernstlichen Angriff der Gegner wird standhalten können. Noske kommt mit diesen Kenntnissen in die Sitzung. Entgegen seiner Salzung vom Vormittag ist er jetzt der Meinung, daß man unterschreiben müsse, weil man doch keinen Krieg führen könne.

Welche Sprache sprechen sie, denkt Brockdorff-Kantzau ein wenig spöttisch. Er hat das Volk nicht zu Kanonen, Maschinengewehren und Tanks aufrufen wollen. Er braucht ganz anders geartete Kräfte. Er sieht Noske an, ohne etwas zu erwidern. So also sind die Männer, auf die er sich verlassen zu können glaubte. Schmerzhaft steigt ihm der Zweifel jetzt zum Herzen.

Noch einmal spricht er. Aber die Worte klingen schon, als sei er abwesend. Da fällt Erzbergers haßerfüllt hinausgeschrienes Wort von der Vabanque-Politik. Sie werden den deutschen Westen überschwemmen, sie werden die deutschen Frauen von ihren Schwarzen schänden lassen, sie werden das Reich zerreißen und der Sabrier im Osten und Westen die letzten Fetzen zuwerfen — und das alles wegen der Halsstarrigkeit von Querköpfen, die den wahren Zustand der Dinge nicht zu begreifen vermögen. Es muß unter-

zeichnet werden, wenn es nicht anders geht, eben bedingungslos . . .

„Aber die Ehrenpunkte“, sagt Noske.

Matthias Erzberger zuckt die Achseln.

Brockdorff-Kantgau ergreift das Wort nicht wieder. Die Sitzung wird ohne Abstimmung beendet. Eine Entscheidung ist nicht gefallen. Oder ist sie doch schon gefallen?



Matthias Erzberger trifft sich, wie schon in Berlin üblich, am Abend mit dem Professor Gesnard, der sich als Beauftragter des französischen Geschäftsträgers in Berlin, Saguenin, in Weimar aufhält. Hier ist die Quelle, aus der Erzberger seine Informationen über die wahre Stimmung in Paris schöpft.

Erzberger ist in schweren Sorgen, er macht dem Franzosen gegenüber kein Hehl daraus. Die Nationalversammlung, sagt er, wird die sogenannten Ehrenpunkte nicht annehmen.

Der Professor versteht, sie sind schon aufeinander eingespült. Nun, sagt er, natürlich, diese Punkte sind bitter. Aber man muß doch auch verstehen, daß die alliirten Regierungen nicht ohne weiteres davon abgehen können, nachdem sie im Kriege ihren Völkern mehr oder weniger feste Versprechungen gemacht haben. War es nicht Lloyd George, der am lautesten rief: „Hang the Kaiser“? Im Augenblick also wird sich kaum etwas daran ändern lassen. Aber zwischen der Unterschrift unter solche Bedingungen und ihrer späteren Durchführung liegt denn doch ein Zeitraum der Entspannung der politischen Leidenschaften, man wird in einer ganz anderen Atmosphäre leben und, obwohl er, der Professor Gesnard, natürlich keineswegs autorisirt ist, im Namen der französischen Regierung zu sprechen, so könne er sich doch als vernünftiger Mann gut vorstellen, daß man auf die strikte Durchführung dieser Bestimmungen nachher durchaus nicht mehr den gleichen Wert legen würde wie jetzt auf die Unterschrift.

Erzberger saugt jedes Wort auf, obwohl ihm die Melodie keineswegs neu ist. Es stimmt alles genau, Logik und Vernunft sprechen dafür, es ist gerade dasjenige, was er selbst immer gesagt hat. Was dieser Mann hier spricht, ist

natürlich nicht seine eigene persönliche Erfindung — hier liegen Instruktionen vor, Instruktionen aus Paris!

Matthias Erzberger läuft an diesem Tage von einem Freunde zum andern, seine Freunde stecken in allen Parteien von den Unabhängigen bis zum Zentrum. Matthias Erzberger ist sich seiner Sache beinahe sicher. Er weiß, daß es jetzt auf seine ganze Energie und Betriebsamkeit ankommt.

Was Matthias Erzberger nicht weiß, daß ist der Inhalt einer kurzen Meldung, die der französische Geschäftsträger, Saguenin, von seinem Freunde, dem Herrn Professor Sennard, telephonisch verständigt, an diesem Abend auf direkter Drahtverbindung aus dem Hotel Adlon in Berlin nach Paris an seinen Regierungschef Clemenceau weitergibt. Die Meldung besagt, er, der Geschäftsträger, könne nach seinen allerneuesten Informationen seine bisher geäußerte Ansicht, daß die Deutschen unterzeichnen würden, heute mit fast absoluter Sicherheit bestätigen.

Was Matthias Erzberger in Weimar und auch der Geschäftsträger Saguenin in Berlin beide nicht wissen, das ist die triumphierende Äußerung, die Clemenceau in diesen Tagen gegenüber Lloyd George tut, der ihn immer wieder zum Nachgeben beschwört, weil die Deutschen diesen Frieden unmöglich unterzeichnen können.

„Sie werden unterzeichnen“, sagt der Tiger und sieht Lloyd George fest in die Augen, „ich habe zuverlässige Nachrichten.“

☆

Spät in der Nacht geht Graf Brockdorff-Rantzau zum Präsidenten Ebert. Hat er noch Hoffnung? Ist nicht schon alles verloren? Steht vor seinem Geist noch das ferne Bild, oder ist es schon verblaßt, zerflossen, zerronnen?

Er trifft den Präsidenten allein. Sie sprechen unter vier Augen. Wird er zu mir stehen, denkt der Graf, und das Fieber der letzten Entscheidung packt ihn aufs neue.

Der Präsident ist sehr niedergedrückt. Er spricht von dem Widerstand der Generale. Der Konflikt zwischen ihnen und Noske ist kaum noch zu vermeiden. Was dann? Ob die Alliierten darauf eingehen werden, wenn man ihnen die Unterzeichnung mit Ausnahme der Ehrenpunkte anbietet? Wenn sie es nicht tun — was wird dann kommen?

Soll ich es ihm nochmals sagen, denkt Graf Brockdorff-Kantzau — habe ich es nicht oft genug gesagt?

„Nachdem der Zwiespalt innerhalb des Kabinetts an die Öffentlichkeit gedrungen ist“, sagt der Außenminister, „haben wir von Verhandlungen mit dem Gegner nichts mehr zu erhoffen . . .“

Der Präsident schweigt.

„Man muß dieser neuen Lage Rechnung tragen . . .“, sagt der Minister und sieht den Präsidenten aufmerksam an.

Ebert, der hin und her gegangen, bleibt stehen.

Wenn er mich fragen würde, zuckt es in Brockdorff-Kantzau . . . wenn er sich aufraffte . . . wenn ihn das große Feuer ergriffe . . . wenn man ihn sehend machen könnte . . . wenn er jetzt sprechen würde . . .

Es kommt keine Antwort. Es wird nicht mehr gefragt.

Am Morgen, nach peinigender Nacht, schreibt Ulrich Graf Brockdorff-Kantzau sein Abschiedsgesuch . . .

„. . . Die auswärtige Politik, die ich geführt habe, konnte sich nur auf geistige Waffen stützen. Deutschland war durch seine militärische Niederlage, seine politische Revolution und durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse des Waffenstillstandes als materieller Machtfaktor ausgeschaltet. Trotzdem glaube ich, sagen zu dürfen, daß es mir möglich gewesen ist, seinen politischen Kredit im Ausland zu heben. Ich schreibe diesen Erfolg dem Umstande zu, daß ich die Linie, auf die ich die auswärtige Politik des Reiches anlegte, in keinem Augenblick verlassen habe . . .

Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der zuversichtlichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolge zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohen und einzuschüchtern versuchen, und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende Auffassung von dem seelischen Zustande unseres schwergeprüften Volkes, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Spiel nicht gewinnen kann. Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Dabanque-Spiel, es setzte nur Festigkeit und Selbstvertrauen voraus . . .

In der Gegenwart freilich muß ich vor der Türe des Erfolges umkehren. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiter zu leiten . . .“

☆

Alles übrige ist Nachspiel.

Noch in der Nacht hat das Reichskabinett über die Frage Annehmen oder Ablehnen abgestimmt. Stimmengleichheit. Noske ist für Unterzeichnen, Scheidemann für Ablehnen. Das Kabinett tritt zurück.

Tags darauf wird eine neue Regierung aus Sozialdemokraten und Zentrum gebildet. Reichskanzler ist der Sozialdemokrat Bauer. Auf Brockdorff-Rantzaus Platz steht der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Müller. Das Kabinett schickt Telegramm nach Versailles, daß Deutschland unterzeichnen werde, aber daß es die Schuld- und Auslieferungsparagraphen zurückweise. Die Alliierten lehnen ab, bedingungslose Unterzeichnung oder Einmarsch. Die gestellte Frist ist heute abend 7 Uhr zu Ende.

Noske spricht mit dem General Maerker. Was wird die Reichswehr tun, wenn bedingungslos unterzeichnet wird? Der General sagt, er werde für seine Person dann um Abschied bitten, die Reichswehr denke in der Mehrheit wohl wie er selbst.

Noske eilt zum Kabinett. Er ist jetzt wieder anderer Ansicht. Der Auflösung der Truppe, dem Chaos im Innern zieht er den Einmarsch der Feinde vor. Wenn das Kabinett unterschreibe, so trete er zurück.

Matthias Erzberger fährt hoch. Dies ist die letzte Gefahr, die schwerste, die seiner Arbeit droht. Schon schwankt auch seine eigene Partei wieder. Noskes Stimme gilt viel. Soll ihm der Sozialdemokrat verderben, was dem Grafen zu verderben nicht gelungen ist?

Erzberger läuft hin und her, von der Zentrumsfraktion zum Kabinett, vom Kabinett zum Präsidenten, vom Präsidenten wieder zur Fraktion, er spricht unaufhörlich, er wird heiser. Er verdoppelt seine unnatürliche Betriebsamkeit. Er wiederholt immer wieder daselbe. Sie werden einmarschieren, in fünf Stunden werden sie einmarschieren.

Das Zentrum beschließt mit großer Mehrheit jetzt die Ablehnung. Matthias Erzberger ist schon wieder bei Ebert.

Gut, so mag es denn geschehen . . . jetzt ist man ja endlich so weit, wohin man gesteuert hat . . . ein zerfallenes Kabinett, ein durcheinandergeworfenes Parlament, eine rebellierende Armee im Innern . . . ein kommunistischer Aufstand und die französischen Regimenter mitten in Deutschland. Er schreit, er gestikuliert, er ist außer sich. Er läuft schon wieder zur Fraktion.

Ebert ist allein. Es ist richtig, in vier Stunden werden sie marschieren. Nach einem letzten Salt, einem letzten Fingerzeig sucht der Präsident. Telephongespräch mit Kolberg, drüben der erste Generalquartiermeister Groener. Ebert erklärt dem General die Lage, alles ist wieder unsicher geworden, Noske ist umgefallen, das Zentrum, Maerker fürchtet militärische Rebellion. Ihre Ansicht, Herr General . . .

„. . . nicht als Erster Generalquartiermeister, sondern als Deutscher, der die Gesamtlage klar übersieht . . .“ langsam kommen die Worte durchs Telephon, „. . . gebe ich Ihnen, Herr Reichspräsident, auch in dieser Stunde den Rat . . . Wiederaufnahme des Kampfes nach vorübergehendem Erfolge im Osten aussichtslos . . . Friede muß unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden . . .“

✱

Ende. Noske bleibt im Amt. Das Zentrum revidiert seinen Beschluß, nachdem es von der Rechten die Versicherung erhalten hat, daß man ihm wegen seiner zustimmenden Haltung niemals später Vorwürfe machen werde. Um vier Uhr nachmittags geht folgendes Telegramm an den Obersten Rat der Alliierten in Paris:

„Die Regierung der Deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten vier Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend, und ohne damit ihre

Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der Deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen . . .“

☆

An diesem Abend verabschiedet sich Graf Brockdorff-Rantzau von denen, die ihm in Versailles beigestanden haben.

„Meine Herren“, sagt er mit einer Stimme, in der die tiefe Erschütterung der vergangenen Wochen und Monate nachklingt, „wir alle waren auf einen fast verlorenen Posten gestellt. Ich habe als Minister die Konsequenzen gezogen, aber ich habe den Glauben an das deutsche Volk nicht verloren. Es braucht Führer! Nicht gewillt, untätig zu bleiben, rechne ich auf Sie, wenn die Stunde gekommen sein wird. Ich vertraue darauf, daß es uns dann beschieden sein wird, nicht nur dem äußeren Feinde standzuhalten wie in Versailles, sondern auch den inneren niederzuringen. Mit Ihnen will ich es wagen!“

Fast um ein Jahrzehnt später, nachdem er sechs Jahre lang als deutscher Botschafter in Rußland sich bemüht, das ferne Ziel zu formen, das er in Versailles sah — aus Moskau in seine Heimat zurückgekehrt, spricht der Sterbende, über den der Schatten des Todes lautlos die dunklen Flügel hält: „Ich sterbe gern, denn ich habe nichts von dem erreicht, was ich erstrebte . . .“

Und dann, nach langem Schweigen . . . „Man hat mir alles zerschlagen . . . ich bin schon in Versailles gestorben . . .“

2. Kapitel.

Blutende Grenzen

Verlust der Ostprovinzen. — Der baltische Traum. — Das Anschlußverbot für Österreich. — Volksabstimmungen. — Die Rheinlandbesetzung. — Der erste Separatistenpuß.

Ende Januar des Jahres 1919 ist die deutsche Oberste Seeresleitung nach Kolberg verlegt worden. Das Deutsche Reich befindet sich im Kriegszustand mit der Republik Polen.

Ohne das Ergebnis der Versailler Konferenz abzuwarten, haben die Polen im Dezember 1918 fast die ganze Provinz Posen und Westpreußen besetzt. Die Alliierten zwingen Deutschland, die polnische Saller-Armee, die auf französischem Boden gegen Deutschland gekämpft hat, über deutschen Boden nach Polen zu transportieren. Die Armee soll gegen die Russen kämpfen, aber die Polen schließen mit den Russen rasch einen Waffenstillstand, ihnen ist es viel wichtiger, ihre Westgrenze gegen alle unangenehmen Möglichkeiten der Versailler Politik in Sicherheit zu bringen. Die Saller-Truppen tauchen bald in Posen, Westpreußen, Oberschlesien und an der Südgrenze Ostpreußens auf. Die Gefahr für den deutschen Osten wächst riesengroß.

Die Reichsregierung schickt ihre Sendboten nach Polen. Philantropen und Pazifisten bemühen sich, den Polen Moral beizubringen. Sie lassen sich in Warschau erzählen, daß Polen nicht daran denke, dem endgültigen Friedensvertrage vorzugreifen. Die Warschauer Regierung bezeichnet die Terrorakte des polnischen Nationalismus in den überfallenen Gebieten als Auswüchse der deutschen Saltung. Die Reichsregierung verhandelt mit Warschau über die Auslieferung deutscher Waffen an Polen zum Kampf gegen die russische Gefahr, während schon deutscher Grenzschutz und polnische Insurgenten in blutige Gefechte miteinander verwickelt sind.

Die preussische Regierung bereist die verbliebenen Reste der geraubten Provinzen und nimmt „an Ort und Stelle“ Untersuchungen vor. Sie bildet sich eine gründliche Meinung von den Vorgängen und stellt fest, daß „ein besonderer Heimatschutz nicht notwendig“ sei, sie ordnet an, daß „die zur Zeit noch in den Provinzen befindlichen Truppen aus fremden Bezirken sofort zurückgezogen“ werden. Als Antwort auf diese sonderbare Bereitschaft zur Verständigung weist die polnische Regierung den deutschen Vertreter aus Warschau aus und besetzt die ganze Provinz Posen. Die Reichsregierung beschließt, daß man „keine militärischen Machtmittel zur Wiedereroberung der verlorenen Gebiete einsetzen“ könne. Posen und Westpreußen sind sang- und klanglos verloren.

Im Februar 1919 ratifiziert die Nationalversammlung in Weimar, von morgens bis abends mit langatmigen und

überaus gründlichen Diskussionen über Sozialisierung, Kohlenbergbau, Verfassungsfragen und die Stellung der Soldatenräte beschäftigt, ein Abkommen mit der Republik Polen, das die augenblicklichen tatsächlichen Verhältnisse anerkennt. Aber die Polen begnügen sich nicht damit, sie drängen über die vereinbarte Linie hinweg, als bestehe keinerlei Abkommen. Inzwischen hat die deutsche Oberste Seeresleitung den Grenzschutz ausgebaut. Gefechte entwickeln sich. Es geht vorwärts gegen die Eindringlinge. Neue Hoffnung entflammt sich im Osten.

Das darf nicht sein. Der Friede von Versailles wirft seine Schatten voraus. Während Konflikte mit dem Soldatenrat die Oberste Seeresleitung hemmen, sprechen die Alliierten ihr Machtwort. Eine neue Demarkationslinie wird festgesetzt. Es ist die Grenze von Versailles.

In seiner endgültigen Gestalt bestimmt das Diktat von Versailles, daß die Bevölkerung Oberschlesiens zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Volksabstimmung selbst über ihr künftiges Schicksal zu entscheiden haben wird. Die Polen knirschen mit den Zähnen. Sie wissen, daß sie bei jeder Gewalttat auf die Unterstützung der französischen Politik rechnen können. Sie wissen, daß Clemenceau in Versailles vor Lloyd George und Wilson nur zurückgewichen ist, um Frankreichs Ziele im Osten mit anderen Mitteln weiter zu verfolgen.

Inzwischen geben sie sich alle Mühe, den Anschein zu erwecken, als strebe Oberschlesien mit aller Gewalt nach der Vereinigung mit Polen. Mitte August 1919 flammen in Kattowitz und Beuthen schwere Unruhen auf, die von deutscher Reichswehr niedergeschlagen werden. Jetzt halten die Spartakisten ihre Zeit für gekommen. Hand in Hand mit den polnischen Freischärlern gehen sie vor. Außerliche Beruhigung tritt erst ein, als im Dezember eine interalliierte Kommission ihren Einzug hält. Französische, englische und italienische Truppen besetzen das für die Abstimmung vorgesehene Gebiet. Es dauert nicht lange, bis die Franzosen sich mit den aufständischen Polen gegen die eingefessenen Deutschen verbünden. Die Reichsregierung protestiert in zahlreichen Noten, ohne etwas zu erreichen. Ein Zustand völliger Rechtlosigkeit und mittelalterlicher Un-

sicherheit tritt ein und verschlimmert sich von Tag zu Tag unter den Augen der interalliierten Kommission.



Im Innern Rußlands wehrt sich der Bolschewismus mit Mühe gegen die früheren zaristischen Generale.

Judenitsch, Denikin und Kolttschak dringen mit ihren weißen Truppen vor. Die Engländer haben in Archangelsk, die Japaner in Wladiwostok Truppen gelandet, die bewaffnete Auseinandersetzung mit den Polen steht unvermeidlich bevor, wenn man sich auch im Augenblick auf einen Waffenstillstand geeinigt. In den Ostseeprovinzen bildet sich eine antirussische Front, in Finnland herrscht die Gegenrevolution mit Hilfe deutscher Truppen.

Im Baltikum spinnt sich ein erschütterndes Drama an, ein deutscher Traum, von mittelalterlichen Erinnerungen an die Taten des deutschen Ordens genährt, eine aus Not und Verzweiflung geborene glühende Hoffnung bricht zusammen, weil die Sieger von Versailles sich dagegen wenden. Von den nachdrängenden Bolschewisten verfolgt, sammeln sich Freikorps aus den nach Westen abströmenden deutschen Divisionen. Zunächst paßt das denen von Versailles ausgezeichnet in ihre Pläne, man braucht die Deutschen dort oben, um dem Bolschewismus eine Schranke zu ziehen. Wehe ihnen aber, wenn sie die Rolle der Landsknechte im Dienste der Entente überschreiten!

Im November 1918 hat sich im Strudel der Ereignisse die Republik Lettland gebildet. Sie droht ein rasches Opfer des Bolschewismus zu werden, wehrlos liegt sie vor den andrängenden roten Regimentern. In ihrer Not wendet sich die lettische Regierung an die deutschen Freikorps. Die Deutschen sind zur Hilfe bereit, aber sie verlangen als Lohn das Einbürgerungsrecht in der jungen Republik, sie wollen im Lande bleiben, da es daheim in Deutschland für sie keine Hoffnung gibt. Die lettische Regierung verspricht alles, aber sie ist heute schon entschlossen, sich später ihres Versprechens zu entledigen.

Der Kampf beginnt. Im Januar 1919 überschwemmen die roten Truppen die alte Ordensstadt Riga, die lettische Regierung flüchtet nach Libau, in Riga herrscht die blutige Geißel des Bolschewismus. Im Mai stürmen die deutschen

Freikorps die lettische Hauptstadt und verjagen die Roten. Um die Dünabrücke von Mitau wird heiß gerungen, die roten Sturmflaggen sinken, zu Hunderten fallen die Sowjetgarden. Aus der Hauptstadt abziehend, richten sie unter der Bevölkerung ein furchtbares Blutbad an. Aber Riga ist gerettet, die rote Welle ebbt zurück.

Während der Kämpfe liegen draußen im Meerbusen englische Kriegsschiffe. Sie lösen nicht einen einzigen Schuß gegen die Bolschewisten, sie überlassen die blutige Arbeit ganz den Deutschen, die sich vorzüglich bewähren. Ja, die Entente ist mit ihnen so zufrieden, daß die Versailler Konferenz Ende Mai beschließt, die deutschen Truppen seien einstweilen in den baltischen Provinzen zu belassen. Des Dramas zweiter Teil hebt an.

Die Deutschen pochen gegenüber den Letten auf die geleisteten Dienste und fordern die Einlösung des gegebenen Versprechens. Sie wollen Land, damit sie in Frieden arbeiten können. Die lettische Regierung hält die Fordernden von Woche zu Woche hin, sie weiß schon, was sich anspinnt, ihre Beziehungen zu den Engländern sind die allerbesten. In Moskau verhandelt England schon insgeheim mit den Sowjets, um Frankreich zuzukommen. Die Sowjets werden die Randstaaten anerkennen und ihre Truppen zurückrufen, England wird seinerseits die Beziehungen zu Rußland wieder aufnehmen. Dann wird es Zeit sein, die Deutschen mit englischer Hilfe aus dem Lande zu drängen, dann wird man sie nicht mehr brauchen.

Die deutsche Reichsregierung ahnt die Vorgänge, sie will die deutschen Truppen von sich aus zurückrufen, um allen Schwierigkeiten vorzubeugen. Sie warnt und mahnt die Freikorps, aber die lassen sich nicht beirren, sie sind ihrer Sache ganz sicher, sie haben ja das lettische Versprechen in der Tasche, es ist ja alles in Ordnung.

Dann ist es endlich so weit. Am 18. Juni fordert die Versailler Konferenz die deutsche Regierung kurzerhand auf, ihre Truppen aus dem Baltikum zurückzurufen. Der Verrat tritt an den Tag. Die Reichsregierung erteilt den Abmarschbefehl, die Letten zucken mit den Achseln, die englische Militärkommission in Lettland droht. Die deutschen Freikorps stehen allein.

Aber sie wollen sich nicht beugen. Des Dramas dritter

Teil beginnt. Sie schließen mit den Letten einen Waffenstillstand, sie räumen freiwillig wieder die Städte Riga und Mitau, um die sie vor kurzem noch blutig gestritten. Sie drängen bei den Letten auf Erfüllung des Versprechens, General von der Goltz verhandelt mit der englischen Kommission. Die Engländer verweisen auf den Versailler Vertrag, der soeben unterzeichnet worden ist. Sie zeigen den Deutschen die Bestimmung, die alle Verträge im Osten hinfällig macht, also auch den Vertrag, den die deutschen Freikorps im vergangenen Dezember mit den Letten geschlossen haben. Das ist ein hinterhältiger Kniff, aber die lettische Regierung rührt keinen Finger, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen.

Schon regen die Letten sich wieder. Was gilt ihnen der Waffenstillstand, wenn sie ihn nicht mehr brauchen. Sie dringen erneut in lettisches Gebiet ein. Die lettische Regierung klagt die Deutschen der Schuld an, weil sie das Land nicht verlassen wollen, sie bittet die Entente jetzt ganz offen um Hilfe, sie läßt die Maske fallen.

Im Namen von mehr als zehntausend betrogenen deutschen Soldaten erinnert zum letztenmal eine deutsche Abordnung den lettischen Präsidenten an das gegebene Versprechen und verlangt seine Einlösung. Die Regierung habe keinerlei Versprechen gegeben, sagt der Lette und zieht sich zurück.

Jetzt steht es auf des Messers Schneide. Unter dem Druck der Alliierten bittet und fleht die Reichsregierung die Freikorps an, sie mögen zurückkehren. Die Letten geben ihnen nichts zu essen, sie sind rechtlos im Land, es kommt zu ersten Tötlichkeiten zwischen Letten und Deutschen, die Erbitterung wächst riesengroß. In ihrer Verzweiflung fällt den Freikorps ein gefährliches Mittel ein. Als die Reichsregierung mit Sperrung der Löhne und mit späterer strafrechtlicher Verfolgung droht, beginnt die Eiserne Division des Majors Bischoff mit dem russisch-zaristischen General Awaloff-Bermondts zu verhandeln. Im September werden die Verhandlungen abgeschlossen, die Division tritt in Awaloffs Dienste, sie sagt sich von ihrem Vaterland los. Andere Freikorps folgen ihrem Beispiel. Sie führen jetzt Krieg auf eigene Faust, wenn es sein muß, gegen Letten und Bolschewisten zusammen.

Auf Befehl der Entente muß jetzt die Reichsregierung jede Zahlung an die Truppen einstellen. Obwohl die Alliierten selbst seinerzeit das Verbleiben der Truppen gegen den Willen der Reichsregierung aus reinem Eigennutz durchgesetzt, drohen sie jetzt Deutschland mit neuer Blockade und mit der Besetzung des Ruhrgebiets, wenn die Regierung die Freikorps nicht zurückbringt. Die Termine für die Blockade und für die Ruhrbesetzung werden mitgeteilt. Noch einmal wendet sich das Reichskabinett beschwörend an die Freikorps. General von der Goltz wird abberufen und durch General von Eberhardt ersetzt. Aber die Freikorps bleiben taub, sie wollen von Deutschland nichts mehr wissen, sie haben Respekt und Vertrauen verloren, sie wollen nichts als ihr vermeintliches Recht. Des Dramas letzter Teil ist schon mitten im Abrollen.

Unter dem Befehl des Russen Awaloff-Bermondts greifen die Freikorps wieder zu den Waffen. Der Russe nimmt Lettland unter seinen Schutz. Mit lettischen Formationen kämpfend, in blutigen Scharmützeln vorgehend, erobern die Deutschen im Oktober Riga zum drittenmal. Das erstemal nahmen sie es im Krieg der Armee des russischen Zaren fort, das zweitemal rangen sie es den Sarden des Bolschewismus ab, heute vertreiben sie die Letten, die sie der Treulosigkeit und des Verrats bezichtigen. Dreimal will es das Schicksal, daß deutsches Blut vergeblich um diese Stadt verschüttet wird.

Aber dieser Kampf ist nur noch eine letzte Zuckung. Awaloff-Bermondts muß sich Mitte Oktober, aller Mittel beraubt und viel zu schwach, um sich gegen Letten und Bolschewisten gleichzeitig durchzusetzen, dem General von Eberhardt unterstellen. Der Abtransport der Freikorps wird vorbereitet, endlich sind sie müde geworden. Als sie zum letztenmal bitter aufbegehren, erklärt die Reichsregierung nicht nur sie, sondern auch ihre Familien aller Versorgungsansprüche für verlustig. Nun wissen sie, was die Stunde geschlagen hat. Der Gedanke an eine neue Heimat ist zerstoben, die alte Heimat soll ihnen verschlossen werden. Es ist aus. Sie fügen sich. Schweigend und verbissen verlassen sie das Land, von feindseligen Verwünschungen der Letten begleitet, die ihnen Leben und staatliche Existenz zu verdanken haben. Aber es gibt keinen Dank für den Trotz, mit

dem sie widerstanden haben, weder hier noch dort. Eine interalliierte Kontrollkommission wacht über ihrem Abtransport.

Das Drama ist zu Ende, der Traum ist ausgeträumt. Schon drängen andere Ereignisse in den Vordergrund, schon geht es wieder um deutsches Land. Es gibt kein Ende, und es gibt kein Aufatmen.



In der Zeit, als man sich in Weimar noch in Illusionen wiegte, in jenen Monaten, die dem Versailler Spruch vorausgingen, kam freudige Kunde aus Deutsch-Österreich. Wir gehören zu euch, wir wollen heim ins Reich, wenn wir auch alles verloren haben, so bleibt uns doch die brüderliche Vereinigung und der Trost der Gemeinsamkeit.

Die österreichische Nationalversammlung beschließt die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Die deutsche Nationalversammlung antwortet: „Wir sprechen die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die von beiden Regierungen einzuleitenden Verhandlungen recht bald zu festen Vereinbarungen führen und daß die Zusammengehörigkeit in einer von allen Mächten der Welt anerkannten Weise ihren Ausdruck finden möge.“

Ein Bekenntnis? Letzter unwiderstehlicher Appell an den versinkenden Idealismus der westlichen Demokratien? Tiefster Schrei nach dem schon zerronnenen Phantom der Selbstbestimmung — oder nur die klägliche Bemäntelung der Resignation?

Der Vertrag, der im Juni 1919 im Versailler Spiegelsaal unterzeichnet wird, verbietet den Anschluß. Er macht ihn von der einstimmigen Genehmigung des Völkerbundesrates abhängig, das heißt aber praktisch unmöglich.

Das Restland der zerfallenen österreichisch-ungarischen Monarchie besitzt kaum eigene Industrie. Nach drei Seiten hat man es mit feindlich gesinnten, eifersüchtigen Nachbarn umgeben. Nach dem ersten Jahre seines unglücklichen Bestehens ist das Land schon am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes angelangt, es ist aus eigener Kraft nicht mehr lebensfähig, die Dinge treiben einer Katastrophe entgegen.

Das Volk beginnt sich zu wehren, es lehnt sich gegen den Versailler Wahnsinn auf, der es zu eigenem staatlichen Da-

sein zwingt, ohne ihm die Mittel zu gewähren. Mit der Gewalt einer unterdrückten Leidenschaft betritt es den von Natur und Stammeszugehörigkeit vorgeschriebenen Weg. Es beginnt der verzweifelte und tragische Kampf dieser sieben Millionen um ihr verweigertes Recht.

Die Not steigt, die Entente rührt keinen Finger zu ihrer Behebung. Am 1. Oktober 1920 nimmt die österreichische Nationalversammlung mit übergroßer Mehrheit eine Entschließung an, die eine Volksabstimmung über den Anschluß binnen der nächsten sechs Monate verlangt.

Jetzt regen sich die Alliierten. Sie sehen, dies verstümmelte Volk ist in seiner Verzweiflung zu allem bereit, man muß ihm in seiner wirtschaftlichen Not helfen, man muß durch Gewährung wirtschaftlicher Vorteile dem Anschlußgedanken das Wasser abgraben, ehe es zu Schlimmerem kommt. Man muß Deutschösterreich zeigen, daß es Geld und Kredit bekommt, solange es gehorsam ist, und daß es die größte Gefahr läuft, wenn es gegen den Stachel von Versailles und St. Germain lößt.

Auf Frankreichs Betreiben unternehmen die Alliierten einen raffinierten Schachzug. Im Dezember 1920 wird Österreich in den Völkerbund aufgenommen, der Mund soll ihm zugebunden werden. Zunächst verspricht diese französische Politik tatsächlich Erfolg. Das Deutsche Reich ist so mit seinen eigenen Nöten beschäftigt, daß es an jeder Tatkraft in der Anschlußfrage fehlt. Die österreichische Regierung, ganz auf den rettenden Wink des Völkerbundes eingestellt, macht ausweichende Erklärungen. Die deutsche Öffentlichkeit hüben und drüben entrüstet sich bitter über solche Passivität. Aber die Ereignisse sind stärker. Österreich nimmt die Kreditverhandlungen mit dem Völkerbund auf.

Die Regierungen in Berlin und Wien schweigen, Versailles und St. Germain verschließen ihnen den Mund. Aber der österreichische Nationalrat erhebt seine Stimme abermals. Die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages der Reichsgründung am 18. Januar 1921 weckt freudige Begeisterung, ein Telegramm geht an den Präsidenten des Deutschen Reiches: „Wir gedenken bewegten Herzens des Tages, an dem vor fünfzig Jahren Deutschlands Stämme sich zum Reich vereinigt haben. In unsrer aller Herzen ruht fest

verankert die Hoffnung und das Vertrauen auf des deutschen Volkes neue Blüte. Möge die Zukunft des Deutschen Reiches und der Republik Österreich die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen."

Not und Zwang gebieten die vorsichtige Sprache, jedes Wort über den Anschluß führt zu alliirten Protestschritten, die Verhandlungen über die Völkerbundsanleihe verlangen Zurückhaltung.

Aber das Volk draußen im Lande und in den Bergen läßt sich den Mund nicht knebeln. Vertreter der Bundesländer Tirol, Salzburg, Kärnten und Steiermark fahren zum Bundeskanzler nach Wien. Sie können die Stimmung im Lande nicht mehr länger zügeln, das Volk will nicht einsehen, daß die Regierung machtlos ist, das Volk hegt Mißtrauen gegen die Regierung, kurzum, das Volk will Sandlungen sehen.

Die Großdeutsche Partei im Nationalrat greift den neuen Anstoß auf. Dem Nationalrat geht abermals der Antrag zu, es solle eine Volksabstimmung über den Anschluß vorbereitet werden. Die Regierung beschwört die Parteien, sie möchten die Kreditverhandlungen in Genf nicht stören, alles hänge davon ab, daß Österreich Geld bekomme. Die übrigen Parteien schwanken, niemand mag die Verantwortung für das Scheitern der Kreditverhandlungen auf sich nehmen. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß man sich schon aus Rücksicht auf das Deutsche Reich zurückhalten müsse, die Entente werde jede Unbotmäßigkeit mit neuem Druck auf das Reich beantworten. Noch einmal siegt der Wink mit dem Geld über das leidenschaftliche Verlangen nach Heimkehr ins Reich.

Aber draußen im Volk wächst es und schwillt es immer weiter, die tiefe Kraft der Bewegung läßt sich nicht mehr verbergen. Schon schlagen ihre Wellen wieder bis in den Nationalrat. „Wir haben uns mit Rücksicht auf die Kreditverhandlungen bis zum heutigen Tage die größte Zurückhaltung auferlegt“, ruft der Sprecher der Großdeutschen, „aber jetzt können wir diese Passivität nicht mehr verantworten. Wenn die Entente ihre Verpflichtungen nicht erfüllen will, dann soll sie endlich die Bittertore unseres Käfigs öffnen. Wir haben die Regierung bisher unterstützt,

werden das aber nur dann weiterhin tun, wenn sie unserer Anschlußpolitik nicht weiter in den Weg tritt."

Die drohende Gefahr einer spontanen Volksbewegung veranlaßt den Völkerbund zum raschen Abschluß der Verhandlungen. Aber das Ergebnis ist alles andere, als die Österreicher erhofft haben. Der Völkerbund schickt eine Finanzkommission nach Wien, ein internationales Bankenkonsortium gewährt eine Anleihe, die Österreicher müssen ihre Zölle und Monopole verpfänden, die Finanzverwaltung des Staates wird unter Kontrolle genommen. Aus der freien Republik wird eine Kolonie gemacht — das ist der Dank für die Zurückhaltung in der Anschlußfrage.

Jetzt gibt es in den einzelnen Ländern kein Halten mehr. Tirol macht den Anfang. Hier brennt das Verbot am heißesten, hier drückt die Schmach am bittersten, seit die italienische Grenze oben auf dem Brenner verläuft und den Blick in den deutschen Süden verschließt. Der Tiroler Landtag setzt die Volksabstimmung auf den 24. April 1921 fest.

Sofort eilt der französische Gesandte zum Bundeskanzler und droht, die französische Regierung werde sich von der Hilfsaktion für Österreich zurückziehen, wenn der Kanzler nicht die „Umtriebe“ unschädlich mache, die auf den Anschluß gerichtet seien. Die Vertreter Englands und Italiens schließen sich diesem Schritt an. Der Bundeskanzler versichert, daß er alles tun werde, was in der Macht seiner Regierung liege.

Aber diese Macht reicht nicht mehr bis ins Land Tirol. Die Abstimmung findet statt. Es ist ein Tag rauschender Begeisterung, ein Schrei nach der Vereinigung, der in die ganze Welt hinausdringt, wenn sie sich auch die Ohren zuhält. Von 147 000 Stimmen sind nur 2000 gegen den Anschluß, fast einstimmig ist Tirol für Heimkehr ins größere Reich). Jetzt beschließt auch Oberösterreich die Abstimmung. Salzburg folgt.

Die Wiener Regierung ist am Ende ihrer Kunst, der Wille des Volkes bricht ihre Gebote, die Länder bekümmern sich nicht mehr um die Weisungen, die ihnen von der Zentralregierung zugehen. Am 12. Mai nimmt auch der Nationalrat ein von den Großdeutschen eingebrachtes neues Gesetz über eine Volksabstimmung in ganz Österreich an.

Im letzten Augenblick können die Regierungsparteien noch die Klausel einfügen, daß der Abstimmungstag vom Nationalrat durch besonderes Gesetz festzulegen sei.

Schon sind die Vollstrecker des Versailler Diktats wieder da. Die Gesandten von Frankreich, Italien und von der Kleinen Entente erscheinen beim Bundeskanzler und stellen fest, daß sich der Beschluß des Nationalrats im Widerspruch zum Friedensvertrag von St. Germain befinde. Gehe der Nationalrat noch einen einzigen Schritt weiter, so werde die Hilfsaktion für Österreich sofort eingestellt.

Was hilft es? Ende Mai stimmt Salzburg ab. Es geht genau wie in Tirol. Von 130 000 Stimmen sind 800 gegen den Anschluß, die andern dafür. Lauter Jubel in ganz Österreich, begeisterte Kundgebungen, Steiermark setzt seine Abstimmung für den 3. Juli fest.

In der Erkenntnis ihrer Machtlosigkeit gegenüber dem eigenen Lande tritt die Wiener Regierung am 1. Juni zurück. Aber jetzt stellt sich die Tatsache heraus, daß auch die Kraft der Anschlußbewegung zu erlahmen beginnt. Die Widerstände sind zu groß. Das neugebildete Kabinett muß es bei gewundenen Erklärungen belassen. Keine Partei im Nationalrat bringt, vor die Entscheidung gestellt, den Mut und die Verantwortung auf, aus den Einzelabstimmungen der Länder die letzten Folgerungen zu ziehen. Die Anleihe macht sich spürbar. Die Finanzkontrolle funktioniert. Die Kolonisierung macht unsichtbare Fortschritte. Das Deutsche Reich steht vor den bittersten Entscheidungen, es ist mit dem Versuch beschäftigt, seine erbarmungslosen Gegner durch Erfüllung zu bekehren, von Berlin ist nichts zu hoffen.

Grauen vor der Ungewißheit der Zukunft macht sich breit und lähmt jede Entschlußkraft. Es wird still und stiller in Österreich. Am Ende des Jahres 1921 ist es nicht länger zu bezweifeln — die Gewalt hat abermals einen Sieg errungen, der Wille zur Selbstbestimmung ist unter Todesdrohungen erstickt, für lange, lange Zeit.



Blutende Grenzen, aufgerissene Wunden, die niemals heilen. Danzig und Memel sind vom deutschen Osten losgerissen, lebendige Glieder vom lebendigen Leib. Die Volks-

abstimmung im südlichen Teil von Ostpreußen verhütet das Schlimmste. Fast einstimmig bekennt sich die Bevölkerung Masurens zum Deutschtum. Noch ist Oberschlesiens Schicksal unentschieden, die Provinz wird zum Spielball der interalliierten Politik. Die Polen sind am Werke, nach dem Muster Posen und Westpreußens vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Franzosen helfen ihnen dabei. Das Schicksal Oberschlesiens wird sich zwischen Paris und London entscheiden.

Deutsch-Österreich ist verloren, solange der Versailler Vertrag bestehen wird. Südtirol ist den Italienern überliefert. Im Norden greifen die Dänen zu. Die Volksabstimmung in Nordschleswig trennt den nördlichen Teil der Provinz vom Deutschen Reich ab.

Lupen und Malmedy werden von den Belgiern annektiert. Sie besetzen die beiden Kreise, führen die Komödie einer Volksabstimmung auf und beginnen, das Deutschtum auszurotten.

Drohend erhebt sich rings um Deutschlands Grenzen das Gespenst der Minderheitenfrage. Druck erzeugt Gegendruck. Es kann kein Frieden sein, solange die Grenzen bluten.

Am tiefsten und tödlichsten aber klappt die offene Wunde im Westen.



Ein- und fünfzigtausend feindliche Soldaten stehen diesseits und jenseits des Rheins, darunter mehr als hunderttausend Franzosen. Im November 1918 kamen sie auf den Fersen der abziehenden deutschen Regimenter. Erst kamen sie allein, mit Tanks, Kavallerie, Fliegern und schweren Geschützen. Sie beschlagnahmten die Schulen, die Häuser, sie erließen Befehle und Ordonnanzen. Sie trugen die Fahnen ihrer Regimenter durch die Städte am Rhein unter dem aufreizenden Klang ihrer Kapellen, und sie verlangten von jedem Bürger, daß er sein Haupt entblöste. Ihre Offiziere bezogen fürstliche Quartiere und begannen ein Schlemmerleben auf Kosten Deutschlands. Es wurde requiriert und erbeutet, man war ja noch im Kriege.

Die Gefängnisse füllten sich, denn die Unterwerfung der Besiegten ging ihnen nicht schnell genug, sie konnten die trotzigsten Gesichter der Deutschen nicht ertragen. Die

Kriegsgerichte begannen ihre systematische Arbeit, es ging alles in Bausch und Bogen, es kam lediglich darauf an, Exempel zu statuieren. Wer sich nicht fügte, erhielt den Ausweisungsbefehl, man brauchte Wohnungen, um die ungeheuren Bedürfnisse der Armee zu befriedigen. „Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen! Wenn unsere Soldaten, trunken vom Ruhm, eure zitternden Knechte fangen, wenn die Fanfaren des Sieges den Tag der Rache verkünden . . .“ Das war die seelische Verfassung, in der sie kamen.

Erst kamen sie allein. Hinter ihnen setzte eine Völkerwanderung ein. Es kamen die Frauen und Kinder, die Dienstmädchen, die Gouvernanten, die Großmütter und die Schwiegermütter. Es kam alles, was Beine hatte, Agenten, Firmenvertreter, kleine und große Händler. Alle strömten herein, denn sie witterten die Morgenluft eines goldenen Zeitalters. Die Mark sank zu Boden, Deutschland mußte die Gehälter von Offizier und Mann auf Goldbasis zahlen. Je mehr die Bevölkerung verelendete, desto höher stieg die Lebenshaltung dieser Parasiten. Wagenladungen rollten nach Frankreich hinein, Klubsessel, Polstermöbel, Badewannen, Teppiche, Vorhänge, Sektgläser, Kochpfannen, Waschmaschinen — alles, was sich nicht wehrte, wurde den verhassten Deutschen mit ihrem eigenen Geld für einen Spottpreis abgenommen und nach Hause verschoben. Der Burfsche des französischen Generals bezog mehr als der Regierungspräsident der preussischen Verwaltung, der General das Vierfache des deutschen Ministers. Mochten die Deutschen hungern und nach den Brosamen anstehen, die von den französischen Feldküchen abfielen — die Franzosen genossen den Sieg in vollen Zügen.

Und dann kamen die Schwarzen. Dreißigtausend Neger, Marokkaner, Senegalesen, Indochinesen. Die weißen Mäntel der Spahis wehten auf den Rheinbrücken, die Stumpfnasen der Neger ängstigten die Kinder. Überfälle auf Frauen und Mädchen waren an der Tagesordnung, die verschüchterte Bevölkerung hütete sich vor Anzeige, denn man warf sie selbst ins Gefängnis, wenn sie die Beschuldigten nicht wiedererkannten. Und was sagten die Weltzeitungen schrieben, neutrale Professoren reisten, Komitees bildeten sich gegen die schwarze Schmach. Aber die Regierungen schwiegen. Frankreich sah sich nicht veranlaßt.

auch nur einen einzigen Neger gegen seinen Willen aus dem Rheinland zu rufen. Die deutschen Aufschreie verhallten im Wind. Amerika und England hielten sich die Ohren zu, sie hatten wichtigere Sorgen.

Unter der Obhut der französischen Generalität unternahm der rheinische Separatismus seinen ersten Vorstoß, der das innerpolitische Idyll von Weimar im März 1919 jäh zum Erschrecken brachte. Staunend erfuhr die Welt, daß eine Versammlung „prominenter Rheinländer“ in Köln beschlossen habe, einen „westdeutschen Freistaat“ zu gründen. Noch wußte man nicht recht, wer hinter dieser Bewegung stand, als die französischen Generale schon ihre wärmste Sympathie mit den Hochverrätern zum Ausdruck brachten.

Die Reichsregierung protestierte, die Regelung der politischen Verhältnisse am Rhein sei ausschließlich eine innerdeutsche Angelegenheit. Sie berief sich darauf, daß eine Änderung, wenn überhaupt, nur nach dem Friedensschluß vorgenommen werden könne.

Örtliche Unruhen entstanden in Wiesbaden und in der Pfalz. Die Reichsregierung verhandelte mit den rheinischen Abgeordneten der Nationalversammlung. Man war schon halb und halb bereit, nachzugeben, man sah schon das Gespenst einer unaufhaltsamen Volksbewegung, man traute sich selbst schon nichts mehr zu.

Inzwischen stellten die rheinischen Hochverräter ein Aktionsprogramm auf. Sie wollten eine rheinische Republik im Verbands des Deutschen Reiches gründen, sie wollten eine vorläufige Regierung bilden, die von Paris und London anerkannt werden sollte. Der französische Kommandierende General Mangin zeigte sich mit einem solchen Kompromiß unzufrieden, er wollte von einer rheinischen Republik im Rahmen des Reiches nichts wissen. Er wollte das haben, was zu erreichen Clemenceau und Koch nicht gelungen war, er wollte den selbständigen Freistaat. Zwischen dem General und den Separatisten wurde ungeniert verhandelt, als gebe es kein Deutsches Reich und keine deutsche Nationalversammlung mehr. Man befand sich auf dem besten Wege, das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Kurz vor der Annahme des Versailler Diktats versuchte Dorten Arm in Arm mit General Mangin das berühmte

Rezept der vollendeten Tatsachen, das an den Ostgrenzen des Deutschen Reiches so wirksam gehandhabt wurde. Die Rheinische Republik wurde ausgerufen, ein „Ministerium“ konstituierte sich im Wiesbadener Regierungsgebäude. Ehe es zu regieren anfangen konnte, wurde es von ein paar handfesten Leuten hinausgeworfen. Die klägliche Komödie dieser Staatengründung gelangte nicht über die Verteilung einiger Flugblätter hinaus. Der Regierungschef Dorten wurde von den deutschen Behörden verhaftet. Prompt erzwang der General Mangin seine Freilassung. Er brauchte den Mann noch für später.

Sie ließen sich nicht entmutigen. Es mußte bessere Vorarbeit geleistet werden, man mußte vor allem die deutsche Verwaltung in die Hand bekommen. Der erste Schritt dazu war die Einführung des Delegiertensystems. Jede Provinz, jeder Regierungsbezirk, jeder Kreis und jede Gemeinde erhielten zur „Gewährleistung der Sicherheit und des Unterhalts der Besatzungstruppen“ einen militärischen Beigeordneten mit absichtlich unbestimmten Machtbefugnissen. Das System der Ausweisungen, bisher von den örtlichen Stellen willkürlich gehandhabt, wurde in feste Formen gebracht. Die ersten Ordonnanzen der Rheinlandkommission entstanden, Post und Eisenbahn wurden den militärischen Bedürfnissen unterworfen. Französische Schulen wuchsen aus dem Boden heraus. Der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wurde unter dem Vorwand der Sicherheit ganz der militärischen Kontrolle unterworfen, kein Deutscher durfte hinüber und herüber, dessen Gesicht den Franzosen nicht gefiel. Mit viel Fleiß und Bedachtsamkeit entstand eine Organisation, die nach außen hin der interalliierten Kritik wohl standhielt, die aber dem Inhalt nach nur dazu bestimmt war, den Zielen der französischen Politik dienstbar zu sein. Sie wußten schon, was sie damit erstrebten. Mit dem ersten Tage ihrer Anwesenheit im Rheinland begannen sie die Vorbereitungen zu treffen, um sich das zu nehmen, was ihnen der Versailler Vertrag verweigert hatte. Sie schufen mit dem Rheinlandabkommen einen „Rechtszustand“, aber was zwischen den Zeilen dieser Paragraphen stand, war wichtiger als die Paragraphen selbst. Das Rheinlandabkommen war nichts als ein Instrument der französischen Politik. Diese Politik wurde von

dem Ziele bestimmt, daß der Rhein trotz Versailles, trotz England und Amerika französisch werden müsse.

☆

Im Westen, im Osten und im Süden, zu Lande und zu Wasser haben die Gegner die Stellungen bezogen, die den Versailler Frieden sichern sollen. Umstellt, bedroht und zerstückelt ist das Reich.

So hält die neue Weltordnung ihren Einzug.

3. Kapitel

Verstrickung

Das Idyll von Weimar. — Der Pakt zwischen Imperialismus, Kapitalismus und Sozialismus. — Kampf gegen den deutschen Nationalismus. — „Kriegsverbrecher“, Schuld am Kriege und Militärkontrolle. — Sturm auf den Reichstag im Januar 1920. Kapp-Putsch und Generalstreik.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung hatten der Sozialdemokratie 163, den bürgerlichen Parteien, die man als gegen die Sozialdemokratie gerichteten bezeichnen konnte, nur etwa 60 Mandate gebracht. So tief war die Resignation auf der einen Seite, so groß war auf der anderen Seite die Hoffnung auf die Sozialdemokratie.

Die Nationalversammlung hätte, da sie in Berlin nicht tagen konnte, nach Frankfurt gehen können. Viele wollten das, um in bewußter Absicht an die alte Tradition der 48er Jahre anzuknüpfen. Symbol der veränderten Zeiten — Frankfurt schied als Tagungsort für die Nationalversammlung aus, weil wenige Kilometer weiter im Westen die Tanks und die Bataillone der Sieger standen. Man dachte an Kassel. Aber das schien zu prosaisch. Da man nach Frankfurt nicht konnte, nach Kassel nicht wollte, entschied man sich für das Idyll von Weimar. Außerdem stand dort der General Maerker mit seinen Truppen, dem man sich anvertrauen zu dürfen glaubte. Das Weimarer Nationaltheater wurde zum Versammlungsraum bestimmt.

Die Mehrzahl der Abgeordneten fuhr nach Weimar mit dem erleichterten Gefühl, daß die innere Revolution über-

wunden sei und daß es nun gelte, den Aufbau des neuen Staates weise zu bedenken, gründlich zu erörtern und methodisch durchzuführen. Die äußeren Sorgen traten in den Sintergrund. Dafür bestand das Auswärtige Amt, das sich unter Brockdorff-Rantzau's Führung mit der Vorbereitung der Verhandlungen in Versailles beschäftigte.

Die Eröffnung der Nationalversammlung ist sehr feierlich. Draußen ist eine Ehrenkompagnie aufgestellt. Sie soll die im Innern neu errungene Macht symbolisieren. Hunderte von Begrüßungstelegrammen sind eingelaufen. Der achtzigjährige Alterspräsident verliest sorgfältig eins nach dem andern. Unter dem Laufen befindet sich auch ein Telegramm, das die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten fordert. Seltsames Spiel der Zeit — niemand achtet auf diese Kundgebung aus irgendeinem Winkel des Reiches.

Mit Gründlichkeit geht es an die Regierungsbildung. Nach mathematischem Rechenexempel entscheidet sich die grundlegende innerpolitische Schicksalsfrage des Deutschen Reiches, die für ein Jahrzehnt bestimmend wird. Die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten bilden die sogenannte Weimarer Koalition. Bei der Annahme des Versailler Diktats scheiden die Demokraten vorübergehend aus, aber das ist nur ein Zwischenspiel, später sind sie wieder dabei. Die Volkspartei Stresemanns weiß noch nicht, nach welcher Seite sie sich entscheiden soll, einstweilen bleibt sie in der Opposition.

Diese einfache Rechenaufgabe begräbt den Grundsatz der deutschen Revolution, bestimmt das Schicksal des Versailler Diktats, besiegelt das Los der Sozialdemokratie und entfesselt jene furchtbare innere Auseinandersetzung in Deutschland, deren erste gewaltsame Etappe später der Kapp-Putsch wird. So einfach und unscheinbar ist alles Geschehen in seinen Anfängen.

Am dritten Tage ihres Bestehens stürzt sich die Nationalversammlung auf die Verfassungsarbeit. Der Bienenschwarm summt. Nennen wir uns Deutsches Reich? Nennen wir uns Republik? Was wird aus den Arbeiter- und Soldatenräten? Schon rufen die Unabhängigen Verrat. Diese Nationalversammlung ist ungesetzlich, wir fordern das Recht der Revolution, wir fordern die sozialistische Republik! Wo bleibt die versprochene Sozialisierung? Wo

sind die Betriebsräte? Volksstaat oder Obrigkeitsstaat? Wer wählt den Reichspräsidenten? Die Parteien oder das Volk?

Dazwischen Genugtuung der Regierenden. Reichsministerpräsident Scheidemann ruft: „Als unsere starke Front ins Wanken geriet und als schließlich der geniale Zsardeur des Weltkrieges, Ludendorff, mit dem Geständnis seines Bankrotts vor uns hintreten mußte, da fiel die Binde von den Augen des Volkes, und es erkannte taumelnd die Wahrheit.“

Uralte Erinnerungen an Liberalismus gehen ehrfurchtgebietend um, großdeutsche Träume werden gehegt, der Geist von Weimar wird gegen den Geist von Potsdam aufgerufen. Mitunter gellende Schreie nach der zweiten Phase der Revolution, nach Blut, nach Rache an den Sozialdemokraten, den Arbeiterverrätern. Luise Zietz kreischt tobsüchtig, die bürgerlichen Parteien verlassen protestierend den Saal.

Unterdessen rollen dumpfe Schüsse aus Versailles. Der Boden zittert, kurzes Aufschrecken geht durch den Bienenschwarm. Aber Erzberger bringt das rasch in Ordnung. Die großen Debatten gehen weiter. Man befindet sich mitten in der Beratung des Verfassungsentwurfes, man debattiert mit ungemeiner Gründlichkeit.

Während es draußen donnert und stürmt, während die Grenzen bluten und immer neue Wunden aufgerissen werden, während im Innern alles zu zerbrechen droht, durchläuft auf der Insel von Weimar Artikel nach Artikel die Ausschußberatungen und das Plenum . . . „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern . . .“
„ . . . Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus . . .“ „ . . . Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold . . .“

Und dann kommt Versailles.



Entschied Versailles und seine Annahme zwangsläufig über die deutsche Außenpolitik des nächsten Jahrzehnts, so

bestimmte es auch die innere Politik, denn diese Außenpolitik erforderte als Grundlage im Innern die schärfste Bekämpfung des nationalen Erwachens. Zum Träger dieses Kampfes machte sich die Sozialdemokratie in dem Augenblick, als sie, in der Vorkriegsideologie ihrer Parteigrundsätze befangen, sich zum Verbündeten des westlichen Kapitalismus erklärte. Die bürgerlichen Parteien wurden zu Mitgängern. Der nationale Widerstand, aus allen offiziellen Stellen verdrängt, flüchtete ins Volk und mußte im Gegensatz zur amtlichen Politik seine Sammlung versuchen. Die Anfänge dieses Sammelprozesses sind von schweren Kämpfen durchzittert. Der deutsche Nationalismus hatte es um so schwerer, je mehr die Parteien, auf die er sich stützen zu können glaubte, mit der Linken paktierten. Er erlebte harte Rückschläge und verzweifelte oft an seiner eigenen Kraft. Nach dem ergebnislosen Abbruch des Ruhrkampfes schien er ganz zerfallen und auf einzelne zusammenhanglose Inseln beschränkt.

Wie entwickeln sich die Dinge nach Versailles?

Die Siegermächte unterstützen die deutsche Sozialdemokratie, weil sie in ihr den natürlichen Garanten ihrer Siegerstellung erblicken. Sie versagen diese Unterstützung, sobald die Sozialdemokratie auch nur die leiseste Neigung zeigt, mit den Rechtsparteien zu paktieren. Sie gewähren diese Unterstützung wieder, als die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien grundsätzlich in die Linie der sozialdemokratischen Außenpolitik einschwenkt. Das geschieht nach dem Ruhrkampf.

Diese Frontstellung zwingt die deutsche Politik zum Kampfe gegen den russischen Bolschewismus auf der einen und gegen den deutschen Nationalismus auf der anderen Seite. Mit einzelnen Schwankungen wird dieser Kampf konsequent durchgeführt, indessen die Massen des Volkes immer mehr zu dem einen oder dem anderen Pol abwandern. So entwickelt sich die heillose Spaltung des deutschen Volkes, die das Jahrzehnt der äußeren Knechtschaft im Innern kennzeichnet, als unmittelbare Folge der Politik, die das Deutsche Reich in Versailles und Weimar als Zeil und Rettung auf seine neue Fahne schrieb.

Der Kampf gegen den deutschen Nationalismus beginnt mit dem Tage von Versailles, abwechselnd von außen, den Siegern, und von innen, den Regierenden, geführt, oft von beiden gemeinsam. Die Sieger machen den Anfang.

Wenige Wochen nach Aufhebung der Blockade muß das deutsche Volk einsehen, daß weiter gehungert wird. Früher fehlte die Ware, heute fehlt das Geld. Wenigstens kann man vor den Schaufenstern stehen und sich davon überzeugen, daß es tatsächlich das alles noch gibt, diese Dinge, die schon in sagenhafte Ferne gerückt waren.

Es gibt Gefühle, die noch stärker sind als der Hunger. Die Alliierten eröffnen die Ära des Friedens damit, daß sie die deutschen Kriegsgefangenen in ihren Drahtkäfigen zurückhalten. Sie wissen, noch ist der Friede nicht ratifiziert, noch darf man dem deutschen Volke die Daumenschrauben nicht abnehmen.

Aber täuschen sie sich nicht? Kein Tag vergeht ohne erregte Kundgebungen in allen Teilen Deutschlands. Die Nationalversammlung erhebt bittere Anklage. Alles ist angenommen, alles ist geregelt, man hat sich gebeugt bis zur Erde, man hat dem nationalen Stolz das Äußerste zugemutet. Wie sagte Wilson — wie lange ist es doch her! — „Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke, wir hegen ihm gegenüber kein anderes Gefühl als das der Sympathie und Freundschaft, wir haben nicht den Wunsch, es irgendwie zu schädigen oder zu benachteiligen . . .“

Die Reichsregierung hat den härtesten Vorwürfen aus dem Innern standzuhalten, das Volk ist des Nachgebens müde, es will seine Söhne zurückhaben, vor der Sinnlosigkeit dieser Fortsetzung des Krieges erbebt es bis in die letzten Fibern. Die Stimmen derjenigen, die vor der Annahme des Friedens gewarnt haben, erhalten ein neues Gewicht.

Engländer und Amerikaner beginnen einzusehen, daß man auf diesem Wege einer neuen Katastrophe entgegensteuert, an der sie kein Interesse haben. Im August 1919 erklären sie ihre Bereitschaft, die Kriegsgefangenen freizulassen, ohne die Ratifikation des Vertrags abzuwarten. Im September trifft in Köln der erste Zug ausgemergelter Gestalten aus den Drahtzäunen des britischen Inselreichs ein. Erschütterndes Wiedersehen — in Belgien hat der

fanatisierte Pöbel die Wehrlosen mit Steinen beworfen. Sechszwanzig von ihnen sind verletzt.

Aber in Paris kehrt man sich nicht an solche Regungen der Menschlichkeit. Im November schreibt Clemenceau der deutschen Regierung — jedes Wort trägt die Prägung seines Sasses —: „Angesichts der planmäßigen Verwüstungen aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs darf die französische Regierung einer Abweichung vom Vertrage zugunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zustimmen. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind so grausam verletzt worden, daß eine Vergünstigung wie die von Ihnen erbetene nicht zugestanden werden kann. Wir schulden Deutschland nichts als die genaue Erfüllung des Vertrages, den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat, eines Krieges, den Deutschland den zivilisierten Völkern aufzwang.“

Clemenceau hielt sein Wort. Keine Stunde vor der Ratifizierung des Vertrages gab er den Befehl zum Rücktransport der Gefangenen.

Der Krieg geht weiter. Er wird nicht mehr im Felde geführt, die Waffen ruhen, er bedient sich anderer Mittel. Die Wunden, die diese Waffen schlagen, brennen heiß und bitter. Am 6. Oktober 1919 überreichen England, Frankreich und Belgien der Botschafterkonferenz in Paris die erste Liste deutscher „Kriegsverbrecher“, deren Auslieferung an ihre Gerichte sie von Deutschland verlangen werden. Die deutsche Regierung läßt sofort erklären, auch wenn man entsprechende Forderungen an sie stelle und ihre Erfüllung mit aller Gewalt betreiben wolle, so sei sie dennoch außerstande, die Auslieferung durchzuführen.

Clemenceau kehrt sich nicht daran. Worte, nichts als Worte, vor Versailles bekam man die gleiche Melodie zu hören, und es wurde doch unterzeichnet. Er kennt diese Deutschen besser, von denen er am Vorabend der Versailler Konferenz sagte, sie seien so tief gesunken, daß man sich nicht mit ihnen an einen Tisch setzen könne. Er gibt gar keine Antwort.

Die Reichsregierung geht in ihrer Verzweiflung einen Schritt weiter. Auf ihren Vorschlag stimmt die Nationalversammlung im Dezember 1919 einem Gesetz zu, das dem Reichsgericht in Leipzig die Aburteilung der „Kriegsver-

brecher“ überträgt. Das geltende deutsche Recht wird umgebogen, das höchste Gericht des Reiches muß dem Haß der Feinde Dienste leisten, die Welt soll ein so furchtbares Schauspiel der Selbsterniedrigung erleben, daß ihr darüber die Augen aufgehen.

Little Hoffnungen, der Weg in die Tiefe ist noch lange nicht zurückgelegt. Die Alliierten bestehen auf ihrem Schein. Deutschland schlägt die Mitwirkung alliierter Juristen in Leipzig vor. Tiefer hinab geht es jetzt nicht mehr. Als Antwort bestellt der französische Ministerpräsident Millerand, der den Tiger abgelöst hat, den Vorsitzenden der deutschen Friedenskommission in Paris zu sich und übergibt ihm die Auslieferungsliste.

Baron von Lersner verweigert die Annahme. Die Pariser Presse schäumt vor Wut. Er muß zurücktreten, dieser Deutsche, der sich zu widersetzen wagt. Er tritt zurück. Die Liste wird nach Berlin geschickt und am 7. Februar 1920 der deutschen Regierung durch den französischen Botschafter übergeben. Sie wird veröffentlicht. Das deutsche Volk traut seinen Augen nicht. Was es hier liest, verschlägt selbst ihm, das im letzten Jahre Tag für Tag den Kelch der Demütigung geleert hat, den Atem. Auf der Liste stehen achthundertfünfundneunzig Namen, fein dem Alphabet nach geordnet. Sieht man genauer zu, so findet man neben Sindenburg, Ludendorff, Tirpitz, dem Reichskanzler Bethmann Hollweg fast alle großen Heerführer der Kriegszeit, fast alle Unterseebootkommandanten, die vergötterten Helden des Krieges. Es ist kaum ein Name auf der Liste, der nicht als Demütigung des deutschen Stolzes gedacht ist.

Nein, das ist zuviel. Zum ersten Male ist der Bogen überspannt worden. Nun sind es die Alliierten, die zu wählen haben — bestehen sie auf der Auslieferung, so müssen sie selbst nach Deutschland kommen, um die „Verbrecher“ zu holen. Weder mit Gewalt noch mit Drohung werden sie erreichen, daß sich auch nur eine deutsche Hand bewegt, um diesem Wahnsinn Vorschub zu leisten.

In London tritt eine Konferenz der Alliierten zusammen. Zum ersten Male seit dem November 1918 geht es nicht, wie die Alliierten wollen, denn es handelt sich hier nicht mehr um die Auslieferung von Kanonen, Flugzeugen, Schiffen und Land — sie sind auf etwas gestoßen, was tiefer

sitzt, sie sind ganz unten angelangt, wo der Boden ist, und wo es tiefer nicht mehr geht.

Mit Achselzucken geben die Franzosen nach. Die Alliierten erklären sich damit einverstanden, daß die Prozesse gegen die Beschuldigten vor dem Reichsgericht stattfinden, die Teilnahme eigener Amtspersonen lehnen sie ab. Sie behalten sich vor, das Recht der Auslieferung abermals in Anspruch zu nehmen, falls das Reichsgericht ihnen nicht zu Willen sei.

Um die gleiche Zeit bereitet das kleine neutrale Holland den Siegern des Weltkrieges eine empfindliche Niederlage. Am 28. Juni 1919, am Tage der Unterzeichnung des Diktats, übergibt der französische Gesandte im Haag der niederländischen Regierung eine gemeinsame Note der alliierten Mächte, in der die Sorge ausgesprochen wird, ob Holland auch alles tue, um den Kaiser gut zu verwahren bis zu dem Zeitpunkt, an dem man seine Auslieferung verlangen würde. Noch waren sich die Alliierten nicht einig, in welcher Form sie ihm den Prozeß machen wollten. Im Januar 1920 endlich verlangen sie förmlich seine Auslieferung.

Die Niederlande antworten kühl und höflich, sie gehörten nicht zu den Unterzeichnern des Vertrags, dessen Bestimmungen für sie also auch kein geltendes Recht bedeuteten. Eine Auslieferung des Kaisers entspreche weder dem holländischen Recht noch den Traditionen des Landes.

Zum zweitenmal drängen die Alliierten, diesmal unhöflicher, herrischer, fast beleidigend. Sechszwanzig Staaten, der größte Teil der zivilisierten Welt, stünden hinter ihrer Forderung. Ob sich die Niederlande außerhalb dieser Gemeinschaft stellen wollten? Im März antwortet die niederländische Regierung kurz, die Auslieferung widerspreche Recht und Gerechtigkeit und sei durch die nationale Ehre des Landes verboten.

Und siehe da, Laß und Siegesüberheblichkeit müssen sich beugen, weil sie sich zu weit vorgewagt haben. Zähneknirschend schieben die Alliierten der Regierung der Niederlande alle Verantwortung für die Folgen ihres Verhaltens zu. Dann wird es still in dieser Frage.

Wenige Tage nach ihrem Zusammentritt im Januar 1919 setzte die Versailler Friedenskonferenz der Alliierten einen Ausschuß zur „Feststellung der deutschen Verantwortlichkeit für den Krieg und zur Ermittlung der aufzuerlegenden Strafen“ ein. Den Vorsitz übernahm Wilsons Staatssekretär Lansing.

Binnen wenigen Wochen hatte dieser famose Ausschuß den bestellten Bericht fertig. Sein Ergebnis waren das deutsche Schuldanerkenntnis und die Auslieferungsparagraphen des Versailler Diktats.

Brockdorff-Rantzau hielt es in Versailles für eine seiner Hauptaufgaben, gegen die These von der deutschen Alleinschuld am Kriege zu kämpfen. Die Mehrheit der Reichsregierung stellte sich unter dem Einfluß Erzbergers auf den Standpunkt, es sei inopportun, so akademische Fragen in den Vordergrund der Verhandlungen zu rücken. Die deutsche Regierung ernannte ihrerseits einen Ausschuß zur Erforschung der Kriegsursachen, der sich unter Führung des sozialdemokratischen Gelehrten Kautsky an die Arbeit machte und einen umfangreichen Bericht veröffentlichte. Sein Ergebnis war die Feststellung, daß die Alleinschuld Deutschlands am Kriege nicht bewiesen sei.

Entscheidend für die Stellungnahme der deutschen Regierung zur Frage der Schuld am Kriege war die Haltung der Sozialdemokratie. Konnte diese Partei, die sich zum Kampfe gegen den deutschen Nationalismus entschlossen hatte, es über sich bringen, dem deutschen Nationalismus seine stärkste moralische Waffe mit der Behauptung der Unschuld Deutschlands zu liefern?

Im Jahre 1917 hatte die sozialdemokratische Parteileitung ein Schriftstück verfaßt, das in der Behauptung gipfelte, das Deutsche Reich habe mehr als jede andere Macht sich bemüht, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Im Jahre 1919, als Mitglied und Hauptträger der Reichsregierung, wies die Sozialdemokratie immerhin noch die These von der Alleinschuld Deutschlands zurück. Im Jahre 1920, beim Wiedereintritt in die zweite Internationale, legte der sozialdemokratische Parteivorstand eine Denkschrift vor, worin er vor aller Welt freimütig die Schuld Deutschlands am Kriege und die besondere Schuld der deutschen Sozialdemokratie bekannte. Zum Unglück

Deutschlands und zum Unglück der Welt sei die deutsche Revolution leider fünf Jahre zu spät gekommen.



Die sozialdemokratische Linke, mit der Hilfe des Bürgertums zur Herrschaft gelangt, macht sich mit Eile daran, ihre Herrschaft auszubauen und zu befestigen. Der furchtbare Pakt von Versailles, zwischen Kapitalismus, Imperialismus und Sozialismus gegen das Leben des deutschen Volkes geschlossen, verlangt nach neuen Sicherungen. Die erste, wirksamste und dringendste Sicherung besteht in der Ausrottung der deutschen Wehrhaftigkeit und des Wehrgedankens.

Da ist der General Maerker, dem die Nationalversammlung überhaupt die Möglichkeit ihrer Existenz verdankte. Man braucht den Mann noch, denn die Gefahr des Linksradikalismus ist keineswegs gebannt. Man muß ihn behutsam behandeln, obwohl man ihm schon mißtraut.

Da sind die Baltikumer. Ein halbes Jahr lang hat man sie geschmäht und zu Totengräbern des Reiches gestempelt. Wohl ist es gelungen, sie endlich zurückzubringen, aber der Prozeß ihrer Aufsaugung durch das Volk will nicht gelingen. Sie bilden eine gefährliche Insel des Widerstandes.

Da ist der General Watter im Ruhrgebiet. Mit ihm steht es wie mit Maerker. Man wird ihn wahrscheinlich noch brauchen, aber sobald man ihn nicht mehr braucht, muß er verschwinden.

Da ist der General Lüttwitz in Berlin, den man besonders gut überwachen muß. Da sind die beiden Marinebrigaden Loewenfeld und Ehrhardt, die eine in Oberschlesien, die andere in Döberitz bei Berlin. Die Entente und die Reichsregierung sind sich einig, daß diese gefährlichen Bestandteile der Revolutionszeit so bald wie möglich verschwinden müssen.

Reichswehrminister Noske hat einen schweren Stand. Seine Partei drängt ihn, die Entwaffnung der Freikorps energischer zu betreiben. Noske sagt, ihr müßt die Reichswehr für euch gewinnen, ihr habt sie immer wieder vor den Kopf gestoßen, ihr habt nicht ein einziges freundliches und anerkennendes Wort für sie übriggehabt, ihr habt den

Offizieren die Achselstücke genommen, ihr habt die alten Reichsfarben geschmährt und beseitigt. Wo ihr von der Reichswehr sprecht, tut ihr es mit Verachtung, Verleumdung und offener Feindschaft.

Aber die Partei hat sich schon daran gewöhnt, in der Entwaffnungsfrage mit der Hilfe von außen zu rechnen. Schon hat sich in Berlin der französische General Nollet mit seiner interalliierten Kontrollkommission niedergelassen. Das Schnüffelwerk ist im Gange. Jeder Deutsche, der sich dagegen wehrt, wird von der Linken der Sabotage ihrer Politik beschuldigt. Die Alliierten fordern die Entwaffnung der Einwohnerwehren, die Verringerung der Reichswehr auf zweihunderttausend Mann binnen vier Monaten. Die Offiziere Nollets sind hinter jedem Geschütz, hinter jedem Maschinengewehr, hinter jeder versteckten Flinte her.

Das ganze Reich steckt noch voller Waffen. Schon werden rote Truppenformationen vorbereitet. Die Hoffnung auf die zweite Phase der Revolution ist keineswegs begraben, im Gegenteil, gerade jetzt ist die dritte Internationale in Moskau dabei, die Revolutionierung Deutschlands selbst in die Hand zu nehmen. Aber die Sozialdemokratie und ihre bürgerlichen Mitläufer in der Reichsregierung sehen nur die andere Seite. Sie leben schon in dem dumpfen Bewußtsein, daß ihnen bei der Fortsetzung ihrer bisherigen Politik die größere Gefahr vom Nationalismus droht.

Die Nationalversammlung ist von Weimar nach Berlin umgezogen, sie tagt jetzt im Reichstagsgebäude. Endlich scheint man bei soliden Zuständen angelangt zu sein. Es wird jetzt in größtem Umfange regiert. Erzberger bringt seine Finanzreform durch. Gründliche Debatten erfordert das Betriebsrätegesetz, das die Sozialdemokraten als Lockspeise für die Unabhängigen eingebracht haben. Äußerlich erscheint alles ganz friedlich. Der Tag der Ratifikation des Versailler Diktats geht sang- und klanglos vorüber, jetzt kehren auch die deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich zurück. Ist nicht überall Entspannung und Erleichterung zu bemerken? Ist die Revolutionsperiode nicht endgültig überwunden?

Aber es wetterleuchtet schon wieder. Am 12. Januar

1920 beginnen planmäßige Plünderungen im Ruhrgebiet. In Hamborn werden die Läden und das Rathaus gestürmt, die Eisenbahner treten in den Streik, Kabel werden zerschnitten. Gleichzeitig bricht in Oberschlesien der Generalstreik aus. Schon werden proletarische Hundertschaften bewaffnet.

In Berlin berät am 13. Januar die Nationalversammlung über das Betriebsrätegesetz. Die Verhandlungen sind stürmisch, die ganze Stadt ist angefüllt mit Demonstrationen. „Nieder mit der Militärmonarchie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Räterepublik!“ Von unsichtbaren Fäden gelenkt, strömen die Märsche aus den Außenbezirken der Stadt nach dem Zentrum. Um die Mittagszeit ist der Platz vor dem Reichstag schwarz von Menschen, die mit heiserem Geschrei die Verwirklichung ihrer Forderungen verlangen.

Polizei fordert die Menge auf, sich zu zerstreuen. Die Masse wird immer zäher und schwärzer, das Geschrei wächst an, die Polizisten werden gereizt und beschimpft. Der Befehlshaber der Polizei zieht seine Leute in die Eingänge des Reichstagsgebäudes zurück, um Blutvergießen zu vermeiden.

Im Reichstag werden die Verhandlungen fortgesetzt, man will sich dem Druck der Straße nicht beugen. Die Sozialdemokraten drängen, die Radikalen schreien und gebärden sich wie unsinnig. Unabhängige Abgeordnete laufen hin und her zwischen draußen und drinnen, sie verbreiten wilde Alarmgerüchte, sie schleudern den Sozialdemokraten ihre Flüche entgegen.

Da knattern draußen die Maschinengewehre, ein Geheul bricht los, dazwischen Schreie von Betroffenen. Die Menge ist zum Angriff auf das Reichstagsgebäude vorgegangen, die Polizei schießt scharf. Aus der Masse fallen ebenfalls Schüsse. Hinter den Säulen tauchen Flammenwerfer auf. Es knattert an fünf oder sechs Stellen. Menschen wälzen sich am Boden. Über sie hinweg weicht die Menge brüllend zurück. Drüben auf der anderen Seite des Platzes staut es sich wieder schwarz zusammen. Auf dem Platz verstreut liegen einunddreißig Tote, darunter einige Frauen. An hundert Verwundete werden fortgeschleppt.

Am Abend endlich verläuft sich die Menge. Die Entscheidung ist gegen sie gefallen. Am 19. Januar wird das Betriebsrätegesetz in der von der Regierung gebilligten Kompromißform angenommen.

☆

Berlin atmet auf, es ist wieder einmal gut gegangen. Eifrig beschäftigt sich die Nationalversammlung mit neuen Vorlagen.

Aber draußen im Volke wetterleuchtet es weiter.

Was will die Nationalversammlung noch? Ihr Mandat ist mit der Annahme der Verfassung und des Friedensdiktates abgelaufen. Warum sträubt sich die Regierung mit allen Mitteln gegen Neuwahlen? Weil sie den ungeheuren Wandel spürt, der sich zwischen Versailles und heute vollzogen hat. Weil sie weiß, daß sie nur noch den Anschein der Macht besitzt und daß sie ohne das Volk regiert. Weil sie am Ende ihrer Kunst angelangt ist und weil sie im Grunde nur noch von der Hoffnung lebt, es werde ihr mit Hilfe der Entente gelingen, das Volk zu entwaffnen, bevor das Volk sie hinwegfegt.

Es raunt in der Beamtenschaft, es raunt in der Polizei, es raunt in der Reichswehr, und es raunt draußen im Volke. Scheidemann stößt in die Trompete, das Unbehagen würgt ihn im Hals. Aber die Mehrzahl seiner Genossen will von seinen Warnungen nichts hören.

Noske lächelt. Gewiß, die Verschmelzung der Wehrmacht mit dem Volke — er meint, der Einfluß der sozialdemokratischen Partei auf die Reichswehr — hat noch keine großen Fortschritte gemacht, weil die Genossen immer noch nicht vernünftig werden wollen. Aber es ist durchaus kein Grund vorhanden, überängstlich zu sein. Seine Beziehungen zu den Führern der Wehrmacht sind die denkbar besten. Er hat alle Fäden fest in der Hand. Unsichere Kantonisten läßt er überwachen, wer den Mund zum Widerspruch aufmacht, wird rücksichtslos entfernt. Außerdem gibt es ja auch noch eine preußische Polizei.

Da ist eine Organisation, die sich „nationale Vereinigung“ nennt. Gewiß, kennen wir längst, ein ganz harmloser Klub, man sehe nur sein Programm . . . „Zusammenfassung der gesamten nationalen Bewegung unter Wahrung

der Selbständigkeit der einzelnen Verbände . . . Einheitsfront aller Nationalgesinnten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit . . . die militärische Macht nicht in der Hand einer Partei, sondern auf dem Boden des Vaterlandes . . .“

Ist das etwa gefährlich? Sieht das etwa nach Umsturz aus?



Am 10. März 1920 darf nach dem Versailler Diktat die Reichsmarine nur noch 15 000 Köpfe zählen, am 10. April muß die Reichswehr auf 200 000 Köpfe verringert sein. Innerhalb eines Vierteljahres, vom März bis zum Juni, wurden insgesamt 150 000 Soldaten und 12 000 Offiziere entlassen, für deren Unterbringung so gut wie keine Möglichkeit bestand.

Noske befiehlt, daß bis zum 10. März auch die Marinebrigade Ehrhardt im Döberitzer Truppenlager aufzulösen ist. Das ist die entscheidende Kraftprobe zwischen der Regierung und den Truppenverbänden.

Am 12. März verkündet das Schöffengericht in Berlin-Moabit das Urteil im Prozeß des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den deutschnationalen Abgeordneten Selfferich. Das Urteil stellt fest, daß dem Angeklagten Selfferich der Wahrheitsbeweis im wesentlichen gelungen sei. Das Charakterbild des Ministers ergebe neben zweifelloser Begabung, vorbildlichem Fleiß, bewundernswertem Gedächtnis, großer Tatkraft und außerordentlicher Kühnheit einen bedauerlichen Mangel an Urteilskraft und eine geradezu erstaunliche Ungenauigkeit in allen Dingen. Unzulässige Vermischung politischer Tätigkeit mit eigenen Geldinteressen . . . Unwahrhaftigkeit und Unanständigkeit . . .

Matthias Erzberger muß zurücktreten. Während der Stein schon rollt, erhält die Reichsregierung einen furchtbaren moralischen Stoß.

Am gleichen Tage bringen die Blätter der Regierung eine amtliche Mitteilung über das Treiben einer „rechts-spartakistischen Clique“ und ihre Umsturzpläne. Die Mitteilung versichert, daß keine Gefahr für die öffentliche Ordnung bestehe. „Immerhin ist gegen eine mit derart

nationalistischen Schlagworten arbeitende Gruppe besondere Vorsicht am Platze."

Gemeint ist die „nationale Vereinigung“. Die Dinge sind schon in unaufhaltsamem Fluß.

★

Am Abend des 12. März hat Reichswehrminister Noske noch einmal den Chef der Marineleitung, Admiral von Trotha, nach Döberitz entsandt, um Zuverlässiges zu erfahren. Wird Ehrhardt der Auflösung der Brigade zustimmen?

Der Admiral meldet dem Minister, es sei ihm im Lager nichts Auffälliges begegnet, die Brigade sei zur Ruhe gegangen wie immer. Gleichwohl ordnet Noske eine Reihe von Schutzmaßnahmen an. Diese Maßnahmen werden nur zur Hälfte ausgeführt. General von Lüttwitz, der Führer der Berliner Reichswehrtruppen, ist von der Reichsregierung im Laufe des Tages seiner Stellung enthoben worden. Der General ist nicht aufzufinden. Generallandschaftsdirektor Kapp und der Hauptmann Pabst, führende Mitglieder der „nationalen Vereinigung“, gegen die schon gestern Haftbefehle erlassen worden sind, bleiben ebenfalls unauffindbar. Es scheint, daß sie von amtlichen Stellen gewarnt worden sind.

Spät in der Nacht dringen alarmierende Nachrichten nach Berlin. Die Würfel sind gefallen. Feldgraue Kolonnen bedecken die Seerstraße von Döberitz zur Hauptstadt. Radfahrerpatrouillen sind voraus, Batterien rollen, Kavallerie reitet, in Mäntel gehüllt, die Feldküchen folgen dampfend. Die Truppen führen schwarzweißrote Standarten. Es ist die Marinebrigade Ehrhardt.

Zwei hohe Offiziere der Berliner Garnison fahren den Heranrückenden im Auto entgegen, um im letzten Augenblick zu verhüten, daß Feldgraue auf Feldgraue schießen. Kapitän Ehrhardt gibt den beiden ein Ultimatum an die Reichsregierung mit. Er verlangt sofortige Reichstagswahlen, Präsidentenwahl durch das Volk, Berufung von Fachministern in die Regierung. Er sagt, er werde mit seiner Brigade durch den Tiergarten bis zur Siegesallee marschieren und um fünf Uhr morgens dort die Antwort der Reichsregierung erwarten.

Noske, zu dem die beiden Offiziere eilen, erklärt, er verhandele nicht mit Rebellen. Er wirft den Offizieren vor, daß sie Ehrhardt nicht einfach eine Kugel in den Kopf gejagt hätten.

Um Mitternacht wird die Reichsregierung zusammengetrommelt. Etliche der Herren fahren erschrocken aus tiefstem Schlummer empor. Inzwischen bespricht Noske die Lage mit seinen Offizieren, unter denen sich auch der General von Seeckt befindet. Die Offiziere erklären dem Minister, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen.

Zwei Stunden später sitzt die Reichsregierung in ihren Automobilen und eilt nach Dresden unter die schützenden Fittiche des Generals Maerker, dem sie sich in Weimar schon einmal anvertraut hat. Als Maerker ihr dort vernünftig zuredet und seine Vermittlung anbietet, fährt sie spornstreichs nach Stuttgart weiter. Die Reichsregierung ist vor der „rechtspartakistischen Clique“, der sie bis heute ihre Existenz verdankt hat, kampflos geflüchtet.

Inzwischen wird es grauer Morgen des 13. März. Die Brigade Ehrhardt rückt durch Charlottenburg. Die zum Schutz aufgebotene Sicherheitspolizei zieht sich kampflos durch den Tiergarten auf das Berliner Zentrum zurück. Die Reichswehrposten, die noch in der Wilhelmstraße stehen, nehmen ihre Gewehre und rücken in die Kasernen ab. Es hat ja doch keinen Zweck. Niemand hat Lust, seine Haut für die flüchtige Regierung zu Markte zu tragen. Die Sozialdemokratie erntet, was sie gesät hat.

Um sieben Uhr morgens rückt die Brigade Ehrhardt mit klingenden preußischen Märschen unter den alten deutschen Reichsfarben durch das Brandenburger Tor, besetzt kampflos das Regierungsviertel und läßt ihre Feldküchen vor der Reichskanzlei auffahren. Es wird Kaffee gekocht. General Lüttwitz übernimmt das Kommando über die gesamte deutsche Wehrmacht. Kapp zieht mit seinem politischen Stab in die Reichskanzlei ein und beginnt zu regieren.

Um die Zeit des Morgenkaffees erfahren die Berliner augenreißend, daß die Ebertregierung abgesetzt und geflüchtet sei und daß sich eine neue „Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat“ gebildet habe. Nicht ein einziger Schuß ist gefallen. Der ganze Vorgang erscheint wie die

Generalprobe zu einem Putsch, nicht wie ein Putsch selbst. „Die Regierung will den Frieden nach außen und nach innen, Besprechungen mit der Arbeiterschaft über die neue Lage sind eingeleitet“, läßt Kapp bekanntmachen und rührt damit ahnungsvoll an den wunden Punkten seiner kurzen Herrschaft.

☆

Lehrreich ist, daß unter den berufenen Stützen der Regierungsgewalt kaum einer ist, der zum Schutze der Reichsregierung die Hand aufhebt. Lehrreich ist weiter, daß sich kaum einige Hände erheben, um Kapp zum Siege zu verhelfen, und daß alle kühlen Köpfe sich skeptisch abseits halten. So wie Kapp, Lüttwitz und Ehrhardt sich die Sache gedacht haben, geht es nicht.

Lehrreich ist zum dritten, daß die Sozialdemokratie die Geschehnisse keine Minute lang anders auffaßt, denn als einen Angriff auf ihre im Ausbau begriffene Parteimacht. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung bedenken sich keinen Augenblick lang, die geschlossene Macht der Gewerkschaften und das zweischneidige Instrument des Generalstreiks einzusetzen. „Kein Betrieb darf arbeiten, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht. Deshalb legt die Arbeit nieder, streift, schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab, kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Generalstreik auf der ganzen Linie, Proletarier, vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!“

Wahrhaftig und wahr — das ist wörtlich die Sprache verantwortlicher Mitglieder der Reichsregierung. Der Kampf zwischen Nationalismus und Sozialismus ist zur Gewerkschaftsangelegenheit geworden wie ein Streik um höhere Löhne.

Nach einigen Tagen ist alles erledigt. Im Lande draußen tobt der Generalstreik. Die Kommunisten haben das Signal, das ihnen von der Sozialdemokratie gegeben wurde, gut verstanden. Schon knacken im Ruhrgebiet die Gewehrshlöffer. In Stuttgart versammelt sich unterdessen die erschütterte Nationalversammlung. Je mehr sie erkennt, wie wenig es Kapp gelingt, im Reiche Fuß zu

fassen, desto mehr Pathos klingt aus ihren Kundgebungen. Von ihren eigenen Sünden spricht sie nicht.

In Berlin sind General Seeckt und der Justizminister Schiffer dabei, das Rapp'sche Unternehmen zu liquidieren. Zwei Tage nach seinem Putsch muß Rapp erklären, daß „zwischen der alten und der neuen Regierung“ verhandelt werde und daß die Verhandlungen „in gutem Fortschreiten“ seien.

Noch sträubt Ehrhardt sich leidenschaftlich gegen die Liquidation. Aber Lüttwitz, Rapp und Ludendorff erklären ihm, daß es zu Ende sei. Wer sein Vaterland lieb hat, der muß sich jetzt gegen den jäh entfesselten Linksradikalismus wenden. Rapp, Lüttwitz und die andern verschwinden. Ehrhardt und seine Truppen wechseln die Front. Im Sandumdrehen ist der alte Kampf gegen Spartakus wieder im Gange. Die Ehrhardtleute, vor fünf Tagen Regierungstruppen, gestern noch Rechtsputschisten, sind heute schon wieder Regierungstruppen, sie haben den Unterschied selbst kaum gespürt. Die Reichsregierung, die heute genau so auf die Hilfe der Freikorps angewiesen ist wie im vergangenen Winter, erklärt sich gern bereit, den Ehrhardt'soldaten die Rapp-Zulage von sieben Mark pro Mann und Tag aus ihrer eigenen Tasche weiter zu zahlen. Es geht ihr selbst nicht anders wie den Putschisten, auch sie hat über Nacht die Front von rechts nach links kehren müssen. General von Seeckt wird zum militärischen Befehlshaber ernannt. Noske ist zurückgetreten, sein Versuch, Reichswehr und Sozialdemokratie zu versöhnen, ist endgültig und furchtbar gescheitert.

Acht Tage nach dem leidenschaftlichen Aufruf zum Generalstreik, acht Tage nach dem Wort „Proletarier, vereinigt euch!“ müssen die sozialdemokratischen Minister einen neuen Aufruf unterzeichnen, worin es heißt: „Schon ist der Generalstreik im Zusammenbrechen — macht Front gegen den alles vernichtenden Bolschewismus!“

Wer kämpft gegen wen? Wer ist Regierungssoldat, wer Rappist? Der Herenkessel brodelte. Nieder mit der Regierung Ebert-Noske-Bauer! Sofortiger Zusammentritt in allen Betrieben zur Neuwahl von Arbeiterräten! Zusammenschluß der Räte zu einem Zentralkongress, der den Kampf um die Herrschaft des Proletariats aufnimmt!

Die kommunistischen Hundertschaften marschieren. Arbeiterblut fließt auf den Straßen. Der neue Bürgerkrieg ist mitten im Gange.

☆

In Halle und im Mansfelder Bezirk bis nach Thüringen hinein ziehen kommunistische Haufen plündernd umher. Jetzt fordert die Arbeiterschaft ihren Lohn für den Generalstreik, mit dem sie der Regierung rettend beigeprungen. Schon sperren wieder Drahtverhaue die Straßen, schon werden Schützengräben aufgeworfen, schon wachsen Maschinengewehrnesten aus dem Boden, schon dröhnen die Paukenschläge der Handgranaten.

Immer enger zieht sich der Ring des Aufruhrs um Halle, das als Mittelpunkt einer mitteldeutschen Räterepublik ausersehen ist. Am 19. März treffen Verstärkungen der Reichswehr ein. Der kommunistische Angriff auf die Stadt hat inzwischen konzentrisch begonnen. Maschinengewehrfeuer knattert durch die verbarrikadierten Straßen. Hier kämpfen Deutsche mit wilderer Erbitterung gegeneinander als jemals gegen den äußeren Feind. Erbarmungslos wütet die Mordlust. Die Toten zählen nach Hunderten.

Jeder Keller, jede Dachluke muß von den Truppen erobert werden. Raub sind sie vorüber, knattert das Feuer aufs neue in ihrem Rücken. Der kommunistische Widerstand ballt sich um den Hauptbahnhof zusammen, auf dem Galgenberg und im Vorort Ammendorf, wo sich das rote Hauptquartier befindet. Artillerie greift ein, Brände flackern, Schüsse und Geschrei durchklingen die Stadt. Es brennt kein Licht mehr, es gibt kein Gas, die Geschäfte sind geschlossen. Die Nacht ist angefüllt mit wilden Kämpfen, Unschuldige werden niedergeschossen, Wut und Erbitterung kennen auf beiden Seiten keine Grenze mehr.

Am nächsten Tage müssen die Aufrührer ihr Spiel verloren geben. Sie rücken ab, zerstreuen sich in ihre Dörfer, verstecken die Waffen und spielen die harmlosen Bewohner. Polizei und Reichswehr marschiert aufs Land und führt die Säuberungsaktion durch. Ende März kommt allmählich die Arbeit in den Fabriken wieder in Gang.

Um die gleiche Zeit zieht sich im Ruhrgebiet zwischen Hamm und Wesel ein regelrechtes Stellungssystem mit

Drahthindernissen und Schützengräben hin. Süber die Reichswehr des Generals von Watter, drüber die proletarischen Hundertschaften, streng diszipliniert, gut bewaffnet, erfahren in der Technik des Bürgerkrieges, zum äußersten entschlossen. Die Reichswehr steht längs der neutralen fünfzig-Kilometer-Zone, die der Versailler Vertrag rings um das Rheinland gelegt. Sie muß den Vorbereitungen der Kommunisten untätig zusehen.

In Bielefeld verhandelt Severing mit den Kommunisten über Einstellung des Kampfes. General Watter muß das Ergebnis dieser Verhandlungen abwarten, obwohl jeder verlorene Tag die Stellung der Kommunisten verstärkt. Inzwischen ist ein Waffenstillstand verabredet. Den Kommunisten dient er nur zum Zeitgewinn. Sie sind vorzüglich über alle Bewegungen der Reichswehr orientiert.

Schließlich gehen sie zum Angriff vor. Am 31. März werden sie bei Dinslaken unter schweren Verlusten von der Reichswehr zurückgetrieben. Im Gegenangriff dringt die Reichswehr während der folgenden Tage tief in die kommunistische Front ein. Rote Artillerie ist an den Kämpfen beteiligt, auch die Reichswehr muß ihre Geschütze einsetzen. Es ist regelrechter Krieg, der hier geführt wird.

Die Zustände hinter der Front des Aufruhrs werden immer unhaltbarer. Die Bürgermeister der großen Industriestädte rufen die Reichswehr dringend um Hilfe an. Überall wird geplündert. Weder Post noch Eisenbahn können ihren Betrieb durchführen, Gehälter werden nicht mehr ausgezahlt, Lebensmittel kommen nicht herein, das ganze Wirtschaftsleben gerät in eine heillose Verwirrung. Hunger und Verzweiflung drohen das Chaos zu vollenden.

Am 2. April tritt die Reichswehr aus eigener Initiative den Vormarsch zur Befreiung des Ruhrgebiets an. Abends ist nach kurzem Kampf Recklinghausen erobert. In erbittertem Gefecht wird Peltum bei Hamm genommen, wo die Kommunisten sich stark befestigt haben. Beide Niederlagen bringen schon am nächsten Tage die rote Front zum Einsturz, sie flieht in Auflösung. Die Reichswehr leitet die Entwaffnungsaktion ein. Das Land atmet auf, überall begrüßt man die Truppen als Befreier. Ordnung beginnt einzukehren, das Ende der Schreckenszeit ist abzusehen.

4. Kapitel

Die Faust des Siegers

Besetzung von Frankfurt und Darmstadt. — Reichstagswahl im Frühjahr 1920. — Kabinett Fehrenbach. — Die Zusammenkunft von San Remo und das Mossulgeschäft. — Die Konferenz von Spa im Juli 1920. — General von Seeckt und Hugo Stinnes. — Die deutsche Unterschrift.

Die Ereignisse um den Kapp-Putsch erregen bei den Franzosen die ersten Zweifel über die Wirksamkeit ihrer Interessengemeinschaft mit der deutschen Sozialdemokratie. Eine kleine Gruppe verwegener Nationalisten bringt es fertig, die Sozialdemokratie vorübergehend aus dem Sattel zu heben. Man muß dem deutschen Nationalismus einen gehörigen Denkkettel verabreichen, man muß beizeiten der Sozialdemokratie zeigen, daß an der Interessengemeinschaft nicht zu rütteln ist. Man muß schließlich den eigenen Alliierten zuvorkommen und die gemeinsame Politik gegenüber Deutschland auf eine sehr energische Haltung festlegen — denn es spukt in der Front der Alliierten schon von gefährlichen Ideen, die sich hinter dem nebelhaften Begriff weltwirtschaftlicher Interessenverflechtung verbergen.

Die französische Politik während der ersten Jahre nach Versailles ist gekennzeichnet von dem doppelten Grundsatz des Kampfes gegen den deutschen Nationalismus und des Kampfes gegen die englischen Vorstellungen von der Notwendigkeit europäischer Wirtschaftssolidarität, worunter England in erster Linie die Ausdehnung seiner Märkte versteht. Der politische Imperialismus Frankreichs und der wirtschaftliche Imperialismus Großbritanniens liefern sich die ersten leichten Gefechte, bis sie in Spa zu einem Waffenstillstand gelangen. Die Haltung der Alliierten in Spa bestimmt zwangsläufig die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Europa bis zum Ruhekampf. Das Experiment von Genua scheitert an Spa, der französische Imperialismus hat das Geiß in der Hand. So schließt Spa sich eng an Versailles an, und beide überschatten das Intermezzo von Genua.

Eine Note des französischen Ministerpräsidenten Millerand verlangt von der deutschen Regierung Ende März 1920 die sofortige Zurückziehung des Generals Watter und seiner Truppen aus der neutralen Zone des Ruhrgebiets. Das ist eine ganz unmögliche Zumutung. Die Durchführung dieser Forderung würde das ganze Ruhrgebiet den kommunistischen Hundertschaften und dem revolutionären Chaos überliefern. Die Reichsregierung erhebt Einspruch, sie beruft sich auf früher gegebene Zusicherungen, sie bittet und fleht, man möge ihr nicht immer wieder in die Arme fallen bei dem Bemühen, in Deutschland Ordnung zu schaffen. Es nützt nichts.

Am 6. April 1920, während im Ruhrgebiet die rote Flut am Vorgehen der Reichswehr sich bricht, setzen sich von Mainz und Wiesbaden her französische Geerhausen in Bewegung, Schwarze und Weiße, Artillerie, Tanks, Kavallerie, Infanterie und Flieger. Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Höchst und Königstein werden kampflos erobert. Die deutschen Behörden werden unter die Aufsicht der fremden Militärstäbe gestellt. Belagerungszustand wird verhängt, jeder Verkehr zwischen neun Uhr abends und fünf Uhr morgens ist verboten. Das neu eroberte Gebiet wird sofort gegen das übrige Deutschland hermetisch abgeschlossen. Nicht mehr als fünf Personen dürfen sich zusammen auf der Straße zeigen. Die Post unterliegt der französischen Zensur. Alle Waffen sind binnen sechs Stunden abzugeben. Kriegsgerichte errichten ihre Tribunale.

„Wir kommen nicht als Eroberer, sondern als friedliche Besatzungstruppen“, schreien die Plakate von allen Mauern herab. Nein, sie kommen nicht als Eroberer, sie denken nicht daran! In Mainz tagt gerade eine Konferenz hoher französischer Offiziere und beschließt, man müsse die augenblickliche Verlegenheit Deutschlands ausnützen, um einen neuen Schritt auf der vorgezeichneten Bahn zu tun. Die französische Presse begreift rasch die Gunst der Stunde. „Die deutsche Einheit muß zerschlagen, das Reich muß in einen Staub von Einzelstaaten aufgelöst werden.“

Sie sind ganz harmlos gekommen, sie denken an nichts Böses! „Wir müssen alles tun, solange unsere Hände noch frei sind“, beschließen die französischen Generale, „wir müssen uns festsetzen und unsere Verbündeten vor voll-

endete Tatsachen stellen. Wir brauchen Frankfurt und das Ruhrgebiet, der Vertrag von Versailles gibt uns das Mittel der Besetzung in die Hand, zwischen diesen beiden Polen muß die rheinische Republik entstehen.“

Nein, sie sind die treuesten Güter des Friedens und der Versöhnung, wie kann man nur ihre Absichten so verkennen! Seit seinem ersten Fehlschlag in Wiesbaden und in der Pfalz versorgt General Mangin die Separatistenführer mit Geld. Er läßt ein Netz von Büros errichten, die unter dem Deckmantel der Herbeiführung besserer Wirtschaftsbeziehungen die Aufgabe haben, die Trennung des Rheinlandes vom Reich vorzubereiten. Was hilft es, daß die Rücksicht auf die übrigen Alliierten die Franzosen schließlich zwingt, den allzu eifrigen General abuberufen? Die Person wird geopfert, das System bleibt. Die Beziehungen der Separatistenführer zu den französischen Mitgliedern der Rheinlandkommission sind die denkbar herzlichsten, wenn man sich auch nicht gerade vor den Augen der Engländer die Hände schüttelt.

☆

In dieser Zeit, an der Schwelle eines trostlosen Sommers, als in Deutschland der Kirchhofsfriede innerer Zermürbung und äußerer Ohnmacht sich auszubreiten beginnt, wählt das deutsche Volk seinen ersten Reichstag. Mit einemmal wird die ungeheure Umwandlung offenbar, die zwei Jahre Revolution, Not, Zerrissenheit und Siegerfaust erzwungen haben. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Mitte der Nationalversammlung, die Trägerin der Verantwortung für alles Geschehene, wird vom Volke mit dem Stimmzettel gerichtet. Die bürgerliche Rechte verdoppelt ihre Macht, die radikale Linke verdreifacht sie. Die Sozialdemokratie verliert mehr als ein Drittel ihrer Mandate an Unabhängige und Kommunisten. Das ist die Quittung der Arbeiterschaft für das System Noske und den Verrat der proletarischen Interessen.

Die Sozialdemokratie muß wohl oder übel hinaus aus der Reichsregierung. Mit welchen bedeutenden Gefühlen sie sich von der Verantwortung verabschiedet, zeigen die folgenden Sätze aus einem Rundschreiben des Parteivorstandes: „Uns kann eine bürgerliche Regierung im Augen-

blick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daranzusetzen, daß die Vertreter der Rechtsparteien die Verhandlungen führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entwaffnung der Armee durchführen, die ihnen diese Armee, auf die sie alle ihre Hoffnungen setzen, zum schärfsten Feind machen wird."

Diese Sätze sind das Ergebnis der anderthalbjährigen Regierungstätigkeit einer Partei, die in der furchtbarsten Gefahr des Reiches zur Macht berufen wurde.

Eine bürgerliche Regierung unter der Kanzlerschaft des Zentrumsabgeordneten Fehrenbach kommt zustande. Als Außenminister gehört ihr Dr. Simons an. Die Parteien, die das Kabinett tragen, zählen knapp zwei Fünftel der Reichstagsmandate. Die Regierung muß sogleich nach Spa, wohin sie von der Entente bestellt ist, um sich zu rechtfertigen und um neue Weisungen zu empfangen.

Es gibt Optimisten im bürgerlichen Lager, die der Meinung sind, die Vorherrschaft der Sozialdemokratie sei jetzt endgültig gebrochen. Diese Optimisten eilen der Zukunft um zehn Jahre voraus. Das Kabinett Fehrenbach wird keinen Atemzug tun können, wenn ihm die Sozialdemokratie die Hand auf den Mund legt. Es ist eine Vertuschung der wirklichen Machtverhältnisse, und daran wird es scheitern müssen.

☆

Am 18. April 1920 haben sich die Häupter der alliierten Regierungen in San Remo an der italienischen Riviera getroffen. Der italienische Ministerpräsident Nitti führt den Vorsitz, für England ist Lloyd George zur Stelle, Millerand vertritt Frankreich.

Millerand muß die heftigsten Vorwürfe seiner Alliierten einstecken. Engländer und Italiener sind aufgebracht über die Besetzung Frankfurts und Darmstadts, die ohne ihre Zustimmung erfolgt ist. Wohin soll es führen, wenn Frankreich die Solidarität der Alliierten fortwährend verletzt? Wie kann man von den Deutschen Respekt vor dem Vertrag verlangen, wenn sich jeder der Alliierten eigenmächtig über seine Bestimmungen hinwegsetzt?

Millerand beschwichtigt seine Kollegen. Die französische Politik ist bereits festgelegt. Man wird sich den Rückzug aus den neubesetzten Gebieten nur durch neue Zugeständnisse in der Entwaffnungs- und der Zahlungsfrage ausgleichen lassen.

Gut, sagt Millerand, wir werden uns also zurückziehen, obwohl wir niemals zugeben können, daß wir den Vertrag mißachtet haben. Wir werden einen neuen Beweis unserer Großmut und unseres Friedenswillens geben, aber man muß uns versprechen, daß in künftigen Fällen der Mißachtung des Vertrags durch Deutschland die Alliierten gemeinsam militärische Sanktionen ergreifen werden.

Das Gespenst der Ruhrbesetzung erhebt sich zum erstenmal, die französische Politik weicht nur zurück, um Anlauf zu weiteren Zielen zu nehmen.

Lloyd George überlegt. Der schlaue Waliser hält alle diese Erörterungen über die Zukunft für Theorie, die Ereignisse selbst werden stärker sein. Ihm erscheint es wichtiger, die französische Expansionspolitik am Rhein für den Augenblick zum Zurückweichen zu bringen. Er sieht aber schon weiter. Er begreift die Gelegenheit, für das englische Interesse praktische Vorteile herauszuschlagen. Was später in Boulogne zum fertigen Handel wird, beginnt sich in San Remo schon abzuzeichnen. England wirft seine orientalischen Interessen in die Erörterung, der Kreis der Geschäfte erweitert sich, die Verstrickung der Probleme nimmt zu. Frankreich und England streiten sich seit Versailles um die Ölquellen von Mossul. Wenn die französische Politik bereit ist, hier den Engländern den Weg freizugeben, dann wird man über die zukünftigen Sanktionen gegen Deutschland reden können. Der deutsche Westen wird gegen die Ölquellen von Mossul verhandelt, es verspricht für beide Teile ein vorzügliches Geschäft zu werden.

Millerand horcht auf, die Melodie klingt angenehm in seinen Ohren. Gut, sagt er, wir werden unsere Interessen an Mossul aufgeben, ihr werdet an den Sanktionen teilnehmen, die unter Umständen notwendig werden, zum mindesten werdet ihr keinen Einspruch erheben, wenn wir solche Sanktionen durchführen. Wie ist es aber mit den deutschen Reparationszahlungen?

Man muß die Deutschen selbst anhören, sagt Lloyd George, es ist ihnen schon in Versailles versprochen worden.

Sie werden ganz unzulängliche Vorschläge machen, erwidert Millerand. Was wird England dann tun?

Wir werden euch unterstützen, sagt Lloyd George.

Ausgezeichnet, aber die Kohlenlieferungen? Die Reparationskommission hat bereits festgestellt, daß die Deutschen damit im Rückstand sind.

Wir werden alles tun, damit sie ihren Verpflichtungen voll und ganz nachkommen.

Sehr gut, sagt Millerand, wir sind uns also in allen Punkten einig.

In Deutschland beginnt man aufzuhorchen. Die großzügige Geste, mit der die deutsche Regierung zu einer Konferenz in Spa mit dem Ziele einer gründlichen Aussprache über alle schwebenden Fragen eingeladen wird, die gute Laune Lloyd Georges, der tatsächlich erfolgende Rückzug der Franzosen aus den neubesetzten Gebieten — das alles muß Verwunderung und Mißtrauen erregen.

Zwischenspiel in Boulogne, Ende Juni 1920. Millerand und Lloyd George halten es für nötig, sich vor der Konferenz mit den Deutschen und den übrigen Alliierten noch einmal unter vier Augen zu sprechen. Inzwischen haben die deutschen Reichstagswahlen stattgefunden, das Kabinett Fehrenbach ist gebildet. Das beunruhigt Millerand, sollten die Deutschen nicht mehr so erfüllungseifrig sein wie bisher? Lloyd George ist Mossuls wegen in Sorge, es ist doch besser, mit Millerand ganz ins Reine zu kommen, ihm schwant schon, daß in Spa nicht alles nach Wunsch gehen wird. Er bittet Millerand um feste Zusicherungen.

Gewiß, sagt Millerand, aber wir müssen uns auch einig sein, was wir in der Reparationsfrage zu tun haben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir Deutschland gegenüber mit größter Energie auftreten müssen, damit die Deutschen nicht auf den Gedanken kommen, es sei in der alliierten Front eine Lockerung eingetreten. Die Deutschen warten nur auf diesen Augenblick, die Stellung der deutschen Sozialdemokratie ist erschüttert. Jede Nachgiebigkeit von unserer Seite wird sie weiter schwächen.

Man kann eine Gesamtsumme für die Entschädigung noch nicht festsetzen, sagt Lloyd George, selbst die Sachver-

kändigen der Reparationskommission können sich darüber nicht einigen.

Nun, sagt Millerand, wir sind auch mit einem Provisorium einverstanden, das jährlich drei Goldmilliarden einbringt, und an dem Frankreich als Hauptgeschädigter mit zweiundfünfzig Prozent beteiligt ist.

Sprechen wir über Mossul, wir werden am besten auch die Irak-Frage einbeziehen.

Sie werden sich rasch einig. In Spa soll vor dem Erscheinen der Deutschen eine interne Beratung aller Alliierten stattfinden, in der man sich über den Verteilungsschlüssel für die deutschen Zahlungen verständigen will. England und Frankreich sind sich bereits einig. Die andern werden mitmachen müssen, mögen sie wollen oder nicht.

Die offiziellen Einladungen nach Spa ergehen.

Am 5. Juli 1920 reisen die deutschen Minister von Berlin ab.

☆

Die Hauptsitzungen der Konferenz von Spa finden in der Villa „Fraineuse“ statt. Hier hat in den Jahren 1917 und 1918 die deutsche Oberste Seeresleitung ihre Beschlüsse gefaßt. Der französische Ministerpräsident Millerand bewohnt die gleichen Räume, in denen der deutsche Kaiser gewohnt hat, er schläft in dem gleichen Bett. Der erste Tag der Anwesenheit der Franzosen dient zur eingehenden Besichtigung der betonierten Unterstände, in denen der Kaiser Schutz vor fliegerangriffen gesucht hat. Weitab von der Stadt, in einem kleinen ländlichen Wirtshaus, wohnen der deutsche Reichskanzler Fehrenbach und der Außenminister Simons mit ihren Mitarbeitern. Man begründet diese Maßnahme damit, daß man die Deutschen vor der Erbitterung der Bevölkerung schützen müsse. Es hat sich seit den Drahtverhauen von Versailles und seit dem Spiegelsaal nicht viel geändert.

Der Belgier Delacroix eröffnet die erste Sitzung. Man beginnt mit der Entwaffnungsfrage. Ein Kreuzfeuer von Vorwürfen geht über die deutsche Delegation nieder. Mit Verwunderung stellen die Deutschen den Eifer Lloyd Georges fest, der, scharfer fast als die Franzosen, bald das Hauptwort für die Entente führt. Der englische Ministerpräsident vergißt in seinem Eifer sogar die Regeln des

Takts. Er wirft den deutschen Ministern mangelnde Vorbereitung, schlechten Willen und technische Unkenntnis vor. Außenminister Simons antwortet sachlich und ruhig. Aber Lloyd George steigert sich in eigensinnigen Zorn, er wird zum Schulmeister.

Schließlich schneidet er die Debatte einfach ab und verlangt, man solle deutsche Vertreter kommen lassen, die besser Bescheid wüßten. Reichswehrminister Gessler und der Chef der Seeresleitung, General von Seeckt, werden telegraphisch aus Berlin herbeigerufen. Die Verhandlung wird bis zu ihrem Eintreffen vertagt.

Am nächsten Tage schon sind Gessler und Seeckt zur Stelle. Begleitet von zwei Adjutanten, in grauer Reichswehruniform, das Eiserne Kreuz auf der Brust, betritt General von Seeckt den Sitzungssaal, der von feindseligen Blicken starrt. Seeckts Gesicht ist unbewegt. Lloyd George gibt sich keine Mühe, seinen Unwillen über diese seiner Meinung nach überflüssige Geste zu verbergen. Die im Saale anwesenden alliierten Militärs verstehen diese Salbung besser.

In solcher Atmosphäre der Gereiztheit wird die Entwaffnungsfrage binnen wenigen Tagen durchgepeitscht. Immer ist es Lloyd George, der das Wort für die Alliierten führt. Mit ungemeinem Wortschwall dringt er auf die Deutschen ein. Einmal ruft Reichskanzler Fehrenbach dem eifernden Waliser entgegen: „Ich bin alt und werde bald vor meinem höchsten Richter erscheinen müssen, Sie können mir ruhig glauben, daß ich den ehrlichen Wunsch habe, die übernommenen Verpflichtungen auszuführen — aber man soll endlich aufhören, Unmögliches von uns zu verlangen!“

Es gibt einen Augenblick verlegenen Schweigens, dann ist die Anwandlung vorüber. Solche Ausbrüche machen in dieser Atmosphäre keinen nachhaltigen Eindruck.

Am 10. Juli wird ein Protokoll über die Entwaffnungsfrage unterzeichnet. Reichswehrminister Gessler verweigert seine Unterschrift. Die Alliierten verlangen den Namen Seeckts unter das Schriftstück, die Unterschriften des Kanzlers und des Außenministers genügen ihnen nicht. Der General mit dem undurchdringlichen Gesicht ist es, den sie fürchten, der Organisator der Reichswehr.

Seeckt unterzeichnet das Protokoll, es ist der Schluß.

strich unter die alte deutsche Armee. Sein Gesicht ist auch jetzt unbewegt. Dann verläßt er wortlos den Saal. Draußen steht er auf der großen Freitreppe der Villa. Sein Wagen ist noch nicht vorgefahren. Das Volk begafft ihn von allen Seiten mit Blicken des Hasses, die dieser grauen Uniform und dem Eisernen Kreuz gelten. Der General rührt sich nicht. Schließlich kommt der Wagen, und er fährt fort.

Das Protokoll setzt fest, daß die Fristen für die Herabsetzung der Reichswehr auf hunderttausend Mann, für die Umbildung der Polizei, die Auflösung der Einwohnerwehr, die Ablieferung der Waffen und die Zerstörung des militärischen und industriellen Materials um einige Monate verlängert werden. Alle Einwände gegen den Umfang der Forderungen sind mit einem Diktat abgetan worden.

Nach der Entwaffnungsfrage kommt die Frage der Kohlenlieferungen auf die Tagesordnung. Wieder ist Lloyd George der Wortführer. Die deutsche Regierung ist im Verzug, die Reparationskommission hat die erforderlichen Feststellungen getroffen. Dr. Simons rechnet den Alliierten vor, daß es ganz unmöglich ist, den alliierten Forderungen nachzukommen. Was die Alliierten verlangen, ist die Hälfte der deutschen Kohlenproduktion nach dem Verlust der Förderung in Lothringen, dem Saargebiet und Oberschlesien. Zahlen türmen sich auf, jede ein Beweis für den alliierten Wahnsinn. Simons spricht von den Streiks in Deutschland, den inneren Unruhen, dem Sinken der Produktion infolge allgemeiner Arbeitsunlust, er erinnert daran, daß Deutschland eine Revolution hinter sich hat, die durchaus noch nicht abgeschlossen und erledigt ist. Schließlich steht Deutschland hinter dem fürchterlichsten Krieg und hinter einem noch fürchterlicheren Friedensvertrag — jede Forderung hat an der Unmöglichkeit ihre Grenze!

Das sind innere deutsche Angelegenheiten, Lloyd George will nichts davon hören. Gut, man wird die alliierte Forderung auf zwei Millionen Tonnen im Monat ermäßigen.

Die Hälfte einer unmöglichen Summe ist nicht weniger unmöglich als die ganze Summe, es hat keinen Zweck, über phantastische Zahlen zu streiten.

Nun, dann werden wir diktieren, ruft Lloyd George, und Millerand nickt.

Am folgenden Tage ereignet sich ein neuer dramatischer Zusammenstoß. Mit der deutschen Delegation ist als Sachverständiger für die Kohlenfrage der Großindustrielle Hugo Stinnes nach Spa gekommen.

Als Millerand ihn auffordert, das Wort zu ergreifen, erhebt er sich von seinem Stuhl. „Ich stehe auf“, spricht er, „weil ich meinem Gegner ins Auge sehen will. Herr Millerand hat gestern erklärt, daß man uns Deutschen die Erlaubnis zu sprechen nur aus Höflichkeit erteilt habe. Ich nehme diese Erlaubnis nicht als Gnade, sondern als unser Recht in Anspruch.“

Diesem Manne geht ein gefährlicher Ruf voraus. Die Alliierten halten ihn für den geheimen Herrscher der Reichsregierung. Daheim in Deutschland wird geraunt, er werde alles daran setzen, eine Einigung zwischen den Alliierten und der Reichsregierung zu verhindern, damit die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten. Er brauche die Ruhrbesetzung, um seinen ungeheuren Besitz vor der Sozialisierung zu retten. Die Gegner draußen erblicken in ihm den schärfsten und gefährlichsten Vertreter des deutschen Nationalismus — die Deutschen selbst halten ihn für den Verfechter der egoistischen Interessen seiner kapitalistischen Macht und für einen Landesverräter. Zu solcher Verwirrung sind die Gemüter schon gediehen.

Die Töne, die Stinnes anschlägt, und die Sätze, die er formt, sind in diesem Kreise neu und ganz ungewohnt. Hier spricht zum erstenmal, seit Brockdorff-Rantzau Stimme verklungen ist, ein Mann von dem Ungeheuer des wirtschaftlichen Imperialismus, das die Politiker der Gegenseite gegen den Besiegten aufgeboten haben. Dieser Mann stellt andere Grundsätze auf als Brockdorff-Rantzau, denn er wurzelt auf anderem Boden. Aber sein Blick für das Wesen der Erscheinungen ist nicht weniger klar.

Stinnes legt Zahlen vor, die den Wahnsinn der Alliierten offenbaren. Stinnes schreckt nicht vor Drohungen zurück, er spricht für keine Regierung und für kein System, er spricht für keine Partei, sondern für die Ansicht eines Mannes mit Erfahrung, er spricht für Deutschland. Dieser Mann formt Worte, die man hätte sprechen müssen, wenn — Versailles abgelehnt worden wäre.

Stinnes' Rede erregt großen Aufruhr. Lloyd George

febert vor Ungeduld, bis die Übersetzung stattgefunden hat. Millerand fällt dem deutschen Industriellen ins Wort. In dem allgemeinen Durcheinander versucht Außenminister Dr. Simons beschwichtigend einzugreifen. Stinnes spricht weiter, seine Stimme steigert sich.

„Wenn Sie schwarze Truppen, das würdige Werkzeug Ihrer Politik, dazu verwenden wollen, um das Ruhrgebiet zu besetzen, so werden Sie nicht ein einziges Stück Kohle bekommen . . .“

Die alliierten Vertreter kochen vor Wut. Mit scharfer Stimme ruft der Präsident Delacroix den Deutschen zur Ordnung. Mühsam werden die Verhandlungen fortgeführt.

Millerand versucht in längerer Rede die deutschen Einwendungen zu widerlegen. Wieder übernimmt Lloyd George die Führung der Unnachgiebigen. Er hat nach der offiziellen Sitzung mit Dr. Simons eine Unterredung unter vier Augen. Die Sprache, die er hier führt, schwankt zwischen schmeichlerischen Redensarten und brutalen Drohungen.

Am 14. Juli ist es soweit, daß die Alliierten ihre hohen Militärs zur besseren Bekräftigung ihres Standpunktes herbeirufen. Am folgenden Tage sind Marshall Foch und General Wilson zur Stelle. Man spricht von nichts anderem als der bevorstehenden Ruhrbesetzung, die französische Presse triumphiert über die Teilnahme der Engländer. Lloyd George, der noch in San Remo — es ist nicht mehr als zwei Monate her — Millerand wegen der Besetzung Frankfurts die heftigsten Vorwürfe gemacht, schickt sich mit einem Achselzucken darein. Er, der in Versailles pathetische Worte über das Recht der Völker sprach und den ermüdeten Präsidenten Wilson mit leidenschaftlicher Kraft an seine Grundsätze mahnte, schwingt die Geißel der militärischen Sanktionen geschickter noch und drohender als die Franzosen. Das Mossulgeschäft dehnt seine Wirkungen über die Ruhr aus.

Die deutsche Delegation ist gespalten in ihrer Auffassung. Noch einen Tag und eine Nacht lang dauert der Kampf. Am 16. Juli unterschreiben Fehrenbach und Simons das Kohlenprotokoll, der Widerstand ist zerbrochen. Die vorgehaltene Pistole hat den Kampf entschieden, von wirtschaftlichen Argumenten ist keine Rede mehr. Zer-

Störungswille und Gewalt wagen sich schon so weit vor, daß man die Deutschen zwingen will, durch ihre Unterschrift heute schon den Alliierten das Recht zu bescheinigen, im Falle des deutschen Verzugs das Ruhrgebiet zu besetzen.

Die deutsche Delegation lehnt ab, sie kann ihren Namen nicht unter ein Schriftstück setzen, das ihrer Auffassung nach eine Verletzung des internationalen Rechts und der Verträge bedeutet.

Die Alliierten bestehen auf der Unterschrift unter ihren Schein.

Die Juristen finden den „Ausweg“. Indem die deutsche Regierung unterschreibt, protestiert sie gleichzeitig durch einen Zusatz. Diese Art von Protesten kennen die Alliierten seit Versailles, sie lassen es geschehen.

Nun steht es da, zum erstenmal, schwarz auf weiß. Zum erstenmal spielt die Ruhrbesetzung greifbar und fürchterlich eine Rolle in einem erpreßten Vertrag. Lloyd Georges' Name steht darunter. Er hat Millerand sein Wort eingelöst.

5. Kapitel

Zwischen Ost und West

Lenin und die Weltrevolution. — Lloyd George als Makler zwischen Ost und West. — Der russisch-polnische Krieg im Sommer 1920. — Das Wunder von Warschau. — Deutscher Kommunismus und die Moskauer Internationale. — Mißlungene Generalprobe auf die Revolutionierung Deutschlands. — Die vertagte Weltrevolution. — Lenins Pakt mit dem westlichen Kapitalismus.

Deutschland ist unterworfen, es liegt in den Ketten von Versailles. Was die Entente in Versailles am meisten gefürchtet hat, die politische Vereinigung des Deutschen Reiches mit Rußland, ist nicht eingetreten. Das furchtbare Gespenst dieser Kräftezusammenballung gegen den imperialistischen Westen ist zerflossen. Es scheint, als ob Deutschland sich gehorsam in die Front des Westens eingliedern lasse.

Der westliche Imperialismus denkt an seine nächste Aufgabe, die Niederwerfung seines Todfeindes, des russischen Bolschewismus. Deutschland sinkt herab und wird Mittel zum Zweck. Polen ist der Sturmbock des Westens, die weißen Generale auf russischem Boden sind die Jagdhunde. Die Stunden der Sowjets scheinen gezählt — wie sollen sie der Vereinigung der Herrscher Europas widerstehen?

Im Nordosten des russischen Reiches steht der Admiral Kolttschak, im Süden stehen Denikin und Wrangel, vor Petersburg steht Judenitsch. Sie alle beziehen Geld und Waffen von der Entente. Die Polen, an ihrer Grenze gegenüber Deutschland durch die Entente von allen Sorgen befreit, widmen sich ohne großen Eifer ihrer Aufgabe nach Osten. Der russisch-polnische Krieg schleppt sich hin, die Waffenlieferungen der Entente rollen über deutsches Gebiet. In den Ostseeprovinzen ziehen noch, kämpfend für ihre Siedlungsträume, deutsche Freikorps hin und her, in blutige Scharmügel mit den Bolschewiken verwickelt. England trägt Sorge dafür, daß sie der Entente gehorchen, unfreiwillige Teilnehmer des westlichen Kreuzzuges gegen das unergründliche Reich des roten Zaren Lenin.

In solcher Zeit ruft Lenin: „Die Freiheit ist eine Erfindung der Bourgeoisie, die das wirtschaftliche Sklaventum verhüllt. Wir müssen uns von dieser Ansicht frei machen, wir brauchen eine starke Regierung von wenigen und klarblickenden Männern. Wir werden in Berlin, Washington, Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen, und die Macht der Sowjets wird sich über die ganze Welt erstrecken!“

Die Machthaber des Westens lächeln skeptisch. Der Bolschewismus, sagt Lloyd George, ist eine Krankheit, die ihren Ursprung im Kriege hat. Laßt uns ein paar Jährchen warten, und alles wird vorüber sein. Die Hauptsache ist, daß wir ihm die Luft abdrosseln.

Die Sieger von Versailles verhängen über Rußland die Blockade und laden im Namen der Menschlichkeit die Mächte der ganzen Welt zur Teilnahme ein. Die Japaner sichern sich, dem Verfahren der Kriegszeit getreu, einige willkommene Stücke an der Ostküste Sibiriens. Die Engländer landen Truppen auf Ösel, indem sie das Rezept der deutschen Seeresleitung von 1918 nachahmen. Die fran-

zosen schicken Geld und Waffen überall hin, wo gegen die Sowjets gekämpft wird, und sorgen, daß in Deutschland niemand auf den Gedanken kommt, hier biete sich vielleicht eine weltpolitische Chance. Frankreich bekämpft die Sowjets mit den Stiefelabsätzen seiner Neger am Rhein.

Alle Welt rechnet mit einem kurzen machtvollen Feldzug der gesamten Entente gegen Rußland. In den Vereinigten Staaten herrscht wahre Kreuzzugsbegeisterung wie weiland 1917 gegen den deutschen Militarismus. Die Hochfinanz gibt das Geld für die Propaganda. Großkapital und Moral befinden sich in herzlicher Übereinstimmung. Mit gruseln den Gefühlen liest man die Zeitungsberichte über das entsetzliche Elend der russischen Bevölkerung. Man wird sie befreien. Einstweilen beteiligt man sich an der Blockade.

Es kommt ganz anders. General Judenitsch muß Petersburg preisgeben, das er schon umklammert hält. Die britischen Bataillone verlassen schleunigst die Murmanküste und fahren geradenweges bis nach England. Die Deutschen räumen die Ostseeprovinzen. Die Polen, die sich bisher ganz auf die Entente verlassen haben, schreien jetzt um Hilfe. Im Januar 1920 liefern die Reste der Armee Koltshak, von einem französischen General geführt, um ihr nacktes Leben zu retten, den Admiral an die Russen aus. Er verliert seinen Kopf unter dem Beil, Sibirien ist frei. Im Februar steht die rote Armee im Norden bei Archangelsk. In der gleichen Woche rückt sie im Süden in Odessa ein. Denikin rettet sich nach Konstantinopel, wo die Vertreter der Entente in zitternde Angst geraten. Die baltischen Randstaaten und Finnland schließen schleunigst mit den Russen Frieden.

„Es lebe das Weltrevolutionsjahr 1920!“ ruft Lenin.

Der Westen Europas bebt vor moralischer Entrüstung über die bolschewistischen Greuel. Die Regierungen geben viel Geld aus für die Propaganda. Frankreich rasselt mit Tanks und schweren Geschützen am Rhein. Der Präsident der Republik geht auf Reisen und beschwört die Macht der Zivilisation gegen die rote Gefahr im Osten. In Amerika wird es stiller, die Hochfinanz verhält sich abwartend, vielleicht muß man mit den Sowjets verhandeln, um ins Geschäft zu kommen.

Lloyd George schüttelt lächelnd sein Haupt. Hat er es

nicht vor einem Jahr schon gesagt? Das beste Mittel gegen das Krebsgeschwür des Bolschewismus ist die Vermeidung jedes gewaltsamen Eingriffes. Diese Krankheit kann nur durch Stärkung der gesunden Teile des Organismus geheilt werden.

Der westliche Imperialismus macht eine unauffällige Schwenkung. Sein Bruder, der Kapitalismus, will ins Geschäft. Es melden sich bedenkliche Anzeichen von Absatzstockung. England wird zumeist davon belästigt. Es geht auf die Dauer nicht an, erklären die englischen Zeitungen, den deutschen Markt durch die Politik von Versailles zu zerrütten und auf den russischen Markt ganz zu verzichten.

„Nur seiner Ehre halber“, sagt Lloyd George, „hat England sich am bewaffneten Kampfe gegen Rußland beteiligt.“ Geschäftshalber wird es jetzt die Handelsbeziehungen herzustellen versuchen. „Die ernüchternde Wirkung eines regelmäßigen Handelsverkehrs wird Rußland am ehesten von allen gefährlichen Utopien befreien.“ Moral, Christentum, Imperialismus, wirtschaftlicher Nutzen und national-englische Politik befinden sich in voller Übereinstimmung. Die Franzosen schäumen vor Zorn, aber sie können ohne Englands Mitwirkung nichts ausrichten. So beschließt der Oberste Rat der Alliierten, die Blockade gegen Rußland aufzuheben, den baltischen Randstaaten und Polen eine friedliche Politik zu empfehlen, den Handel mit Rußland zu fördern und — den Völkerbund um die Entsendung einer Studienkommission zu ersuchen.

Krassin ist schon in London eingetroffen. Lloyd George verhandelt mit dem Sowjetgesandten, man spricht über Geschäfte.

★

Die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht. Lenin, Trotzki und Tschitscherin denken nicht an Frieden. Sie denken an Polen.

Die französische Presse lärmt. Lloyd George, heißt es, opfere die gemeinsamen Interessen der Zivilisation für das englische Geschäft. Die französische Regierung ermutigt Polen zu einem militärischen Streich. Pilsudski gehorcht und tritt mit seiner Armee gegen Osten an. Vier Wochen später hat auch diese Karte versagt. Die Russen stehen in

Kiew und rüsten den Vormarsch nach Polen hinein. Wilde Funksprüche an alle verkünden von Moskau aus Sieg und nahende Weltrevolution. Man wird nur mit einer proletarischen polnischen Regierung verhandeln, man wird sich jede Einmischung des kapitalistischen Westens verbitten. Zwischen den Zeilen steht die Hoffnung auf Deutschland — wird es seine Stunde begreifen? Wird es den moralischen Pakt von Versailles zwischen Kapitalismus, Imperialismus und Sozialismus zerreißen?

Deutschland ist neutral. In Deutschland hat eben die Sozialdemokratie das Gespenst des Nationalismus im Kapp-Putsch überwunden und baut ihre Stellungen aus. Deutschlands Augen sind nach Spa gerichtet. Die Parteien streiten sich darüber, ob es gelingen wird, mit den Siegern in Verhandlungen zu gelangen oder ob man ein Diktat zu erwarten hat. Deutschland hat eine Regierungskrise, die Nationalversammlung ist aufgelöst, die ersten Reichstagswahlen stehen vor der Tür.

Lloyd George hat eine Witterung für die Gefahr. Er spricht väterlicher denn je nach Deutschland hinüber. Ihr dürft nicht auf den Gedanken kommen, Arm in Arm mit den Russen gegen den Westen vorzugehen, ich weiß, daß wir uns auf euren gesunden Menschenverstand verlassen können, ihr wollt eine harte, aber geordnete Zukunft im Kreise der zivilisierten Nationen gewiß nicht gegen Anarchie und Untergang eintauschen.

Gipfel und Wendepunkt in Spa. Die französische Faust hat gegenüber Deutschland gesiegt. Für seine Interessen im Orient opfert England die beginnende weltwirtschaftliche Einsicht. Sinzu kommt, daß die Russen jetzt in Persien vorrücken und selbst in China zu wühlen beginnen. Es wetterleuchtet im fernen Osten.

Der polnische Ministerpräsident eilt hilfesehend nach Spa. Die Verhandlungen der Konferenz mit den Deutschen treten vorübergehend in den Sintergrund, größere Umrisse zeichnen sich ab. Die Russen stehen vor Warschau, Polens Schicksal liegt auf der Schneide eines Messers. Wenn die Sowjets Polen vernichten und an den blutenden Ostgrenzen Deutschlands erscheinen — wird dann Deutschland immer noch widerstehen?

Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West steht im

ersten entscheidenden Stadium. Die Generale der Alliierten werden herbeigerufen. Ist militärisch etwas zu machen? Die Generale bejahen. Man muß die polnische Armee unter französische Führung stellen, man muß den weißen General Wrangel, der in der Krim die Rolle Denikins übernommen hat, von Konstantinopel her mit allen Mitteln unterstützen. Die Franzosen sind die treibende Kraft, das Schicksal Polens steht ihnen über allem, sie brauchen Polen heute und morgen und immer, solange Versailles bestehen wird.

Lloyd George schwenkt zögernd in die Linie der französischen Politik ein. Ingeheim bereitet er sich schon auf die Rolle des Mittlers im Osten vor. Er denkt an eine große Friedenskonferenz in London, die unter englischer Führung alles regeln soll. Er läßt die Fäden zu den Sowjets nicht abreißen. Es wird beschlossen, mit allen Mitteln für die Erhaltung Polens zu kämpfen, und es wird gleichzeitig beschlossen, mit den Sowjets über einen Vorfrieden zu verhandeln. Der französische General Weygand reist nach Warschau, der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, begleitet ihn.

Die Zustände, die man in Warschau antrifft, spotten jeder Beschreibung. Pilsudski, der vergötterte Führer der Armee, liegt in erbitterter Fehde mit der politischen Regierungsgewalt, er weigert sich, das Eingreifen alliierter Offiziere zuzulassen. Drüben auf dem östlichen Weichselufer stehen die Russen in den Vorstädten, Artilleriefeuer wechselt hinüber und herüber, die Bevölkerung flüchtet aus Warschau, die Bolschewisten ziehen immer neue Truppen aus dem Innern Rußlands herbei.

Aber General Weygand setzt sich durch. Im August geraten die Russen durch die Angriffe des Generals Wrangel in der Krim in große Verlegenheit an der polnischen Front. Als gegen Ende des Monats das von französischen Offizieren geführte und reorganisierte polnische Heer angreift, beginnt die Russenfront zu wanken. Es kommt zu einer vernichtenden Niederlage im freien Feld. Nach einer Woche melden die Polen hunderttausend Gefangene und zweihundert erbeutete Geschütze. Die Sowjettruppen ziehen sich ins Innere Rußlands zurück. Das Wunder von Warschau ist geschehen, Polen gerettet, die französische Politik hat im Osten einen mächtigen Sieg errungen.

Im Oktober 1920 schließen zu Riga die Russen mit den Polen Waffenstillstand und Vorfriedensvertrag. Die Sowjets verzichten auf alle früheren Bedingungen, Polen bleibt ungeschmälert. Das erstaunliche Zurückweichen der russischen Politik hat gute Begründung. Die rote Armee hat ihre ganze Kraft nötig, um den General Wrangel zu bekämpfen, der von der Krim aus große Fortschritte nach Norden gemacht hat. Militärische Konzentration gegen Wrangel, politische Offensive im Südosten sind die nächsten Ziele des Bolschewismus. Im September hat in Baku der Sowjetkongress getagt, der die unterdrückten Völker des Ostens gegen den westeuropäischen Imperialismus aufrief. Die Fäden zum neutürkischen Nationalismus werden enger gesponnen. Schon gehen kemalistische und bolschewistische Streitkräfte gemeinsam in Armenien vor und bedrohen den Irak und Syrien.

Im November wird Wrangel von den Russen aufs Haupt geschlagen. Um die Mitte des Monats bricht das Unternehmen zusammen. Der General besteigt in Sebastopol ein französisches Kriegsschiff und fährt nach Konstantinopel. Die Entspannung der militärischen Lage der Sowjets und die bedrohliche Entwicklung im nahen Orient veranlassen die englische Politik zu neuen Annäherungsversuchen an Moskau. Frankreich widerspricht jetzt nicht mehr. Die Verhandlungen gehen hin und her, ohne eine entscheidende Wendung zu nehmen. Nach den furchtbaren Anspannungen der letzten Jahre hat die Sowjet-Union eine Atempause nötig. Militärisch hat der Kampf zwischen Imperialismus und Bolschewismus mit einem Zustand latenter Spannung geendet.

Die Russen haben aus den Ereignissen eine Lehre gezogen — es geht nicht ohne Deutschland! Man muß Deutschland in die Front des Bolschewismus eingliedern. Man muß die Revolutionierung Deutschlands von Moskau aus in die Hand nehmen, weil die Deutschen selbst offenbar nichts davon verstehen.

☆

In diesem Sommer des Jahres 1920 hat die deutsche Sozialdemokratie in Genf den Wiederanschluß an die Zweite Internationale vollzogen. Glücklicherweise ist man wieder

beisammen, die englische Labourparty, die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten. Man begräbt die „Mißverständnisse“ der Kriegszeit mit einer feierlichen Schulderklärung der Deutschen, man zimmert das Fundament jener Politik, die für ein Jahrzehnt Europa zum Schlachtfeld des westlichen Imperialismus gegen die Besiegten machen wird, und gibt ihr den Namen Verständigungspolitik. Man schwärmt von den alten proletarischen Idealen, von Sozialisierung, von Abrüstung, vom friedlichen Beieinandersein der Völker, vom Kampf gegen den Militarismus der Regierungen. Die Deutschen empfangen weise Belehrungen über ihre Zukunftsaufgabe, die darin bestehen wird, Buße zu tun für die Sünden der Vergangenheit und ihr Volk von jedem gewaltsamen Widerstand gegen die Neuordnung Europas zu bewahren. Man stellt sich freimütig auf das Postament von Versailles und gliedert sich mit Energie in die Abwehrfront gegen den bolschewistischen Osten ein.

Unterdessen bemühen sich die Unabhängigen eifrig um den Anschluß an die Dritte Internationale des Kommunismus in Moskau, mit dem Ergebnis, daß man ihnen aus Moskau mitteilt, sie seien nicht einen Deut besser als die Regierungssozialisten von Scheidemann bis Ebert und Noske. Man verzichtet auf die angebotenen Dienste. Moskaus Ziele sind ganz anderer Art.

Der Unabhängige Parteitag in Halle bringt im Oktober 1920 die Entscheidung. Es erscheint der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Moskauer Internationale. Sinowjew tritt vor den Parteitag. Er rechnet ab mit der deutschen Revolution.

Revolutionäre nennt ihr euch? Was ist aus dem Spartakusbund geworden? Eine Parteibürokratie, unfähig zur revolutionären Aktion, jederzeit bereit, vor den Ereignissen zu kapitulieren. Was habt ihr aus dem Generalstreik gemacht, den die sozialdemokratische Regierung gegen den Kapp-Putsch ins Werk gesetzt? Eine Maskerade, eine Kundgebung der Ohnmacht. Eure proletarischen Hundertschaften haben sich die Waffen nehmen lassen, wie man Kindern ihr Spielzeug fortnimmt. Aus dem Terror der Bourgeoisie, den man von euch verlangt, ist in eurer Hand Sozialpatriotismus und Sozialpazifismus geworden. Ihr

erschreckt vor Blut, ihr liebäugelt mit den Verrätern des Proletariats, den Sozialdemokraten, den Sandlangern des Kapitalismus. Wo wart ihr, als Sowjetrußland von der Entente mit Hilfe Polens und der weißen Generale erdroffelt werden sollte? Ihr habt die Waffenlieferungen der Entente für Polen nicht verhindert, aber ihr habt eurer Regierung Spitzeldienste geleistet, wenn Waffen für die Sowjets geschmuggelt wurden. Wie soll man mit euch die Weltrevolution betreiben?

Ein russischer Menschewik tritt auf. Bleich und zitternd schleudert er Sinowjew seine Anklagen ins Gesicht. Ein halbes Tausend seiner sozialistischen Genossen sind an einem einzigen Tage von den Sowjets gemordet worden, Sinowjew selbst hat in Moskau achthundert Verhaftete ohne Spruch und Formalität erschießen lassen.

Sinowjew zuckt mit den Achseln und macht eine wegwerfende Handbewegung in den Saal. Die Mehrheit schreit den Menschewik nieder. Schwindel, Verräter, Polizeispitzel, raus mit ihm! Er muß seine Anklagen abbrechen.

Wißt ihr, was Terror ist, fragt Sinowjew. Wollt ihr zur Revolution blasen mit Schalmeyen? Wiegt das Blut der Proletarier weniger als das Blut der Verräter? Entscheidet euch — wenn ihr die Weltrevolution und den Sieg des Proletariats wollt, so habt ihr euch unter die Führung der Moskauer Internationale zu beugen. Wer die Revolution will, muß auch die revolutionäre Disziplin wollen.

Der Parteitag jubelt. Die Abstimmungen ergeben die Annahme aller Moskauer Bedingungen und die absolute Unterordnung des deutschen Kommunismus unter die Moskauer Befehle. Die deutsche Reichsregierung hat unter dem Druck bürgerlicher Parteien gegen Sinowjew einen Ausweisungsbefehl erlassen. Sinowjew läßt sich von seinen deutschen Genossen im Triumph nach Stettin geleiten und kehrt nach Petersburg zurück. Der zurückgebliebene Parteitag gelobt feierlich, sich den Anordnungen der Moskauer Zentrale zu fügen und die revolutionäre Aktion mit allen Mitteln weiter zu treiben „bis zu dem Tage, an dem die siegreiche rote Armee Deutschlands der siegreichen roten Armee Rußlands die Hand reichen wird“.

Ironie des Schicksals — gleichzeitig tagt in Kassel der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Mit Genug-

tuung empfängt er die Glückwünsche eines Reichspräsidenten, zwei ehemalige Reichskanzler sind zugegen. Groß und erfreulich ist die Anzahl der Länderminister. Eitel Freude und Zufriedenheit herrscht über den Wandel der Zeiten und die Stabilisierung der Partei, die jetzt fast überall in der Regierung ist. Schmunzeln und Schadenfreude erregt die Spaltung der Unabhängigen in Halle. Rasch ein paar handfeste Entschlüsse über Sozialisierung und Reform des Arbeitsrechtes, damit man beizeiten die abgepaltenen Teile der Unabhängigen zur erfreulichen Mehrung der eigenen Mitgliederzahl gewinne...



Von jetzt an nimmt die Comintern, die Moskauer Internationale, die Revolutionierung Deutschlands in die Hand. Eine unheimliche Organisationsarbeit beginnt. Kommunistische Aufstandspläne werden bekannt. Die Reichsregierung beruhigt. Ein Kampfbroschüre für den proletarischen Straßenkampf wird veröffentlicht. Die sozialdemokratisch geführte preussische Regierung beschwichtigt. Sie ist gerade mit einem eifrigen Feldzug gegen die Organisation des bayerischen Forstrats Escherich beschäftigt. Die Linksbücher sind angefüllt mit Enthüllungen. Man wittert in der Orgesch den Keim der neuen Gegenrevolution, man spricht von der Vorbereitung eines neuen Kapp-Putsches. Die Kontrollkommissionen der Entente sind schon in eifrigster Tätigkeit. Sie wetteifern mit der preussischen Regierung in der Fortsetzung der Entwaffnung aller irgendwie national gefärbten Verbände. Das Entwaffnungsprotokoll von Spa liegt der gemeinsamen Arbeit zugrunde.

Übermals werden Kampfanweisungen für die proletarischen Hundertschaften gefunden. „Rücksichtsloser Waffengebrauch, keine Gefangenen machen, toten und verwundeten Gegnern Waffen, Kleidung und Wertgegenstände abnehmen, rücksichtslose Beschlagnahme des privaten Besitzes an allen Orten.“

Das preussische Justizministerium stellt eine umfangreiche und gründliche Untersuchung über den Charakter der Organisation Escherich an. Die Kardinalfrage ist die, ob die Orgesch als eine Fortsetzung der von der Entente ver-

botenen Einwohnerwehren aufzufassen sei, oder ob sie eine neue, verfassungsrechtlich nicht angreifbare Privatvereinigung darstelle. Das Ergebnis der Untersuchung ist ein nebelhafter Pythiaspruch.

Unbekümmert darum erneuert der sozialdemokratische Innenminister Severing das Verbot der Orgesch. Ihr Fortbestehen, sagt er, läuft dem Befehl der Entente zuwider, ein Wink mit dem Jaunpfahl. Es wird weiter aufgelöst und entwaffnet.

Die Rote Armee verfügt in Deutschland über eine straffe Organisation. Kompagnien und Bataillone sind gebildet, eine blutrünstige Propaganda bereitet die Stimmung vor. Die Zentraleitung sitzt in Moskau, ein vorzüglicher Kurierdienst stellt die Verbindungen her. In der Berliner Sowjetvertretung finden die letzten Vorbereitungen statt. Die Rote Armee Deutschlands zählt 150 000 Mann in mehr als zweihundert Ortsabteilungen. Sie ist mit Geschützen, Maschinengewehren, Minenwerfern und Sandgranaten versehen. Die Aussichten sind auch militärisch nicht ungünstig, das Protokoll von Spa hat die Reichswehr auf hunderttausend Mann herabgesetzt, die Polizei ist entstaatlicht, dezentralisiert und dadurch eines großen Teiles ihrer Schlagkraft beraubt.

Die umfangreichen Vorbereitungen werden nach Möglichkeit im geheimen betrieben, aber sie können nicht ganz verborgen bleiben. Schon im Januar 1921 verhaftet die Polizei eine Anzahl kommunistischer Führer und macht ihnen trotz des Gekreisches der sozialistischen Presse den Prozeß. Es werden Zuchthausstrafen verhängt.

Mitte März 1921 kommt der Stein durch einen geringfügigen Anlaß ins Rollen. Bei Halle wird ein Güterzug durch unbekannte Hände zum Entgleisen gebracht. Drei Eisenbahner bleiben dabei tot. Die preussische Polizei betrachtet das Attentat als Signal zur Revolution und konzentriert ihre Kräfte um Halle.

Am 20. März steht die Bergarbeiterschaft des Mansfelder Bezirks im Generalstreik. In Berlin versuchen die Kommunisten die Siegessäule vor dem Reichstag zu sprengen, die Sprengung ist als Zeichen zur Eröffnung des Kampfes gedacht. Das Attentat mißlingt, die Täter werden ermittelt und festgenommen.

Jetzt schließt sich die Arbeiterschaft der Leunawerke dem Streik an. Im Mansfelder Bezirk setzt schon der Terror ein, die Bewegung greift rasch aufs Land über, Banden bilden sich. Schon werden zwischen der Polizei und den kommunistischen Formationen die ersten Schüsse gewechselt. Schon gibt es Tote, die Erbitterung wächst auf beiden Seiten.

Der Terror arbeitet mit wohldurchdachtem System. Der Schnellzug von Leipzig nach Halle entgleist. In mehreren Städten des bedrohten Reviers werden die Rathäuser mit Bomben gesprengt. In Dresden und Leipzig werden Gerichtsgebäude durch Explosionen beschädigt. Im Aufruhrbezirk werden Banken und Sparkassen mit vorgehaltenem Revolver ausgeplündert. Die männliche Arbeiterbevölkerung wird durch Plakate zu den Waffen gerufen.

Jetzt entfesselt sich der Aufruhr. In Berlin frohlockt das kommunistische Zentralblatt: „Verbündet euch in allen Orten, nehmt den euch aufgezwungenen Kampf auf der ganzen Linie auf! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der Generalstreik!“

Von der preussischen Regierung wird der Belagerungszustand verhängt. In Eisleben tobt blutiger Kampf. Er zieht sich über die Ostertage hin. In Halle herrscht Generalstreik, im Leunawerk formen sich die kommunistischen Bataillone zum Vormarsch. Die Polizei ist ungeheuer angespannt, sie wird überall beschäftigt, um sie zu zermürben, der Aufstand ist vorzüglich organisiert. Unter den Gefangenen, die von der Polizei gemacht werden, befinden sich zahlreiche Russen.

Im Mansfelder Bezirk kommandiert Max Sözl mit seinem Generalstab, ein Bandenführer großen Stils. Schwerebewaffnete Trupps setzt er auf einzelne Ortschaften an, Brücken werden gesprengt, Züge zum Entgleisen gebracht, Städte überfallen. In vierstündiger Straßenschlacht werden seine Truppen in Sangerhausen von der Reichswehr aufs Haupt geschlagen, zerstreuen sich aufs Land, sammeln sich aufs neue und nehmen den Terror wieder auf.

„Wir kämpfen mit allen Mitteln“, plakatiert Max Sözl, „wir schlachten die Bourgeoisie ab ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts, wir sprengen ihre Schlösser und ihre Paläste, wir nehmen ihnen das geraubte Gut, das

Gold, das sie den Arbeitern durch Ausbeutung und Wucher genommen haben. Genossen, die Stunde ist ernst, die Gelegenheit ist günstig, nur die Tat kann uns retten!"

Ende März treten Polizei und herbeigerufene Reichswehr den Vormarsch an. Bei Halle tobt schweres Gefecht, es ist genau wie im vergangenen Jahre. Das Leunawerk wird von Polizei genommen und gesäubert. Unter heftigen Kämpfen wird das Mansfelder Gebiet befreit. Bei Gröbers, zwischen Halle und Leipzig, findet eine regelrechte Schlacht statt, als dort neue Verstärkungen für die Kommunisten heranrücken.

Nach acht Tagen haben die Truppen überall das Szept in der Hand, die Arbeit wird zögernd wieder aufgenommen. Der Kommunismus hat seine erste Schlacht verloren, aber er denkt nicht daran, von seinen Zielen abzustehen. Er ist sich klar darüber, daß weitere Aktionen folgen müssen und daß die Revolutionierung Deutschlands eine Kette von Einzelgliedern sein muß. Es gilt die Zukunft nach den gemachten Erfahrungen vorzubereiten.

Auch in Hamburg und im Ruhrgebiet ist es zu Unruhen gekommen. Der Zusammenbruch der kommunistischen Aktion in Mitteldeutschland läßt auch hier wieder Ruhe einkehren.



Ein schlechter Friede mit Polen, Erschöpfung des Landes durch die fortdauernden militärischen Anstrengungen, eine geschlossene Front des westeuropäischen Imperialismus und die mißlungene Generalprobe auf die kommunistische Revolutionierung Deutschlands stimmen Sowjetrußland um die Jahreswende 1920/21 nachdenklich. Offenbar läßt sich die Weltrevolution weder durch einen Krieg noch durch ständig wiederholte revolutionäre Stöße in einzelnen Ländern herbeiführen. Ist schon die Zeit gekommen, endgültig darauf zu verzichten?

Der Winter bringt Sungerrevolten in einer ganzen Anzahl von Gouvernements. Im Februar 1921 zeigt ein reaktionärer Matrosenaufstand in Kronstadt drohende Gefahren. Die Fäden laufen nach Frankreich. Im März wird Kronstadt von den Sowjettruppen wiedergenommen, die Aufständischen fliehen nach Finnland, zwei Kriegsschiffe

werden beim Abzug in die Luft gesprengt. Die Tscheka läßt an 3000 Deserteure erschießen, der Terror wütet.

Lenin tritt vor den kommunistischen Parteitag. Was ist das? Welche Sprache spricht der vergötterte Revolutionsheld?

Die Weltrevolution, sagt Lenin, ist ferngerückt. Es wäre Wahnsin, heute noch zu glauben, man könne sie in naher Zeit verwirklichen.

Wir haben die Rote Armee demobilisieren müssen, sagt Lenin, weil uns die fortdauernden Kriege zuviel kosten. Die Soldaten, die wir entlassen mußten, durchstreifen als Räuber und Plünderer das Land und vergessen jede Disziplin. Sie terrorisieren die Bauern und Kleinbürger, die wir zum inneren Aufbau nötig haben.

Wir müssen mit dem Kapitalismus des Auslands Frieden schließen, sagt Lenin, wir müssen den ausländischen Kapitalismus durch Gewährung von Konzessionen in unser Land rufen, denn wir brauchen sein Geld, wir brauchen seine Techniker und Ingenieure, wir brauchen seine Erfahrungen.

Wehe, sagt Lenin, wer in diesen Maßnahmen ein Zurückweichen des Kommunismus erblickt, wehe, wer sich einfallen läßt, an unsere Schwäche zu glauben. Der Kommunismus bedient sich des Kapitalismus nur als eines Pächters, eines Knechtes und Sandlangers — wehe ihm und seinen Trägern, wenn sie das vergessen!

Die Weltrevolution, sagt Lenin, wird aufgeschoben bis zu dem Augenblick, in dem sie mit sicherer Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann.

Der Parteitag jubelt dem roten Zaren zu. Eine machtvolle Parade der Armee schließt sich an. Sang- und klanglos stimmt die Dritte Internationale den Verordnungen zu, die von der Sowjetregierung zu der Einleitung des inneren Wiederaufbaues mit Hilfe des fremden Kapitals erlassen worden sind.

Das Schicksal will den Sowjetmachthabern nicht wohl. Zu oft haben sie es herausgefordert. Eine allgemeine Missernte stürzt das erschöpfte Land im Sommer 1921 in eine entsetzliche Hungersnot. Verzweifelt rotten sich Banden von Bauern und ehemaligen Soldaten zusammen, der Nachbar stürzt sich auf den Nachbar, das Kinderelend erreicht

phantastische Ausmaße. In den Städten wird revolviert und geschossen. Ob sie will oder nicht, die Sowjetregierung muß das Ausland um Hilfe bitten.

Die charitativen Organisationen Europas und Amerikas bilden Ausschüsse. Der Völkerbund schickt Fritjof Nansen nach Moskau. Als Nansen nach Genf zurückkehrt, um die Durchführung des in Moskau mit den Sowjets geschlossenen Abkommens in die Wege zu leiten, ist der Völkerbund inzwischen auf den Gedanken gekommen, die Sowjets könnten seine Hilfe zur Festigung ihrer eigenen Macht benutzen. Man verweist Nansen an das Rote Kreuz.

Die Sowjetregierung verlangt von den Ländern des Westens Kredite, um der Not zu steuern. Frankreich erwidert, vor jeder Hilfsaktion müßten zunächst die russischen Vorkriegsschulden anerkannt werden. Die englische Regierung benutzt die Gelegenheit, um sich nachdrücklich über die Verletzung des russisch-englischen Handelsabkommens durch die Sowjets zu beschweren. Überhaupt, heißt es auf einmal in London, habe sich das bisherige System der Handelsbeziehungen als ein glatter Mißerfolg herausgestellt.

Jetzt, wo die Sowjetregierung zu Tode gehetzt ist, regt es sich wieder bei den imperialistischen Mächten des Westens. Frankreich ist es um seine Vorkriegsschulden zu tun, England um vorteilhaftere Handelsabmachungen. Vielleicht ist der Kommunismus, dem weder das Schwert noch „die ernüchternden Wirkungen des Handels“ getroffen haben, durch den Hunger zu kurieren?

Es hat fast den Anschein, als ob sich das riesenhafte kommunistische Experiment erschöpft habe. Welche Wandlung innerhalb zweier Jahre! „Wir werden in Berlin, London, Paris und Washington Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen — es lebe das Weltrevolutionsjahr 1920!“ rief damals Lenin. Heute, am Ausgang des Jahres 1921 richtet die Sowjetregierung an die Regierungen des Westens und der Vereinigten Staaten eine Note, worin sie die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden anbietet, wenn man Wirtschafts- und Handelsfrieden mit ihr schließt und ihr politische Anerkennung gewährt.

„Rußland ist arm, erschöpft und schwach“, sagt Lenin, „die Methode des Bürgerkrieges und der kommunistischen

Abgeschlossenheit nach außen ist vorüber, wir brauchen Frieden und wirtschaftlichen Aufbau.“



Wo sind die Sieger, wo die Besiegten in diesem gigantischen dreijährigen Kampfe zwischen dem Imperialismus von Versailles und dem geheimnisvollen Phantom des Ostens, das seine Kräfte in einer ungeheuerlichen Utopie erschöpft hat? Ist schon eine endgültige Entscheidung gefallen, oder handelt es sich nur um den Abschluß einer Phase?

Bald wird man erkennen, wie die Dinge liegen. Die krampfhaften Bemühungen der Westmächte, das Deutsche Reich aus der gewaltigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West fernzuhalten, verraten die Furcht, die sie erfüllt. Das weltwirtschaftliche Experiment von Genua beginnt sich abzuzeichnen und seinen Schatten vorauszuwerfen. Aber der Versuch zu dieser Synthese trägt schon den Keim des Mißlingens in sich. Man wird zwischen Ost und West keinen dauerhaften Frieden schließen können, solange das Deutsche Reich in die Ketten von Versailles eingeschlossen ist.

6. Kapitel

Carthago

Weltwirtschaftsideen und Versailler Imperialismus. — Die Reparationsfrage. — Pariser Beschlüsse des Obersten Rates vom Januar 1921. — Die erste Londoner Konferenz. — Lloyd George als Clemenceau. — Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. — Die Tributrechnung der Reparationskommission. — Verfallstag am 1. Mai 1921. — Zusammenbruch des deutschen Widerstandes, Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach und Bildung des Erfüllungskabinetts Wirth. — Annahme des Londoner Ultimatums. — Carthago.

Es spukt in Europa von weltwirtschaftlichen Ideen, es sieht beinahe aus, als stehe man vor dem Beginn einer Epoche der vernünftigen Einsicht.

Die finanziellen Sachverständigen aller Mächte entdecken, daß die Reparationsfrage einen großen Anteil an

der allgemeinen wirtschaftlichen Verwirrung trage. Es könne, so sagen sie, keine Besserung eintreten, solange dies Problem keine Lösung erfahren habe.

Der Oberste Rat der Alliierten stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Bedeutsam richtet er den Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber drüben bleibt es stumm. Amerika hält seine Zeit noch nicht für gekommen. Wilson ist seit langem gestürzt, das Land hat seinen Frieden und seinen Völkerbund verworfen, man will mit diesem streitenden und friedlosen Europa nichts zu tun haben, mögen sie dort selbst ihre Angelegenheiten ordnen. Amerika will nichts weiter, als daß Europa seine Schulden bezahlt. Noch spielen die alliierten Schulden nicht die verhängnisvolle Rolle späterer Zeit. Noch wiegt sich Frankreich in der Zuversicht, daß man von ihm, dem bedauernswerten Opfer des Krieges, das für alle Nationen gelitten hat, unmöglich auch nur einen einzigen Sou verlangen kann. Die französische Regierung übergeht diesen unheimlichen Punkt mit Schweigen.

Der Grundsatz, daß die Deutschen für alles aufzukommen haben, und die bestimmte Hoffnung auf den Erlaß der amerikanischen Schulden haben Frankreich zu einer bedenklichen Ausgabenwirtschaft verleitet. Schon jetzt zeigt sich der Beginn einer schweren Finanzkrise. Der Schrei nach Deutschlands Zahlungen wird um so heftiger und lauter ausgestoßen.

Millerand wird im September 1920 an Stelle des erkrankten Deschanel in die Präsidentschaft berufen. Sein Nachfolger als Ministerpräsident ist Leygues. Im Dezember wird das Kabinett Leygues durch seinen eigenen Kriegsminister, Lefèvre, gestürzt, weil es sich in der Entwaffnungsfrage gegenüber Deutschland zu schlapp gezeigt hat. Kammer und Volk stehen ganz auf der Seite Lefèvres. An die Spitze der neuen Regierung tritt Aristide Briand.



Im Oktober 1920 hat die deutsche Regierung bei der Reparationskommission die im Friedensvertrag geforderten Schuldverschreibungen in Höhe von insgesamt sechzig Goldmilliarden hinterlegt. Im November einigen sich die Alliierten auf Einberufung einer Sachverständigenkonfe-

renz, die im Dezember in Brüssel stattfinden soll und zu der man auch deutsche Vertreter einladen will. Die Sachverständigen werden ihren Regierungen berichten, die Regierungen werden ihre Vertreter in der Reparationskommission mit Anweisungen versehen. Die Reparationskommission wird einen Spruch zu fällen haben, der von Deutschland anzunehmen und auszuführen ist. Der Entschluß, die Reparationsfrage auf diese Weise endgültig und gründlich zu lösen, steht fest. Frankreich braucht Geld, Geld und nochmals Geld, der Schrei der öffentlichen Meinung wird immer drängender.

Deutschland ahnt das Bevorstehende. Der Haushalt des Reiches weist ein ungedecktes Defizit von dreiundachtzig Milliarden Papiermark auf, für ein Drittel dieser Summe kann aus neuen Steuern Deckung beschafft werden, der Rest hängt in der Luft, die Notenpresse muß dafür aufkommen. Die Mark sinkt und sinkt, es ist kein Stillstand und kein Ende abzusehen. Wirtschaft und Industrie stehen unter dem Druck der inneren Unruhen und der Drohungen von außen. Die Lage ist zum Verzweifeln.

Im November stößt die Reichsregierung einen lauten Silberuf aus. Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Simons begeben sich ins besetzte Gebiet. In Köln und Düsseldorf ruft Dr. Simons, das Recht der Feinde auf Gewalt und Drohungen habe eine Grenze. Er geißelt die unglaubliche Höhe der Besatzungskosten, die den größten Teil der deutschen Leistungen auffressen. Hat man hundertundfünfzigtausend Soldaten nötig, um das entwaffnete Deutschland am Boden zu halten? Er geißelt den recht- und gesetzeslosen Zustand, unter dem man von Deutschland Tag für Tag neue Forderungen erpreßt.

Die Antwort ist kurz und brutal. Die Alliierten verbieten deutschen Ministern in Zukunft das Betreten des besetzten Gebiets und drohen mit ihrer Verhaftung. Sie schalten und walten, als gehöre das Land bereits ihnen.

Unter solchen Vorzeichen tritt im Dezember 1920 die Brüsseler Sachverständigenkonferenz zusammen. Nach acht Tagen geht sie ergebnislos auseinander. Es ist zwecklos, zu versuchen, die phantastischen Zahlen der Gegenseite der Wirklichkeit anzupassen. Es ist überhaupt zwecklos, diesen von der öffentlichen Meinung Frankreichs diktierten und

von den Sachverständigen der Alliierten übernommenen Zahlen deutsche Ziffern entgegenzustellen. Die Reparationsfrage spitzt sich zu. Wohin die Franzosen zielen, ergibt sich klar aus der Note, welche die Reparationskommission am letzten Tage des Jahres 1920 der deutschen Regierung zu stellt. Weder die Bestimmungen des Versailler Vertrags, noch die beiden Protokolle von Spa sind erfüllt — die deutsche Regierung trägt für das Kommende die Verantwortung.

Am 24. Januar 1921 tritt in Paris der Oberste Rat der Alliierten zusammen. Er unternimmt den Versuch, den gordischen Knoten der Reparationen mit einem Schwertschlag zu durchhauen. Er bedeutet den ersten entscheidenden Sieg der Richtung Poincaré in der Tributfrage und wird bestimmend für die nächsten Jahre, bis er im Ruhreinbruch seinen schärfsten Ausdruck findet. Lloyd George leistet schwachen Widerstand. Die Brüsseler Sachverständigen haben, die Unmöglichkeit einer Endlösung in diesem verwirrten und von leidenschaftlichen Gegensätzen zerrissenen Augenblick einsehend, ein Provisorium vorgeschlagen. Die Engländer machen sich diesen Vorschlag zu eigen.

Die Franzosen ergreifen das Wort. Es ist nicht Poincaré, der spricht. Es ist nicht Briand, er entschuldigt sich damit, daß er sich noch nicht auf diesem verwickelten Gebiet zu Hause fühle. Es ist der Finanzminister Doumer, ein zurückhaltender, freundlicher, geschätzter, aber nicht allzu bedeutender Herr. Was er sagt, ist die Summe von Poincaré, Foch, Clemenceau und der öffentlichen Meinung Frankreichs. Es ist der Schrei nach dem deutschen Geld, die Ablehnung jeder Vernunft, die Ausschaltung des Grundsatzes wirtschaftlicher Möglichkeit, das wahnsinnige Verlangen nach dem Unmöglichen, in die nüchterne Skala trockener Zahlen verkleidet.

Eine Woche lang berät man diese Zahlen, es geht alles sehr sachlich zu, man hält sich gegenseitig in der Illusion der Vernunft und der Nüchternheit, man bewegt sich mit der Sicherheit großartiger Sachleute auf dem Boden einer phantastischen Utopie. Dann wird das Ergebnis veröffentlicht. Deutschland erstarrt.

Da das Kohlenabkommen von Spa verletzt ist, hat Deutschland einmalig eine halbe Million Tonnen nachzu-

liefern. Die regelmäßigen Lieferungen werden auf 2,2 Millionen Tonnen erhöht.

Für die ersten zwei Jahre zahlt Deutschland jährlich die Summe von zwei Milliarden Goldmark, für die nächsten drei Jahre je drei Milliarden, für die weiteren drei Jahre vier, für abermals drei Jahre fünf und vom elften, dem Normaljahre, an jährlich sechs Milliarden. So geht es weiter bis zum zweiundvierzigsten Jahre.

Die Gesamthöhe der deutschen Schuld wird auf zweihundertsechszwanzig Milliarden festgesetzt.

Zweiundvierzig Jahre lang wird von der deutschen Ausfuhr eine Sonderabgabe von zwölf Prozent erhoben.

Deutschland darf keine Auslandsanleihe aufnehmen, es sei denn mit der Genehmigung der Reparationskommission.

Deutsche Vertreter werden aufgefordert, in London zu erscheinen, um diesem Dokument ihre Unterschrift zu geben.



Was ist der Sinn dieses wahnsinnigen Dokuments?

Die Staatsmänner der Alliierten haben sich wider besseres Wissen von der Volksstimmung ihrer Länder das Gesetz diktieren lassen. Sie folgen den Grundsätzen der Demokratie auf ihre Art, die einen mit Achselzucken und mit zagem Vertrauen auf die Zukunft, die andern mit festem Ziel und starrem Willen. Die ersteren resignieren zugunsten der letzteren. Es ist beinahe schon abzusehen, daß aus dieser Sackgasse der Verrantheit kein Ausweg möglich ist, daß es zu einer Katastrophe kommen muß.

Rasch drängen die Ereignisse auf der vorgezeichneten Bahn weiter. Alles steht schon unter dem Druck der bevorstehenden Ereignisse, des unausbleiblichen Zusammenstoßes der Utopie mit der Realität der Dinge. Auch diejenigen, die bisher mit aller Gewalt ihre Augen vor den Tatsachen verschlossen gehalten und immer noch hofften, man werde zu einer vernünftigen Regelung kommen, weil von einer Katastrophe niemand Gewinn haben könne, werden jetzt grausam geweckt.

Das Kabinett Fehrenbach beginnt sich auf die Abwehr einzustellen. Zaghaft noch, seiner Sache durchaus nicht sicher, unschlüssig über den Weg, den man einschlagen soll, klammert es sich an den Gedanken, daß es dem Unmöglichen

gegenüber eben nur ein Nein gibt, allen Folgen zum Trotz. Gleichzeitig aber stellt es Erwägungen an, ob nicht selbst in diesem Zeitpunkt noch ein letzter Weg aus dem Wirrsal gefunden werden könne.

Man hätte die Beschlüsse des Obersten Rates auf Grund des Versailler Vertrags selbst anfechten können. Nicht der Oberste Rat, sondern die Reparationskommission hat die Aufgabe, die Summe der deutschen Leistungen festzusetzen, der Oberste Rat hat mit den Pariser Beschlüssen seine Befugnisse überschritten. Ist eine Anfechtung aus formalen Gründen ratsam? Wird man von der Reparationskommission, dem Werkzeug Poincarés, einen milderen Spruch zu erwarten haben? Wird die Kommission ihre obersten politischen Instanzen verleugnen? Es ist nicht daran zu denken.

Wenn man einfach ablehnt? Kein Zweifel, die Franzosen werden sich sofort auf das Ruhrgebiet stürzen und wahrscheinlich die Engländer zu stillem Einverständnis verpflichten. Darf man es darauf ankommen lassen? Wird das Volk genügend Nerven besitzen? Kann man ihm eine solche Kraftprobe zutrauen? Reichen die Mittel? Besteht irgendeine Hoffnung wenigstens auf diplomatische Unterstützung von außen? Die Antwort ist bitter genug. Die eigenen Mittel werden vielleicht für eine kurze Zeitspanne ausreichen, das Volk wird sich der Bewegung anschließen. Auf Intervention von außen ist nicht im geringsten zu hoffen. Und dann?

Was aber kann getan werden? Man muß eine neue Konferenz wagen, einen neuen Waffengang mit Zahlen, Argumenten, Reden, Meinungskämpfen. Man muß noch einmal im Angesicht der ganzen Welt die Statistik des Elends und der Hoffnungslosigkeit aufmarschieren lassen. Man muß die Grenzen des Möglichen klar bestimmen, zu einem Nein entschlossen, wenn diese äußerste Grenze von den Gegnern überschritten wird. Ehrlich und offen muß man ihnen gegenüber treten. Kommt es zum Bruch, nun, so ist wenigstens das letzte getan worden, um dieses Unglück zu vermeiden.

Inzwischen gilt es, das eigene Volk vorzubereiten, es ist ja fast ahnungslos, es läßt sich treiben, ein jeder mit seiner eigenen Not beschäftigt. Der Sinn für das Schicksal

der Nation muß wieder geweckt werden, man muß ihm Klarmachen, was die Pariser Beschlüsse eigentlich bedeuten.

Dr. Simons reist nach Süddeutschland und findet kräftige Worte gegen den Pariser Zahlenwahnsinn. Er erhebt laute Anklage gegen die Alliierten, er nimmt kein Blatt vor den Mund. Und siehe da, das Volk horcht auf. Es ist zum erstenmal seit dem Kriege, daß ihm von seinen Ministern gesagt wird, man müsse entschlossen sein, Unmögliches abzulehnen. Es spürt zum erstenmal, daß hinter diesen Worten mehr steht als das Verlangen, sich eine gute Verhandlungsbasis für die Auseinandersetzung mit dem Gegner zu verschaffen. Zum erstenmal, das spürt jeder deutlich, braucht die Regierung das Volk nicht als moralische Kulisse, sondern als Rückhalt und Schutz, auf Treu und Glauben, auf Gedeih und Verderb.

Die Reisen des Außenministers sind ein voller Erfolg. Die Regierung wird in ihren Absichten bestärkt, ihr Entschluß kräftigt sich. Als die deutsche Delegation Ende Februar nach London abfährt, wird ihr in Berlin begeistert zugejubelt.



Herr Briand, der französische Ministerpräsident, hat nach bewährter Methode das Seinige getan, um die Konferenz vorzubereiten und um die Deutschen von vornherein unter den so oft bewährten Druck zu setzen. Am 19. Februar, zwei Tage vor Konferenzbeginn, teilt er der deutschen Regierung mit, daß bei Ablehnung der Pariser Beschlüsse automatisch die vorgesehenen Sanktionen in Kraft treten werden und daß die im Versailler Vertrag festgesetzten Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben.

Das ist die Stimmung, in der die Konferenz ihren Anfang nimmt.

Lloyd George überschüttet den deutschen Außenminister mit Vorwürfen wegen seiner Reden in Süddeutschland. Dr. Simons weist diese Entgleisung des englischen Premiers kühl zurück.

Am 1. März legt Dr. Simons der Konferenz im Namen der deutschen Regierung einen Zahlungsplan vor, den die Regierung für tragbar hält. Er begründet den Plan mit

einer längeren Rede. Deutschland will fünfzig Goldmilliarden zahlen, aber man muß die Fesseln beseitigen, die seinem internationalen Handel angelegt sind, man muß ihm Oberschlesien lassen. Die Alliierten müssen auch auf das in Versailles erzwungene deutsche Schuldbekenntnis verzichten. Deutschland will zahlen und für seine Gegner arbeiten, aber nur in Freiheit und nicht als ein Geächteter.

Die Atmosphäre ist eisig, die Erinnerungen an Versailles sind übermächtig. Lloyd George hält es nicht für nötig, seinen Zorn zu verbergen, er fällt dem deutschen Außenminister erregt ins Wort. Dr. Simons bricht seine Rede ab. Der Abschluß der Sitzung ist eine schroffe Aufforderung Lloyd Georges, es stehe der deutschen Delegation frei, ihren Vorschlag schriftlich dem Sekretariat der Konferenz einzureichen.

Das ist die erste Sitzung. Sie zeigt deutlich, wohin die Konferenz steuert.

Die Deutschen reichen ihren Vorschlag ein. Lediglich um der Form zu genügen, versammeln sich die Alliierten zu einer internen Beratung. Nach kürzester Frist erklären sie den deutschen Vorschlag für undiskutabel, eine eingehende Beratung findet überhaupt nicht statt.

Am 3. März werden die Deutschen zu einer neuen gemeinsamen Sitzung beordert. Es ist jetzt fast genau wie in Versailles. Lloyd George hat die Rolle Clemenceaus übernommen. So weit ist es mit ihm schon gekommen.

„Für die Alliierten“, sagt er laut, „ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg die Basis, auf der das Gebäude des Friedens errichtet worden ist. Wenn das Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, wird der ganze Vertrag hinfällig. Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offener Unterstützung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Versailler Vertrags ansieht. Vorschläge wie die von Dr. Simons gemachten sind einfach die Folge eines solchen Verhaltens. Wir wünschen deshalb ein für allemal zu erklären, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als cause jugée behandelt wird.“

Die deutschen Vorschläge sind verworfen, die Alliierten appellieren an das fragwürdige Recht, das ihnen die Gewalt gibt. Man fordert die Deutschen auf, bis zum 7. März neue Vorschläge zu machen oder die Pariser Beschlüsse anzuerkennen. Die Unterredung, die am Vorabend des ablaufenden Ultimatums zwischen Lloyd George, Briand und Dr. Simons stattfindet, hat nur noch formale Bedeutung. Es ist offensichtlich, daß kein auf sachlicher und vernünftiger Grundlage aufgebauter deutscher Vorschlag die Alliierten befriedigen wird. Sie haben das Schwert erhoben, es wird niederfallen.

Die Konferenz wird ergebnislos abgebrochen. Während am nächsten Tage Dr. Simons in Berlin von einer begeisterten Menge begrüßt wird, ergießen sich schon über Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort die feindlichen Truppenmassen. Der Überfall auf Frankfurt und Darmstadt wiederholt sich im Norden mit allen Einzelheiten, Proklamationen, Befehlen, Drangsalierungen, Maueranschlägen, Beschlagnahmen, Belagerungszustand. Aber es ist ein schwerwiegender Unterschied gegen damals — heute sind die Engländer dabei, die damals die Franzosen allein handeln ließen und sie durch ihren Protest schließlich zum Rückzug zwangen. Geschlossen und einheitlich sind die Alliierten zu dem System der Gewalt zurückgekehrt, indem sie dem Versailler Vertrag eine mehr als fragwürdige Auslegung geben. Deutschland soll auf die Knie nieder.

Die erste Etappe zur Ruhrbesetzung ist im Sinne der französischen Politik erfolgreich zurückgelegt. Das Ruhrgebiet liegt offen und verlockend vor ihren Bataillonen, der Fuß ist auf die Schwelle gesetzt. Daß England ihnen dabei zur Seite steht, ist eine Tatsache, mit der sie vor einem halben Jahre noch nicht zu rechnen wagten.

Um das gesamte bis jetzt besetzte Gebiet wird ein Zollring gelegt. Alle Waren, die aus Deutschland in das besetzte Gebiet und in die Länder der Alliierten gelangen, werden mit einem Sonderzoll von fünfzig Prozent belegt. Die Ausplünderung beginnt im großen Stile.

Beide Parteien, deren Stellungen jetzt klar einander gegenüberliegen, leiten die weiteren Maßnahmen ein. Deutschland wendet sich mit einem feierlichen Protest an den Völkerbund. Der Bund gibt keine Antwort. Die Al-

liierten beauftragen ihrerseits die Reparationskommission, nunmehr gemäß den Versailler Bestimmungen die Gesamtschuld Deutschlands und ihre Zahlungsweise festzusetzen.

Die Reparationskommission übersendet der deutschen Regierung zunächst eine Rechnung, wonach Deutschlands bisherige Leistungen an die Alliierten auf insgesamt acht Milliarden veranschlagt werden.

Die deutsche Regierung, die ganz genau weiß, wohin dieser Rechtsanwalt der Alliierten steuert, protestiert und stellt eine Gegenrechnung auf, die mit einundzwanzig Milliarden abschließt.

Die Reparationskommission schiebt als erste und letzte Instanz den deutschen Einspruch beiseite und verlangt, daß Deutschland in Erfüllung des Artikels 235 des Versailler Vertrages bis zum 1. Mai 1921 — also binnen anderthalb Monaten! — die sich aus dieser Bilanz ergebende Restsumme von zwölf Milliarden zu begleichen habe. Es wird hinzugefügt, daß man am 1. Mai ordnungsgemäß der deutschen Regierung die Gesamtsumme ihrer Verpflichtungen mitteilen werde.

Ist das Wahnsinn? Nein, es ist wohlberechnete Methode, es ist die Vorbereitung, die nötig ist. Das deutsche Volk muß erschreckt, gereizt, gestoßen und verwirrt werden. Das ist der Boden, auf dem die Saat aufgehen wird. Ende März verkündet Briand in der Kammer, daß die vertraglichen Besetzungsfristen außer Kraft gesetzt sind. Wenige Tage später ruft er im Senat drohend und laut, wenn Deutschland am 1. Mai nicht gefügig sei, werde eine starke Faust es am Kragen packen. Seien die Deutschen säumig und widerspenstig, so werde man ihnen den Gerichtsvollzieher schicken, von Gendarmen begleitet.

Noch ist Briand in Sorge um Englands Haltung. Ende April trifft er mit Lloyd George zusammen. Aber Lloyd George beruhigt den Kollegen in jeder Hinsicht. Beide Staatsmänner stellen mit Befriedigung „ihre vollständige Einmütigkeit über die gegen Deutschland einzunehmende Haltung“ fest. Briand fährt zufrieden nach Hause. Lloyd George tut ein übriges, betritt die Tribüne des Unterhauses und erklärt, die englische Regierung werde die französischen Vorschläge über die Besetzung des Ruhrbeckens

unterstützen. Falls weitere Sanktionen erforderlich seien, werde sie das Unterhaus vorher befragen.

Paris triumphiert. Der 1. Mai 1921 rückt, mit leidenschaftlicher Spannung erwartet, heran. In den Straßen herrscht Jubel, die Zeitungen führen eine Sprache, die an die ersten Kriegstage erinnert. Niemand macht sich Gedanken darüber, daß man am Vorabend eines beispiellosen Raubzuges in unverteidigtes Gebiet steht. Der Schrei nach Geld und Zahlungen wird nicht weniger erregt ausgestoßen, als man damals zur Verteidigung der Grenzen aufrief. Eine ungeheure Verwirrung der Begriffe, eine schauerliche Umwertung offenbart sich. Im Grunde dieses wüsten Orchesters aber schwillt hohl und dumpf der tiefere Klang — Zerstückelung Deutschlands, Zusammenbruch des Reichs, Auflösung, Niederbruch bis zum Boden — — und der Rhein Frankreichs Grenze!

Briand tritt noch einmal vor die Kammer, bereit schon, um zur Konferenz des Obersten Rates abzureisen, die alle Maßregeln für den 1. Mai treffen soll. Briand ist erregt, und seine Beredsamkeit funkelt wie ein Feuerquell. „Nun“, ruft er mit leidenschaftlicher Geste, „Frankreich verzichtet auf jedes weitere Wort, unsere Vorbereitungen sind getroffen. Frankreich ist entschlossen, alles zu tun, was ihm die Mittel zur Sicherung seiner Rechte in die Hand bringen wird.“

Die Kammer erhebt sich zu begeisterter Kundgebung, der Beifall will nicht enden.

Inmitten dieses Wirrwarrs geht die Note fast unter, die am 20. April von der Reparationskommission der deutschen Regierung zugestellt wird, und in der die Höhe der deutschen Gesamtschuld in einem komplizierten Berechnungsschema auf etwa 200 Milliarden Goldmark festgesetzt ist. Diese Schuld, heißt es, ist sofort anzuerkennen. Eine Milliarde in Gold ist ohne Verzug in die Keller der Bank von Frankreich zu überführen.

☆

Was wird Deutschland in dieser furchtbaren Lage tun? Ist es zu einem Widerstand ohne Rücksicht auf die Folgen entschlossen? Hat es die ganze Schwere dieser Entscheidung

begriffen, die nicht weniger drohend ist als die Entscheidung vom Mai 1919, ein zweites Versailles?

Die deutsche Regierung entschließt sich zu einem ver zweifelten Schritt. Zum zweiten Male in der leidensvollen Geschichte dieses Jahrzehnts wendet sich Deutschland in letzter Stunde an die Vereinigten Staaten von Amerika. Am 21. April 1921 ergeht eine Note an den neuen Präsidenten mit dem Vorschlag, die Vermittlung in der Reparationsfrage in die Hand zu nehmen. Deutschland erklärt sich im voraus bereit, die Entscheidung des Präsidenten anzuerkennen.

Schon am folgenden Tage ist die Antwort der Vereinigten Staaten da. Nein, es ist nichts zu erhoffen, Deutschland steht genau so allein wie damals, Amerika denkt nicht daran, zum zweitenmal die politische Schiedsrichterschaft über Europa auszuüben, es hat von Wilsons Schicksal genug. Harding erklärt, seine Regierung müsse das Schiedsrichteramt ablehnen, sie sei nicht in der Lage, zwischen Deutschland und den Alliierten zu vermitteln, sie könne nichts tun, um Deutschland die Verantwortung abzunehmen, die es als der Schuldige am Krieg auf seinen Schultern trage.

Trotzdem beharrt die Reichsregierung auf diesem ver zweifelten Wege. Am 24. April übermittelt sie dem Präsidenten seiner Ablehnung zum Trotz bestimmte Vorschläge. Lediglich aus formalen und diplomatischen Gründen gibt die amerikanische Regierung die deutschen Vorschläge an die Alliierten weiter, die sie sofort verwerfen. Jetzt zieht sich Harding offiziell von jeder Tätigkeit in der Reparationsfrage zurück.

☆

Der Versfallstag des 1. Mai 1921 ist da.

Seit gestern tagt in London der Oberste Rat. Lloyd George ist persönlich der Auffassung, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch interalliierte Truppen nicht mehr zu verhindern sei, er hat sich mit dieser Tatsache abgefunden. Briand kommt, um die Versprechungen der Engländer jetzt einzulösen. Aber im englischen Kabinett sind noch andere Kräfte am Werke, die sich einen kühleren Kopf bewahrt haben. Die meisten Ministerkollegen Lloyd Georges sind

nach wie vor schärfste Gegner der Besetzung. Winston Churchill ist der Führer der Opposition. Wenn die Besetzung nicht mehr zu umgehen ist, sagt er, so darf sich England wenigstens nicht daran beteiligen.

Briand muß einsehen, daß es noch einen hartnäckigen Kampf kosten wird, bis der französische Standpunkt durchdringt. Damit hat er nicht gerechnet. Aus Paris wird er vorwärtsgetrieben. Die Presse tobt gegen die Engländer, das Kriegsgeschrei ist bis zur Siedehitze angeschwollen.

In den Gehirnen der Engländer macht sich die dumpfe Vorstellung Raum, daß man gegen die demokratischen Regierungen Deutschlands nicht ungestraft nach dem alten Rezept der Diktate handeln darf, wenn man Deutschland nicht abermals dem Chauvinismus ausliefern will, oder dem Bolschewismus, der nur auf seine Stunde wartet.

Unversehens ist ein neues Feilschen um Zahlen und Annutäten im Gange. Tag und Nacht arbeitet der Finanzausschuß. Die Franzosen weigern sich zunächst hartnäckig, auch nur einen Sou von den Pariser Beschlüssen abzustreichen. Dazu, beteuern sie, seien sie nicht nach London gekommen, sie seien vielmehr da, um die Maßnahmen zu beschließen, die man gegen das widerspenstige Deutschland zu ergreifen habe.

Aber Lloyd George, hinter dem seine Ministerkollegen stehen, setzt neue Verhandlungen durch. Dann müsse die Reparationskommission herbeigerufen werden, verlangt Briand, die Regierungen allein haben keine Befugnis, über die Rechte der Kommission hinwegzuschreiten. In Wahrheit sucht Briand Deckung, immer tut er das, wenn es sich um unangenehme Entscheidungen in der Reparationsfrage handelt. Die Kommission kommt nach London, die Konferenz drängt zur Krise.

Lloyd George fordert, man müsse den Deutschen eine letzte Gelegenheit geben, er schlägt ein mit acht Tagen befristetes Ultimatum vor. Briand begehrt heftig auf, die Deutschen seien bereits im Verzug, es bedürfe keines neuen Ultimatus, man habe sich an die Paragraphen des Versailler Vertrags zu halten, die ganz genaue Vorschriften für diesen Fall enthielten.

Es kommt zu erregten Auseinandersetzungen. Briand droht mit seiner Abreise und mit selbständigem Vorgehen

Frankreichs. Schließlich aber, als er sieht, daß die Engländer sich durch diese Drohung nicht schrecken lassen, lenkt er ein.

Gleichzeitig prallen in der Finanzkommission die Gegensätze heftig aufeinander. Die Franzosen verteidigen jede Position mit äußerster Hartnäckigkeit. Es kommt zu regelrechten Lärm szenen, zu leidenschaftlichen Tumulten, es hat durchaus nicht mehr den Anschein, als ob es sich hier um eine Unterhaltung zwischen Alliierten handle. Mit Mühe und Not wird ein Ergebnis erreicht.

Das Londoner Ultimatum ist noch nicht formuliert und noch nicht überreicht, als in Berlin schon die Entscheidung über seine Ablehnung oder seine Annahme gefallen ist. Der deutsche Widerstand bricht zusammen.



Am 4. Mai 1921 tritt die Regierung Fehrenbach-Simons zurück. Sie begründet ihren Rücktritt mit „der durch die Antwort der Vereinigten Staaten geschaffenen politischen Lage“. In Wahrheit verläßt sie ihren Posten, weil die inneren Voraussetzungen zu einer Fortsetzung der Politik des Widerstandes fehlen. Die Mehrheit des Reichstages steht nicht mehr hinter ihr, sie stand überhaupt niemals entschlossen hinter der Regierung, sie hat den Widerstand nach außen niemals gebilligt, sondern höchstens geduldet, solange er ohne Konsequenzen blieb. Dieser Widerstand, von den meisten niemals ernst gemeint, schon lange unterhöhlt und im Keim erkrankt, sackt zusammen. Im Angesicht der Ruhrbesetzung hört alles auf. Man weiß keinen Ausweg mehr.

Zum zweitenmal ist Deutschland vor Versailles angelangt.

Am 6. Mai trifft das Londoner Ultimatum in Berlin ein. Es macht sich die letzten Forderungen der Reparationskommission fast ohne Einschränkung zu eigen. Es sind nach Abzug aller anderen Leistungen 132 Milliarden Goldmark in 37 Jahren, beginnend mit einer Jahreszahlung von zwei Goldmilliarden zuzüglich 25 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr zu zahlen. Es werden als Sicherheit die gesamten deutschen Ein- und Ausfuhrzölle verpfändet, dazu die Erträgnisse einzelner direkter und indirekter Steu-

ern. Zur Durchführung und Überwachung dieses phantastischen Zahlungsplanes wird ein interalliiertes Garantiekomitee gebildet, das in Paris seinen Sitz und in Berlin ein ständiges Büro haben wird. Dies Komitee besitzt ein weitgehendes Kontrollrecht über die deutsche Gesetzgebung. Die am 1. Mai nach der Berechnung der Reparationskommission fällig gewesenen 12 Goldmilliarden sind restlos nachzuzahlen.

Die deutsche Regierung wird aufgefordert, binnen sechs Tagen eine Erklärung abzugeben, ob sie diesen Plan annehmen und nach den Anordnungen der Reparationskommission alle erforderlichen Maßnahmen zu seiner Durchführung treffen will.

Die deutsche Regierung hat außerdem zu erklären, daß sie sofort die noch nicht verurteilten „Kriegsverbrecher“ aburteilen und daß sie allen Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission, den bereits erhobenen und den noch zu erhebenden, gewissenhaft und in ganzem Umfange entsprechen wird.

„Am 12. Mai“, schließt das Ultimatum, „werden die alliierten Regierungen zur Besetzung des Ruhrtales schreiten und alle anderen militärischen Maßregeln zu Wasser und zu Lande ergreifen, wenn die deutsche Regierung die obenstehenden Bedingungen nicht erfüllt. Die Besetzung wird so lange andauern, bis Deutschland diese Bedingungen erfüllt haben wird. Lloyd George. Briand. Sforza. Jaspard. Gayaschi.“



Am 9. und 10. Mai letzter Kampf im deutschen Reichstag. Die Rechte lehnt ab, die bürgerliche Koalition ist zerfallen. Aus dem Wirrwarr der Meinungen, dem Streit um Erfüllen und Nichterfüllen, aus dem Hin und Her parteipolitischer Taktik, die auch in dieser Stunde ihre Vorteile zu handhaben weiß, aus fraktionsstimmungen, innerpolitischen Ultimativen, starken Worten, gegenseitigen Garantien und Verkläufelungen geht schließlich das Kabinett Wirth hervor, vom Zentrum, der demokratischen Partei und der Sozialdemokratie getragen.

Am 10. Mai erklärt der neue deutsche Reichskanzler vor dem Reichstag: „Es bleibt uns keine andere Möglichkeit

als Annahme oder Ablehnung. Um das Reich und seine Einheit zu retten, um deutsches Land vor der Gefahr feindlicher Invasionen zu bewahren und die deutsche Freiheit zu erhalten, dafür ist das deutsche Volk zu den größten materiellen Opfern bereit. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an."

Als Programm seiner Regierung bezeichnet der Reichskanzler den Willen zur Verständigung, zum Wiederaufstieg und zur Versöhnung.

In der Nacht nimmt der Reichstag mit 220 gegen 172 Stimmen eine Entschlieſung an, die sich auf den Boden des Londoner Ultimatus stellt.

Am 11. Mai teilt die Reichsregierung den alliierten Regierungen mit, daß das Ultimatum ohne Vorbehalt angenommen wird.

★

Unerbittlich ist der Gang der Weltgeschichte.

An der Nordküste Afrikas lag einstmals Karthago, die blühendste der afrikanischen Städte. An 400 Kriegsschiffe schützten das Meer, 300 000 Söldner schützten das Land. Sein Handel reichte von der Enge von Gibraltar bis nach Phönizien und vom Rande der Sahara bis nach Sizilien und Süditalien.

Die blühende Macht Carthagos reizte das starke Rom, die Beherrscherin des Nordens. Rom gewann den ersten Krieg gegen Carthago. Im zweiten Kriege drang Hannibal, Hasdrubals Sohn, über die Pyrenäen und die Alpen tief nach Italien hinein. Aber die carthagische Heimat mißtraute ihrem genialen Sohn, der Parteikampf der Aristokraten und der Plebejer erschütterte die Stadt. Bei Zama schlugen die Römer den großen Hannibal und diktierten der afrikanischen Rivalin ihren Frieden.

Sie verlangten die Auslieferung der gesamten Kriegsflotte und eines großen Teiles der Handelsflotte. Sie verlangten die Übergabe des carthagischen Kolonialbesitzes. Sie verlangten alle Elefanten und die Mehrzahl der Waffen. Sie bestimmten, daß die Carthager niemals mehr Soldaten unterhalten dürften, als sie ihnen erlaubten. Sie verlangten 10 000 Talente Kriegssentschädigung und befahlen, daß diese Summe in 50 Jahresraten zu zahlen sei,

damit Carthago sich nicht erholen könne. So fürchteten sie den Wiederaufstieg der Geschlagenen.

Hannibal fuhr über das Meer in seine Heimat zurück. Wehe über euch, rief er, daß ihr über dem inneren Streit den äußeren Feind nicht mehr sahet! Wehe euch, daß ihr den Sinn eures Schicksals nicht verstanden habt, das euch auf Sieg oder Tod gestellt hat! Wehe euch und euren Kindern, daß euer Schicksal euch Klein und eng findet, ein Volk mit Krämerseelen. Dreimal wehe über euch und über diese Stadt.

Die Carthager wandten sich an die Römer, ihre Besieger, und baten, sie möchten ihnen helfen, diesen Störenfried aus der Stadt zu entfernen, der gleichermaßen den inneren wie den äußeren Frieden bedrohe. Die Römer taten es gern, und Hannibal wurde vertrieben.

Jetzt schienen sich die Beziehungen zwischen Rom und Carthago sehr zu bessern. In Rom gab es zwar einen Senator mit Namen Cato, der ständig in seinen Reden wiederholte, er sei der Meinung, daß man Carthago zerstören müsse. Aber man nahm ihn in dieser Zeit der Verständigung nicht ernst, er war auch schon ein alter Mann.

Neben Carthago lag das Reich des Königs Masinissa. Er wurde von den Römern sehr unterstützt, denn sie brauchten ihn als Sachwalter ihrer Interessen gegenüber der besiegten Stadt. Er hatte dafür zu sorgen, daß Carthago niemals wieder zu Macht und Blüte gelange.

Dieser Masinissa nahm seine Aufgabe sehr ernst. Ständig sorgte er für Zwischenfälle an den Grenzen zwischen Carthago und seinem Reich. Immer wandte er sich beschwerdeführend an die Römer, die dann jedesmal einen Kommissar nach Carthago entsandten, der den Streit zugunsten Masinissas entschied. Die Carthager protestierten, aber die Römer verwarfen ihren Protest.

Als sich endlich die Carthager in ihrer Verzweiflung gegen Masinissa zur Wehr setzten, erklärten die Römer sofort, sie hätten den beschworenen Frieden gebrochen, und sandten ein großes Heer nach Sizilien. Da erkannten die Carthager die furchtbare Gefahr, sie baten um Frieden und Verzeihung, denn sie hatten keine Kriegsschiffe und keine Soldaten, und ihr Reichthum war durch die Tribute ganz erschöpft.

Die Römer forderten, die Carthager sollten zur Strafe ihre Stadt verlassen und sich anderwärts ansiedeln. Sie mußten dreihundert Kinder der Vornehmsten als Geiseln hergeben und fast alle noch vorhandenen Waffen ausliefern.

So begann Carthagos letzter Kampf.

Der römische Feldherr Publius Cornelius Scipio eroberte die Stadt, in der sich jetzt alle Parteien zum letzten Widerstand zusammengeschlossen hatten. Die Eroberung war nicht allzu schwer. Drei Wochen lang wüteten Feuer und Schwert in den Straßen. Dann war alles zu Ende. Wer noch lebte, wanderte in die Sklaverei. Die Stadt wurde dem Erdboden gleichgemacht. Das Land hieß fortan eine römische Provinz.

Heute streiten sich die Gelehrten über die Stelle, auf der einstmals Carthago gestanden.

7. Kapitel

Erfüllung

Aufrechterhaltung der Sanktionen. — Erpressungen und Schikanen. — Leipziger Schmachprozesse. — Innere Zerrüttung Deutschlands durch die Erfüllungspolitik. — Übermals Verfallstag. — Der Raub Oberschlesiens. — Erzbergers Ermordung. — Kesseltreiben gegen den deutschen Nationalismus.

Der Widerstand ist zusammengebrochen, die neue Regierung gebildet. Deutschland begibt sich auf den leidensvollen Weg der Erfüllung aller Forderungen seiner Gegner.

Die erste bittere Überraschung des neuen Zustandes wird sogleich offenbar. Die Alliierten denken nicht daran, die Sanktionen, die sie als Druckmittel zur Annahme des Londoner Ultimatus verhängt hatten, wieder aufzuheben. Die Besetzung Düsseldorf, Ruhrorts und Duisburgs bleibt bestehen, als habe sich nichts geändert. Die Rheinzollgrenze bleibt in Kraft. Die fünfzigprozentige Strafabgabe von der deutschen Ausfuhr in die alliierten Länder wird auch weiter erhoben.

Das Loch im deutschen Westen, durch das auf der einen Seite Waren und Gebrauchsgegenstände jeder Art zu

Schleuderpreisen aus Deutschland hinaus, auf der anderen Seite französisch-belgische Luxuswaren ungehindert nach Deutschland hineinströmen, bleibt aufgerissen und führt zu schweren Schädigungen der deutschen Mark. Der Zustand ist wiederhergestellt, der bis zum Rheinlandabkommen bestand, kein Protest und kein Bitten hilft. Die deutsche Regierung, ganz von dem Gedanken der Erfüllung beherrscht, vermeidet jede Folgerung aus diesem rechtswidrigen Zustand. Sie kann sich nicht entschließen, den deutschen Zollbeamten im Westen die Mitwirkung an diesen Strafmaßnahmen zu untersagen. Andererseits wagt sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung auch nicht, diese Teilnahme zu befehlen. Jedem einzelnen Beamten bleibt es überlassen, zu entscheiden, wie er sich zu verhalten hat.

Die Rheinlandkommission, ihrer Bestimmung als Werkzeug der französischen Rheinpolitik treu, richtet in Koblenz ein Büro für die Einnahme und die Verwaltung der geplünderten deutschen Zölle ein. Die Überwachung der deutschen Zollgrenze wird dem alliierten Militär übertragen, Militärgerichte ahnden Zollhinterziehungen mit unerhörten Strafen. Als die deutsche Regierung zum soundsovielten Male gegen die Rechtswidrigkeit dieses Zustandes Einspruch erhebt, besteigt Briand die Kammertribüne und erklärt, er verstehe nicht, mit welchem Recht die Reichsregierung protestiere, die Sanktionen würden selbstverständlich auch weiterhin aufrechterhalten, denn sie seien das Zwangsmittel zur Garantie der Erfüllung.

Von der Linken ruft man dem Ministerpräsidenten entgegen, seine Auslegung widerspreche sogar dem Londoner Ultimatum. Briand tut den Einwurf mit einer Handbewegung ab. „Was wollen Sie denn“, ruft er, „die Sanktionen sind das wirksamste Mittel, um die Regierung Wirth in Deutschland zu stützen, an deren Bestand Frankreich ein großes Interesse hat. Geben wir die Sanktionen auf, so wird sich sofort die nationalistische Opposition auf die Regierung stürzen und sie beseitigen . . .“

Dieser offene Sohn fordert einen neuen Protest der Reichsregierung heraus. Briand zuckt die Achseln, er könne mit dem besten Willen in keinem der in London unterzeichneten Dokumente auch nur einen einzigen Satz finden, der

den Deutschen die Aufhebung der Sanktionen nach Annahme des Ultimatums verspreche.

Deutschland rafft sich zu eigener Gegenwehr auf. „Wir müssen uns mit einem Schlage weigern, feindliche Waren anzunehmen, jeder deutsche Käufer und Verkäufer muß ihre Annahme verweigern. Der Feind will uns aussperren, unsere Arbeiter brotlos machen. Sollte das deutsche Volk nicht so viel Gemeinsinn aufbringen, um die ihm allmählich nur zu gewohnt gewordene Streitwaffe auch einmal nach außen zu kehren in einem allgemeinen, zähen Boykott feindlicher Waren?“

Die Boykottbewegung wird zuerst leidenschaftlich aufgegriffen. Handelskammern versenden Rundschreiben an ihre Mitglieder, die Presse stellt sich in den Dienst der Sache, Industrie- und Handelstage erlassen Aufrufe. Den Franzosen beginnt der Boykott unangenehm zu werden. Sie protestieren bei der Reichsregierung gegen die Selbsthilfe des Volkes. Die Reichsregierung findet nicht den Entschluß, den Boykott zu rechtfertigen und für ihn einzutreten. Aus Mangel an Unterstützung schläft die Bewegung im Herbst wieder ein.

Im August 1921 beschäftigt sich der Oberste Rat mit den Sanktionen. Es wird beschlossen, die Besetzung Düsseldorfs und der Ruhrhäfen „bis auf weiteres“ aufrechtzuerhalten. Frankreich denkt nicht daran, den Fuß von der Schwelle des Ruhrgebietes wieder zurückzuziehen. Die sogenannten wirtschaftlichen Sanktionen sollen aufgehoben werden, wenn Deutschland statt dessen neuen Forderungen der Alliierten zustimmt. Verlangt wird das Zugeständnis eines bestimmten Einfuhrkontingents an Frankreich, die Errichtung einer interalliierten Ein- und Ausfuhrkontrollbehörde im besetzten Gebiet und die Einwechselung der von den Alliierten bisher an der Rheinzollgrenze erhobenen Papiermarkbeträge in wertbeständige Zahlungsmittel.

Das heißt nichts anderes, als daß mit der Aufhebung rechtswidriger Strafmaßnahmen neue Zugeständnisse erpreßt werden sollen, die dann nach völkerrechtlicher Auslegung den Charakter rechtmäßiger Vereinbarungen erhalten.

Die deutsche Regierung protestiert gegen die Rechtswidrigkeit der neuen Forderungen und nimmt sie an, „um

den alliierten Regierungen die Überzeugung von der loyalen Handhabung der deutschen Ein- und Ausfuhr zu verschaffen“.

☆

Es geht im Großen und es geht im Kleinen. Die Methode der Erpressung ist nun einmal gesetzlich und vertraglich festgelegt. Es gibt zum Beispiel noch einen alliierten Luftfahrtüberwachungsausschuß in Berlin, der längere Zeit nichts von sich hat hören lassen. Die deutsche Regierung, heißt es jetzt auf einmal, hat entgegen ihrer Verpflichtung die Ausfuhr von Luftfahrzeugmaterial gestattet. Sie muß dafür fünfundsiebenzig Millionen Goldmark Strafe an die Alliierten zahlen.

Deutschland hat in den Jahren 1918 und 1919 einige Zeppelinluftschiffe zerstört, statt sie an die Alliierten abzuliefern. Da trifft es sich ja ausgezeichnet, daß in Friedrichshafen gerade — Welch ein Zufall! — zwei neue Luftschiffe fertig geworden sind. Die beiden Luftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ sind unverzüglich an Frankreich abzuliefern.

Hier und dort findet diese eifrige Kommission Flugzeuge, die im Gegensatz zum Versailler Vertrag neu erbaut worden sind. Hier damit, im Namen des Vertrags.

Deutschland hat das Reichswehrgesetz nach den Entwaffnungsbestimmungen von Spa längst angenommen und durchgeführt, die Reichswehr zählt noch 100 000 Mann, sie hat keine Flieger, keine Tanks, keine schweren Geschütze, kein Gasgerät.

Aber — hallo! — da sind noch Kadefahrer, die dem Vertrag widersprechen. Sie müssen abgeschafft werden. Es wäre ja noch schöner, wenn deutsche Soldaten auf Kädern führen und die französische Sicherheit bedrohten.

Da sind immer noch ein paar Gasmasken, obwohl es den Deutschen verboten ist, sich einen Schutz gegen die Gaskriegsvorbereitungen aller seiner Nachbarn zu verschaffen. Sie müssen vernichtet werden.

Das Reichswehrministerium ist zu stark an Kopfszahl, es muß verkleinert werden. Die Reichswehr darf nur viertausend Offiziere haben. Hier sind eine Reihe von Zivilbeamten, sie müssen auf die Kopfszahl der Offiziere angerechnet werden.

Das Ersatz- und Übungsgerät ist viel zu umfangreich. Wozu all dies Zeug — es wird unter Aufsicht der Ententeoffiziere vernichtet. Die deutsche Regierung macht den Vorschlag, einen Teil dieses Gerätes, um es vor der sinnlosen Vernichtung zu bewahren, unter Aufsicht der alliierten Militärbehörden im besetzten Gebiet zu lagern. Gibt es nicht, fort damit.

Die Fabriken, die zur Herstellung von Kriegsmaterial geeignet sind, sind immer noch zu zahlreich. Sie werden niedergelegt, die Maschinen zerstört. Aber man kann sie doch für friedliche Zwecke umbauen, jammert die Reichsregierung. Nein, es bleibt bei der Vernichtung.

Bis zum April 1921 sind insgesamt 50 000 Geschütze, 26 000 Lafetten, 22 000 industrielle Maschinen, 28 Millionen Granaten, 4 Millionen Gewehre und Pistolen, 86 000 Maschinengewehre und 195 000 Maschinengewehrläufe vernichtet worden, eine furchtbare Statistik. Aber das genügt nicht. Täglich wird jetzt wieder gesucht und geschnüffelt. Die Angebereien deutscher Landesverräter leisten vorzügliche Hilfe.

Ententeoffiziere kommen in eine Fabrik, die Arbeiterschaft widersetzt sich ihrer Schnüffelei. Die deutsche Polizei muß den Fremdlingen zu Hilfe eilen. Die Offiziere verlangen, daß eine Ziegelmauer eingebrochen wird, man hat ihnen denunziert, daß dahinter ein Waffenlager verborgen sei. Die Arbeiter weigern sich, die Zerstörung vorzunehmen. Die deutsche Polizei muß dem Befehl der Fremdlinge Respekt verschaffen. Man findet 150 Mantelrohre für Geschütze, die von der Werkleitung als Material für zivile Fabrikation verborgen worden sind. Was geschieht? Die Presse der Linken beschuldigt die Arbeiterschaft der Fabrik der „Sabotage an der Erfüllungspolitik“. So weit ist es schon gekommen.

Da stehen noch Dieselmotoren, die den Engländern ein Dorn im Auge sind. Es meldet sich die interalliierte Marineabrüstungskontrollkommission unter britischer Leitung. Die Herstellung eines bestimmten Typs dieser Motoren wird aus durchsichtigen Gründen untersagt.

Die deutschen Selbstschutzvereinigungen werden systematisch entwaffnet. Als Bayern protestiert, macht die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß ganz Deutschland

den bayrischen Trotz zu bezahlen haben werde. Die Entwaffnung der nationalen Verbände wird fortgesetzt, ein deutscher Entwaffnungskommissar führt sie durch. Die Erbitterung im Innern erhält neue Nahrung. Viele Leute betrachten die Reichsregierung nur noch als eine ausführende Instanz der Alliierten. Die Regierung podzt gegenüber der Entente auf ihren Eifer bei der strikten Durchführung aller Entwaffnungsbefehle, man möge ihr doch nun endlich Vertrauen schenken und Erleichterungen gewähren.

Erleichterungen? Im Oktober wird eine sinnlose Zerstörungsaktion in den deutschen Werken von Spandau, Erfurt und Sanau befohlen und durchgeführt. Betriebsräte und Arbeiterschaft protestieren, daß man ihnen die Mittel zum Broterwerb fortnimmt. Macht nichts. Vierzig Millionen kostet die Zerstörungsarbeit in den deutschen Werken das Reich. Gebäude werden niedergelegt, Kanalisationen werden zertrümmert, Drähte werden aus den Wänden gerissen, Rohmaterial wird verbrannt, Maschinen werden zerschlagen. Es geht zu wie im Tollhaus.

Unter dem Deckmantel der Entwaffnungskontrolle wird eine großzügige Industriespionage ins Werk gesetzt. Neben den militärischen Zerstörungsforderungen drängen die industriellen immer mehr in den Vordergrund. Alle Proteste verhallen. Nein, man wird sich diese vorzügliche, niemals wiederkehrende Gelegenheit zur wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands nicht entgehen lassen.

Endlich ist alles geschehen, die Botschafterkonferenz hat die Aufgabe, den Vollzug der deutschen Entwaffnung festzustellen und die Kontrollkommissionen mit ihren Sunden von filialen, das ganze engmaschige Spinnwebennetz, zurückzuziehen. Nach dem Spruch von Versailles hat die Kontrolltätigkeit auf den Völkerbundsrat überzugehen, der die Befugnis erhält, gelegentlich Nachforschungen über die militärische Lage in Deutschland anzustellen. Lloyd George betritt die Unterhaustribüne und ruft den Franzosen zu, niemals werde Deutschland seine vernichteten Waffenbestände heimlich wiederbeschaffen können, nichts geschehe in Deutschland, was den Alliierten nicht binnen wenigen Tagen bekannt sein würde — es sei nun genug der Vernichtung und der Kontrolle.

Die Antwort?

Der frühere Kriegsminister Lefèvre stellt in der Kammer fest, daß Deutschland im Begriffe sei, ein Siebenmillionenheer aufzustellen. Die Aufmarschlinie dieses Heeres liegt hinter dem Schwarzwald, Stuttgart ist das Zentrum, die Deutschen verdoppeln dort schon überall die Eisenbahngleise. An allen Orten geheime Vorbereitungen zum Revanchekrieg, zum Überfall auf Frankreich, das sich in leichtfertigen Friedensträumen wiegt. Ist die französische Regierung mit Blindheit geschlagen, daß sie nicht sieht, was sich jenseits des Rheins abspielt? Was gedenkt die Regierung zu unternehmen? Ich frage die Regierung, ob sie angesichts dieser unmittelbaren Bedrohung Frankreichs nicht sofort alle geeigneten Schritte tun will!

Aristide Briand liebt es, auf solche Angriffe zu schweigen und andere Leute zur Antwort vorzuschicken. Barthou, der Kriegsminister, spricht für das Kabinett.

Allerdings, ruft Barthou laut und erregt, es besteht leider kein Zweifel, daß Lefèvre in allen Punkten recht habe! Auch der Ministerpräsident Briand habe ihm, Barthou, ausdrücklich versichert, daß er der gleichen Ansicht sei. In der Tat, in Oberschlesien habe man Panzerzüge gesehen, die deutsche Industrie habe ein neues Maschinengewehr konstruiert, das Reglement der Reichswehr spreche zynisch und offen vom Revanchekrieg, der mit allen modernen Mitteln geführt werden müsse. Deutschland sei dabei, diesen Krieg entgegen allen vertraglichen Abmachungen vorzubereiten.

Brüllender Beifall in der Kammer.

Der deutsche Reichskanzler flüchtet sich zu einer Erwiderung in die Presse. Er breitet umständlich und gewissenhaft die Zahlen der Entwaffnung aus. Er erinnert daran, daß die französische Armee über viertausend schwere Geschütze verfüge, die Reichswehr nicht über ein einziges. Die französische Armee zählt 800 000 Mann, die deutsche 100 000, die französische hat 6000 Flugzeuge, die deutsche nicht ein einziges, die französische Armee unterhält 3000 Tanks, die deutsche nicht einen. Er schildert die „Aufmarschlinie im Schwarzwald“ — aus verkehrstechnischen Gründen erhält die Eisenbahn Stuttgart-Kottweil ein zweites Gleis, es handelt sich um den Verkehr nach der Schweiz. Er zitiert das Reglement der Reichswehr, das solchen

Schrecken verbreitet. Es heißt darin, die Reichswehr müsse die Erinnerung an die ihr entzogenen Waffen erhalten, sie müsse Wege finden, auch ohne diese Waffen den Kampf gegen einen neuzeitlich gerüsteten Feind zu bestehen — es ist das gerade Gegenteil dessen, was in der französischen Kammer behauptet wurde.

Der Kanzler beklagt sich abermals bitterlich über das stete Mißtrauen der Entente, das die Herstellung normaler Beziehungen so lange hinauszögere. Noch einmal versichert er, daß Deutschland alles tun werde, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, aber man müsse endlich von den Schikanen ablassen, die dieser Erfüllung im Wege stünden.

Was erfolgt? Nichts. Der vollzogenen Entwaffnung Deutschlands zum Trotz bleiben die alliierten Kontrollkommissionen unvermindert und ungeniert auf ihren nahrhaften Plätzen.

Wie sagte doch Briand? Man muß die Sanktionen beibehalten, weil sonst das Erfüllungskabinett in Berlin zusammenbricht. Verlangte die gleiche Rücksicht wohl auch die Entehrung, deren Durchführung sich nach dem Londoner Ultimatum das Reichsgericht in Leipzig unterziehen mußte — drei Jahre nach dem Kriege?

Im englischen Unterhaus machen sich einige liberale Abgeordnete ein Vergnügen daraus, der Regierung fitzlige Fragen über dies Thema zu stellen. Der Generalstaatsanwalt versichert unter größter Leichterkeit des ganzen Hauses, man müsse förmlich Gewalt anwenden, um die englischen Zeugen zur Reise nach Leipzig zu bewegen. Die deutsche Regierung schickt eine juristische Abordnung nach London, um dort mit den englischen Juristen über die Modalitäten der Beweisaufnahme zu verhandeln. Es geht dabei sehr gründlich und sachlich zu.

Um den entehrenden mittelalterlichen Bestimmungen eines erpreßten Vertrages zu genügen, treffen im Mai die ersten fünfzig englischen Zeugen in Leipzig ein. Die Sonderberichterstatter aller großen ausländischen Zeitungen sind zur Stelle, das Schauspiel verspricht eine Sensation ersten Ranges zu werden.

Da steht ein deutscher Küfermeister. Im Kriege war er Unteroffizier. Er ist wegen Mißhandlung englischer Kriegsgefangener angeklagt. Er soll Gefangene daran ver-

hindert haben, sich krank zu melden, er soll mit Steinen nach ihnen geworfen, er soll sie beleidigt haben, er hat sie „britisches Schwein“ genannt, eine Tatsache, die vom Gericht wegen „Geranziehung der Nationalität bei der Beleidigung“ als straferschwerend bewertet wird.

Der Küfermeister verteidigt sich ruhig. Die Gefangenen hätten die Arbeit verweigert. Er weist auf die ungleich schlimmeren Vorfälle in alliierten Gefangenenlagern hin, er gibt zu, daß er sich in der Wahl seiner Mittel vergriffen hat. Sein Verteidiger spricht von der brennenden Scham über die Ausschaltung der Gegenseitigkeit, die bei allen internationalen Rechtsbeziehungen üblich und verbürgt sei.

Die englischen Zeugen marschieren auf, zum Teil verlegen, zum Teil voller Anmaßung in der Rolle, die ihnen ein sonderbares Rechtsverfahren zugeschoben. Die Bericht-erstatte der ausländischen Zeitungen versenden spaltenlange Berichte, die Amerikaner vergessen keine Einzelheit. Es geht in Leipzig zu wie bei der Messe.

Nach drei Tagen wird das Urteil gesprochen. Der Angeklagte erhält dreizehn Monate Gefängnis.

Als das Urteil im englischen Unterhaus bekannt wird, rufen einige Abgeordnete der Rechten: „Das ist eine Schande!“ Meinen sie etwa das beklagenswerte Schauspiel deutscher Erniedrigung? Sie meinen das niedrige Strafmaß.

Das deutsche amtliche Telegraphenbüro verbreitet indes mit Befriedigung und Eile eine Äußerung des britischen Lordkanzlers, der Leipziger Gerichtshof habe, wenn auch das Urteil nicht zu rechtfertigen sei, dennoch auch „lobenswerte Worte gegen das rohe preußische System“ gefunden.

Es folgen ein zweiter, ein dritter, ein vierter Prozeß. Dann kommt ein deutscher Angeklagter an die Reihe, der von den Belgiern auf die Liste der „Kriegsverbrecher“ gesetzt wurde. Er wird freigesprochen, weil die belgischen Zeugen nicht glaubwürdig sind. Der Freispruch erregt heftigen Protest in der belgischen Kammer.

Dann wird — Gipfel der Sensation für die amerikanische Presse — zum erstenmal gegen einen regelrechten preußischen General verhandelt. Er ist von den Franzosen beschuldigt, den Befehl gegeben zu haben, keine Gefangenen zu machen. Eine französische Juristenkommission sitzt als Ju-

hörer im Saal. Es stellt sich heraus, daß der General im August 1914 auf dem Schlachtfelde von Saarburg geäußert hat, Feinde, die sich tot oder verwundet stellten und dann aus dem Sinterhalt auf deutsche Soldaten schossen, hätten keinen Anspruch auf Erbarmen. Einen ausdrücklichen Befehl in diesem Sinne hat er nicht gegeben. Elsässsische Zeugen erweisen sich als ganz unglaubwürdig.

In Frankreich zitiert ein linksradikales Blatt die wörtliche Äußerung des französischen Generals Martin de Bouillon, der am 25. September 1915 an der Lorettohöhe seinen Offizieren die Parole gegeben: „Also auf zum Rhein! Dort werdet Ihr schöne Mädchen finden und guten Wein. Gefangene werden nicht gemacht, nur so viele, damit mein Dolmetscher sie ausfragen kann.“

Der deutsche General wird freigesprochen. Einer seiner Untergebenen, ein Major, wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die französische Presse heult vor Wut und überschüttet das Reichsgericht mit Vorwürfen, wie sie nur gegenüber Deutschland erlaubt sind.

Es finden noch einige Prozesse statt. Die deutschen Zeitungen beginnen mit der Veröffentlichung von Gegenlisten über Schandtaten französischer und belgischer Offiziere. In Leipzig kommt es zu erregten Kundgebungen der Bevölkerung. Am 8. Juli reist die französische Juristenkommission mitten aus einer Verhandlung heraus ab und nimmt alle ihre französischen Zeugen mit.

Briand wendet sich an die alliierten Regierungen, es sei eine „höhnische Komödie“, die von den Deutschen in Leipzig aufgeführt werde, man dürfe unter diesen Umständen auf keine der ergriffenen Sanktionen verzichten.

Der deutsche Justizminister nimmt die Prozeßführung und die Urteile in Schutz, er rechtfertigt, statt seinerseits anzuklagen. Nur in einer Beziehung, sagt er, treffe Briands Bezeichnung Komödie zu, nämlich insofern, daß Deutschland allein seine Kriegsverbrecher zur Verantwortung ziehe. Mit Genugtuung weist der Minister darauf hin, daß Deutschland das Verfahren sogar auf Männer ausdehne, die in den alliierten Auslieferungslisten gar nicht verzeichnet seien.

Briand antwortet mit neuem Zohn. „Die Abreise der französischen Juristen und Zeugen, der französische Protest

in Leipzig werden wohl dazu beitragen, daß sich das Reichsgericht in den kommenden Prozessen einer größeren Gerechtigkeitssliebe befeißigt . . .“

Noch immer gehen die Schmachprozesse weiter. Die Empörung im deutschen Volke schwillt mit jedem Tage höher an. Die Reichsregierung sieht sich genötigt, sich gegen bittere Vorwürfe zu verteidigen. Es wird ihr vorgeworfen, sie habe den Reichsanwalt angewiesen, aus politischen Gründen möglichst hohe Strafen zu beantragen.

Den Gipfel der Rechtsverwirrung und des Chauvinismus erreicht aber die französische Regierung, indem sie durch ihre Justizbehörden drei deutsche Generale zu ihrer Rechtfertigung vor ein französisches Kriegsgericht in Nancy laden, und sie, als sie selbstverständlich nicht erscheinen, in Abwesenheit zu hohen Strafen verurteilen läßt. Die schauerliche Posse wird fortgeführt. Vom Kriegsgericht in Lille werden täglich deutsche Offiziere und Soldaten in contumacia zu schweren Strafen verurteilt. Selbst an Toten küßt Frankreich Saß und Rache.

★

Deutschland erfüllt, jeder Widerstand ist aufgegeben. Es wird mit einem Eifer erfüllt, der im Innern die Wogen der Erbitterung immer höher steigen läßt. Es wird erfüllt bis zum letzten. Aber die Gegenseite denkt nicht daran, sich für diesen Eifer erkenntlich zu zeigen.

Ende August 1921 ist die verlangte Milliarde Gold bis auf das letzte Milligramm abgeliefert und in den Kellern der Bank von Frankreich deponiert. Die Reparationskommission hat Bezahlung in Dollars verlangt. Der Dollar ist dadurch so gestiegen, die Mark so gefallen, daß die Amerikaner gegen diese Beunruhigung des Wechselkurses und ihrer erfreulichen Geschäfte protestieren. Jetzt verlangt die Kommission europäische Devisen.

Mit den verzweifeltsten Mitteln verschafft sich das Reich die Devisen. Hier und da werden Kredite aufgenommen. Die Reichsbank macht verlustreiche Goldankäufe, wo es nur geht. Zum Ankauf so ungeheurer Mengen von Devisen auf schmalem Markt müssen phantastische Mengen Papiergeld aufgewendet werden. Dreiundfünfzig Milliarden sind im August verbraucht.

Unter diesem Ansturm sackt die Mark rasch zusammen. Zwei Monate Reparationszahlung, die Aufbringung eines einzigen Drittels der ersten Jahresrate für 1921, führen zu den wildesten Zuständen auf dem Devisenmarkt. Umfangreiche Mittel müssen zur Stützung des Marktkurses aufgewendet werden. Aber es ist ein Danaidenfaß. Im August ist die Mark um mehr als ein Drittel ihres Wertes vom Mai gefallen. Es geht immer rascher bergab.

Aus dem Sinken der Mark ergibt sich aufs neue ein hoffnungsloser Ausverkauf Deutschlands. Die Industrie erlebt eine krankhafte Scheinblüte, die Ausfuhr steigert sich enorm und ruft bei allen Nachbarländern Proteste und Gegenmaßnahmen hervor.

Die nächste Folge ist eine neue Teuerungswelle. Die inneren Preise streben nach Angleich an die Weltpreise. Automatisch steigen Löhne und Gehälter, der Ausgabenhaushalt des Reiches schwillt an, die Einnahmen halten nicht Schritt. Vernünftige Ausländer kündigen für den Januar oder den Februar des Jahres 1922 die gänzliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands an. Die Franzosen schreien über betrügerischen Bankerott und verlangen, man müsse aus Deutschland vorher herausholen, was nur irgend zu erraffen sei.

Am 9. November 1921 ist die Reparationskommission in Berlin, die Besuche der Konkursverwalter werden rasch zur Gewohnheit. Die Kommission verlangt, die deutsche Industrie müsse der Reichsregierung beispringen, sie müsse dem Reich Kredite geben und Garantien übernehmen, dem Reich allein traut man nicht mehr.

Die Industrie verlangt ihrerseits vom Reich bestimmte Garantien. Das Reich steht mit ausgeplünderten und gänzlich leeren Taschen verzweifelt zwischen beiden. Die Vorwürfe, daß Deutschland einen betrügerischen Bankerott betreibe, um von seinen Verpflichtungen loszukommen, erheben sich zum Geschrei. Dem zukünftigen Bankerotteur gegenüber erlaubt man sich jede Unverschämtheit und Frechheit. Ende November fährt die Reparationskommission wieder nach Hause und stellt einmütig fest, das Reich sei seiner augenblicklichen Finanzlage zum Trotz sehr wohl in der Lage, die geforderten Zahlungen pünktlich und in vollem Umfange zu leisten.

Der Großindustrielle Hugo Stinnes und der bisherige Wiederaufbauminister Walter Rathenau fahren nach London, um dort über die Einschaltung der deutschen Industrie in den Mechanismus der Reparationen unverbindliche Besprechungen zu führen. Es heißt, daß man in London fest überzeugt sei, das Reich müsse einen Zahlungsausschub erhalten. Die Mark stürzt in wenigen Tagen abermals um ein Drittel ihres Wertes. Die französische Presse, trotz aller starken Worte mit hohlem Schrecken den finanziellen Zerfall Deutschlands beobachtend, schreit nach neuen Pfändern, mit denen Frankreich sich beim kommenden Bankerott schadlos halten soll. Die Reparationskommission droht, man werde alle im Londoner Ultimatum vorgesehenen Mittel anwenden, wenn Deutschland nicht prompt bezahle.

Anfang Dezember 1921 wendet sich die Reichsregierung, der niemand mehr pumpen will, in ihrer verzweifeltsten Ratlosigkeit an die Bank von England. Rathenau bittet in London um eine Anleihe für die deutsche Industrie, die indirekt den Reparationen zugute kommen soll. An eine Anleihe für das Reich selbst wagt man gar nicht mehr zu denken. Es erfolgt glatte Ablehnung. Das Reich ist nicht mehr kreditwürdig, niemand will sein Geld in dem fast unvermeidlichen Bankerott aufs Spiel setzen. Die Bank von England sagt klipp und klar, was alle wissen — ein Kredit für Deutschland kommt bei den Verpflichtungen, die das Reich in den nächsten Jahren gegen die Reparationskommission zu erfüllen hat, überhaupt nicht in Frage.

Jetzt ist die Erfüllungspolitik wieder da angelangt, wo sie ihren Anfang genommen. Die Reichsregierung tritt vor die Reparationskommission und zeigt ihre leeren Taschen. Für die am 15. Januar und am 15. Februar 1922 zu zahlenden siebenhundertfünfzig Millionen Goldmark kann sie günstigstenfalls noch hundertundfünfzig Millionen aus allen Winkeln zusammenkratzen. Dann ist Schluß. Für den Rest wird um Aufschub gebeten.

Verfallstag. Abermals Verfallstag — und in welchem Zustand! Was soll jetzt werden?

Briand ist der erste, der sich zum Wort meldet. Frankreich, sagt er, werde alle seine Rechte mit der äußersten Festigkeit wahren, man möge sich in Deutschland keinerlei Illusionen hingeben.

Die Reparationskommission ist der zweite. Solange sie nicht nähere Mitteilungen der Reichsregierung erhalten habe, sei es ihr unmöglich, das deutsche Ersuchen um Aufschub überhaupt in Erwägung zu ziehen. Zeitgewinn. Zinter den Kulissen ist der Streit schon wieder im Gange, der alte Streit zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt. In London wird versichert, Deutschland müsse sich darüber klar sein, daß man seine Finanzwirtschaft von jetzt an einer eingehenden Aufsicht unterwerfen werde. Konkursverwaltung.

☆

In der gleichen Zeit trifft Deutschland der härteste Schlag, der ihm nach Versailles versetzt wurde. Der wertvollste Teil Oberschlesiens wird, dem Ergebnis der Abstimmung zum Trotz, den Polen zugesprochen.

Im Juli 1921 soll der Oberste Rat der Alliierten zusammentreten, um die Entscheidung zu fällen. Aber die Franzosen verstehen es, den Spruch hinauszuschieben. Sie berufen sich darauf, das Verhalten der Deutschen in Oberschlesien mache eine Entscheidung im gegenwärtigen Augenblick unmöglich. Sie schicken zur Unterstützung ihrer These ihren Berliner Botschafter zur Reichsregierung und beschweren sich in aller Form über die Tätigkeit „deutscher Banden“, womit sie den Selbstschutz des Generals Zoefler meinen. Sie benutzen diesen Anlaß, um der deutschen Regierung die Entsendung einer weiteren französischen Division nach Oberschlesien anzukündigen. Deutschland hat selbst alle Maßnahmen zu treffen, um den Transport dieser Truppen über das Reichsgebiet vorzubereiten und sicherzustellen.

Das ist eine offene Verletzung des Versailler Vertrags. Frankreich kann das Recht der Truppenentsendung für sich allein nicht in Anspruch nehmen, nur der Oberste Rat, die Gesamtheit der Alliierten, verfügt über diese Berechtigung. Aber die Franzosen wissen, daß weder die Engländer noch die Italiener für ihren Plan zu haben sind. Beide wollen möglichst rasch aus Oberschlesien heraus, die Sache hat sich längst zu einem europäischen Skandal entwickelt.

Der englische Einspruch bleibt nicht aus. Die Franzosen berufen sich auf ein gemeinsames Telegramm der

interalliierten Kommissare in Oberschlesien. Es stellt sich aber heraus, daß diese eine Truppenverstärkung nur für den Fall der weiteren Hinausschiebung der Entscheidung erbeten haben. Die Engländer bestehen auf sofortiger Einberufung des Obersten Rates. Briand fährt als Antwort in seinen Erholungsurlaub, er ist nicht zu sprechen.

Während so das Hin und Her zwischen den Alliierten die Unsicherheit bewußt und künstlich aufrechterhält, spotten die Zustände an Ort und Stelle jeder Beschreibung. Es geht zu wie im Dreißigjährigen Kriege. Die Polen verstärken sich täglich. Die Franzosen beschäftigen sich ausschließlich mit der Niederhaltung des deutschen Selbstschutzes. Die Engländer und Italiener protestieren gegen das Verhalten der Franzosen, das die zukünftige Entscheidung in ihrem Sinne schon vorwegnimmt, sie unterstützen den deutschen Selbstschutz. Von nicht weniger als drei Teilungslinien ist die Rede, aber jeder meint eine andere.

Unter solchen Umständen wird endlich der Zusammtritt des Obersten Rates für den 4. August 1921 beschlossen. England und Frankreich bereiten ihre Stellungnahme durch Ministerräte und durch Konferenzen mit den Vertretern der Dominions vor, jeder vertritt seine Auffassung mit viel Temperament in der Öffentlichkeit, man schickt sich Noten, man antwortet sich energisch und bissig. Niemals seit Versailles sind die Beziehungen zwischen Frankreich und England so gespannt gewesen. Niemals kämpften beide hartnäckiger für ihren Standpunkt.

Die Reichsregierung sieht der interalliierten Auseinandersetzung zu. Sie läßt durchblicken, daß eine für Deutschland ungünstige Entscheidung sie zum Rücktritt zwingen wird. Sie droht indirekt mit dem Ende der Erfüllungspolitik, ohne mit solchen Drohungen in Paris irgendwelchen Eindruck hervorzurufen.

Die Franzosen verlangen, vor der Sitzung des Obersten Rates müsse die Solidarität der Alliierten gegenüber Deutschland wiederhergestellt werden. Nach erregtem Notenwechsel erscheinen der englische, der französische und der italienische Botschafter gemeinsam beim deutschen Außenminister in der Wilhelmstraße und fordern, daß Deutschland jetzt schon seine Zustimmung zur Entsendung neuer Truppen nach Oberschlesien gibt „für den Fall, daß die

Verhältnisse diese Maßnahme erforderlich machen werden“. Die Reichsregierung, vor dieser mühsam hergestellten alliierten Einheitsfront sofort zurückweichend, versichert, sie habe nicht die Absicht, den Transport französischer Verstärkungen nach Oberschlesien „lediglich vom juristischen Standpunkt aus“ zu betrachten. Sie beschließt, „in enger Fühlungnahme mit der Bevölkerung Schlesiens dahin zu wirken, daß die Bewohner des Landes sich auch weiterhin die größte Zurückhaltung auferlegen, um zu ihrem Teile dazu beizutragen, eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen“.

Diese und andere Erklärungen rufen im Innern Deutschlands Stürme der Entrüstung hervor. Die Regierung hat einen schweren Stand. Um den Eindruck ihrer fortgesetzten Nachgiebigkeit zu verbessern, richtet sie „in letzter Stunde eine Mahnung an die ganze zivilisierte Welt“, worin sie noch einmal ihre Forderung vertritt, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse. Sie erklärt jetzt offen, daß jede andere Entscheidung ihren Rücktritt herbeiführen werde. Sie wendet diese ihrer Meinung nach stärkste moralische Waffe in einem Zeitpunkt an, in dem sie selbst schon davon überzeugt ist, ihren Anspruch nicht mehr durchsetzen zu können.

Unterdessen steht Briand vor dem Obersten Rat in Paris und verteidigt mit allen Spitzfindigkeiten eines gerissenen Advokaten die französische These, wonach das Industriegebiet den Polen zufallen müsse. Er arbeitet mit den trivialsten Kniffen, indem er den für Deutschland abgegebenen Stimmen ein geringeres Gewicht zuschreibt als den polnischen. Er zieht alle Register seiner Beredsamkeit.

Alles wiederholt sich in der Geschichte, alles rächt sich. In Spa unterlag Lloyd George gegenüber den Franzosen, weil das englische Handelsinteresse die französische Freundschaft für das Mossulgeschäft und den Irak nötig hatte. In Paris steht Lloyd George unter dem Druck der türkischen Frage. Schon sammeln die Kemalisten ihre Streitkräfte gegen die Griechen, die England nach Kleinasien geschickt hat. Ein englisch-türkischer Krieg mit allen Folgen für Englands Stellung im nahen und fernen Orient, die furchtbare Bedrohung des britischen Imperiums von Konstantinopel bis zum Suezkanal, von Armenien bis nach Indien erhebt sich als ein riesenhaftes Gespenst. England ist auf

die vermittelnde Hilfe Frankreichs angewiesen. Für den englischen Handel wäre der Krieg ein Unglück. Schon rufen die inneren Vorgänge in England Lloyd George nach Hause. Zum zweitenmal wird es Lloyd George zum Verhängnis, daß er in Versailles das Schicksal Großbritanniens zu eng mit dem Schicksale Frankreichs verbunden hat.

Kurz vor Lloyd Georges hastiger Abreise gelingt es Briand, dem Partner gewissermaßen zwischen Tür und Angel die Überweisung der oberschlesischen Angelegenheit an den Völkerbundsrat abzuschwätzen. Das bedeutet die Entscheidung und den Sieg der französischen These.

An Deutschland wird eine entsprechende Mitteilung geschickt, die Truppen in Oberschlesien werden nun doch verstärkt, eine gemeinsame Erklärung stellt „das völlige Einvernehmen der Alliierten“ fest, „das mehr als je für den Frieden der Welt erforderlich ist“. Die Entente und das englische Geschäft sind gerettet.

Weiter geht der europäische Skandal. Das Schicksal dieser armen Provinz bleibt Spielball der alliierten Politik. Ende August tritt der Völkerbundsrat zusammen. Das spanische Mitglied lehnt die Berichterstattung ab. Die Angelegenheit ist für Spanien, das sich weder mit England noch mit Frankreich überwerfen will, allzu brenzlich. In größter Verlegenheit wird ein Japaner zum Berichterstatter bestimmt. Mit der Vorprüfung der Frage und mit der Ausarbeitung eines Berichts werden die Vertreter von Belgien, Spanien, Brasilien und China beauftragt.

In Berlin muß man erkennen, daß ein neuer Gewaltspruch bevorsteht. Der Völkerbundsrat fungiert nur als Vollzugsbehörde der französischen Politik. In zwölfter Stunde richtet die Reichsregierung noch einmal einen Appell nach London und Paris. Man zuckt dort mit den Achseln, man ist ungemein erstaunt — weiß denn der deutsche Außenminister nicht, daß die Angelegenheit dem Einfluß Frankreichs und Englands vollkommen entzogen und der freien Entscheidung des Völkerbundsrates übergeben ist?

Die Reichsregierung erklärt noch einmal, daß eine für Deutschland ungünstige Entscheidung unter allen Umständen ihren Rücktritt herbeiführen muß. Das Kabinett faßt einstimmig einen solchen Beschluß. Es wird betont, daß man die Politik der Erfüllung nur unter der Voraussetzung ein-

geschlagen habe, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibe.

Umsonst, niemand nimmt diese Drohung ernst. Die Entscheidung ist ja schon gefallen. Frankreich wird sich in dieser Frage, in der es England mit Erfolg getrotzt hat, nicht vor Deutschland zurückziehen. Am 17. Oktober stimmt der Völkerbundsrat mit Einstimmigkeit dem Bericht seines Unterausschusses zu. Am 20. Oktober übergibt Briand im Namen des Obersten Rates dem deutschen Botschafter in Paris den Wortlaut der Entscheidung und warnt gleichzeitig Deutschland vor den Folgen jeden Aufbegehrens.

Die vom Völkerbundsrat angenommene Lösung übernimmt von allen bestehenden Teilungsvorschlägen den für Deutschland ungünstigsten. Von rund zwei Millionen Oberschlesiern wird eine Million polnisch. Blühende deutsche Industriestädte wie Königshütte und Kattowitz, die bei der Abstimmung mit etwa 80 Prozent der Stimmen für Deutschland votiert haben, werden durch einen Federstrich polnisch gemacht. Von 60 Steinkohlenbergwerken fallen 50 an Polen, von den tieferen Kohlenvorkommen sind es gar 90 Prozent. Von 570 000 Tonnen Roheisen, die in den oberschlesischen Hochofen jährlich gewonnen werden, geraten 400 000 Tonnen in polnische Hand. Ein Abkommen ist zwischen Polen und Deutschland zu schließen, eine gemischte Kommission überwacht seine Durchführung, ein Schiedsgericht wird gebildet.

Das ist es, was von Lloyd Georges Fairplay-Versprechen übriggeblieben ist. „Künftig“, sagt Briand mit Genugtuung in der Kammer, „kann Deutschland das oberschlesische Arsenal nicht mehr für sich nutzbar machen.“ Die deutsche Erfüllungspolitik hat einen neuen furchtbaren, den furchtbarsten Nackenschlag erhalten. Eine Welle heftiger Empörung läuft durch das Deutsche Reich, bis tief in die Linke hinein regt sich Protest und Ablehnung. Die Reichsregierung tritt zurück, die Erfüllungspolitik scheint zusammengebrochen, es ist noch nicht abzusehen, was sich in diesen Tagen entwickeln wird.

Über schon am 26. Oktober steht Reichskanzler Wirth an der Spitze einer neuen Regierung vor dem Reichstag, die sich bei genauerem Zusehen als die zurückgetretene alte entpuppt. Mit starken Worten geißelt der Kanzler die

Entscheidung des Völkerbundsrates. „Jeder Glaube daran ist geschwunden, daß Recht und Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker noch die ihnen gebührende Bedeutung haben.“

Dann fährt er fort, die Reichsregierung werde gleichwohl auch weiterhin eine Politik betreiben, die wie bisher den Gegnern jeden Vorwand aus der Hand nehme, das Zerstörungswerk des Versailler Friedens bis zur völligen Vernichtung Deutschlands durchzuführen, „eine positive und praktische Politik des europäischen Wiederaufbaus“.

Am folgenden Tage hält Briand die deutsche Note in der Hand und liest: „Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note vom 20. Oktober Kenntnis genommen . . . Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebiets die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die Delegierten zu ernennen . . .“

Es ist etwas mehr als zwei Jahre her, daß Clemenceau in Paris ein fast gleichlautendes Telegramm der deutschen Regierung in der Hand hielt, mit dem Deutschland zwei Stunden vor Ablauf des Ultimatums seine Bereitschaft zur Unterzeichnung des Versailler Gewaltfriedens anmeldete.



Uferlose Erfüllung, immer neue Schikanen von außen, der Raub Oberschlesiens, Not, Hunger und Arbeitslosigkeit — das deutsche Volk zittert bis in die Tiefe.

Aus so düsterer Spannung heraus fallen am 26. August 1921 im Schwarzwald aus nationalistischen Revolvern die Schüsse, die Matthias Erzberger tot hinstrecken — wenige Wochen vor seinem geplanten Wiedereinzug in die offizielle Politik.

Die inneren Zustände schreien nach Entladung. Reichskanzler Wirth steht an Erzbergers Grab und feiert den „Staatsmann von gigantischer Größe“, den „Ketter der deutschen Einheit“, den „unvergleichlichen Patrioten“. Die Linke schürt den Kampf gegen den Nationalismus. Sozialdemokraten und Unabhängige schicken Abordnungen zum Kanzler und tragen ihre rasch formulierten Forderungen

vor. Der Reichspräsident erläßt Ausnahmeverordnungen gegen die nationale Rechte. Die Presse wird geknebelt, das Tragen der alten Uniformen wird verboten. Sedanfeiern und jegliche Art von nationalen Kundgebungen werden verhindert. Schon ruft die Linke wieder die Massen auf die Straße zur Rettung der Republik. Nieder mit den nationalistischen Schurken, nieder mit den reaktionären Mörderbanden!

Von der Regierungstribüne aus schmäht der Reichskanzler die Leute, die sich am 9. November 1918 in die Mauselöcher verkrochen hätten und die jetzt die demokratische Freiheit zum Mord mißbrauchten. „Wo auch die Reaktion ihr Haupt erhebe — das werktätige Volk wird zur Stelle sein! Wenn jemals die Entscheidung an mich herantritt hie Bürgertum, hie Proletariat, so will ich keinen Zweifel lassen, daß ich dann auf der Seite des Proletariats stehen werde!“

So spricht der deutsche Reichskanzler, die Linke jubelt, die bürgerlichen Regierungsparteien schweigen, die Rechte ballt die Faust in der Tasche.



Ist es schon zu Ende? Ist Carthagos Schicksal schon besiegelt? In London tagt kurz vor Weihnachten der Oberste Rat der Alliierten, um sich darüber schlüssig zu werden, welche Haltung man gegenüber der deutschen Bankrotterklärung einzunehmen habe. Das Wort „Ottomanisierung“ klingt schaurig nach Deutschland herüber, wo sich das Volk im Kampf um die Erfüllungspolitik, im Kampf um Brot und Arbeit, im Kampf um die Entwurzelung des nationalen Gedankens hin und her zerrt.

Aber die geschichtliche Entwicklung gehorcht den Gesetzen des Dramas. Über der dumpfen Katlosigkeit, in die Europa unter dem Zeichen von Versailles gefallen ist, über der düsteren Verstrickung der Probleme, über dem Widersinn, in den wirtschaftlicher und politischer Imperialismus den Erdteil gestürzt haben, geht zaghaft ein Stern auf, der noch einmal Hoffnung verheißt.

Der Stern von Genua

Lloyd Georges europäische Spekulationen. — Der Oberste Rat in Cannes im Januar 1922. — Briands Sturz und Poincarés Rückkehr. — Lloyd George und Poincaré. — Die Verbotstafeln. — Das europäische Schauspiel von Genua. — Der Kapallovertrag. — Brockdorff-Rantzau deutscher Botschafter in Moskau.

Nur aus der fürchterlichen Not, in die Deutschland durch die Erfüllungspolitik des Jahres 1921 geraten ist, erklart sich der Glaube an den Stern von Genua. Der Ertrinkende fragt nicht mehr nach den großen Zusammenhängen, er fragt nicht nach dem Morgen und Übermorgen, er greift nach dem Zweig, der sich ihm beugt, und seine Augen sehen nichts als das Land, das verheißend winkt.

Von London aus ergeht der Ruf nach einer Weltwirtschaftskonferenz. Zum ersten Male wird offiziell davon gesprochen, die Tributfrage sei ein Teil des europäischen Wiederaufbauproblems. In England reißt die dumpfe Erkenntnis, daß sich eine Wendung vollziehen muß, wenn man die Katastrophe vermeiden will. Zum erstenmal zeigt sich deutlich der Zusammenhang zwischen der russischen und der deutschen Frage.

Lloyd George hat in seiner Hand die Erklärung der Sowjet-Union, daß sie zu einer Auseinandersetzung auf wirtschaftlicher Grundlage bereit sei. Die Russen zeigen sich sogar willig, die Frage der französischen Vorkriegskredite dem allgemeinen Problem der wirtschaftlichen Wiederherstellung unterzuordnen. Damit bietet sich England die faszinierende Gelegenheit, die Eingliederung Rußlands in die europäische Wirtschaft führend in die Hand zu nehmen. Großbritannien wird Amerika und Deutschland zuvorkommen, der britische Handel wird den Profit haben. Die Ordnung der Beziehungen zu Rußland wird sich wohltuend auf die Schwierigkeiten mit der Türkei auswirken. Aber das alles wird nur Sinn und Dauer haben, wenn man gleichzeitig die deutsche Tributfrage löst. Deutschland und Rußland stecken schon die Köpfe zusammen. Lloyd George kennt den Umfang der russischen Aufträge für das Deutsche Reich. Läßt man Deutschland außerhalb der Neu-

ordnung, so gewährt man den Russen die Möglichkeit, den einen gegen den andern auszuspielen. Es muß alles an einem Tisch geordnet werden, und England muß das große europäische Clearing leiten.

Amerika? Die amerikanische Öffentlichkeit hat sich noch nicht von Versailles erholt, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Europa hat noch kein bestimmtes Gesicht gewonnen. Die Zeit ist noch nicht gekommen, in der die amerikanische Hochfinanz, durch das von Europa herüberströmende Gold und durch die wirtschaftliche Hochkonjunktur im eigenen Lande gewaltig aufgebläht, nach europäischer Expansion drängt. Die Stunde ist noch fern, in der Amerika den Kreuzzug zur Rettung Europas, den es im Kriege mit seinen Schiffen und seinen Soldaten unternahm, mit der unheimlichen Macht des Dollars zum zweiten Male antritt. Die amerikanische Hochfinanz braucht ein Europa, das vom politischen Imperialismus zerrüttet und im hoffnungslosen Versinken begriffen ist, um ihren Siegeszug über den Ozean durchführen zu können. Im Einverständnis mit der Hochfinanz lehnt die Washingtoner Regierung die an sie ergangene Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz ab.

Rußland und Deutschland wird man gewinnen können — aber Frankreich? Hier zeigt sich wieder das verhängnisvolle Dilemma der englischen Politik. Hat es überhaupt einen Sinn, zwischen dem wirtschaftlichen Imperialismus Großbritanniens und dem politischen Imperialismus Frankreichs einen Ausgleich herzustellen, ohne daß der eine den andern auffriszt? Aber es lohnt sich, den Versuch zu wagen, über den französischen Imperialismus hinweg mit Deutschland und Rußland zu einem vorteilhaften Ausgleich zu gelangen, bevor Amerika in Europa auftreten wird.

Man muß die Franzosen über das großzügige Manöver hinwegtäuschen, indem man ihnen politische Vorteile gewährt. Frankreich hat in diesem Sommer auf der Washingtoner See-Abrüstungskonferenz eine empfindliche Schlappe erlitten, die französische Kriegsflotte ist durch Englands und Amerikas Zusammenwirken auf eine dritte Stufe herabgedrückt worden. Zudem hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Franzosen sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß an einen Kriegsschuldennachlaß nicht zu den-

ken sei. Diese Vorgänge haben die französische Politik ein wenig Kleinlaut gestimmt. Wenn man ihr in diesem Augenblick einige Vorteile gewähren würde, die England nicht allzuviel kosten — könnte es dann nicht gelingen, die Franzosen über die gefährliche Schwelle von Genua zu bringen? Wie wäre es, wenn man bei dem Verlangen der Franzosen nach dem einst in Versailles versprochenen englisch-französischen Garantievertrag anknüpfte?

So erhebt sich hinter der Themse der Stern, der bald über Genua stehen soll, ein glitzernder Hoffungsstern, von dem halben notleidenden Europa brünstig angebetet. Aber es stimmt etwas nicht, der Stern flimmert unruhig, und sein Licht hat einen falschen Schimmer. Die ihn verkünden, reden alle mit der europäischen Zunge, aber im Innern denkt jeder an etwas anderes. Mit aufrichtiger Gläubigkeit wird diese neue Sprache nur von der deutschen Regierung gesprochen. Sie hat in der Tat nichts mehr zu verlieren, nur noch zu hoffen.



Zur gründlichen Besprechung aller Fragen ist eine Zusammenkunft des Obersten Rates in Cannes für den 6. Januar 1922 festgesetzt. Drei Beratungsgegenstände liegen vor, der englische Plan der europäischen Wirtschaftskonferenz, die Sicherheitsfrage im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen englisch-französischen Garantievertrag, und die Reparationsfrage, die durch das deutsche Stundungsgesuch in eine neue Entwicklungsstufe getreten ist. Die Engländer sind optimistisch, sie bauen auf den Sieg des gesunden Menschenverstandes und des britischen Geschäfts. Die Franzosen sind mißtrauisch und innerlich ablehnend. Sie wachen über ihren Paragraphen, ihren vermeintlichen Rechten, ihren Shylockscheinen. In der Verkoppelung der drei Beratungspunkte wittern sie schon die drohende Gefahr.

Lloyd George zieht die sanftesten Register auf, er wird geradezu sentimental. Er ist behutsam und vorsichtig wie niemals, er weiß, wie dünn das Eis ist, auf das er Briand führen will. Er beginnt damit, die englische Politik zu entschuldigen. Man solle doch in Paris nicht immer sagen, England sei deutschfreundlich gesinnt, habe er nicht genug

Proben seiner Treue zu Frankreich abgelegt? Er erinnert an das Londoner Ultimatum, an die Sanktionen, an Oberschlesien — ist England nicht immer auf Frankreichs Seite gewesen? Natürlich, Frankreich hat seine schweren und berechtigten Sorgen, niemand weiß das besser als er, Lloyd George, Tag und Nacht beschäftigt er sich mit diesen Sorgen, als seien es seine eigenen. Frankreich braucht Reparationen und Sicherheit, das ist der Kern der europäischen Frage, und von dieser Seite her muß man alle anderen Probleme anfassen. Beide Ansprüche sind vollkommen gerechtfertigt, sie müssen befriedigt werden. England wird dabei jederzeit auf Frankreichs Seite stehen. Es handelt sich also nur noch um das Wie, um die Methode.

Dann kommen der Plan der europäischen Wirtschaftskonferenz und des englisch-französischen Garantiepakts gemeinsam zum Vorschein.

Briand sieht Lloyd George bis in die Seele. Sein persönlicher Mißerfolg in Washington hat ihn kopfschüchtern gemacht. Gedankengänge wie die Lloyd Georges entsprechen wohl seiner Natur, aber er denkt an Paris. Poincaré ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats. Briand weiß, was im Senat vorgeht, man ist in den Kreisen um Poincaré schon lange mit ihm unzufrieden, man verübelt ihm, daß er die Ruhrbesetzung immer noch nicht zustande gebracht hat.

Briand legt die Hand auf den Tisch. Gut, europäische Wirtschaftskonferenz — aber ein Vorbehalt: die Schuldner müssen ihre Verpflichtungen ohne Hintergedanken anerkennen, es darf nicht über die Reparationsfrage gesprochen werden, die Russen dürfen die Vorkriegsschulden des Zarenreiches nicht bestreiten.

Lloyd Georges Stern umwölkt sich. Was bedeutet eine europäische Wirtschaftskonferenz, die diese beiden Fragen nicht behandeln darf? Eine Professorendisputation über wissenschaftliche Streitpunkte, ein Versuch zur Lösung brennender Weltfragen vom Monde her. Aber Lloyd George ist immer Optimist, er baut darauf, daß die Ereignisse stärker sein werden als diese von Frankreich aufgerichteten Zaunlatten. Die Erörterung, so rechnet er, wird ganz von selbst zu diesen beiden Punkten hinstreben. Hauptsache ist, daß die Franzosen überhaupt erst einmal über die

Schwelle kommen. Er sagt Briand die Beobachtung der Vorbehalte zu.

Die Wirtschaftskonferenz erscheint gesichert, sie soll am 8. März in Genua zusammentreten. Alle europäischen Staaten sollen eingeladen werden. Die Verhandlungen in Cannes wenden sich der Sicherheitsfrage zu. Für die spätere Besprechung der Reparationsfrage ist auf Lloyd Georges Betreiben als deutscher Vertreter der frühere Minister Rathenau unterwegs von Berlin. Briand hat nach anfänglichem Widerstand eingewilligt, daß man den Deutschen anhört. Als Gegengewicht gegen Rathenau ist auf Briands Betreiben die Reparationskommission aus Paris herbeigerufen worden.

Der englisch-französische Garantievertrag fängt an, greifbare Gestalt zu gewinnen. Aber im gleichen Maße, wie die Verhandlungen fortschreiten, wird Briand zurückhaltender und schweigsamer. Was geht in Paris vor? Die französische Presse ist nervös, es erscheinen Angriffe gegen den Ministerpräsidenten in Cannes, Pfeile werden gegen ihn abgeschossen, vergiftete Pfeile. Briand weiß, wer der Schütze ist — Poincaré. Die Angriffe werden häufiger und dichter, einheitlicher, schärfer. Es heißt schon, Briand, der allzeit Nachgiebige, lasse sich von Lloyd George unter dem strahlenden Winterhimmel von Cannes nach allen Regeln der Kunst einseifen und über den Löffel halbieren, die französische Politik segele offen im Fahrwasser der Engländer.

Dann fällt der erste Schuß. Ein Telegramm des Senats fliegt nach Cannes. Halt! Keinen Schritt weiter! Die Reparationen dürfen nicht angetastet werden, der Londoner Zahlungsplan muß unverfehrt bleiben. Die Wirtschaftskonferenz ist nur erträglich, wenn Frankreich vorher die bündige Zusicherung erhält, daß keines seiner Rechte geopfert wird. Der Sicherheitspakt mit England hat nur dann einen Wert, wenn er von militärischen Klauseln begleitet ist. Nichts darf der Ministerpräsident in Cannes unterschreiben, was nicht vorher die Billigung des Senats und der Kammer gefunden hat.

Das heißt, Briand werden die Hände gefesselt, er muß sich zum Werkzeug Poincarés machen lassen. Ein heftigerer Schlag ist niemals aus dem eigenen Lande gegen einen Ministerpräsidenten geführt worden, der sich auf einer inter-

nationalen Konferenz befand. Die Beratungen von Cannes sind zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Alles übrige ist nur noch Debatte ohne realen Hintergrund.

Gerade jetzt ist Rathenau aus Berlin eingetroffen, die Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Standpunkt und der Reparationskommission sind schon im Gange. Rathenau hält eine lange Rede. Deutschland ist entschlossen, an der Erfüllungspolitik festzuhalten. Erfüllung nach außen hat Befundung im Innern zur Voraussetzung, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Deutschland muß Rohstoffe einkaufen und Fertigfabrikate verkaufen. Nur aus dem Mehrwert, der durch den Fabrikationsprozeß entsteht, kann Reparation bezahlt werden. Heute aber ist die Lage so, daß Deutschland pro Jahr für sechs Goldmilliarden einführt und nur für vier Goldmilliarden ausführt. Vor jeder Reparationszahlung ist Deutschland also schon mit zwei Milliarden vorbelastet. Drei Möglichkeiten bleiben unter solchen Umständen, um Zahlungen zu leisten — Ausverkauf der Substanz, Aufnahme von Auslandsanleihen oder Zahlung aus der Landeswährung. Alle drei Wege führen unweigerlich in den Ruin. Aus diesem Dilemma ist mit Gewalt kein Ausweg zu finden, zu finden ist er nur in internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit, in einem Moratorium für Deutschland und in einer vernünftigen Begrenzung seiner Lasten.

Mitten während dieser Rede erhält Briand ein neues Telegramm, diesmal vom Präsidenten der Republik selbst. Millerand hat sich mit Poincaré verbündet. Briand verläßt die Sitzung und reißt sofort nach Paris ab. Die Konferenz ist gesprengt.

Während am nächsten Tage in Paris Briand vor der Kammer in einer verzweifelten Rede bemüht ist, seine Politik zu rechtfertigen, teilt in Cannes die Reparationskommission den Deutschen ihre Entscheidung auf das Stundungsgesuch mit. Für die am 15. Januar und am 15. Februar 1922 fälligen Zahlungen wird ein Aufschub gewährt, aber nur in dem Maße, daß Deutschland alle zehn Tage den Betrag von 31 Millionen Goldmark entrichtet. Binnen vierzehn Tagen hat die Reichsregierung einen neuen Plan für die Ordnung der inneren Finanzen und für die völlige Begleichung der nach dem Londoner Ultimatum für das

laufende Jahr fälligen Zahlungen vorzulegen. Sobald die Reparationskommission über den neuen Plan entschieden haben wird, ist das Teilmoratorium wieder hinfällig.

Was ist gewonnen? Vierzehn Tage Aufschub mit der Gewißheit, daß nach ihrem Ablauf unbarmherzig weiter vollstreckt wird. Die Konferenz geht auseinander. Sie hat in keiner einzigen Frage eine Lösung gebracht oder nur einen Fortschritt. Was soll jetzt aus Genua werden?

Briand spricht vor der Kammer zwei Stunden lang. Er beschwört die Abgeordneten. Was macht man ihm zum Vorwurf? Er soll Frankreichs Rechte aufgegeben haben? Wo denn? In welchem Punkt? Nirgends ist er auch nur eine Schrittbreite zurückgewichen, weder in der Reparations- noch in der Sicherheitsfrage. Ist es nicht ihm zu verdanken, wenn bei der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz von den deutschen Zahlungen nicht gesprochen werden darf? Sollte er etwa den Gedanken dieser Konferenz ganz ablehnen und dadurch Frankreich, das edle, gerechte und friedensliebende Frankreich in den Verdacht der Sabotage des europäischen Gedankens bringen? Hat er nicht Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzen lassen? Hat er nicht in der oberschlesischen Frage dem französischen Standpunkt volle Geltung verschafft? Was will man von ihm? Mögen diejenigen vortreten, die ihn anklagen, mögen sie vortreten und offen vor den Ohren ganz Frankreichs sagen, worin er gefehlt habe!

Die Mehrheit der Abgeordneten verharret in eisigem Schweigen. Das Urteil über ihn ist längst gesprochen, es gibt keine Revision. Briand erkennt, daß es zu spät ist. Die Kammer will Poincaré. Ohne eine Abstimmung herbeizuführen, tritt er sofort nach der Sitzung zurück.

Poincaré bildet das neue Ministerium.

☆

Die Rückkehr Poincarés an die Spitze der französischen Politik ist der äußere Ausdruck der entscheidenden Wendung, die sich schon vor Genua vollzogen hat. Sie ist eine neue Kampfansage, niemand kann über die verhängnisvolle Bedeutung dieser Tatsache hinwegsehen. Die deutsche Erfüllungspolitik hat jetzt dahin geführt, daß der hartnäckigste Gerichtsvollzieher der Entente die Macht übernimmt. Mit

Erbarmen ist von heute an ebensowenig zu rechnen wie mit vernünftiger Einsicht.

Dennoch reicht die Reichsregierung der Reparationskommission pünktlich den verlangten Zahlungs- und Sanierungsplan ein. So weit wie in diesem Angebot der Verzweiflung ist keine deutsche Regierung weder vorher noch nachher gegangen. Es ist der letzte krampfhafteste und schon von auswegloser Dumpfheit eingegebene Versuch, durch Versprechungen und Gelöbniße den Zugriff der Gewalt noch einmal aufzuhalten, ein Versuch, der nur noch von der Hoffnung auf Genua getragen ist. Deutschland verspricht, die Kapitalsteuern so zu erhöhen, daß diese Steuern nicht mehr vom Wertzuwachs allein getragen werden können, sondern die Wertsubstanz angreifen müssen. Dadurch wird der Verbrauch sinken, also müssen auch die Verbrauchssteuern gesteigert werden, damit sie im Ertrag nicht zurückbleiben. Das Bankgeheimnis soll aufgehoben, die deutschen Kapitalanlagen im Ausland sollen kontrolliert werden, die Unterstützung der ausländischen Behörden wird dabei erbeten. Es werden keine Reichszuschüsse mehr zur Verbilligung der Lebensmittel für die armen Schichten der Bevölkerung gezahlt, der Brotpreis wird um drei Viertel steigen. Post und Eisenbahn sollen ihre Verkehrszahlen vervielfachen und große Überschüsse abwerfen. Eine innere Zwangsanleihe wird durchgeführt. Diese und andere einschneidende Maßregeln, so hofft die Regierung, werden Deutschland instand setzen, seinen Londoner Verpflichtungen nachzukommen.

Als der Reform- und Zahlungsplan im Reichstag bekannt wird, erhebt sich ein Sturm der Entrüstung. Wie kann die Regierung so weitgehende Verpflichtungen übernehmen, ohne die verfassungsmäßigen Instanzen vorher zu befragen? Aber der Sturm legt sich rasch wieder. Die Mehrheit ist entschlossen, die Erfüllungspolitik um jeden Preis weiter zu treiben. Im Februar 1922 wird das Programm, soweit es die innere Sanierung betrifft, zum Gesetz. Man drängt nach Genua.

Ist nun alles getan? Werden die Gläubiger sich zufrieden geben? Sie denken nicht daran. Sie haben das Empfinden, daß alle diese Dinge nur auf dem Papier stehen, obwohl sie nun Gesetz sind. Sie wollen Garantien, nichts

als Garantien. Sie wollen noch mehr, aber davon sprechen sie noch nicht.

Am 21. März 1922 sagt die Reparationskommission, was sie über das von der Reichsregierung durchgeführte Reformprogramm denkt. Ungenügend, ganz und gar ungenügend. Die Sanierung der Reichsfinanzen ist lückenhaft. Deutschland soll nicht etwa denken, daß es sich durch diese Hintertür seinen Verpflichtungen entziehen könne. Als erstes sind neue Steuern in Höhe von sechzig Papiermillarden zu schaffen, das Garantiekomitee wird ihre Einführung überwachen, seine Befugnisse werden erweitert. Sie nehmen gar kein Blatt mehr vor den Mund, sie sind schon mitten in der Zwangsvollstreckung.

Die deutsche Regierung nimmt an und zahlt. Zwischen Januar und März sind 280 Millionen Goldmark beglichen. Es geht also doch? Die Mark hat noch den achtzigsten Teil ihres Goldwertes, die Preise für Lebensmittel und Gebrauchswaren sind gegenüber Jahresbeginn um hundert Prozent gestiegen, die Löhne und Gehälter nur um fünfzig Prozent. Ergebnis — es wird gehungert, es wird gestreift, es wird Kapital ins Ausland gerettet, allen Gesetzen zum Trotz, es werden Kredite verweigert wegen Unsicherheit des Schuldners.

Der Mittelstand wird langsam zerrieben, noch hält er sich über Wasser durch den Verkauf seiner Utensilien aus besseren Zeiten. Der Hausbesitz zerrüttet, durch Steuern überlastet, durch gesetzlich niedergehaltene Mieten unrentabel gemacht. Schon beginnt jene furchtbare Praxis, die Hunderttausende um den mühsam ersparten Lohn eines ganzen Lebens betrügt. Die große heimliche Umwälzung beginnt, die stille Revolution, der die treueste Schicht des Volkes später zum Opfer fällt.

★

Lloyd George, für den Briands Sturz und die Sprengung der Konferenz von Cannes persönlich einen schweren Schlag bedeuten, ist schnell wieder auf den Beinen. Er fährt bei der Rückkehr von Cannes durch Paris und macht Poincaré seine Aufwartung. Sie stehen sich gegenüber.

Die Unterhaltung verläuft in den liebenswürdigsten Formen. Lloyd George fragt vorsichtig, wie es jetzt um die geplante Genueser Wirtschaftskonferenz stehe.

Poincaré zuckt die Achseln. Es sind ein bißchen viel Konferenzen in der letzten Zeit abgehalten worden. Seiner Ansicht nach kommt bei diesen pompösen Vorstellungen nicht allzuviel heraus. Es ist besser, man kehrt zu den alten bewährten Formen des schriftlichen diplomatischen Verkehrs zurück.

Das ist der erste Sieb gegen Lloyd George, für den Konferenzen das beste Mittel zur Entfaltung seiner Fähigkeiten sind. Poincaré will aus verständlichen Gründen die öffentlichen Erörterungen vor dem Forum Europas abbrechen, er will zurück in die kühle, sachliche, halbdunkle Luft der Beratungszimmer.

Lloyd George erinnert daran, daß er Briands Zusage schon in der Tasche habe, Frankreich werde sein Wort nicht desavouieren wollen. Poincaré erwidert, es sei nicht seine Absicht, die gegebene Zusage in Frage zu stellen, er wolle nur vor Illusionen warnen, es werde nicht viel aus Genua herauskommen.

Dann hört man nur, beide Ministerpräsidenten hätten ihre völlige Übereinstimmung festgestellt, sie schicken sich gegenseitig offizielle Begrüßungstelegramme, die an Herzlichkeit nichts zu wünschen übriglassen.

Schon wagt das offizielle Deutschland wieder zu hoffen. Genua steht ja vor der Tür, eine Wirtschaftskonferenz ganz Europas. „Dies Ziel haben wir erreicht!“ ruft Reichskanzler Wirth.

Die Illusionen sind von kurzer Dauer. Am 3. Februar erklärt Poincaré vor dem Senat, es sei durchaus noch nicht sicher, ob Frankreich nach Genua gehe. Seine Teilnahme an der Konferenz hänge ganz davon ab, daß ihr Programm vorher schon bis in seine Einzelheiten festgelegt werde. Drei Tage später beantragt er in London die Sinausschiebung der Konferenz um drei Monate.

Was tut Lloyd George? In heller Angst um das Schicksal seiner Konferenz fährt er nach Boulogne, trifft Poincaré, nimmt alle seine Bedingungen an und erreicht, daß die Konferenz nur um einen Monat verschoben wird. Am 10. April 1921 soll sie zusammentreten. Das ist es, was

Poincaré will, der Zeitpunkt hat für ihn nur taktische Bedeutung, ihm kommt es auf das Programm an.

Die französische Presse stellt mit großer Befriedigung fest, daß der Genueser Konferenz alle Gitzähne ausgebrochen seien. Poincaré erklärt, Frankreich gehe mit klarem Kopf nach Genua. „Wenn die Deutschen dorthin kommen, so werden sie vor den Reparationen das Schild finden ‚verboten!‘ Sält irgend jemand in Genua nicht an dem verabredeten Programm fest, so reisen wir ab.“ Er selbst wird sich nicht zur Konferenz begeben, da es sich dort nur um „wirtschaftliche Fragen von untergeordneter Bedeutung“ handeln wird.

Reichskanzler Wirth und Rathenau, der inzwischen als Außenminister wieder in die Regierung eingetreten ist, wenden sich beschwörend gegen diese These. „Frankreich verwechselt den Stern, der jetzt in Genua aufgeht, mit dem Irrelicht, dem es bisher gefolgt ist“, ruft der Reichskanzler.

Ob Stern, ob Irrelicht, sagt Poincaré kühl, wir gehen dorthin, wo es hell ist.

Und dann geht der Vorhang über Genua hoch.



Eine imposante Bühne ist aufgebaut. Ganz Europa staunt über die wiedererstandene Pracht internationaler Zusammenkünfte. Der graue Krieg scheint wie fortgewischt — gibt es all diese Herrlichkeit noch?

Dreiunddreißig Staaten sind mit ihren Ministern vertreten, jede Abordnung verfügt über eine kleine Armee von Sachberatern, Diplomaten, Beamten, Stenotypistinnen. Die schönsten Automobile der Welt rauschen über die Straßen, Yachten und Luxusdampfer liegen wimpelgeschmückt im Hafen.

Die Zeitungen der ganzen Welt senden ihre besten Berichterstatter, zwanzig verschiedene Sprachen schwirren durcheinander. Ein babylonischer Turm ist ausgerichtet auf einem unsichtbaren Fundament. Die Aprilsonne lacht über der Riviera. Es ist ein wundervoller farbiger Film, eine europäische Sensation, ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges. Die Völker Europas, die daheim zum Hungern, zum Soffen, zum Sassen, zum Sadern verurteilt sind, sehen diesen riesenhaften Pomp mit Staunen — sind das wirklich

ihre eigenen Leute, ihre gewählten Führer? Oder ist das ganze ein buntes Gaukelspiel?

Da sind, als größte Sensation, die Russen. Man hat Männer in Blusen, unrasiert, mit wuchtigen, breiten Schritten, verbissen, schweigsam und von glühendem Haß gegen die Bourgeoisie angefüllt, erwartet. Nichts davon. Es erscheint Herr Tschitscherin, klein, liebenswürdig, lächelnd, freundlich. Er und seine Begleiter tragen die anerkannt besten Fräcke und Smokings.

Da sind die Deutschen. Reichskanzler Wirth, seinen gläubigen Optimismus unverhohlen zur Schau tragend, ein großer Mann mit breit ausladenden Bewegungen, und Rathenau, still, elegant, vergeistigter Kopf, ein Mensch von großer Beherrschung der internationalen Umgangsformen, ein Diplomat, dem der Ruf vorausgeht, daß er auch in geistigen Dingen zu Hause ist. Er soll sogar philosophische Bücher schreiben.

Da ist Lloyd George, der mit allen Wassern gewaschene Konferenzroutinier, sprühend von guter Laune, ein ewiges Lächeln im runden Gesicht, immer bereit zu Interviews, den Kopf umrahmt von weißen Locken.

Da erblickt man unter den Franzosen Herrn Barthou, den früheren Vorsitzenden der Reparationskommission, verkniffen, verärgert, mißtrauisch, kühl, hastig. Da sind die Kleinen Gestalten der Japaner, von denen man nie weiß, sind es Studenten oder Staatsmänner. Da sind die Polen, die Litauer, die Finnen, die Schweizer, die Niederländer, die Dänen, die Norweger, die Schweden, die Tschechen, die Ungarn, die Rumänen, die Bulgaren, die Griechen, die Jugoslawen.

Da sieht man abseits von den offiziellen Abordnungen Journalisten von internationalem Ruf, Industrielle, Abgeordnete, Professoren, Globetrotter von großem Format, Bankiers. Unter den Italienern fällt eine Gestalt auf, deren Gesicht den Inbegriff höhnischer Finsternis darstellt, deren Augen fanatisch glühen. Man weiß nicht, ist er Journalist, radikaler Abgeordneter oder sonst etwas. Wer sich für ihn interessiert, kann erfahren, daß er Benito Mussolini heißt.

Da sind sie alle, alle, alle. Und nur einer fehlt, dessen Schatten nicht zu bannen ist. Er sitzt in Paris in seinen

kühlen und halbdunkeln Amtsräumen und wacht darüber, daß die Konferenz nicht den vorgeschriebenen Weg zwischen seinen Verbotstafeln hindurch verläßt — Poincaré.

☆

Der italienische Ministerpräsident de Facta eröffnet als Premier des gastgebenden Landes die erste Sitzung. „Hier gibt es keine Erinnerung an Krieg und Haß“, ruft er, „hier gibt es nicht Freunde und Feinde, nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Menschen und Völker, die sich vereinigt haben, um ein hohes Ziel zu erreichen.“

Applaus, Gändeklatzchen. Herr Tschitscherin lächelt, Herrn Barthous Gesicht ist unverändert bissig.

Lloyd George tritt auf, Beifall umrauscht seine weiße Mähne. Er hat einen großen Tag, er ist in glänzender Verfassung. Er steigert sich von Satz zu Satz, er wird mutig, ironisch, aggressiv. Er schleudert fundamentale Wahrheiten in den Saal, er richtet sein glühendes Auge immer wieder auf die Franzosen und hebt beschwörend die Hände zu ihnen auf. „Europas erstes Bedürfnis ist wirklicher Friede, und dessen Voraussetzung ist der gute Wille der Völker. Es kann kein Vertrauen aufkommen, solange in allen Ländern die Gunde noch bellen und knurren.“

Jubelnder Beifall, der nicht enden will.

Lloyd George setzt sich erschöpft. Poincarés Schatten ist im Saal. Barthou erhebt sich langsam und ergreift sein wohlvorbereitetes Manuskript. Frankreich wird kein Wort des Hasses sprechen, wahrhaftig nicht. Frankreich ist in vollkommener Aufrichtigkeit nach Genua gekommen. Aber wir betonen noch einmal — die Konferenz von Genua ist keine irgendwie geartete Berufungsinstanz für die bestehenden Verträge. Es darf nicht von ihnen gesprochen werden, damit ihr es alle wißt, kein Wort, kein Sterbenswort, die Verträge existieren nicht für diese Konferenz. Wir warnen im Interesse der großen Aufgabe, die hier zu lösen ist!

Schweigen. Poincarés Schatten bleibt.

Reichskanzler Wirth steht auf. Er ruft den Geist sachlicher Arbeit und ernstest Willens an. Er spricht von der Gleichberechtigung der Völker als dem Ziel jeder Politik. „Die ganze Welt ist krank, sie kann nur durch die Zusammenarbeit der Völker geheilt werden. Wir müssen die

wirtschaftlichen Probleme als rein wirtschaftliche erkennen, wir müssen sie loslösen von den politischen Differenzen, wir dürfen nicht nur nach unseren eigenen Interessen handeln, sondern müssen den Gesichtspunkt des gemeinsamen Zieles gelten lassen.“

Mäßiger Beifall. Poincarés Schatten tritt zufrieden einen Schritt zurück.

Tschitscherin tritt auf. Rußland liebt den Frieden nicht weniger als die andern Völker. Vorbedingung des europäischen Wiederaufbaus ist die wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands. Er spricht von den Reichtümern der russischen Erde, von Sibiriens unzählbaren Schätzen. Dies alles ist für Europa zu haben, wenn es Rußland hilft. Freilich, es muß abgerüstet werden, fort mit den Waffenarsenalen hinter allen Grenzen — was sollen die Waffen auch noch in dem neuen, ganz dem Frieden hingegebenen Europa? Man wird in Genua noch nicht alles erreichen, andere Konferenzen müssen folgen, man muß auch die Arbeiterorganisationen der Völker zur Beratung heranziehen.

Schweigen. Barthou meldet sich abermals zum Wort. Was sprechen die Russen von Abrüstung und periodischen Konferenzen zur Befriedung Europas? Wer bedroht denn den Frieden? Die Russen! Was spricht Tschitscherin von Treu und Glauben zwischen den Völkern? Wer weigert sich denn hartnäckig, seine Vorkriegsschulden an Frankreich anzuerkennen? Die Russen!

Poincarés Schatten tritt wieder vor. Barthou hebt die Verbotstafeln hoch.

Tschitscherin widerspricht kühl. Lloyd George beschwichtigt, es sei nun einmal so, daß jede Konferenz mit Explosivstoffen geladen sei, beruhigen Sie sich doch, meine Herren! Wird Genua ein Erfolg, so kommt die Entwaffnung ganz von selbst. Wird es ein Mißerfolg, so bleibt auch die Entwaffnung aus. Also bitte, ich verstehe gar nicht — wollen wir nicht fortfahren?

Die Verstimmung bleibt. Die Risse sind schon aufgesprungen. Es grollt schon unter der Erde.

Die Konferenz bildet sieben Ausschüsse, die sich mit den einzelnen Fragen zu befassen haben. Es gibt einen Ausschuß für Verkehrsfragen, einen für die Redaktion des Schlußberichtes, einen für Prüfung der Vollmachten, einen

für Rechtsfragen. Einen Ausschuß für die Reparationen gibt es nicht. Diese Frage besteht ja nicht. Poincarés Verbotstafel steht an ihrer Stelle.

Einer der Ausschüsse behandelt das russische Problem. Die Deutschen sind nicht darin vertreten. Die Entente macht alle Anstrengungen, um mit den Sowjets ins reine zu kommen. England ist die treibende Kraft, Lloyd George hat alles auf diese eine Karte gesetzt, da es sonst in Genua dank Poincarés Halsstarrigkeit nichts zu ernten gibt. Die Beratungen mit den Russen schleppen sich mühsam hin, man kommt nicht vom Fleck, die russischen Vorkriegsschulden stehen hindernd im Weg. Belgien, von Frankreich vorgeschoben, sträubt sich heftig, den Russen irgendein Zugeständnis zu machen. Praktisch ist die Konferenz schon auf dem toten Punkte angelangt.



In diesem Zeitpunkt, in dem sich die Konferenz schon festgelaufen hat, und in dem jedermann sich schon danach umsieht, von welcher Seite wohl der äußere Anstoß zum Abbruch kommen soll, teilt sich plötzlich der europäische Vorhang. Innerhalb einer einzigen Stunde offenbart sich der ganze imposante Versuch von Genua als ein ungeheurer Mißgriff, weil er das Grundproblem Europas übersehen zu dürfen glaubte. Das ist die Stellung Deutschlands zwischen Osten und Westen. Der Versuch des Westens, über das geschlagene Deutschland hinweg mit dem Osten zu einem Pakt zu gelangen, scheitert in der gleichen Minute, in der Deutschland sich zu einer aktiven Politik entschließt. Der Umstand, daß diese Aktivität sich zum größten Teil aus Mißverständnissen, Irrtümern und falsch aufgefaßten Zweideutigkeiten ergab, ändert nichts an der großen entscheidenden Tatsache.

In Rapallo, wenige Kilometer östlich Genua, schließt Rathenau mit den Russen einen Vertrag, der den Frieden zwischen Deutschland und Rußland auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des Verzichtes auf alle gegenseitigen Ansprüche aus Kriegs- und Vorkriegszeit herstellt. Die Erregung, die dieser Vertrag hervorruft, ist unbeschreiblich. Mit einem Male steht das Deutsche Reich im Mittelpunkt der gesamten europäischen Politik. Als Gegenspieler gegen

den westlichen Imperialismus erhebt sich in furchtgebietender Gestalt der ungeheure deutsch-russische Machtkomplex.

Es ist sonderbar genug zugegangen mit diesem Vertrag, und seine Entstehung ist ein neuer Beweis dafür, welcher geringen Mittel sich die großen Ereignisse der Politik in ihren Anfängen oft bedienen. Seit langem verhandeln in Berlin die Russen mit dem deutschen Auswärtigen Amt über die Regelung der deutsch-russischen Beziehungen, die nach der Aufhebung des Vertrags von Brest-Litowsk durch das Versailler Diktat erforderlich geworden ist. Grundsätzlich besteht Einigkeit darüber, daß man unter die Vergangenheit einen radikalen Strich ziehen wird. Lange Zeit vor Genua ist der Vertragsentwurf in Berlin fertiggestellt, und wenn man ihn noch nicht unterzeichnet hat, so liegt es daran, daß Rathenau die Entente nicht vor den Kopf stoßen will. Es entspricht der ganzen Einstellung der Reichsregierung, daß sie es vorzieht, in Genua gemeinsam mit den Alliierten und Rußland zu verhandeln. Rathenau ging also nach Genua mit der Absicht, dasjenige gerade nicht zu tun, was er nachher doch tat.

Die Kette der Sonderbarkeiten wird dadurch eingeleitet, daß die Vertreter des französischen Imperialismus selbst den Anstoß zu diesem Ereignis geben, vor dessen Zustandekommen sie sich seit Versailles fürchten. In den alliierten Geheimbesprechungen über die russische Frage macht Barthou den Vorschlag, die Russen zu Reparationsforderungen an Deutschland zu verleiten. Mit diesem niederträchtigen Aniff gedenkt die französische Politik Rußland und Deutschland zu entzweien. Lloyd George, stets zu improvisierten Hintertreppenaaktionen bereit, zeigt sich auch jetzt nicht abgeneigt. Ihn füzelt der Gedanke, durch einen so perfiden Schritt die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland empfindlich zu stören.

Die Russen spitzen die Ohren, als sie diese Melodie hören. Sie denken nicht daran, die Folgerungen zu ziehen, die Barthou von ihnen erwartet, aber sie hüten sich auch, vor den Alliierten irgendein Wort über den bereits bestehenden Entwurf des deutsch-russischen Vertrages zu verlieren. Sie machen ihrer sprichwörtlich gewordenen diplomatischen Geschicklichkeit alle Ehre, indem sie den Deutschen vertrauliche Kenntniss von dem alliierten Vorschlag geben,

ohne sich dabei über die Folgen zu äußern, die dieser Vorschlag unter Umständen auf ihre Haltung gegenüber Deutschland haben könnte.

Jetzt beginnt das Verwirrungsspiel.

Baron von Maltzan, Chef der russischen Abteilung des deutschen Auswärtigen Amtes, trifft sich mit dem Chef der russischen Abteilung im englischen Außenamt. Maltzan gibt dem Engländer zu verstehen, ohne natürlich von dem Vorhandensein eines deutsch-russischen Vertragstextes zu sprechen, daß die geheimen Verhandlungen der Alliierten mit den Russen auf die deutsche Delegation einen sehr unangenehmen Eindruck machten. Der Engländer spielt den Erstaunten und versichert, es liege keinerlei Grund zur Beunruhigung vor.

Am nächsten Tage wiederholt Maltzan seine Andeutungen gegenüber einem Beamten des englischen Handelsministeriums, der als Vertrauensmann Lloyd Georges in den russischen Fragen gilt. Die Mitteilung ist als eine deutsche Warnung an Lloyd George gedacht und als ein Druckmittel, um auch jetzt noch zu gemeinsamen Verhandlungen zu gelangen. Die Absicht, mit den Russen aus eigener Initiative abzuschließen, steht noch keineswegs fest. Rathenau ist nach wie vor dagegen, weil er davon eine starke Störung der Konferenz erwartet, auf die er nach wie vor große Hoffnungen in der Reparationsfrage setzt.

Tags darauf hören die Deutschen von den Russen, daß die Alliierten fortfahren, mit den Russen zum Schaden Deutschlands zu verhandeln. Zumal die Franzosen versuchen nach wie vor hartnäckig, die Russen gegen Deutschland einzunehmen. Rathenau entschließt sich zum Handeln. Dreimal läßt er Lloyd George um eine Unterredung bitten. Dreimal erhält er eine Ablehnung.

Jetzt festigt sich bei den Deutschen der Verdacht, daß Lloyd George ein Doppelspiel treibe, denn es ist nicht anzunehmen, daß er von seinen Mitarbeitern über die deutsche Auffassung nicht unterrichtet ist. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, daß England und Frankreich entschlossen sind, den Deutschen zuvorzukommen. Die Russen selbst warten ab. Es ist denkbar, daß sie den Wunsch haben, den Vertrag mit Deutschland abzuschließen, um ihre Verhandlungsbasis gegenüber den Westmächten zu verstärken. Aber

taktische Gründe veranlassen sie, den Deutschen das erste Wort zuzuschieben.

Wieder einen Tag später erfahren die Deutschen durch einen italienischen Diplomaten, daß der Abschluß zwischen den Alliierten und den Russen unmittelbar vor der Tür stehe. Maltzan und Rathenau geraten in große Bestürzung. Rathenau erklärt dem Italiener mit deutlichen Worten, daß Deutschland einem solchen Abschluß nicht zustimmen, sondern daß es sich jetzt nach neuen Sicherungen umsehen werde. Der Italiener zieht sich zurück.

Maltzan und Rathenau treffen sich mit den Russen und fragen, ob es ihnen recht sei, wenn man die Berliner Besprechungen sofort wieder aufnehme. Das ist das Stichwort, auf das die Russen gewartet haben. Sie antworten ohne Umschweife, es sei wohl am einfachsten, wenn man den bestehenden Vertragsentwurf unterzeichne. Die Deutschen stimmen zu.

Maltzan schickt einen Beamten zu den Engländern, um sie über die neue Wendung aufzuklären. Die Engländer sind nicht zu finden. Erst am Mittag kommt eine deutsch-englische Besprechung zustande, wobei Maltzan erklärt, daß Deutschland im Begriffe sei, eigene Schritte in der russischen Frage zu tun. Die Engländer sind durchaus nicht erstaunt darüber. Sie geben zu, daß sie Lloyd George unterrichtet hätten, aber der Premierminister, so sagen sie achselzuckend, habe für diese Mitteilungen kein großes Interesse gezeigt.

Die Deutschen warten immer noch auf eine Äußerung von Lloyd George, sie sind sogar jetzt noch zu einem gemeinsamen Arrangement bereit. Aber von englischer Seite erfolgt nichts. Statt dessen erfahren die Deutschen am Abend, daß es zwischen den Alliierten und den Russen zu einer vorläufigen Einigung gekommen sei.

In dieser Nacht — es geht auf den 16. April — ruft Joffe aus Kapallo bei Maltzan an und macht den Vorschlag, die deutschen Unterhändler möchten morgens um elf Uhr zum Abschluß des Vertrages nach Kapallo kommen. Noch einmal versucht Maltzan am frühen Morgen die Engländer zu erreichen. Zunächst heißt es, die Herren schlafen noch, dann heißt es, sie sind ausgegangen.

Darauf fährt die deutsche Abordnung nach Kapallo.

Nachmittags um sechs Uhr wird der deutsch-russische Vertrag von Rathenau und Tschitscherin unterzeichnet. Den Alliierten wird von dem Abschluß offizielle Kenntnis gegeben. Eine Kopie des Vertrags geht an Lloyd George.

★

Die Nachricht von dem Abschluß des Vertrages wirkt wie ein Kanonenschuß. Eine groteske Komödie der Aufregung wird von den Alliierten in Szene gesetzt, die sich gleichermaßen von den Russen wie von den Deutschen betrogen fühlen.

Am tollsten gebärden sich die Franzosen. Barthou vergißt in seiner Wut alle Grenzen des Anstands, er nennt die Deutschen in einer öffentlichen Erklärung Lügner und Seuchler. Die Mitglieder der französischen Delegation laufen umher und erzählen jedermann, der deutsch-russische Vertrag sei nur eine Fassade, hinter ihm verberge sich ein militärisches Geheimabkommen, das gegen die Entente gerichtet sei. Nach den Stichworten, die ihr von der Regierung gegeben werden, schreit die Pariser Presse in wüstem Chor, es sei an der Zeit, die französischen Regimenter über den Rhein nach Deutschland hinein in Marsch zu setzen, um den drohenden Krieg im Keime zu ersticken.

Lloyd George zeigt sich in malerischer Entrüstung, halb zornig, halb wehleidig über die treulose Haltung der Deutschen. Jetzt hat er auf einmal Zeit, den deutschen Reichskanzler, den Außenminister und den Baron Maltzan zu sprechen. Mit theatralischen Gebärden beschwert er sich, daß man sein Vertrauen hintergangen habe. „Warum sind Sie nicht eher zu mir gekommen?“ ruft er. Er versammelt die Presse, besteigt das hochgefattelte Ross seines Pathos und zeichnet düstere Gemälde am europäischen Friedenshimmel. „Ich bin erschrocken über die Sturmwolken, die sich am Horizont auftürmen, bald wird das Unwetter höher und höher steigen!“

Er verlangt von Wirth und Rathenau, Deutschland solle auf das Abkommen mit Rußland verzichten, er droht, er beschwört, und als alles nichts hilft, schiebt er feierlich alle Verantwortung von sich ab. Die Italiener versuchen sich ins Mittel zu legen.

Aber so entrüstet er im ersten Augenblick ist, so rasch besänftigt sich der schlaue Waliser. Zwei Tage später sieht man ihn schon wieder im lächelnden Gespräch mit den Deutschen. Mit dem unbedenklichen Instinkt des Improvisators hat er erkannt, daß der deutsch-russische Vertrag, wenn er ihn als Mittel in seine eigene Politik eingliedert, ihm eine willkommene Handhabe gegen Poincarés Gewaltstreiche bieten kann.

Der „Zwischenfall“ von Kapallo wird überraschend schnell abgeschlossen.



Die Konferenz von Genua ist erledigt. Alles was noch folgt, trägt den Charakter eines prunkvollen Begräbnisses. Die Lösung der Reparationsfrage nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Vernunft ist an der starren Haltung der französischen Regierung gescheitert. Die Lösung der russischen Frage mußte scheitern, weil man die deutsche Frage zu lösen unterließ. Das einzige positive Ergebnis von Genua, das in die Zukunft weist und dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind, ist der Vertrag von Kapallo. Alles kommt darauf an, was Deutschland aus diesem Instrument machen wird. Die Geschichte seiner Entstehung verspricht nicht allzuviel, der Anstoß zu dieser neuen Aktivität der deutschen Politik ist mehr negativer als positiver Natur. Aber das letzte Wort über den Vertrag ist noch nicht gesprochen. Wer kann sagen, ob das Instrument nicht in Hände gelangt, die es zu handhaben wissen?

Die Konferenz schleppt sich noch ein paar Tage hin. Niemand mehr hat großes Interesse daran. Niemand mehr achtet auf den Pomp und die Entfaltung eines großen diplomatischen Gepränges. Es herrscht Katzenjammer. Nach und nach, heimlich beinahe, fahren die Abordnungen der Kleinen Staaten ab, es wird leerer und leerer. Die Journalisten folgen ihnen, es gibt nichts mehr zu berichten. Eine der schönen Yachten nach der anderen verläßt den Hafen. Der herrlichen Automobile werden immer weniger. Es wird wieder Alltag, der europäische Spuk ist zu Ende.

Tschitscherin gibt gegenüber der Entente um keine Saaresbreite mehr nach. Die russische Frage bleibt ungelöst und erhält durch Vertagung ein stilles Begräbnis.

Noch spricht Lloyd George mit mühsamer Begeisterung von seinem Gottesfriedenspakt, den er sich als Krönung des europäischen Werkes gedacht. Barthou hat schon eine ganze Schublade mit Vorbehalten bereit. Aus dem Gottesfrieden wird im Sandumdrehen ein simples, nichtsagendes Schriftstück, unter das ein paar Namen gesetzt werden. Jedermann weiß, daß sein Leben im Bewußtsein der Völker noch eher ausgeatmet sein wird als die Erinnerung an all die schönen Automobile, die Yachten, die Diplomatenuniformen, die Festessen und die Bälle. Man unterschreibt nur aus Höflichkeit gegenüber Lloyd George. Dann ist auch das vorbei.

Die letzten Salonwagen werden an die Schnellzüge gekoppelt. Lloyd George ist abgereist, kaum bemerkt.

Barthou fährt nach Paris und berichtet Poincaré. Der Ministerpräsident ist zufrieden.

Der Stern von Genua versinkt weit hinter Europa.



Nachspiel zu Genua und Kapallo.

Während der russische Volkskommissar Tschitscherin in Berlin weilt, um die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen zu besprechen, empfängt Reichspräsident Ebert den Grafen Brockdorff-Rantzau, der zwischen Versailles und Genua auf seinem Privatbesitz gelebt hat, und bietet ihm den Posten des ersten deutschen Botschafters in Moskau an.

Die Kette der Geschehnisse schließt sich. Zwischen Versailles und Kapallo wird eine Verbindung hergestellt. Ist der Wille Deutschlands, diese Linie fortzusetzen, ernst und entschlossen?

Graf Brockdorff-Rantzau sagt zu. Die Russen erklären öffentlich, sie seien stolz darauf, daß ihnen Deutschland den Mann von Versailles schicke.

In Weimar — es ist drei Jahre her — als er einsehen mußte, daß dem deutschen Volke und seinen Lenkern der Wille fehlte, ihr Schicksal zu formen und zu zwingen, sprach Brockdorff-Rantzau nachdenklich und leise das Wort: „Ich glaube wohl, daß von Moskau aus das Unheil von Versailles noch einmal korrigiert werden kann . . .“

Kein Ausweg mehr

Poincarés Fanfarenstoß. — Ermordung Rathenaus im Juni 1922. — „Der Feind steht rechts!“ — Pariser Bankierskonferenz und Garantiekomitee. — Die zweite Londoner Konferenz ohne Deutschland. — „Produktive Pfänder“. — Vorbereitung der Ruhrbesetzung. — Zusammenbruch des Kabinetts Wirth. — Lloyd Georges Irrtum und Ende. — Kabinett Cuno und der Vorschlag eines Garantiepakts. — Holz und Telegraphenstangen. — Vierzigtausend Franzosen marschieren.

In die Atmosphäre tiefer Entmutigung, die auf Genua folgt, klingt eine helle Fanfare, ein Schlachtruf. Am 24. April 1922 ruft Poincaré in Bar le Duc: „Es ist unser Wunsch, die Eintracht unter den Alliierten zu erhalten. Aber wir werden die Rechte Frankreichs auch in voller Unabhängigkeit zu verteidigen wissen, wir werden nicht eine einzige Waffe vernachlässigen, die uns der Versailler Vertrag bietet. Wir werden nicht dulden, daß unser unglückliches Land unter der Last des Wiederaufbaus zusammenbricht, während sein Nachbar sich weigert, die nötigen Anstrengungen zur Bezahlung seiner Schulden zu unternehmen.“

Es ist die Drohung mit eigenmächtigem Vorgehen gegen Deutschland, die Frankreich jetzt auf seine Fahnen schreibt, eine Warnung an Deutschland, eine Warnung an England. Die Hand ist ausgestreckt nach dem Ruhrgebiet.

In Deutschland tobt der Streit um den Rapallovertrag. Die Linke wirft Rathenau vor, er habe diesen Schritt sehr zur Unzeit getan, er habe Lloyd George unnötig vor den Kopf gestoßen und dadurch indirekt der französischen Gewaltpolitik Vorschub geleistet. Die Rechte ist darüber empört, daß die Reichsregierung in den Vertrag keinerlei Schutzklauseln gegen die hemmungslose kommunistische Unterwühlung Deutschlands von Moskau her aufgenommen hat. Die deutschen Kommunisten frohlocken und entfalten eine mächtige Propaganda. Schon ist Kadek wieder auf deutschem Boden, schon wird in allen Betrieben wieder zum Umsturz aufgefördert, schon flackern Streiks hier und da.

Auf der andern Seite sind die nationalen Verbände reg-samer geworden. Das Volk ist maßlos erbittert über die Erfüllungspolitik der Reichsregierung, die von Fehlschlag zu Fehlschlag, von Ultimatum zu Ultimatum, von Unterzeichnung zu Unterzeichnung geführt hat, während daheim das Elend anschwillt wie eine Lawine. In den tödlich getroffenen Kreisen des Mittelstandes regt sich erster Wille zum Widerstand. Vereine, Bünde, Organisationen quellen empor und veranstalten Kundgebungen. Es kommt zu Gegendemonstrationen der Linken, Schüsse fallen, die Gegner schlagen auf sich ein. Polizei muß eingreifen. Das Gespenst neuen Bürgerkrieges rückt mit jedem Tage einen weiteren Schritt vor.

Am 24. Juni 1922 drängt die starke Spannung im Innern zum gewaltsamen Ausbruch. Morgens um zehn Uhr wird Reichsaußenminister Rathenau in Berlin ermordet, als er im Automobil von seiner Villa im Grunewald zur Wilhelmstraße fährt. Die Täter entfliehen.

Der Reichstag ist gerade versammelt, als die Nachricht eintrifft. Nach jähem Entsetzen schlägt die Erregung furchtbar empor. Als der Deutschnationale Helfferich seinen Platz im Saal betritt, erhebt sich auf der Linken Geschrei: „Sinaus mit dem Mörder!“ Es gibt einen beispiellosen Tumult.

Der Reichspräsident erläßt neue Verordnungen zum Schutze der Republik, drakonische Strafen werden angedroht. Ein schlimmes Wort wird vom Kanzler gesprochen, eine verhängnisvolle Parole, und schwillt an von Tag zu Tag: „Der Feind steht rechts!“

Als sich herausstellt, daß die Mörder einer Rechtsorganisation angehören, erhält die Wut neuen Antrieb. Die Verordnungen werden verschärft. Ihre Kreise werden ausgedehnt. Genau wie nach Erzbergers Ermordung setzt ein Kesseltreiben ein gegen alles, was rechts steht. Maßlose Hetze beginnt. Die Reichswehr, die Polizei, die Beamenschaft, die Rechtsparteien, die alten Reichsfarben, alles, was verdächtig ist, im Herzen nicht republikanischer Gesinnung zu sein, wird angegriffen, denunziert, herabgerissen. Der preussische Innenminister Severing kündigt das Verbot der Rechtsverbände an, der sächsische Innenminister beschwert sich bei der Reichsregierung über die monarchistische Gesin-

nung der Reichswehr und verlangt den Rücktritt des demokratischen Reichswehrministers.

Es gibt kein Halten mehr. Die Hetze reicht bis in die kleinsten Orte, Überfälle sind an der Tagesordnung. Jeder Angehörige einer Rechtspartei gilt als Teilnehmer an der Organisation der Mörder. „Wenn ein Deutschnationaler sein verlogenes Maul aufstut, muß er niedergeknüppelt werden“, schreit eine sozialdemokratische Zeitung, „das deutschnationale Mördergesindel muß fortan vogelfrei sein. Wir sagen das alles im ganzen Bewußtsein der Folgen. Wir wollen diese Folgen!“

Schon sind die Kommunisten wieder an der Arbeit. „Auf zur Tat!“ rufen ihre Flugblätter. Erst sind es angebliche Proteststreiks, dann sind es einwandfrei politische Streiks. Arbeitswillige werden mißhandelt, die Polizei wird mit Steinwürfen und Schüssen empfangen. Selbst in den Kasernen werden die Polizeimannschaften angegriffen.

Vierzehn Tage nach der Ermordung Rathenaus droht in Deutschland neuer Bürgerkrieg. Drei Wochen später zählt man die ersten zwanzig Toten. Länger als einen Monat währt die leidenschaftliche Jagd im Innern auf Republikfeinde, bis langsam Beruhigung eintritt.

Das Volk, das alles vergessend gegen sich selbst getobt, wird grausam daran erinnert, wo in Wahrheit der Feind steht.

☆

Die Reparationskommission hat einen Bankier-Ausschuß nach Paris berufen, er soll beraten, ob und unter welchen Bedingungen man Deutschland eine Auslandsanleihe gewähren kann, damit es seine Verpflichtungen erfüllt, seine Währung stützt und den Reichshaushalt ordnet. Es ist ein letzter Versuch, dem zahlungsunfähigen Schuldner auf die Beine zu helfen, um ihn wieder tributfähig zu machen. In dem Ausschuß sitzt auch der amerikanische Großbankier Morgan. Wallstreet prüft das Geschäft mit aller Objektivität einer kühlen Berechnung.

Das Urteil ist vernichtend.

Die Bankiers fragen Poincaré, ob sie in ihren Untersuchungen an die bestehenden Verträge und an den Londoner Zahlungsplan gebunden seien. Poincaré antwortet,

es gebe keine Änderung der Verträge und des Londoner Planes. Grundlage jeglicher Untersuchung sei die volle Bezahlung aller alliierten Forderungen.

Gut, sagen die Bankiers, dann ist unsere Antwort kurz und einfach. Deutschland genießt im Ausland überhaupt keinen Kredit mehr. Kein ausländischer Kapitalist mag einem Lande Geld leihen, dessen Verpflichtungen nicht endgültig festgesetzt sind. Kurzum, der Ausschuß ist der Meinung, daß eine auswärtige Anleihe nicht durchführbar ist und daß damit alle weiteren Untersuchungen hinfällig werden.

Das ist eine klare Antwort, sagt Poincaré. Wir müssen also zusehen, daß wir selbst und aus eigenen Mitteln zu unserem Gelde kommen.

Zahlungsunfähig und kreditunwürdig — der verhängnisvolle Kreislauf beginnt sich zu schließen. Die Mark antwortet auf dieses Urteil mit einem neuen Sturz. Die Reichsregierung sieht sich gezwungen, am 12. Juli 1922 abermals um Stundung zu bitten, es geht nicht mehr, sie kann nicht einmal mehr die in Cannes festgesetzten Zehntagesraten bezahlen. „Bei dem ungeheuren Ernst der Lage hält es die Reichsregierung für unerlässlich, auch für die Jahre 1923 und 1924 von allen Barzahlungen befreit zu werden.“

Poincaré ist zufrieden. Seine Politik ist jetzt so eingerichtet, daß jede neue Bankerott- und Verzugserklärung der deutschen Regierung ihm recht ist. Sie treibt ihn seinem Ziele näher. Er hält den Strick schon in der Hand.

Vorerst wird das Garantiekomitee wieder nach Berlin geschickt, die fliegende Zwangsvollstreckungsabteilung der Reparationskommission. Das Komitee „prüft die Lage“. Sein Spruch ist brutal.

Zwei Vertreter des Komitees sollen ständig in Berlin bleiben und beim deutschen Finanzminister beglaubigt werden, einer zur Kontrolle der Einnahmen, einer zur Kontrolle der Ausgaben. Jeder hat das Recht, mit allen untergeordneten Stellen des Ministeriums von sich aus in Verbindung zu treten, Schriftstücke müssen ihm vorgelegt werden, Einblick in den Haushaltsentwurf wird verlangt, alle finanziellen Gesetzentwürfe gehen zunächst durch die Kontrolle. Monatliche Übersichten über Etatsüberschrei-

tungen, tägliche Nachweisungen über die schwebende Schuld sind zu liefern. Die Kontrolleure haben das Recht, bei den Landesfinanzämtern Stichproben vorzunehmen, um die Eingänge der Steuern nachzuprüfen. Die Reichsregierung hat die Tätigkeit der Kontrolleure in jeder Beziehung zu unterstützen.

Was geschieht? Die Reichsregierung nimmt an und unterzeichnet. Sie verlangt nur, daß man „die Souveränität des Reiches, den ungestörten Gang der Verwaltung, das Steuergeheimnis respektiere“. Das Garantiekomitee fährt mit der deutschen Unterschrift nach Hause, die Reparationskommission hört seinen Bericht an und berichtet ihrerseits das Ergebnis den Regierungen.

Was sagt Poincaré? Ungenügend, wertlos, eine neue Ausflucht — wir müssen Pfänder haben, keine Versprechungen.

Aber wir können am 15. August nicht zahlen, ruft die Reichsregierung, wir haben einfach kein Geld!

Ihr müßt zahlen, sagt Poincaré.

Die Reichsregierung schickt eine neue Note, diesmal unmittelbar an die französische Regierung. Sie kann wirklich nicht zahlen, sie bittet um Stundung, wenigstens um Stundung der am 15. August fälligen Rate.

Poincaré erklärt das deutsche Gesuch für „null und nichtig“.

Am 5. August erklärt die Reichsregierung, sie werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um am 15. August „im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit“ zu zahlen. Eine Ausflucht, eine Ohnmachtsgeste. Man gibt der französischen Regierung „eindringlichst“ anheim, ihre Entscheidung noch aufzuschieben.

Poincaré erklärt, durch diese deutsche Kundgebung sei die Verfallstermin bereits „effektiv“ geworden. Er hat es nicht mehr nötig, den Verfallstermin selbst abzuwarten. Er läßt, um Frankreich schadlos zu halten, sämtliche Bankkonten deutscher Reichsangehöriger in Elsaß-Lothringen beschlagnehmen. Er plündert die Banken, er verletzt das Völkerrecht, er raubt deutsches Privateigentum, als befände er sich mitten im Krieg mit Deutschland. Als am 15. August Deutschland tatsächlich nur einen Teil der fälligen Rate zahlen kann, läßt Poincaré tausend deutsche Reichsange-

hörige Kurzerhand aus Elsaß-Lothringen hinauswerfen. Sie dürfen nur Handgepäck mitnehmen, sie dürfen nicht mehr als zehntausend Papiermark bei sich tragen, das sind fünfzig Goldmark. Ihr Hab und Gut fällt an Frankreich.

Was tut Deutschland?

Es protestiert.



Unter solchen Vorzeichen beginnt die zweite Londoner Konferenz am 7. August 1922, einberufen vom Obersten Rat der Alliierten, zur Entscheidung über die verschiedenen deutschen Stundungsgesuche und über die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen.

Deutschland ist auf der Konferenz nicht vertreten.

Es treffen sich Lloyd George, Poincaré, der italienische Außenminister Schanzer, der belgische Finanzminister Theunis und der Japaner Sayaschi.

Die Stimmung ist nüchtern und bitter, die tiefen Gegensätze liegen fest. Ein unerquicklicher Notenwechsel zwischen Paris und London ist vorausgegangen. Seinen Höhepunkt bildete die englische Forderung auf Rückzahlung der alliierten Kriegskredite.

Lloyd George macht breite Ausführungen über die Trostlosigkeit der Lage, in die man geraten ist. Er bittet, ihn nicht mißzuverstehen, natürlich müsse Deutschland voll und ganz bezahlen, aber es scheine ihm unumgänglich, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, damit es wieder zahlen könne.

Wie lange soll das Moratorium dauern, fragt Poincaré.

Das englische Mitglied der Reparationskommission hält ein zweijähriges Moratorium für erforderlich, das sich auf alle Barzahlungen erstreckt.

Es gibt kein Moratorium, erklärt Poincaré.

Die alte Melodie, die alten Gegensätze, die alte Sackgasse, aus der niemand einen Ausweg kennt.

Lloyd George sagt, dann ist eben nichts zu machen, die Konferenz ist zwecklos, wir können nach Hause gehen.

Nein, sagt Poincaré, wir müssen uns über die Pfänder einigen, die wir zu ergreifen haben.

Er legt sein „produktives Pfänderprogramm“ vor. Kontrolle der deutschen Ein- und Ausfuhr. Kontrolle

der Deutschen Reichsbank. Kontrolle des Devisenhandels der deutschen Privatbanken. Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke und Forsten. Beteiligung der Reparationskommission an der deutschen Industrie durch Auslieferung von sechsundzwanzig Prozent des gesamten Aktienbesitzes. Sondersteuer auf die Ruhrkohle. Wiedereinführung der Rheinzollgrenze am östlichen Rand des besetzten Gebietes. Einbeziehung des Ruhrgebietes in die Zollgrenze.

Dies Programm ist die Ruhrbesetzung von 1923 und noch mehr.

Lloyd George protestiert. Niemals wird England zu solchen Bedingungen seine Hand reichen. Seit zwei Jahren wird Opfer um Opfer gebracht, um diese Katastrophe zu verhindern — jetzt soll man sie schweigend geschehen lassen? Niemals!

Wir werden unsere Interessen allein zu wahren verstehen, sagt Poincaré.

Das wird ein Unglück!

Wir werden sehen.

Die Konferenz geht auseinander. Der Riß zwischen Frankreich und England klappt unüberbrückbar. Mit mühsam gewahrter Höflichkeit trennt man sich. Frankreich wird seinen eigenen Weg gehen.

☆

Die Reichsregierung schickt Ende August Vertreter nach Paris und läßt — zum wievielten Male! — der Reparationskommission ihre Notlage schildern. Das unvermeidliche Verhängnis, das immer näher rückt, die Faust, die schon drohend gegen sie erhoben ist, treibt die Regierung zu verzweifeltten Schritten. Sie schlägt vor, die Reparationskommission möge die zunächst fälligen Zahlungen in Schatzanweisungen des Deutschen Reiches annehmen, die von Deutschland innerhalb sechs Monaten einzulösen sind. Sie ist jetzt schon froh, wenn sie den Verfallstermin von Woche zu Woche hinauschieben kann, indem sie auf irgendein Wunder in der Zukunft hofft. Indessen weiß sie doch schon, daß alle diese Maßnahmen das Unvermeidliche nicht mehr aufhalten werden. Inmitten seiner letzten verzweifeltten Bemühungen beginnt Deutschland schon innerlich sich auf das Kommende einzustellen.

England ist in größter Unruhe, weil Deutschland, früher sein Hauptabnehmer, überhaupt nichts mehr importiert, nur noch seine eigenen Waren ins Ausland verschleudert und damit dem englischen Handel von Woche zu Woche größeren Schaden zufügt. Das Inselreich zählt schon zwei Millionen Arbeitslose. Aber die britische Politik hat es aufgegeben, den Franzosen in die Arme zu fallen. Auch sie starrt gebannt auf das unvermeidliche Verhängnis. Keine Macht der Erde ist imstande, die Franzosen zur Vernunft zu bringen. Amerika rührt keinen Finger, sie haben dort nicht die geringste Neigung, eine so undankbare Rolle zu übernehmen, die Zeit ist noch nicht da, in der sich Wallstreet für das europäische Durcheinander stärker interessiert, sie müssen sich erst in Europa noch die Schädel einrennen. Als letzte Nachhut der Vernunft kämpft noch der englische Vertreter in der Reparationskommission einen aussichtslosen Kampf gegen die Franzosen.

Ende Oktober 1922 sind die Gerichtsvollzieher wieder in Berlin. Die Reparationskommission erscheint zum drittenmal in persona. Auf ihrem Programm steht genau wie früher die Sanierung der deutschen Währung und die Ordnung der Reichsfinanzen. Die Reichsregierung hat gleichzeitig einen Ausschuß internationaler Finanzsachverständiger, Professoren und Bankiers eingeladen. Sie klammert sich immer noch an die Hoffnung, der Vernunft Geltung zu verschaffen.

Die Reparationskommission verhandelt mit der Reichsregierung hin und her, man kommt nicht vom Fleck. Forderung und Wirklichkeit stehen sich unvereinbar gegenüber.

Die Währungssachverständigen geben ihr Urteil ab. Sie sagen fast das gleiche, was im Frühjahr das Bankierkomitee in Paris festgestellt. Ohne ein zweijähriges Moratorium, ohne endgültige Lösung der Reparationsfrage, ohne Auslandskredit ist weder die deutsche Währung zu retten noch der Haushalt des Reiches zu ordnen. Eins ist vom andern abhängig, mit Gewalt ist gar nichts zu machen.

Die Reparationskommission fährt nach Hause, es gefällt ihr nicht in Berlin, wo solche Wahrheiten offen ausgesprochen werden von Männern, deren Name in der Welt gilt. Sie ist durch den Kampf der englischen mit der fran-

zösischen Auffassung in ihrer Aktionskraft beinahe ganz gelähmt. Aber diesen Zustand braucht ja Poincaré.

Er ist schon mitten in seinen Vorbereitungen. Es geht, wie alles bei diesem kühlen Zasser, nach wohldurchdachtem System, es muß alles seine Ordnung haben. Vor der Anwendung der Peitsche muß die Rechtslage einwandfrei geklärt sein. Der Gezüchtigte soll sich nachher nicht beklagen dürfen, ihm sei unrecht geschehen, er habe nicht gewußt, warum er geschlagen wurde.

Da ist zum Beispiel die Frage der „Kriegsverbrecher“. Sie ist seit einem Jahre stillschweigend erledigt und beiseitegeschoben, die ganze Welt hat sich beeilt, mit einem Aufatmen der Erleichterung diese peinliche Sache zu vergessen. Aber nein, es muß Ordnung geschaffen werden. Die französische Regierung erklärt, da Deutschland nichts unternahme, um den Vertrag in diesem Punkte auszuführen, werde sie selbst im geeigneten Zeitpunkt die Prozesse vor ihren Kriegsgerichten wieder aufnehmen.

Da ist weiter die Militärkontrolle. Ein Sturzregen von Noten geht auf die deutsche Regierung nieder, Fragen, Mahnungen, Drohungen, Vörgeleien. Da fehlen zum Beispiel Nachweisungen über das in der Fabrik Sowieso noch gelagerte Gerät. Da fehlt eine Mitteilung an die Kontrollkommission, ob die am soundsovielten verlangte Umänderung der Bestimmungen über die Rekrutierung der Reichswehr erfolgt ist oder nicht. Da sind noch Gasmasken, die über die etatsmäßig erlaubte Zahl hinausgehen. Da steht ein Passus in einer Ausbildungsvorschrift der Reichswehr, der geändert werden muß. Da sind die Befugnisse des Chefs der Seeresleitung noch nicht klar genug umschrieben. Hier fehlt eine Bestimmung, die verhindert, daß Polizisten in die Reichswehr übergehen können oder umgekehrt Reichswehrleute in die Polizei. Hier sind die Kasernen zu groß. Dort stehen zwei schwere Geschütze, die bewegliche Lafetten haben, während doch nur unbewegliche Lafetten erlaubt sind.

Das halbe Auswärtige Amt ist mit der Beantwortung und Erledigung aller dieser Noten beschäftigt. Aber es hilft nichts, Ordnung muß hergestellt werden, ehe Frankreich die Flinte ergreift. Es ist das Geplänkel, der Kleinkrieg, der dem großen Schlag vorausgeht.

Dann kommen die ersten kräftigeren Vorstöße, es geht alles nach System. Poincaré ist mit der Schnüffelarbeit der Kontrollkommissionen unzufrieden, die Serren sind zu gemüthlich geworden, zu gutgläubig, sie vergessen, daß der Versailler Vertrag sie nicht geschaffen hat, um sich in Deutschland einem beschaulichen Leben zu widmen. Sie müssen ins Land hinaus, in die Kasernen, in die Fabriken, zu den Reichswehrbataillonen, zur Polizei.

Poincaré weiß, wohin das führt. Es dauert gar nicht lange. Im Oktober und im November kommt es in Passau und Ingolstadt zu schweren Zwischenfällen. Französische Offiziere werden von der erregten Bevölkerung mit Steinen beworfen und verletzt. Die Erregung dehnt sich über ganz Deutschland aus.

Was tut Poincarés Vertragsverletzung! Sanktionen! Passau und Ingolstadt, deutsche Städte tief im unbefetzten Gebiet, haben je eine halbe Million Goldmark als Sühne zu zahlen. Sie wollen nicht? Nun, so werden wir das Geld im besetzten Gebiet beschlagnahmen. Um den Raub abzuwenden, muß die Reichsregierung die Million begleichen.

Unterdessen hat die Reichsregierung, auf dem Gutachten der internationalen Währungsfachverständigen fußend, schon wieder offiziell ihren Antrag auf ein zweijähriges Moratorium gestellt. Diesmal erklärt sie sich sogar außerstande, während der Dauer des Moratoriums die Sachlieferungen fortzusetzen. Nichts mehr, gar nichts, keinen Pfennig mehr kann sie leisten. Das Faß ist leer, bis zum Boden ist es leer, kein Tropfen mehr rinnt heraus.

Die von der Sozialdemokratie, vom Zentrum und den Demokraten getragene Regierung Wirth ist am Ende ihrer Erfüllungspolitik angelangt. Das Volk ist in sich zerrissener denn je, aufgewühlt durch den Kampf um eben jene Politik, die nun nach anderthalb Jahren vor dem Nichts steht. Die Erfüllung ist gescheitert an der Drohung mit der Gewalt. Das deutsche Volk hat erkennen müssen, daß es kein Erbarmen gibt, nicht einmal um den Preis der Nachgiebigkeit bis zum äußersten. Furchtbare Ereignisse stehen bevor, niemand weiß, wohin sie das Reich führen werden. Die Zukunft ist dunkler, als sie jemals gewesen war. Der Kampf, der jetzt unabänderlich herannahet, trifft

ein zerrissenes, verarmtes, ausgefogenes Volk. Wie soll dies Volk die neue Probe bestehen?

Letzter Rettungsversuch für das Kabinett Wirth. Der Reichskanzler, der vor einem Jahr stolz behauptet, die Entscheidung zwischen Rechts und Links werde ihn auf der Seite des Proletariats finden, versucht eine Notbrücke zum Großkapital zu bauen. Angesichts des vollkommenen Zusammenbruches seiner Politik will er die Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei verbreitern. Aber jetzt werfen ihm seine sozialdemokratischen Freunde Fahnenflucht vor. Haben sie ihn darum anderthalb Jahre gehalten, damit er sie heute an das Großkapital ausliefert?

Die stolze Haltung der Sozialdemokratie bedeutet nichts als eine tönende Rückzugsfanfare, sie ist die prahlerische Geste derjenigen, die keinen Ausweg mehr wissen. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Die Sozialdemokratie lehnt die Zusammenarbeit mit der Volkspartei ab. Damit entzieht sie dem Kabinett den Boden. Mit dem lauten Geschrei „Saltet den Dieb!“ flüchtet sie aus der Verantwortung wie schon einmal, als die Reichsregierung in Spa den Siegern gegenüberzutreten hatte.

Der Bankerott des Reiches ist mitten im Gange. Der Gerichtsvollzieher steht vor der Türe. Hinter ihm kommen die Gendarmen.

Das Kabinett Wirth tritt am 14. November 1922 zurück.

★

Hilft denn niemand? Ist niemand da, der sich dem hocherhobenen Arme Poincarés entgegenwirft? Soll der Wahnsinn endgültig den Sieg davontragen?

Es gibt immer noch Leute, die hoffen. Sie haben sich während zweier Jahre so daran gewöhnt, daß sie auch jetzt noch nicht davon lassen können. Sie haben den tiefen Sinn der seit Genua vollzogenen Wandlung noch nicht begriffen. Sie haben auch heute noch nicht erfaßt, was Versailles bedeutet.

England muß helfen! England kann die sinnlose Zerstörung der europäischen Wirtschaft unter keinen Umständen dulden. England wird sich mit den Vereinigten Staaten

zusammenschließen, und beide werden einen starken Druck auf Frankreich ausüben. So bar aller Vernunft kann auch ein Poincaré nicht sein, daß er für eine imperialistische Utopie alles aufs Spiel setzte.

Jawohl, sie hoffen noch. Sie sind schon wieder emsig bemüht, eine Reichsregierung auf die Beine zu bringen, die weiter den Hals dem Strick darbietet. Sie versuchen schon wieder, dem Volke einzureden, daß alles nur ein riesenhafter Bluff sei, daß die Franzosen im Grunde nicht daran dächten, Europa in einen wirtschaftlichen Kirchhof und ein politisches Tollhaus zu verwandeln. Sie flüstern schon wieder, der größte Fehler, den Deutschland jetzt begehen könne, sei der, sich auf Kampf und Abwehr einzustellen. Im Gegenteil, gerade jetzt gelte es, unbeirrbar und mit ganzer Folgerichtigkeit an dem Ziele der Vernunft, der Versöhnung, des Wiederaufbaus festzuhalten. Jetzt erst nahe die große Stunde der Erfüllungspolitik.

Aber die Zeichen der Zeit sind grausam. Zum drittenmal wirft die Orientfrage ihren furchtbaren Schatten auf Europa. Dieses Mal leistet das Schicksal ganze Arbeit. Abermals rächt sich die Weltordnung von Versailles an einem ihrer Urheber. England muß sich unter Frankreich beugen, Lloyd George wird geopfert.



In einem erbarmungslosen Feldzug hat die junge Türkei die Griechen aus Kleinasien vertrieben. Zum Schrecken des ganzen britischen Imperiums tauchen die türkischen Regimenter jenseits von Konstantinopel auf.

Die ehemalige türkische Hauptstadt ist durch den Vertrag von Sevres einer internationalen Kontrolle unterstellt, französische, englische und italienische Truppen und Schiffe sind dort stationiert. Die Engländer fangen an, in der neutralen Zone auf dem kleinasiatischen Ufer der Stadt besetzte Stellungen auszuheben. Die Gefahr des englisch-türkischen Krieges, der die ganze mohammedanische Welt abermals in Bewegung setzen muß, vor einem Jahre ein drohendes Gespenst, ist jetzt handgreiflich nahegerückt. Lloyd George verläßt sich auf die Politik der starken Faust. Er läßt eine Erklärung veröffentlichen, wonach England entschlossen sei, die Meerengen mit Waffen-

gewalt zu verteidigen. Ein türkisch-bulgarisches Bündnis erscheint am Horizont. Die Bulgaren sind von der Entente grausam verstümmelt und befinden sich in gleicher Lage wie die Türken. Der Brand, der von den Meerengen auszugehen droht, kann im Sandumdrehen einen furchtbaren Umfang annehmen.

In diesem Augenblick erhält der englische Premier seinen schwersten Schlag. Er fällt aus dem britischen Empire selbst. Die Arbeiterpartei erklärt, Lloyd George bedeute eine öffentliche Gefahr für den Weltfrieden, die Dominions verweigern die militärische und politische Unterstützung, die Konservativen drohen ihren Austritt aus der Koalitionsregierung an. Die Politik der starken Faust zerbricht jämmerlich.

Lloyd George muß nachgeben. Die Alliierten schicken die Einladung zu einer Friedenskonferenz an die Türkei. Schon der Text der Einladung stellt die Rückgabe Konstantinopels und die Unversehrtheit Kleinasiens den Türken sicher.

In Mudania an der Küste des Marmarameeres findet die erste Zusammenkunft zwischen den Alliierten und den Kemalisten statt. Ihr Ergebnis ist, daß England nun auch Thrazien den Türken wieder zusprechen muß. Die Türken versprechen ihrerseits, die neutrale Zone bei Konstantinopel bis zum endgültigen Friedensschluß zu achten. Frankreich ist der Vermittler. Die englische Politik hat einen neuen schweren Schlag erhalten.

Lloyd George versucht zu retten, was noch zu retten ist. „Ein unblutiger Friede ist gesichert, dessen England sich nicht zu schämen braucht“, ruft er jetzt, nachdem er vorher am lautesten zum Krieg aufgefordert. Das Bekenntnis nützt ihm nicht mehr. England verzeiht ihm nicht, daß er sich zu weit vorgewagt und englische Interessen unter dem Druck der Waffen hat opfern müssen. Umsonst schlägt er sentimentale Töne an: „Wenn ich in die Wüste geschickt werde, so werde ich mich doch später stets mit Stolz erinnern, daß es mir beschieden war, der britischen Nation in einer Schicksalsstunde keinen schlechten Dienst zu leisten. Wenn dies der letzte Tag ist, den ich im Amte bin, so werde ich stolzer denn je darauf sein, daß ich das britische Reich vor unbeschreiblichen Schrecken bewahren konnte.“

Es ist sein letzter Tag. Mit 186 gegen 87 Stimmen beschließen die Konservativen, ihre Verbindung mit den Liberalen zu lösen. Lloyd George ist der parlamentarische Boden entzogen, er verfügt über keine Mehrheit mehr. Er geht zum König und bittet um seine Entlassung. Der vergötterte Politiker des Krieges, der große Meister der Nachkriegskonferenzen, dieser seltsam zwischen Gewaltanbetung und Friedensverhimmelung schwebende Mensch, die populärste Erscheinung der europäischen Politik nach dem Versailler Vertrag, ist gestürzt.

Bonar Law, der Führer der Konservativen, bildet das neue Kabinett. Sein Programm ist Ruhe im Lande, Fernbleiben von allen politischen Abenteuern, Herabsetzung der Steuern, Besserung der Verhältnisse, Freundschaft mit Frankreich, verbunden mit größerer Zurückhaltung von den kontinentaleuropäischen Angelegenheiten. In seinem Wahlmanifest spricht Bonar Law auch über Deutschland. „Die Bedürfnisse Frankreichs sind dringende, auch England hat Deutschlands Geld nötig. Das gemeinsame Ziel beider Länder ist es, aus Deutschland so viel herauszuziehen, wie es vernünftigerweise zahlen kann.“ In Bonar Laws Kabinett sitzt Lord Derby, der bis zum heutigen Tage die Anwendung des Stockes gegen das widerspenstige Deutschland als bestes Mittel zur Lösung der Tributfrage empfohlen.

Mit diesem Programm gewinnt die konservative Partei bei den Unterhauswahlen am 17. November 1922 346 Sitze, das bedeutet eine absolute Mehrheit von fast hundert Stimmen. Lloyd Georges Liberale schmelzen von 121 auf 54 Sitze zusammen, das Land hat ihn gerichtet. Die Arbeiterpartei steigt von 75 auf 135 Sitze hinaus. In der Zukunft erscheint schon der Tag, an dem sie berufen sein wird, die Konservativen und die Liberalen in der Leitung des britischen Empires abzulösen.

Die ersten Auswirkungen der neuen Verhältnisse in England werden darin liegen, daß England Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland läßt. England desinteressiert sich, weil es besiegt ist.

Das ist es, was Poincaré braucht.

Am 16. November 1922 übergibt Reichspräsident Ebert den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Dr. Cuno. Reichskanzler Cuno unternimmt den Versuch, ein „Kabinett der sachlichen Arbeit“ zusammenzustellen. Aber schon zwei Tage später muß er dem Reichspräsidenten mitteilen, daß die Forderungen, die einzelne Parteien als Preis für die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts stellen, ihm das Gelingen seiner sachlichen Arbeit unmöglich machen. Der Reichspräsident ruft die Parteiführer zu sich, wäscht ihnen den Kopf und bittet Cuno, seine Bemühungen dennoch fortzusetzen. So kommt schließlich doch noch ein Kabinett Cuno zustande, das sich am 24. November dem Reichstag vorstellt.

Auch die neue Regierung ist auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen, der Sache nach hat sich kaum etwas geändert. Das deutsche Volk und seine Regierung treten den nahenden Ereignissen mit keinerlei festem Programm entgegen, es bleibt alles von den Ereignissen selbst abhängig. Ausdrücklich nimmt der neue Reichskanzler als Grundlage seiner Politik die letzte Erklärung der vorausgegangenen Regierung an. Die ganze parlamentarische Verlegenheit kommt in der Vertrauensformel zum Ausdruck, der nach langem Hin und Her auch die Sozialdemokraten ihre Zustimmung erteilen und die weiter nichts besagt, als daß die Regierung „die Note an die Reparationskommission vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik macht“ und daß der Reichstag damit einverstanden ist. Das ist das Höchstmäß von Einigkeit und Schwungkraft, dessen das deutsche Parlament im Angesicht der offenen Vorbereitungen Poincarés fähig ist.

Vierzigtausend Franzosen stehen an der Schwelle des Ruhrgebietes, England hat sich zurückgezogen. Es ist nur eine Geste der Ratlosigkeit, wenn der neue Reichskanzler den englischen Ministerpräsidenten bittet, die Ordnung der Tributfrage auf Grund der letzten deutschen Note an die Reparationskommission mit größter Beschleunigung in die Hand zu nehmen. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Zwei Tage später trifft sie in Berlin ein. Die deutschen Vorschläge sind undiskutabel. England tritt ganz in den Sintergrund.

Reichskanzler Cuno geht einen Schritt weiter. Alles wiederholt sich mit schicksalhafter Gebundenheit. Zum drittenmal wendet sich Deutschland in letzter Not an die Vereinigten Staaten. Die Reichsregierung übermittelt Washington den Vorschlag, alle am Rhein interessierten Mächte, Deutschland, Frankreich, England, Italien und Belgien sollten sich zu treuen Händen der Vereinigten Staaten verpflichten, binnen dreißig Jahren ohne besondere Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen.

Mit einem plötzlichen Ruck schiebt die Reichsregierung die Sicherheitsfrage in den Vordergrund, um dadurch Frankreich aufzuhalten. Auch das bedeutet im gegenwärtigen Augenblick nur eine Geste der Verzweiflung. Auch die deutsche Regierung kann nicht im unklaren darüber sein, daß Poincaré augenblicklich an der Sicherheitsfrage nicht das geringste gelegen ist. Sein Ziel ist eindeutig und klar. Er will das Ruhrgebiet haben.

Poincaré tut einen einfachen Schachzug. Er verlangt, daß auch Polen in den Garantiepakt eingeschlossen werden müsse. Er weiß, daß eine solche Erweiterung des Pakts für keine deutsche Regierung annehmbar und tragbar ist. Der Schlag ist pariert, die Paktfrage erledigt.

Jetzt sind auch alle diplomatischen Mittel Deutschlands erschöpft. Poincaré weiß das, er hat diesen Augenblick erwartet. Seit Jahren hat er diesen Augenblick erwartet, seit dem Tage, an dem Frankreich den Versailler Vertrag unterschrieben, hat er ihn systematisch vorbereitet. In allen möglichen politischen Stellungen hat er gearbeitet, als Vorsitzender der Reparationskommission, als Parlamentarier, als Ministerpräsident. Keinen Tag lang hat er das Ziel aus dem Auge verloren, mochte er mit Lloyd George verhandeln, mochte er in den Akten der Reparationskommission wühlen, mochte er im Senat sprechen oder Kabinette stürzen, mochte er Zeitungsartikel schreiben oder draußen im Land Reden halten. Jede seiner Notizen an England, jede Anweisung an die Kontrollkommissionen, jede Mitteilung an Deutschland, jeder gesprochene und geschriebene Satz galt nur diesem einen Tag. Alles ist geregelt, die Aktenstücke sind in vorzüglicher Ordnung. Alles ist vorbereitet, dieser Kühle Fanatiker der Ordnung hat nicht das geringste vergessen. Wie es seiner Auffassung und seinem Charakter

entspricht, nimmt das ungeheuerste Ereignis nach dem Waffenstillstand von 1918 seinen äußeren Anlaß in einer Bagatelle.

Die Reparationskommission stellt am zweiten Weihnachtsfeiertage des Jahres 1922 fest, daß Deutschland im Laufe des vergangenen Jahres zu wenig Holz und Telegraphenstangen geliefert habe. Die Kommission stellt des weiteren mit Stimmenmehrheit fest, daß es sich hier um eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands im Sinne des Anhang II Paragraph 17 des Versailler Vertrages handele.

Entsetzt und empört ruft der englische Vertreter, der das Kommende weiß: „Das ist eine lumpige Anklage, sie ist nur als Vorbereitung für etwas anderes vor die Kommission gebracht worden! Niemals seit dem trojanischen Krieg hat das Holz im Schicksal der Völker eine so furchtbare Rolle gespielt!“

Es geht alles genau nach Ordnung und Vorschrift. Die Reparationskommission teilt den alliierten Regierungen die Tatsache der vorsätzlichen deutschen Verfehlung mit.

Die deutsche Regierung protestiert und erklärt sich bereit, den Gegenwert des angeblich zu wenig gelieferten Materials sofort in bar zu entrichten. Poincaré hört nicht darauf.

Der Oberste Rat eilt nach Paris. Zwischen dem 2. und dem 4. Januar 1923 finden einige erregte Sitzungen statt. Engländer und Italiener versuchen, Poincaré noch einmal zurückzuhalten. Sie stoßen auf Granit. Es ist alles geordnet, es ist alles geregelt, es steht alles in den Akten.

Bonar Law legt dem Obersten Rat einen eigenen Reparationsplan vor. Zu spät. Poincaré lehnt ab. Es gibt keine Verminderung der deutschen Gesamtschuld, es gibt kein Moratorium, es gibt nur produktive Pfänder. Vierzigtausend französische Soldaten stehen bereit.

Bonar Law steht auf und weist in aller Form für England jegliche Verantwortung an dem Kommenden zurück. Poincaré schweigt. Bonar Law reißt ab.

Einen Tag später, am 5. Januar 1923, beschließt der französische Ministerrat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten einstimmig, das Ruhrgebiet zu besetzen.

Auch jetzt noch triumphieren Ordnung und Bürokratie in diesem starren Gehirn. Poincaré teilt der deutschen Re-

gierung mit, daß Frankreich eine Abordnung von Ingenieuren und Beamten in das Ruhrgebiet entsenden werde, deren Aufgabe in der Sorge für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen bestehe. Zum persönlichen Schutz und zur Sicherung ihrer Arbeit seien der Abordnung auch militärische Abteilungen beigegeben.

Vierzigtausend Franzosen marschieren mit Tanks, Fliegern, Kavallerie und schwerem Geschütz. Die Rheinbrücken dröhnen, die Marseillaise klingt. Es sind auf den Tag genau drei Jahre verstrichen seit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrags.

Gewalt

Alle Räder stehen still

Generale, Tanks und Soldaten gegen Fabrikshornsteine. — Passiver Widerstand. — Vertragsbruch der Rheinlandkommission. — Die deutsche Polizei. — Reitpeitschen, Kriegsgerichte und Ausweisungen. — Raub und Plünderung. — Der blutige Ostertag in den Kruppwerken. — Albert Leo Schlageter. — Statistik des Wahnsinns.

Der französische Botschafter in Berlin ersucht am 10. Januar 1923, nachmittags 4 Uhr, den deutschen Außenminister im Auftrage seiner Regierung, Deutschland möge alles tun, um die friedliche Tätigkeit der französisch-belgischen Ingenieurmission im Ruhrgebiet zu erleichtern und die Anwendung von Gewalt zu ersparen. Der deutsche Außenminister legt gegen den geplanten Schritt der französischen und belgischen Regierung in aller Form Verwahrung ein. Er bezeichnet diesen Schritt als einen Bruch der Verträge, der Deutschland vor eine ganz neue Lage stelle.

Der Botschafter zieht sich zurück. Reichskanzler Cuno ergreift sofort im Reichstag das Wort. Deutschland hat alles getan, um das Unglück zu vermeiden, das jetzt seinen Anfang nimmt. Offenkundig verletzen Frankreich und Belgien die Bestimmungen des Versailler Vertrages und nehmen den Kampf wieder auf. Aktive Gegenwehr ist dem deutschen Volke versagt, man hat ihm seine Waffen zerschlagen. Aber der neue Kampf trifft Deutschland nicht willenlos.

Noch am gleichen Tage werden der deutsche Botschafter in Paris und der Gesandte in Brüssel von ihren Posten abberufen. Eine Protestnote wird an alle Regierungen abgesandt, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben. An Frankreich und Belgien geht die Erklärung, daß Deutschland während der Dauer des Rechtsbruches weder in bar noch in Sachlieferungen irgendeine Zahlung leisten wird. Das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat entzieht sich dem feindlichen Zugriff durch Übersiedelung nach Hamburg. Alle Beamten des besetzten Gebietes werden zum passiven Widerstand aufgerufen. Kein Eisenbahner darf einen französischen Militärzug führen, kein Postbeamter eine feindliche Nach-

richt befördern, kein Bürgermeister darf den feindlichen Requisitionen Folge leisten. Alle Räder müssen stillstehen, wohin die Hände der Feinde greifen.

Es ist die Nacht zum 11. Januar, die Schicksalsnacht. Fünf kriegsstarke französisch-belgische Divisionen sind alarmiert. Negerbataillone, an hundert Tanks, zweihundert Flugzeuge, Unmengen schwerer Artillerie sind in den letzten Wochen an der Grenze des Ruhrgebiets zusammengezogen worden. Gegen wen? Gegen ein Land, das nicht von einem einzigen Soldaten, nicht von einem einzigen Gewehr verteidigt wird.

Am Abend wird der Vormarsch angetreten. Ein halbes Dutzend Heersäulen schiebt sich vorwärts. Patrouillen voraus, dann die Vorhuten, Tankabteilungen, Kavallerie, leichte Artillerie. Dann die Infanterieregimenter. Jeder Mann trägt seine hundertfünfzig Patronen, die Gewehre sind geladen, die Vorposten gehen schussfertig. Die schweren Geschütze rasseln.

Es fällt kein Schuß.

Sie umzingeln die Städte, sie traben durch die Dörfer und beobachten jedes Fenster, aus dem Lichtschimmer dringt. Sie rufen ihre Befehle, sie versammeln sich, sie besetzen jedes Postamt und jeden Bahnhof, sie schneiden Telephonleitungen und Kabel durch, sie verhaften Geiseln und verlangen Quartier. Es ist ein furchtbarer Spuk, der sich da mitten in der Nacht ereignet.

So geht das unsichtbar vorwärts durch die trübe Dunkelheit. Die Hochofen glühen wie immer. Die Arbeiterschaft drinnen weiß noch nichts von den Posten im flachen Stahlhelm und den leichten Maschinengewehren, die sich draußen vor dem Zechentor aufstellen. Die Züge fahren noch, hell erleuchtet. Die großen Schnellzüge kommen von Berlin nach dem Westen über donnernde Gleise und aufschreiende Weichen. Die Leute drinnen, verträumt hinter den Scheiben, die Schläfer in den Schlafwagen ahnen nichts von dem Spuk in der Dunkelheit.

Im Morgengrauen des 11. Januar klappern auf den grauen Straßen von Essen und Gelsenkirchen die Hufe französischer Pferde. Kavallerie trabt mit quer über den Sattel gelegtem schussfertigen Karabiner an den Straßenbahnen vorüber, die plötzlich stehenbleiben. Infanteriekolonnen

folgen, schmutzig und übernünftig von den langen Märschen, Feldklüchen, Bagagen, hohe Stäbe in Automobilen.

Die Straßen sind noch fast leer. Hier und da gehen Arbeiter zu ihrer Schicht. Autodroschken müssen anhalten. Am Bahnhof können die Leute die Bahnsteige nicht verlassen, auf denen die Vorortzüge wie sonst eintreffen. Es staut sich und drängt sich, niemand weiß, was eigentlich los ist. Alle Treppen, alle Wartesäle, alle Bahnsteigaufgänge sind voll von blaugrauen Gestalten. Sie hocken auf ihren Tornistern, sie frieren und schauen um sich. Sie rauchen Zigaretten und führen Gespräche miteinander, indem sie neugierig auf die Boches und ihre Einrichtungen zeigen.

Um die gleiche Zeit wird ganz kriegsmäßig die Riesenanlage des Kruppwerkes umzingelt und abgeriegelt. Krupp ist erobert! Die französischen Zeitungen werden sich am Mittag überschlagen vor Jubel. Endlich ist die deutsche Waffenschmiede in französischer Hand. Die Morgenschicht der Arbeiterschaft kommt an die Werktoore. Französische Offiziere ziehen ihre Wachtposten sofort ein Stück zurück. Man ist ungeheuer zuvorkommend und höflich, man weiß schon, daß jetzt alles von dem Verhalten der Arbeiter abhängen wird, man besitzt wohlvorbereitete Instruktionen, daß man sich auf jeden Fall mit der Arbeiterschaft gut zu stellen hat, jede Provokation ist zu vermeiden. Die Arbeiter verschwinden verdrossen in den Toren.

Im Wohnsitz der Familie Krupp, in der Villa Hügel, bezieht der Kommandierende französische General sein Quartier. Den Unternehmern und Werkbesitzern gegenüber lassen sie sich nichts nehmen, sie vergessen keine einzige Geste, mit der sie ihren Triumph auskosten können.

☆

So wird es langsam Tag. Und als es hell geworden ist, da ist es Wahrheit — alle Räder stehen still.

In den Straßen, durch die der Marsch der Eindringlinge geht, sind die Kaufläden geschlossen. Die Eisenbahnzüge, deren sie sich bedienen wollen, bleiben auf offener Strecke stehen. Die Geizer löschen die Feuer unter den Kesseln, das Personal geht fort. Die Bahnhöfe, auf denen ihre Posten Aufstellung nehmen, veröden in einer halben Stunde. Hier und da läuft noch von draußen ein Zug ein.

Die Passagiere verlassen stumm die Wagen, die Bahnsteige, die Bahnhöfe. Das Personal rangiert die leeren Züge auf die Abstellgleise und geht fort. Dann ist alles tot. Die Postämter, in die sie eindringen, stellen die Arbeit ein. Von Raum zu Raum geht die Welle des Erstarrens und löscht alles Lebendige aus. Die Morseapparate hören auf zu ticken, die Telephonanschlüsse verstummen, es kommt kein Telegramm, kein Brief, keine Postkarte mehr.

Die Eindringlinge suchen Quartier. Sie sind müde von der Nacht, hungrig und gereizt. Sie dringen in die Schulen, wo gerade der Unterricht begonnen hat. Lehrer und Schüler gehen schweigend hinaus. Die Soldaten verlangen Strohsäcke zum Schlafen, Kohlen und Holz zum Heizen. Keine Hand rührt sich. Sie gehen in die Zechen, dort sind Kohlen genug, ganze Berge der schwarzen Diamanten sind aufgetürmt. Sie fordern Arbeiter zum Beladen ihrer Wagen, sie bieten Requisitionscheine an. Keine Schaufel, kein Arm, keine Miene rührt sich. Sie müssen sich selbst den Raub zusammenscharren. Solange sie sich auf der Zeche aufhalten, ruht die Arbeit. Die Fremdlinge erklären, sie seien die Freunde der Arbeiter, sie wollten ihnen helfen, sich vom Joch der kapitalistischen Ausbeuter zu befreien, sie bekämpften lediglich die Zechenbesitzer, sie seien die natürlichen Verbündeten der Arbeiter gegen ihre Expresster. Anschläge werden angeklebt. Die Arbeiter verlassen die Betriebe, die Maschinen halten in der Bewegung ein und erstarren. Alles, was die Fremdlinge anfassen, ist tot.

Patrouillenkommandos gehen zu den Bürgermeister. Es muß sofort Abhilfe geschaffen werden, andernfalls werden im großen Umfange Geiseln verhaftet. Die Bürgermeister haben die Bevölkerung aufzufordern, daß sie den Eindringlingen Hilfe leistet. Die Bürgermeister erwidern, weder ihr Pflichtgefühl noch der Gehorsam, den sie ihren vorgesetzten Behörden schuldig seien, erlaubten ihnen ein solches Verhalten. Sie lassen sich abführen. Die Gefängnisse beginnen sich schon am ersten Tage zu füllen. Die Kriegsgerichte machen sich bereit.

Wut sammelt sich auf beiden Seiten. Kalte Wut bei den Deutschen, die ihre Faust nur in der Tasche ballen dürfen. Lärmende Raserei bei den Eindringlingen, die vergeblich versuchen, den Trotz dieser Boches zu brechen. Belage-

rungszustand wird verhängt. Der Kommandierende General der Franzosen, Degoutte, einst im Kriege tapferer Armeeführer, verbietet alle Zusammenrottungen auf der Straße, stellt jeden Widerstand gegen französische Befehle unter grausame Strafen, kündigt rücksichtslosen Gebrauch der Waffe auch gegen Wehrlose an.

Es hilft nichts. Die Wasserwerke sperren ihre Zuleitungen zu den Gebäuden, in denen die Fremden sich einnisten. Die Zeitungen stellen ihr Erscheinen ein, wenn von ihnen verlangt wird, daß sie Befehle der Franzosen veröffentlichen. Das elektrische Licht verlöscht geheimnisvoll in ganzen Stadtteilen, in denen die Truppen kasernieren. Telephondrähte werden von unsichtbarer Hand durchschnitten. Immer mehr Zechen liegen still. Immer mehr Fördermaschinen erstarren. Immer mehr Hochofen werden ausgelöscht. Breit zieht jetzt die Welle der Erstarrung durch das Land.

General Degoutte verschärft den Belagerungszustand. Die Gefängnisse bersten schon vor Fülle. Die Wut wächst unheimlich. Auf den Straßen werden Deutsche mit Peitschenhieben über das Gesicht geschlagen, wenn sie französische Offiziere nicht grüßen. Zivilisten werden mit Kolbenhieben traktiert, weil sie nicht schnell genug ausweichen und den Bürgersteig verlassen. Die deutschen Patienten werden aus den Krankenhäusern geworfen, die Häuser werden beschlagnahmt. Immer neue Truppen rücken an.

Es wird geplündert und gestohlen. Juwelierläden werden ausgeräumt, Zuckerwarengeschäfte gestürmt. Auf den Straßen wird immer mehr mit der Peitsche gearbeitet, es wird eine Mode daraus. In den Gefängnissen herrschen Roheit und Sadismus. Man stiehlt den Gefangenen ihre Wertsachen und reißt ihnen die Kleider vom Leibe. Man peitscht sie beim Verhör durch und stellt sie stundenlang mit dem Gesicht zur Wand, wenn sie die Fragen der Dolmetscher nicht beantworten. Man tritt sie nackt mit Stiefelabsätzen und sperrt sie in feuchte lichtlose Keller. Man gibt ihnen kein Geschirr, um ihre Notdurft zu verrichten, und verhöhnt sie dazu. Man reicht ihnen stinkendes, verdorbenes Wasser und schlägt ihnen die Zähne ein.

Die Wut wächst von Tag zu Tag.

Am 15. Januar zieht über die Königsallee von Bochum

ein halbes Tausend Menschen. Sie singen vaterländische Lieder. Sie haben keine Waffe, kein Recht, keinen Schutz, gar nichts — sie können nur noch marschieren und singen.

Sie kommen an der Reichsbankdirektion vorüber, in der die Franzosen gerade die Kassenschränke bearbeiten. Es wird nicht gerufen und nicht Halt geboten, es ist auch nichts zu sehen von den Franzosen. Plötzlich peitschen Maschinengewehrsalven durch die Straße. Ein Toter und zwei Schwerverletzte liegen auf dem Pflaster. Sinton wird immer noch gesungen.

Die Wut wächst unheimlich.



Ende Januar ist das ganze Ruhrgebiet vom Reich abgetrennt und hermetisch abgeschlossen. Posten steht neben Posten, keine Maus kann hinüber und herüber, wenn sie den Fremden nicht gefällt.

Die Rheinlandkommission in Koblenz dehnt den Kampfbezirk über das ganze besetzte Gebiet aus. Die Engländer verhalten sich neutral. Die Italiener, die ihre Ingenieure schleunigst aus dem Ruhrgebiet zurückgerufen haben, begnügen sich mit dieser Geste, sie sehen keinen Anlaß, mehr zu tun als die Engländer. Die Amerikaner verlassen am Tage des Ruhreinbruchs den von ihnen bisher besetzten Koblenzer Streifen, sie wollen nichts mit der Sache zu tun haben, sie fahren nach Hause. Die Franzosen besetzen an ihrer Stelle auch Koblenz. Sie können sich nichts Besseres wünschen, als daß ihnen die Amerikaner in diesem Augenblick Platz machen, jetzt können sie ganze Arbeit leisten. Die Engländer fassen ihre Neutralität so auf, daß sie zwar in London erklären, der Einmarsch ins Ruhrgebiet widerspreche dem Versailler Vertrag, daß sie aber gleichzeitig den Franzosen in Köln jegliche Benutzung der von ihnen besetzten Zone für den Nachschub von Truppen und Material gestatten. Wir dürfen die Schwierigkeiten unseres Verbündeten nicht noch vermehren, sagen die englischen Minister achselzuckend.

Am 18. Januar holt die Rheinlandkommission zum ersten Schlage aus. Sie beschlagnahmt die deutschen Zölle zwischen dem besetzten Gebiet und den westlichen Nachbarn Deutschlands. Sie übernimmt die Zollerhebung selbst und erklärt,

daß von jetzt an die deutschen Zollbeamten und sämtliche Beamten der Reichsfinanzverwaltung nur noch den Befehlen der Rheinlandkommission, nicht mehr den Befehlen der deutschen Regierung zu gehorchen hätten. Sie erläßt weiter eine Verordnung, daß alle Einnahmen aus staatlichem Forstbesitz, aus Kohlenbergwerken und Staatsbetrieben von nun an der Rheinlandkommission gehören. Sie ruft ein Heer französischer Beamter ins Land, die jenseits der Grenze schon bereitgehalten worden sind, und setzt sie den Deutschen als ihre neuen Herren in die Büros. Sie zerbricht bedenkenlos alle Schranken ihrer vertraglichen Bestimmung, sie vergift, daß sie zur Sicherheit und zur Ordnung berufen wurde und nicht zur Organisation von Raub, Treubruch und Plünderung. Sie läßt, um ihren Beamten Raum zu schaffen und um die deutsche Beamtenschaft ihrer Führer zu berauben, von oben anfangend alle hohen deutschen Beamten aus dem besetzten Gebiet hinauswerfen. Sie macht das Land reis für noch dunklere Mächenschaften, die später ans Licht treten sollten und deren Fäden damals schon bei der Rheinlandkommission zusammenliefen.

Zahlreiche Zechenbesitzer, unter ihnen Fritz Thyssen, verweigern die Ausführung der völkerrechtswidrigen Befehle der Rheinlandkommission. Sie werden verhaftet und in Düsseldorf Gefängnisse verschleppt, ihre Zechen werden besetzt, die Arbeiter stellen die Arbeit ein. Die Verhafteten werden nach Mainz gebracht und kriegsgerichtlich abgeurteilt. „Zu ehrlosen Handlungen gegen mein Vaterland lasse ich mich nicht zwingen“, sagt Fritz Thyssen. Draußen singen Tausende vaterländische Lieder. Das Urteil lautet auf Zahlung einer Million Goldfranken. Sie vermeiden es noch, die Führer des Kohlenreviers einzuferkern, es kommt ihnen aufs Geld an, man muß die Pfänder produktiv machen. Alles steht unter diesem Gesichtspunkt, auch die Arbeit der Kriegsgerichte. Thyssen und die anderen Industriellen kehren, jubelnd von der Bevölkerung begrüßt, ins Revier zurück.

Kein Stück Kohle darf aus dem Ruhrrevier in das freie Deutschland hinüber. Französische und belgische Posten durchschnüffeln jeden Sack nach schwarzen Diamanten. Kein Stück Kohle kann nach Westen das Revier verlassen. Die Eisenbahnen liegen still, die Fremden können sich noch so

verzweifelt bemühen. Sie richten nur Zerstörung an, der Mechanismus gehorcht ihnen nicht.

Das unbesetzte Deutschland muß den Kohlenverbrauch drakonisch einschränken, weil von der Ruhr keine Kohle mehr kommt. Der Zugverkehr wird weitgehend gedrosselt. Wo es nicht anders geht, muß englische Kohle eingeführt werden. Die Engländer sind schon vergnügt im Geschäft. Der fünfte Teil aller Personenzüge, zwei Fünftel der Schnellzüge werden eingestellt. Reisen darf nur noch, wer es unbedingt muß.

Die Rheinlandkommission läßt die Städte Offenburg und Appenweier am Schwarzwald besetzen und nennt es Strafe für die Einstellung der internationalen Schnellzugsverbindungen durch Deutschland. In Wahrheit will sie mit dieser Maßnahme nur die innerdeutsche Bahnlinie Basel-Frankfurt in ihre Hand bringen.

Die deutsche Presse im besetzten Gebiet wird geknebelt und erdrosselt, kein Vorwand ist dürftig genug. Der Zweck ist einfach und brutal. Man muß die Deutschen im besetzten Gebiet von allen Nachrichten aus dem unbesetzten Deutschland abschneiden. Man muß sie isolieren und in ihnen das Gefühl wecken, als lasse das Reich sie im Stich. Man muß sie durch Betrug mit deutsch gedruckten französischen Blättern zermürben. Man muß diesen verhassten Boches, die sich zu widersetzen wagen, die Wurzeln ihrer Kraft abschneiden, bis sie zu Kreuze kriechen. Sie müssen hungern, verarmen, verzweifeln, ihre Familien müssen auseinandergerissen werden, ihre Daseinsgrundlagen zerstört, sie dürfen nichts mehr zu nagen und nichts mehr zu beißen haben — es sei denn, daß sie geflügig sind.

Es hat alles keinen Zweck. Die Wut schwillt an.



Es hilft nichts? Dann muß eben noch ganz anders vorgefahren werden.

Das Schlimmste sind die Eisenbahnen. Bis Mitte Februar haben die Franzosen im ganzen zehn Waggons Kohlen aus dem Ruhrgebiet abfahren können. Es geht nicht ohne die Eisenbahn, auch der militärische Nachschub ist ohne sie nicht mehr zu bewältigen. Die Rheinlandkommis-

sion erläßt eine Verordnung, die jeden deutschen Eisenbahner, der sich nicht fügt, mit Zuchthaus und Deportation nach Frankreich bedroht. Kein Rad setzt sich in Bewegung.

Nun denn, dann müssen sie eben vertrieben werden. Die Rheinlandkommission ruft Tausende von französischen und belgischen Eisenbahnern in das ihr anvertraute Land, sie läßt die deutschen Beamten hinauswerfen und nach dem unbefetzten Deutschland abschieben. Binnen vierundzwanzig Stunden sind die Wohnungen zu räumen, aller Hausrat muß zurückbleiben, willkommene Einrichtung für die Fremdlinge. Es gibt keine Ausnahme. Kranke Säuglinge? Hochschwängere Frauen? Fieberkranke? Sinaus damit, es ist ja eure eigene Schuld, warum habt ihr euch nicht zur Arbeit gemeldet?

Es hilft immer noch nichts. Wozu vierundzwanzig Stunden Zeit zur Räumung der Wohnungen? Zwei Stunden genügen vollauf. Zwei Stunden? Das ist viel zu lang. Jetzt kommen Kommandos von Infanteristen, von Spahis, von Senegalesen — zehn Minuten, sie stehen dabei und helfen nach!

Aber davon fahren die Lokomotiven noch nicht, davon bewegen sich nicht die Stellwerke und die Weichen, davon rollt noch kein Waggon. Es wird eine gräuliche Verwirrung im deutschen Eisenbahnnetz angerichtet, das einstmals das Komplizierteste und verkehrsreichste der ganzen Welt gewesen. Es fahren wilde Züge und richten Unheil an, es gibt Zusammenstöße und Trümmerhaufen. Als endlich die ersten Züge langsam rollen, beginnen sie auch schon wieder zu stehlen. Das rollende Material ganzer Bahnhöfe wird nach Frankreich und Belgien gebracht, auf Nimmerwiedersehen, die Gelegenheit ist allzu günstig.

Das Nächstschlimmste ist die deutsche Polizei. Sie ist den Franzosen im Wege, sie bekümmert sich nicht um ihre Befehle, sie tut ihre schwere Pflicht, ohne sich aus der Ruhe bringen zu lassen. Die Polizei ist der letzte Rückhalt der deutschen Verwaltung, sie muß fort, wenn der französische Weizen blühen soll.

Die Polizisten werden systematisch bis aufs Blut ge reizt durch schikanöse Befehle. Französische Soldaten provozieren jeden einzelnen Beamten, ihre Offiziere tun sich besonders dabei hervor. Aber die Beamten tun weiter ihren

Dienst. Es findet sich kein Vorwand, um gegen sie vorzugehen.

Dann muß eben ein Vorwand geschaffen werden. Die staatliche Polizei ist aufzulösen, befiehlt General Degoutte, sie hat in diesem Gebiet, in dem die vollziehende Gewalt von unseren Soldaten ausgeübt wird, nichts mehr zu suchen. Mit der Stadt Essen wird der Anfang gemacht. Die Beamten werden umstellt, entwaffnet, in Züge zusammengepackt und ins unbefetzte Gebiet abgeschoben. Auf Essen folgt Gelsenkirchen. Ein Regiment Infanterie rückt ein und entwaffnet die Polizeimannschaft. Unter rohen Stößen und Mißhandlungen werden die Wehrlosen in die Züge getrieben. Dortmund kommt dann an die Reihe. Überall werden Truppenmassen aufgeboten, als handle es sich um einen Feldzug. Überall kommt es zu scheußlichen Roheitsakten. Ende März ist die staatliche Polizei aus dem ganzen Revier verschwunden. Die Rheinlandkommission ist ihren dunklen Bestrebungen einen großen Schritt nähergekommen.

Das dritte sind die Banken. Man muß die Deutschen vom Geldstrom aus dem Reich abschneiden, damit sie durch Hunger kuriert werden. Listig gehen sie auf Raub aus. Ihre besten Kriminalisten werden herbeigerufen, um sich zu versuchen. Bald wird der erste Coup gelandet. Aus dem Berlin-Kölner Schnellzug werden dreizehn Milliarden Papiermark und dreihundert Platten zur Herstellung von Reichsbanknoten herausgefischt. Wenige Tage später wird die Duisburger Reichsbankstelle um eine Milliarde erleichtert. Sie schrabbten das Geld aus den Schubladen zusammen, mit vorgehaltenem Revolver werden die Beamten zur Herausgabe der Schlüssel gezwungen. Mitte Mai sind auf diese saubere Art dreißig Milliarden Papiermark zusammengebracht. Später gelingt der Hauptcoup dieser Serie mit dem Fund von zweiundfünfzig Milliarden in Dortmund. Es geht im Großen wie im Kleinen. Nicht die bescheidenste Reichsbanknebenstelle irgendwo auf dem Lande wird verschmäh't. Es geht bei Tag und bei Nacht, mit Dietrich, Taschenlampe und Revolver. Es ist eine greuliche Verwirrung kultureller Begriffe, bei der die angeblichen Güter der Ordnung den Spitzbuben den Rang im Handwerk ablaufen.

Es hilft nichts, es hilft immer noch nichts. Es sind schon

fast zwei Monate verstrichen, und es ist noch kein Gewinn erzielt worden. Alle Räder stehen still. Die Wut wächst, die Wut wächst unheimlich.



Die Wut schwillt himmelan.

Am 10. März werden zwei französische Offiziere in der Stadt Buer von unbekanntem Tätern erschossen. Ein deutscher Kriminalbeamter wird von einem polnischen Arbeiter als Täter denunziert. Der Beamte, der Nachricht von der Denunziation bekommen hat, flüchtet zu einem Kameraden. Beide werden verhaftet und unter brutalen Mißhandlungen ins Gefängnis geschleppt.

Gestehst du, deutsches Schwein?

Der Beamte kann nachweisen, daß er zur Zeit der Tat eine Stunde vom Tatort entfernt war.

Man hört gar nicht auf ihn. Eine Stunde lang werden die beiden Deutschen mit Peitschen geschlagen, ihr Blut fließt vom entblößten Rücken. Es geht nicht schnell genug. Die rohe Soldatenmeute nimmt ihre Gewehrkolben zu Hilfe. Endlich sind die Opfer erledigt. Ihre Körper sind kaum noch wiederzuerkennen.

Am nächsten Morgen kommt die Bevölkerung von Buer aus der Kirche. Ein Trupp von Soldaten wirft sich unter die Leute, mit Reitpeitschen und Kolben werden sie schreiend auseinandergetrieben, Männer, Frauen, Kinder. Ein Arbeiter wird erschossen. Passanten werden aus den Wagen der Straßenbahn gezerrt und mit Bajonetten gestochen. Nachts ziehen französische Patrouillen durch die Straßen und schießen ohne Warnung in die Fenster, hinter denen Licht brennt. Der Oberbürgermeister wird als Geißel verhaftet, man droht ihm mit Erschießen. Im Gymnasium haben Schüler vaterländische Lieder gesungen, als Franzosen draußen vorübermarschieren. Die Soldateska stürmt die Schule und traktiert die Jungens mit Kolben und Peitsche. Sie werden wie Vieh mit ihren Lehrern auf dem Schulhof zusammengetrieben. Der Direktor wandert ins Gefängnis und vor das Kriegsgericht.

Am Ostersamstag, morgens um sieben Uhr, rückt ein starkes französisches Kommando zu den Kruppwerken und

befetzt einen Teil davon. Lastautomobile sollen geraubt werden, um den Transportbedürfnissen der Armee zu genügen. Alle verfügbaren Wagen werden fortgeschleppt. Aber man kann auch Personenwagen gebrauchen, vorzügliche Typen stehen dort. Ein Offizier und elf Mann bleiben zurück, um den Raub zu bewachen, bis technisches Personal eintrifft, um ihn fortzuführen.

Um neun Uhr heulen die Sirenen der Kruppwerke. Es ist ein ohrenbetäubender Lärm. Sie heulen ohne Aufhören, eine ganze Stunde lang. Die Arbeiter verlassen die Maschinen und die Gassen. Die Erstarrungswelle dehnt sich aus. Alle Räder stehen still.

Vor der Halle, in der die Franzosen ihren Raub behüten, sammeln sich die Arbeiter. Es werden ihrer immer mehr, sie nehmen eine drohende Haltung ein. Die Wut der Menge, das Geheul der Sirenen, der zischende Dampf einer Lokomotive fallen dem französischen Offizier auf die Nerven, er glaubt sich bedroht. Er gibt den furchtbaren Befehl, mitten in die Masse der wehlosen Arbeiter zu feuern. Er läßt auch nicht abstoppen, als die Arbeiter nach allen Seiten auseinanderlaufen. Elf Tote und dreißig Verletzte sind das Ergebnis.

Das französische Oberkommando handelt sofort. Es weiß, hier muß rasche Arbeit geleistet werden, wenn man der öffentlichen Meinung zuvorkommen will. Noch am gleichen Tage werden vier Mitglieder der Kruppschen Werkleitung verhaftet und eingekerkert. Man wird ihnen den kriegsgerichtlichen Prozeß machen, man wird ihnen durch einen scheußlichen Mißbrauch der Justiz die Schuld zuzuschieben versuchen. Später wird Krupp von Bohlen und Salbach selbst verhaftet.

Die Erregung über diesen Massenmord ist ungeheuer. Aber die französische Justiz handelt konsequent. Im Mai werden Krupp und seine neun Mitangeklagten zu insgesamt hundertfünfundvierzig Jahren Gefängnis und hundert Millionen Mark Strafe verurteilt. Keine Hand regt sich gegen diesen Schandspruch. Sechs Monate haben die Verurteilten in feuchten Kerkern zubringen müssen, bis der Wahnsinn ein Ende nahm.

Genug der Mißhandlungen? Genug der Fußtritte und Peitschenhiebe? Wird sich die Welt nicht erheben gegen diese Barbarei mitten im Frieden? Wird durch das Deutsche Reich nicht ein einziger wilder Schrei hallen? Werden die Männer von drüben nicht herübereilen und, dem Zwiespalt im Innern und dem Schwanken der Regierenden zum Trotz, die geballten Fäuste aus der Tasche ziehen?

Der Gipfel der Tragödie wird bald erreicht.

Heimlich kommen einzelne herüber. Irgendwo in den Winkeln des deutschen Reiches sitzen sie, die es nicht overwinden können, was geschieht, und die niemals still zusehen konnten, wenn es um deutsches Schicksal ging. Sie haben im Baltikum ihre Haut für einen deutschen Traum zu Markte getragen. Statt Dank haben sie Verachtung, Verleumdung und Verfolgung geerntet. Sie haben dreimal die Regierung aus den kommunistischen Wirren herausgehauen. Die Regierenden haben sie dafür in die Gefängnisse geworfen. Sie sind, kaum den Gefängnissen entronnen, nach Oberschlesien geeilt und haben ihre Leiber gegen die Polen eingesetzt. Das Vaterland hat ihnen durch neue Verfolgung gelohnt. Man hat sie in Prozesse verwickelt, weil sie in rauher Zeit gegen Verräter das Mittel der Selbsthilfe angewendet. Man verurteilt sie zu Zuchthaus und zum Tode und verweigert ihnen die Amnestie, die man jedem kommunistischen Spitzbuben gewährt. Sie sitzen in den Winkeln des Reiches, niemand will sie, niemand nimmt sich ihrer an. Sie sind ausgestoßen, und die Regierung nennt sie eine öffentliche Gefahr, eine Bande von Verbrechern.

Was ist aus ihnen geworden?

Im Ruhrgebiet, wo die Franzosen sich um den Raub der Kohlen mühen, entgleisen Eisenbahnzüge. Unsichtbare Sände lähmen den Verkehr. Kanalschleusen werden gesprengt. Die Franzosen verschärfen den Druck auf die Bevölkerung. Neue Züge mit geraubtem Gut gehen in Trümmer. Kundgebungen werden veröffentlicht, brutale Strafmaßnahmen angedroht. Die fremden Räuber geraten in fieberhafte Unruhe. Sie werden unsicher, sie fürchten sich, sie müssen ihre Wachen verdoppeln und verdreifachen. Un-

heimlich bewegt sich die mißhandelte Erde unter ihren Füßen.

Anfang Mai gelingt den Fremden ein guter Fang.

Sieben junge Deutsche stehen vor dem französischen Kriegsgericht zu Düsseldorf. Alle sind aus dem unbefetzten Gebiet herübergekommen. Ihr Führer heißt Albert Leo Schlageter, aus Lörrach in Baden gebürtig. Er zählt achtundzwanzig Jahre. Er ging 1914 von der Schulbank fort als Kriegsfreiwilliger ins Feld. Er machte den ganzen Krieg mit und wurde Offizier. Er focht im Baltikum und in Oberschlesien für sein unglückliches Vaterland. Nachher verfolgten ihn die preußischen Behörden und erließen, als sie seine nicht habhaft wurden, einen Steckbrief hinter ihm her, wie es bei Verbrechern und Spitzbuben geschieht. Der preußische Steckbrief und bestochene Denunzianten lieferten Schlageter an die Franzosen.

Die sechs sind angeklagt, weil sie im Ruhrgebiet den deutschen Behörden Nachrichten über die Pläne und die Bewegungen der Franzosen übergeben, weil sie auf Angehörige der Besatzungsarmee Anschläge verübt, weil sie Eisenbahngleise gesprengt haben. Das Urteil gegen Albert Leo Schlageter lautet auf Tod durch Erschießen.

Schlageter hört den Spruch ruhig an. Er hat es vorher gewußt, die Kette seines Schicksals ist geschlossen. Er ist seit zehn Jahren an den Umgang mit dem Tod gewöhnt. Die Kugeln und Granatsplitter draußen haben ihn verschont, die Schüsse der Revolutionäre im eigenen Land sind an ihm vorübergegangen — der Steckbrief des Vaterlandes hat es endlich erreicht, er wird auf einem Sandhaufen mit verbundenen Augen sterben.

Dies schreibt er aus der Zelle an seine Eltern: „Hört das letzte, aber wahre Wort Eures ungehorsamen und undankbaren Sohnes und Bruders. Von 1914 bis heute habe ich aus Liebe und reiner Treue meine ganze Kraft und Arbeit meiner deutschen Heimat gewidmet. Wo sie in Not war, dorthin zog es mich, um zu helfen. Das letzte Mal hat mir gestern mein Todesurteil gebracht . . . Wie alle andern Leute über mich urteilen mögen, denkt Ihr doch wenigstens nicht schlecht von mir, bemüht Euch, das Gute zu sehen, das ich gewollt habe. Das ist alles, was ich in diesem Leben noch verlange . . .“

Am 18. Mai verwirft das Kriegsgericht die eingelegte Revision. Vergeblich protestiert die Reichsregierung in Paris gegen die Ungesetzlichkeit des Urteils. Es erfolgt keine Antwort.

Am 26. Mai wird Schlageter mitten in der Nacht in seiner Zelle geweckt. Man teilt ihm mit, daß am heutigen Morgen das Urteil vollstreckt wird. Schlageter verlangt Zettel und Bleistift und schreibt mit festen Zügen: „Liebe Eltern! Nun trete ich meinen letzten Gang an. Also denn auf ein frohes Wiedersehen im Jenseits!“

Fünf Minuten sind für Beichte und Kommunion bewilligt. Der französische Offizier fragt nach dem letzten Wunsch. Eine Zigarette. Im verhängten Automobil geht's durch die noch schlafende Stadt nach dem Exerzierplatz auf der Holzheimer Heide.

Ein Steinbruch liegt da. An seinem Rand ist eine Grube aufgeworfen, vor der Grube ist ein Pfahl in den Boden gerammt. Eine französische Infanterieabteilung steht unter Gewehr. Schlageter gibt seinen beiden Verteidigern die Hand. Man führt ihn an den Pfahl und bindet seine Arme fest. Ein französischer Sergeant drückt den Aufrechtstehenden mit Gewalt in die Knie. Das Detachement legt die Gewehre an. Schlageter macht eine mächtige Anstrengung, um sich aufzurichten. In diesem Augenblick klingt das Kommando.

Ein Dutzend Schüsse krachen. Schlageters Leib zuckt und windet sich. Ein Sergeant geht hin, setzt die Pistole an den Kopf und drückt ab.



Im Mai haben die Franzosen und Belgier fünftausenddreihundert Tonnen Kohle nach Frankreich abschleppen können, es ist die höchste Monatsziffer, die sie während der geschlossenen Wirkung des passiven Widerstandes erreicht haben. Unter normalen Verhältnissen hätten sie auf Reparationskonto pro Monat zweihunderttausend Tonnen erhalten.

Es geht nicht, es geht trotz aller Anstrengungen nicht.

Am 19. Juni verkündet General Degoutte, daß alle Zechen und Sütten, die nicht liefern, in den Besitz und die

Verwaltung der Rheinlandkommission übergehen, von ihr selbst betrieben oder anderen Pächtern übergeben werden. Es wird jetzt in Bausch und Bogen geraubt. Lieferungsverweigerung wird mit fünfzehn Jahren Kerker bedroht, Sabotage mit dem Tode.

Die Rheinlandkommission sekundiert dem General vortrefflich. Um das Deutsche Reich durch Förderung des Marksturzes auf die Knie zu zwingen, erhebt sie die von ihr beschlagnahmten Zölle nur noch in Devisen. Es wird mit Geldstrafen bis zehntausend Goldmark und Gefängnis bis zu fünf Monaten gedroht. Zollhinterziehung wird mit Beträgen bis zu zwanzigtausend Goldmark geahndet. Das alles sind wahnsinnige Summen, aber sie dienen ja nur dazu, die Deutschen an der Gurgel zu packen.

Die Deutschen wollen nicht mit den Zügen der französisch-belgischen Eisenbahnregie fahren. Nun, man wird ihnen die Postautomobile nehmen, man beschlagnahmt Schiffe und Wagen, um sie zu zwingen. Aber die Züge bleiben leer. Das Mittelalter kehrt wieder, die Zeit des Dreißigjährigen Krieges wird lebendig. Verbindungen, die früher zwei Schnellzugstunden erforderten, gestalten sich jetzt zu einer komplizierten Reise mit Wagen, zu Fuß, zu Schiff, mit der Straßenbahn, bis man nach Tagen ans Ziel kommt oder irgendwo liegenbleibt.

Im Februar haben die Belgier die deutschen Rheinhäfen gegenüber Holland, Wesel und Emmerich besetzt. Zwischen den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz besetzen die Franzosen die sogenannten Flaschenhälse, damit sie ihre Zollgrenze gegenüber dem unbefetzten Deutschland besser wahren können. Im Mai nehmen sie die Hafen- und Werstanlagen von Mannheim und Karlsruhe fort, sie besetzen die Elektrizitätswerke von Darmstadt. Sie schalten und walten mit deutschem Land ganz nach Gutdünken und Belieben. Es kostet ja nichts, es ist alles zu haben, niemand stört sie dabei. Mitte Mai dringen sie in die badische Anilinfabrik Ludwigshafen ein. Sie rauben das Werk und stehlen Werte im Betrag von acht Millionen Goldmark. Sie treiben Fabrikspionage nach allen Regeln der Kunst, ihre Willkür kennt keine Grenzen mehr.

Die Wut wächst.

In Dortmund werden am 9. Juni zwei französische Sergeanten in einem Streit mit Deutschen erschossen. Belagerungszustand. Zwischen neun und zehn Uhr abends tobt eine Abtheilung Franzosen durch die Hauptstraße der Stadt. Alles, was entgegenkommt, wird niedergeschlagen und zu Boden getreten. Ein einziger Offizier schießt der Reihe nach sechs Personen nieder. Man zwingt Zivilisten, die blutigen Leichen ihrer Gefährten bis an die Stelle zu schleppen, an der die beiden Franzosen erschossen worden sind. Französische Soldaten behandeln die Leichen der Deutschen mit Fußtritten.

Französische Zollbeamte überschreiten bei Barmen die Grenze des besetzten Gebietes. Es entwickelt sich eine Schießerei mit deutschen Polizisten. Sühnefeldzug in das unbesetzte Barmen mit Tanks, Artillerie und Maschinengewehren. Die Polizei wird entwaffnet, die öffentlichen Gebäude werden besetzt. Aus der Reichsbank werden einhundertachtzig Milliarden mitgenommen.

Es sind schon mehr als hundert Deutsche dem neuen Krieg zum Opfer gefallen. Zehn sind zum Tode verurteilt, fünf zu lebenslänglichem Zuchthaus und Zwangsarbeit. Mehr als tausend Jahre Gefängnisstrafen sind verhängt. An hunderttausend Deutsche sind von Haus und Hof vertrieben. Die Gefängnisse bersten von ihrer Ladung, die Kriegsgerichte arbeiten nicht schnell genug, sie können den Andrang nicht mehr bewältigen.

Und es hilft doch nichts, es hilft alles nichts.

Fünfundachtzig Prozent aller Hochofen liegen still, der Rest arbeitet nur für den Eigenbedarf. Der Eisenbahnverkehr ist um achtzig Prozent zurückgegangen. Die Tonnenzahl der Kohlen, die im Juli nach Frankreich herübergebracht werden, ist gegenüber der Juniziffer wieder um ein Fünftel gesunken. Selbst die rücksichtslosesten Anstrengungen der Rheinlandkommission, durch organisierte Abfuhr allen erreichbaren Materials, durch Zollerpressung, durch Raubbau auf staatlichen Forstanlagen und Domänen, durch Geldraub mit Hilfe kriegsgerichtlicher Urteile im großen und im kleinen und durch systematischen Bankeinbruch ermöglichen Poincaré im Mai vor der Kammer lediglich die Feststellung, daß es jetzt gelinge, die Besatzungskosten „aus eigenen Einnahmen“ zu decken. Er muß aufs

neue von der Kammer Kredite für die Ruhrbesetzung, für sein „produktives Pfand“, fordern.

Nein, es hilft alles nichts. Gibt es denn kein wirksameres Mittel gegen diese halsstarrigen Boches?

11. Kapitel

Risse in der Mauer

Englands „wohlwollende Neutralität“. — Neues Tributangebot der Regierung Cuno. — Poincaré verlangt Unterwerfung. — Sozialdemokratie und passiver Widerstand. — Englisch-französische Auseinandersetzung. — Anrufung des amerikanischen Kapitals.

Vor die Tatsache des neuen Krieges gestellt, tut die Reichsregierung alles, um diesen Krieg mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu gewinnen. Dem Sieg setzt sie von vornherein eine enge Grenze. Erreicht werden kann zweierlei. Einmal muß dem französischen Imperialismus, der auf Trennung der Ruhr und des Rheins vom Reich und auf die Zerschlagung des Reiches zielt, ein Kiegel vorgeschoben werden. Zum zweiten müssen die Franzosen belehrt werden, daß es für die Tributfrage nur eine Lösung gibt, die eine für Deutschland tragbare Summe festsetzt. Um diese beiden engbegrenzten Kriegsziele geht dieser furchtbare, neuartige und bisher ganz unerprobte Krieg. Generale, Soldaten, Tanks und Flieger gegen Eisenhütten, Hochofen und Bergwerke, Waffen gegen Waffenlosigkeit, Imperialismus gegen passive, stumme, erbitterte Abwehr.

Kann Deutschland, durch Krieg und Revolution, durch Gewaltfriede und innere Kämpfe, durch anderthalb Jahre zermürbender Erfüllungspolitik geschwächt, einen solchen Krieg bestehen?

Gibt es Verbündete? Nein. Amerika hat sich ganz zurückgezogen. England verharret in wohlwollender Neutralität gegenüber Frankreich und Belgien. Die Nachbarn im Osten und im neuen Südosten spekulieren auf Deutschlands neuen Zusammenbruch, sie sind mit Frankreich auf Gedeih und Verderb verbunden. Rußlands Hilfe scheidet aus.

Aus eigener Kraft? Wird diese unerhörte neue Probe ein zum Durchhalten entschlossenes Volk finden? Wird die Entschlossenheit auch dann noch bestehen, wenn sie mit immer größeren persönlichen Opfern verbunden sein wird? Kann der innere Sader zurückgehalten werden? Ist der Sinn des Kampfes vom Volke verstanden worden? Sind die finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen zum Durchhalten gegeben oder können sie geschaffen werden?

Die Regierung glaubt, alle diese Fragen bejahen zu können. Das Volk stimmt ihr zu. Die Wirklichkeit scheint ein volles halbes Jahr lang beiden recht zu geben. Dann naht die Katastrophe, heimlich erst, an einzelnen Stellen beginnend, in Kundgebungen der Wankelmütigkeit und der Mutlosigkeit sich offenbarend, frecher und unheimlicher dann vorstoßend, hier und da weithin sichtbar werdend, immer breiter sich ausdehnend. Vom Geld nimmt es den Ausgang, an der persönlichen Not nährt es sich, am inneren Radikalismus und dem Sader frist es sich satt, die Nerven der Staatsmänner lähmt es. Auf einmal hebt es sich zur Höhe und steht da und ist nicht mehr abzuwehren.

Aber dann zeigt sich, daß auch die andern getroffen sind, die Generale, die Soldaten, die Tanks und diejenigen, die hinter ihnen stehen. Ein halbes Jahr nach der deutschen Katastrophe wird die Katastrophe auch drüben offenbar. Der historische Riesenkampf endet unentschieden. Ein Jahr nach dem Ruhreinbruch beginnen sich die Fronten im Kampf um den Rhein und um die deutschen Zahlungen, auf beiden Seiten schwer getroffen, neu zu ordnen. Der Kampf geht weiter, er verlangt nach neuen Mitteln, neuen Waffen.



Immer wieder betont Poincaré, daß Frankreich keinen Versuch machen werde, zu Verhandlungen zu gelangen. Erst müssen die Deutschen ihren Widerstand aufgeben. „Wir werden“, sagt er am 29. März 1923 vor der Kammer, „unser Pfand nur gegen greifbare Leistungen aufgeben, wir werden uns nur nach dem Umfang der erlangten Zahlungen zurückziehen.“

Reichskanzler Cuno antwortet am 11. April im Reichstag: „Alles ist geschehen, um den Ruhreinmarsch zu verhindern. Freiheit und Friede müssen gesichert sein, wenn

anders die Opfer nicht nutzlos gebracht sein sollen, die wir an Rhein und Ruhr beklagen. Die Reparationspflicht muß auf das Maß des Erfüllbaren zurückgeführt, die Erde, in der wir unsere Opfer bestattet haben, muß frei werden von Sand und Fuß des Feindes. Den in Gefangenschaft und Verbannung Leidenden müssen Freiheit und Heimat wiedergegeben, und keiner Regelung kann zugestimmt werden, die Ruhr und Rhein territorial oder verfassungsmäßig antastet. Solange der Gegner zu solcher Regelung nicht bereit ist, muß der passive Widerstand vom ganzen Volke mit aller Entschlossenheit und mit der gleichen Besonnenheit wie bisher fortgesetzt werden."

Schatzkanzler Baldwin, zwei Monate später britischer Premierminister, umschreibt am 21. März die englische Stellungnahme mit folgenden kennzeichnenden Worten: „Was auch immer jemand in England bei der jetzigen Erregung über Frankreichs Militarismus und den französischen Wunsch, Deutschland zu zertrümmern, sagen möge — ich nehme keine Notiz davon! Ich erkenne an, daß der Wunsch nach Sicherheit eine zwingende Kraft ist, der sich niemand in Frankreich zu widersetzen vermag."

Am 20. April erklärt der englische Außenminister Curzon im Oberhaus: „Es kann vernünftigerweise geltend gemacht werden, daß der erste Schritt von deutscher Seite kommen muß. Sobald ein solcher Schritt getan ist, wird unsere Hilfe beiden Seiten zuteil werden."

Obwohl Frankreich sofort betont, als erster deutscher Schritt komme nur die völlige Unterwerfung in Frage, hält es die Reichsregierung unter dem Einfluß der Sozialdemokratie dennoch für angezeigt, den Regierungen in Paris, London, Brüssel, Rom und Washington am 2. Mai eine Note zu übergeben. „Die deutsche Regierung“, heißt es in dieser Note, „teilt den Wunsch aller Besonnenen, daß die täglich sich verschärfende Spannung gelöst und der nutzlosen Zerstörung Einhalt getan werde. Sie hat sich daher entschlossen, nochmals einen Versuch in dieser Richtung zu machen, ohne damit ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben. . ."

Es folgt ein neues Tributangebot auf der Grundlage der letzten Vorschläge an die Reparationskommission vom November 1922.

Die Reichsregierung gibt sich alle Mühe, diesen Schritt des Charakters einer ersten Schwächeanwendung zu entkleiden. Aber dennoch geht ein Aufhorchen durch die ganze Welt. Unter dem Vorsitz des französischen Präsidenten tagt ein Ministerrat, der die deutschen Vorschläge als undiskutabel ablehnt und abermals die bedingungslose Unterwerfung verlangt. Die englische Regierung, die durch die Rede Curzons und durch die Politik ihres Berliner Botschafters das Angebot geradezu herausgefordert, beeilt sich zu erklären, daß England mit der deutschen Note nicht das geringste zu tun habe und jede Verantwortung dafür ablehne. Das ist die Hilfe, die Deutschland in London zu erwarten hat.

Am 6. Mai antwortet Poincaré der Reichsregierung mit einer Note, deren Ton an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. „Der deutsche Vorschlag ist von Anfang bis zu Ende der kaum verhehlte Ausdruck einer systematischen Auflehnung gegen den Versailler Vertrag. Die deutsche Regierung wird, wenn sie überhaupt einmal über diese Dinge nachdenken will, sich nicht wundern, daß Frankreich und Belgien eine derartige Haltung ablehnen.“

Auch die englische Regierung beantwortet die deutsche Note am 13. Mai offiziell in Berlin. Curzon macht dem Ärger, den er mit Poincaré wegen des deutschen Schrittes gehabt, gründlich Lust. Wie ein Schulmeister kanzelt er den deutschen Außenminister Dr. Rosenberg ab. Er, der Außenminister, hätte den schlechten Eindruck des deutschen Angebots voraussehen und ihm vorbeugen müssen. Das Angebot sei unvernünftig, Deutschland müsse „eine viel größere Bereitwilligkeit zur Anerkennung seiner tatsächlichen Lage“ beweisen, es müßten „viel bestimmtere und sichere Zahlen als jemals bisher“ genannt werden.

Im letzten Drittel des Mai tritt der englische Premierminister Bonar Law von seinem Posten zurück, sein Amt übernimmt der bisherige Schatzkanzler Baldwin. Baldwin hält sich noch behutsamer als sein Vorgänger von jeder Geste zurück, die man in Frankreich als prodeutsch auffassen könnte.

Um so deutlicher wird jetzt Poincaré. Am 27. Mai erklärt er auf einem Festessen: „Wir stehen im wirtschaftlichen Herzen Deutschlands, niemand wird erwarten, daß

wir uns vor Bezahlung des letzten uns geschuldeten Franken wieder zurückziehen werden!" Sein Kabinettskollege, der Kriegsminister Maginot, feiert mit starken Worten „die allzeit gerüstete französisch-belgische Wacht am Rhein“.

Die deutsche Regierung geht unter dem Druck innerpolitischer Verhältnisse auf dem einmal beschrittenen Wege weiter. Sie macht die größten Anstrengungen, um die begonnene Erörterung nicht wieder abreißen zu lassen. Während nach außen immer noch starres Festhalten am passiven Widerstand zur Schau getragen wird, haben sich im Innern schon die Zeichen der Schwäche verhängnisvoll vermehrt. Die Finanzierung der Ruhrunterstützung macht kaum noch erträgliche Schwierigkeiten. Es fehlt an der Kraft, den Mißbrauch durch eisernes Durchgreifen zu beheben. Die Abschnürung des größten Industriebezirks, der Ausfall des ganzen Rheinlands für die gesamtdeutsche Produktion und den Handel, die Beschlagnahme der Zölle — alles wirkt in der gleichen Richtung. Der Marktsturz, monatelang unter schweren Opfern aufgehalten, setzt mit der Gewalt eines Naturereignisses wieder ein.

Die Sozialdemokratie nimmt durchaus nicht mehr mit der Entschlossenheit der ersten Monate am passiven Widerstand teil. Bis tief in die bürgerliche Front gehen Skepsis, Mißtrauen und Lähmung. In aller Öffentlichkeit wird die Regierung von der Linken zu Verhandlungen gedrängt, obwohl greifbare Grundlagen überhaupt nicht zu erkennen sind. Sozialistische Abgeordnete unternehmen auf eigene Faust Reisen nach Paris und London, besprechen sich mit ihren Genossen, die in diesem Zeitpunkt nicht den geringsten Einfluß auf ihre Regierungen und ebensowenig Einfluß auf die Stimmung ihrer Länder haben. Sie tragen dadurch zur Offenbarung der deutschen Schwäche bei. Die Reichsregierung tut nichts gegen die verhängnisvolle Nebenregierung der Sozialdemokratie, sie ist innerpolitisch von ihr abhängig.

Am 7. Juni „erläutert“ die Reichsregierung ihre Note vom 7. Mai in einer neuen Note an die betreffenden Regierungen des Auslands. Es werden diesmal sehr genaue und weitgehende Vorschläge gemacht, wobei die Verpfändung der Erträgnisse aus der Reichsbahn, der Industrie, der Zölle, der Verbrauchssteuern auf Genussmittel und des

Branntweinmonopols eine große Rolle spielen. Die Note schließt mit dem offenen Ersuchen, eine Konferenz zur Besprechung und Regelung aller dieser Fragen einzuberufen.

Poincaré hat das neue Angebot kaum in seinen Händen, als er es schon zurückweist. Wo bleibt die Kapitulation, die Einstellung des Widerstandes? Erst die Niederlage — dann wird er seinen Standpunkt erklären. England schweigt. Um wenigstens etwas zu tun, schickt Curzon einen Fragebogen an Frankreich und Deutschland, worin er beide Mächte um Auskunft über ihre Ziele und Absichten ersucht.

Um seiner Ablehnung stärkeren Nachdruck zu verleihen und um zu zeigen, wie weit er nötigenfalls gehen wird, läßt Poincaré im Juni für die Dauer eines ganzen Monats die Grenze zwischen besetztem Gebiet und unbesetztem Deutschland für jeglichen Personenverkehr sperren. Von allen hinüber und herüber gelangenden Waren nimmt die Rheinlandkommission im voraus eine 25prozentige Abgabe. Die Praxis der Ausweisungen wird abermals verschärft.

Zu allem Überfluß, damit sich in Deutschland nur ja kein Hoffnungschimмер rege, erklärt am 21. Juni der amerikanische Präsident Harding, er wolle die Zuversicht nicht aufgeben, daß in Europa „eine gerechte Lösung des gegenwärtigen Konflikts gefunden und daß dem heldenhaften und demokratischen Frankreich die ihm gebührende Genugtuung verschafft werde“. Deutschland müsse zahlen, die junge deutsche Demokratie tue gut daran, „durch ihr Betragen den Sinn für nationale Ehre zu bekunden, den die Monarchie nicht besessen habe“.

Die Verhandlungen sind ins Stocken geraten, ehe sie recht angefangen haben. Deutschlands Schwäche ist jetzt allen offenbar geworden. Poincaré konzentriert sich ganz auf den Sieg, der schon greifbar zu werden beginnt.



Am 10. Juli sind die ersten sechs Monate dieses furchtbaren Ringens verstrichen, ein Ende auf der Grundlage einer Verständigung ist nicht abzusehen. Die Leiden der Bevölkerung sind unsäglich, die Verhältnisse im unbesetzten Deutschland zerrütten durch den anhaltenden Marktsturz immer mehr. Poincaré arbeitet auf Zeitgewinn. Parallel:

mit den rücksichtslosesten Anstrengungen der Rheinland-Kommission und der militärischen Stellen, das Pfand „produktiv“ zu machen, gehen seine eigenen Bemühungen, jede sich irgendwo anzeigende diplomatische Vermittlung von außen zu durchkreuzen. Er rechnet jetzt nicht mehr so sehr auf die positive Nugzbarmachung des Ruhrpfandes als auf den Zusammenbruch des deutschen Widerstandes.

In Belgien ist Regierungskrise. Das paßt Poincaré ausgezeichnet, er kann sich darauf berufen, daß sein Genosse im Ruhrkampf im Augenblick nicht verhandlungsfähig ist. Präsident Sardings Kundgebung stärkt ihm abermals den Rücken. Als der englische Botschafter in Paris sich behutsam nach dem Schicksal des Curzonschen Fragebogens erkundigt, verweist ihn Poincaré auf Sardings Haltung und stellt sie ihm als ein Muster für England hin.

Der deutsche Reichskanzler vertröstet alle diejenigen, die im Innern auf der gefährlichen Bahn des Zurückweichens weiterdrängen — es werden ihrer fast täglich mehr — mit Hoffnungen. „Es ist ein Fortschritt gemacht worden, wenn auch Frankreich noch nicht verhandlungsbereit ist. Es sind Bemühungen im Gange, vor aller Welt die Frage zu klären, was Frankreich will, ob es Reparation oder Annexion erstrebt.“

Der Fortschritt, von dem der Kanzler spricht, bleibt unsichtbar. Die Stimmen derjenigen, die offen und hinter den Kulissen den Abbruch betreiben, werden drängender. Im gleichen Maße wird der Ruf der anderen lauter, die überzeugt sind, daß man mit dem Mittel des rein passiven Widerstandes nicht mehr weiterkommt, daß man den Widerstand aktivieren muß. Unter dem Eindruck des Mißlingens aller bisherigen Verhandlungsversuche wächst eine breite Bewegung im Volke. Wie soll das Ausland, von dem wir alles erhoffen, von uns aufgerüttelt werden, wenn wir uns im eigenen Land von den Franzosen schlagen und treten lassen, als ob wir Kunde seien? Warum führen wir den Kampf nicht nach der Art der Irländer? Wie soll in der Bevölkerung der moralische Antrieb zum Widerstand erhalten bleiben, wenn immer wieder gepredigt wird, du sollst denen, die dich auf die linke Backe schlagen, auch die rechte hinhalten? Wie soll schließlich der endgültige

Erfolg der Franzosen verhindert werden, wenn man mit den Händen in der Tasche zuschaut, wie sie täglich mehr Eisenbahnzüge in Betrieb setzen, täglich mehr Tonnen Kohlen abfahren? Beginnt nicht schon die Bevölkerung an Rhein und Ruhr gegenüber dem Kampfeswillen der Regierung mißtrauisch zu werden? Werden die Regiezüge nicht an jedem Tage stärker benutzt, weil die Leute sich fagen, es hat doch keinen Zweck, es geht ja doch schief, morgen oder übermorgen werden wir uns beugen müssen? Ist es nicht auf die Dauer ein Widersinn, den Kampf zu predigen und gleichzeitig die Hände in die Tasche zu stecken?

Auch in dieser Frage zeigt sich schon der Zwiespalt in der Haltung der Regierung. „Wir dürfen nichts tun, was die Lage der Bevölkerung an Rhein und Ruhr verschlimmert und was unsere Verhandlungsgrundlage verschlechtert.“ Die ängstliche Sorge um die Durchhaltefähigkeit der Bevölkerung und der vorsorgliche Blick auf zukünftige Verhandlungen lähmen schon den Kampfeswillen. Die Presse der Linken entrüstet sich offen über den „nationalistischen Kummel“ und den „hirnverbrannten Unsinn“ eines aktiven Widerstandes. Die Mitte warnt vor „Unbesonnenheiten“. Die Reichsregierung selbst rückt in einer Antwort auf einen Schritt des Papstes deutlich von allen solchen Versuchen ab und erklärt, sie sei mit dem Heiligen Stuhl darüber einig, „jede verbrecherische Gewaltanwendung“ zu verurteilen.

Frankreich kann beruhigt sein. Aus der Verzweiflung des mißhandelten Volkes an Rhein und Ruhr wird kein irischer Freiheitskampf entstehen.



Aber wie soll es weitergehen? Ist es schon so weit, daß man die Knie beugen muß, um das Schlimmste zu vermeiden? Ist es nicht besser, heute die Knie zu beugen, als morgen ganz auf die Erde zu müssen? Die Stimmen, die für den Abbruch sprechen, übertönen jetzt beinahe schon die Stimmen der anderen.

Neue Hoffnung weckt im Juli eine Reutermeldung aus London, wonach die englische Regierung sich jegliche Sand-

lungsfreiheit vorbehalte, wenn sie nicht bald aus Paris eine Antwort auf ihren Fragebogen bekommen werde. Man werde unter Umständen eine Konferenz aller an der Reparationsfrage beteiligten Mächte mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens zusammenberufen.

Poincaré spielt den Erstaunten. Warum ist man in London so unfreundlich? Ist er nicht jederzeit bereit, seinen Standpunkt zu vertreten? Hat er jemals eine Diskussion zwischen London und Paris abgelehnt? Warum besteht man gerade auf der Form dieses Fragebogens? Der ordnungsliebende Advokat zeigt sich auf einmal als Verächter aller bürokratischen Formen und regt einen persönlichen Meinungsaustausch an.

Von diesem „persönlichen Meinungsaustausch“ weiß er seine eigene Person geschickt fernzuhalten. Der Londoner Botschafter Frankreichs debattiert mit Curzon über dies und das, über den Vorzug schriftlicher oder mündlicher Verhandlungen, ob man einen neuen interalliierten Vorschlag veröffentlichen oder ob man ihn besser geheimhalten soll, ob man die Belgier zuziehen soll oder nicht, ob erst diese und dann jene oder erst jene und dann diese Frage behandelt werden soll, und ob es nicht besser ist, noch einige Zeit zu warten, bis man genauere Unterlagen hat. Schließlich, als das ganze Register des Ausweichens und Zinhaltens erschöpft ist, verlangt Poincaré, vor jeder Verhandlung müsse England seinen ganzen Einfluß auf Deutschland geltend machen, daß es kapituliere. Vor allem müsse England erreichen, daß die Deutschen die „Sabotageakte“ unterließen, die den Franzosen im Ruhrgebiet immer unangenehmer werden.

Aber die englische Politik wird jetzt hartnäckiger, es ist ein merklicher Unterschied gegen früher eingetreten. Das englische Kohlengeschäft hat zwar durch die Ausschaltung der deutschen Kohle vom Weltmarkt einen erfreulichen Aufschwung genommen. Doch das genügt nicht, um die wirtschaftlichen Nachteile des Ruhrkampfes wieder auszugleichen. Die große Wirtschaftskrise wirft ihre Schatten deutlich voraus. Englands Blicke sind stärker denn je auf das russische Geschäft gerichtet, das in Genua Lloyd George entgangen ist. Die Vereinigten Staaten sind schon in aller

Stille dabei, in Rußland festen Fuß zu fassen, und man weiß, welche Kräfte hinter der amerikanischen Hochfinanz stehen. Das Expansionsbedürfnis des amerikanischen Kapitals wächst mit der zunehmenden Zerrüttung des europäischen Marktes rasch an. Hier zeigen sich drohende Gefahren, die jeden Engländer aus seiner traditionellen Ruhe aufwecken.

England beginnt in aller Heimlichkeit, das amerikanische Großkapital für das deutsche Reparationsgeschäft zu interessieren, denn einmal muß ja der Widersinn an der Ruhr sich totgelaufen haben. Die New Yorker Großbanken verraten ein lebhaftes Interesse, es kommt nur auf den richtigen Zeitpunkt an, man darf sich nicht der Gefahr aussetzen, daß der erste Vorstoß scheitert. Tiefe Umschichtungen bereiten sich langsam und unauffällig vor, während der französische Imperialismus sich gegen Deutschland austobt. Die orientalische Gefahr ist für England, wenn auch unter schmerzlichen Verlusten, gebannt, Englands Sände gegenüber Frankreich sind frei.

Die englische Politik zieht bedächtig und ohne Überstürzung ihre wohlberechneten Kreise. Schon werden zwischen London und Rom Fäden gesponnen, die sich bei der kommenden Auseinandersetzung über die europäischen Fragen deutlicher zeigen werden. Bindungen und Verflechtungen kündigen sich an, die später über den Dawesplan in die Locarno-Epoche überleiten.

Eine Regierungserklärung im englischen Parlament spricht aus, eine Ruhrbesetzung von unbeschränkter Dauer sei eine sehr gefährliche Erscheinung, die ganz Europa lebhaft angehe. Man müsse sobald wie möglich durch gemeinsame Anstrengung aller interessierten Mächte zu einem ehrenhaften Abschluß gelangen. Methoden, die Deutschland in den wirtschaftlichen Ruin treiben würden, müßten auch für England die schwerwiegendsten Folgen haben. Den Preis für den jetzigen schlimmen Zustand der Dinge müsse jedes europäische Land mit der Verwirrung seines Handels, mit Arbeitslosigkeit und Währungsschwankungen bezahlen. Es sei durchaus keine Übertreibung, wenn man sage, daß die Wiederherstellung der Welt in großer Gefahr sei und daß der Friede auf dem Spiel stehe.

Das ist ein Alarmruf. Poincaré pariert den Lieb sofort. Der französische Ministerrat beschließt mit Biedermannsmiene, man müsse der britischen Aktion „Zeit zu vollkommener Entfaltung“ lassen, sie stehe erst in ihren Anfängen, es sei doch klar, daß Frankreich jede Bemühung seiner alliierten Freunde um eine gerechte Lösung aufrichtig begrüßen werde.

Von jetzt an kehrt in den französisch-englischen Verhandlungen der Grundsatz der „staffelweisen Räumung des Ruhrgebiets entsprechend den von Deutschland zu gebenden Sicherheiten“ immer wieder, ein im Augenblick zwar rein akademisches, aber die Engländer ungeheuer interessierendes Thema.

Im August muß Baldwin bekennen, daß er in den bisherigen französischen Schriftstücken zu seinem Bedauern keinen Satz finden könne, der eine gemeinsame alliierte Note an Deutschland ermögliche. Anschließend droht er mit der Veröffentlichung des gesamten französisch-englischen Schriftwechsels und rafft sich zu sehr ernsten Worten auf: „Es wird oft gesagt, daß bei dem französischen Vorgehen weitergehende Beweggründe im Spiel seien. Ich möchte das nicht glauben. Aber wenn dem doch so sein sollte, dann sage ich — tief im Herzen des britischen Volkes ist ein starkes Gefühl für das, was es für recht hält. Und wenn das englische Volk die Empfindung haben sollte, daß die Wunden Europas offengehalten statt geheilt werden, dann könnte leicht das eintreten, was ich zu allerletzt in der Welt wünschen würde, nämlich die Entfremdung zwischen unserm Volk und denen, die den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen . . .“

Poincaré läßt sich auch dadurch nicht verblüffen. Der angedrohten englischen Veröffentlichung des Notenwechsels kommt er durch eine Veröffentlichung in Paris zuvor, womit er seine eigenartige Verschleppungstaktik zu rechtfertigen versucht. Es ist ein gerissenes Advokatenstück, eine Zusammenstellung von Kniffen und Tüfteleien, die alle präzisen Fragen mit zweideutigen Gegenfragen beantwortet, eine Meisterleistung der Verdrehung. Sie gipfelt in dem höhnischen Schluß, England habe ja die Möglichkeit, den ganzen Konflikt mit einem Schlage aus der Welt

zu räumen — es brauche Deutschland nur mitzuteilen, daß es auf Gnade und Ungnade kapitulieren müsse.

London holt zum Gegenschlag aus. Am 11. August wird ein Gutachten der englischen Kronjuristen veröffentlicht, in dem die französisch-belgische Aktion im Ruhrgebiet als außerhalb des Versailler Vertrags stehend, als ein Bruch des Vertrages bezeichnet wird.

Dieser scheinbar so wuchtige Schlag landet im Wasser. Poincaré ist es im Sinne seiner Verschleppungstaktik höchst erwünscht, wenn er sich jetzt auf eine theoretische Auseinandersetzung über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit seines Vorgehens einlassen kann. Mit Vergnügen eröffnet er die Diskussion mit einem Gutachten französischer Juristen. Bald ist er mit einem Eifer bei der Sache, als habe er sonst nicht das geringste zu tun. Er spricht von Spa, von London, von der Besetzung Frankfurts, der Ruhrhäfen, er sucht mit den verwickeltesten juristischen Konstruktionen den Engländern nachzuweisen, daß sie selbst in gewissen Zeiten über das Recht zu Sanktionen einmal anders gedacht haben.

Die Engländer antworten. Poincaré macht Replik. Virtuoso spielt er das Instrument seiner gerissenen Kunst. Wie beiläufig nimmt er die Gelegenheit wahr, den Briten die Gefahr auseinanderzusetzen, die ihnen von Deutschlands Industrie später drohen wird, wenn nicht die Franzosen — aus reiner alliierter Freundschaft, bei Gott! es kostet sie Geld genug — dafür sorgten, daß dieser deutschen Industrie ein wenig die Fingernägel beschnitten würden. Ist es nicht besser, ruft er, den Spieß mit verblüffender Geste umkehrend, wenn man sich freundschaftlich einigt, wo jeder-mann doch einsehen muß, daß die englischen Interessen mit den französischen völlig übereinstimmen?

Und schon folgen die Lobeshymnen auf die alliierte Waffenbrüderschaft im Kriege, die Erinnerung an die gemeinsamen Ideale, der Appell an die Tränendrüsen des Publikums, das Idol der Zivilisation, die es zu retten gelte, das Gaukelspiel der Kniffe, die Schlitzäugigkeit der Phrase-ologie.

12. Kapitel

Zusammenbruch

Rücktritt des Kabinetts Cuno. — Gustav Stresemann und die Große Koalition. — Die Antwort aus Paris. — Abbruch des passiven Widerstandes am 26. September 1923. — Sozialistisch-kommunistischer Terror in Sachsen. — Hitler, Rahr und Ludendorff. — Der 9. November vor der Münchener Feldherrnhalle. — Inflationswirbel.

Jäh wechselt der Schwerpunkt des Geschehens von der englisch-französischen Auseinandersetzung wieder auf die deutsche Seite. Die Regierung Cuno, das Kabinett des passiven Widerstandes, tritt am 13. August 1923 zurück. Die Ereignisse sind ihr über den Kopf gewachsen.

Im Innern droht schon wieder der Bürgerkrieg. In Sachsen und Thüringen sammeln sich die linksradikalen Massen zum Vorstoß gegen das Reich. In Bayern liegen die Dinge umgekehrt. Hier ist die Reaktion im Begriff, die Macht an sich zu reißen. Die Sozialdemokratie befindet sich im offenen Aufruhr gegen die ihr verhaßte Regierung. Die bürgerlichen Mittelparteien halten es, an ihrer eigenen Kraft verzweifelnd, wieder für an der Zeit, die Sozialdemokratie zur aktiven Teilnahme an der Reichspolitik heranzuziehen. Der Führer der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Gustav Stresemann, ist der Hauptvorkämpfer dieser Richtung.

Das Kabinett Cuno hat innerlich schon seit längerem seine Sache verloren gegeben, es kämpft nicht mehr um seinen Bestand und um seine Parole. Der passive Widerstand wird immer mehr Wesen ohne Inhalt. Einflußreiche Industrielle, Politiker und Kommunalbeamte aus dem Ruhrgebiet drängen selbst auf seinen Abbruch. Der drohende Separatistenaufrastand zeichnet sich schon ab. Die Verhandlungen mit England stocken. Poincaré ist halsstarriger denn je. Die Mark stürzt ins Bodenlose. Es gibt kein Vorwärts und kein Rückwärts mehr, alles ist festgefahren. Ineinander verkrampft und zuckend treibt Deutschland dem Abgrund zu.

Reichskanzler Cuno bleibt nur noch die feststellung übrig, daß er allein steht. Er nimmt seinen Abschied. Die

Parteien, die ihn gestürzt haben, bilden gemeinsam die erste Regierung der Großen Koalition. Ihr Führer, der neue Reichskanzler, ist der Abgeordnete Gustav Stresemann. Dem Kabinett gehören drei Mitglieder der deutschen Volkspartei, zwei Zentrumsabgeordnete, zwei Demokraten und vier Sozialdemokraten an. Ein Dollar kostet am Tage der Regierungsbildung 3,8 Millionen Mark.

Das Schicksal des passiven Widerstandes ist besiegelt. Der Eintritt der Sozialdemokratie bedeutet, daß dem Kabinett die Aufgabe gestellt ist, den Ruhrkampf zu liquidieren, wenn es sein muß, bedingungslos. Außenpolitisch ist das Kabinett von der schwachen Hoffnung getragen, daß man ihm wegen seiner Zusammensetzung mildere Bedingungen gewähren wird. Es wird davon geflüstert, daß Poincaré durchaus nicht mehr so ablehnend sei wie bisher. Die englische Politik hat an diesem Geflüster ihren Anteil. Paßt auf, heißt es, sobald ihr vernünftig geworden seid, wird alles ganz anders aussehen. Es ist die gleiche Melodie, die das deutsche Volk während des Krieges von draußen zu hören bekam.

Reichskanzler Stresemann stellt seine Regierung dem Reichstag vor: „Das Ausland möge nicht glauben, daß dieser Kabinettswechsel ein Zeichen der Schwäche sei. Dieses Kabinett, das auf der breitesten parlamentarischen Grundlage aufgebaut ist, will auch das stärkste Kabinett gegen jeden Gedanken der Vergewaltigung sein.“

Zwei Tage später findet unter dem Vorsitz des Kanzlers in Berlin eine Besprechung von Männern aus Politik und Wirtschaft statt, die selbst im Ruhrgebiet und am Rhein an der Spitze des Kampfes gestanden. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß der Kampf verloren sei und je eher desto besser abgebrochen werden müsse.

Um die Verhandlungen mit den Reparationsgläubigern in Gang zu setzen und um endlich auch Poincaré zum Reden zu bringen, spricht der Reichskanzler in zwei Reden von dem französischen Plan der „produktiven Pfänder“. „Wir treten auf den Boden der produktiven Pfänder, wir bieten Garantien aus dem deutschen Eisenbahnbesitz und der deutschen Industrie, die wertvoller sind als die Herausreißung eines Teilpfandes wie des Ruhrgebiets.“

Es bleibt still in Paris.

„Jeder ehrliche Mensch an Ruhr und Rhein“, ruft der Banzler einige Tage später, „sehnt sich nach der Stunde, in der dies blühende deutsche Land der alten regen Tätigkeit wiedergegeben wird. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf den Grundlagen der deutschen produktiven Pfandleistungen die Lösung des Konflikts möglich ist, die der Sinn unseres passiven Widerstandes war.“

Es bleibt still in Paris.

Die Sozialdemokratische Partei veröffentlicht eine Erklärung, die deutsche Arbeiterschaft und die gesamte Bevölkerung an der Ruhr seien geneigt, den passiven Widerstand aufzugeben, wenn Frankreich sich bereit erkläre, die Ausgewiesenen zurückkehren zu lassen, die Gefangenen freizugeben und der Bevölkerung Sicherheit für Leben und Existenz zu gewähren.

Es bleibt still in Paris.

Am 4. September sagt Reichskanzler Stresemann in Berlin, er nehme sich Goethes Wort von der „Nachgiebigkeit bei festem Willen“ zum Symbol seiner Politik, Nachgiebigkeit in materiellen Dingen, Unnachgiebigkeit in der Verteidigung deutschen Bodens.

Jetzt antwortet Poincaré.

Er hat bis heute gewartet, um die Folgen des Regierungswechsels in Deutschland, die weitere Entwicklung der französisch-englischen Auseinandersetzung, die Fortschritte der französischen Maßnahmen im Ruhrgebiet und das Nachlassen des deutschen Widerstandes zu studieren. Jetzt weiß er, was er zu sagen hat.

„Der neue Reichskanzler“, sagt er, „schlägt uns jetzt andere Pfänder vor. Aber wir behalten in der Hand, was wir haben, und laufen nicht Dingen nach, die man uns verspricht. Wir wollen Realitäten, und wir werden nicht eher abziehen, bis wir bezahlt sind. Deutschland gibt sich immer noch Selbsttäuschungen hin. An den von Frankreich gestellten Bedingungen ist nicht zu rütteln.“

Poincaré reist jetzt beinahe an jedem Sonntag in die Provinz und hält Reden, in denen er an Deutschlands Schandtaten während des Krieges erinnert. Er verdoppelt seine Kraft, es wird erzählt, er sei mißtrauisch gegen jedermann und frage niemanden mehr um Rat. Er sitzt die

Nächte hindurch vor seinen Berechnungen. Als der englische Premierminister Baldwin ihn zu einer Unterredung aufsucht, ist er die Liebenswürdigkeit selbst. Sie veröffentlichen ein gemeinsames Kommuniqué, worin sie sich „glücklich schätzen, feststellen zu dürfen, daß in keiner einzigen Frage Meinungsverschiedenheiten bestehen, die eine Zusammenarbeit der beiden Länder unmöglich machen würden“.

Dann fällt der zweite Schlag.

Die deutsche Regierung muß, um dem völligen Absturz der Papiermark und ihrer absoluten Zahlungsunfähigkeit vorzubeugen, am 17. September die Finanzierung des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr in großem Umfange einstellen.

Was jetzt kommt, ist nur noch Nachspiel. Der Kampf ist verloren.



Poincaré hält am nächsten Sonntage nicht weniger als drei Reden in der Provinz. „Laßt Deutschland noch reden — wir hören nicht darauf, es wird sich von den Tatsachen überzeugen und dann endlich aufhören, uns Bedingungen zu stellen.“

Er wartet jetzt von Tag zu Tag.

Im besetzten Gebiet beschließen die Belegschaften zahlreicher Betriebe, die Arbeit im Dienste der Franzosen wieder aufzunehmen. Nach unerhörten Leiden, sagen sie, habe Berlin sie verlassen, und sie seien genötigt, die Brücke zur Erhaltung ihrer Existenz rechtzeitig zu betreten. Die Züge der französisch-belgischen Regie füllen sich von Tag zu Tag mit deutschen Passagieren. Es ist ja doch alles verloren, man geniert sich nicht mehr, weil es der Nachbar auch nicht tut. Die Kohlenzüge nach Frankreich hinein werden immer zahlreicher.

Am 24. September bespricht sich Reichskanzler Stresemann abermals mit den Vertretern des besetzten Gebiets. Die Bemühungen der Reichsregierung, vor dem offiziellen Abbruch des passiven Widerstandes wenigstens die Fragen der Rückkehr der Ausgewiesenen, der Freilassung der Gefangenen, der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung zu lösen, sind gescheitert. Das Reich kann die Ruhrkredite

nicht mehr leisten. Es ist Schluß. Man muß jetzt auch ohne Bedingungen kapitulieren.

Am folgenden Tage sind die Vertreter der Landesregierungen beim Reichskanzler. „Es ergab sich“, sagt der Bericht, „vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen und finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Meinung, daß es die Absicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen . . .“

Am 26. September 1923 erläßt die Reichsregierung eine Kundgebung an das deutsche Volk. Darin heißt es: „Über 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, hunderte schmachten noch in den Gefängnissen . . . In furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich werden . . . Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. . .“

Eine entsprechende Mitteilung macht der Reichskanzler noch am gleichen Tage allen Botschaftern und Gesandten der Alliierten, die in Berlin beglaubigt sind.



Die inneren Zustände Deutschlands sind trostlos und furchtbar in dieser Stunde, in der die Regierung den Widerstand nach außen aufgibt.

In Sachsen regiert ein Kabinett aus Sozialdemokraten, das sich im offenen Kampf gegen die Reichsregierung befindet. Der sächsische Ministerpräsident Zeigner wird vom Reichskanzler zu seiner Rechtfertigung nach Berlin gerufen. Er leugnet alles ab, aber der Kanzler läßt ihn nicht im Zweifel darüber, daß er entschlossen sei, im Notfall auch mit Waffengewalt, dem Reiche Respekt zu verschaffen.

Im Reich kommt es an verschiedenen Stellen zu Teuerungsunruhen. Die Kommunisten versuchen sich der Führung zu bemächtigen, Streiks sind an der Tagesordnung.

In Dresden nehmen die Demonstrationen, von der sächsischen Regierung mittelbar unterstützt, einen größeren Umfang an. Schon fallen wieder Schüsse, Blut fließt auf der Straße. In Zittau erfolgt ein Sturm auf das Rathaus, die Polizei wehrt sich, zwei Tote und fünfzehn Verletzte liegen auf dem Platz. Die Erbitterung wächst rasch, die sächsische Regierung rührt keinen Finger, ihre Angriffe gegen die Reichsregierung werden systematisch fortgesetzt.

Ende September verschlimmern sich die Dinge so, daß der Reichspräsident den Ausnahmezustand über das Reichsgebiet verhängen muß. Der Befehlshaber der sächsischen Reichswehrtruppen, General Müller, wird mit der Wiederherstellung der Ordnung im Freistaat Sachsen beauftragt. Die Reichsexekution wird angeordnet.

Zeigner protestiert und beschuldigt seine sozialdemokratischen Genossen in der Reichsregierung offen des Verrats. Die Kommunisten rufen zum Generalstreik gegen „Militarismus und Reaktion“ auf. In Berlin, Breslau, Mannheim und anderen Städten brechen Teuerungskrawalle aus. Die sozialdemokratische Regierung Thüringens stellt sich mit ihren Sympathien offen auf die Seite Sachsens.

Jetzt beschließen die Kommunisten, in die sächsische Regierung einzutreten, um die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Anfang Oktober sind sie mit den Sozialdemokraten handelseinig. Das politische Programm ist klar und eindeutig. Man will die roten Hundertschaften bewaffnen, man will das sächsische Parlament ausschalten und durch eine sozialistisch-kommunistische Instanz ersetzen. Der Besitz soll aufs schärfste durch Steuern erfaßt werden, Kontrollausschüsse sind einzusetzen, Lebensmittel sind zwangsweise beizutreiben, Reichswehr und Polizei sind von allen „reaktionären Elementen“ zu reinigen.

Zwei Tage später wird der kommunistische Buchdrucker Böttcher sächsischer Finanzminister, der Maurer Secker Wirtschaftsminister. Zeigner präsentiert dem Landtag sein Kabinett als „Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung“. Die roten Hundertschaften werden mit staatlichen Mitteln bewaffnet. Aktions- und Kontroll-

auschüsse ergießen sich über das Land und beginnen ihre Tätigkeit. Es wird erpreßt, geplündert, geraubt, beschlagnahmt, verteilt. Wer sich nicht fügt, wird verhaftet. Im Sandumdrehen herrscht in Sachsen der kommunistische Terror.

Jetzt greift die Reichswehr ein. General Müller verfügt die Auflösung der Kontrollausschüsse und die Entwaffnung der proletarischen Hundertschaften. Die sächsische Regierung protestiert, ihre kommunistischen Mitglieder rufen offen zum Generalstreik auf gegen die „weiße Diktatur“. Unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung werden der Reichswehr starke Semmnisse bereitet, man kann sich nicht zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen.

Zeigner, dem der Ramm schwillt, warnt vor versammeltem Landtag die Reichsregierung und lehnt es ab, mit General Müller zu verhandeln. „Von der sächsischen Bevölkerung erwarte ich“, ruft er, „daß sie sich geschlossen zur Verteidigung hinter die Regierung stellt.“

Jetzt muß auch die Reichsregierung endlich einsehen, was die Stunde geschlagen hat. Die Truppen werden verstärkt. Dresden, Meißen und Pirna werden besetzt, andere Städte mit einem militärischen Ring umgeben. Die systematische Entwaffnung der Bevölkerung beginnt. Ende Oktober ernennt die Reichsregierung einen besonderen Zivilkommissar für Sachsen. Dieser eilt nach Dresden und enthebt die sächsischen Minister ihrer Ämter. Die öffentlichen Gebäude werden von Truppen besetzt. Die Minister müssen zum Teil mit Gewalt aus ihren Amtsräumen entfernt werden. Der Landtag wählt eine neue Regierung. Ordnung kehrt langsam wieder ein.

Einen Monat später wird Zeigner verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert, weil er sich während seiner Amtsführung der Bestechlichkeit schuldig gemacht hat. Später wird er zu drei Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Auch in Thüringen muß das Reich Ordnung schaffen.

☆

Tiefe Erbitterung hat in weiten Kreisen des Volkes schon während des passiven Widerstandes an der Ruhr und

am Rhein geherrscht, weil sich die Reichsregierung nicht zu einer Aktivierung des Kampfes entschließen konnte. Im Augenblick des Kampfabbruches und der bedingungslosen Waffenniederlegung erhalten diese Kräfte einen starken Antrieb, der zu Entladungen drängt.

In der Nacht zum 1. Oktober 1923 versuchen etwa vierhundert Mann unter dem Major Buchrucker sich der Stadt Küstrin zu bemächtigen. Sie rechnen auf die Teilnahme anderer bewaffneter Verbände und die Mitwirkung der Reichswehr bei ihrem Umsturzversuch. Aber der örtliche Reichswehrkommandant trifft sofort Gegenmaßnahmen. Die Auführer werden umzingelt und verhaftet, ehe der Aufstand sich weiter ausbreiten kann. Am gleichen Tage schon ist der Putsch erledigt. Major Buchrucker wird zu zehn Jahren Festung verurteilt.

In Bayern hat die junge nationalsozialistische Bewegung unter Hitlers Führung ihre Basis. Bayern ist seit langem mit der Reichspolitik unzufrieden. Eigenstaatlicher Wille und Empörung über den Abbruch des Ruhrkampfes schließen sich zusammen. Die monarchische Restaurationsbewegung hat im Lande einen starken Halt, die Bauernbewegung ist nicht minder stark. Weitgehende Pläne werden gesponnen. In der Abneigung gegen Berlin und die sozialdemokratisch beherrschte Reichsregierung sind alle Kreise sich einig, obwohl im übrigen scharfe Trennungstriche bestehen.

Am Tage der Aufgabe des Ruhrkampfes verhängt die bayrische Regierung den Belagerungszustand und ernennt den früheren Ministerpräsidenten von Kahr zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten. Die Regierung will dadurch einer als bevorstehend erkannten Aktion der Nationalsozialisten vorbeugen. Kahr ist monarchisch eingestellt, er betrachtet sich als Statthalter der Wittelsbacher Monarchie. Die Nationalsozialisten dagegen erstreben einen großdeutschen Staat auf nationaler Grundlage unter Ausschaltung der Sozialdemokratie. Die Spannung zwischen beiden Richtungen erhält durch Kahrs Ernennung neue Nahrung.

Ein geringfügiger Anlaß treibt zum Ausbruch.

Reichswehrminister Geßler, Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich, ersucht den Generalstaatskommissar Kahr

um ein Verbot des nationalsozialistischen „Völkischen Beobachters“, der fortwährend die Reichsregierung angreift und beleidigt.

Der Generalstaatskommissar führt das Verbot nicht durch.

Jetzt beauftragt der Reichswehrminister den Befehlshaber der bayrischen Reichswehrtruppen, General von Lossow, mit der Durchführung des Verbots.

General von Lossow telegraphiert an den Chef der Seeresleitung in Berlin, den General von Seeckt, er könne den Befehl des Reichswehrministers nicht ausführen, weil ihn seine Ausführung in einen Konflikt mit der bayrischen Regierung bringen würde.

Reichswehrminister Gessler fährt persönlich nach München und macht einen letzten Versuch, den General von Lossow durch mündliche Aussprache umzustimmen. Der General erscheint nicht zu der Unterredung. Jetzt enthebt ihn der Minister seines Amtes.

Als Antwort auf diese Maßregelung ernennt die bayrische Regierung den General zum Landeskommandanten und vereidigt am 22. Oktober die gesamte bayrische Reichswehr auf sich selbst.

General von Seeckt erläßt einen Aufruf an die Reichswehr und macht darauf aufmerksam, daß jeder bayrische Soldat, der diesen Eid leistet, gleichzeitig seinen dem Reich geleisteten Eid bricht.

Der Konflikt ist auf seiner Spitze angelangt. Die Reichsregierung beschließt die Reichserektion auch gegen Bayern. Besonnene Abgeordnete aus Bayern und aus dem Reich versuchen das Schlimmste noch zu verhüten. Der Gedanke, daß in diesem Augenblick fürchterlichster Spannung im Innern und nach außen ein Kampf zwischen Norddeutschland und Bayern ausbrechen soll, ist einfach unerträglich. Dieser Kampf müßte das schwer erschütterte Reich auseinanderbrechen lassen. Berlin bleibt hartnäckig.

In München einigen sich Nationalsozialisten und Monarchisten rasch unter dem Eindruck der Berliner Haltung. Im Handumdrehen ist eine einheitliche Front von Rahr und Lossow bis zu Hitler und Ludendorff hergestellt. Der Marsch nach Berlin wird offen angekündigt. Nichts ist

in diesem Augenblick populärer als der Kampf gegen die verhasste Reichsregierung.

So naht der 9. November 1923. Er soll der große Tag der Vergeltung für den 9. November 1918 werden. Bedenken, die sich bei den Nationalsozialisten hier und da gegen die Saltung Kahr regen, werden rasch zerstreut. Kahr erklärt abermals, daß er zur Aufrichtung einer Diktatur im Reich und zum Marsch nach Berlin entschlossen sei.

Aber im letzten Augenblick scheint der Generalstaatskommissar eine Schwenkung zu vollziehen. Am Abend des 8. November hält er im Bürgerbräukeller eine Rede und warnt vor Unbesonnenheit. Was ist das? Hitler stutzt, das ist nicht verabredet. Was plant Kahr? Hitler hat Kahr das Versprechen gegeben, nichts auf eigene Faust zu unternehmen. Erregung und Mißtrauen steigen zur Siedehitze an. Wenn Kahr ein Verräter wäre? Wenn die Nationalsozialisten kaltblütig den Wittelsbacher Interessen geopfert werden sollten?

Verrat witternd, zieht Hitler mit sechshundert Anhängern ins Bürgerbräu, eilt zum Rednerpult, feuert einen Revolverchuß gegen die Decke und schreit durch den Tumult: „Die Sache geht nicht gegen Kahr!“ Einer seiner Anhänger erklärt den Versammelten die Lage. „Heute beginnt die nationale Revolution. Ihre Leitung übernimmt Hitler. Die Reichsregierung wird abgesetzt. Ludendorff führt die neue Nationalarmee. Die neue Reichsregierung Hitler-Ludendorff lebe hoch!“

Es bricht los. Die bayrischen Minister sind verhaftet. Kahr, Lössow und der Münchener Polizeipräsident Seißer treffen sich in einem Nebenzimmer des Bürgerbräu mit Ludendorff und Hitler. Hitler beschwört Kahr, die Bewegung nicht im Stich zu lassen. Dann fragt er Ludendorff, ob er bereit sei, die Führung der Armee zu übernehmen. Ludendorff gibt seine Zusage. Lössow folgt. Kahr sagt, er könne in diesem Augenblick sein Wort nicht geben, man habe ihn bedroht, er lehne es ab, unter Zwang zu handeln. Nach einer halben Stunde aber geben er und Seißer Wort und Handschlag.

Noch in der Nacht zum 9. November wendet sich das Blatt. Kahr, Lössow und Seißer erklären, ihre Stellung-

nahme im Bürgerbräu sei erzwungen und darum ungültig. Sie ziehen in aller Eile Polizei und Truppen heran. Hitler hört davon. Nachts um 3 Uhr schickt er einen Beauftragten zu Lössow, um ihn nach seiner Haltung zu befragen. Lössow erklärt, ein mit der Pistole erpresstes Wort gelte nicht. Jetzt erkennt Hitler den Verrat.

Ludendorff, der um 6 Uhr morgens den Umschwung erfährt, gibt die Bewegung verloren. Aber Hitler will die Hoffnung noch nicht sinken lassen, er rechnet mit der Volkstimmung, er will die Straße mobil machen. Man wird Rahr und Lössow, die Reichswehr und die Polizei, überumpeln. Sie werden nicht wagen zu schießen.

Am frühen Morgen des 9. November bewegt sich ein mächtiger Demonstrationszug durch München. Vaterländische Lieder singend, marschieren die Revolutionäre in vollkommener Ordnung durch die Hauptstraße und nähern sich der Feldherrnhalle. Der dort aufgestellte Reichswehrgastposten zieht sich zurück. Aber im gleichen Augenblick schwärmt eine Kompanie Reichswehr über die Treppe der Feldherrnhalle und eröffnet auf kürzeste Entfernung das Feuer. Der Demonstrationszug sticht auseinander. Zwölf Tote und sechzehn Verwundete liegen auf dem Asphalt. General Ludendorff wird verhaftet.

Der 9. November hat ein tragisches Ende genommen.

Der Generalstaatskommissar verhängt das Standrecht über Bayern und löst die nationalsozialistischen Bünde auf. Jetzt wird auch der „Völkische Beobachter“ verboten. Es gibt noch Zuckungen hier und da, es fallen noch Schüsse, es liegen noch Tote auf den Straßen, aber die Bewegung ist niedergeschlagen.



Um die gleiche Zeit liegt die Reichsmark in ihren letzten tollen Krämpfen, Wahnsinn breitet sich aus, ein irrsinniger Zahlenwirbel quillt über die Bevölkerung nieder und zer rinnt in ihren Händen auf dem Weg von der Lohnstelle bis zum Laden. Es ist ein phantastischer Zusammenbruch, eine Orgie der Vernichtung, eine rasende Sturzwelle, die alles Bestehende hinwegfegt, die in Minuten Reichtümer

vernichtet und anderswo aufhäuft. Der Mittelstand wird zwischen den rotierenden Mühlsteinen der Inflation und der Teuerung erbarmungslos zerrieben. Es sind die nackte Verzweiflung und der kalte Stumpfsinn, die miteinander ringen.

Alles wird sinnlos, Gehaltserhöhung, tägliche Lohnauszahlung, rationelle Einteilung des Bedarfs, Vorausberechnung, Zurücklegen, Einteilen — alles wird sinnlos in dieser Sturzweite. Sinn hat nur noch die Ware an sich, das Stück Brot, die Milch, die Kartoffel, das Fleisch, das im Laden hängt und das man nicht bezahlen kann, weil der Metzger immer noch schneller ist als der verrückte Kurs der Mark. Die Arbeit ist sinnlos — was man dafür bekommt, ist in der nächsten Minute ein Dreck. Streiken ist sinnlos — was man erreicht, ist beim näheren Zusehen schon über den Gausen gerannt. Besitz ist sinnlos — man kann ihn nicht verwerten.

Sinn hat nur noch die Ware und — die Devisen.

Der holländische Gulden, das englische Pfund, der Franken, die Lira, der Dollar — das sind die geheimnisvollen Papiere, die heißbegehrten Zaubersformeln, die heimlichen Herrscher. Es gibt nicht mehr arm und reich, es gibt nicht mehr hoch und niedrig, nicht mehr rechts und links, es gibt keine Herren mehr und Knechte, keine Kapitalisten und Proletarier — es gibt nur noch Besitzer von Devisen und solche, die keine haben. Wer Devisen hat, der kann sich satt fressen, der kann sich Klaviere kaufen, der kann im Auto fahren und auf den Boden spucken vor dem, der keine hat. Wer Devisen hat, der kann nachts schlafen und morgens ein Bad nehmen, der kann Zigaretten rauchen, tanzen, Coctails trinken bis zum Erbrechen. Wer Devisen hat, kann die schicksten Kleider anziehen, kann Pelze aufstapeln und an jedem Finger Juwelen tragen. Wer keine hat, kann verrecken.

Ein toller Gespenstertanz, ein Totentanz. Hier frisst sich der Luxus voll, hier verhungert die Armut. Ein verfluchter Wirbel, geboren aus Verzweiflung und Verschwendung. Zusammenbruch alles Bestehenden im Chaos, Auseinanderbruch aller Formen der Gesellschaft, Aufschrei des Ma-

terialismus an der Schwelle des Abgrunds, ein diabolischer Vorgang von furchtbarem Ausmaß.

Kathäuser werden gestürmt, Läden geplündert. Das Faustrecht der Verzweifelten wird proklamiert. Polizei wird mit Steinen beworfen, Schüsse knattern. In Köln, in Düsseldorf, in Frankfurt, in Leipzig, in Hamburg, in Berlin — keine Stadt, wo der Wahnsinn nicht ausbricht.

Jeder Tag verdoppelt die Preise, die Milliarden purzeln über die Millionen, die Billionen über die Milliarden, die Notenpresse arbeitet Tag und Nacht. Das Geld wird in Paketen und Körben transportiert, und wenn es verteilt ist, hat es keinen Wert mehr.

Einundzwanzig Tote liegen in Mannheim auf der Straße. Vierzehn Tote liegen in Hamburg. Sieben Tote liegen in Essen. Vierundeinhalb Millionen sind arbeitslos und gehen auf die Straße, um zu demonstrieren. Die Städte haben kein Geld. Bis es aus Berlin kommt, ist es dreimal entwertet. Sie drucken selbst, sie drucken, drucken, drucken. Milliarden und Billionen fließen nach allen Seiten — es langt nicht zu einem Stück Wurst, zu einem Brot, zu zehn Pfund Kartoffeln.

Die Polizei ist überanstrengt, sie hungert selbst, es geht nicht mehr. Es frist an den Nerven, immer wieder auf diese Menschen schießen zu müssen, die doch nur zu essen haben wollen. Standrecht muß verhängt werden, Plünderer werden erschossen. Zehn, zwanzig, hundert andere schießen aus dem Boden empor. Die Läden müssen schließen, es ist sinnlos, Ware zu verkaufen gegen Papier, das keinen Wert hat. Sie werden mit Gewalt erbrochen, Butter, Eier, Würste rollen auf die Straße, von gierigen Sänden aufgerafft.

Die Billionen tanzen, das Papier flattert, Maschinengewehre krachen, Bars und Luxuslokale sind überfüllt, nebenan verhungern sie in den Mietskasernen — alles löst sich auf, die Gesetze zersetzen im Wirbel der Verzweiflung, die Menschheit wird ein Brei.

Das ist alles, was übriggeblieben ist.

Ist dies das Ende?

13. Kapitel

Wendung

Rheinischer Separatistenaufstand. — Die „Regierung der Rheinischen Republik“ und die Rheinlandkommission. — General de Metz in der Pfalz. — Finis Germaniae? — Regierungskrise und parlamentarisches Chaos. — Ausnahmezustand und Rentenmark.

Es scheint, als ob in diesen Wochen Frankreich endlich die Frucht in den Schoß fallen solle, die in Versailles noch nicht gereift war.

Am 30. September 1923 findet in Düsseldorf ein „rheinischer Tag“ statt. Bewaffnete Gorden von Sonderbündlern, landfremdes Volk, Abenteurer und Strolche kommen mit Sonderzügen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und führen vor den Augen der wehrlosen Bevölkerung ihren Spuk auf. Deutsche Polizisten werden überfallen, entwaffnet und mißhandelt. Dreißig Schritte entfernt stehen die französischen Posten und sorgen dafür, daß die Polizei sich nicht wehrt. Als aber die Polizisten dennoch gegen das Gesindel einschreiten, stürzt sich das französische Militär auf sie, nimmt ihnen die Waffen fort und überläßt sie der Wut der Strolche. Der französische Kommandant verhängt das Standrecht, läßt die Polizei zusammenreiben, entwaffnen und eröffnet gegen sie kriegsgerichtliches Verfahren. Mehr als dreißig Beamte werden verurteilt, weil sie „eine von der Besatzungsbehörde genehmigte Versammlung gestört“ haben. Einundzwanzig Tote hat der Spuk gekostet.

Das ist die neue französische Taktik, von Paris aus befohlen. Was fünf Jahre lang vergeblich immer wieder versucht wurde, muß heute gelingen, die Deutschen sind endlich mürbe und wehrlos. Die Rheinlandkommission hat in mühsamer Arbeit die Splittergruppen der Separatisten unter einen Hut gebracht. In einem Monat wird die „Rheinische Republik“ unter Frankreichs Führung da sein — und was man dann erreicht hat, wird man niemals wieder aufgeben.

Alles scheint vorzüglich zu klappen. Eine „spontane“ Volksbewegung setzt ein, eine rheinische Revolution gegen

das Reich und Preußen, ein Gaunertrick von gewaltigem Umfang, eine europäische Schamlosigkeit ohne Vorbild.

Am 21. Oktober 1923 wird in Aachen die Rheinische Republik ausgerufen. Bewaffnete Banden tauchen auf. Jeder Widerstand der Bevölkerung wird von den Belgiern unterdrückt. In Koblenz, Bonn, Düsseldorf, Krefeld, München-Gladbach, in Trier, Wiesbaden und Mainz besetzen die Sonderbündler die Rathäuser. Die Deutschen, die sich mit Waffen nicht wehren dürfen, nehmen Wassererschläuche und Zaunlatten. Die Franzosen fahren Tanks auf. Die Strolche dringen in die öffentlichen Gebäude ein und hissen ihre Fahne. Die Franzosen sperren die Rathäuser zum Schutz ihrer Günstlinge mit militärischen Posten ab.

Die französische Regierung schickt von Paris aus lange Telegramme in alle Welt und spiegelt den vollendeten Staatsstreich der rheinischen Bevölkerung vor. Ein Direktorium sei gebildet worden und habe der Rheinlandkommission versichert, die junge Republik denke nicht daran, sich den Reparationsverpflichtungen zu entziehen. „Der Oberkommissar hat geantwortet, da die Separatisten in einer Reihe von Städten eine faktische Macht darstellten, mache er sie als Vertreter der Rheinländer für die öffentliche Ordnung in diesen Städten verantwortlich.“

Mit andern Worten, Frankreich anerkennt die „Rheinische Republik“.

Die Reichsregierung protestiert gegen diese unerhörte Handlungsweise. „Den ungleichen Kampf an Rhein und Ruhr“, ruft Reichskanzler Stresemann, „benutzen die Separatisten, um unter dem Schutz französischer und belgischer Bajonette ihre Herrschaft aufzurichten. Wenn die Franzosen und Belgier nicht dahintersteckten, hätte die Bevölkerung diesem Karnevalszug in vierundzwanzig Stunden ein Ende bereitet. Die Hilfeleistung Frankreichs und Belgiens ist der Bruch feierlicher Versprechungen.“

Die überfallenen Städte am Rhein senden Hilferufe in die ganze Welt gegen die Vergewaltigung durch stadtfremde, volksfeindliche Gesellen, die von der Besatzungsmacht unterstützt würden. Englische Berichterstatter drücken ihren Abscheu vor dem Verhalten der Franzosen und Belgier aus. Der englische Kommandant der Kölner Zone verbietet für seinen Befehlsbereich jeden Umsturz.

Aber die Franzosen lassen nicht locker. Es geht munter weiter. Die Sache ist allzulange vorbereitet, sie liegt allzu sehr im Interesse der geheimen und öffentlichen Wünsche Frankreichs, in der Richtung einer jahrhundertealten französischen Politik. Schon triumphiert man ganz offen in Paris. Das Reich bricht endlich auseinander! In Sachsen und Thüringen herrscht die rote Diktatur, in Berlin stürzt die Zentralgewalt der Regierung zusammen wie ein Kartenhaus, in Bayern wird morgen oder übermorgen die Wittelsbacher Monarchie ausgerufen, der süddeutsche Kachezug nach Berlin wird folgen. Die Franzosen werden mit von der Partie sein, in Berlin wird man sich wiedersehen! Der Generalstab Degouttes ist schon damit beschäftigt, die Pläne der Besetzung Deutschlands bis nach Berlin, die Truppenstärken, die Verpflegungs- und Etappenlinien auszurechnen. Man geniert sich durchaus nicht mehr in Paris. Es ist wie ein Taumel, lange zurückgehaltene Instinkte quellen angesichts des deutschen Zusammenbruchs hervor. Dies ist der Tag, an dem Frankreich seinen Alliierten die Quittung für ihr Verhalten in Versailles ausstellen wird!

Die englische Regierung gerät in Bestürzung. Soll tatsächlich jetzt alles zerbrechen, was in Versailles mühsam errichtet und bis zum heutigen Tage unter größten Anstrengungen erhalten wurde? Soll die letzte Barriere eingegriffen werden? Sollen Deutschland und Europa dem französischen Imperialismus endgültig ausgeliefert werden? Die Gefahr ist übergroß.

Curzon erhebt Vorstellungen in Paris. Poincaré zuckt die Achseln. Er kann nichts gegen diese spontane Bewegung unternehmen. Er verlegt sich auf kaltstirniges Seucheln, er weiß, daß er nur Zeitgewinn nötig hat, eine oder zwei Wochen vielleicht. Die englische Regierung erklärt, sie werde das Treiben der rheinischen Insurgenten nicht dulden, unter keinen Umständen. Das ist Englands Sache, sagt Poincaré, jeder ist für seine eigene Besetzungszone verantwortlich.

Curzon erklärt in einer Note, die Sonderbündlerbewegung laufe dem Versailler Vertrag zuwider, die Rheinlandkommission habe die Pflicht, sie zu unterdrücken.

Poincaré läßt bei der Rheinlandkommission den Antrag stellen, die Rheinische Republik in aller Form anzuerkennen.

Der englische Vertreter protestiert und erhebt schwere Vorwürfe gegen den französischen Oberkommissar Tirard.

Tirard zuckt, wie sein Chef in Paris, die Achseln. Er verhalte sich ganz neutral, er halte lediglich die Ordnung aufrecht, er verstehe gar nicht, was die Engländer wollten. Die rheinische Bevölkerung habe das unbestreitbare Recht, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen. Wegen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist man doch wohl in den Krieg gezogen, nicht wahr?

Die Entscheidung über die offizielle Anerkennung der Rheinischen Republik wird ausgesetzt.



Im früheren königlichen Schloß zu Koblenz residiert die „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik“, ein Haufen wirrer Köpfe, von denen jeder unter Regieren etwas anderes versteht. Es gibt Debatten von lächerlicher Unkenntnis, es gibt Streit und Gandel. Die Rheinlandkommission, besorgte Gütlerin dieser sauberen Gesellschaft, muß immer wieder eingreifen und nachdrücklich zur Einigkeit mahnen.

Aber die Sache funktioniert nicht. Die Bevölkerung nimmt von den Kundgebungen dieser Ignoranten keine Notiz, der Skandal wird immer offensichtlicher. Die örtlichen bewaffneten Unternehmungen bringen nicht den erhofften Erfolg. Das von den Franzosen gegebene Geld verschwindet in den Taschen der „Minister“. Die Ausgabe eigener rheinischer Noten scheitert an der allgemeinen Geldentwertung, niemand mag diese rheinischen Assignaten annehmen, es sei denn unter Gewalt und Zwang. Man kann aber nicht jeder Note einen bewaffneten Banditen mitgeben. Die Rheinlandkommission, von der großen Bedeutung des Geldproblems überzeugt, befiehlt den deutschen Banken, das neue Geld gegen Reichsmark einzutauschen. Die Banken werfen den Dreck fort.

Die „Minister“ führen in Koblenz das Freudenleben von Männern, die der Dauer ihrer Herrschaft nicht trauen. Es geht in erster Linie auf Kosten der Franzosen. Eine wüste Schmarozergesellschaft macht sich breit. Den Franzosen steigen die Saare zu Berge. Bald sind die Mittel

erschöpft, der Apparat funktioniert nicht mehr, die Maschine hat einen Defekt.

Die Belgier merken zuerst, daß mit dieser Gesellschaft von Schmarozern und Tagedieben kein Staat mehr zu machen ist. Sie lassen ihre Günstlinge in Aachen im Stich und veranlassen sie zum Abzug aus der Stadt und zum Untertauchen auf dem Lande.

Im Siebengebirge hat sich ein deutscher Selbstschutz organisiert. Ende November läuft ihm eine Horde von Separatisten in die Sand. Ihrer hundert werden mit Knüppeln, Sensen und Dreschflegeln erschlagen. Das wirkt.

Auch an andern Orten regt sich der Widerstand jetzt kräftiger. Die französischen Sanktionen nützen nichts. Hier und dort wird das Diebesgesindel überfallen, aus den Hotels gezerret, wo es mit Vorliebe sich eingenistet, erschlagen und verscharrt.

Die Strolche fangen an, gegen ihre Führer zu rebellieren. Die Geschichte dauert ihnen zu lang, es wird brenzlich und bedenklich. Wer schützt sie nachher, wenn die Sache schief geht? Die Löhnung kann nicht mehr bezahlt werden. Das ist gegen den Kontrakt! Sie wollen zu fressen, zu saufen und zu huren haben, sonst gehen sie nach Hause und lassen den Karren im Dreck stehen.

Am 28. November erklärt die „Vorläufige Regierung“ zu Koblenz in einem wehleidigen Brief an den Oberkommissar Tirard, sie sehe sich zur Auflösung gezwungen. Aschermittwoch. Die bleiche Angst ist ihnen in die Knochen gefahren. Das Spiel ist mißglückt.

Auch in Paris wird man jetzt kleinlauter. Die Berichterstatte der französischen Blätter, die noch vor Wochen eine stolze Sprache geführt, stellen klagend fest, die Bevölkerung am Rhein sei durchweg gegen die Separatisten eingestellt, es seien große Fehler gemacht worden. Das schlimmste sei, daß man sich auf schlechte Elemente und Schmarozger gestützt habe. Sie verschweigen aus guten Gründen die Angabe, auf wen sonst sie sich hätten stützen können. Es ist aus mit der Siegeszuversicht, aus mit den stolzen Träumen. Ein allgemeiner Katzenjammer stellt sich ein.

Langsam verglimmt der blutige Fastnachtspuß dieser

rheinischen Volkserhebung. Die Führer und ihre Spießgesellen bringen sich nacheinander im Ausland in Sicherheit. Nur in der Pfalz flackert noch das Feuer.

☆

In München streiten Rahr und Hitler um die Macht. Jener Abend im Bürgerbräu, gefolgt von dem blutigen Morgen vor der Feldherrnhalle, übt verhängnisvollen Einfluß auf die Pfalz aus. Der frühere bayrische Ministerpräsident, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hoffmann, geborener Pfälzer, kommt auf die landesverräterische und törichte Idee, mit Hilfe der Franzosen die Pfalz in einen autonomen Staat zu verwandeln und von dem reaktionären Bayern abzutrennen. Aus innerpolitischem Haß ist er bereit, Landesverrat zu betreiben.

Er hat in der Pfalz einen Gegenspieler, der es ernst meint, Prototyp der französischen Generale und Politiker, die hartnäckig und unbeirrbar das Ziel der Rheinlandabtrennung und der Reichszerschlagung verfolgen. Das ist der General de Metz, Kommandant der französischen Truppen in der Pfalz.

Im Kreistag zu Speyer erscheint am 24. Oktober ein französischer Major und erklärt im Auftrage des Kommandanten, daß „in Anbetracht der unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern“ von heute an die Pfalz ein autonomer Staat mit einer vorläufigen Regierung sei.

Hoffmann will sprechen. Aber der Kreistag beschließt, ihn nicht anzuhören, und geht auseinander. Mehr kann er unter dem Druck der Bajonette nicht tun. Er erledigt die Sache durch Schweigen.

Noch einmal versucht de Metz es im guten. Aber er muß feststellen, daß jetzt auch die Sozialdemokraten bedenklich geworden sind, sie machen Ausflüchte und versuchen, von ihrem Versprechen wieder loszukommen.

Der General hat keine Lust, sich den Betrug gefallen zu lassen. Er appelliert an die Gewalt. Die Banden, die sich im Rheinland schon unsicher fühlen, rücken in die Pfalz herein. Der Spuk wiederholt sich. Am 5. November wird in Kaiserslautern die „freie Pfalz“ als Gliedstaat der „Rheinischen Republik“ ausgerufen. De Metz verhängt nach bekanntem Muster das Standrecht, um die Deutschen an der

Abwehr zu verhindern. Heinz Orbis, Führer der freien Bauernschaft, übernimmt die „provisorische Regierung“ und macht den Friseur Pfaffmann zum Bürgermeister von Kaiserslautern. Der französische Gendarmeriemajor Welsch wird zum Leiter der „separatistischen Polizei“ ernannt. Die rechtmäßige pfälzische Regierung wird verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Nach französischem Vorbild beginnen die Separatisten mit der Ausweisung pfälzischer Beamter, mit „Beschlagnahme“ und Erpressungen. Die Bürgermeister der Landstädte werden zu Ergebenheitserklärungen gezwungen. Das ganze tolle Schauspiel der Rheinischen Republik wiederholt sich mit allen seinen Begleiterscheinungen, und es hat fast den Eindruck, als hätten sowohl die Separatisten als auch die Franzosen einiges aus ihren Erfahrungen im übrigen Rheinland gelernt.

„Und wenn die ganze Pfalz sich in einen Aschenhaufen verwandelt, so wird sie dennoch autonom werden“, sagt General de Metz, ein würdiger Nachfahre Mélacs. Er läßt die Polizei entwaffnen, er zwingt die Industriellen zur Unterstützung des Spuks, er läßt die Beamten mit vorgehaltener Schußwaffe zur Weiterarbeit im Dienst der neuen Machthaber pressen, er besetzt jede Straße und jeden Weg mit Patrouillen und richtet ein fürchterliches Schreckensregiment auf.

Zweiundzwanzigtausend Pfälzer werden ausgewiesen. Wo die Bevölkerung sich gegen das Gesindel zusammenschließt, schreitet Militär ein, Marokkaner, Spahis, Maschinengewehre. Es geht zu wie zur Zeit des stärksten passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Es geht immer weiter, obwohl längst im übrigen Rheinland der Spuk zerstoßen ist. Es wird von Tag zu Tag schlimmer.

Allmählich erregt dieser Skandal in Europa einiges Aufsehen. Die Engländer schicken ihren Generalkonsul aus Köln, die Amerikaner schicken Journalisten. Vertreter karitativer Organisationen treffen ein. Aber Frankreich klammert sich mit aller Verbissenheit an diesen letzten Rest seiner kühnen Träume. De Metz ist sein brutaler Verwalter, Poincaré leugnet alles und sieht mit verschränkten Armen zu.

Im Januar 1924 geschieht etwas. Deutsche, die bei Nacht und Nebel über den Rhein gekommen, schießen in

Speyer im Restaurant eines Hotels den „Präsidenten der Vorläufigen Regierung“, Heinz Orbis, mit vier seiner Hauptspießgesellen nieder. De Metz verhängt brutale Strafmaßnahmen über Stadt und Land. Aber das Schicksal der Verräter wirkt.

Im Februar sinkt auch der Spuß in der Pfalz zusammen.



Wie stehen die Dinge? Es ist an der Zeit, die Fronten zu prüfen und festzustellen, was von dem Deutschen Reich in diesem Andrang von Katastrophen noch übriggeblieben ist. Maßgebende Politiker in Bayern, keineswegs nur die Putschisten des 9. November 1923, glauben, daß man die Einheit des Reiches über diese schwerste aller Krisen nur durch weitgehende Autonomie der Einzelstaaten hinwegretten könne. Das Rheinland ist durch den Separatistenaufruch und durch die französische Politik der Soheit des Reiches völlig entzogen. In Sachsen und Thüringen ist die Reichserektion noch im Gange, die roten Regierungen machen das Proletariat mobil. Das großagrarishe Pommern steht dem Reiche feindlich gegenüber, der Küstriner Putsch ist noch nicht verwunden. In Hannover regen sich die Welfen. Das ganze Reichsgebiet gärt von Unruhen, die ihren Ursprung in Teuerung und Hunger haben, die aber jetzt schon politischen Einschlag erkennen lassen. Der Ausnahmezustand ist verhängt, die vollziehende Gewalt liegt in den Händen des Reichswehrministers und des Chefs der Heeresleitung. Die Reichswehr, das letzte und festeste Bollwerk, ist durch den unseligen Konflikt mit Bayern in der Mitte auseinandergespalten. Schon klast wieder der alte Riß zwischen dem Süden und dem Norden.

Im Ruhrgebiet und im Rheinland steht marschbereit die fast verdoppelte Armee der Franzosen und Belgier. Sie warten nur auf das Signal. Frankreich fühlt, daß es dem großen Triumph, dem Zusammenbruch des Reiches, niemals so nahe war wie heute, selbst nicht in Versailles. Man spricht von diesem Zusammenbruch in Paris wie von einem unmittelbar bevorstehenden Ereignis. Man ist mitten in der letzten Phase berauscher Erwartung.

Die Ruhrindustriellen, die stolzen Eisen- und Kohlenkönige, haben sich demütigen müssen. Da das Reich zah-

lungsunfähig, müssen sie selbst aus ihren Taschen liefern. Man zwingt sie zu einem Vertrag, der ihnen nicht nur die Fortsetzung der Tributlieferungen, sondern auch die Kosten des ganzen Ruhreinbruchs auflädt. Das Reich kann zusehen, wie es später diese Kosten der Industrie zurückerstattet.

Das Reich! Wo ist noch das Reich!

Kein Ausgewiesener hat bis zum heutigen Tage zurückkehren dürfen. Es ist den Franzosen gerade recht, wenn sie drüben Hunger und Elend vermehren helfen. Kein Gefangener oder Verurteilter kommt aus den Gittern heraus. Keine der drakonischen Ordonnanzen wird zurückgezogen. Kein Franzose, der im Rheinland die Stelle eines deutschen Beamten eingenommen, räumt das Feld. Das Pfand ist fester denn je in Frankreichs Klauen. Seine Auswertung hat im großen Stile begonnen. Jetzt, wo die Deutschen durch Hunger, Peitsche und Elend mürbe gemacht sind, klappt alles vorzüglich.

Finis Germaniae?

Es splittert und knackt, es kracht und bricht im Gefüge. Die flammen züngeln schon hier und da, Rauch steigt aus den Luken. Draußen halten sie sich bereit, nicht etwa, um zu löschen, sondern um den Brand im Augenblick seines Aufstommens mächtig anzufachen. Alles soll darin verbrennen, nichts darf übrigbleiben von diesem verhaßten Gebäude.

Hilft niemand?

Deutschland erlebt eine Regierungskrise. Das Kabinett Stresemann wird gestürzt, weil es angeblich gegen Sachsen zu scharf, gegen Bayern zu milde verfahren hat. Die Linke hat keine Lust mehr, der Reaktion Vorschub zu leisten.

Ist's möglich?

Es ist möglich. Der Reichstag entzieht am 23. November der Regierung sein Vertrauen. Er will ihr nicht das Ermächtigungsgesetz geben, das sie braucht, um gegenüber der furchtbaren Not, die von allen Seiten drängt, Bewegungsfreiheit zu haben.

An den Sturz der Regierung schließt sich eine achttägige Regierungskrise, weil niemand ohne die gewohnte parlamentarische Rückendeckung die Verantwortung übernehmen will, weil es keinen Kanzler gibt, der nicht sicher sein würde, eine Stunde nach seiner Regierungserklärung wieder ge-

stürzt zu werden, er sei denn ein Geschöpf der Parteikompromisse, ein Erzeugnis parlamentarischer Apathie.

Hilft niemand, hilft nichts?

Ein Wunder tritt in zwölfster Stunde ein. Ein Wunder, an das niemand geglaubt hat, als zum erstenmal davon geraunt wurde. Ein Wunder, dessen eigene Wegbereiter durchaus nicht von seiner Lebenskraft überzeugt waren. Ein Wunder, dessen Gelingen letzten Endes nur aus einem einzigen tiefen und tröstlichen Urgrund zu erklären ist — aus dem Glauben des deutschen Volkes an sich selbst.

☆

Schon im Juni 1923 muß, um wenigstens die Brotversorgung der Bevölkerung zu finanzieren, um dem nackten Hunger eine Schranke zu ziehen, eine neue innere Zwangsanleihe durchgeführt werden. Bis die gezeichneten Beträge eingehen, sind sie ein Pappenstiel.

Gleichzeitig müssen nach langen und erregten Verhandlungen die Beamtengehälter verdreifacht werden. Die Verhandlungen hätte man sich sparen können. Als die Gehälter zur Auszahlung gelangen, sind sie schon zerronnen.

Die Gewerkschaften verlangen den „wertbeständigen Lohn“. Die Unternehmer lehnen ab, wie sollen sie Löhne auf Goldbasis zahlen, wenn sie ihre Fabrikate in Papiermark bezahlt bekommen?

Die Devisen werden an den Börsen ganz verschieden notiert, man zahlt einfach jeden Preis, um ihrer habhaft zu werden. Sie sind die Zauberformeln, vor denen sich jeder Schrank öffnet. Die Regierung droffelt den Devisenhandel mit allen möglichen Verordnungen, stellt ihn schließlich sogar unter Strafe. Die Folge ist einfach. Der legitime Handel wird zum illegitimen, er wandert auf die Straße neben Kokainschieber und Händler mit Zehlergut. Es ist ihm mit keinem Mittel beizukommen, er vergrößert sich wie eine Lawine, je mehr die Menschen Not leiden und je mehr sie den Zauberwert der Devisen zu verstehen beginnen.

Die Rheinlandkommission verbietet die Geltungskraft aller zum Schutz der Währung erlassenen Verordnungen im besetzten Gebiet. Sie weiß, warum sie das tut. Das Verbot fördert eine wilde internationale Devisenspekula-

tion, die auf den Markfkurs verheerend wirkt und das Reich der Kapitulation schneller zutreibt.

Die Regierung wendet sich an das Volk. Alles kommt darauf an, Glaube und Zuversicht gegenüber dem Staat zu heben und zu erhalten. Hunger und Elend drohen, wenn nicht die Bevölkerung selbst der Regierung hilft, wenn die Unternehmer nicht aufhören nur an ihren Profit, die Gewerkschaften nicht aufhören, nur an die Höbertreibung des Lohns und die Senkung der Arbeitszeit zu denken. Das Ergebnis ist schaurig. Die Demoralisation hat schon auf breiter Front eingesetzt, die Umschichtung aller Werte ist schon mitten im Gange und nicht mehr aufzuhalten. Mit der Mark zerfällt alles, Gemeinschaftsinn, Patriotismus, Ordnung, Glaube und Hoffnung.

Der Reichstag absolviert tagelange Debatten über die angeblichen Übergriffe der Reichswehr in Sachsen, über die verfassungsrechtliche Bedenklichkeit der bayrischen Volksgerichte, über alles mögliche und unmögliche. Er kommt gerade noch vor Beginn der Sommerferien dazu, in aller Eile einen Nachtragsetat von zwanzig Billionen zu beschließen. Es denkt sich schon niemand mehr etwas bei diesen Wahnsinnszahlen, ein unseliger Fatalismus breitet sich aus. Niemand will die fürchterlichen Zusammenhänge begreifen, weil keiner ein Mittel dagegen weiß.

Wer organisiert ist, wer über die größte Zahl politischer Stimmen, die größte Stoßkraft besitzt, ist am besten daran beim Wettlauf um die Millionen, die Milliarden, die Billionen. Die Gewerkschaften setzen, erst hier und da, dann allgemein den Goldlohn durch, die Bindung des Lohns an den Preisstand. Der Großhandel ist sofort bei der Sache, die Preise notieren nach dem Dollar. Der Kleinhandel muß mitmachen, er tut es gern. Die Reichsbank vermag mit der Notenpresse dem Tempo der Entwertung kaum noch zu folgen. Der Wettlauf des Irsinns nimmt groteske Formen an.

Die Beamtschaft folgt in kurzem Abstand. Die Angestellten machen es den Gewerkschaften nach. Die Industrie macht's mit den Preisen. Es ist die simple Geschichte von der Katze, die sich in den Schwanz beißt, aber in unerhörte Ausmaße übertragen.

Im Juli 1925 kostet der Dollar eine Million.

Die Reichsregierung legt eine Goldanleihe auf. Es ist der Versuch, der Sintflut einen schmalen Damm entgegenzustellen. Fünfhundert Millionen Goldmark sind vorgesehen. Die Stücke, die herauskommen, verschwinden in den Strümpfen der Bauern, in den Geldschränken der Privatleute. Es ist ein neuer Fehlschlag. Man kann der Sintflut mit Zaunlatten nicht beikommen, es wird alles niedergewaschen.

Die Reichsbank muß den Diskont auf dreißig Prozent steigern. Vierzehn Tage lang herrscht eine verhängnisvolle Knappheit an Zahlungsmitteln. Es können keine Gehälter und Löhne ausgezahlt werden, der Warenverkehr stockt, die Wirtschaft kriegt Erstickungsnot. Die Reichsbank muß den Damm mit eigener Hand wieder einreißen. Die Regierung muß beispringen und obendrein die Einschränkung des Devisenhandels wieder aufheben. Die Mark stürzt als Antwort auf diesen neuen Fehlschlag in acht Tagen von einer Million für den Dollar auf fünf Millionen herab. Das Experiment wird mit einer neuen schweren Erschütterung bezahlt.

In der Mitte des August druckt die Reichsbank das Tagespensum von zwanzig Billionen Mark. Eine Woche später sind es fünfzig, dann hundertundfünfzig. Wöchentlich kommen neue Scheine heraus, die alten sind noch kaum getrocknet, da müssen die neuen schon gedruckt werden. Die Belegschaften der Notendruckereien — längst kommt man mit der Reichsdruckerei nicht mehr aus — streiken, weil ihre Löhne dem Entwertungstempo nicht schnell genug folgen. Die Sozialdemokratie fordert den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Havenstein. Tagelang können keine neuen Noten ausgegeben werden. Die Wirkungen sind verhängnisvoll, die Betriebe haben kein Lohngeld, die Arbeiter müssen hungern, weil ihre Genossen in der Reichsbank nicht arbeiten. Das Reich muß beispringen und den Notendruckerstreik dadurch beenden, daß es selbst für die Lohn-erhöhung aufkommt.

Der sozialdemokratische Finanzminister Silberding glaubt endlich das Mittel gefunden zu haben, das alles wenden muß. Das Reich wird die Devisen im Lande beschlagnahmen und zur Stützung des Dollarkurses heranziehen!

Die Regierung muß mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet werden, um die Beschlagnahme durchzuführen. Ein Devisenkommissar wird ernannt. Ergebnis — der Dollar erreicht im letzten Augustdrittel die hundert Millionen.

Ende September steht der Dollar auf zweihundert Millionen. Es ist der Zeitpunkt, in dem das Reich den Ruhrkampf abbrechen muß, es kann keinen Pfennig mehr dafür ausgeben.

Am Tage nach der Einstellung des Ruhrkampfes bricht eine Regierungskrise aus. Sie hat ihren Ursprung in dem Kampf um die Sanierung der Währung. Die Regierung hat ein Ermächtigungsgesetz für längere Frist verlangt, um die Schaffung einer neuen Währung und die finanzielle Sanierung durchführen zu können. Die Linke will das Gesetz nicht geben. Anfang Oktober endet die Krise mit einem Kompromiß. Der sozialdemokratische Finanzminister Silberding tritt zurück, an seine Stelle tritt Dr. Hans Luther, der bisher das Ernährungsministerium innehatte und früher Oberbürgermeister von Essen war. Das Ermächtigungsgesetz wird in eine Form umgegossen, die auch den Sozialdemokraten tragbar erscheint. Aber erst als der Reichskanzler dem Parlament mit der Auflösung droht, gelangt das verwässerte Gesetz zur Annahme. Die Ermächtigung erstreckt sich jetzt nur auf „das finanzielle, wirtschaftliche und soziale Gebiet“ und endet automatisch mit dem Bestand des gegenwärtigen Kabinetts. Das heißt, jede neue, aus irgendeinem Grunde von der Sozialdemokratie herbeigeführte Regierungskrise bedeutet gleichzeitig das Ende der Ermächtigung und die Gefährdung aller getroffenen Maßnahmen.

Sein Zustandekommen ist nur der parlamentarischen Panik zu danken. Der Dollar steht bei Abschluß der Krise auf fünf Milliarden. Das Reichsgefüge ist bis auf den Grund erschüttert. In Bayern drohen Gegenrevolution und Marsch auf Berlin, in Sachsen und Thüringen ist Reichsrekultation. Poincaré läßt erklären, daß er mit der Reichsregierung nicht verhandeln will. Der Ausnahmezustand ist über das ganze Reichsgebiet verhängt.

In diesem Augenblick rücken Katastrophe und Wendung dicht aneinander. Der Zeitpunkt des tiefsten Zusammenbruchs wird zur Geburtsstunde der Rettung. Die Bahn für die Neubeschaffung eines Zahlungsmittels ist endlich frei. Die Reichsregierung hat sich in letzter Minute von dem Glauben gelöst, man könne die alte Papiermark noch retten. Sie entschließt sich jetzt, ihr im Gegenteil den Todesstoß zu versetzen und etwas Neues zu schaffen. Die Pläne sind fertig. Es ist das Roggenbankprojekt Karl Helfferichs, durch den Währungskommissar Schacht in ein Rentenbankprojekt verwandelt. Der Wechsel im Reichsfinanzministerium hat die Durchführung gesichert. Am 16. Oktober 1923 gibt die Reichsregierung den Entschluß zur Errichtung der Rentenbank bekannt.

Der Beschluß ist da, aber der Durchführung setzen sich neue Schwierigkeiten entgegen. Die Papiermark, offiziell zum Tode verurteilt und aufgegeben, tanzt dem Abgrund zu, sie stürzt jetzt von Tag zu Tag oft um das Doppelte ihres Wertes, man kann den Wirbel kaum noch verfolgen. Die Rentenmark ist noch nicht da, ein neuer Notendruckstreif verhindert ihr Erscheinen. Die Folge ist ein allgemeiner Währungswirrwarr. Hier gibt es Papiermark in Körben und Bündeln, hier ist Notgeld der Städte, wertbeständiges und nicht wertbeständiges. Hier sind Goldschatzanweisungen und Goldanleihebescheine des Reichs, wertbeständige Anleihen der Einzelstaaten. Hier sind schließlich als Beherrscher des Wirrwarrs Dollar, Pfund, Franken, Gulden.

Es ist ein phantastisches Durcheinander von Geldscheinen, die ihren Wert von Tag zu Tag untereinander verschieben. Der neue Tageskurs regiert alles, wirkt alles um, macht Bettler und Reiche. Der Kurs ist das einzige Gespräch, das Schicksalswort, auf das man täglich wartet, der Zauberspruch, der alle Gehirne, alle Bleistifte, alle Beine in Bewegung setzt. Löhne und Gehälter werden jetzt täglich ausgezahlt. Kennt man mit dem Papier in den Laden, so ist der neue Kurs schon zuvorgekommen, oder der Laden ist geschlossen, weil der Händler noch auf den Kurs wartet.

Vom Kurs spricht die Hausfrau, vom Kurs spricht der Schieber, vom Kurs reden die Kinder in der Schule, die Beamten auf den Büros, die Arbeiter in den Fabriken. Der

Bauer sitzt mit der Kursnotiz in der Hand und rechnet seine Butter- und Eierpreise um. Der Straßensieger schaut nach der Kursnotiz, der Zeitungsleser reißt dem Verkäufer das Blatt aus der Hand, auf dem als allererstes, groß gedruckt, in der Mitte der ersten Seite, der neue Kurs verzeichnet ist.

Die Reichsregierung kündigt Reformen an, Ersparnisse im Haushalt, Beamtenabbau, Kontrolle der Kartelle und Syndikate, eine Devisenabgabe. Die Rentenmark ist immer noch nicht da.

Der Dollar steht auf 320 Milliarden.

Der Ausnahmezustand muß verschärft werden. Die vollziehende Gewalt geht in die Hände des Chefs der Seeresleitung, des Generals von Seeckt, über, damit die Reichswehr, wo es nötig wird, rascher zugreifen kann. Die Truppen des Reiches marschieren jetzt auch in Thüringen ein. In Bayern bricht der Hitlerputsch los.

Der Dollar notiert 430 Milliarden.

Morgen oder übermorgen kann Krieg zwischen Bayern und dem Reich sein. Die pazifistischen Sozialdemokraten hetzen die Reichsregierung auf und fordern mit wildem Geschrei Waffenanwendung gegen den widerspenstigen Freistaat. Die Franzosen erklären, sie würden nach Berlin marschieren, wenn die Nationalsozialisten eine Diktatur im Reich aufrichteten.

Marschiert die Reichswehr gegen Bayern oder nicht?

Man hört, daß es im Kabinett zu erregten Auseinandersetzungen gekommen ist. Die Sozialdemokraten wollen die Koalition sprengen und damit das Ermächtigungsgesetz beseitigen, wenn die bürgerlichen Parteien nichts gegen Bayern unternehmen wollen. Fällt das Ermächtigungsgesetz, so ist die Rentenmark tot. Marschiert die Reichswehr nach Bayern, so ist das Reich erledigt. Rückt Hitler nach Berlin, so werden die Franzosen auch kommen.

Marschiert die Reichswehr oder marschiert sie nicht? An der Thüringer Grenze gegen Bayern sollen schon Posten stehen, Hitler hat Extrazüge requirieren lassen und soll sein Hauptquartier nach Nordbayern verlegt haben.

Der Dollar notiert 680 Milliarden.

General von Seeckt verbietet den Notendruckerstreif

und stellt die Belegschaften unter militärischen Zwang. Die Rentenmark ist immer noch nicht da.

Die sozialdemokratische Partei tobt gegen die Reichsregierung, in der sie selbst vier Ministerien innehat. Was ist es mit Bayern? Warum handelt die Regierung nicht? Wo bleibt die Reichsregierung? Wir werden der Regierung das Vertrauen entziehen, wenn sie das Reich der Reaktion in die Arme treibt! Es lebe die Republik!

Die Rentenmark kann noch nicht ausgegeben werden. Der Währungskommissar verlangt, ehe man mit der Ausgabe beginne, müsse ein genügender Vorrat zur Verfügung stehen, damit nicht sofort alle neuen Scheine in den Truhen und Geldschränken verschwinden.

Der Reichstag debattiert über Sachsen, Thüringen, Bayern. Wann wird die Reichsregierung gegen Herr von Kahr einschreiten? Wie lange wird sie noch untätig zusehen? Wo bleibt die starke Hand des Reiches?

Der Dollar notiert eine Billion.

1 000 000 000 000.

Reichsfinanzminister Luther veröffentlicht eine Erklärung, wodurch die Rentenbank ermächtigt wird, morgen mit der Ausgabe des neuen Geldes zu beginnen.

Die Rentenmark ist da.

Es ist der 15. November 1923.

★

Die Rentenbank wurde geschaffen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Hätte man auf einer parlamentarischen Lösung bestehen wollen, so wäre sie vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber zu spät gekommen. Die Ermächtigung wurde erst gegeben, als die Katastrophe unmittelbar vor der Tür stand, in offener Panikstimmung, nicht aus Überzeugung von der Staatsnotwendigkeit. Sie erhielt auch dann noch Einschränkungen, die für die neue Währung zum Verhängnis hätten werden können. An der Rettung Deutschlands aus dem Währungschaos und damit aus größeren Gefahren kommt dem Parlament keinerlei Verdienst zu. Sie wurde von Männern durchgeführt, die von außerhalb kamen und die ihre Pläne nur gegen den heftigen Widerstand des Parlaments durchsetzen konnten.

Es ist heute noch schwer begreiflich und mit Zahlen nicht zu erklären, wie das Wunder gelingen konnte. Man mag alle möglichen Gründe anführen, die Solidität des Projekts, die Festigkeit seiner Fundierung, die richtige Einschätzung des Bedarfs an Zahlungsmitteln, das richtige Tempo der Ausgabe, die strenge Trennung von den fiskalischen Bedürfnissen, die gesegnete Wirkung des Ermächtigungsgesetzes, die Ausschaltung des politischen Einflusses des Parlaments auf das neue Geld. Man mag alles zusammennehmen und hat doch keine erschöpfende Erklärung.

Begreiflich wird das Wunder erst, wenn man die psychologischen Voraussetzungen seines Entstehens zur Erklärung mit heranzieht. Die unerwartete Stabilität der Rentenmark ist der Ausdruck für die Tatsache, daß sich das Volk vom Chaos lossagte und zur Ordnung zurückkehrte. Das Proletariat zitterte vor dem Hunger, der Besitz zitterte vor dem Verlust der letzten Grundlagen seiner einstigen Herrlichkeit, die Industrie zitterte vor dem Ausbruch einer neuen Revolution, die Landwirtschaft ahnte schon den bösen Umschwung, der dieser krankhaften Scheinblüte der Inflation folgen mußte. Die Rentenmark war für alle die Notbrücke, über die sie sich retten konnten.

Der gesunde Teil des Volkes, die Arbeitenden und die Zukunftsgläubigen, griffen nach dem Strohalm der letzten Hoffnung — und siehe, unter ihren Händen wurde ein Balken daraus. Der ungesunde Teil, die Nutznießer des Chaos, die Schieber, Kaffkes, Parvenus und Schlemmer, die Verfechter der Idee des Geldverdienens ohne Arbeit, die Anbeter der Spekulation, die Rechenkünstler der Kurstabellen, die Anhäuser von Gewinnen jeder Art, von Klavieren, Aktien, Kartoffeln, Zigaretten, Likören, die Hintermänner schwach gewordener Minister, die Barmats, Kutsker, die Parvus-Gelphand, die Schmeißfliegen, die sich am verwesenden Leichnam Deutschlands vollsogen und bunt schillernd umherflogen — all diesem unsauberen Gelichter war mit der Rentenmark das Todesurteil gesprochen, mochte die Vollstreckung auch noch auf sich warten lassen.

So siegte die Rentenmark in letzter Stunde über das innere Chaos. Als man sich später auf dem Schlachtfeld umsah, erkannte man, daß der staatsreueste Teil des Volkes, der Träger der größten Opfer, die zuverlässigste,

gläubigste, stillste, arbeitsamste und vorwärtsstrebendste Schicht auf der Strecke geblieben war. Der deutsche Mittelstand war zerrieben.

14. Kapitel

Der Schiedsrichter

Kreuzzug des Dollars. — Poincarés Einlenken. — General Dawes. — Ein sauberer Plan. — Arbeiterregierung in England. — Reichstagswahl im Mai 1924, Katastrophe der Regierungsparteien, Verdoppelung der Deutschnationalen. — Poincarés Sturz und das Kabinett Herriot. — Die neue Melodie in Europa. — Versailles gegen Dawes.

Jetzt, Völker Europas, ist es endlich so weit, die Zeit ist erfüllt.

Der furchtbare Imperialismus von Versailles hat sich ausgetobt. Ein Stier hat in Europa gewütet mit blindem Drang, seine Spuren sind Trümmer und Elend. Gewalt hat in Vernichtung geendet, Unvernunft in Wahnsinn. Versailles hat gesiegt — aber es ist ein Pyrrhusieg.

Eine Vision taucht auf aus der Vergangenheit. Vor einem halben Jahrzehnt lag Europa in Zuckungen, ein Anäuel ineinanderverbissener Nationen. Rings umstellt, bis auf den Tod gepeinigt und verwundet, kämpften die Mittelmächte um das Letzte. Die halbe Welt reichte nicht aus, das Deutsche Reich zu Boden zu zwingen und seinen Platz auszulöschen. Die Meute der Jagdhunde vergoß in hundert vergeblichen Anstrengungen ihr Blut. Kraft stand gegen Kraft, es gab kein Vor und kein Zurück.

Da hielt der Schiedsrichter die Zeit für gekommen. Die Vereinigten Staaten von Amerika schickten ihre Truppen und ihre Kanonen. Imperialismus der Politik und Imperialismus des Geschäfts reichten sich die Hände zur letzten Anstrengung. Sie entschieden den Weltkrieg gegen Deutschland. Versailles war das Ergebnis.

Der Schiedsrichter fuhr zurück über den Ozean, seines Sieges unfroh und mit dem immer stärker werdenden Bewußtsein, daß er gegen den europäischen Imperialismus unterlegen war. Er hinterließ ein furchtbar zugerichtetes

Europa, und er hinterließ den Siegermächten einen Freibrief, mit den Besiegten nach Gutdünken zu verfahren. Der Schiedsrichter ging heim an seine Geschäfte, die ihm wichtiger waren als alles andere. Er verlegte sich aufs Warten. Er wußte, daß seine Rolle noch nicht ausgespielt war. Er hatte Zeit.

Er begann zu überlegen. Er sagte sich, ich muß mir zunächst von denen mein Geld wiedergeben lassen, denen ich im Kriege geholfen habe. Er sagte sich, ich muß die Zerrüttung Europas benutzen, um mir vom Welthandel zu nehmen, was auch nur zu haben ist. Er sagte sich, ich verfüge in meinem eigenen Lande über solche Schätze der Natur, daß ich eine Zeitlang mein Geld im Innern beschäftigen kann. Er sagte sich, ich muß durch politische Verständigung mit denen, die zu irgendeiner Zeit, sei es allein oder miteinander verbündet, mir oder meinem Geschäft gefährlich werden könnten, zu Verträgen gelangen, die meine Machtstellung sichern. Er sagte sich, diese Politik der wirtschaftlichen Intensivierung und der politischen Verständigung wird schließlich so viel Geld bei mir anhäufen, daß ich bei mir selbst nichts mehr damit anfangen kann. Aber Geld schreit nach Tätigkeit, Geld will sich mehren, Geld kann nicht einen Tag lang in Ruhe bleiben. Er sagte sich, ich muß entweder auf einen Teil meines Geldes verzichten, das mir meine früheren Freunde aus dem Kriege schulden, oder ich muß dafür sorgen, daß ich das Geld in neuen, ungeheuren Geschäften anlegen kann.

Er überlegte weiter, wo er dies Geld unterbringen könnte, und er fand, daß dies nur in Europa möglich sei. Aber Europa war noch nicht reif für sein Geschäft, Europa hing noch zu sehr seinem politischen Imperialismus an, Europa hatte die Zeichen einer neuen Zeit noch nicht begriffen. England, das sie vielleicht begriff, konnte allein gegen die andern nichts ausrichten. Er sagte sich, ich muß warten, bis sich der schlimmste Feind meines zukünftigen Geschäfts in Europa ausgetobt und totgelaufen hat. Ich kann mein Geld nicht eher nach Europa schicken, bevor nicht der Imperialismus der Sieger von Versailles an den nüchternen Tatsachen der Weltwirtschaft zerbrochen ist. Ich kann den Kampf mit diesem Feind erst aufnehmen, wenn er ratlos, erschöpft und fast erledigt ist.

So wartete der Schiedsrichter geduldig von Jahr zu Jahr und widerstand jeder Versuchung, wenn sie auch noch so verlockend war. Es kam ihm nicht auf viele mittelmäßige, sondern auf ein großes Geschäft an. Dazu gehört Geduld und Festigkeit. Er wartete, obwohl das Geld in seinem eigenen Leibe immer mehr anschwell und ihm große Beschwerden verursachte. Er wartete und dachte nicht daran, den Goldzustrom aus den Ländern seiner früheren Freunde zu verringern, er hätte ihnen ja nur einen Aufschub zu gewähren brauchen. Im Gegenteil, er hielt seine Freunde mit Ernst und Nachdruck an, immer hübsch ordentlich zu zahlen und hielt ihnen vor, daß es unmoralisch sei, wenn einer seine Schulden nicht pünktlich begleiche. Er schloß ein Schuldenabkommen nach dem andern. Das Geld stieg ihm allmählich bis zum Hals, er schnaußte schwer, aber er hielt noch an sich. Eine ungeheure Macht sammelte sich bei ihm an.

Dort saß er jenseits des großen Ozeans und wartete. Und dann kam endlich die große Stunde, in welcher er abermals über das Meer ging. Kein Zweifel, sie brauchten ihn dort nicht weniger nötig als damals, als er seine Soldaten schickte. Sie wußten nicht mehr aus noch ein, seine Berechnungen stimmten aufs Haar.

Dieses Mal kam der Schiedsrichter nicht mit Soldaten, Kanonen und Schiffen. Die Zeiten hatten sich gründlich gewandelt. Er sandte auch keine Offiziere mit schönen Uniformen. Er sandte schlichte Kaufleute mit exakten Gehirnen, und ihre Bewaffnung bestand aus nichts als Zahlen. Er sandte ganz unscheinbare Zivilisten, die nichts von Generalen an sich hatten und denen nicht ein einziger Soldat folgte.

Wenn man aber genau zusah, so erkannte man hinter den Zivilisten dennoch Soldaten so zahlreich wie der Sand am Meer und erfüllt von einer unhemmbaren Begierde, sich in den Kampf zu stürzen, in dem ein sicherer Sieg winkte. Das waren Milliarden von Dollars, die dem Wink dieser bescheidenen und anspruchslosen Zivilisten gehorchten. Der Generalstab dieser unheimlichen Armee saß in den Wolkenkratzern der New Yorker City, und die Regierung in Washington war nur eine Befehlsübermittlungsstelle.

So kam der Schiedsrichter über den Ozean. Es geschah

so ohne jegliche Propaganda und ohne die Entfaltung irgendwelchen Prunkes, daß zunächst niemand etwas von seiner Ankunft bemerkte. Wo man ihm aber begegnete, war die Berührung mit ihm so erfreulich und herzerfrischend, daß man sich allgemein über sein Kommen zu freuen begann.



Am 30. November 1923 faßt die Reparationskommission in Paris einstimmig den Beschluß, zwei Sachverständigenausschüsse zu bilden, deren erster die Aufgabe haben soll, die deutsche Währung und den Staatshaushalt zu untersuchen, während der zweite sich mit der Prüfung der deutschen Kapitalflucht ins Ausland beschäftigen wird. Auf Grund ihrer Untersuchungen haben die Ausschüsse zu erklären, was Deutschland an Tributen zahlen kann. Den Vorsitz des ersten Ausschusses übernimmt der frühere amerikanische General Dawes, jetzt Mitglied der Direktion der Central-Trust-Company in Chicago, den zweiten Ausschuß leitet der frühere englische Schatzsekretär Mac Kenna. Beiden Ausschüssen gehören neben den Amerikanern Vertreter der alliierten Mächte an. Die Ausschüsse werden ihren Sitz in Paris haben und jeweils zu den erforderlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung nach Berlin fahren. Sie werden das Ergebnis ihrer Untersuchungen in der Form eines Berichts der Reparationskommission übergeben, die ihrerseits die alliierten Regierungen verständigen wird.

Was ist vorgegangen?

Wie ist es möglich, daß Poincaré sich einem solchen Schritt anschließt, der durchaus nicht auf dem Wege seiner Reparationspolitik liegt? Wie ist es zu erklären, daß es den Ausschüssen nicht einmal verboten ist, die „produktiven Pfänder“ an Rhein und Ruhr in ihre Untersuchungen mit einzubeziehen? Was ist mit Poincaré los?

Am 28. November 1923 steht Poincaré vor der Kammer, um dieses sonderbare Zugeständnis zu begründen und zu rechtfertigen. „Wir haben vorgezogen, von unsern Forderungen etwas abzulassen, um zu verhindern, daß sich unsere Verbündeten aus den verschiedenen Körperschaften zurückziehen, die der Friedensvertrag geschaffen hat. Wir

haben vorgezogen, den beinahe sicheren Bruch mit unsern Verbündeten zu vermeiden. Ich habe geglaubt, eine gemeinsame Maßnahme, selbst wenn sie unvollkommen ist, wiegt mehr als eine entschiedene Maßnahme, die wir allein treffen."

Poincaré gesteht ein, daß seine Politik der Gewalt am Ende angelangt ist und daß man sich verständigen muß! Jetzt, wo er daran gehen will, den Besiegten zum Zahlen zu zwingen — angeblich war das der einzige Zweck seiner Gewaltanwendung! — stellt sich heraus, daß nichts mehr vorhanden ist, womit er sich bezahlt machen kann.

Seine Politik gegenüber Deutschland hat ihn in eine fast völlige Isolierung gebracht. Die Engländer haben eine energische Stellung eingenommen, die Amerikaner schütteln die Köpfe über solche Methoden, Europa gewaltsam zu ruinieren, statt es aufzubauen. Poincarés Verfahren ist ihrer Auffassung vom gesunden Menschenverstand und ihrer nüchtern-geschäftlichen Art kraß zuwider. Die Belgier sind unsicher geworden, sie haben England gründlich verstimmt, das kann nicht ohne Folgen bleiben.

Die Franzosen selbst rufen Poincaré zu: „Wo ist das Geld, das du uns versprochen hast, wo ist die Sicherheit, die du uns verschaffen wolltest?“ Das Geld ist fort. Der Ruheinbruch hat bis zum Dezember 1923, das heißt während eines ganzen Jahres, 350 Millionen Mark über die Unkosten eingebracht und, nicht genug damit, den Schuldner Deutschland obendrein für die nächsten Jahre absolut zahlungsunfähig gemacht. Nicht nur eine Jahreszahlung, nein, mindestens drei Jahreszahlungen sind verloren — als ob Frankreich das Geld nicht so verzweifelt nötig hätte! Als ob nicht jede Goldmark, heute gezahlt, fünfmal kostbarer für Frankreich wäre als eine Goldmark, die in fünf Jahren bezahlt wird — oder überhaupt nicht!

Und wie steht es mit der Sicherheit? Es gibt für französische Begriffe nur zwei Arten der Sicherheit. Die erste Art ist durch Frankreichs Isolierung, eine Folge des Ruhrkampfes, fast ganz verschüttet. England und Amerika sind weniger denn je bereit, den in Versailles versprochenen Garantiepakt mit Frankreich zu schließen. Wie kann man sich mit einem Frankreich verbünden, das mit dem Frieden Europas so leichtfertig umgeht?

Die zweite Art der Sicherheit, die von Poincaré erstrebte, ist dann perfekt, wenn das Deutsche Reich auseinandergebrochen ist. Das ist die Lösung der Sicherheitsfrage, die den Franzosen als die geläufigste, die natürlichste erscheint. Um sie zu erreichen, sind sie willig und begeistert Poincaré gefolgt, eingestanden oder nicht eingestanden. Den einen galt der Ruhereinbruch in erster Linie zum Geldmachen, den andern zur Herbeiführung der Sicherheit durch Zerschlagung des Reichs, den einen mehr das eine, den andern mehr das andere. Aber allen gemeinsam war der Grundsatz, daß, wenn das Geldmachen nicht gelang, wenigstens die Lösung der Sicherheitsfrage gelingen mußte.

Und nun ist keines von beiden zustande gekommen! Man muß Amerika herbeirufen, um es zu fragen, was man in dieser verfahrenen Lage tun soll. Man muß sich vor England beugen, dessen Warnungen und Einwände man ein Jahr lang in den Wind geschlagen. Man ist in der Reparations- und in der Sicherheitsfrage nicht nur nicht vorwärts, sondern erheblich zurückgekommen. Ja, man steht wieder ganz im Anfang, obwohl man das „Pfand“ in Händen hat.

Noch klammert sich die öffentliche Meinung an das „Pfand“, den sichtbaren Ausdruck des Sieges. Noch übersieht auch Poincaré nicht die ganze Bedeutung der Wendung, die eingetreten ist. Er sieht nur die Niederlage seines Gegners und berauscht sich daran. „Die beste Garantie unserer Sicherheit“, ruft er der Kammer zu, „bewahren wir uns dadurch, daß wir unsere jetzigen Stellungen in den besetzten Gebieten erhalten und befestigen. Frankreich wird das Ruhrgebiet erst nach der vollständigen Bezahlung der Reparationen räumen! Wir betonen noch einmal und wiederholen, was alle französischen Regierungen seit 1920 sagten — die Besetzungsfristen laufen noch nicht! Wir sind entschlossen, von Reparationen und Sicherheiten nichts zu opfern — das Jammern Deutschlands und seine Unverschämtheit wird uns nicht rühren!“

Glaubt er selbst noch an diese Worte oder ruft er sie nur zur Beruhigung seiner unsicher gewordenen Gefolgschaft? Spürt er schon, daß ihm der Boden unter den

Füßen wankt? Sagt ihm schon sein Gefühl, daß die Herrschaft über Europa im Begriffe ist, auf eine ganz andere Macht überzugehen?

☆

Die beiden Sachverständigenausschüsse treten im Januar 1924 in Paris zusammen. Am 29. Januar fahren sie nach Berlin.

Es erscheint der General Dawes, ein kleiner, untersehter, glattrasierter, wortkarger Herr, mit der unvermeidlichen angelsächsischen Pfeife im Mund. Er stellt sich der deutschen Regierung vor und begibt sich mit seinem Komitee unverzüglich an die Arbeit. Er liebt durchaus keine sentimentalischen Abschweifungen, er hat einen geschäftlichen Auftrag, der genau umgrenzt ist und der Phantasie wenig Spielraum läßt. Alles Abseitige begegnet bei ihm keinerlei Interesse. Sein Gehirn arbeitet mit der Praxtheit einer Rechenmaschine. Er unternimmt den grandiosen Versuch, den ganzen Leidenskomplex des Krieges und Nachkrieges in ein paar Zahlen aufzufangen, eine einfache Addition vorzunehmen. Diesen Versuch umgibt die ganze noch unsichtbare Autorität der Vereinigten Staaten von Amerika. General Dawes führt nur die Avantgarde, man befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Es ist möglich, daß die erste Schlacht noch nicht gewonnen wird.

Es klappt alles wie am Schnürchen. Wer hat denn gewußt, daß die ganze Geschichte so einfach ist! Es ist geradezu wie eine Offenbarung, man greift sich an den Kopf und versteht gar nicht mehr, wie man sich bisher nur so hat aufregen können!

Die Reichsregierung macht im Anfang noch einige Versuche, an den Kern des Übels zu rühren. Sie spricht vom deutschen Elend, von der Not weitester Schichten, von der Verarmung des Volkes, von den furchtbaren Statistiken der Krankheiten, der Verengung des Existenzbodens für jeden einzelnen Deutschen.

Aber Herr Dawes interessiert das durchaus nicht. Endlich begreift die Reichsregierung die neue Methode — und von da an kommt man glänzend vorwärts. Von dem Elend wird nicht mehr gesprochen, die Menschen spielen keine Rolle mehr, die Zahlen sind es, die man braucht, auf die Zahlen kommt es an.

Nach einem Vierteljahr ist alles fertig.

Da steht er, der Dawesplan, ein sauberes geschäftliches Erposé, ein so vollkommenes Instrument, daß Herr Dawes mit nüchternem Stolz behaupten kann, der Plan könne nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Da liegt das Meisterwerk auf dem Tische der Reparationskommission — es ist der 9. April 1924 — und der General bemerkt trocken, es sei wohl überflüssig, eine Rede dazu zu halten. Da liegt es, nehmt es an oder meinethalben nehmt es nicht an, das ist schließlich eure eigene Sache, wir haben unsere Pflicht getan und reisen mit dem nächsten Dampfer nach Hause, um uns wieder unsern allzulange vernachlässigten Geschäften zu widmen.

Deutschland, so sagt Dawes, ist moralisch verpflichtet, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Das ist in diesem Falle lediglich eine geschäftliche Prämisse, die zur Erläuterung des Nachfolgenden erforderlich erscheint. Es steht hier nur im Interesse einer geordneten Buchführung.

Deutschlands Wirtschaft ist durchaus zahlungsfähig, denn sie ist wieder aufgeblüht, sie hat den Krieg längst überwunden. Das ist der zweite Leitsatz, den Herr Dawes in Berlin den Zahlen entnommen hat.

Deutschland, das Land enormer Arbeitskraft, das Land der natürlichen Rohstoffe, das Land der hochentwickelten Technik rechtfertigt auch für die Zukunft einen gesunden Optimismus. Das ist der dritte Glaubenssatz.

Dann kommen die materiellen Voraussetzungen.

Deutschlands innere Staatsschuld ist durch die Inflation so gut wie beseitigt. Man hat Herrn Dawes in Berlin klarzumachen versucht, daß diese Schuldentilgung auf dem Wege eines Betrugs an allen Besitzern fester Werte entstanden und daß das Reich nach geschäftlichen Grundsätzen seinen Angehörigen für den ihnen zugefügten Schaden in gewissem Sinne haftbar sei. Man hat auch auf die moralische Seite der Angelegenheit hingewiesen. Aber wie gesagt, Herrn Dawes interessieren diese komplizierten Gedankengänge nicht, für ihn bestehen nur die Zahlen. Die Zahlen müssen ergeben, was man in Wallstreet erwartet, das Geschäft verspricht ein gutes Resultat.

Deutschlands fiskalische und wirtschaftliche Einheit muß

wiederhergestellt werden. Das heißt, die Ruhrbesetzung muß ihres wirtschaftlichen Charakters entkleidet werden, es ist nichts mit dem „produktiven Pfand“, wenn man von Deutschland Geld haben will. Über die militärische Besetzung sagt der Bericht kein Wort. Sie gehört nicht zu Herrn Dawes' Kompetenzen, sie interessiert ihn nicht.

Die deutschen Reparationszahlungen rangieren vor den inneren finanziellen Bedürfnissen des Reichs. Hier übernimmt Herr Dawes in trockener Geschäftsmanier den Grundsatz der Sieger, daß der Besiegte zuerst zahlen und dann leben müsse. Es gehört zu den Erfordernissen eines klaren Geschäftsgebarens, diese Feststellung zu treffen. Herr Dawes interessieren die inneren deutschen Finanzverhältnisse lediglich als Grundlage der Geschäftsfähigkeit des Reiches. Die amerikanischen Gelder schreien nach Anlage.

Die Alliierten haben das Recht, am Wachsen des deutschen Wohlstandes durch automatische Erhöhung der Zahlungen teilzunehmen. Das ist brutal, aber geschäftlich sehr klar, wenn man die Voraussetzung der moralischen Verpflichtung Deutschlands gelten läßt, wie Herr Dawes es tut. Er wendet nur den Grundsatz des Konkursverfahrens aus dem privaten Geschäftsleben auf die Beziehungen der Völker untereinander an. Herr Dawes ist, wie gesagt, nicht für Sentimentalitäten geschaffen.

Die deutschen Jahresraten müssen alle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag einschließen, auch die Besatzungskosten. Ein lobenswert klarer Grundsatz.

Die deutschen Zahlungen müssen unter Transferschutz stehen. Das verlangen die Interessen der Geldgeber. Über das Tempo und den Umfang der Übertragung der Zahlungen in fremde Währungen wacht der neuzuschaffende Generalagent für die Reparationszahlungen. Er wird der Vertrauensmann der amerikanischen Hochfinanz sein. Wenn Amerika Geld geben soll, so will es, daß die Devisenmärkte nicht in Unordnung geraten. Das ist für die Geldgeber viel wichtiger als die Frage, ob die Franzosen tatsächlich die ganze ihnen zustehende Summe erhalten.

Weder die Dauer der Jahreszahlungen noch die Gesamtheit der deutschen Verpflichtung wird festgestellt. Man muß zunächst einmal ausprobieren, wie sich das Geschäft anläßt.

Die deutsche Währung muß durch eine Auslandsanleihe von 800 Millionen Goldmark stabilisiert werden. Die Stabilisierung der Währung ist die Voraussetzung des Plans. Die Anleihe wird von Amerika gegeben, das ist der erste Schub, hinter ihm wird der breite Strom einsetzen.

Die deutschen Zahlungen müssen durch Garantien sichergestellt sein. Industrie, Eisenbahn und ein Teil der Reichseinnahmen müssen haften und werden kontrolliert. Das ist hart. Aber die verschiedenen deutschen Regierungen haben es früher schon zugestanden, man braucht also nicht weiter darüber zu reden. Die Reichsbahn wird eine selbständige, vom Reich unabhängige Gesellschaft, in deren Verwaltungsrat auch ausländische Geschafleute sitzen. Sie haftet mit elf Milliarden für die Reparation. Die Industrie haftet mit fünf Milliarden erststelliger, hypothekarisch gesicherter Obligationen. Die Reichsbank ist selbständig zu machen, sie wird ebenfalls von Ausländern kontrolliert. So erhalten wir eine gesunde geschäftliche Basis.

Die Jahreszahlungen sind gestaffelt. Sie betragen im ersten Jahr eine Milliarde, im zweiten 1220 Millionen, im dritten 1200, im vierten 1750 Millionen. Vom fünften Jahre an gilt die „Normalrate“ von zweiundeinhalb Milliarden Goldmark. Es ist fraglich, ob das Schema mit der wirklichen Lage übereinstimmt, aber man muß es, wie gesagt, ausprobieren. Sicherungen sind eingebaut. Einen Fehler wird man später korrigieren können.

Der Plan ist fertig, die Sachverständigen fahren nach Hause, die Regierungen haben das Wort.

Aber bevor noch die Regierungen ihr Wort formulieren können, sprechen die Völker selbst.

Regierungskrisen in London, Paris und Berlin. Wahltag in Frankreich und Deutschland, Gerichtstag über die Regierungen. Die Quittungen werden vorgelegt.

In England fängt es an.

☆

Mitte Januar bringt die bei den letzten Wahlen stark angewachsene Arbeiterpartei im englischen Unterhaus ein Mißtrauensvotum gegen das konservative Kabinett Baldwin ein. Die Liberalen machen mit der Arbeiterpartei gemeinsame Sache und stimmen gegen die Regierung, das

Konservative Kabinett tritt zurück. Am 22. Januar 1924 beauftragt der König den Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, mit der Neubildung. Am gleichen Tage ist das in der Geschichte des britischen Imperiums Unerhörte Ereignis geworden — England hat seine erste Arbeiterregierung.

Die Augen der ganzen Welt sind auf die unvermeidlich erscheinende gründliche Auseinandersetzung des neuen englischen Premierministers mit Poincaré gerichtet.

Zumal in Deutschland werden auf den englischen Kabinettwechsel große Hoffnungen gesetzt. Man übersieht dabei geflissentlich, auf einer wie schwachen Grundlage die Arbeiterregierung steht. Ohne die Hilfe der Liberalen verfügt sie über keine Mehrheit, selbst wenn sie von sich aus gesonnen wäre, das englisch-französische Verhältnis auf eine ganz neue Grundlage zu stellen.

Die Enttäuschungen können nicht ausbleiben. Herr Poincaré, der gerissene Advokat, weiß auch auf der neuen Flöte zu spielen. Es ist erstaunlich, welche Töne er daraus hervorbringt.

„Sie haben Ihre öffentliche Meinung“, schreibt Macdonald an Poincaré, „ich habe die meinige. Sie haben Ihre nationalen Interessen sicherzustellen, ich die meinigen. Auf den ersten Blick könnten hier manchmal Widersprüche bestehen, aber ich bin sicher, daß durch eine äußerste Anstrengung des guten Willens die Konflikte geregelt werden können und daß es möglich sein wird, die Mittel zu finden, die Frankreich und England ein freundschaftliches Zusammenwirken gestatten.“

„Ich habe das Vertrauen“, antwortet Poincaré, „daß wir, wenn jeder für sich mit der Entschiedenheit und dem guten Willen vorgeht, von dem Sie sprechen, zu Lösungen gelangen werden, die dazu angetan sind, zwischen Großbritannien und Frankreich die Politik aufrechtzuerhalten, die für unsere beiden Länder und die Freiheit der Welt unerläßlich ist. Mein Freimut wird stets dem Ihrigen entsprechen.“

Schöne Worte, die beiderseits mit Vergnügen gesendet werden. Als der englische Innenminister Henderson einmal in einer Rede von der Notwendigkeit spricht, den Versailler Vertrag abzuändern, als er das Verfahren geißelt,

unmögliche Summen aus Deutschland herauszupressen, muß Macdonald seinen stürmischen Genossen ernstlich tadeln und zur Ordnung rufen. Das ist die nüchterne Wirklichkeit.

Die Unterhaltung zwischen den beiden Premierministern geht noch eine Zeitlang weiter. In der praktischen Politik ändert sich nichts. Der Dawesausschuß ist an der Arbeit, der Schiedsrichter prüft die Lage.



Die deutsche Regierung ist nicht im unklaren darüber, was im Dawesausschuß vorgeht. Sie weiß, daß es ungeheuer schwer, fast unmöglich sein wird, das deutsche Volk zur Annahme eines Ergebnisses zu bewegen, wie man es nach allem erwarten muß. Schon fragt die Opposition auf der rechten Seite, ob die Regierung nicht sehe, wohin die Dinge trieben, ob sie nicht bemerke, daß sich ein neues Versailles, ein schlimmeres als das erste noch, hinter den Kulissen dieser wirtschaftlichen Sachlichkeit vorbereite.

Die Regierung weiß nichts anderes zu tun, als immer wieder auf die furchtbare Zwangslage hinzuweisen, in der sie sich befindet. „Wir alle wissen“, ruft Außenminister Stresemann, „daß es in Frankreich eine starke Partei gibt — und sie ist im Augenblick an der Herrschaft — für die der Weg nach dem Rhein das Entscheidende ist, der Weg zu den Reparationen nur das Sekundäre.“ Darum, meint der Minister, sei es falsch, in der Reparationsfrage allzu hartnäckig zu bleiben, wenn man nicht die Herrschaft jener gefährlichen imperialistischen Partei in Frankreich verewigen wolle.

Immer mehr Einzelheiten über die Arbeiten des Dawesausschusses sickern in die Öffentlichkeit. Immer leidenschaftlicher werden die Angriffe der Opposition, immer schärfer die Abwehr der Regierung. Innerpolitischer Streit vermehrt den Haß. Eine scharfe Zuspitzung der Aufwertungsfrage ist durch die dritte Steuernotverordnung der Regierung herbeigeführt worden. Die Reichsregierung hat durch die Verordnung die durch die Inflation geschaffene Besitzumwälzung gesetzlich sanktioniert, sie bezeichnet jede Art der Aufwertung als untragbar für Staat und Wirtschaft. Der Dawesbericht wirft seine Schatten voraus.

Der Kampf um die Steuernotverordnungen, der Kampf um die zu erwartenden Ergebnisse des Dawesauschusses, das verzweifelte Dilemma zwischen äußeren und inneren Verpflichtungen des Reichs, denen nachzukommen ein Ding der Unmöglichkeit sein wird — diese fürchterliche Auseinandersetzung im eigenen Hause läßt die Regierung den letzten Ausweg beschreiten. Am 13. März 1924 wird der Reichstag aufgelöst, die Regierung ruft das Volk um seine Entscheidung an.

Unter solchen Vorzeichen wird nach einem Wahlkampf von noch nicht dagewesener Schärfe am 4. Mai 1924 der zweite Reichstag der Republik gewählt. Seine Zusammensetzung bedeutet für die Regierung eine Katastrophe. Die deutschnationale Opposition schwillt von 67 auf 106 Sitze an. Die deutschvölkische Freiheitspartei steigt von 3 auf 32 Sitze. Die Sozialdemokratie büßt von 173 Sitzen nicht weniger als 73 ein, während die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie von 15 auf 62 Sitze anwachsen. Die bürgerliche Mitte als eigentliche Trägerin der Regierungspolitik hat starke Einbußen. Während das Zentrum sich einigermaßen behauptet, sinkt die Volkspartei von 66 auf 44, die demokratische Partei von 39 auf 28 Sitze.

Die einzige Rettung für die Regierung liegt in der Unmöglichkeit, aus diesem Reichstag mit Hilfe der parlamentarischen Arithmetik ein neues Kabinett herauszurechnen. Weder die Rechte noch die Linke verfügt über eine regierungsfähige Mehrheit, während die bisherige Regierungskoalition der Mitte, wenn sie sich auf die stille Hilfestellung der Sozialdemokratie verläßt, gerade noch bestehen kann. Die Opposition der Rechten hat einen Sieg erkämpft, aber der Sieg reicht nicht bis zur Entscheidung. Die Regierung hat eine Niederlage erlitten, aber sie lebt weiter als Nutznießerin des unvollständigen Sieges ihrer Gegner. So treibt das Deutsche Reich der kommenden Entscheidung über seine Zukunft im Innern gelähmt und seiner Stoßkraft beraubt entgegen.

Der Reichspräsident bestätigt das alte Kabinett Marx in seinem Amt. Der Versuch, mit Hilfe der Deutschnationalen eine rein bürgerliche Regierung zu bilden, wird nicht ernsthaft unternommen. Die Gegensätze erscheinen zu groß und zu aufgewühlt. Eine Kandidatur des deutschnationalen Ab-

geordneten Großadmirals von Tirpitz taucht auf und verschwindet wieder. Die Regierungsparteien wollen unter keinen Umständen mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache machen, heute weniger denn je. Sie begreifen schon, daß sich in Europa ein Wandel vollzieht, den die nationale Opposition niemals gutheißen kann, wenn sie sich nicht selbst aufgibt.

★

Am Abend des 11. Mai 1924, genau eine Woche nach den Reichstagswahlen in Deutschland, steht die Welt vor der ungeheuerlichen Tatsache, daß Poincaré von seinem eigenen Volke gestürzt worden ist.

Der bloc national, jene Kammermehrheit der Rechten und der Mitte, die Poincaré stets blindlings gefolgt und mit deren Hilfe er seinen Kampf gegen das Deutsche Reich geführt, gerät in aussichtslose Minderheit und macht dem neuen Kartell der Linken Platz, das sich aus dem linken bürgerlichen Flügel und den Sozialisten zusammensetzt. Es ist, als ob Europa und die Welt ein paar Tage lang den Atem anhielten.

Das französische Kabinett beschließt, bis zum Zusammentritt der neuen Kammer im Amte zu bleiben und die Geschäfte weiterzuführen. Nach außen hin versucht Poincaré den Eindruck seiner Niederlage abzuschwächen, indem er erklärt, das Wahlergebnis sei in erster Linie der Ausdruck innerer Strömungen. Präsident Millerand, getreuer Helfer Poincarés, versucht zu retten, was zu retten ist. Aber das Kartell der Linken zeigt sich im ersten Schwunge seiner Aktionskraft und seines jungen Sieges zu keinen Konzessionen bereit.

Poincaré tritt am 31. Mai 1924 nach fast zweieinhalb-jähriger Regierungszeit ab. Das Linkskartell übernimmt die Regierung. Ministerpräsident wird Herriot, Oberbürgermeister von Lyon und Führer der linksbürgerlichen radikalsozialistischen Partei. Die Sozialisten treten zwar nicht selbst in die Regierung ein, versprechen aber Unterstützung. Im ersten Kampfeifer zwingt das Kartell sogar den Präsidenten der Republik zum Rücktritt von seinem Posten. Man wirft Millerand allzu eifrige Unterstützung Poincarés und Überschreitung seiner verfassungsmäßigen

Befugnisse vor. Aber bei der Neuwahl des Präsidenten zeigt das Kartell schon seine erste Schwäche. Painlevé, der Kandidat des Kartells, unterliegt gegen den Kandidaten der Rechten und der Mitte, Doumergue.

Hat man in Deutschland im Januar auf die englische Arbeiterregierung seine Hoffnung gesetzt, so erweckt jetzt der Sieg des Linkskartells in Frankreich noch größere Erwartungen. Die Enttäuschungen sind bitter.

„Wir nehmen ohne jeglichen Sintergedanken den Bericht des Dawesauschusses an“, sagt Serriot. „Aber angesichts des augenblicklichen Zustandes in Deutschland und angesichts der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern alle Völker vor dem Wiederaufleben des nationalistischen Alldeutchtums zu bewahren, hält es unsere Partei nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die im Sachverständigenbericht vorgesehenen Pfänder wirksam geworden sind . . .“

Noch deutlicher spricht der Ministerrat des neuen Kabinetts bei seiner ersten Sitzung. Er beschließt, „die bisherige Außenpolitik bis auf weiteres fortzusetzen“. Serriot persönlich dringt bei seinen Kollegen auf die Fortdauer der Ruhrbesetzung und weist darauf hin, daß die Sachverständigen zwischen der wirtschaftlichen und der militärischen Besetzung einen wohlüberlegten Unterschied machen.

Wer sich gleichwohl in Deutschland noch Illusionen hingibt und sich an dem Anbruch der „neuen Ära“ berauscht, wird rasch eines besseren belehrt. Serriot ernennt zu seinem Kriegsminister den General Nollet, den Vorsitzenden der interalliierten militärischen Kontrollkommission in Berlin. „Ich wünsche“, sagt Serriot, „daß man genau wisse, warum ich das Kriegsministerium gerade dem Chef der Kontrollkommission anvertraut habe. General Nollet ist derjenige, der am besten Bescheid weiß über alles, was in Deutschland vorgeht. Indem ich ihn zum Kriegsminister mache, will ich allen, die jenseits von Rhein und Ruhr von Revanche träumen, ein Warnungszeichen geben. Ich habe den bestimmten Eindruck, daß sich in Deutschland eine Bewegung bildet, die derjenigen von 1806 gleicht. Wir werden uns weder einschläfern noch täuschen lassen!“

Es geht eine Melodie um in Europa. Erst klang sie schüchtern und leise, murmelnde Begleitmusik zum wilden Kampf des französischen Imperialismus gegen das, was in Versailles vom Deutschen Reiche noch übriggeblieben war.

Dann klang sie lauter. Sie drang schon bis in die Amtsstuben der Regierungen und bis in die Kontore der Industrie- und Handelsgesellschaften. Sie wurde schon in den Klubsesseln der Parlamentarier gesummt, die sich zigarrenrauchend in ernstesten Sorgen um die Zukunft des Pulverfassens ergingen, das neben ihren Sesseln stand. Sie wurde jetzt schon von Geheimräten, von Generaldirektoren und von den Vertretern des Klassenbewußten Proletariats gemeinsam gesungen, wenn sie sich trafen. Es klang noch nicht schön und nicht klar, es gab noch viele Mißtöne, und mancher schrille Sänger mußte energisch hinausgewiesen werden. Aber es klang doch schon so stark und laut, daß die Zeitungen, die immer ein wenig später kommen, davon Kenntnis nahmen und sich sachte überlegten, ob sie mitsingen sollten oder nicht. Die meisten entschlossen sich zum Mitsingen, denn man soll immer dem Neuen und dem Fortschritt geneigt sein, und außerdem klang die Melodie durchaus nicht übel.

Als der französische Imperialismus endlich das Ruhrgebiet von unten nach oben gekehrt, als er sah, daß er das ganze Porzellan, an dessen Verkauf er sich schadlos halten wollte, dreimal kurz und klein geschlagen hatte, als der große Katzenjammer anhub und als die Regierung des Deutschen Reiches schon wieder Optimismus zeigte — damals, nach kurzer Atempause wie nach Blitzschlag und nach dem langen Verrollen des Donners schwoh die Melodie an zu einem Choral, und die inzwischen wohlpräparierten Völker horchten endlich auf.

Es war just die Zeit, in der auch die amerikanische Musik über den Ozean herüberkam mit Sargophon und Schlagzeug und sich im Sandumdrehen die Herzen der geplagten Europäer eroberte. Europa fing an, Arm in Arm mit dem klappernden Gerippe seiner Not fortrott und Charleston zu tanzen. Das war wunderschön, und es rasselte nur so dabei. Man wollte sich doch endlich auch wieder mal freuen.

Die Melodie, von der die Rede war, stammte auch aus Amerika. Aber man hörte es ihr durchaus nicht an. Es lag den Amerikanern vielmehr sehr am Herzen, die Euro-

päer glauben zu machen, sie selbst, die Europäer, seien die Komponisten. Ja, am allerliebsten wäre es ihnen gewesen, wenn die Melodie überall in Europa und besonders in Deutschland als ein echtes, rechtes, urwüchsiges, harmloses und, ach, so romantisches Volkslied gesungen worden wäre.

Es wurde kein Volkslied daraus, das Jahrhunderte überdauert. Aber immerhin wurde es ein Schlager, der eine ganze Saison kräftig durchhielt und mehr einbrachte, als man erwartet hatte. Es dauerte nicht lange, bis alle Parlamente, Industriekonzerne, Wirtschaftsverbände, sozialistischen Gewerkschaftsbüros, der größte Teil der Zeitungen und, nicht zuletzt — die armen Leute diesen Schlager sangen. Und das war es, was den Amerikanern vor-schwebte.

Der Text?

Da liegt der Dawesplan, das ist eine saubere Arbeit, die müßt ihr euch betrachten, da ist auch nicht das geringste daran auszusetzen. Hier ist das Geld, das ihr braucht, ihr armen geplagten Schlucker, Geld, so viel, daß ihr euch daran vollfressen könnt. Gegen gute Zinsen natürlich, aber das ist nun einmal in der Welt so eingerichtet, und wir können nichts daran ändern. Ihr braucht den Dawesplan, der hier liegt, nur anzunehmen, dann habt ihr das Geld, das dort wartet. Mit dem Geld werdet ihr produzieren und arbeiten. Von dem Ertrag eurer Arbeit werdet ihr eure Schulden bezahlen und die Zinsen für das Geld, das wir euch geben. Wir machen einfach aus eurem lächerlichen politischen Streit eine wirtschaftliche Angelegenheit. Ihr werdet staunen, welche Wunder das wirkt. Es wird keinen Streit mehr geben, die Wölfe werden Gras fressen und die Füchse Friedenspsalmen singen. Wenn ihr nur einmal den ersten Schritt tun wolltet — dort liegt der Dawesplan — dann wird alles andere von selbst kommen. Nachher werdet ihr uns noch auf den Knien danken, daß wir euch das Tor der Vernunft und der prosperity so selbstlos und so weit geöffnet haben. Gereinspaziert, meine Herren! Was verlangen wir von Ihnen? Gar nichts! Nur Ordnung, geschäftliche Sauberkeit, Maulhalten und Arbeiten. Also bitte, unterschreiben Sie, schließlich ist es Ihre eigene Sache, und man kann niemanden zur Seligkeit zwingen.

Die deutsche Regierung hat sich als erste auf den Boden des Dawesplans gestellt. Die englische Regierung ist ihr gefolgt. Der französische Ministerpräsident erklärt ausdrücklich, daß Frankreich „ohne jeglichen Zintergedanken“ bei der gemeinsamen Sache sein werde. Die Öffentlichkeit in allen drei Ländern ist ohne Zweifel in ihrer überwiegenden Mehrheit dafür. Was also steht noch im Wege?

Am wenigsten Widerstände sind in Deutschland zu spüren. Die nationale Opposition ist zwar gerade aus den Neuwahlen sehr gestärkt hervorgegangen, aber Industrie und Gewerkschaften, Kapitalismus und Sozialismus, sind sich schon wieder einig darüber, daß man annehmen müsse. Das Parlament wird noch eine Zeitlang zappeln und sich sträuben, um die ganze Summe taktischer Vorteile auszunutzen, wie man es gewohnt ist. Aber dann wird es auch mit von der Partie sein. Die Massen? Als ob sie gefragt würden, als ob sie über ein freies Urteil verfügten! Die dreifache Bürokratie des Staates, der Gewerkschaften und der Industrie, verbündet mit der Mehrheit des Parlaments, hat alle Macht in ihren Händen. Wer will sich noch sträuben, wenn dies Dreigestirn entschieden hat?

Ebenso wenig Widerstand ist fast von England zu erwarten. In London sieht man die ungeheure Umwälzung, die sich vollzogen hat, den zweiten unsichtbaren Umsturz, nicht weniger bedeutend als der Krieg selbst, wohl am klarsten. Man hat schon sein Kompromiß gemacht. Die erste Geige werden unzweifelhaft die Amerikaner spielen, man muß sich damit abfinden. Aber man wird hinter den U.S.A.-Leuten der zweite sein, und man ist näher an Europa als Amerika. Man hat den wirtschaftlichen Friedenszustand am nötigsten. Die Amerikaner suchen eine sichere und gute Anlage für ihr Geld, die Engländer erstreben Handel, Absatz, Geschäft. Beides läßt sich ganz gut vereinigen. Also machen wir Frieden, Freundschaft, Versöhnung und reden wir nur noch europäisch. Hier vereinigen sich Idealismus und Weltbeglückungsgedanke eines Macdonald mit dem trockenen Interesse der Londoner City. Hier blüht der Weizen der neuen Ära, hier breiten sich die sanften Gefilde des Friedens, in denen das amerikanische Geschäft geruhsam seine kräftigen und saftreichen Wurzeln entwickeln kann.

Wo also sitzt noch der Widerstand? Er kommt von Ver-

sailles, Spa und vom Ruhrkampf. Er kommt von der Seite jenes fürchterlichen Imperialismus, der durchaus nicht geneigt ist, nach der verlorenen Schlacht an der Ruhr nun einfach vor dem stärkeren Imperialismus des amerikanischen Dollars zu kapitulieren. Jener Imperialismus von Versailles rüstet zu einem Kampf auf Leben und Tod, und wer damals von den äußeren Ereignissen zu den inneren Hintergründen vorge drungen wäre, der hätte am Horizont schon das unvermeidliche Ergebnis dieses Kampfes gesehen. Der Imperialismus von Versailles war stärker als der Imperialismus des Dollars, denn er lebte und zehrte von den lebendigen Kräften der Völker, während der Imperialismus des Dollars durch das zeitliche wirtschaftliche Übergewicht Amerikas bedingt war. Ging die Rechnung des Dawesplans auch wirtschaftlich nicht auf, so hatte im gleichen Augenblick Versailles gewonnen.

Vier Jahre dauert der Kampf, ein Ringen ohnegleichen, meßbar nur an Ziffern von Arbeitslosigkeit, Konkursen, Absatzkrisen, Streiks, Stilllegungen, Lohnabbau, Preisstürzen, Börsenzusammenbrüchen. Er währte vom Dawesplan bis zum Youngplan. Als der Imperialismus des Dollars mit dem Youngplan dem Imperialismus von Versailles seinen letzten und größten Triumph abgerungen, als er alles in der Sand hielt und seine Gegner fast völlig zu Boden geworfen hatte, war unsichtbar schon der neue große Umschwung eingetreten. Eine andere Kraft begann sich gegen den Sieger aufzulehnen. Diese Kraft, die gleichzeitig gegen beide, gegen die Ketten des Dollars und gegen die Ketten von Versailles zu kämpfen und dereinst beide abzulösen haben wird, ist der Nationalismus.



Mit einem sonderbaren Rausch strebt alles jetzt dem Ziele zu, von dem man die Rettung erwartet. Die einen preisen den Plan als einen Abschluß und als endgültigen Triumph der Ordnung, der Sauberkeit, des friedlichen Beisammenseins der Völker, der Entgiftung der internationalen Beziehungen. Die andern preisen ihn als einen Anfang, als eine Verheißung, als den Einzug einer neuen politischen Methode, als schmale Morgenröte am lange verdüsterten Himmel. Alles drängt zu dem Pakt, es ist eine

fast babylonische Verwirrung, ein mystischer Kreuzzug gegen die Hydra des europäischen Unfriedens.

Von Chequers, wo Gerriot und Macdonald, die Prototypen der neuen Richtung, miteinander im Grase liegen und Kommuniqués von brüderlicher Herzlichkeit ausgeben, breitet sich dieser Kausch über ganz Europa aus. Wer an ihn nicht glaubt, der tut doch so, als sei er davon ergriffen, denn es ist gut und nützlich, sich dem neuen System anzupassen. Alles wird werden, alles muß sich lösen, man muß einen moralischen Pakt schließen, der die Wölfe in Lämmer verwandelt und fortan Gras fressen heißt. Alles wird gut werden, weil die tiefe Sehnsucht der Völker danach verlangt.

Mit vollem Eifer rüstet man allseits für die in London geplante große Konferenz, die der Ingangsetzung des Dawesplans gelten soll. Es ist beinahe, als stünde das Zeitalter der Seligkeit bevor und als werde das Tor zum Garten Eden schon knarrend geöffnet.

18. Kapitel

König Dollar

Betriebsunfall der neuen Ära. — Im Grase von Chequers. — Die „erste, wahre Friedenskonferenz“ von London im Juli und August 1924. — Das Diktat der Hochfinanz. — Macdonalds Ringen mit Gerriot. — Empfang der Deutschen am gemeinsamen Tisch. — Die einjährige Räumungsfrist und die Sanktionsfrage. — Marx und Stresemann unterschreiben. — Der furchtbare Bundesgenosse. — Stimme aus dem Grabe.

Es ist schwer, die Welt an den neuen Ton zu gewöhnen. Die Zeit der Gunde, die in Europa bellend, von der Lloyd George in Genua einst grollend sprach, ist noch nicht vorüber.

Macdonald, dem englischen Premier, bereitet die Zähigkeit des alten Systems, das immer noch nicht einsehen will, daß es mit seiner Herrschaft nun ein für allemal aus und vorüber ist, Kummer und ernste Besorgnis. Wenn es nach ihm ginge, wäre das Tempo der neuen Ära viel stürmischer, viel idealistischer, viel dramatischer.

Aber in Macdonalds nächster geistiger Nachbarschaft fängt es schon an mit den Widerständen. Da ist Gerriot. Bis zum heutigen Tage kennt man ihn nur als einen glühenden Verfechter des europäischen Gedankens, der Völkerveröhnung, der neuen Ära. Wie ritt er Attacke auf Attacke gegen Poincaré, wie stritt er im Zeitalter des Ruhrkampfes, als die Vernunft in Frankreich keinen Sou mehr galt, gegen den Wahnsinn der eigenen Regierung! Jetzt hat er gesiegt, jetzt ist er im Besitze der Macht — und was geschieht? Nichts als flägliche Versicherungen . . . „ich kann nicht anders, ich darf nicht, ich muß an meine Opposition denken, sie jagen mich fort, wenn ich nicht gehorche . . .“

Im Grafe von Chequers schien Gerriot noch der alte idealistische Kämpfer. Willig und freudig unterschrieb er die europäischen Seilschaften, die Macdonald ihm lächelnd vorlegte. Kaum aber ist er nach Paris zurückgekehrt, beginnt seine heimliche Umformung. Man vernimmt sonderbare Aussprüche des französischen Ministerpräsidenten. Man läßt es sich gern gefallen, daß er vor der deutschen Reaktion warnt und daß er sagt, man müsse ein wachsames Auge auf sie haben. Alle sagen dasselbe, die deutsche Regierung, die englische, die amerikanische Presse — warum sollte man es Gerriot übelnehmen, wo Frankreich doch schließlich der nächste dazu ist? Es herrscht vollkommene Einmütigkeit in Europa über diesen heißen Punkt.

Über schließlich regieren gegenwärtig in Berlin nicht die Reaktion und der Nationalismus, sondern die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei, und beide verdienen es schon, daß man sie ermutigt und ihnen hilft. Ist es nicht der letzte Sinn der neuen Ära, diese Kräfte in Deutschland so zu stärken und zu festigen, daß man mit ihrer Hilfe das gemeinsame europäische Dach aufrichten kann? Verträgt es sich mit solchen Grundsätzen, wenn Gerriot — seine innerpolitischen Schwierigkeiten in Ehren, aber man muß auch zu seiner Überzeugung stehen — das sichtliche Bemühen zeigt, sich einer Ausdrucksweise zu bedienen, die sich von derjenigen Poincarés nur noch durch spitzfindige Nuancen unterscheidet?

„Was die militärische Besetzung des Ruhrgebiets anlangt, so ist in Chequers keinen Augenblick lang davon die

Rede gewesen, die französische Handlungsfreiheit aufzugeben . . . wir geben keine der Sicherheiten preis, die wir uns in Versailles verschafft haben . . . Versprechungen, die man uns gibt, werden uns nicht genügen . . . die Besetzungsfristen für das Rheinland haben noch nicht zu laufen begonnen, die neue französische Regierung übernimmt in dieser Frage ohne jede Einschränkung die Erklärungen ihrer Vorgängerin . . .“

Macdonald runzelt die Stirn. Aber man muß Geduld haben, man steht erst im Anfang, das Ziel ist so groß, daß man sich durch Rückschläge nicht entmutigen lassen darf.

Die englische Regierung versendet die offiziellen Einladungen zur großen Daweskonferenz in London. Die Tatsache, daß diese Konferenz nun wirklich stattfinden soll, die Begeisterung, die dieser erträumte europäische Friedensschluß im gläubigen Herzen Macdonalds im voraus entzündet, geben die Veranlassung zu einem Begleitschreiben, worin der Premierminister die zu erwartenden Ergebnisse ein wenig vorwegnimmt. Er spricht davon, daß bei künftigen Streitfällen mit Deutschland die Reparationskommission ausgeschaltet sei, in welchem glücklichen Umstande man eine starke Sicherung des europäischen Friedens erblicken müsse.

Diese zwei Sätze stellen im Sandumdrehen Paris und die ganze neue Ära auf den Kopf. Die Presse der Rechten, das Parlament, die Industrie, das Volk — alles läuft Sturm gegen Serriot, den man beschuldigt, leichtfertig auf eines der heiligsten Rechte aus dem Versailler Vertrag verzichtet zu haben.

Serriot versucht den Sturm zu beschwören. Es sei ein Mißverständnis seines lieben Freundes Macdonald, nichts dergleichen sei verabredet worden, wie hätten sie beide in Chequers etwas bestimmen können, was doch Angelegenheit der Gesamtheit der Alliierten sei?

Man glaubt dem Ministerpräsidenten nicht, man will nicht glauben. Es knistert im dünnen Gebälk des Linkskartells. Die Sozialisten drohen mit Aufkündigung ihrer Hilfestellung, wenn Serriot sich nicht energischer zum Grundsatz der europäischen Verständigung bekennen wolle. Serriots Kabinettskollegen betrachten den Chef mißtrauisch — sollte er wirklich im Grase von Chequers, so in aller Gemütlich-

keit und bei einer guten Zigarre . . . aber es ist nicht aus-
zudenken!

Macdonald, telegraphisch von dem Unwetter verständig, packt schleunigst seinen Koffer und fährt mit dem nächsten Zuge nach Paris, obwohl in London genug für ihn zu tun ist. (Da sind zum Beispiel einige amerikanische Bankiers angekommen, die ihn gern sprechen möchten.) In Paris lächelt er schon wieder voller Vertrauen und Zuversicht, alle Leute können es sehen. Serriot ist moralisch ganz gebrochen, es ist nicht leicht, ihn wieder aufzurichten, er hat die größte Lust zum Rücktritt. Als Macdonald in ihn dringt, man müsse in Zukunft eben entschiedener für den Fortschritt und die Versöhnung eintreten, damit es nicht zu ähnlichen Betriebsunfällen komme, seufzt er nur.

☆

Die deutsche Regierung, die eben mit sehr anfechtbaren parlamentarischen Mitteln und in nicht gerade korrekter Auslegung des Wahlergebnisses ihr Leben gerettet hat, gerät durch die Tatsache, daß sie keine Einladung zur Londoner Konferenz erhält, in nicht geringe Bestürzung.

Diese Bestürzung wird noch vermehrt, als ein Schriftstück des Obersten Rates der Alliierten eintrifft — der Oberste Rat, das sind jetzt Macdonald und Serriot! — worin sehr höflich, sehr rücksichtsvoll, mit einem Schwall europäischer Phrasen verkleidet, die Forderung ausgesprochen wird, die Reichsregierung möge unverzüglich eine neue Generalinspektion des Standes der deutschen Entwaffnung durch die alliierten Kontrollkommissionen zulassen.

Das ist — so oder so, man mag an den Worten deuteln wie man will — ein Schlag ins Gesicht, eine glatte Verhöhnung des Verständigungsgedankens.

Was tun? Soll man der neuen Ära, um ähnlichen Mißgriffen in der Zukunft vorzubeugen, mit klaren Worten sagen, daß zur Verständigung immerhin zwei Parteien gehören und daß man nicht mit dem Mund Versöhnung predigen und mit den Händen den Säbel schwingen kann?

Über könnte eine solche Haltung nicht zu Mißverständnissen Anlaß geben? Schließlich handelt es sich doch nur um formale Angelegenheiten — darf man ihnen einen un-

berechtigten Einfluß auf den großen Lauf der Dinge gewähren? Nein, man darf es nicht!

Telegramm nach Paris — wir sind mit der Generalinspektion einverstanden, im Interesse der neuen Ära natürlich, wir wollen unsern guten Willen zeigen, wir wollen dartun, daß wir nichts zu verbergen haben.

Antwort nach Berlin — bravo, natürlich wird die Inspektion ganz im Geiste der neuen Ära durchgeführt werden, formsache, damit mit dieser leidigen Sache endlich einmal Schluß gemacht werden kann, Aufräumungsarbeit aus der alten Ära.

Nun aber auf nach London, nach London! Wo ist die Einladung?

Die Einladung ist immer noch nicht da. Manche Leute schütteln den Kopf. Ob es so geht wie früher? Wollen die Alliierten sich zunächst unter sich einigen und hernach Deutschland in einer geschlossenen Front gegenüberreten mit der höflichen Aufforderung zu unterschreiben? Ob man uns wieder vor vollendete Tatsachen stellen will?

Sehr einfach, machen wir eine Anfrage in London. Es kommt keine Antwort.

Außenminister Stresemann wird vorgeschickt. „Niemand kann uns zur Annahme irgendwelcher Beschlüsse zwingen, wir haben in jeglicher Beziehung freie Hand . . .“

Nochmals vertrauliche Anfrage beim englischen Botschafter in Berlin. Macdonald läßt grüßen. Man darf in Berlin nicht so ungeduldig sein. Alles ist auf gutem Wege. Herriots Bedenken sind beinahe schon überwunden. Macdonald wird in London die Deutschen gewissermaßen als moralischer Anwalt vertreten, bis es an der Zeit sein wird, die deutschen Vertreter selbst einzuladen. Also Geduld, lieben Freunde, Geduld. Aus technischen Gründen und um Rückschläge zu vermeiden ist es besser, wenn die Alliierten zunächst einmal unter sich bleiben.

Während Außenminister Stresemann noch von der freien Hand spricht, sagt Reichskanzler Marx schon, indem er sein Haupt in leisem Pessimismus wiegt: „Einen andern Weg, meine Herren, der Deutschland aus dem täglich größer werdenden Elend hinausführen könnte, sehe ich nicht . . .“

Nein, sie sehen ihn allerdings nicht. Sie haben ihn nie gesehen. Es ist auch schon zu spät.

Endlich ist der große Tag der „ersten wahren Friedenskonferenz“ angebrochen. Es erscheinen in London die Belgier, die Japaner, die Italiener. Es erscheinen die Franzosen, geführt von Serriot. Sieht man aber genauer zu, so erkennt man, daß vielmehr Serriot geführt ist von Nollet, Marschall Foch, General Degoutte und Oberkommissar Tirard. Der Ministerpräsident kommt als der Gefangene der Poincaristen.

Es erscheinen, vorerst noch ein wenig hinter den Kulissen aufgestellt, aber dennoch jetzt schon mit allem schuldigen Respekt umgeben, Herr Kellog, Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Herr Hughes, Staatssekretär des Präsidenten Harding. Herr Hughes kommt, wie alle Welt weiß, gerade aus Berlin, wo er gewissermaßen durch Zufall mit den amtlichen Stellen Deutschlands eingehende Besprechungen gepflogen hat.

Es erscheinen als schlichte Privatleute und ohne irgendwelches Aufsehen zu erregen, Herr Lamont von der Morganbank aus New York, Herr Owen Young, zweiter Vorsitzender des Dawesauschusses, Herr Mellon, Schatzsekretär der Regierung der Vereinigten Staaten. Sie verhalten sich durchaus wie Leute, die in dieser angenehmen Julihitze London zu ihrer Erholung aufgesucht haben.

Die Deutschen sitzen daheim auf ihren gepackten Koffern und warten. Sie beschweren sich höflich und mild, wie es der neuen Ära angemessen ist. Macdonald sendet beruhigende Erklärungen. Geduld, Geduld, Geduld! Man will doch nur das Gute, nichts als das Gute — warum denn so mißtrauisch, meine Freunde? Es handelt sich doch vorläufig nur um eine sachliche Aussprache unter den Alliierten, eine Vorbereitung, die Vereinigung technischer Fragen, die unter Umständen die Konferenz allzulange aufhalten könnten. Deutschland ist doch vor allem an der raschen Erledigung der Angelegenheit interessiert, nicht wahr, lieben Freunde? Also darum nochmals Geduld, Geduld, es wird alles bestens geordnet.

Macdonald eröffnet die Konferenz am 16. Juli 1924 mit einem schwärmerischen Preisgesang auf den Dawesplan, diese neue Urkunde des europäischen Friedens, dieses Symbol der Gerechtigkeit, der Unparteilichkeit, der Wohlabgewogenheit, „dies überaus praktische und gleichzeitig so

rissenschaftliche Werk, das im Lichte der Tatsachen so aufrichtig abgefaßt ist“.

Herriot antwortet. Er zögert schon wieder. Man kann deutlich spüren, daß ihm nicht wohl zumute ist. Marshall Joch sitzt mit unbeweglichem Gesicht wie in Versailles, als er mit Clemenceau gegen Wilson und Lloyd George um die Rheingrenze kämpfte. Nollet und Tirard hören ihrem neuen Regierungschef mit größter Aufmerksamkeit zu.

Ein bunter Blumenstrauß hoffnungsvoller Worte wird da über die ganze Welt ausgestreut. Eine Fanfare der Zuversicht erklingt, deren Schall von Kontinent zu Kontinent wandert. Die Zeitungen brauchen neue Sensationen — dies hier ist die Sensation des Friedens und der Versöhnung. Dies ist der Ausbruch der bekehrten Menschheit zum Paradies.



Schon der zweite Tag versetzt der Romantik den tödlichen Streich. Es geht bedeutend schneller, als man allgemein angenommen. Die amerikanischen Bankiers und Finanzleute stellen fest, daß man Deutschland die Dawes-anleihe, das Fundament des ganzen Plans, nur dann gewähren könne, wenn erstens in London eine gütliche und freiwillige Vereinbarung mit den Deutschen zustande komme, wenn zweitens die „produktive Pfänderpolitik“ aufgegeben und wenn drittens die Möglichkeit zu „Sanktionen“ für alle Zukunft ausgeschaltet werde.

Dieser Spruch wirkt auf die große Menge der Nichteingeweihten wie das Platzen einer Bombe auf dem Tisch eines Beratungszimmers. Die amerikanische Hochfinanz als Sekundant Deutschlands! Ein Ultimatum der Hochfinanz an die Regierungen der alliierten Mächte!

Die Konferenz gerät in eine furchtbare Aufregung. Herriot macht kein Hehl aus seiner Bestürzung. Joch und Tirard zeigen sehr ernste Gesichter. Selbst Macdonald verliert seinen optimistischen Gesichtsausdruck. Herriot und Macdonald haben eine Unterredung unter vier Augen. Der englische Premier eilt zu Hughes, dem amerikanischen Staatssekretär. Herr Hughes eilt zu den Bankiers und kommt mit dem trockenen Bescheid zurück, alle Erörterungen seien zwecklos. Wenn man die Anleihe und damit

den ganzen Plan haben wolle, müsse man „eben die Geldgeber befriedigen, die diese Anleihe geben sollten“.

Der historische Wendepunkt ist da. Die wenigsten erkennen noch seine ganze Tragweite. Noch meint die Welt, es handle sich nur um die Bedingungen einer Anleihe, die gegeben werden soll. Noch spürt niemand, daß es um Europa geht. Die Fronten beginnen sich sichtbar zu verschieben. Die Hochfinanz hat den entscheidenden Angriff keinen einzigen Tag eher unternommen, bevor sie Voraussetzungen geschaffen, die ihr den Sieg nahezu garantieren. Ein starker Ziebel auf den Franken müßte selbst Poincaré gefügig machen. Englands Hochfinanz ist auf das Zusammenwirken mit Amerika angewiesen. Deutschland steht und fällt mit den amerikanischen Krediten.

Der Augenblick des offenen und entscheidenden Angriffs findet die politischen Führer der Staaten und die Staaten selbst in einer jämmerlichen Position. Sieger und Besiegte sind durch die Folgen des jahrelangen Streits so ausgezehrt, daß sie fremde Hilfe brauchen. Die Blicke starr gegeneinander gerichtet, haben sie die schweigsamen Vorbereitungen jenseits des Ozeans so gründlich übersehen, daß sie fast völlig überrascht dem Angriff gegenüberstehen.

Im Sandumdrehen hat sich das Spiel in London gewendet. Die Konferenz der Alliierten hat für die nächsten Tage keine andere Aufgabe als die, ihre politischen Entschlüsse dem Diktat der Hochfinanz anzupassen und zu versuchen, dem Gegner hier und da durch gütliche Vereinbarung etwas abzuhandeln. Druckmittel gegenüber der Hochfinanz besitzt die Politik in diesem Augenblick überhaupt nicht. Romantik und Zinsen, Politik und Geld, Phrase und Zahl stoßen hart aufeinander. Kein Zweifel, wer hier Sieger bleibt.

☆

In Berlin ist man damit beschäftigt, zum zwanzigsten Male die Bedingungen zu formulieren, unter denen man dem Plan zustimmen wird. Es ist klar, daß nur diejenigen Bedingungen Aussicht auf Annahme haben, die von dem neuen Bundesgenossen Hochfinanz unterstützt werden. Es ist klar, daß dieser Bundesgenosse nicht aus sentimentaler Freundschaft handelt. Er will die Kontrolle Deutschlands,

dem er die Anleihe geben soll. Er will die Eisenbahn, die Post, die Zölle, die Reichsbank, er will obendrein, daß man ihm dies alles freiwillig gibt. Er wird dafür bei den Alliierten durchsetzen, daß sie das Ruhrgebiet freigeben und auf die Sanktionen verzichten. In welcher politischen Form das geschieht, ist ihm gleichgültig, ihm kommt es nur auf Tatsachen an. Er will für sein gutes Geld gute Zinsen, und er will, daß Geld und Zinsen gesichert werden in einer Weise, die er selbst für richtig und ausreichend befindet.

Man spricht in Berlin viel von der Sicherung der deutschen Würde, von der Beseitigung des erzwungenen Schuldbekenntnisses, von der deutschen Souveränität. In den Ohren des neuen Genossen klingt das wie ein Rückfall in das Zeitalter der politischen Romantik, das Europa so viel gekostet hat. Was soll das schon — man will nicht über Moral sprechen, man spricht vom Geschäft, vom Ausgabe Kurs für die Anleihe, von den Vorzugsaktien der Eisenbahn, der Zuckersteuer, dem Bierkonsum. Man spricht nicht von platonischen Schuldbekenntnissen, unantastbaren Souveränitätsrechten — man ist schließlich doch kein Professorenkollegium oder eine Abordnung der Heilsarmee.

Da Deutschland in diesen „moralischen“ Punkten von seinem Bundesgenossen keinerlei Unterstützung zu erwarten hat, erscheint es aussichtslos, darin etwas zu unternehmen. Irgendein Spitzfindiger ist schon auf den Gedanken gekommen, daß man ja nachher, wenn der Plan angenommen, den Reichstag zu einer Erklärung animieren kann, die als Monolog in die Welt hinausgehen wird.

Das Volk wird es lesen und seine nationale Regierung loben. Die Alliierten werden — hoffentlich — nichts dagegen haben. Dem Bundesgenossen Hochfinanz wird es höchst gleichgültig sein.

☆

Unterdessen sitzen in London Macdonald und Gerriot Stunde um Stunde zusammen und zerbrechen sich die Köpfe. Du mußt, sagt Macdonald. Ich kann nicht, sagt Gerriot, ich werde von meiner Opposition hinweggesetzt wie ein Strohalm, wenn ich das Ruhrgebiet räume und auf die Sanktionen verzichte.

Macdonald ermutigt den zagen Genossen. Die englische Presse rühmt „das erstaunliche Maß von Mut, das Gerriot

beweise". Das soll nur zur Anfeuerung dienen. Man lobt Gerriot über die Gutschnur, um in seinem eigenen Lande bessere Stimmung für ihn zu machen.

Einmal kommt ein Brief aus Paris. Alles ist Wiederholung. Es ist genau wie seinerzeit in Cannes, als Briand im Begriffe war, gegenüber Lloyd George schwach zu werden. Der Brief klingt wie ein Ultimatum. Deutschland darf nicht gleichberechtigt nach London eingeladen werden, sondern nur, um einen Spruch entgegenzunehmen und zu unterzeichnen. Für die Räumung des Ruhrgebiets dürfen keine festen Fristen zugestanden werden. Dieser Brief an Gerriot ist unterzeichnet von — Poincaré! Poincaré la Ruhre lebt noch. Poincaré stemmt sich verzweifelt und vergeblich gegen die neue Macht, deren Herannahen er einst, starr auf Deutschland gerichtet, verhängnisvoll übersah.

Jeder der beiden Vorbehalte wird von der amerikanischen Hochfinanz beiseitegeschoben. So haben sich die Dinge gewandelt. Zweieinhalb Wochen lang debattiert die Konferenz der Alliierten ergebnislos. Die Hochfinanz hat Zeit, sie weiß, daß jeder Tag sie dem Sieg näherbringt. Sie hat auch Geduld, denn sie weiß, daß der Sieg sich lohnen wird. Die Staatsmänner haben weder Zeit noch Geduld. Sie wissen, daß jeder Tag ihre Stellungen mehr erschüttert.

Am 2. August 1924 ist der Kampf endlich aus. Das Diktat wird angenommen. Dem Sieger liegt nichts daran, daß die Besiegten sich nach außen hin des Sieges rühmen. Im Gegenteil, dieser Sieger hat keinerlei Interesse am Sichtbarwerden seines Triumphes. Ihm liegt am Zustandekommen der Anleihe und an der Annahme des ganzen Planes mit den von ihm gestellten Bedingungen.

Gerriot sagt: „Ich bin glücklich über die Basis, die wir erreicht haben.“

Macdonald sagt: „Von jetzt ab wird kein Satan mehr uns trennen können.“

Der Dawesplan wird angenommen, die Anleihe wird gewährt.

Das Ruhrgebiet soll binnen eines Jahres auch militärisch geräumt werden. Hier sind die Politiker in der glücklichen Lage, als einen Triumph der Romantik und der neuen Ära zu feiern, was in Wahrheit doch nur den Sieg der Hochfinanz über die Politik bedeutet.

Sanktionen können in Zukunft nur noch vollzogen werden, nachdem ein Schiedsgericht gesprochen hat, dessen Vorsitzender ein Amerikaner sein wird. Das Schiedsgericht tritt in Tätigkeit, wenn die Reparationskommission die absichtliche Verfehlung Deutschlands festgestellt hat. Die Reparationskommission muß zur Beratung über den Charakter der deutschen Verfehlung abermals einen stimmberechtigten amerikanischen Bürger zuziehen.

Als Sachwalter der deutschen Zahlungen, als Generalagent für die Reparationen, mit den weitgehendsten Vollmachten gegenüber dem deutschen Reich ausgestattet, wird ein Vertrauensmann des Bankhauses Morgan in New York nach Berlin gehen.

fertig, erledigt — nun noch die deutsche Unterschrift.



Am 5. August 1924 ist die deutsche Abordnung da. Es erscheinen Reichskanzler Marx, Außenminister Stresemann und Finanzminister Dr. Luther. Unterwegs hat man ihnen auf irgendeinem Bahnhof eine Zusammenstellung der alliierten Beschlüsse überreicht, damit es alsbald nach ihrer Ankunft in London losgehen kann.

Die Deutschen kommen um neun Uhr vormittags in London an. Für zwölf Uhr ist die erste gemeinsame Vollkonferenz anberaumt. Es ist gerade noch Zeit, um den Deutschen durch einen Mittelsmann begreiflich zu machen, daß es höchst unerwünscht und unzweckmäßig sei, wenn sie, wie vielleicht beabsichtigt, eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage abgeben würden. Macdonald werde ihnen in diesem Falle keine andere Antwort geben können, als Lloyd George im Jahre 1921 dem deutschen Außenminister Simons gegeben habe, und Serriot werde sich sogar genötigt sehen, beim ersten derartigen Wort aus deutschem Munde den Saal und die Konferenz zu verlassen. Sie verstehen, nicht wahr?

Punkt zwölf Uhr erscheinen die Deutschen im Sitzungssaal, wo die Alliierten versammelt sind. Macdonald steht auf, geht ihnen entgegen, reicht jedem von ihnen die Hand und stellt sie den übrigen Konferenzteilnehmern vor. Man

sitzt an einem Tisch! Was Macdonald spricht, klingt wahrhaftig anders als die Worte Clemenceaus in Versailles oder Lloyd Georges in Spa und London. Ist es möglich, daß sich die Zeiten so gewandelt haben? Ist es Wahrheit?

Die Presse der ganzen Welt findet Gelegenheit zu begeisterten Artikeln und Schilderungen. Die Pessimisten verfrachten sich in die Mauselöcher, und die berühmten Sundenellen nicht mehr.

„Ich entbiete den Vertretern der deutschen Regierung Willkommen und Gruß“, ruft Macdonald feierlich und preist den Frieden, nach dem die Völker sich so lange vergeblich gesehnt haben und den sie nun endlich, endlich bekommen sollen. Man braucht ja nur den Dawesplan anzunehmen.

Reichskanzler Marx antwortet.

„. . . Wir sehen hier einen Weg, der dazu führen wird und muß, unserm Volke Freiheit und Frieden und zugleich die Möglichkeit zu geben, sich mit den andern Völkern zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas zusammenzuschließen.“

Starker, herzlicher Beifall. Die Stimmung ist durch die Rede des Kanzlers außerordentlich gehoben. Man hat befürchtet, er werde trotz aller Beruhigungsversuche die „Taktlosigkeit“ früherer deutscher Minister wiederholen und die Alliierten durch „ungeschickte“ Erklärungen in der Kriegsschuldfrage „brüskieren“.

Macdonald wird von dieser Stimmung sogar zur Seiterkeit und zum Späßleinmachen verführt. Als er den Deutschen die Beschlüsse der Alliierten übergibt, sagt er fröhlich: „Lesen Sie, überlegen Sie und teilen Sie uns bis heute abend Ihre Entschlüsse mit. Ich will Ihnen ein tiefes Geheimnis verraten — ich möchte nämlich, daß am Samstag alles zu Ende ist, wir sind ja alle jung und kräftig und können ohne Unterbrechung durcharbeiten. Nur keine langen Reden, meine Freunde, nur keine unnützen Erörterungen — mein Zug fährt am Samstagmorgen um vier Uhr dreißig!“

Kleine Späßlein am Rande der Weltgeschichte. Die Deutschen sind von dieser herzlichen Ermunterung offensichtlich betroffen. Sie haben offenbar gar keinen Sinn für Humor — aber während sie noch überlegen, ob man auf

solche Anzapfung antworten solle, ist die Sitzung schon geschlossen.

Alles drängt hoffnungsvoll in die Ausschlußberatungen.



Der Handel beginnt. Die Deutschen betonen sofort, daß die Fragen, die das Schriftstück der Alliierten berührt, den Verhandlungsgegenstand durchaus nicht erschöpfen. In der Tat haben es die Alliierten mit Rücksicht auf die innerpolitischen Schwierigkeiten Gerriots ängstlich vermieden, auch nur ein einziges Wort über die militärische Räumung des Ruhrgebiets in das Protokoll aufzunehmen oder die Sanktionsfrage anzuschneiden. Die deutsche Regierung andererseits hat in allen ihren bisherigen Erklärungen die befriedigende Lösung dieser beiden Fragen zur Vorbedingung der Annahme des ganzen Planes gemacht. Sie kann unmöglich in die Heimat zurückkehren, ohne die Räumung des Ruhrgebiets und den Fortfall der Sanktionen für die Zukunft mitzubringen. Hier stehen sich die innerpolitischen Schwierigkeiten Gerriots und diejenigen der deutschen Delegation schroff gegenüber.

Macdonald hat Gerriot versprochen, daß man über diese beiden Punkte nicht mit den Deutschen sprechen wird, die Franzosen wollen sich im Rahmen des Diktats der Hochfinanz unbedingt Handlungsfreiheit bewahren.

Macdonald sieht ein, daß man den Deutschen entgegenkommen muß, er ist von der Ehrlichkeit der deutschen Versicherungen überzeugt, daß eine Annahme des Plans im Reichstag bei unvollkommener Lösung der beiden Fragen undenkbar ist, seine sozialdemokratischen Freunde aus Berlin versichern ihm das gleiche. Er macht Gerriot die peinliche Situation klar und versucht, ihn entgegen der ersten Abrede dennoch zu Verhandlungen mit den Deutschen zu bewegen. Er bietet sich selbst als ehrlichen Makler an.

Gerriot empfängt den Freund mit bitteren Vorwürfen. Will Macdonald sein Versprechen verleugnen?

Macdonald sagt, die Lage habe sich verändert, man dürfe nicht halsstarrig sein, das Schicksal der Konferenz und des Dawesplans sei von Gerriots Verhalten abhängig.

Gerriot seufzt, er kann doch nicht, wie er will — Foch, Nollet, Degoutte und Tirard stehen neben ihm.

Macdonald bestürmt ihn leidenschaftlicher. Er ruft den neuen Geist des Friedens und der Versöhnung an. Wenn die neue Ära bei der ersten Probe versagt, werden die Völker jegliches Zutrauen verlieren. Alles wird verloren sein, Gegenwart und Zukunft.

Serriot wird nachdenklich. Serriot neigt zum Umfall. Serriot spricht mit Loucheur. Loucheur spricht mit den Bankiers. Serriot gibt nach.

Nach außen hin verlangt aber das französische Prestige und die Rücksicht auf die Opposition in Paris einen Eklat, eine Sensation, eine Theatervorstellung. Hier steht, muß es heißen, Frankreich wird vergewaltigt, Frankreich ist bereit, ein neues Opfer für den Frieden zu bringen! Serriot fährt mit seinem Finanzminister und dem Kriegsminister nach Paris. Man spricht in London von ernstern Zerwürfnissen und Meinungsverschiedenheiten, von Abbruch und Katastrophe. Man spricht vom Rücktritt Serriots und seiner Ersetzung durch einen energischeren Ministerpräsidenten. Rückzugsgefechte des französischen Imperialismus.

Am nächsten Tage sind alle drei wieder da.

Von jetzt an ändert sich die Taktik der Franzosen. Sie lehnen die militärische Räumung des Ruhrgebiets vor Jahresfrist nach wie vor ab, lassen aber durchblicken, daß sie zu einem Handelsgeschäft bereit sind. Sie haben eingesehen, daß sie unter dem Druck der Hochfinanz früher aus dem Ruhrgebiet heraus müssen, wollen sich aber von Deutschland dafür bezahlen lassen. Sie geben zu verstehen, daß sie von der Reichsregierung gern gewisse Zusicherungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag haben möchten.

Eine Weile geht es noch hin und her. Den ganzen 13. August wird über die Ruhräumung verhandelt, ohne daß man vom Fleck kommt. Am Abend teilt Reichskanzler Marx Macdonald mit, daß man die Lage als ernst betrachten müsse. Die deutsche Abordnung schickt ein langes Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert in Berlin. Es heißt, daß sie darin um neue Instruktionen bitte für den Fall, daß sie ihre Auffassung in der Räumungs- und in der Sanktionsfrage nicht durchsetzen könne. Ihr Widerstand erlahmt. Die Hochfinanz hat ein Wörtchen mit ihr gesprochen.

Zwei Tage später ist es offensichtlich, daß die Deutschen die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Ruhräumung haben fallen lassen. Der Umfall findet seine rasche öffentliche Erklärung. Die amerikanischen Bankiers geben kund, daß sie von sich aus gegen eine einjährige Räumungsfrist nichts einzuwenden haben. Damit ist die Frage erledigt. Deutschland hat kein Mittel, eine Forderung durchzusetzen, die von seinem Bundesgenossen nicht unterstützt wird.

Das Spiel auf der politischen Tribüne wechselt. Die Deutschen erklären ihrerseits, sie müßten nach Berlin, um mit ihren Kabinettsmitgliedern und dem Reichspräsidenten die neue Lage zu beraten. Auch das ist nur noch Nachhutgefecht, genau so auf innerpolitische Wirkung berechnet wie Serriots Reise nach Paris. Tatsächlich verzichteten die Deutschen nach einer neuen Aussprache mit Macdonald auf ihre Reisepläne. Sie erklären aber dem englischen Premier, daß sie ihre endgültige Zustimmung unter keinen Umständen geben könnten, wenn Serriot nicht wenigstens in Einzelheiten entgegenkomme. Allerletztes Geplänkel.

Serriot macht diese Zugeständnisse nach neuen erregten Auseinandersetzungen mit den Engländern. Durch einen arithmetischen Kniff wird der Beginn des Jahres, in dessen Verlauf die Räumung zu erfolgen hat, von dem Tag des Inkrafttretens des Dawesplans zurückverlegt auf den Tag der Unterzeichnung in London, so daß man faktisch zwei Monate gewinnt, während an dem Grundsatz der einjährigen Frist nicht gerüttelt wird. Im übrigen verspricht Serriot weiteres Entgegenkommen je nach den Umständen. Er legt aber größten Wert darauf, den Anschein zu wahren, als ob Frankreich ohne jeden Zwang, aus freier Entscheidung und nur im Interesse des Friedens, der Großmut und der Versöhnung diese Opfer bringe.

In der Sanktionsfrage gelingt es den Deutschen nicht, über das hinauszukommen, was die Alliierten unter sich vereinbart haben. Es bleibt bei dem grundsätzlichen Fortbestehen der Sanktionsmöglichkeit, die aber durch Einschlebung eines doppelten schiedsgerichtlichen, von Amerikanern geleiteten Mechanismus praktisch wieder durchkreuzt wird. Dies ist das Kompromiß, das zwischen dem Dollar und der französischen Politik ermittelt wurde. Abermals

zeigt sich die bittere Wahrheit, daß Deutschland in keinem Punkte Erfolg haben kann, in dem es die Unterstützung seines Bundesgenossen nicht genießt.

Am 15. August erhalten die Deutschen aus Berlin die Erlaubnis zur Unterzeichnung des Vertragswerkes auf der jetzt erreichten Grundlage. Die Regierung sieht ein, daß es ein Zurück nicht mehr gibt. Die deutschen Finanzen und die Wirtschaft stehen und fallen mit dem Dawesplan. Ein Tag vergeht noch mit letzten Sündeln und mit der Formulierung des Erreichten.

Dann ist alles zu Ende.

Am 17. August 1924, nachmittags sieben Uhr, tritt die Vollkonferenz zum feierlichen Unterzeichnungsakt zusammen. Die Worte, die gesprochen werden, stehen in sonderbarem Widerspruch zu der Abgespanntheit der Delegierten und zu den inneren Schwierigkeiten, mit denen sowohl die Deutschen wie die Franzosen nach ihrer Heimkehr zu rechnen haben. Weder Serriot noch Marx wissen, ob ihre Regierungen den Sturm, der sie erwartet, überdauern werden.

Macdonald rafft sich zu schwärmerischen Worten auf. Die Bankiers sind schon abgereist. Sie haben für die theatrale Schlußveranstaltung der Politiker kein Verständnis und keine Zeit, ihr Schäfchen befindet sich bereits im Trockenen. Es ist ein fettes Schäfchen, es ist das europäische Schaf, das sich zur großen Schur bereitmacht.

„Meine Freunde!“ ruft Macdonald mit beschwörenden Gesten, „wir haben versucht, einander so weit entgegenzukommen, wie uns die öffentliche Meinung unserer Länder gestattete. Dieses Abkommen kann als der erste wirkliche Friedensschluß angesehen werden, weil wir es unterzeichneten mit dem Gefühl, daß wir den furchtbaren Kriegsjahren und der Kriegsstimmung endgültig den Rücken gekehrt haben. Wir haben jeden Grund, stolz zu sein, daß wir an dieser historischen Konferenz teilnehmen durften!“

„Wir haben eine neue Ära eröffnet“, schwärmt Serriot, „man sieht schon die Morgenröte nahen, und wir hoffen, daß wir bald in das volle Licht des Tages eintreten werden. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“

„Wir sind voller Genugtuung über den hohen Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit, der uns geleitet hat“, sagt Reichskanzler Marx, „und wir hoffen, daß dieser Geist

das Verhältnis unserer Völker zueinander zu einem allseits vertrauensvollen gestalten wird . . .“

Die Konferenz geht mit herzlichen Gändedrücken auseinander.

Stimme aus dem Grabe — „ . . . das Londoner Protokoll stellt den Triumph des internationalen Finanzmannes dar. Er hat die Statsmänner, Politiker, Juristen und Journalisten beiseitegeschoben und seine Befehle mit dem gebieterischen Tone eines absoluten Monarchen erlassen, der weiß, daß es gegen seine Dekrete keine Berufung gibt. Die Vereinbarung von London wurde durch das Zusammenwirken und den Befehl der beiden Könige Dollar und Sterling herbeigeführt. Der Dawesplan ist ihr Werk . . .“

Wer ist dieser düstere Prophet, dessen Stimme Europa durchgeistert, indessen man ihn verlacht? Es ist Lloyd George.

Welche Grimasse des Schicksals — Poincaré und Lloyd George beginnen Flug zu werden und zu erkennen, wohin ihre Politik Europa geführt hat.

Zu spät.



Nach schweren inneren Kämpfen nimmt der deutsche Reichstag Ende August 1924 den Dawesplan und das Londoner Vertragswerk an. Die Auseinandersetzungen rühren an die Grundfesten des Staates, der Kampf zwischen Regierung und Opposition ist erbitterter denn je. Im entscheidenden Augenblick spaltet sich die deutschnationale Partei und verhilft dem Plan zur Annahme. Die Zwangsläufigkeit der Ereignisse hat sich durchgesetzt. Der Plan wird zum Gesetz.

Die zweite Periode der Nachkriegsgeschichte ist beendet. Deutschland verzichtet auf einen Teil seiner souveränen Rechte und beugt sich unter das Diktat der Hochfinanz. Deutschland beginnt abermals zu erfüllen — und es weiß schon, daß es nicht erfüllen kann.

Unerbittlich wird der Tag kommen, an dem auch dieser neue Versuch scheitern muß. Neue Kämpfe mit den Gegnern werden folgen.

Mit wem wird man es dann zu tun haben? Wieder mit Poincaré? Noch einmal mit Macdonald und Serriot? Mit

neuen Männern? Mit der alten oder mit der neuen Ara? Auf wessen Seite wird in dem kommenden Kampf die Großmacht Kapital stehen? Noch einmal neben Deutschland? Welchen Preis wird der furchtbare Bundesgenosse dann fordern?

Wie aber, wenn man den unheimlichen Genossen von heute morgen zum Feind haben wird? Und wenn morgen noch nicht — was wird dann übermorgen sein?

Überredung

Sicherheit

Die unsichtbaren Tribute. — Hochfinanz und Locarno. — Die Auseinandersetzung zwischen rechts und links. — Das französische Sicherheitsystem. — Das Genfer Protokoll vom Herbst 1924. — Deutschland und die englisch-französischen Garantiepaßverhandlungen.

Der große Kampf ist ausgekämpft und mit einem Zustand abgeschlossen worden, den die einen als Frieden, die anderen als ein Zwischenstadium, eine Atempause bezeichnen. England ist für die nächste Zeit mit den größeren Sorgen seines Imperiums beschäftigt, die Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten steht bevor, es ist schon zu erkennen, daß die beiden angelsächsischen Weltmächte den Weg eines vernünftigen, freundschaftlichen Kompromisses gehen werden, der ihnen beiden die meisten Vorteile gewähren wird.

Die beiden großen europäischen Festlandsmächte sind vorläufig ganz durch ihre eigenen inneren Sorgen in Anspruch genommen. Frankreich und Deutschland müssen jetzt die Folgen auf sich nehmen, die sich aus dem neuen, eben zu Ende gegangenen Krieg ergeben. In Italien festigt der Faschismus seine Stellung und baut sie durch kräftige innere Reformen aus. Selbst Rußland hält sich zurück, die Periode des Traums von der nahen Weltrevolution ist vorüber. Auch hier muß man einsehen, daß nur mit Wasser gekocht wird und daß man erst das eigene Haus in Ordnung bringen muß, wenn man Weltpolitik betreiben will.

Der Franken fällt, nicht in dem katastrophalen Tempo wie seinerzeit die Mark, aber regelmäßig und mit einer unheimlichen Konsequenz. Die französische Regierung weiß jetzt, daß sie mit dem Trugbild unbegrenzter Reparationen nichts mehr anfangen kann. Was Frankreich in Zukunft erhalten wird, ist im Dawesplan von der amerikanischen Hochfinanz klipp und klar festgestellt worden. Mehr gibt es nicht, man hat sich damit einzurichten. Die Vereinigten Staaten drängen jetzt mit größerer Hartnäckigkeit auf die Regelung ihrer im Kriege an Frankreich gegebenen Kredite.

Die Hochfinanz hat kein Empfinden dafür, daß Frankreich von Deutschland die pünktliche Zahlung seiner Verpflichtungen verlangt, während es seine eigenen Verpflichtungen verleugnet. Die amerikanischen Bankiers sind gerade dabei, das unzerreißbare Netz, das sie über Europa gelegt haben, durch die letzten Schuldenabkommen zu vollenden.

Deutschland unterzieht sich mit der ganzen Gründlichkeit, die dieses Volk auszeichnet, den neuen Verpflichtungen. Die Kassiniertheit des Systems bringt es mit sich, daß der einzelne kaum die Vorgänge spürt. Der deutsche Bürger weiß nicht, daß er mit jeder Zigarre, die er raucht, Tribut bezahlt, daß von jedem Glase Bier, das er trinkt, ein Teil dem Ausland gehört. Er sieht nicht, daß er mit jeder Eisenbahnfahrkarte, die er am Schalter löst, Frondienst leistet. Was interessiert es ihn schon, daß die Eisenbahnwagen die neue Aufschrift „Deutsche Reichsbahn“ erhalten, wenn man nur wie früher reisen kann. Drücken ihn die hohen Tarife, so schimpft er nach wie vor auf seine Regierung.

Er weiß kaum etwas davon, daß ein großer Teil der Steuern, die er seufzend entrichtet, Tribut an die Sieger ist. Er sieht im Reichshaushalt voll Jorn und Grimm einen Posten von wenigen Millionen für ein überflüssiges Panzerschiff und übersieht geflissentlich den Milliardenposten der Reparationen, an dem er doch nichts ändern kann. Er denkt nicht daran, daß in Berlin ein amerikanischer Kommissar sitzt, umgeben von einem großen Stabe, dessen wachsameres Auge immerfort auf die deutschen Reichsfinanzen gerichtet ist.

Er begreift nur nebelhaft, daß die Regierung seinen in der Inflation verlorenen Besitz nur darum nicht besser aufwerten kann, weil es im Dawesplan sehr klar und deutlich geschrieben steht, daß die äußeren Verpflichtungen des Reiches vor den inneren rangieren. Er hat kaum eine Vorstellung darüber, was die Belastung der Industrie mit Obligationen bedeutet, daß von jeder industriellen Anlage ein Stück dem Ausland gehört als Pfand für die pünktliche und vollständige Entrichtung der Tribute. Er erinnert sich nur dunkel, daß die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und Abgaben für Branntwein, Bier, Tabak und Zucker an die Sieger verpfändet sind. Man sieht es weder dem Zucker noch dem Branntwein an, was sie mit ihm angefangen haben.

Er hat längst vergessen, daß die deutsche Reichsbank von Ausländern kontrolliert wird, es ist ihm noch niemals geschehen, daß er hinter dem Schalter einen Mann mit einer fremden Sprache angetroffen hat. Er sieht nicht, daß die militärischen Kontrollkommissionen nach wie vor in Deutschland herumschnüffeln, die Herren gehen neuerdings in Zivil, um auch ihrerseits der „neuen Ära“ ein sichtbares Opfer zu bringen.

Die Reparationsfrage ist unsichtbar geworden — das war es, was die Hochfinanz erstrebte. Die Staatsmänner sind ihnen bei diesem Bemühen willig gefolgt, denn die Reparationsfrage bedrohte, solange sie sichtbar war, ihre Politik. Die sogenannte „neue Ära“ kann nur auf einem Boden gedeihen, unter dem man das Hauptproblem der „alten Ära“ fein säuberlich bestattet hat.

Es geht neuerdings alles ungeheuer geschäftsmäßig und sachlich zu. Der in Berlin residierende Reparationsagent nimmt die Zahlungen der deutschen Regierung entgegen und transferiert sie in die fremden Währungen. Er verrechnet die Sachlieferungen und kontrolliert den deutschen Haushalt. Er veröffentlicht von Zeit zu Zeit Berichte, in denen er Lob und Tadel weise verteilt und immer wieder die Vollkommenheit des neuen Instruments preist, dessen Vollstrecker er ist.

Mit Genugtuung stellt er ein über das andere Mal fest, daß die deutsche Regierung brav und pünktlich alle Verpflichtungen erfülle. Mit freundschaftlicher Offenheit, hin und wieder auch mit einem kräftigen Stubs, kritisiert er die Finanzgebarung des Reiches, der Länder, der Gemeinden — und daß er den Hausfrauen nicht in ihre Ausgabenbücher guckt, liegt nur daran, daß er noch zu wenig Leute hat. Er sagt, wo man noch sparen kann, er weiß es ganz genau dank der Stellung, die er innehat.

Jedenfalls — und das ist doch die Hauptsache — herrscht zwischen ihm und der Reichsregierung das allerbeste Verhältnis. Man macht aus der Not eine Tugend, und der Agent ist kein Unmensch und kein Dummkopf, der nicht wüßte, daß er sich sein Amt durch gute Beziehungen mit der Reichsregierung sehr erleichtern könnte.

Die Reparationskommission scheint zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, seit die smarten amerikanischen Ge-

schäftsleute die Sache in die Hand genommen haben. Es sind keine Verfehlungen mehr festzustellen, keine Zahlungspläne mehr zu formulieren, keine französisch-englischen Debatten zu führen, keine Berichte an den Obersten Rat zu machen. Für immer scheinen die Konferenzen verschwunden, die regelmäßig mit der Anhörung der Deutschen begannen und mit einem Ultimatum ihr Ende nahmen. Es gibt keinen Zank mehr um „Sanktionen“ und „produktive Pfänder“, keinen erregten diplomatischen Schriftwechsel zwischen London und Paris, keine drohenden Worte von Parlamentstribünen herab. Die starke Faust, von der Aristide Briand einst sagte, sie werde Deutschland am Kragen packen, ist mit eitel Samt und Wolle umwickelt und wird, wenn man den Versicherungen der Staatsmänner Glauben schenken darf, demnächst überhaupt für immer in ein Museum überführt. Der Gerichtsvollzieher, den Aristide Briand ins Ruhrgebiet schicken und von Gendarmen begleiten lassen wollte, hat sich in einen freundlichen Pankeemann verwandelt, der über die angenehmsten Umgangsformen und über erstaunliche geschäftliche Kenntnisse verfügt.

Wer noch nicht glauben will, wie sehr die Zeiten sich geändert haben, der kann sich täglich eines besseren belehren lassen. Die furchtbare Zollgrenze um das Ruhrgebiet verschwindet. Der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wird von allen Hemmnissen befreit — daß französische Soldaten in die Züge steigen und nach den Pässen fragen, daran hat man sich längst gewöhnt. Automobile dürfen wieder ungehindert hinüber und herüber.

Dann kommt die Amnestie, jene Geste der Großmut, mit der aus dem Unglück Tausender Unschuldiger noch Kapital für das Prestige der Vergewaltiger geschlagen werden soll. Seht, Frankreich verzeiht euch, daß ihr es bei der Ausbeutung eurer selbst nicht unterstützt habt, wie es eure Pflicht war! Daß Deutschland seinerseits versprechen muß, die separatistischen Hochverräter ungeschoren zu lassen, gilt nur als ein selbstverständlicher Akt der Gegenseitigkeit, der Hochverrat und Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterland auf eine Stufe stellt.

Eine der brutalen Kampfordinanzen der Rheinland-

kommission nach der andern verschwindet. Man könnte meinen, sie verschwinden, weil ihr Zweck hinfällig geworden und weil Deutschland sich unterworfen hat. Weit gefehlt. Das Verschwinden jeder einzelnen von ihnen wird in Frankreich als Großmut, in Deutschland als Erfolg gefeiert. Die französisch-belgische Eisenbahnregie wird aufgelöst, die Bahnen des besetzten Gebiets gehen an die neue Reichsbahngesellschaft über. Nach und nach kehren auch die Ausgewiesenen zurück. Die Unmasse der kleinen Schikanen des täglichen Lebens wird eingeschränkt. Allmählich kehrt jener Zustand wieder, der in den besetzten Gebieten vor dem Ruhreinbruch bestand. Frankreich denkt nicht daran, seinen Fuß weiter vom Rhein zurückzuziehen, als die Umstände es zwingen. Mit den Gesten der Großmut geschmückt, diktiert die kalte politische Notwendigkeit ein Zurückweichen bis zu neuen Grenzen, die Frankreich zu behaupten gedenkt. Die Einigkeit des deutschen Reiches ist unverfehrt, der furchtbare Angriff Poincarés ist abgeschlagen — aber um welchen Preis, um welchen Preis!

★

Die Kräfte der Völker sind im Kampfe gegeneinander verzehrt. Die Politik von Versailles und Spa hat zum Siege der amerikanischen Hochfinanz geführt. Durch hundert Kanäle strömt das anlagegierige Kapital von drüben nach Europa. Das deutsche Reich, ausgepreßt wie eine Zitrone, saugt sich an diesem Strome voll und gelangt binnen kurzem zu einer krankhaften Wirtschaftsblüte.

Diese Blüte verleitet zu furchtbaren Trugschlüssen. Sie verleitet das Ausland zu dem Glauben, daß die Tributfrage auf lange Zeit geordnet sei. Sie verleitet im Innern Deutschlands zu der Auffassung, der wirtschaftlichen Konsolidierung müsse jetzt die politische folgen, und beide seien, wie man eben bei dem grandiosen Versuch des Dawesplanes gesehen habe, nur auf dem Wege der Verständigung und des freundschaftlichen Verhandeln zu erreichen. Auf dem Trugschluß des Dawesplans baut sich die ganze Epoche von Locarno und Genf auf. Mit ihm muß sie zusammenbrechen.

Die Hochfinanz ruht nicht auf Siegeslorbeeren aus. Mit dem sicheren Instinkt wirtschaftlicher Konjunktürempsin-

dung beginnt sie bald zu spüren, daß einmal der Tag kommen wird, an dem Deutschland und Frankreich aus dem schönen Traum der glatten Reparationszahlen erwachen werden. Das muß spätestens der Tag sein, an dem die Hochfinanz der Meinung sein wird, daß man Deutschland keine neuen Kredite mehr geben darf, wenn man die alten nicht gefährden will. Für diesen gefährlichen Tag gilt es rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen. Der europäische Friede, der jetzt zu fünfzig Prozent aus Erschöpfung der Völker, zu andern fünfzig Prozent aus Scheinkonjunktur besteht, muß durch neue Verträge gesichert werden. Die Politik hat die Aufgabe, für solche Verträge zu sorgen. Der Weg zum Locarnovertrag und zum Kelloggpaß ist vom freundlichen Segen Herrn Pierpont Morgans begleitet.

Auf diesem Wege wird die Hochfinanz zweifellos mit Großbritannien zusammentreffen, sie gehen beide in der gleichen Richtung. England ist ungeheuer an der Schaffung neuer Absatzgebiete und an der Belebung seiner Wirtschaft interessiert. Schwere Kohlenstreiks machen dem Lande zu schaffen. Die englische Wirtschaft ist schon mächtig von den Vorläufern der Weltwirtschaftskrise angepaßt, die in Deutschland unter der Scheinkonjunktur des Dawesplans und der amerikanischen Kredite, in Frankreich unter der ganz anders gearteten wirtschaftlichen Struktur des Landes bisher noch latent geblieben ist. England braucht Ruhe und Geschäftsbelebung, beides ist nur in einem befriedeten Europa zu haben. England braucht politische Schiedsrichterschaft über Frankreich und Deutschland, um den Frieden zu garantieren und um dem französischen Imperialismus ähnliche Vorstöße wie den Ruhrkampf in Zukunft unmöglich zu machen. England braucht Rußland, bevor Amerika dort das ganze Geschäft einsteckt. Die Gelegenheit, Amerika in Rußland zuvorzukommen, ist heute noch verhältnismäßig günstig, da das amerikanische Kapital gegenwärtig seine Expansionskraft fast ausschließlich auf Deutschland konzentriert hat.

So gehen England und die Vereinigten Staaten gemeinsam auf Locarno zu — von ihren beiderseitigen Zintergedanken wegen Rußland sprechen sie nicht. Während die angelsächsischen Mächte über die nächsten Schritte schon Klarheit besitzen, sind Deutschland und Frankreich

ein jeder noch mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Sie verlieren dadurch im vorhinaus einen großen Teil ihres Einflusses auf die spätere Gestaltung der Dinge.



Diese Periode, in der die Tributfrage als Streitobjekt zwischen den Völkern vorläufig ausgeschieden ist, gewährt Raum für eine tiefgehende Auseinandersetzung im Innern Deutschlands, für den Kampf zwischen rechts und links, der seit der Revolution von 1918 mehrere Male begonnen, aber niemals durchgeföhrt wurde. Parteipolitisch gesehen, bedeutet das die Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und der deutschnationalen Volkspartei um den maßgebenden Einfluß auf die Geschichte des Reiches.

Die Revolution von 1918 zeigte die Sozialdemokratie in einer Zwitterstellung. Vom Kommunismus, ihrem Todfeind zur Linken, bedroht, sah sie sich gezwungen, im bürgerlichen Lager Hilfe zu suchen. Die Hilfe wurde gewährt, nicht aus Liebe, sondern aus der nüchternen Erwägung heraus, daß ein Sieg des Kommunismus für das Bürgertum noch viel schlimmere Folgen haben müsse als ein Paktieren mit der Sozialdemokratie. Die bürgerliche Mitte schloß sich mit der Sozialdemokratie zusammen zu einem Kompromiß, das von der Weltanschauung bis zur Detailarbeit politischer Gesetzesvorlagen herabreichte.

Dies Kompromiß beherrschte alle Reichsregierungen von 1919 bis 1924. Gemeinsam schlugen diese Vernunftalliierten den ersten Angriff auf ihren Staat ab, der im Kapp-Putsch von 1920 von rechts einsetzte. Gemeinsam unterdrückten sie die Umsturzbewegungen vom Herbst 1923, die in Sachsen von links, in Bayern von rechts drohten. Gemeinsam trugen sie die Außenpolitik des Deutschen Reiches von Versailles über Spa, London, den Ruhrkampf bis zum Dawesplan. Gemeinsam wollten sie auch die Außenpolitik der Zukunft tragen, die auf dem Boden des Dawesplans zur Gleichberechtigung Deutschlands mit den Siegermächten, einer bedingten Gleichberechtigung ohne Anfechtung der Grundlage des Versailler Vertrags, führen sollte. Die politische Entwicklung in England und in Frankreich schien ihnen recht zu geben und trieb auf dem eingeschlagenen Wege weiter.

Abseits und im Kampf gegen diese Koalition wuchs die bürgerliche Rechte, im Kampf gegen den Versailler Vertrag auf der einen, im Kampf gegen die Sozialdemokratie auf der andern Seite.

Dieser Kampf trat in sein erstes Entscheidungsstadium mit dem Augenblick, in dem die Deutschnationalen nach den Neuwahlen von Mai 1924 als stärkste Partei in das Parlament einzogen. Die bürgerlichen Mittelparteien hatten sich jetzt zu entscheiden, ob sie an ihrer Koalition mit den Sozialdemokraten festhalten oder sich auf die neu erstarbte Rechte stützen wollten. Sie entschieden sich für die bisherige Koalition mit der Begründung, daß der Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung die Annahme und die Durchführung des Dawesplans gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. Ein ernsthafter Versuch, den Deutschnationalen zu dem Einfluß zu verhelfen, der ihnen nach ihrer Zahl zustand, wurde nicht unternommen.

Der labile Zustand dauerte bis zur parlamentarischen Entscheidung über den Dawesplan. Es lag die Notwendigkeit vor, das neue Reichsbahngesetz als verfassungsändernd mit Zweidrittelmehrheit anzunehmen. Die Regierungsparteien allein verfügten nicht über diese Mehrheit. Das Reichsbahngesetz und damit der ganze Plan war von der Haltung der Deutschnationalen abhängig. In ihre Hand war die Entscheidung über Ja und Nein gegeben.

Aber die Partei brachte die Kraft nicht auf, geschlossen im Sinne ihrer bisherigen Haltung zu handeln. Sie beugte sich dem Zwang der Notwendigkeit, den die Regierungsparteien seit Abbruch des Ruhrkampfes zu ihrem Grundsatz gemacht. Sie fiel auseinander in zwei Hälften, von denen die eine mit Nein, die andere mit Ja stimmte. Diese Haltung entschied zugunsten des Dawesplans.

Gab sich die Partei durch diese Zweideutigkeit in einer so entscheidenden Frage, der Grundfrage der deutschen Politik überhaupt, eine solche Blöße, so gedachte sie wenigstens ihre inneren politischen Forderungen damit vorwärtszutreiben. Schon vor der Abstimmung über den Dawesplan hatte sie sich vom Zentrum und von der deutschen Volkspartei die Zusicherung geben lassen, daß beide als Lohn für die deutschnationale Hilfestellung bei der Verabschiedung

des Plans nachher den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung betreiben würden.

Das Versprechen, von den beiden Parteien in ihrer Sorge um den Dawesplan gegeben, führte in der Folgezeit zu den peinlichsten parlamentarischen Sündeln und schließlich zur Auflösung des Reichstages.

Die Linksparteien hoffen, bei der Neuwahl die Deutschnationalen gründlich zu schlagen. Sie rechnen damit, daß die Wähler einer Partei nicht mehr folgen werden, die bei der Entscheidung über den Dawesplan mitten auseinandergefallen ist. Sie führen den Wahlkampf mit dem Argument, daß die Herrschaft der Deutschnationalen Fortfall aller mühsam erreichten außenpolitischen Vorteile bedeute, neuen Kampf und neue Drangsale von außen her.

Am 7. Dezember 1924 fällt die Entscheidung. Es stellt sich heraus, daß die Deutschnationalen nicht nur nicht verloren, sondern sogar eine Handvoll Sitze gewonnen haben, während die Demokraten, die das Zustandekommen der bürgerlichen Regierung hauptsächlich verhindert, eine kräftige Einbuße verzeichnen.

Reichskanzler Marx tritt zurück. Seine bisherige Salbung erlaubt ihm nicht, die Folgerungen aus dem Wahlergebnis zu ziehen. Außenminister Stresemann, seinerseits stark auf die Koalition mit der Sozialdemokratie eingestellt, lehnt die Bildung des Kabinetts ab. Der Reichspräsident ernennt den bisherigen Finanzminister Dr. Luther zum Reichskanzler. Dr. Luther bildet ohne weiteren Verzug das Kabinett mit den Deutschnationalen, über das man sich vor der Wahl ein Vierteljahr lang gestritten.

Die erste bürgerliche Regierung, die über eine Mehrheit mit Ausschluß der Sozialdemokraten verfügt, ist zustande gekommen. Die bürgerliche Rechte hat den Schritt von der Opposition in die Verantwortung getan. Die Zukunft wird bald zeigen, ob der Versuch tatsächlich den Abschluß der nachrevolutionären Epoche und die Einleitung einer neuen Außenpolitik bedeutet. Die Umstände, unter denen die Regierung zustande gekommen ist, sind kein günstiges Vorzeichen.

☆

Es dauert nicht lange, bis die Tempelwächter des europäischen demokratischen Gewissens, die Regierungen von

England und Frankreich, ein deutliches Zeichen geben, daß ihnen diese Entwicklung in Deutschland höchst unerwünscht ist. Die Ententepolitiker der „alten Ära“, Lloyd George, Poincaré, Millerand, Baldwin, bewiesen den vergangenen Linksregierungen Deutschlands stets ihre platonische Geneigtheit, weil sie von ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen zu erwarten hatten. Die Vertreter der „neuen Ära“, Macdonald und Gerriot, verabscheuen eine rechtsorientierte Reichsregierung mehr als eine ansteckende Krankheit. Der Grundsatz der Demokratie ist ihrer gefühlsmäßigen Auffassung nach nur auf linksgerichtete Mehrheiten anwendbar. Beide Ministerpräsidenten sind sich einig in der Bekämpfung jeder Rechtsentwicklung in Deutschland. Sie betrachten diese Entwicklung geradezu als eine persönliche Beleidigung und als einen Sohn auf ihre Großmut. Sie ergehen sich in heftigen Anklagen und Beschwerden.

Lloyd George und Millerand machten einst in Spa und London dem bürgerlichen Kabinett Fehrenbach, obwohl es sich auf die Sozialdemokraten stützte, die größten Schwierigkeiten, weil es ihnen nicht gefiel. Sie hatten Erfolg damit. Poincaré und Baldwin warfen dem bürgerlichen Kabinett Cuno Steine in den Weg, wo sie nur konnten. Sie hatten abermals Erfolg. Macdonald und Gerriot befeißigen sich dem dritten bürgerlichen Kabinett gegenüber der gleichen Haltung. Es wird sich zeigen, ob auch sie Erfolg haben oder ob die Konsolidierung in Deutschland solche Fortschritte gemacht hat, daß man sich die Einmischung in die inneren Verhältnisse des Reiches mit Ruhe und Bestimmtheit verbittet.

Am 10. Januar 1925 ist nach dem Versailler Vertrag die Räumung der ersten Zone des besetzten Gebietes fällig. Am Weihnachtstage des Jahres 1924 beschließt die Botschafterkonferenz in Paris, die erste Zone werde nicht geräumt, denn Deutschland habe seine Verpflichtungen in der — Entwaffnungsfrage nicht erfüllt!

Der deutsche Protest wird nicht angenommen. Die Entente besteht auf ihrem Schein. Die Vertreter der „neuen Ära“ lassen sich aus Furcht vor der Rechtsentwicklung in Deutschland und aus Rücksicht auf die Stimmung in ihren eigenen Ländern zu einem schlimmen Rückfall in die Zeit

der „alten Ära“ veranlassen, die sie hundertmal mit glühenden Eiden abgeschworen haben.

Aber dies ist alles nur Zwischenspiel und Schaustellung für die Völker, kleine Gefechte auf der alten Grundlage von Versailles, von der heimlichen Herrscherin Hochfinanz ärgerlich geduldet. Die große Linie der Weiterentwicklung geht über dieses Geplänkel hinweg, sie nimmt anderswo ihren Ausgang. Wieder muß die Politik der neuen Ära Vorspann leisten.

★

Was ist Sicherheit im politischen Sprachgebrauch der Nationen? Ist sie vielleicht der Schutz, den der Schwache vor dem Starken, der Unterlegene vor der Willkür des Siegers finden soll? Oder ist es die wechselseitige Garantie einer Gemeinschaft von Nationen gegen irgendeinen aus ihrer Mitte oder außerhalb ihrer Gemeinschaft, der sie angreifen könnte?

Nichts dergleichen. Unter Sicherheit versteht der Sieger die Methode, die Früchte seines Sieges zu wahren. Die Sicherheit ist ein Begriff, der stets nach einem Kriege bei dem Sieger, niemals bei dem Besiegten aufgetaucht ist, obwohl das ihrer Natur eigentlich entgegengesetzt ist. Aber die Grundsätze der Politik stimmen nicht immer mit denen der Natur überein.

Sicherheit verschafften sich zum Beispiel die Römer, als sie Karthago endlich vernichteten, die Stadt niederbrannten, die Bewohner ausrotteten und in die Sklaverei verschleppten. Das Schicksal Karthagos ist die klassische Anwendung des Sicherheitsbegriffes. Seitdem spukt er in verschiedenen Abwandlungen durch die Geschichte der Welt. Je primitiver die Völker, desto brutaler die Lösung, je raffinierter die Staatsmänner und je fortgeschrittener die Völker, desto ausgeklügelter die Anwendung. Die Methode schwankt zwischen der klassischen Lösung von Karthago auf der einen und der Versöhnung mit dem Gegner auf der andern Seite.

Frankreich schwankt nach dem Siege von 1918 zwischen beiden Anwendungen hin und her. Mit dem Herzen wünscht es die Vernichtung Deutschlands, in Versailles, im Ruhrkampf, bei allen Gelegenheiten, bei denen das Reich auseinanderzubrechen drohte. Aber je mehr Widerstände

sich einer Lösung mit dem einfachen Mittel der Siegergewalt entgegenstellen, um so mehr trachtet die französische Politik ein System der Sicherheit zu schaffen, das sich äußerlich der zweiten Methode anpaßt.

In Wahrheit ist die französische Sicherheitspolitik aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt. Zu ihr gehört in erster Linie eine starke Armee, mit den modernsten Mitteln ausgestattet, ein auf das genaueste durchorganisierter, alle Schichten des Volkes erfassender Mobilmachungsplan, ein moderner, unüberwindlicher Gürtel von Befestigungen gegenüber Deutschland.

Ein weiterer Bestandteil ist die militärische Niederhaltung Deutschlands auf dem Küstungsstand von Versailles mit Hilfe der Kontrolle, die militärische Neutralisierung des Rheins, um jederzeit den Krieg nach Deutschland hineintragen zu können.

Drittens der starke Druck der Reparationen, der das Reich verhindern soll, Mittel für die Revanche vorzubereiten.

Viertens politische Garantieverträge mit den Alliierten des Weltkriegs, womöglich durch militärische Abmachungen ergänzt. Hand in Hand damit ein Netz militärischer Abkommen mit allen durch die Friedensverträge neu geschaffenen Nachbarn Deutschlands, die mit Frankreich das Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Verträge verbindet.

Schließlich dient der Völkerbund der französischen Politik als wirksames Instrument in der Sicherheitsfrage. Ursprünglich mit Mißtrauen betrachtet, wurde seine vorzügliche Qualität als Bundesgenosse bald erkannt und wirksam ausgebaut.

Das System ist, wie man sieht, recht kompliziert und scheint sich sogar in einzelnen seiner Teile zu widersprechen. Aber die französische Politik hat es verstanden, alle Richtungen zu vereinigen, den rein egoistischen Begriff der Sicherheit mit dem altruistischen Motiv des Weltfriedens zu verbrämen, die Offensive bald in dieser, bald in jener Richtung vorzutreiben, niemals das Ziel vergebend — die Sicherstellung des Versailler Vertrags gegen jede Abänderung.

Die französische Politik trat in die Versailler Friedensverhandlungen mit einem genau abgezeichneten Sicherheitsprogramm ein. Verkleinerung und Zersplitterung des Reichs, Besiznahme der militärischen Basis am Rhein, Garantieverträge mit England und Amerika, Militärbündnisse mit den neuzuschaffenden Nachbarn Deutschlands — mit dieser vierfachen Sicherheit glaubte Frankreich zu Frieden sein zu können.

Das Reich wurde stark beschnitten, aber nicht zerstört. Das Rheinland wurde auf fünfzehn Jahre besetzt und später neutralisiert, aber nicht zu einem dauernden militärischen Besitz für Frankreich gestaltet. Die Versuche, einen militärischen Garantievertrag mit England und den Vereinigten Staaten zu erhalten, führten zu einem vollen Mißerfolg, weil Amerika sich ganz zurückzog und England sich sehr reserviert verhielt.

Mit um so größerer Energie machte Frankreich zum Zielpunkt seiner Sicherheitspolitik für die nächsten Jahre die Herstellung von militärischen Geheimverträgen mit den neuen Nachbarn Deutschlands im Osten und Südosten. Das allzu eifrige Streben nach solchen Verträgen brachte verschiedentlich Konflikte mit England und eine Gefährdung des immer wiederholten Versuchs, die alte Entente cordiale mit Großbritannien wiederherzustellen.

Etappen der militärischen Bündnispolitik sind die französisch-belgische Militärkonvention von 1920, das französisch-polnische Bündnis von 1921, die militärischen Allianzen mit den Staaten der Kleinen Entente vom gleichen Jahre, die militärischen Kreditabkommen mit der Kleinen Entente vom Jahre 1923.

England konnte der Ausbau der französischen Hegemoniestellung auf dem Festland durchaus nicht gleichgültig sein, der Arbeiterregierung so wenig wie dem konservativen Rabinett. Als Poincaré durch den Ruhreintruch die französischen Beziehungen mit England auf eine harte Probe stellte, hielt er es für richtig, eine gesteigerte Aktivität in der Richtung der militärischen Allianzen mit den neuen Staaten zu entfalten. Er glaubte, dadurch auf England einen Druck ausüben zu können. Er gab den Bundesgenossen im Osten und Südosten große Kredite zum Ausbau ihrer Rüstungen. England, damals noch

Konservativ regiert, antwortete damit, daß es eben diese Staaten mit dem Hinweis auf die von Frankreich fließenden Kredite nachdrücklich an die Bezahlung ihrer Kriegsschulden an Großbritannien erinnerte. Die Folge war, daß Poincaré zurückweichen mußte.

Später traten der französischen Allianzpolitik neue Schwierigkeiten entgegen. Das durch den Faschismus erstarkte Italien verriet sein lebhaftes Interesse an den Ereignissen auf dem Balkan. Es unternahm den Versuch, dem französischen Block einen italienischen entgegenzustellen, es schloß politische Bündnisse mit den Staaten, die sich durch Frankreichs Bündnisystem bedroht fühlten. Der stille Kampf endete damit, daß der Wert der militärischen Allianzen im Südosten für Frankreich sehr vermindert, fast aufgehoben, und daß seine Beziehungen zu Italien immer gespannter wurden.

Frankreich sann nach neuen Mitteln. Man versiel aber immer wieder auf die alten. Unbekümmert um die schweren Lasten des Landes und die höflichen Einsprüche der Vereinigten Staaten wurde die militärische Rüstung des Landes mächtig ausgebaut. Mit dem Munde den Frieden predigend und die andern Nationen fortwährend zu gleichem Tun ermahnend, schuf Frankreich sich ein modernes Wehrsystem, das die deutsche Vorkriegsorganisation des Volkes in Waffen weit in den Schatten stellt. Der französische Rüstungsplan umfaßt die gesamten lebendigen und toten Kräfte des Landes. Im Augenblick eines neuen Krieges wird Frankreich imstande sein, eine Armee aufzustellen, der andere Staaten einstweilen nichts Gleichwertiges entgegenzustellen haben.

Durch den großzügigen Ausbau seiner nationalen Rüstung mußte Frankreich in Widerspruch zu den Tendenzen des Völkerbundes geraten. Aber hier zeigte sich bald die Meisterschaft französischer Politiker. Es gelang ihnen nicht nur, die Kritik des Bundes zu beschwichtigen, sondern darüber hinaus die warme Anerkennung seiner „Friedenspolitik“ zu finden. Die Träger dieser spitzfindigen und verblüffenden Taktik, deren Aufgabe war, das französische Friedensrenommee ungeschmälert über die kritische Periode der Rüstung hinüberzuleiten, waren der französische Halbsozialist Paul-Boncour und Aristide Briand.

Es ist Sitte in Genf seit langem, daß, wenn Frankreich in der Frage der Rüstungen und der Sicherheit ein schlechtes Gewissen hat, Herr Briand die Tribüne zu einer seiner hinreißenden Friedensreden besteigt. In der Tat hat es die französische Politik bis auf den heutigen Tag verstanden, jeden ernsthaften Versuch zur Abrüstung in Genf zu vereiteln, ohne sich dadurch nach europäischen Begriffen bloßzustellen.

Diese und andere Erfolge ermutigten Frankreich zu einem Vorstoß in einer Richtung, die selbst für die französische Sicherheitspolitik noch neu war. Frankreich unternahm den kühnen Versuch, den Völkerbund, die Gesamtheit der Nationen, zum aktiven Werkzeug seiner Sicherheit zu machen. Der Versuch gipfelte in dem Wunsch, den Bund zum Garanten der militärischen Allianzen einzusetzen, die Frankreich mit den Nachbarn Deutschlands abgeschlossen.

Der Völkerbund als Garant der französischen Hegemonie über Europa! Diese ungeheuerliche Vorstellung mußte denn doch England auf den Plan rufen. Der Kampf um die kriegerische Rolle des Bundes ist um so spannender und bedeutender, als er sich zwischen den beiden Friedenspropheten Macdonald und Serriot abspielt.



Die Vollversammlung des Völkerbundes im Herbst 1922 beschloß, es sollten Entwürfe über ein allgemeines, sämtliche Bundesmitglieder umfassendes Verteidigungsabkommen aufgestellt werden, damit nach Annahme eines solchen die einzelnen Staaten mit der Verringerung ihrer nationalen Rüstungen beginnen könnten. Das Jahr 1923 unterbrach diese Arbeiten, der Ruhrkampf legte die Friedenstätigkeit lahm.

Als aber Serriot und Macdonald den Ruhrkampf nach ihrer Ansicht so trefflich liquidiert und die neue Ära des Friedens eingeleitet, beschloßen sie im September 1924, nach Genf zu eilen, um der Friedensarbeit des Bundes und besonders der Abrüstungsidee einen neuen Antrieb zu geben. Hand in Hand betraten sie das Forum des Bundes, entschlossene Kämpfer für eine gute Sache, wie sie glaubten. Die Augen der ganzen Welt ruhten auf ihnen, und die

Zoffnungen, die man auf sie setzte, glichen fast einer religiösen Schwärmerie.

Macdonald machte den Anfang. Es gab alsbald einige Zwischenfälle, die auf die zarten Blumen der Zoffnung einigen bitteren Tau fallen ließen. Als der englische Premierminister von den Fehlern des Bundes sprach, „sagen wir zum Beispiel Oberschlesien“, verschnupften die Polen und die Franzosen zusehends. Als Macdonald von der Schwierigkeit sprach, den Begriff des „Angreifers“ festzulegen, und darauf hinwies, daß fünfzig Jahre nach einem Kriege bestenfalls die Historiker, niemals aber unmittelbar nach einem Krieg die Politiker eine solche Feststellung treffen könnten — da verzog Herriot schmerzlich seinen Mund. Die Franzosen verrieten ihre Erregung über diesen „Affront“ recht deutlich, den sie als einen unlauteren Angriff auf den Schuldparagraphen des Versailler Vertrags ansahen.

Nun, Macdonald war liebenswürdig genug, beide „Mißverständnisse“ aus dem Weg zu schaffen, natürlich habe es keineswegs in seiner Absicht gelegen, irgend jemandem, geschweige denn seinen besten Freunden, irgendwie zu nahe zu treten.

Nach Macdonald Herriot. Seine peinliche Aufgabe bestand in der Verteidigung der militärischen Allianzen Frankreichs, deren Garantie man durch den Defensivpakt des Bundes erstrebte. Er unterzog sich dieser Aufgabe mit großem Geschick. Er machte ausgiebig von der Tatsache Gebrauch, daß es einen vortrefflichen Packesel gab, auf den man alle Schuld abladen konnte, zumal dieser Packesel nicht im Bunde vertreten war.

„Wenn auch der grauenhafte deutsche Militarismus vernichtet ist“, rief Herriot unter dem Schweigen der ganzen Versammlung, „so darf man doch nicht vergessen, daß Gerechtigkeit ohne Macht Ohnmacht bedeutet und daß die Ohnmacht die größte Gefahr für den Schwachen darstellt. Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung sind die drei Säulen des Tempels, den wir dem Frieden errichten müssen . . .“

Die schönen Worte verhallen, es geht an die Einzelberatung der Entwürfe. Ihnen liegen eine englische und eine französische Arbeit zugrunde. Der englische Entwurf erlaubt wohl Einzelabkommen der Bundesmitglieder unter-

einander, verlangt aber ihre Mitteilung an den Bund und macht ihre Wirksamkeit von der Zustimmung von zwei Dritteln der Bundesmitglieder abhängig. Als „Angreifer“ im Sinne des Defensivpakts wird der Staat bezeichnet, der die Gebietshoheit des andern verletzt.

Serriot und Macdonald reisen bald nach ihrem ersten Auftreten in die Heimat ab. Das Feld beherrschen jetzt die geriebenen und gerissenen Taktiker des Genfer Milieus. Unter ihren Händen entsteht ein Kunstwerk, das den Engländern gewisse Konzessionen in der Anwendung des Schiedsgerichtsgedankens und in der Bestimmung des Begriffs „Angreifer“ macht, dafür aber die Frage der französischen Geheimabkommen stillschweigend übergeht. Die Militärbündnisse werden weder gebilligt noch verworfen, das heißt aber, sie bleiben bestehen. Als besonderen Gewinn bringen die Franzosen in den Paktentwurf die Bestimmung hinein, daß die nationalen Streitkräfte jedes Bundesmitgliedes durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß des Völkerbundsrates gegen einen Angreifer in Bewegung gesetzt werden können.

Diese verblüffende Wendung erscheint auf den ersten Blick als ein in solchem Umfange gar nicht erwarteter Triumph des Friedensgedankens. Wie wird sich ein Staat jemals der Gesamtheit aller anderen Staaten mit Waffengewalt zu widersetzen wagen! Die ganze komplizierte europäische Sicherheitsfrage erscheint mit einem einzigen Schlage gelöst. Frankreich, das edle Frankreich, hat seine eigene Sicherheit vollständig dem europäischen Gedanken untergeordnet. Noch mehr! Das Genfer Protokoll sieht ausdrücklich den Zusammentritt einer allgemeinen Abrüstungskonferenz vor, sobald das Protokoll durch Ratifizierung bei allen Mitgliedern in Kraft getreten sein wird.

Die Engländer haben ein wenig benommene Köpfe, es ist ihnen bei diesem Ergebnis nicht ganz geheuer. Die Mitglieder der Kleinen Entente frohlocken. Das stimmt die Briten noch nachdenklicher. Briand spürt, daß die Engländer auf einmal merklich abgekühlter sind. Es ist an der Zeit, daß er eine seiner großen Friedensreden hält!

„Die Begeisterung für unser Werk“, ruft er beschwörend, „wird keine Grenzen kennen. Wir haben dem Kriege den Krieg erklärt! Wir verabscheuen den Krieg, frank-

reich hegt keine imperialistischen Träume. Frankreich ist ein Soldat, der die Welt verteidigt hat. Sobald wir unsere Rüstungen beschränken können, werden wir es tun. Sobald unsere Sicherheit es gestattet, werden wir unsere Rüstungen um die Hälfte herabmindern. Wir werden bei der Abrüstung in der vordersten Linie stehen, sobald sich uns die Gelegenheit dazu bietet . . .“

Sobald, sobald, sobald!

Als die Engländer daheim in London die Sache genau betrachten, entdecken sie folgendes: Das Genfer Protokoll gestattet den Franzosen bei jedem Kriege, den der Völkerbundsrat mit einfacher Mehrheit beschließt, die britische Flotte in ihrem ganzen Umfange zu beanspruchen. Der Völkerbundsrat verfügt bei seiner heutigen Konstruktion über eine französisch gesinnte Mehrheit. Das Genfer Protokoll würde den Franzosen zum Beispiel fernerhin erlauben, in einem vom Völkerbundsrat sanktionierten Krieg gegen Rußland die Hilfe Englands voll und ganz in Anspruch zu nehmen. Kurzum, das Genfer Protokoll unterstellt praktisch die britische Kriegsflotte und das britische Meer dem Völkerbundsrat. Dies alles bei ungeschmälerter Aufrechterhaltung der französischen Militärbündnisse. Das ist, vom französischen Standpunkt aus gesehen, mehr als der englisch-französische Garantiepakt, den Frankreich in Versailles vergeblich zu erreichen versuchte.

England soll nicht mehr frei und unabhängig über seine Kriegsflotte verfügen? Dies Argument entscheidet das Schicksal des Protokolls in England sofort und gründlich. Die Regierung Macdonald hat gegen den heiligsten Grundsatz des britischen Imperiums verstoßen, das wird ihr die englische Öffentlichkeit niemals verzeihen. In der Tat führt hauptsächlich die Stellungnahme zum Genfer Protokoll im kommenden Winter zum Sturz der Arbeiterregierung. Dem nachfolgenden konservativen Kabinett bleibt die feierliche Bestätigung des Protokolls vorbehalten.

Frankreichs Vorstoß in der Sicherheitsfrage ist an seiner Übergeschicklichkeit gescheitert. Aber Frankreich hat wenigstens zweierlei erreicht, seine Bündnisse sind unangestastet geblieben, und die Abrüstung ist auf die lange Bank geschoben, da sie ausdrücklich von der Ratifizierung des

Genfer Protokolls durch alle Bundesstaaten abhängig gemacht wurde.

Die Sicherheitsverhandlungen sind abermals ins Stocken geraten. Sie stocken, bis der Anstoß zu neuen Lösungsversuchen von einer Seite kommt, von der man ihn nicht erwartet hätte.



Dieser Anstoß kommt von — Deutschland.

Im November 1924 tritt das Kabinett Macdonald zurück und macht einem neuen konservativen Kabinett unter Führung Stanley Baldwins Platz. Baldwins Außenminister wird Austin Chamberlain, bewährter und aufrichtiger Freund Frankreichs. Das Genfer Protokoll ist zwar gefallen, aber Chamberlain will den Franzosen einen Ersatz dafür geben. Wieder taucht aus der Versenkung der englisch-französische Garantievertrag auf, von dem immer gesprochen und geschrieben wird, wenn die Sicherheitsfrage auf das tote Gleise geraten ist. Er ist das moralische Pfand Frankreichs aus Vorkriegs- und Kriegszeit, das nicht eingelöste Versprechen von Versailles, die Wiederbelebung der Entente cordiale, von der Lloyd George und Briand zum letztenmal in Cannes gesprochen.

„Die erste Aufgabe, die vor mir steht“, sagt Chamberlain, „ist die Neubelebung des engen Einvernehmens und der herzlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich. Frankreich beansprucht mit vollem Recht eine Sicherheit gegen die Wiederkehr jenes Unrechts, das es in vergangenen Jahren erlitten hat. England wird die gemeinsamen Schlachten Schulter an Schulter mit Frankreich nicht vergessen.“

Herriot antwortet mit nicht minder herzlichen Versicherungen. Die Räumung der Kölner Zone ist gerade von beiden Regierungen abgelehnt worden, die ersten Früchte des neuen Einvernehmens reifen schon. Bedenkliche Pläne über die Neutralisierung des Rheinlands und seine Stellung unter dauernde militärische Kontrolle werden im Schoße des Völkerbundes erörtert. Die Gefahr für das Rheinland, im Ruhrkampf erfolgreich abgewehrt, erhebt sich von einer anderen Seite und in weniger verhänglicher Form, aber sie ist darum nicht geringer.

Diesen Zeitpunkt erwählt die deutsche Regierung, um sich in die schwebenden Sicherheitsverhandlungen einzuschalten.

17. Kapitel

Locarno

Englands Streben nach der Schiedsrichterschaft. — Das deutsche Memorandum vom Februar 1925. — Dreiecksverhandlungen. — Die Frage der Ostgrenzen. — Aristide Briand. — Zindenburg Reichspräsident. — „Beträchtliche Überraschungen“. — Tschitscherin in Warschau und Berlin. — Die Londoner Juristenkonferenz. — Geburtsstunde des Locarnogeistes. — Locarno und Versailles.

Locarno — wer denkt nicht an freundschaftliches Zusammensein von Staatsmännern, an die Melodien des Friedens, die malerische Szenerie der Morgenröte, an Versöhnung und wahrhaft europäische Gedankengänge, an Fortschritt und Freiheit und an die geistige Überwindung des grauenvollen Ungeheuers Versailles?

Wer sieht nicht vor dem Auge seines Geistes das herbsteuchende Ufer des Lago Maggiore, die blaue Fläche des Sees, die üppige Farbensymphonie des Tessin und die rebengeschmückten Gänge der Berge?

Wer erblickt nicht die fröhlich bewegten Wanderer auf den Plätzen des Städtchens und am Gestade, die in den Zungen ganz Europas nur vom Frieden sprechen und von dem neuen Zeitalter, zu dessen Einleitung den Menschen endlich der Mut gekommen? Wer hört nicht die Musikkapellen in heiterem Rhythmus die Nationalhymnen aller bisher einander so feindlichen Völker spielen, wer schaut nicht das fröhlich bewegte Meer der Wimpel in den Farben aller Nationen? Wer sieht nicht Aristide Briand mit strahlendem Gesicht von Bord des Vergnügungsdampfers „Orangenblüte“ steigen? Wer erkennt nicht, verbindlich lächelnd, Stresemann neben Frau Chamberlain und Luther im leichten Gespräch mit dem englischen Außenminister?

Locarno — wer wird nicht ergriffen von der Romantik dieser Epoche, die sich seltsam wie eine Insel der Seligen zwischen zwei furchtbare Auseinandersetzungen im verstümmelten Europa schiebt? Locarno — umrahmt auf der

einen Seite vom Ruhrkampf und dem Dawesplan, auf der andern Seite von dem letzten und schon vergeblichen Triumph des Dollars über den Imperialismus von Versailles, dem Youngplan und den Haager Konferenzen? Locarno — heute schon beinahe sagenhaft wirkend wie die Erzählungen alter Leute, wenn sie am Abend beginnen . . .

„Es war einmal vor langer, langer Zeit . . .“

Die Geschichte klammert sich gern an bestimmte Ereignisse. So ist es Gewohnheit geworden, die Epoche von Locarno auf das deutsche Angebot an England und Frankreich im Februar 1925 zurückzuführen. Das ist grundfalsch. Diese Epoche ist ganz unabhängig von dem einen oder andern zufälligen Anlaß. Sie ist ganz und gar ein Kind der politischen Zustände Europas, wie sie durch den Dawesplan geschaffen wurden. Sie wird schon bei ihrer Entstehung von ganz verschiedenen Kräften beeinflusst, und sie findet ihre Krönung am Lago Maggiore nur durch ein verhängnisvolles, tragisches Mißverständnis zwischen den beiden Männern, deren Name unlösbar mit ihr verbunden ist. Stresemann sieht in Locarno den Ausgangspunkt für die Revision des Versailler Vertrags — Briand erblickt in Locarno das gerade Gegenteil davon, nämlich die endgültige Sicherung des Versailler Vertrags gegen jede Revisionsgefahr.

An diesem Widerspruch mußte die ganze Epoche schließlich zugrunde gehen.



Im Herbst 1924 unterrichtet der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, den deutschen Außenminister Stresemann über die neuen Verhandlungen, die zwischen Paris und London wegen des englisch-französischen Garantiepaktes als Ersatz für das aussichtslose Genfer Protokoll geführt werden. England hat sich schon in Versailles und seitdem immer wieder dagegen gesträubt, den Franzosen diesen heißbegehrten Vertrag zu schenken, der Großbritannien für jeden kommenden europäischen Konflikt auf die Seite Frankreichs zwingt. Die englische Politik strebt eifriger denn je nach ihrer traditionellen Schiedsrichterstellung auf dem europäischen Kontinent.

Stresemann horcht auf. Man verhandelt also in London über die Wiederbelebung der alten Entente cordiale? Die Einkreisungspolitik Eduards VII. und Delcassés soll sich wiederholen?

In gewissem Sinne, meint d'Abernon vorsichtig, sei es so.

Der Engländer weiß genau, was er will. Nichts kann der englischen Politik gelegener kommen, als wenn Deutschland die Initiative ergreift, um sich in die englisch-französischen Paktverhandlungen einzuschalten und aus dem Dialog zwischen London und Paris eine Unterhaltung zu dreien zu machen. Wenn man es dazu bringen könnte, daß England als Makler zwischen Deutschland und Frankreich austräte, wenn man einen Vertrag erreichte, der ohne England materiell zu binden ihm die politische Schiedsrichterschaft über die deutsch-französische Grenze zuschöbe, wenn man obendrein noch das faschistische Italien als Gegengewicht gegen Frankreich behutsam eingliedern könnte — das wäre die Ideallösung nach britischem Geschmack!

Stresemann denkt, wenn man mit Englands Hilfe so weit gelangte, daß man die deutsche Politik gleichberechtigt neben die französische stellen, wenn man auf dieser Basis Stück für Stück zu einer Beseitigung der schlimmsten Paragraphen des Versailler Vertrags gelangen, wenn man ein Gegengewicht gegen die französisch-polnische Militärhegemonie in Europa schaffen könnte — ja, dafür dürfte man schon auf Elsaß-Lothringen verzichten. Denn dieser Verzicht ist Grundbedingung für jede Erörterung mit Paris, das sagt auch Lord d'Abernon.

Freilich, das sind noch Zukunftsgedanken, ferne Musik, der das Ohr noch nicht trauen will — aber schon die Möglichkeit, die schwebenden englisch-französischen Garantiepaktverhandlungen zu durchkreuzen, erscheint verlockend und eines Versuches wert.

Im Januar 1925 werden die ersten geheimen Führer nach London ausgestreckt. Aber was ist das? Man hat damit gerechnet, daß die Downing Street mit Begeisterung auf die deutsche Anregung eingehen werde — Chamberlain aber antwortet kühl und geradezu ablehnend. D'Abernon ist verzweifelt, als Stresemann ihm erklärt, er habe jegliche Lust verloren, offenbar wolle man in London gar nicht,

und er, der Botschafter, habe sich über die Auffassungen seines Ministeriums geirrt.

Verstehen Sie doch, sagt d'Abernon, nachdem er sich abermals mit London verständigt — Chamberlain muß sich unbedingt vor dem Anschein hüten, als konspirierte er hinter dem Rücken der Franzosen mit den Deutschen. Wenn die Franzosen erst das Gefühl haben, als sei ihnen eine Falle mit englisch-deutschem Speck aufgestellt, so ist alles verloren.

Sie meinen also, Chamberlain erwarte, daß Deutschland sich gleichzeitig auch mit Paris ins Benehmen setze?

Das ist das Beste, sagt d'Abernon.



Am 9. Februar 1925 läßt die deutsche Regierung unter strengster Geheimhaltung im eigenen Lande in London und in Paris ein Memorandum überreichen, das eine Reihe unverbindlicher Vorschläge und Formulierungen in der Sicherheitsfrage enthält.

Deutschland setzt die verschiedenen Möglichkeiten auseinander, die sich nach seiner Ansicht für die Lösung der Sicherheitsfrage bieten. Man könne zum Beispiel auf den Vorschlag zurückgreifen, den Reichskanzler Cuno im Spätherbst 1922 gemacht habe, einen Garantievertrag aller am Rhein interessierten Mächte zu treuen Ländern der Vereinigten Staaten von Amerika.

Man könne weiter an einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich denken, wobei ausdrücklich versichert wird, daß Deutschland auch bereit ist, mit allen anderen Staaten ähnliche Schiedsverträge abzuschließen.

Man könne drittens einen zeitlich unbeschränkten Vertrag in Erwägung ziehen, in dem sich alle interessierten Mächte untereinander ihren gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantieren und sich verpflichten, jeden Verstoß gegen diesen Pakt als eine gemeinsame Angelegenheit zu betrachten. In einen solchen Pakt könnten sogar die im Versailler Vertrag vorgesehenen Bestimmungen über die Entmilitarisierung des Rheinlands eingeschlossen werden.

Schließlich könne man auch die Lösungsmöglichkeiten der drei angegebenen Arten untereinander verbinden und so erweitern, daß eine „Weltkonvention“ daraus entstehe, die als Ersatz für das Genfer Protokoll dienen würde, das bei

vielen Staaten bekanntlich auf einen unüberwindlichen Widerstand gestoßen sei.

Man sieht, die deutsche Regierung ist noch keineswegs für die eine oder die andere Richtung entschlossen. Das Memorandum enthält im Grunde nichts als eine Aufzeichnung der bisher erörterten Möglichkeiten, es überläßt alles andere kommenden Verhandlungen, für die nicht einmal bestimmte Richtlinien vorgeschlagen werden. Es ist nichts als eine grundsätzliche Erklärung der Bereitschaft, die augenblicklichen völkerrechtlichen Verhältnisse am Rhein zu garantieren. In dieser Beziehung bedeutet das Memorandum allerdings einen Schritt von unabsehbarer Tragweite. Man stelle sich nur einmal vor, Frankreich habe nach dem Kriege von 1870/71 Deutschland das Angebot gemacht, für alle Zeiten auf Elsaß-Lothringen freiwillig zu verzichten und der Entmilitarisierung seiner Ostgrenze, sagen wir der Linie Belfort—Toul—Verdun, ohne jede Gegenleistung Deutschlands zuzustimmen!

Die Verhandlungen über das deutsche Memorandum werden zwei Monate lang so geheim geführt, daß fast nichts in die Öffentlichkeit dringt. Am klassischsten ist die Geheimhaltung in Deutschland. Nicht einmal alle Minister der Reichsregierung sind unterrichtet, der Kanzler und der Außenminister halten alle Aktenstücke in ihren Schubfächern. Erst als später die Presse auf Grund alarmierender Nachrichten aus dem Ausland das Geschehene zu wittern beginnt, erscheinen die ersten Erklärungen von amtlicher Seite. Man entschuldigt sich jetzt mit der halb ehrlichen, halb diplomatischen Ausrede, man habe die Sache im Anfang durchaus nicht als so bedeutsam angesehen.

Desto emsiger geht es hinter den Kulissen zu. Zwischen Paris und London jagen Telegramme und Schriftstücke hin und her. Ist Deutschlands Vorschlag ehrlich oder nur eine hinterhältige Falle, um die Alliierten zu entzweien? Kann man den Schlaunen durch Überschlauheit nicht übers Ohr hauen? Will Deutschland nur das lästige Genfer Protokoll beseitigen und dem Völkerbund, dem es nicht angehört, einen bösen Streich spielen? Kann man nicht den Spieß umdrehen, indem man dem Reich für immer ein Zusammengehen mit Rußland unmöglich macht?

Serriot weiß ein einfaches Mittel gegen die Gefahren

dieses Schachzuges. Er greift mit Vergnügen in die Schublade Poincaréscher Rezepte und schlägt den Engländern vor, zuerst wolle man sich einmal gründlich unter sich aussprechen und die Deutschen draußen lassen. Dann werde man, wenn die Sache Erfolg verspreche und im Sinne der Alliierten vervollkommen sei, einen englisch-französischen Garantievertrag unter Ausschluß Deutschlands abschließen. Zum Schluß werde man den Deutschen eine höfliche Einladung schicken, das Werk des Friedens auch ihrerseits zu unterzeichnen. So muß die schlaue deutsche Katze in die Falle, in der ihr eigener Speck aufgehängt ist.

Aber Serriot irrt sich, wenn er glaubt, die Angelegenheit mit diesem einfachen und oft erprobten Mittel erledigen zu können. Serriot unterschätzt das Interesse Englands und das Interesse der amerikanischen Hochfinanz an den von Deutschland entwickelten Plänen. Serriot weiß noch nicht, daß beide Mächte bei der Geburt des deutschen Memorandums verschwiegen und heimlich Bevatter gestanden haben.

Die englische Regierung läßt ostentativ erklären, sie lege dem deutschen Schritt die größte Bedeutung bei und „sie werde ihm die ernsteste Beachtung zuteil werden lassen, damit man von der unglücklichen Vergangenheit hinweg in eine freundlichere Zukunft gelange“. Chamberlain lehnt einseitige Verhandlungen mit Frankreich rundweg ab. England hat seine Matkerrolle angetreten.

In Paris ist man bestürzt. Aber der tiefe Wandel der Dinge kommt der französischen Regierung erst zum Bewußtsein, als die Vereinigten Staaten in ihrer behutsamen und fast gleichgültigen Art zu verstehen geben, wie groß auch ihr Interesse an den neuen Plänen zur Herstellung und Festigung des europäischen Friedens sei und wie eng die Frage der französischen Kriegsschulden an Amerika mit diesen Plänen zusammenhänge. Die Hochfinanz in New York hebt warnend den Finger, sie erinnert an die Londoner Daweskonferenz. In den amerikanischen Zeitungen kann man es bis zum Überdruß lesen, daß die französische Regierung jetzt einen aufrichtigen Beweis ihrer Friedensliebe und ihrer europäischen Einstellung geben müsse.

Serriot beginnt zu begreifen. Frankreich knirscht mit den Zähnen. Man muß sich zum zweitenmal fügen.

Aristide Briand weilt noch als französischer Vertreter in Genf. Aber man weiß, daß er zu einer größeren Rolle berufen ist. Die Fäden der französischen Sicherheitspolitik laufen schon bei ihm zusammen. Nicht Serriot, nicht das Linkskartell, nicht die französischen Sozialisten, sondern Aristide Briand wird der Makler zwischen rechts und links, zwischen Poincaré und Serriot, zwischen der alten und der neuen Ära, zwischen Versailler Imperialismus und pan-europäischer Idee, zwischen Nationalismus und demokratischer Menschheitsbeglückung, zwischen waffenstarrer Rüstung und Friedensschalmei. Aristide Briand wird der Prototyp der französischen Politik, die mit den von der Notwendigkeit diktierten Mitteln der Versöhnung und des Friedens die alten Ziele des französischen Imperialismus weiter verfolgt. Briand unternimmt den grandiosen Versuch, das Werk von Versailles zunächst durch einen Versöhnungsvertrag mit Deutschland und später durch eine pan-europäische Föderation zwischen den bedrohlichen Klippen der Hochfinanz und des aufbegehrenden deutschen Nationalismus unverfehrt hindurchzusteuern.



Die französische Politik schwenkt mit dem Tage dieser Erkenntnisse in die Locarnolinie ein. Unklar noch, mit dem dumpfen Empfinden belastet, daß man einem Zwang gehorcht, dessen ganze Auswirkung und Schwere noch nicht zu übersehen ist. Noch hegt man im stillen den Vorbehalt, bei der nächsten Gelegenheit wieder abzuspringen und sich seitwärts in die Büsche zu schlagen.

Serriot erklärt, man werde sich an den Dreiecksverhandlungen zwischen Paris, London und Berlin beteiligen, man werde wie immer bestrebt sein, dem Gedanken des Friedens zu dienen, wo und in welcher Gestalt er sich auch zeige. Er fügt hinzu, es geschehe, um zunächst einmal das Deutsche Reich zur Aufdeckung seiner Karten zu zwingen.

Mit Eile geht es an die Formulierung der französischen Vorbehalte. Es muß unter allen Umständen eine Atmosphäre geschaffen werden, als sei Deutschland der bittende, Frankreich der gewährende Teil. Das ist für die späteren Verhandlungen von größter Bedeutung. Es sind die längst bekannten, traditionellen Vorbehalte. Sie heißen Unantast-

barkeit des Versailler Vertrags, kein Entgegenkommen in der Frage der Rheinlandbesetzung, Einbeziehung der französischen Militärbündnisse in den neuen Pakt, Ausdehnung der deutschen Garantie auf die Ostgrenzen, bedingungsloser Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Am 7. März 1925 treffen Gerriot und Chamberlain in Paris zusammen und besprechen das französische Programm. In großen Zügen stimmt Chamberlain den Forderungen Gerriots zu, in den Einzelheiten verlangt er das Recht zu Abänderungen. In Genf, wohin die beiden Staatsmänner fahren, wird der Handel fortgesetzt, indem man auch die Frage der deutschen Entwaffnung und der Kontrolle des Völkerbunds über das Rheinland in das Programm einbezieht. Bald steht diese, bald jene Frage im Vordergrund, Nebenfragen erscheinen als Druckmittel, der Kreis wird immer größer. Es geht zu wie an einer Börse, denn auch die kleineren Brüder sind schon mit ihren Wünschen bei der Hand. Zum Schluß empfängt man die Journalisten zur Erklärung des herzlichsten Einvernehmens, der unverbrüchlichsten Freundschaft und der Hoffnung auf die heranahende Morgenröte der neuen Zeit.

An Deutschland ergeht ein gemeinsames englisch-französisches Schreiben, worin man versucht, die deutschen Bedenken gegen den bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund zu zerstreuen. Da ist der böse Artikel 16 der Bundesatzung, der Deutschland viel Kopfzerbrechen bereitet, weil er jedes Bundesmitglied verpflichtet, an den vom Völkerbund verhängten „Sanktionen“ teilzunehmen. Kann Deutschland nicht eines Tages in die Lage kommen, daß es sein Land als Kriegsschauplatz gegen Rußland zur Verfügung stellen muß? Wie verträgt es sich mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung, daß man zwar Deutschland einseitig seiner Waffen beraubt, es aber zwingen will, wie jeder andere bis an die Zähne bewaffnete Staat dem Völkerbund im Kriegsfall beizustehen? Später, später, sagen Gerriot und Chamberlain, kommt nur erst einmal nach Genf, dann wird sich alles finden.

Von Genf zurückkehrend, stellen Gerriot und Chamberlain fest, daß nun „die wesentlichen Punkte aller behandelten Fragen ermittelt“ seien und daß von jetzt an unmittelbaren Verhandlungen mit Deutschland kein Hindernis mehr

im Wege stehe. Das in seinem ersten Lebensstadium sorgsam dem Licht und der rauhen Luft entzogene Locarnopflänzlein wird zum erstenmal ins Freie getragen, es geht dabei recht feierlich und behutsam zu. Aber es ist noch rauhe Märzluft draußen, der Frühling hat noch gute Weile.



Kurz hintereinander geben die Staatsmänner der hauptsächlich beteiligten Länder Erklärungen über die Paktfrage ab.

Am 12. März veröffentlicht Außenminister Stresemann in der Presse einen Artikel. Am 24. März spricht Chamberlain vor dem Unterhaus. Am gleichen Tage äußert sich der polnische Außenminister Skrzynski vor dem Sejm. Am 28. März ergreift Herriot das Wort im französischen Senat.

Jetzt kann man sehen, was sich die einzelnen Beteiligten etwa unter dem Pakt vorstellen. Deutschland spricht von schmerzlichen Verzichten, denen im wesentlichen nur theoretische Vorteile gegenüberstehen. Diese Vorteile sind zum Beispiel „Friede, Ordnung, Freiheit“, „die Beseitigung des Mißtrauens in den Beziehungen der Völker“, „die endliche Herbeiführung des wirklichen Friedens“.

Der deutsche Außenminister gibt zu, daß der erste deutsche Schritt getan wurde, „um die Räumung der Kölner Zone, die Abänderung der französisch-englischen Rheinkontrollpläne herbeizuführen und um den bevorstehenden englisch-französischen Garantievertrag zu durchkreuzen“. Er spricht von dem französischen Streben nach Sicherheit, das in Anbetracht der wirklichen Lage zwar töricht sei, das man aber als vorhandene Tatsache in die politischen Erwägungen einbeziehen müsse. Er spricht von dem „schmerzlichen Verzicht Deutschlands auf Erinnerungen, die uns ewig teuer sein werden“. Er stellt diesem Verzicht die Tatsache gegenüber, daß gleichzeitig auch Frankreich auf seine historischen Rheinpläne verzichte. Er erklärt, warum ein Verzicht Deutschlands auf die friedliche Abänderung seiner Ostgrenzen niemals ausgesprochen werden könne und betont, daß man bereit sei, durch einen Schiedsvertrag mit Polen ausdrücklich auf jede gewaltsame Änderung zu verzichten. Er sagt schließlich, daß Deutschland vor seinem Eintritt in

den Völkerbund Garantien gegen jeden Mißbrauch des Artikels 16 der Satzung haben müsse. „Möge man“, so schließt der Außenminister, „den großen geschichtlichen Augenblick zur wahrhaften Befriedung Europas nicht vorübergehen lassen, dann wird auf die Ära der Vergewaltigung und des Mißtrauens die Zeit der Verständigung für unsern Erdteil folgen“.

Chamberlain erklärt im Unterhaus, jetzt endlich tue Deutschland freiwillig, was es in Versailles nur gezwungen getan habe. Die Entmilitarisierung des Rheinlands, seine Stellung unter die Kontrolle des Völkerbundes werde verewigt und freiwillig anerkannt, ein Ereignis von unschätzbarem Wert. Im Osten habe Deutschland auf jegliche Waffengewalt verzichtet, und es sei klar, daß eine Abänderung der Ostgrenze von nun an nur noch im Einverständnis mit Polen stattfinden könne, wodurch sie praktisch als europäischer Streitgegenstand für alle Zeit verschwunden sei.

Der polnische Außenminister stellt fest, daß sowohl Serriot wie Chamberlain ihm versichert hätten, sie würden keinerlei Revisionspläne für den Osten aufkommen lassen, der geplante Vertrag biete dazu die beste Sandhabe. Keine polnische Regierung werde jemals zulassen, „daß auch nur die Möglichkeit der Erörterung einer solchen Frage ins Auge gefaßt werde“. Damit seien die polnischen Grenzen garantiert, und zwar durch einen freiwilligen Verzicht Deutschlands.

Serriot bestätigt die polnische Auffassung in ganzem Umfange. Die französische Regierung werde niemals Verhandlungen über einen Pakt zulassen, der auch nur im entferntesten die Rechte und Interessen der Verbündeten Frankreichs antaste. Niemand habe daran gedacht oder werde daran denken, die in Versailles geschaffenen Grenzen zu verleugnen oder auch nur zur Erörterung zu stellen.

Was ist das? Was bedeuten diese so verschiedenen Variationen auf ein und dasselbe Thema? Sieht niemand die furchtbare Gefahr für Deutschland und für Europa, die bestehen wird, wenn man im Geiste der „neuen Ära“ Verträge abschließt, die den Gedankengängen der „alten Ära“ einen so weiten Spielraum gewähren?

Sowohl in Frankreich wie in Deutschland treten für die nächste Zeit innerpolitische Ereignisse in den Vordergrund. In Frankreich wird das Kabinett Gerriot gestürzt, in Deutschland findet die erste Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk statt.

Obwohl die Franzosen seit dem Inkrafttreten des Dawesplans nun genau wissen, wieviel Geld sie von Deutschland zu erwarten haben, ist es ihnen nicht gelungen, ihre finanziellen Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Die Regierung läßt sich treiben, weil sie ihrer eigenen Stärke nicht traut, das Kartell der Linken kracht schon in allen Fugen.

Im April 1925 ist der Zustand der öffentlichen Finanzen auf dem Punkt angelangt, daß die Regierung kein Geld hat, um die Beamtengehälter auszuzahlen. Das Schatzamt verfügt nicht mehr über genügend Banknoten, um den Rücklauf an kurzfristiger Verschuldung, an Schatzwechseln und Bons der nationalen Verteidigung einzulösen. Schatzamt und Börse befinden sich in größter Unruhe, das Gerede und Geraune von Inflation geht umher, der Franken, der seit dem Londoner Abkommen stabil geblieben, gibt plötzlich wieder nach.

Das Kabinett Gerriot weiß in seiner Ratlosigkeit kein anderes Mittel, als dem Parlament ein Gesetz vorzulegen, das den Staat ermächtigen soll, den Notenumlauf vorübergehend um vier Milliarden Franken zu erhöhen. Gerriot will den verhängnisvollen Weg einer freiwilligen Inflation beschreiten — ein halbes Jahr, nachdem Frankreich durch den Ruhrkrieg Deutschland in die Inflation gestürzt hat!

Im ganzen Land erhebt sich Entrüstungssturm gegen diese Regierung, die mit starken Worten seinerzeit die Zügel an sich gerissen und seitdem ihr Prestige Stück für Stück in faulen Kompromissen eingebüßt hat. Seht, heißt es, die einst vorgaben, für die kleinen Leute zu sorgen, wollen uns jetzt durch Betrug unser Geld fortnehmen! Seht, die einst die Teuerung und die Not der Massen beheben wollten, drohen jetzt mit Preissteigerung und Elend. Sie wollen es mit den Reichen nicht verderben, und weil die Reichen ihnen nichts geben, versuchen sie jetzt die Armen auszuplündern! Am 10. April versagt das Kartell der Linken in der Kammer zum erstenmal, die Sozialisten

machen nicht mehr mit, weil sie die Abwanderung ihrer proletarischen Wähler fürchten. Gerriot bleibt in der Minderheit und tritt zurück. Die Rechte frohlockt.

Es ist noch einige Tage zu früh. Das Kartell besinnt sich noch einmal nach seiner Niederlage. Man sucht den besten Finanzkennner, den man auf der Linken aufstreiben kann und dessen moralischer Kredit bei den Massen noch unangetastet ist. Caillaux wird gerufen. Er folgt dem Ruf und übernimmt das Finanzministerium. Die Ministerpräsidentenschaft des neuen Linkskabinetts geht von Gerriot auf Painlevé über. Außenminister wird Aristide Briand.

In Wahrheit besteht dies Kabinett nur aus zwei Männern, alle übrigen sind Zutat und Beiwerk, Caillaux und Briand. Die Rechte wird gegen Caillaux mit Zähnen und Nägeln kämpfen. Gegen Briand hat sie durchaus nichts einzuwenden, er hat im Jahre 1922 als Ministerpräsident gezeigt, daß er poincaristischer sein kann als Poincaré, er hat sich in Genf Verdienste erworben, er ist der richtige Mann um Deutschland bei den schwebenden Verhandlungen einen Streich zu spielen.

Caillaux verbraucht in einem halben Jahre seinen moralischen Kredit bei den Massen vollständig, weil im Grunde kein Franzose für die Sanierung des Staates finanzielle Opfer bringen will, und weil Industrie und Großbesitz auf der Seite der Opposition stehen. Briand ist nach einem halben Jahre der große Hero, von der Linken auf die Schultern gehoben und bejubelt, von der Mitte als ihr Mann gepriesen und gefeiert, von der Rechten als geschickter und zäher Anwalt der französischen Interessen gelobt und geduldet. Er wird der Staatsmann europäischen Formats, dem es gelingt, Frankreich von dem Vorwurf des Imperialismus reinzuwaschen, ohne einen Quadratmeter des Bodens aufzugeben, den Frankreich in Versailles erobert.

Dieser Politiker tritt jetzt an entscheidender Stelle in die Verhandlungen ein, die von Deutschland angeregt wurden.

★

Am 28. Februar 1925 ist Reichspräsident Friedrich Ebert im Alter von vierundfünfzig Jahren gestorben. Die Not-

wendigkeit der Neuwahl findet das deutsche Volk im Zustande schlimmster Zerrissenheit. Es gibt keinen Mann, den dies Volk einhellig an seiner Spitze sehen möchte.

Im ersten Wahlgang treten sich sieben Kandidaten entgegen. Die Sozialdemokraten präsentieren den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die bürgerliche Rechte den Duisburger Oberbürgermeister und früheren Reichsinnenminister Jarres, das Zentrum den früheren Reichskanzler Marx, die Demokraten den badischen Staatspräsidenten Zellpach, die bayrische Volkspartei den bayrischen Ministerpräsidenten Geld, die Kommunisten den Transportarbeiter Thälmann und die Deutschvölkischen den General Ludendorff. Jeder dieser Kandidaten erhält im ersten Wahlgang die Stimmen seiner Partei oder der Parteigruppe, die seine Kandidatur trägt. Jarres zählt als Exponent der bürgerlichen Rechten mit 10,4 von 26,8 Millionen Stimmen die relative Mehrheit, ihm folgen Otto Braun mit 7,8 und Marx mit 3,9 Millionen Stimmen. Der zweite Wahlgang wird auf den 26. April festgesetzt.

Die Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, vereinigten sich zur Abwehr des Angriffs der bürgerlichen Rechten, dessen Stoßkraft sie im ersten Wahlgang erkannt haben. Sie stempeln den Kampf um die Präsidentschaft zum Kampf um ihren Staat, wie sie ihn in Weimar geschaffen. Die Sozialdemokraten müssen sich, dem Zwang gehorchend, dem Zentrum fügen. Kandidat der Weimarer Koalition wird Marx. Man nennt sich Volksblock im Gegensatz zu der bürgerlichen Rechten, die sich als Reichsblock bezeichnet.

Der Reichsblock steht vor der Tatsache, daß er seinen Kandidaten vom ersten Wahlgang, den Oberbürgermeister Jarres, gegen die vereinigten Weimarer Parteien nicht durchsetzen kann. Will er siegen, so braucht er einen Kandidaten von größerem Gewicht. Will er den Kampf durchführen, so gibt es nur noch e i n e n Namen, bei dessen Erklären das Volk aufhorchen wird bis weit in die Reihen des Volksblocks hinein.

Es kommen Abgesandte nach Hannover und beschwören den Achtundsiebenzigjährigen, er müsse seine Ruhe abermals verlassen und zurückkehren, die Not sei nicht geringer als damals bei Tannenberg.

Aber die Zeit steht nicht still, sagt er, er ist fast achtzig, die Not erfordert eine jüngere Kraft. Er schlägt vor, an Jarres festzuhalten, er lehnt für seine Person ab.

Großadmiral Tirpitz fährt zu ihm, fast gleichen Alters. Sie stehen sich gegenüber, der Schöpfer der Flotte, der Führer der Armee. Armee und Flotte sind nicht mehr, sie beide stehen an der Grenze des biblischen Alters. Aber Tirpitz sagt, solange noch Atem in uns ist, müssen wir dem Vaterland dienen.

Der Feldmarschall gibt seine Hand. Ja, er läßt sich aufstellen.

Der Wahlkampf beginnt. Marx reist werbend von Ort zu Ort, er führt den Kampf in der ihm vertrauten parlamentarischen Art. Seine Partei- und Koalitionsfreunde sind noch eifriger als er, sie haben nun einmal ihren Feldzug als Kampf um die Republik unternommen. Der Feldmarschall, schreien sie, wird dem Ausland als Gegenrevolutionär und Monarchist gelten, wir bekommen keine Kredite mehr, keine Arbeit, kein Brot, wir rennen mit sehenden Augen aus romantischer Gefühlsduselei in den Abgrund. Alles ist verloren, was mühsam in Jahren aufgebaut wurde, das deutsche Volk ist im Begriff, Selbstmord zu verüben! Der Feldmarschall ist alt und unselbständig, er wird, wenn er gewählt wird, nur das Werkzeug politischer Intriganten sein — die Republik ist in äußerster Gefahr! Katastrophe nach außen und nach innen — wenn ihr das wollt, dann wählt den General, wenn ihr es verhindern wollt, dann wählt den Republikaner Marx!

Indem die Linke den Kampf um die Staatsform und die Verfassung in den Vordergrund schiebt, beginnt sie doch schon den tieferen Sinn der Auseinandersetzung zu empfinden. Es handelt sich um die Epoche von Locarno, die eben so glücklich eingeleitet ist. Es handelt sich um die Niederhaltung des gefährlichen Nationalismus im Innern, der heute schon aufbegehrt gegen die Verstrickung von Versailles und Locarno. Es handelt sich um den deutschen Osten und um Deutschlands Verhältnis zu Rußland. Es handelt sich um die Machtstellung der Hochfinanz, die im Dawesplan ihr breites Fundament errichtet und die sich jetzt mit dem europäischen Paktgedanken verbündet hat, um ihre Macht

zu erweitern und, wenn es einmal nötig sein wird, zu verteidigen.

Aber die Linke überschätzt die Kraft des nationalen Aufbegehrens in dieser Epoche. Die Zeit ist noch lange nicht erfüllt, in welcher der Nationalismus seine Kräfte zum geschlossenen Angriff einsetzen wird.

Marx reist von Ort zu Ort. Der Feldmarschall verläßt Hannover nicht. Er empfängt kaum einige Abordnungen. Er braucht nicht zu reden. „Nicht die Staatsform ist entscheidend“, sagt er in seiner einzigen Kundgebung, „sondern der Geist, der die Form beseelt. Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen und sozialen Frieden will. Hilf auch du mir zur Aufrichtung des deutschen Vaterlandes!“

Am 26. April 1925 findet der zweite Wahlgang statt. Die Zahl der gültigen Stimmen steigt von 26,8 auf 30,3 Millionen. Marx erhält davon 13,7 Millionen, der Feldmarschall 14,6.

Sindenburg ist deutscher Reichspräsident.



Aristide Briand begibt sich unverzüglich an die Arbeit. Er legt dem französischen Ministerrat zwei Notenentwürfe vor, deren erster sich mit der Frage des Sicherheitspakts beschäftigt und als gemeinsame interalliierte Antwort auf das deutsche Februarmemorandum gedacht ist, und deren zweiter eine Mitteilung der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung in der Frage der deutschen Entwaffnung und der verzögerten Räumung der Kölner Zone darstellt. Beide Gegenstände, so sagt Briand, sind natürlich vollständig voneinander getrennt, sie haben nicht das allermindeste miteinander zu tun. Das gilt aber nur Deutschland gegenüber. In London betont Briand immer, daß beide Gegenstände aufs engste miteinander zusammenhängen, denn man könne natürlich von Frankreich nicht verlangen, daß es Köln räume, bevor der Sicherheitspakt unter Dach sei. Versailles und Locarno reichen sich die Hand.

Der Ministerrat billigt beide Entwürfe. Die Entwaffnungsnote geht zur Genehmigung an die Botschafterkonferenz. Um die Stimmung hüben und drüben ein wenig vor-

zubereiten, gibt man einige Andeutungen durch die Presse. Man stehe, so heißt es, vor „beträchtlichen Überraschungen“, es handle sich um eine große Liste „weitgehender deutscher Verfehlungen“, bei dem Umfang dieser Verfehlungen werde es wohl „kaum möglich“ sein, die Kölner Zone „entsprechend den aufrichtigen Wünschen der Alliierten noch in diesem Jahre zu räumen“.

In Deutschland achtet man nicht allzuviel auf diese Andeutungen, man hält sie für Begleitmusik einer Presse, die sich an den neuen Zustand der Versöhnlichkeit und der gemeinsamen Friedensarbeit noch nicht gewöhnen kann. Als am 4. Juni 1925 die Entwaffnungsnote in Berlin überreicht wird, gibt es tatsächlich eine „beträchtliche Überraschung“. Die Note hat nach Wortlaut und Inhalt eine verzweifelte Ähnlichkeit mit einem Schriftstück aus der Zeit vor dem Ruhreinbruch, als Poincaré noch die französische Feder führte. In dieser Atmosphäre schöner europäischer Blühträume wirkt sie wie eine Frostnacht im Monat Mai.

In Berlin reißt man sich die Augen. Aber es steht tatsächlich in der Note zu lesen: „Die verbündeten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung voranzuschicken, daß die Gesamtheit der Verstöße Deutschlands, falls nicht schnell Abhilfe geschaffen wird, der deutschen Regierung späterhin die Aufstellung eines einheitlichen, den Gedanken des Volkes in Waffen verwirklichenden Heeres gestatten würde . . . diese Tatsachen sind es, welche die Bedeutung jedes einzelnen der festgestellten Verstöße in das rechte Licht setzen und dadurch ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben . . .“

Hier also steht es geschrieben — am Vorabend des Friedenspakts ist Deutschland mit der Vorbereitung des neuen Weltkrieges beschäftigt! Deutschland unterschreibt mit der einen Hand den Verzicht auf Elsaß-Lothringen, auf die Wiedergewinnung seiner vollen Souveränität am Rhein, auf die gewaltsame Abänderung seiner Ostgrenzen — mit der andern Hand organisiert es schon das Volk in Waffen, den Überfall auf das allzu vertrauensfelige Frankreich!

Tawohl, hier steht es geschrieben, Briands Name steht darunter — und alle Welt findet das Schriftstück in voll-

Kommenster Ordnung! Die Äußerungen der Mißbilligung gegen Deutschland sind gemischt mit sentimentalen Vorwürfen — nein, wie kann Deutschland nur so unaufrichtig und böswillig sein, wie kann es verlangen, daß die andern Vertrauen zu seinem Friedenswillen haben, wo es doch selbst an nichts anderes als an den Krieg denkt! Wie kann man den Weg zum Frieden nur mit so harten Steinen pflastern! Wie gut, daß Briand noch in letzter Minute seinen Finger auf diese Wunde Europas gelegt hat — man bedenke nur, was hätte entstehen können, wenn er den nahen Ausbruch des deutschen Revanchekrieges nicht rechtzeitig entdeckt und sich mit dem schönen Mut des Idealisten dem wiedererwachenden deutschen Militarismus in die Arme geworfen hätte!

Dies Dokument ist kläglich genug. Es ist wichtig, den Inhalt des Schriftstücks genauer zu betrachten, um seinen Charakter zu verstehen. Es ist die Rede davon, daß die deutsche Polizei noch weiter dezentralisiert werden müsse und daß ihre Ausbildung keinen militärischen Charakter haben dürfe. Insonderheit ist es nötig, daß die Polizisten blaue und keine grünen Uniformen tragen, weil die grünen zu sehr an feldgrau erinnern.

Es sind noch etwa dreitausend industrielle Maschinen zu zerstören, die seit Jahren mit friedlicher Produktion beschäftigt sind.

Da sind bei der Reichswehr zuviel Zuseisen und Nägel, zuviel Platzpatronen und Stahlhelme. Da sind auch noch ein paar Gasmasken, während die Reichswehr doch im Zeitalter der Humanität keine Gasmasken haben darf.

Da sind auch die Funktionen des Chefs der Seeresleitung immer noch nicht genau genug umgrenzt, er sieht immer noch einem Oberbefehlshaber der Reichswehr zu ähnlich. Da besteht irgendwo im Reichswehrministerium eine Stelle für die Bearbeitung von Militärtransporten auf der Eisenbahn. Was hat die Reichswehr im Zeichen der Befriedung und der Abrüstung mit der Eisenbahn zu tun? Da ist ein leichtes Infanteriegeschütz, was nicht dorthin gehört, da hat ein Kavallerieregiment leichte Maschinengewehre — man denke! Da hat ein Zivilflugzeug an einer Reichswehrübung teilgenommen, wo doch ein Reichswehrsoldat beileibe kein Flugzeug sehen darf! Da sind —

wehe! — bei der Reichswehr Lebensmittel für siebenundfünfzig Tage aufgestapelt und in Ostpreußen gar für vierundachtzig Tage!

Kann es noch zweifelhaft sein, daß „die Gesamtheit dieser Verstöße einen für den allgemeinen Frieden so bedrohlichen Charakter“ hat? Könnte man es verstehen, wenn die Alliierten angesichts solcher Gefahren leichtfertig die Kölner Zone räumten? Sieht denn nicht ein Blinder, wie aus den grünen Uniformröcken der Polizei, aus Gasmasken, Fußnägeln, einem Flieger, einer Feldeisenbahnzentrale im Reichswehrministerium, aus Zwieback und Schinkenspeck das Gespenst des deutschen Volkes in Waffen schamlos hervorgrinst?

Der Weg nach Locarno wird von dem großen Europäer Briand mit alten Fußnägeln gepflastert.



Am 7. Juni 1925 treffen Briand und Chamberlain in Genf zusammen, besprechen ihre letzten gegenseitigen Bedenken und Formulierungen auf Grund des Briandschen Entwurfs einer Sicherheitsnote an Deutschland und erreichen binnen kurzem „vollkommene Einigkeit über eine positive Lösung des europäischen Friedensproblems, die einen sehr soliden Charakter tragen wird“.

Am 16. Juli wird die gemeinsame englisch-französische Antwort in Berlin übergeben.

Deutschland erteilt seinerseits eine Gegenantwort, Briand repliziert im Namen Englands und Frankreichs, Mussolini versucht sich einzuschalten, die Russen verursachen peinliche Zwischenfälle, Polen und Tschechen sind auch dabei, die deutschnationale Opposition, die jetzt an der Reichsregierung beteiligt ist, erhebt auf der einen Seite ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Weg der Außenpolitik und stimmt auf der anderen Seite unter gewissen Vorbehalten zu.

Es gibt ein aufgeregtes Hin und Her, vor und hinter den Kulissen, einen dreimonatigen Handel mit diplomatisch-juristischen Verkläuterungen, in denen der arme Bürger sich mit dem besten Willen nicht mehr zurechtfinden kann. Es gibt eine babylonische Verwirrung der Meinungen im Volke, das die Sprache seiner Staatsmänner nicht mehr

versteht. Es gibt Zweideutigkeiten, die Kopfschütteln erregen, wo sie unbeabsichtigt sind, und die zu neuen Zweideutigkeiten herausfordern, wo sie absichtlich angewandt werden. Es gibt Krisen, Rückschläge, Interpretierungen, die wieder der Interpretation bedürfen, ohne dadurch verständlicher zu werden. Eine Frage nach der andern wird hervorgezogen und dem schwer dahinschwankendem Verhandlungswagen aufgeladen.

Das Papier schwillt. Es entsteht eine ganze Literatur, mehr Wissenschaft als Volkstümmlichkeit. Im Volk haftet das Schlagwort vom neuen Geist, die Materie selbst unterliegt den wildesten Ausdeutungen von rechts und links und aus der Mitte. Man redet übereinander, untereinander, nebeneinander, zueinander, gegeneinander und aneinander vorbei. Indessen erhizen sich die Gemüter der Völker an Dingen, die ihnen viel näher sind als dieses Sin und Her von Noten. Die Aufwertung in Deutschland, die Frankenkaiße in Frankreich, die Wirtschaftsdepression in England sind handgreiflichere Fragen als juristische Klauseln für Schiedsverträge und Doktordissertationen über den Unterschied zwischen einer einfachen und einer kollektiven Garantie, zwischen fakultativer, obligatorischer und automatischer Prozedur.

Aus diesem europäischen Tohuwabohu, diesem fast babylonischen Gewirr von Meinungen hebt sich der rote Faden einer Diskussion, eines Orchesters, in dem jeder seine eigenen Töne nach einer gemeinsamen Melodie bläst, eine Summe von Dissonanzen, eine wahrhaft moderne Musik, die später ausklingt in das romantische Finale von Locarno, wo endlich die Instrumente aufeinander abgestimmt sind — wenigstens für die Ohren der Zuhörer.

☆

Zwischenspiel, das warnend in die Zukunft weist.

Der russische Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten, Tschitscherin, erscheint plötzlich in Warschau, ohne daß die deutsche Regierung darüber unterrichtet worden ist. Der polnische Außenminister, der gerade in Paris mit Briand verhandelt, eilt spornstreichs nach Hause. Vier Tage lang besprechen der Russe und der Pole die „neue Lage“. Tschitscherin empfängt die polnische Presse.

Deutschland, sagt Tschitscherin, hat einst in Kapallo mit Rußland Frieden und Freundschaft geschlossen und dem westlichen Europa eine Schranke gezogen. Deutschland hat in Kapallo einmal den Anlauf zu großzügiger und unabhängiger Politik genommen. Das gleiche Deutschland ist heute im Begriff, die Freundschaft mit Rußland zu opfern, um sich von England in die antirussische Front Westeuropas gehorsam eingliedern zu lassen. Deutschland entscheidet sich gegen Rußland und für Westeuropa — nun, so möge man sich in Berlin nicht wundern, wenn die Sowjetunion aus dieser Schwenkung die natürlichen Folgerungen ziehe und sich nach neuen Freunden umsehe. Es sei Rußlands Absicht, den alten Zwist mit Polen zu begraben und das Verhältnis der beiden Länder zueinander auf die Grundlage gegenseitiger Achtung und Freundschaft zu stellen.

Bestürzung in Berlin. Man empfindet, daß Tschitscherin zunächst einmal den Mund etwas vollnimmt, um zu warnen. Aber der Grundsatz der deutschen Politik, bei jeder Annäherung an den Westen automatisch Fühlung mit dem Osten zu nehmen, um sich den Rücken zu decken, ist in Gefahr.

Tschitscherin kommt nach Berlin. Er spricht mit dem Kanzler und dem Außenminister. Man gibt dem Russen ostentativ festliche Dinners und Empfänge und legt in jeder Beziehung Wert auf die Betonung der deutsch-russischen Freundschaft. Aber Tschitscherin bleibt dabei, daß Deutschland einen bedenklichen Weg beschritten habe. Er warnt vor der englischen Einkreisungspolitik gegen Rußland, er erinnert daran, daß die Engländer schon in Genua sich alle Mühe gegeben haben, Deutschland von Rußland fernzuhalten.

Bei öffentlichen Presseempfängen wird Tschitscherin noch deutlicher. Deutschland will also nach Genf und in den Völkerbund? Deutschland will sich darauf vorbereiten, dereinst, wenn der englische Imperialismus die Zeit für gekommen erachtet, an einem Kriege gegen Rußland teilzunehmen? Deutschland will den Vertrag von Kapallo zerreißten, mit dessen Hilfe es in Genua sich zum erstenmal zu der Stellung eines politischen Machtfaktors in Europa aufgeschwungen hat? Wir warnen!

Einige Tage später steckt Tschitscherin ein neues deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen in die Tasche. Das Abkommen bietet Rußland große Vorteile. Schon sagt man in Berlin, Tschitscherins Drohungen und Warnungen seien nichts anderes als Mittel zum Zweck gewesen.

Über so einfach liegen die Dinge nicht. Das Wirtschaftsabkommen nimmt der schlaue Russe gern als Nebenverdienst mit. Die politische Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland bleibt bestehen. Die fortschreitenden Verhandlungen mit dem Westen setzen das deutsch-russische Verhältnis einer starken Belastungsprobe aus.

Den Gewinn davon hat England, bis später das amerikanische Großkapital auch hier alle anderen Mächte beiseiteschiebt. Schon winkt das riesige russische Ölgeschäft in der Ferne.

☆

Vom 31. August bis zum 5. September 1925 tagen in London die juristischen Sachverständigen der verschiedenen Außenministerien, einschließlich des deutschen, um aus dem vorliegenden Notenwechsel die Vertragsentwürfe zu formulieren, die dann den Außenministern auf der geplanten Konferenz als Material dienen sollen.

Am 15. September übergibt der französische Botschafter in Berlin dem deutschen Außenminister die Einladung zu dieser Konferenz, die in der Schweiz stattfinden soll. Mit Rücksicht auf Mussolini, der sich nicht weit außer Landes begeben möchte, wählt man als Tagungsort das idyllische Locarno am Nordende des Lago Maggiore.

Die deutsche Regierung beschließt, nicht nur den Außenminister Stresemann, sondern auch den Reichskanzler Luther zu entsenden. Die Gründe für diese Doppelbesetzung sind innerpolitischer Natur. Man hofft, daß ein Ergebnis, an dessen Zustandekommen auch der Reichskanzler beteiligt ist, die Deutschnationalen leichter zur Zustimmung bewegen wird.

Letzter Zwischenfall.

In ihrer Antwort auf die Einladung der Alliierten betont die Reichsregierung, daß ihre Teilnahme am Rheinpakt und ihr Eintritt in den Völkerbund nicht so verstanden werden dürften, als ob sie damit den Schuldparagraphen des Versailler Vertrags anerkenne.

Ein Aufruhr ist die Folge dieses Schrittes. Der Stich ins Wespennest wirkt heute genau wie früher. Die Alliierten sind nicht bereit, an der moralischen Grundlage des Gewaltfriedens irgendwie rütteln zu lassen, sie verstehen sich nicht einmal dazu, den deutschen Protest stillschweigend hinzunehmen. Die französische Presse gebärdet sich wie unsinnig. Briand ringt die Hände und beschwert sich bei den Deutschen, sie durchkreuzten durch ihr törichtes Verhalten alle seine Bemühungen in letzter Minute. Chamberlain läßt ernste Vorhaltungen in Berlin machen. Die Reichsregierung versucht zu beschwichtigen. Es nutzt nichts.

Die deutsche Regierung muß wenige Tage vor Beginn der Konferenz eine beschämende Abfuhr einstecken.

☆

Endlich ist es so weit.

Man zählt den 4. Oktober 1925. In Locarno herrscht ein Betrieb, der an die Zeiten der seligen Konferenz von Genua erinnert. Ganz Europa gibt sich ein glänzendes Stelldichein. Es sieht durchaus nicht aus, als sollten sich hier die schwersten Kämpfe um die Probleme abspielen, die der größte aller Kriege und eine jahrelange Mißhandlung des Friedens durch die Sieger aufgeworfen haben. Die Oktobersonne lacht und strahlt, der See wetteifert in seinen Farben mit dem Himmel. Das Städtchen rüstet zu einem fröhlichen und unerwarteten Nachsaisongeschäft mit Wimpeln, Konzerten und Girlanden.

Salonwagen und Sonderzüge treffen ein. Eine Delegation nach der andern bezieht die vornehmsten Hotels mit einem Riesenstab von Beamten, Stenotypistinnen, Schreibmaschinen, Koffern, Automobilen. Die Portiers kommen aus der Aufregung und aus dem Dienern nicht heraus. Das bunte Völkchen des Tessin staunt und gafft und läuft von hier nach da, von da nach hier.

Man fährt umher und gibt untereinander seine Karten ab. Photographen und Journalisten sind schon an der Arbeit. Der Wettlauf nach den üblichen Sensationen europäischer Konferenzen ist mitten im Gange.

Kurzum, man richtet sich ein.

Am 5. Oktober wird die Konferenz um elf Uhr morgens im Justizgebäude von Locarno eröffnet. Der Bürger-

meister des freundlichen Städtchens begrüßt die großen Männer mit schönen und zukunftsgläubigen Worten, er bedankt sich für die große Ehre, die seinem Städtchen angetan wird und denkt im stillen auch an die erfreuliche Zebung des Fremdenverkehrs, die sich aus solchem Ruhm ergeben wird.

Chamberlain antwortet leutselig und vergnügt. Man wird es schon schaffen, es muß einfach geschaffen werden, man muß nur guten Willens sein. Sind sie denn nicht alle guten Willens? Die Völker warten darauf, daß der schon dreimal eingeläutete wirkliche und wahrhaftige Friede nun endlich Gestalt gewinnt.

Dann werden Hände geschüttelt, Gespräche geführt. Alte Bekannte begrüßen sich — nun, auch wieder einmal da, ja ja, es ist lange keine Konferenz gewesen. Allmählich hat sich schon ein besonderer Beruf der Konferenzteilnehmer gebildet.

Ein fröhliches Gesumm ist im geschmückten Saal. Da steht Reichskanzler Luther, kurz, gedrungen, mit glattem Schädel, freundlich schmunzelnd neben Briands in die Schultern gezogenem Lockenkopf. Da sieht man Stresemanns schwere Gestalt neben Chamberlains starrem Monokelgesicht. Da stecken der mißtrauische, vollbärtige Vandervelde und der kleine geschmeidige, ewig kompromißlächelnde Benesch ihre Köpfe mit dem aristokratischen Polen Skrzyński zusammen. Da ist der reservierte Italiener Scialoja, der immerfort Auskunft darüber geben muß, ob sein Herr und Gebieter Mussolini nun wirklich nach Locarno kommt oder nicht.

Man entschließt sich, von der Wahl eines Vorsitzenden Abstand zu nehmen. Man ist ja so herzlich und einmütig beieinander, was braucht es da einen Vorsitzenden! Nur keine Förmlichkeiten! (Man hätte nämlich sonst als den rangältesten anwesenden Staatsmann den deutschen Reichskanzler Luther zum Vorsitzenden der Konferenz bestimmen müssen — was hätte die Pariser Presse dazu gesagt!)

Man verzichtet auf jede allgemeine Erörterung, man will möglichst schnell den Dingen auf den Leib rücken, man ist ja so unternehmungslustig und mutig, der Worte sind genug gewechselt. Also wird sofort in die Einzelberatung des von den Juristen in London ausgearbeiteten Entwurfs

eingetreten. Die hauptsächlichlichen Probleme sollen in privaten Besprechungen der Minister untereinander gelöst werden. Alles soll freundschaftlich, zwanglos, programmlos zugehen, bei Teetassen, Gabelfrühstücken, kleinen Dinern, Zigarren, Mokka und Likör. Es herrscht beinahe schon eine biedere Herzlichkeit. Ja, wie unzeitgemäß würden in diesem Kreise Worte wirken wie „Krise“, „Ultimatum“, „Komplikation“. Das gibt es nun alles nicht mehr, das ist alles zum alten Eisen geworfen — wie wunderbar haben sich die Zeiten gewandelt!

Am 7. Oktober machen Luther und Briand einen gemeinsamen Spaziergang am See entlang.

Am 8. frühstückt Stresemann bei Chamberlain.

Am 9. nehmen Briand und Stresemann zusammen das Diner ein.

Am 10. gar machen Luther, Stresemann, Briand und Chamberlain einen gemeinsamen Dampferausflug auf den See, der sein schönstes Kleid angezogen hat. Frau Chamberlain spielt die liebenswürdige Hausfrau, die den Gästen kleine Erfrischungen reicht. Das Dämpferchen, das man gemietet hat, trägt den Namen „Orangenblüte“. Als die Delegierten vergnügt zurückkehren, von einem Schwarm überneugieriger Journalisten am Landeplatz erwartet, schmunzelt Briand und sagt mit bedeutender Geste, man sei nach einer Stelle im See gefahren, wo es besonders gute Fische gebe. Die tiefsinnige Bemerkung prangt tags darauf in allen Zeitungen der Welt.

Am 11. Oktober speisen Skrzynski und Benesch bei Stresemann. Das Wetter ist nach wie vor herrlich.

Am 12. sitzen sich Luther, Stresemann, Briand und Chamberlain am traulichen Kamin gegenüber bei Mokka und guten Zigarren. Am Abend dieses Tages saust Staatssekretär Kempner per Bahn und Flugzeug nach Berlin, um den Reichspräsidenten und das Kabinett zu unterrichten.

Am 14. Oktober erklärt Chamberlain den harrenden Journalisten mit bewegter Stimme, das Werk sei schon so weit gediehen, daß keine Macht mehr wagen könne, es zu durchkreuzen.

Am 15. gibt es endlich die erwartete Sensation der Konferenz. Mussolini kommt über den See. Schwarzhemden begrüßen am Ufer den Diktator mit römischem

Sandgruß, besetzen die Trittflächen seines Automobils und geleiten ihren Heros im Triumphzug zur Konferenz. Der Belgier Vandervelde erklärt, seine Stellung als Sozialist erlaube ihm zu seinem Bedauern nicht, Herrn Mussolini zu begrüßen. Die englischen, amerikanischen und holländischen Journalisten fassen einen Beschluß, sie könnten leider aus prinzipiellen Gründen an einem Presseempfang des Diktators nicht teilnehmen. Die Vertreter der sozialistischen Internationale, die bienengleich jede Konferenz umschwärmen, verkünden eine halb mutige, halb wehmütige Resolution.

Am 16. Oktober hat Chamberlain Geburtstag. Es ist nicht mehr als recht und billig und paßt so ganz in diese Atmosphäre, daß man ihm ein Geburtstagsgeschenk von sinnigster Bedeutung überreicht — an diesem Tage werden die Verträge paraphiert und von den Delegierten mit ihrem Namen gezeichnet.

Nachmittags vier Uhr Schlußsitzung.

Ansprachen, Glückwünsche, jeder gratuliert jedem. Einer schiebt dem andern das Verdienst zu und tritt selbst bescheiden zurück. Händeschütteln und Zurufe. Chamberlain strahlt über das ganze Gesicht, ohne Zweifel hat er lange keinen so schönen Geburtstag gefeiert. Briand lächelt halb verschmitzt und halb versonnen. Stresemann ist ernst und abgesspannt, Luther verbindlich, Vandervelde misgelaunt und mürrisch wie immer, Skrzynski korrekt. Benesch lächelt wie die Sonne, als wisse nur er allein, wie intensiv er am guten Schlußergebnis beteiligt sei. Mussolini bleibt düster und stumm.

Schluß. Begeisterte Rufe, auf Wiedersehen — das war mal eine schöne und stimmungsvolle Konferenz, so soll es jetzt immer sein!

Die Türen werden geöffnet. Der Bürgermeister kommt aufgeregt mit dem goldenen Buch der Stadt. Da ist auch noch eine ehrwürdige Uhr im Saal, auf den Pendel müssen die Hauptdelegierten zu ewiger Erinnerung ihren Namen schreiben. Möge der Fortschritt Europas und der Friede niemals stillestehen wie diese Uhr, und möge diese Uhr niemals reparaturbedürftig werden! Die ganze Luft besteht aus Symbolen des Friedens. Soviel Friede auf einmal ist noch gar nicht gesehen worden.

Aber weiter. Die Autos warten, die Salonwagen.

Schreie, Kopf an Kopf ist draußen die Menge gedrängt. Als Chamberlain erscheint, braust der Jubel los. Chamberlain dankt gerührt, er schwenkt die Hand — *habeamus pacem!*

Die Deutschen treten auf die Treppe. Der Jubel braust frenetisch. Auch über Stresemanns ernstes Gesicht huscht jetzt die Befriedigung.

Briand kommt. Tosen des Geschrei für den Vater des Friedens. Briand hebt die Hände abwehrend, zeigt auf die Deutschen. Hier, diese sind es, diesen habt ihr zu danken, daß alles so schön, so gut, so hoffnungsvoll, so großzügig geraten ist.

Mussolini geht die Treppe rasch hinunter und steigt in seinen Wagen. Seine Schwarzhemden führen ihn davon.

Glückwunschtelegramme aus aller Welt. Aus Amerika, aus Paris, London, Berlin. Stöße von Koffern. Die Portiers schwitzen, Auto auf Auto. Die Züge setzen sich langsam in Bewegung.

Die Fahnen wehen noch von den Säulern. Die Menge staut sich jetzt vor dem Bahnhof, man will doch jeden einzelnen noch einmal sehen, ihm zuwinken, ihm danken.

Der Geist von Locarno ist geboren.



Unter diesen fast heiteren äußeren Formen hat sich der erbitterte Kampf um die Fragen abgespielt, die Europa erregen. Die Sorgen der Staatsmänner standen in keinem Verhältnis zu dem Milieu. Der Geist kennzeichnet die Form, aber der Inhalt bleibt unberührt von ihm. Das Werk von Locarno hat ein Doppelgesicht, es ist eine imposante Konstruktion, ein Versuch mit neuen Mitteln, eine Fassade. Hinter der Fassade grinsen unberührt die grauen, überblühten Mauern von Versailles.

Das Vertragswerk umfaßt ein Schlußprotokoll mit fünf Anlagen. Die Anlagen bestehen aus dem eigentlichen Rheinpakt, den beiden Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und Belgien, den beiden Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Polen und Deutschland und der Tschechoslowakei. Als be-

sondere Anlage tritt zum Ganzen ein Schreiben der Alliierten an Deutschland wegen des Artikels 16 der Völkerbundsatzung. Außerhalb des eigentlichen Vertragswerkes bestehen als mündliche Absprache gewisse Erklärungen der Alliierten an Deutschland über die Militärkontrolle und über die Rückwirkungen des Vertragswerkes auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet.

Das gesamte Vertragswerk geht davon aus, daß es früher abgeschlossene Verträge nicht berührt, desgleichen gelten die Schiedsverträge nicht für Streitigkeiten, die sich aus früher abgeschlossenen Verträgen ergeben. Diese Feststellung bedeutet die unbedingte und uneingeschränkte Sicherstellung des Versailler Vertrags als eines Vertrages, der vor allen andern rangiert.

Im Schlußprotokoll versichern die Mächte, daß sie zusammengetreten seien, „um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen auftreten könnten, zu sorgen“. Sie versprechen, daß der neue Vertrag ein wirksames Mittel sei, die Abrüstung zu beschleunigen und zu fördern.

Der eigentliche Rheinpakt sagt in seinem grundlegenden ersten Artikel, daß die Vertragsschließenden, jeder für sich und alle insgesamt, die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden Gebietszustandes und die Unverletzlichkeit dieser Grenzen garantieren. Dieser Artikel bedeutet den Verzicht Deutschlands auf die Rückkehr Elsaß-Lothringens in irgendeiner Form.

Der gleiche Artikel verpflichtet Deutschland zur „Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrags über die entmilitarisierte Zone“. Diese Zone umfaßt alles deutsche Gebiet links des Rheins und einen fünfzig Kilometer breiten Streifen rechts des flusses. Wo der Rhein auf beiden Ufern deutsch ist, wird er entmilitarisiert. Wo er die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland bildet, ist er auf deutscher Seite entmilitarisiert, auf französischer Seite nicht. Das militärische Übergewicht Frankreichs wird ohne zeitliche Begrenzung anerkannt. Ein Krieg, der im Rahmen des Pakts oder nach

Zerreißung des Pakts entstehen sollte, findet Deutschlands Westgrenzen offen und ungeschützt.

Schließlich enthält Artikel 1 des Rheinpakts die Versicherung Deutschlands, Belgiens und Frankreichs, „in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten“. Der Sieger verspricht, nicht weiter vorzudringen, der Besiegte verspricht, das ihm Genommene nicht wiederzunehmen.

Artikel 2 behandelt die Ausnahmefälle, unter denen ein Krieg möglich ist und erlaubt.

Artikel 3 verpflichtet die Kontrahenten, alle Fragen, die sie entzweien könnten, auf friedlichem Wege zu regeln.

Artikel 4 und 5 handeln von der Garantie derjenigen Mchte für den Pakt, die nicht an den Rhein grenzen. England und Italien verpflichten sich, in Fllen „flagranter Verletzung“ des Vertrags dem Angegriffenen ihren Beistand zu gewähren. Als flagrante Verletzung gilt wieder ausdrücklich eine Verletzung der Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone durch Deutschland. Der einseitige Charakter des Paktes als eine Sicherung des Versailler Vertrags kann nicht deutlicher gemacht werden.

Die Bestimmungen über die englisch-italienische Garantie für den Rheinpakt bedeuten eine starke Festigung der Stellung Englands in Europa. In Zukunft wird weder Frankreich gegen Deutschland noch Deutschland gegen Frankreich Krieg führen können ohne die Genehmigung, ohne die stillschweigende oder aktive Unterstützung Englands. England ist endlich zum Schiedsrichter zwischen den beiden Staaten aufgerückt. Hier liegt der Beweggrund zu seiner Locarnopolitik.

Artikel 6 des Rheinpakts bestimmt noch einmal ausdrücklich, daß der Versailler Vertrag unangetastet bleibt. Artikel 7 behandelt das Durchmarschrecht gemäß Artikel 16 der Völkerbundsatzung. Artikel 8 setzt fest, daß der Vertrag so lange in Kraft bleibt, bis der Völkerbundsrat auf Antrag eines der Vertragspartner mit Zweidrittelmehrheit beschließen sollte, daß die durch den Völkerbund gegebenen allgemeinen Sicherheitsgarantien ausreichend seien. Praktisch bedeutet diese Bestimmung, daß Deutschland sich niemals von dem Vertrag lossagen kann, wenn die Alliierten ihn erhalten wollen.

Es hätte nicht der immer wiederkehrenden Zitierung des Versailler Vertrags im Rheinpakt bedurft, um seinen Charakter als Ergänzung und Sicherung dieses Unfriedens zu kennzeichnen. Wer den Vertrag von Locarno unter dem Gesichtswinkel von Versailles betrachtet, wird sein Haupt verhüllen.

Dieser Pakt wird nicht einen Tag länger bestehen als der Versailler Vertrag. Er ist nicht Geist von seinem Geiste — aber er ist Fleisch von seinem Fleische.



Das Gesamtbild wird noch düsterer, wenn man die andern Dokumente von Locarno studiert.

Der Schiedsvertrag mit Polen, auf den es in erster Linie ankommt, enthält die ausdrückliche Bestimmung, daß „die Rechte eines Staates nur mit Zustimmung dieses Staates selbst“ geändert werden können. Hier bestätigt Deutschland, daß es seine Grenzen gegenüber Polen nicht nur ausschließlich auf friedlichem Wege, sondern auch nur mit Zustimmung Polens selbst ändern wird. Aus diesem Paragraphen leiten Polen und Frankreich das Recht, davon zu sprechen, daß Deutschland auf seine früheren Gebiete im Osten genau so wirksamen Verzicht geleistet habe wie auf Elsaß-Lothringen und daß es sich nur um einen Unterschied in der Form des Verzichtes handle.

Der Versuch der Franzosen, unbedingt als Garant des deutsch-polnischen Schiedsvertrags aufzutreten und dadurch ihr Militärbündnis mit Polen ebenso wie die englische Garantie für den Westen und wie den Versailler Vertrag in das Vertragswerk von Locarno hineinzumanövrieren, ist nur zur Hälfte gelungen. Briand forderte, es müsse in das Schlußprotokoll von Locarno ein Passus aufgenommen werden, der von dem Bestehen eines besonderen französisch-polnischen Garantieabkommens spricht. Der Passus wurde aufgenommen, aber die Deutschen weigerten sich, das Abkommen selbst zur Kenntnis zu nehmen und es als einen Bestandteil des Locarnovertrags anzusehen. Durch ihre Unterschrift unter das Schlußprotokoll bestätigten die Deutschen jedoch ihr Wissen um dies Abkommen. Diese übergeschickte Prozedur wurde von den Juristen ausgetüftelt, um den Franzosen das formale Recht zu geben, ihren Stand-

punkt zu vertreten, und um den Deutschen die Möglichkeit zu lassen, daheim zu behaupten, sie seien fest geblieben in ihrer ablehnenden Haltung. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß sich der Ernstfall nicht nach solchen Spitzfindigkeiten richten wird, die von den Staatsmännern als Ausweg aus ihren Verlegenheiten erfunden wurden. Frankreich wird die Bestimmung nach seinen Interessen, Deutschland nach den seinen, die Garanten England und Italien nach den ihrigen auslegen, und der Völkerbund schließlich nach den Interessen derjenigen, die ihn beherrschen.

Den gleichen Grundsatz der Zweideutigkeit hat man bei der Auslegung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung angewendet. Die Alliierten versichern Deutschland, „daß jedes Mitglied des Völkerbundes gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der Satzung Achtung zu verschaffen und um jeder Angriffshandlung entgegenzutreten in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.“

Wenn das Schlußprotokoll darauf hinweist, das Vertragswerk von Locarno müsse eine Beschleunigung der allgemeinen Abrüstung herbeiführen, so handelt es sich hier nur um die übliche Geste, zu der sich die Alliierten verpflichtet fühlen. Locarno hat den Franzosen nicht eine Kanone, nicht einen Tank, nicht ein Flugzeug abgenommen.

In der Frage der Militärkontrolle erreichte Deutschland das Zugeständnis, daß eine Kontrolle der deutschen Entwaffnung durch den Völkerbund nach Aufhören der interalliierten Kontrolle nicht permanent, sondern jeweilig auf Antrag zu erfolgen habe.

Was schließlich die „Rückwirkungen“ betrifft, die Deutschland als Vorbedingung seiner Zustimmung immer wieder verlangt hatte, so blieb es auch hier bei platonischen Versprechungen. Die Alliierten gaben lediglich die mündliche Erklärung ab, daß sie noch vor der endgültigen Inkraftsetzung des Vertrags an die deutsche Regierung Noten absenden würden, in denen sie diese Frage loyal zu behandeln versprochen. Die deutsche Delegation kam mit leeren Händen nach Hause.

Wäre dies ganze Vertragswerk damals nicht geboren worden — kein späteres Stadium hätte es je zustande gebracht. Es war alles in allem ein Produkt jenes besonderen

fluidums, das man später dann in umgekehrter Betrachtung den Geist von Locarno nannte. Der Vertrag lebt noch, der Geist ist tot. Es gibt nach dem Umwege über Locarno und Genf heute wieder nur den einen Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg der deutschen Politik — das ist der Maßstab von Versailles. Legt man ihn an das Vertragswerk von Locarno, so bleibt nichts übrig als die Erkenntnis, daß alle Umwege vergeblich sind und daß unser Schicksal uns immer wieder auf Versailles führt.

18. Kapitel

Genf

Stresemanns Kampf für Locarno. — Annahme des Vertragswerkes im Reichstag. — Der Weg nach Genf. — Polens Anspruch auf einen ständigen Katsitz. — Das Fiasko des Völkerbundes im März 1926. — Abrüstungskomödie. — Deutschlands Aufnahme in den Bund im September 1926. — Das Frühstück von Thoiry. — Poincaré redivivus.

Mit gemischten Gefühlen kehren die Staatsmänner von Locarno heim. Am glücklichsten ist Chamberlain, gerührt und schwärmerisch äußert er sich in London über das Erreichte.

Weniger stürmisch ist Briands Empfang in Paris. Die Opposition grollt ihm wegen des Verzichts auf das klare Recht der Franzosen auf Sanktionen, das Frankreich jederzeit die Einmischung in Deutschlands Angelegenheiten erlaubte. Man ist mißtrauisch, denn man hat das Gefühl, daß er in Locarno nebenbei alles mögliche versprochen hat, was nicht im Text der Verträge steht. Man ist unzufrieden mit der Lösung im Osten, die so verschiedene Ausdeutungen zuläßt, statt Frankreichs Rechte und Pflichten aus seinen Militärbündnissen klipp und klar zu übernehmen.

Am bedenklichsten aber ist die Lage der deutschen Delegierten Luther und Stresemann. In Deutschland selbst, fern von der romantischen Lust von Locarno, herrscht wenig Begeisterung über das Erreichte. Man sieht nur, daß einem komplizierten Mechanismus zweideutiger Bestimmungen keinerlei praktische Vorteile gegenüberstehen,

die dem Volke den Verzicht auf Elsaß-Lothringen und die ausdrückliche Anerkennung mancher Bestimmungen des Versailler Vertrags verständlich machen könnten. Ein Vertrag, dessen Paragraphen in Paris und Warschau so, in Berlin gerade umgekehrt ausgelegt werden, ohne daß die eine oder die andere Auslegung seinem Wortlaut direkt widerspräche, kann nicht populär werden.

Vertreter des besetzten Gebietes erscheinen beim Reichskanzler und bitten, man dürfe nicht, um dem Rheinland augenblickliche Vorteile zu verschaffen, einen Vertrag unterzeichnen, der dem deutschen Gesamtinteresse nicht entspreche. Ein unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindender Kabinettsrat verhält sich sehr zurückhaltend und beschließt, man müsse erst die „Rückwirkungen“ abwarten, ehe man endgültige Stellung nehmen könne. Die Ministerpräsidenten der Länder fassen eine ähnliche Entschliesung. Von Begeisterung ist nirgends eine Spur zu entdecken, und diejenigen, die den Vertrag verteidigen, können sich auf nichts anderes berufen als auf den moralischen Gewinn, den er der deutschen Politik bringen soll.

Bedenklich wird die Lage, als sich die Deutschnationalen, die bis zur Konferenz von Locarno die Reichsregierung unterstützten, nach heftigen inneren Auseinandersetzungen wieder von der Regierung trennen. Sie ziehen ihre Minister aus dem Kabinett zurück. Der Locarnovertrag durchkreuzt die innerpolitische Konsolidierung und treibt das Kabinett abermals in die Abhängigkeit der Sozialdemokratie.

Stressemann gibt sich alle Mühe, das Vertragswerk volkstümlich zu machen. Immer wieder weist er darauf hin, daß Locarno weniger ein sichtbares augenblickliches Ergebnis bedeute als einen Wechsel für die Zukunft, daß der neue Vertrag Deutschland endlich die Basis der Gleichberechtigung gebe, von der aus die nationalen Ziele der deutschen Außenpolitik wirksamer als bisher verfolgt werden könnten.

Das Volk bleibt skeptisch und zurückhaltend. Der Vertrag wird nicht volkstümlich. Volkstümlich wird nur das Schlagwort von seinem Geiste, das später zu so bitteren Enttäuschungen führen sollte. Es gibt kein besseres Zeugnis für den eigenartigen Charakter dieses Vertragswerkes,

als daß ein halbes Jahrzehnt nach seiner Entstehung jedermann beim Klang des Namens Locarno nur an den Geist denkt, während der materielle Inhalt fast der Vergessenheit anheimgefallen ist.

Vier Wochen nach der Konferenz am Lago Maggiore erscheint das Schicksal des Vertragswerkes im deutschen Reichstag noch ganz ungewiß, jedermann vermeidet es ängstlich, sich festzulegen. Die Entscheidung wird immer fraglicher, je zögernder die Franzosen die Angelegenheit der „Rückwirkungen“ behandeln. Die erste Probe auf den Geist von Locarno verspricht für die Zukunft nichts Gutes.

Erst als die französische Regierung sich davon überzeugt hat, daß eine Fortsetzung ihrer Passivität den Vertrag einfach ersticken und abwürgen muß, kommt ein wenig Bewegung in die erstarrten Fronten.

Ende November 1925 beschließt die Botschafterkonferenz, die Räumung der Kölner Zone am 6. Dezember beginnen zu lassen — seit einem Jahre ist die vertragliche Räumungsfrist abgelaufen. Gleichzeitig wird versprochen, den Umfang der Besatzungstruppen im Rheinland auf ein Maß zurückzuführen, das „normalen Verhältnissen“ entspreche. Nach der unwidersprochenen Auslegung der deutschen Regierung bedeutet „normal“ die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen im gleichen Gebiet. Die Kampf-ordonnanzen der Rheinlandkommission, die zum großen Teil noch als traurige Reste des Ruhrkriegs ein gespenstisches Dasein führen, sollen einer Revision unterzogen werden. Die Militärgerichtsbarkeit soll eingeschränkt werden, man will die Besatzung „unsichtbar“ machen. Es ist die Zeit friedensfeliger Schlagworte.

Mit solchen „Rückwirkungen“ vermag die Reichsregierung nicht viel anzufangen. Sie haben wenig genug Beweisraft für den Eintritt des neuen Zeitalters.

Die Schlacht im Reichstag beginnt. Die Deutschnationalen, die einst durch ihre Spaltung dem Dawesplan zum Leben verholfen, haben dieses Mal festere Abwehrstellungen bezogen, sie haben sich schleunigst aus der Regierungstube auf und davon gemacht. Sie haben noch nicht begriffen, daß, wer zum Dawesplan Ja sagte, zum Locarnovertrag nicht Nein sagen kann.

Wer in Europa erkennt überhaupt den tiefen Zusammen-

hang dieser beiden Ereignisse? Vom Dawesplan nach Locarno, von Locarno nach Genf, von Genf zum Kelloggpaß, vom Kelloggpaß zum Youngplan führt eine breite Straße, auf der einträchtig nebeneinander die amerikanische Sozifinanz und das englische Weltinteresse marschieren. Mißmutig folgen ihnen der französische Imperialismus und der deutsche Nationalismus, mit heimlichen Blicken einer den andern von der Seite her messend, gewiß, daß sie noch einmal mit sich zu tun haben werden, beide im Augenblick unklar des Weges, unbestimmt in ihren Empfindungen und dem dumpfen Zwang stärkerer Mächte fast unbewußt gehorchend.

Der entscheidende Kampf um die ganze Locarno-Epoche liegt noch in weiter Ferne. Die Reichstagsdebatten kleben am äußeren Charakter der Ereignisse und an Einzelheiten, deren jede für die große grundsätzliche Frage der Zukunft fast belanglos ist. Die Parteien formulieren sich gegenseitig Bedingungen, die das außenpolitische Interesse nur vorschieben, um innerpolitische Vorteile einzuheimfen. Die grundsätzliche Frage nach dem deutschen Schicksal wird überhaupt nicht gestellt. So tief hat sich die Vorstellung von der Zwangsläufigkeit der Politik schon in das deutsche Volk eingefressen, so verwirrend hat schon die Scheinblüte unter der trügerischen Sonne des Dawesplans gewirkt. So blind sind die Massen schon geworden, daß jeder Augenblicksvorteil hundertmal mehr wiegt als ein politischer Grundsatz.

Schließlich wird die Angelegenheit durch einen simplen parlamentarischen Kniff in Ordnung gebracht. Die Regierung stellt fest, daß die Verträge keinen verfassungsändernden Charakter trügen und daß darum ihre Annahme mit einfacher Mehrheit genüge. Diese Mehrheit ist natürlich vorhanden. Die Entscheidung über Locarno, mit der Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verknüpft, liegt in den Händen der Sozialdemokratie, die mit wechselnden Hilfstruppen des bürgerlichen Lagers von Versailles über Spa und London, über den Ruhrkampfabbruch und den Dawesplan stets konsequent gehandelt hat. Es wird angenommen, es ist noch immer angenommen worden. Mit 291 gegen 174 Stimmen geht Locarno siegreich aus den Debatten hervor.

In Locarno ist vereinbart worden, daß alle unterzeichneten Verträge erst mit dem vollzogenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Kraft treten.

Seit den Ursprüngen der „neuen Ära“ ist in England und Frankreich der Wunsch lebendig, Deutschland in Genf vertreten zu sehen. Es ist besser, mit dem Reich an einem Tische zu sitzen — wohlbehütet jetzt durch die Klauseln des Versailler Vertrags — als jederzeit in der Furcht zu leben, daß Deutschland vor dem gemeinsamen Hause sich mit Rußland zu einem Techtelmechtel einlassen könnte. Die Bretterzäune, zwischen deren Wänden hindurch Deutschland einzutreten hat, sind ja genau und sauber aufgebaut. Wird das Reich erst drinnen sein, so ist auch für geeignete Vorhänge und Türen gesorgt. Es hat alles seine gute Ordnung.

Mit romantischer Geste sprach Macdonald im Herbst 1924 in Genf „von dem drohenden leeren Stuhl in unserer Mitte“. Eiligt machen sich eifrige Mittler auf, Neutrale, die Deutschland als Gegengewicht gegenüber den westlichen Großmächten nach Genf rufen möchten, Deutsche, die in Genf den Gipfelpunkt der Gleichberechtigung und der Liquidation der rauhen Vergangenheit erblicken, Fühle Geschäftspraktiker und romantische Don Quixotes der internationalen Politik.

Gleichzeitig versucht man in Deutschland für den Einzug nach Genf Stimmung zu machen. Von der Ruhr bis nach Genf, alles in einem Jahre! Welch ein Weg, welcher ein Triumphzug, welcher ein Umschwung! Erste Führer werden nach London und Paris ausgestreckt. Gleichwohl kommt es für die deutsche Öffentlichkeit einigermaßen überraschend, als die Reichsregierung noch im gleichen Monat September 1924 grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund ausspricht. Als Vorbedingung werden gefordert ein ständiger Sitz im Rat, die bekannte Einschränkung des Artikels 16 und die Nichtanerkennung des Schuldparagraphen von Versailles.

Ein Echo auf diesen Beschluß bleibt aus. Die Reichsregierung gerät in eine peinliche Lage. Hat man nicht genug Versicherungen erhalten, daß die andern Deutschland mit offenen Armen aufnehmen wollen? Woher jetzt auf einmal diese sonderbare Zurückhaltung? Die Reichsregierung

weiß in diesem Augenblick noch nicht, daß Frankreich und England in sehr ernste Differenzen über das Genfer Sicherheits-Protokoll verwickelt sind und daß es beiden Mächten angezeigt erscheint, den deutschen Marsch nach Genf noch aufzuhalten, bis sie unter sich zu einer Lösung der Sicherheitsfrage gekommen sind.

Erst in Locarno wird der Weg nach Genf endgültig und genau abgesteckt und von Dornen und Gestrüpp gereinigt. Stein für Stein wird beiseitegeräumt, und wo ein Steinblock so fest verwurzelt ist, daß seine Entfernung selbst den Männern von Locarno nicht gelingt, so wird eben der Weg in einem schmiegsamen Bogen darumgeführt.

Am 9. Februar 1926 läßt die deutsche Regierung in Genf ihr offizielles Aufnahmegesuch überreichen. Der Völkerbund beruft daraufhin für Anfang des Monats März eine Sondertagung der Vollversammlung ein. Gleichzeitig wird sich der Rat zu seiner ordentlichen Frühjahrstagung versammeln.

Alles erscheint geordnet. Der Generalsekretär des Bundes hat aus Berlin die besten Eindrücke mitgebracht und mit der Reichsregierung alle erforderlichen Abreden getroffen. Jedermann in Berlin und anderswo ist überzeugt, daß es sich nur noch um eine Formalität handelt, die so feierlich wie möglich vollzogen werden soll. Es verspricht ein Fest zu werden wie bei der Rückkehr des verlorenen Sohnes in sein Vaterhaus. Der Geist von Locarno schwebt freundlich über den Vorbereitungen.

Aus dieser Atmosphäre des friedlichsten Beieinanderseins, der schönsten Harmonie, am Vorabend des großen Freudenfestes entwickelt sich über Nacht ein Konflikt, der in den nächsten Wochen unheimlich anschwillt und der im März das Gefüge des Völkerbundes in schwere Erschütterung bringt.

Dieser Konflikt hat seinen Ursprung in der ersten Versündigung am Geist von Locarno. Die erste Versündigung wurde, wie sich schmerzlich herausstellt, am Orte und in der Stunde der Geburt des Geistes von seinen eigenen Vätern begangen.

☆

Nach Abschluß der Konferenz von Locarno ist Chamberlain über Paris gefahren. In Berlin denkt man nichts

anderes, als daß der englische Außenminister mit dem französischen, ihrer gemeinsamen Zusage von Locarno getreu, das Programm der „Rückwirkungen“ besprechen und ordnen will. Alles andere ist doch in Locarno geregelt worden.

Kurz nach Chamberlains Abreise aus Paris veröffentlicht die Agentur Savas eine Notiz, die man in Berlin zunächst nicht allzuviel beachtet und die man erst recht nicht mit der Unterredung der beiden Außenminister in Zusammenhang bringt. Es heißt dort, man dürfe sich durchaus nicht wundern, wenn der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat auch andere Mächte veranlassen würde, sich um einen ständigen Ratsitz zu bemühen. Frankreich, so wird hinzugefügt, werde solche Ansprüche auf das gewissenhafteste prüfen und unter Umständen auch unterstützen.

Überall in Europa ist man noch so eifrig mit Locarno und den Aussichten seiner Annahme in den verschiedenen Parlamenten beschäftigt, daß man diese Meldung fast überhört.

Als die deutsche Regierung Anfang Februar 1926 die französische von der nahe bevorstehenden Absendung ihres Aufnahmegesuches nach Genf unterrichtet, macht Briand über die Frage der Zusammensetzung des Rats einige Andeutungen, die den deutschen Botschafter zum Aufhorchen veranlassen. Die Reichsregierung beschließt, diese Angelegenheit, die leicht zu schlimmen Folgen führen kann, mit großer Behutsamkeit zu behandeln. Man verschließt sich noch dem Gedanken, als könne sich hinter Briands Andeutungen eine böse Mloyalität verbergen.

Einige Tage später erklärt Stresemann im Reichstag, man habe den Eindruck, als ob andere Mächte den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund benutzen möchten, um auch ihrerseits Forderungen zu stellen, ein Verfahren, daß er als sehr bedenklich bezeichnen müsse. Kein Wort davon, daß man schon mehr als den Anlaß zu der Vermutung hat, daß Frankreich dabei im Spiele sei.

Im Unterhaus rasseln auf Chamberlain ein halbes Duzend Anfragen nieder. Chamberlain windet und dreht sich, aber die englische Öffentlichkeit hat schon den Eindruck, als habe er den Franzosen irgendwelche Versprechungen gemacht, die sehr peinlicher Natur seien.

Es ist immer die Rede von Spanien und Brasilien, die als die Mächte bezeichnet werden, denen man diese Störung zu verdanken habe.

Auf einmal springt die Katze aus dem Sack. Die französische Presse betont einstimmig, von Briand informiert, man könne selbstverständlich nicht alle Wünsche auf einen ständigen Ratsitz erfüllen, aber die Logik und das politische Gleichgewicht Europas verlangten kategorisch, daß zumindest der Anspruch — Polens befriedigt werde.

Nun wird es klarer. Briand und Chamberlain haben sich am Tage nach Locarno in Paris hinter dem Rücken der Deutschen verständigt, daß gleichzeitig mit dem Deutschen Reich und um ein Gleichgewicht gegen Deutschland zu schaffen, Polen als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat einziehen solle. Mit dem gleichen Atemzug, mit dem sie die neue offene Zusammenarbeit mit Deutschland überschwänglich feierten, haben sie sich zu einem gemeinsamen Akt schwerster Illoyalität bereit gefunden. Sie haben den Geist von Locarno aufs ärgste bloßgestellt.

Briand schweigt vorerst. Chamberlain bemüht sich, Öl auf die erregten Fluten zu gießen. Man solle sich um Gottes willen nicht aufregen, die Geschichte sei gar nicht neu, es sprächen doch gute Gründe für die Erweiterung des Rats. Er halte die deutschen Staatsmänner für viel zu klug, als daß sie anderen Nationen ein Recht streitig machen würden, das sie für sich selbst beanspruchten.

Berede, Ausflüchte, Beschwichtigungsversuche ohne Inhalt. Chamberlain gerät in heftige Auseinandersetzung mit einigen seiner Ministerkollegen. Es wird von seinem Rücktritt gesprochen.

Da Chamberlain in Gefahr, muß Briand die Rolle des Beschwichtigers übernehmen. In Locarno, behauptet der Listenreiche, hat man in dieser Sache keinerlei Verpflichtungen nach der einen oder der anderen Seite auf sich genommen. Frankreich ist durchaus unschuldig daran, wenn andere Staaten sich bemühen, gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Ratsitz zu erlangen. Es ist geradezu erstaunlich, wie man daraus einen Vorwurf gegen die französische Politik ableiten will, die in jedem Zeitpunkt der Verhandlungen immer nur Beweise ihrer Loyalität und ihres Friedenswillens gegeben hat. Da aber das Thema

nun einmal zur Debatte steht, so muß man doch sagen, daß es zweckmäßig ist, den Rat zu verbreitern. Er ist zu klein, das hat sich schon oft gezeigt, und man muß bedenken, daß sein Arbeitsgebiet sich fortwährend vergrößert. Ist es nicht Deutschlands eigenes Interesse, wenn der Rat größer und einflußreicher wird? Natürlich, es ist Deutschlands Interesse! Ich verstehe gar nicht, warum man in Berlin eine so erregte Sprache führt — offenbar beruht das alles nur auf Mißverständnissen, die rasch zerstreut werden können, wenn man nur guten Willens ist. Der Geist von Locarno muß auch diese Mißstimmung überwinden helfen, man muß nur an ihn glauben!

Die Angelegenheit spitzt sich zu. Der polnische Sejm faßt, um den Ansprüchen Polens stärkeren Salt zu geben, eine Entschlieung, wonach Polen das Vertragswerk von Locarno nur dann annehmen könne, wenn es gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Ratsitz erhalte. Chamberlain, der die Krise in seinem eigenen Rabinett inzwischen überwunden, beschwört schon wieder Deutschland, den Frieden nicht zu gefährden. Briand redet der Reichsregierung zu wie einem Gremium von Melancholikern, die nicht mehr aus noch ein wissen.

Aus Brasilien kommen schlechte Nachrichten. Man sei dort empört über die Behandlung des wohlbegründeten Anspruches, den Brasilien auf einen ständigen Ratsitz erhebe. Spanien droht schon offen mit seinem Austritt aus dem Völkerbund. Es knistert und kracht in allen Fugen des Genfer Gebäudes.

Der polnische Außenminister verkündet dem allgemeinen Tohuwabohu zum Trotz aller Welt seinen Optimismus und weist triumphierend auf die französischen Zusicherungen hin.

Soll die deutsche Delegation unter solchen Umständen nach Genf abreisen, oder soll sie bis zur Klärung des Konflikts in Berlin bleiben? Die Regierung entschließt sich für die Reise.

Die deutsche Abordnung verläßt unter Luthers und Stresemanns Führung Berlin am 5. März 1926. Kein Mensch weiß, wie sich die Dinge in Genf nun abspielen werden. Aus der Formalität, wie die Sache gedacht war, hat sich eine heiße Schlacht entwickelt, deren Sieger noch nicht abzusehen ist. Ganz Europa ist an der Auseinander-

setzung beteiligt, und Südamerika spielt eine rauhe Begleitmusik. Der Geist von Locarno hat sich lautlos verflüchtigt. Hart im Raume ringen miteinander die Machtinteressen der Völker, die sich vor einem halben Jahre ewigen Frieden und verständnisvolles Nebeneinanderwirken gelobt. Übermorgen schon kann der Völkerbund aufgefliegen, übermorgen schon kann Europa aufs neue in zwei Lager gespalten sein.

In Karlsruhe erreicht die deutsche Delegation auf der nächtlichen Durchfahrt die Nachricht, daß Briand überraschenderweise am Nachmittage gestürzt worden sei.

Der Gipfelpunkt des Durcheinanders ist erreicht.



So trifft man sich in Genf.

Es geht zu wie in einem Ameisenhaufen. Alles läuft durcheinander, um die Stellung der einzelnen Mächte zu sondieren und um nach einem Kompromiß zu suchen, das den Bund zu retten vermag. Aber selbst die erfahrensten Routiniers des Genfer Milieus kennen sich nicht mehr aus.

Briand, der gestürzte Ministerpräsident, ist dennoch gekommen, um die völlig verfahrenene Geschichte einrenken zu helfen. Seine Regierung ist wegen einer Finanzfrage zurückgetreten, man weiß heute schon, daß er dem neuen Kabinett zum mindesten als Außenminister angehören wird. Die französische Politik kann im gegenwärtigen Zeitpunkt auf Briands Hilfe gar nicht verzichten.

Man versucht, da anzuknüpfen, wo man in Locarno aufgehört hat. Chamberlain, Stresemann und Briand setzen sich in eine Kaminecke. Sie haben sich manches zu sagen, was sich zwischen Locarno und heute aufgetürmt hat. Briand und Chamberlain versuchen, die Deutschen zu beruhigen. Aber Stresemann bleibt dabei, daß man illoyal gegen Deutschland gehandelt hat. Eifrig wird nach einem Kompromiß gesucht.

Die Deutschen verhalten sich abwartend. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß es die Aufgabe derjenigen ist, die daran schuld sind, auch die Ursachen dieser Verwirrung wieder zu beseitigen. Briand meint, man könne den Polen ja aufs erste einen nichtständigen Sitz geben mit der Zusicherung, daß dieser Sitz später in einen ständigen umgewandelt werde. Aber die Deutschen sagen, es sei ganz

gleichgültig, in welcher Form die Änderung erstrebt werde — jede Änderung sei eben untragbar.

Jetzt spielt Briand den Enttäuschten. Er will das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen nicht verstehen. Er beschwört den Locarnogeist in einer virtuosen Umkehrung jetzt gegen die Deutschen herauf. Sie sind es, die unversöhnlich die Einigung verhindern. Briand gibt Interviews, Stressemann gibt Interviews, man redet sich immer weiter auseinander.

Die Kleinen Mächte beginnen zu murren. Hat man sie nach Genf gerufen, damit sie wochenlang auf die Ergebnisse des Kuhhandels zwischen den Großen warten? Sie wollen voran kommen.

Briands Regie bringt es fertig, daß sich der ganze Chor einmütig gegen Deutschland wendet. Ist man nicht bis zur äußersten Grenze dem deutschen Standpunkt entgegengeworfen? Die französische Presse schlägt schon Alarm gegen Briand. Seht hier, heißt es, er will es zulassen, daß die Deutschen als Sieger nach Genf einziehen, als Sieger über ganz Europa, als Sieger über Frankreich!

Jetzt taucht, um die Deutschen zu beschwichtigen, der furiose Plan auf, es könnten ja ein paar nichtständige Mitglieder auf ihren Ratsitz freiwillig verzichten und so die Bahn frei machen, daß neben Polen noch eine Deutschland freundlicher gesinnte Macht, vielleicht Holland, in den Rat eintreten könne.

Diese Taktik ist beinahe schon überfein und nadelspitz — aber sie hat Erfolg. Die Deutschen haben sich in eine Enge manövrieren lassen, aus der sie nicht mehr heraus können. Sie bringen dem Locarnogeist ein Opfer und geben ihren Widerstand preis. Sie lassen erklären, „daß eine solche Lösung den deutschen Interessen durchaus gerecht werde“.

Ein neues Uff der Erleichterung geht durch den Ameisenhaufen, die Fieberkurve sinkt, das Wetter wird freundlicher, man spricht schon wieder von dem großen Versöhnungsfest. Unbefangen wirbelt alles durcheinander. Man will sich nicht eingestehen, daß man immer noch Überraschungen befürchtet.

Es ist noch zu früh, feste zu feiern. Fahnen und Wimpel müssen noch einmal eingerollt werden, die wohl-

vorbereiteten Friedensreden können noch nicht gehalten werden. Zwar zieht Spanien verstimmt und grollend seinen Einspruch zurück, aber die Brasilianer gebärden sich desto wilder. Der brasilianische Vertreter erklärt klipp und klar, sein Land werde in der Vollversammlung gegen die Aufnahme Deutschlands stimmen und sie dadurch verhindern, wenn der brasilianische Anspruch auf einen ständigen Ratsitz nicht befriedigt werde.

Nach zehn Tagen ist man des Handelns müde und überdrüssig. Der Völkerbundsrat beschließt mit sieben gegen drei Stimmen, bei der Vollversammlung die Aufnahme Deutschlands zu beantragen. Man will es auf einen Skandal ankommen lassen. Im Ernst glaubt niemand daran, daß Brasilien die Dinge auf die Spitze treiben wird. Die Großen tragen eine künstliche Ruhe zur Schau, die Kleinen schauen ängstlich auf die Großen.

Am 17. März 1926 tagt die Vollversammlung.

Die Erregung ist bis zum Siedepunkt gestiegen. Manche wollen wissen, Herr Mello Franco, der Brasilianer, habe schon die Instruktion seiner Regierung in der Tasche, daß er im letzten Augenblick umfallen solle, aber keine Sekunde vor der Abstimmung. Andere wiegen die weisen Häupter voller Skepsis und nennen es einen großen taktischen Fehler, daß man die Abstimmung angesetzt habe, ohne die letzten Schwierigkeiten auszuräumen.

Wird Brasilien fest bleiben? Wird es sein Veto zurückziehen? Alles denkt nur an Brasilien. Alles schaut auf Herrn Mello Franco, dem offensichtlich nicht wohl zumute ist.

Der Vorsitzende der Vollversammlung bittet den britischen Herrn Außenminister, das Wort zu ergreifen, um als Berichterstatter des Rates die Aufnahme Deutschlands zu begründen.

Chamberlain erhebt sich und schlägt mit ein paar Worten vor, man möge erst den Vertreter Brasiliens sprechen lassen, der ohne Zweifel der Versammlung eine Erklärung abzugeben wünsche.

Bleich und mit halblauter Stimme erklärt der Brasilianer, die Weigerung seiner Regierung, für Deutschlands Aufnahme zu stimmen, wenn nicht gleichzeitig Brasilien einen Ratsitz erhalte, sei unwiderruflich.

Es ist aus. Der große Skandal ist da.

Der Völkerbund hat die Aufnahme Deutschlands nicht zustande gebracht. Der Locarnogeist hängt in der Luft. Die erste Sünde, die man an ihm begangen, hat sich furchtbar gerächt. Es ist noch nicht abzusehen, was sich weiter aus diesem Fiasko entwickeln kann. Es ist durchaus möglich, daß die deutsche Regierung, nach Berlin zurückgekehrt, von der Opposition gestürzt wird und daß ein neues Kabinett das Aufnahmegesuch zurückzieht. Dann ade, Genf, ade, Locarno!

Briand und Chamberlain sprechen ihr Bedauern aus. Kein Wort erinnert daran, welche gerüttelt Maß von Schuld sie selbst an den Vorkommnissen tragen. Krampfhaft beschwören sie den Geist von Locarno. Sie hätten ihm früher treu bleiben sollen.

Briand empfängt die deutsche Presse. Er weiß, daß die Opposition den deutschen Ministern nicht verzeihen wird, daß sie zwei Wochen in Genf antichambrieren mußten, um dann ergebnislos und mit verlegenen Vertröstungen nach Hause geschickt zu werden. Briand bringt — wer wundert sich darüber! — das Kunststück fertig, den Genfer Skandal als einen Sieg des Locarnogeistes zu feiern und zu verherrlichen, denn, wenn man es recht besehe, hätten die Ereignisse nur gezeigt, wieviel Sympathie der Bund für Deutschland hege. Ja, nichts hindere ihn daran, auszusprechen, was aus dem tiefen Grunde seines Herzens komme — Deutschland sei in Wahrheit jetzt schon Mitglied des Völkerbundes, wenn auch einstweilen nur moralischer Art. „Von ganzem Herzen bin ich erfreut, daß die Genfer Tagung im Geiste gegenseitigen Einverständnisses und mit dem festen Willen zur Einigung abschließt.“

So endet diese Tagung, die ursprünglich als großes Friedensfest gedacht war, mit einer schweren Krise für den ganzen Völkerbund und für den Locarnovertrag.

☆

Abermals werden Luther und Stresemann daheim von harten Vorwürfen erwartet. Aber die Regierung erklärt, daß sie an ihrer Politik festhalten werde. Die Sozialdemokratie steht schon bereit, alle Vorstöße der Rechten abzuwehren.

Anfang Mai 1926 tritt in Genf eine Studienkommission zusammen, in der auch Deutschland vertreten ist. Ihre Aufgabe besteht in der Klärung der Frage, wie man Deutschland im Herbst als Mitglied des Bundes aufnehmen kann, ohne sich der Gefahr neuer Zwischenfälle auszusetzen. Unter englischem Einfluß wird eine Kompromißformel ermittelt, die neben ständigen und nichtständigen Sitzen eine dritte Kategorie von wiederwählbaren oder halbständigen Sitzen für den Rat einführt. Drei neue Sitze dieser Art werden vorgesehen, die Spanien, Brasilien und Polen zufallen sollen.

Der ganze Sommer ist mit unfruchtbaren Erörterungen angefüllt, die den Völkerbund in einem kläglichen Licht zeigen. Als er nun noch auf Betreiben der kleinen Staaten und um seinen guten Willen zu zeigen, das heiße Eisen der Abrüstungsfrage angreift, wird die Genfer Tribüne vollends zur Komödie.

Seit dem September 1924 tagt in Zwischenräumen die vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz, faßt Entschlüsse ohne Inhalt und zankt sich über Begriffe. Obwohl Deutschland noch nicht Mitglied des Bundes, hat man zur Sommertagung der Kommission auch einen deutschen Vertreter eingeladen. Der deutsche und der ungarische Vertreter unternehmen gemeinsam einen Vorstoß. Sie erinnern daran, daß man das Problem der Abrüstung von seinem Kernpunkt aus angreifen müsse. Die Zwangsentwaffnung der Mittelmächte und die hartnäckige Weigerung der Siegermächte, die versprochene Reduzierung ihrer Streitkräfte vorzunehmen, haben den Völkerbund in eine schiefe Lage gebracht. Gelingt es ihm nicht, hier Fortschritte zu erzielen, so ist es mit seinem Ansehen dahin.

Sie predigen tauben Ohren. Die Franzosen erschöpfen sich in der Erfindung der vagesten Begriffsbestimmungen, die alle das Gegenteil von dem bedeuten, was sie besagen. Man verliert sich in theoretische Erörterungen, die sich über Monate hinziehen. Es kann nichts herauskommen, weil diejenigen, um deren Abrüstung es sich handelt, nicht im geringsten geneigt sind, sich vom Völkerbund Vorschriften machen zu lassen.

Man streitet um den Begriff der „Rüstung“, man verfaßt Schriftstücke voller Fußangeln und Zweideutigkeiten,

man untersucht, ob ein ausgebildeter, aber entlassener Soldat ein Soldat sei oder kein Soldat. Man teilt sich in Unterauschnüsse und beginnt die Debatte aufs neue. Man unterscheidet zwischen effektiver und potentialer Rüstung. Es bleibt den Franzosen vorbehalten, die Kommission mit der Behauptung zu überraschen, daß, wenn man die Lage genau und ohne Voreingenommenheit betrachte, eigentlich Deutschland eine viel größere Rüstung habe als Frankreich, das geradezu wehrlos dastehe. Man liefert sich Spiegelgefechte und spornt sich zu rednerischen Leistungen ersten Ranges an. Das einzige Ziel aller Kunststücke dieser halbbrecherischen Art ist der Wunsch, die vorhandenen Rüstungen vor jedem Zugriff zu bewahren und die These der Besiegten von der Gleichheit der Rüstungen immer wieder zu durchkreuzen.

Die „moralische“ Mitgliedschaft im Genfer Völkerbund, von der Briand so schön gesprochen, erweist sich für Deutschland als eine schlechte Generalprobe auf die spätere wirkliche Mitgliedschaft. Aber die Enttäuschungen kommen nicht nur durch die Genfer Türe herein — sie kommen jetzt von allen Seiten.

Die versprochene Herabsetzung der Rheinlandbesatzung auf das Maß der deutschen Vorkriegsbelegung ist ausgeblieben. Man hat sich lediglich zu einer etappenweisen Herabminderung von 88 000 auf 80 000 Köpfe bereit gefunden. Als Deutschland sich erlaubt, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Friedensstärke im gleichen Gebiet doch nur 40 000 Köpfe betragen habe, zeigt man sich in Paris sehr erstaunt. Aber wer sagt Ihnen denn, daß wir unter dem Begriff „normal“ im vergangenen Jahre ausgerechnet die Ziffer der deutschen Friedensstärke verstanden haben? Wir müssen uns doch über diese willkürliche Auslegung sehr wundern! Im übrigen wäre es ganz falsch von Ihnen, uns zu drängen — freiwillig tun wir alles, unter moralischem Druck können wir gar nichts tun. Sie vergessen die Mentalität unserer öffentlichen Meinung, Sie vergessen, daß wir immer noch Anlaß haben, das Wiedererwachen des deutschen Militarismus zu befürchten. Sie vergessen, daß Sie und Ihre Regierung nicht das ganze Deutschland darstellen, von dessen Friedensliebe wir — trotz Locarno, leider! — immer noch nicht überzeugt sind.

Stimmungen, Verzögerungen, Verärgerungen, Schikanen, Ausflüchte. Jene Idealisten und übergeschäftigten Politiker, die den Einzug in Genf als das endgültige Begräbnis des Versailler Ungeistes überschwänglich gefeiert, werden stiller und stiller. Es fehlt jeder Schwung, jede Hoffnung. Schließlich wird es dann September. Die Vollversammlung tritt wieder in Genf zusammen. Die deutsche Delegation, durch Erfahrung klug geworden, wartet in Berlin ab, bis in Genf alles geregelt ist. Am 8. September 1926 beschließt die Versammlung einstimmig die Aufnahme Deutschlands und die Schaffung dreier neuer halbständiger Katsitze.

Ein Telegramm fliegt nach Berlin. Die Deutschen eilen zum Friedensfest. Die feierliche Aufnahme des Reiches wird am 10. September vollzogen.

Stresemann hält nach vorbereitetem Manuskript eine wohlabgewogene Rede. Er spricht zurückhaltend und korrekt, durchaus nicht mit dem hinreißenden Schwung und der frischen Begeisterung von Locarno. Die Zwischenzeit hat allzu viele Enttäuschungen, Zweifel und Rückschläge gebracht.

Briand besteigt nach Stresemann die Tribüne. Ihm gelingt es besser, in Feuer zu geraten. „Nieder mit dem Krieg!“ ruft er leidenschaftlich. „Zu Ende das gegenseitige Zusammenschießen! Fort mit den Kanonen und Maschinengewehren! Friede und Freundschaft!“

Erschütternd wirkt die rednerische Geste, der Beifall lärmt. Erschütternd wirkt die Person des Sprechers. Erschütternder aber ist das Schicksal, das sich vollzogen hat und das solche Worte als natürlich erscheinen läßt zwischen Völkern, die durch die feurige Wand des Versailler Vertrags voneinander getrennt sind.

Erschütternder ist die Illusion, die Ohnmacht als Gleichberechtigung hinstellen möchte und die selbst an diese Verwirrung der Begriffe und des Gefühls glaubt.

Das ist in Wahrheit das Erschütterndste.



Am nächsten Tage ereignet sich etwas, das in seinen Anfängen und in seinen ersten Auswirkungen geradezu mystische Kreise zieht. Chamberlain ist schon von Genf ab-

gereist. An der Riviera wartet seine Yacht auf ihn, das Wetter ist herrlich. Eingeweihte sprechen davon, der englische Außenminister habe großes Verlangen nach Mussolini, mit dem er allerlei besprechen möchte, was für die Ohren Dritter nicht bestimmt sei.

Vor seiner Abreise gibt Chamberlain Stresemann die Hand mit besonders warmem Druck. Er wisse zwar nicht, sagt er mit feinem Lächeln, was Briand morgen mit Stresemann unter vier Augen zu besprechen habe, aber er sei im Geiste auch dabei, und Stresemann möge ihm glauben, daß seine allerherzlichsten Wünsche die bevorstehende Unterredung begleiten würden.

Dicht bei Genf, mit dem Auto in einer Viertelstunde zu erreichen, liegt, steil an die Felsen des Jura geschmiegt, das kleine Nest Thoiry. Es ist dort nicht viel los, Sehenswürdigkeiten gibt es durchaus nicht, die Häuser sind alt und verwahrlost. Wenn nicht die schöne Aussicht über den See wäre, so wüßte man wahrhaftig nicht, was einen Kenner der großen Genüsse der Welt gerade nach Thoiry führen könnte.

Aber es gibt noch etwas anderes. Gewiegte Sachverständige des Genfer Milieus wissen, daß man im kleinen Restaurant der Madame Léger ausgezeichnet zu speisen und zu pokulieren vermag. Man fährt nach Thoiry, wenn man Appetit auf etwas Besonderes hat, wenn man des konventionellen Treibens in Genf müde ist und wenn man das Bedürfnis spürt, einmal zwanglos unter sich zu sein.

Briand ist nicht nur ein großer Politiker und Redner, Briand versteht auch etwas von einer guten Küche. Madame Léger ist ihm durchaus nicht so unbekannt, wie sie bis zum 17. September 1926 der übrigen Welt gewesen ist. Kurzum, an diesem Tage treffen sich Stresemann und Briand bei Madame Léger zu einem anständigen, ganz unkonventionellen Frühstück, einer passablen Flasche Wein, zu Mokka und Zigarren. Als einziger Dritter ist der französische Professor Gesnard zur Stelle. Er macht die Sonneurs, soweit das erforderlich ist, weil Madame Léger diesmal zur äußersten Zurückhaltung bewogen werden mußte. Professor Gesnard ist Dolmetscher. Die ganze Veranstaltung findet unter allergrößter Geheimhaltung statt. Man will absolut nicht durch irgendwen gestört werden.

Das Frühstück dauert von mittags 12½ Uhr bis tief in den Nachmittag hinein. Am Abend, nach Genf zurückgekehrt, veröffentlichen Briand und Stresemann ein gemeinsames Communiqué, wonach sie eine herzliche Unterredung miteinander gepflogen haben. Sie hätten alle Probleme besprochen, die beide Länder bewegten, sie hätten gemeinsam nach den Mitteln geforscht, um diese Probleme zu lösen, sie hätten sogar die beiderseitigen Gesichtspunkte einer Gesamtlösung in Übereinstimmung gebracht, und sie würden, wenn ihre Regierungen ihnen dazu Vollmacht erteilten, später aufs neue zusammenkommen, um ihre Arbeit zu vollenden.

Das sind die äußeren Umstände und Begebenheiten von Thoiry.

Eine Zeitlang ist die Öffentlichkeit hüben und drüben auf Kätselraten angewiesen. Sie gibt sich diesem Geschäft mit ganzer Inbrunst hin. Natürlich sind unter den Fragen, „die beide Länder interessieren“, in erster Linie die „Rückwirkungen“ verstanden, die zwar dreimal zugesagt, aber bisher praktisch noch nicht in Erscheinung getreten sind. Bald gehen die Kombinationen weiter. Es heißt, es sei von einer früheren Räumung der besetzten Gebiete die Rede gewesen, Briand habe sich durchaus nicht ablehnend verhalten, nachdem Stresemann ihm bestimmte Vorschläge gemacht habe. Nun verfolgt das emsige Kätselraten diese „gewissen Vorschläge“. Was kann Frankreich bestimmen, die frühere Preisgabe des Rheinlandes, seines heiligen, unverzichtbaren Pfandes, in Erwägung zu ziehen?

Das Dunkel erreicht seinen Höhepunkt, als Ende September der französische Ministerrat Briand zu den in Genf erreichten Ergebnissen beglückwünscht und ausdrücklich feststellt, daß die „nützlichen und interessanten Besprechungen mit dem deutschen Außenminister fortzusetzen seien“ und daß ein späterer Ministerrat sich beeilen werde, „die technischen Probleme zu studieren, die sich aus der Lage ergeben würden“.

Das ist in der Tat verblüffend, um so erstaunlicher, als seit dem Juli des Jahres 1926 der französische Ministerpräsident nicht mehr Painlevé oder Briand oder Gerriot heißt, sondern — Poincaré!

Poincaré la Ruhre ist wieder an die Spitze der fran-

zösischen Politik zurückgekehrt. Ende Juli ist das Kabinett Briand-Caillaux-Painlevé zusammengebrochen, weil es die Krise des Franken, die Nöte des Schatzamts, die verzweifelte Lage der französisch-amerikanischen Kriegsschuldenverhandlungen nicht zu meistern vermochte. Als das Kabinett Painlevé ein Ermächtigungsgesetz verlangt, verweigert die Kammer die Gefolgschaft, das Linkskartell bricht auseinander. Die Stimmung der Bevölkerung ist so erregt, daß die Masse das Parlament zu stürmen versucht. Serriot bemüht sich, ein Kabinett der „republikanischen Konzentration“ zu bilden. Aber noch am gleichen Tage fällt dies Kabinett der erregten Kammer zum Opfer. Serriot vermag kaum die draußen versammelte tobende Volksmenge zu durchdringen, um dem Präsidenten der Republik seinen endgültigen Rücktritt anzuzeigen.

Jedermann weiß, daß hier nur noch einer Rettung bringen kann. In der Nacht ruft der Präsident der Republik Poincaré zu sich. Was wird Poincaré la Ruhre tun? Wird er sich rächen an denjenigen, die ihn nach dem Zusammenbruch seiner Ruhrpolitik in die Wüste geschickt haben? Wird er ein furchtbares Strafgericht über das Kartell der Linken abhalten? Wird er neuen maßgebenden Einfluß auf die französische Außenpolitik in seinem Sinne verlangen? Ist Locarno verloren? Wird er das Rad der Geschichte um zwei Jahre zurückdrehen? Er könnte viel fordern in diesem Augenblick, denn man braucht ihn unbedingt.

Poincaré tut nichts dergleichen. Er hat gelernt, sich dem Zwang der Tatsachen zu fügen.

Poincaré ist längst zur Einsicht gekommen, daß Frankreich, um wieder eine selbständige Politik im Sinne von Versailles treiben zu können, zunächst zu einem Pakt mit der Hochfinanz gelangen muß, vor der es sich in London zum erstenmal hat beugen müssen. Poincaré weiß, daß gegenwärtig nur die Briandsche Außenpolitik denkbar und möglich ist, bis das Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten unter Dach und bis der Franken stabilisiert sein wird. Poincaré weiß auch, daß dies schnell geschehen muß, damit das unbehagliche und nach seinem Geschmack geradezu widerliche Geschäft von Thoiry nicht Gestalt gewinnt. Geht es nicht, Frankreich aus eigener Kraft zu sanieren,

muß man mit den Deutschen ein politisch-finanzielles Geschäft nach der Art von Thoiry machen — so würde das bedeuten, daß der französische Imperialismus unter dem Druck der friedensbeflissenen Hochfinanz eine seiner stärksten Stellungen gegen Deutschland aufgeben müßte. Das darf unter keinen Umständen geschehen!

Poincaré gestattet offiziell die Weiterführung der bisherigen französischen Außenpolitik durch Briand, bildet ein Kabinett der nationalen Einigung, übernimmt selbst das Finanzministerium, erhält von der Kammer ein starkes Vertrauensvotum und geht unverzüglich an die Arbeit.

Nach eintägiger Beratung erhebt die Kammer seine Sanierungsvorlagen zum Gesetz. Mit aller Energie wendet sich der Ministerpräsident jetzt den Schuldenverhandlungen mit Amerika zu.

★

Zwei Tage nach jener Kundgebung des französischen Ministerrates unter Poincarés Vorsitz zugunsten der in Thoiry von Briand und Stresemann gepflogenen Besprechungen lichtet sich das Dunkel, das bisher über diesen ganzen Vorgängen gelegen.

Durch Veröffentlichungen in Paris wird bekannt, daß die beiden Minister sich über ein Programm unterhalten haben, das ein Tauschgeschäft zwischen Deutschland und Frankreich vorsieht. Frankreich willigt in eine starke Herabminderung seiner Besatzung im Rheinland, in die vorzeitige Räumung der zweiten und dritten Besatzungszone im Verlauf des Jahres 1927, in die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ohne Vornahme einer Volksabstimmung gemäß den Paragraphen des Versailler Vertrags und in die Aufhebung der Militärkontrolle. Deutschland verspricht Frankreich seinerseits die Mobilisierung eines großen Teiles der deutschen Eisenbahnobligationen. In Frage kommen dabei Obligationen im Werte von etwa ein und einer halben Milliarde Goldmark, von denen nach dem Verteilungsschlüssel des Dawesplans etwa siebenhundert Millionen Goldmark auf Frankreich fallen würden.

Zum erstenmal hat Deutschland den Zusammenhang zwischen Tributzahlung und Rheinlandräumung anerkannt. Die deutsche Außenpolitik hat sich damit auf einen ver-

hängnisvollen Weg begeben. Die Zukunft wartet mit bitteren Erfahrungen.

Noch einen Monat lang führt Thoiry ein fast gespenstisches Dasein in der Presse und in den öffentlichen Erörterungen. Die einen sagen, man stehe unmittelbar vor dem Abschluß, der Geist von Locarno habe, das sei jetzt nicht mehr zu bezweifeln, allen gegenteiligen Prophezeiungen zum Trotz einen glänzenden, ja, den entscheidenden Sieg gewonnen. Die andern behaupten, die ganze Geschichte sei längst erledigt, man bekümmere sich bei den offiziellen Stellen schon gar nicht mehr darum, man habe nur noch nicht den Mut, den Fehlschlag offen einzugestehen.

Die Staatsmänner, die es wissen müssen, hüllen sich in den Mantel des Schweigens. Weder Stresemann vor dem Reichstag noch Briand vor der Kammer wissen etwas Neues zu sagen, obwohl sie oft genug danach gefragt werden. Chamberlain im Unterhaus ist in einer besseren Lage, er kann sich darauf berufen, daß er ja nicht dabei war und daß er darum nicht das allergeringste wisse.

Was ist in Wahrheit aus Thoiry geworden?

Es ist durch die Politik Europas gespenstert wie eine unirdische Erscheinung. Versucht man sie am Zipfel ihres Rockes zu greifen, so ist sie verschwunden. Glaubt man sie endgültig entflohen, so steht sie auf einmal in der Wiese und winkt verführerisch.

Erscheinungen haben ein kurzes Leben. Nach einem Vierteljahr spricht man nicht mehr von Thoiry. Thoiry muß wohl tot sein, wenn auch niemand gesehen hat, wie es gestorben ist und wo man die Leiche begraben hat.

Wer war der Totengräber?

Viel später verbreitet sich die Erkenntnis, woran Thoiry gestorben ist. Es starb in dem Augenblick, als Poincarés Fähigkeit es fertiggebracht hatte, die französischen Finanzen ohne die Hilfe der deutschen Eisenbahnobligationen zu sanieren. Eingeweihte verraten, daß man darüber nicht erstaunt zu sein brauche. Der französische Ministerpräsident habe es jedenfalls schon gewußt, als er noch im Ministerrat persönlich seine Stimme für die Fortsetzung der Verhandlungen gegeben. Ihm war daran gelegen, das zarte Blümlein ohne Aufsehen verwelken zu lassen.

19. Kapitel

Das doppelte Gesicht

Der Imperialismus von Versailles im neuen Gewand. — Deutsche Mißerfolge in Genf. — Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. — Briands Vorstellung von Locarno. — Die Räumungsfrage. — Vergehender Optimismus. — Mißglückter Angriff auf den Dawesplan. — Eine harte Lektion. — Deutschland und die englische Einkreisungspolitik gegen Rußland. — Ruhrpolitik oder Locarnopolitik? — Das Stadium der Versumpfung. — Der Kelloggpaakt vom August 1928. — Reichstagswahl im Mai 1928 und Kabinett Hermann Müller. — Räumung und Tribute.

Nun ist alles erreicht, was die deutschen Regierungen und die Mehrzahl der Parteien so stürmisch gewollt haben. Deutschland sitzt gleichberechtigt am Tische der Nationen in Genf. Ein Friedens- und Sicherheitspaakt verbindet die europäischen Großmächte untereinander zu Freundschaft und ernstlichem Vorwärtstreben. Dem Egoismus der Völker, der in der Vergangenheit so viel Schaden angerichtet, ist eine haltbare Schranke gezogen, der Zukunft sind nach der Geburt eines neuen europäischen Geistes weit die Tore geöffnet.

Nun hat der Traum von Genua seine späte Erfüllung gefunden, viel glänzender, als damals irgend jemand zu hoffen gewagt — sind heute nicht auch die Vereinigten Staaten dabei, die sich damals versagten? Nun ist die Neuordnung der europäischen Probleme in ein festes System gegossen und zu den Problemen der Welt in die richtige Beziehung gesetzt worden. Die Zeit erscheint nicht mehr fern, in der auch der letzte Außenstehende sich von der Nützlichkeit friedlicher Teilhaberschaft am löblichen Werk überzeugen wird — Rußland wird demnächst in Genf erscheinen, um an den Besprechungen über die Abrüstung und über die Wirtschaftsfragen teilzunehmen.

Ist das nicht viel? Ist es nicht zehnmahl mehr, als einer im verwüsteten Europa von 1923 hätte erwarten dürfen? Hat Macdonald nicht recht behalten, als er in London im August 1924 den endgültigen, den wahrhaften und wirk-

lichen Frieden, aus dem Herzen der Völker geboren, schwärmerisch begrüßter

Voran also! Gehen wir dazu über, die letzten Reste der Mißverständnisse zu beseitigen, die noch aus dunkler Vergangenheit bestehen und die Harmonie der Völker stören. Setzen wir behutsam den Hebel an, um Stückchen auf Stückchen aus der Mauer von Versailles zu brechen.

Jetzt beginnt, so sagen es die deutschen Staatsmänner, die Epoche der Verwirklichung von Locarno, das nur ein Versprechen war, ein geistiges Fundament, ein Schlüssel. Es beginnt jene Periode, in der Deutschland, zuerst noch behutsam und bittend, dann energischer und drängender Erfüllung heischt. Es beginnt jener Abschnitt, der nötig war, um das verhängnisvolle Mißverständnis von Locarno und Genf aufzuzeigen und um der Welt die Augen zu öffnen. Es beginnen jene zwei Jahre, in deren Verlauf dieser furchtbare Irrtum schon wieder so viele Konflikte und Spannungen in Europa hervorruft, daß die ängstlich gewordene und um ihren Geschäftsfrieden besorgte Hochfinanz mit dem Kelloggspakt das nahende Unheil noch einmal zu bannen versucht.

Aber auch dies echt amerikanische Allheilmittel versagt seine Zugkraft, denn inzwischen sind die alten Wunden Europas schon wieder ganz aufgebrochen. Zwei weitere Jahre zeigen den Irrtum, in den sich die Hochfinanz selbst verstrickt hat. Die Weltwirtschaftskrise, zum größeren Teil das Ergebnis der falschen Rechnung des Dawesplans, erhebt sich drohend gegen Sieger und Besiegte. Noch einmal versucht die Hochfinanz, mit einer gewaltigen Anspannung und mit offener Machtergreifung die Gefahr zu meistern und ihre Herrschaft zu retten. Der Youngplan ist ihr letzter und größter Triumph, ihre äußerste Kraftanstrengung, vor der Europa noch einmal niedersinkt. Dann aber ist die Zeit erfüllt.

Zwischen Locarno und dem Youngplan verändert sich nichts, es sei denn, daß die Umrisse der kommenden Auseinandersetzung deutlicher werden. Zäh und beharrlich behauptet der Imperialismus von Versailles alle seine Stellungen für die Zukunft. Gibt er eine Fußbreite auf, so tut er es nur unter äußerstem Zwang. Mühsam und vergeblich ringt die deutsche Politik um die erhofften und versproche-

nen Früchte von Locarno. Immer wieder setzt sie zum Vorstoß an in der Frage der Rheinlandräumung, in der Kriegsschuldfrage, in der Abrüstungsfrage, in der Frage der Ostgrenzen, in der Minderheitenfrage, in der Weltwirtschaftsfrage. Unselig werden im Innern die Kräfte verbraucht, um dem schärfer andrängenden Nationalismus Schranken zu ziehen.

Aber schon beginnt die große Dämmerung einzusetzen. Schon machen die Väter der Verständigungspolitik bittere Stunden der Selbsterkenntnis durch. Schon wird der verhängnisvolle Trugschluß von Locarno deutlicher. Leidenschaftlicher werden Stresemanns Appelle an Briand, hart fallen seine Anklagen im Reichstag. Aber beide vermeiden noch, das Mißverständnis aufzuklären, dessen Bestehen sie schon ahnen. Du mußt, ruft Stresemann — ich kann nicht, sagt Briand. So ist alles verloren, ruft Stresemann — laß uns wenigstens noch retten, was zu retten ist, sagt Briand.

Dieses Ringen Stresemanns um Briands Wort ist voller Leidenschaft und Tragik. Es wird zum Kampf um den ganzen Sinn der Stresemannschen Politik. Es endet schließlich in einem starren Krampf, aus dem nur noch die eine, die erste und die letzte Forderung übrigbleibt, nachdem alles andere schon beseitigt, vertan und verdorben — die Räumung des Rheinlandes.

Fünf Jahre lang hat Briand Stresemann um die Räumung betrogen, und als er sie unter dem Zwang stärkerer Mächte endlich gewährte, war es für Stresemann zu spät. Zu spät für sein Werk, zu spät für sein Leben.



Am 3. Dezember 1926 trifft auf der Durchreise zur Genfer Ratstagung Chamberlain in Paris mit Briand und Poincaré zusammen. Man versichert, die Unterhaltung zu dreien habe einen überaus herzlichen Charakter getragen und man befinde sich in voller Übereinstimmung über die Haltung, die man in Genf gegenüber der noch unerledigten Frage der deutschen Militärkontrolle und der deutschen Entwaffnung einzunehmen habe. Wie durch Zufall finden sich in Paris auch Herr Zaleski, der polnische, und Herr

Benesch, der tschechische Außenminister ein. Schon hier zeigt sich bei der ersten Gelegenheit im neuen Gewande die alte Gewohnheit, zunächst die Einheitsfront der Alliierten und ihrer Kostgänger herzustellen, ehe man sich in Genf den Deutschen mit herzlicher Locarnogebärde nähert.

Mit zweiunddreißig Köpfen erscheint in Genf die deutsche Abordnung zur Ratstagung unter Stresemanns Führung. Die Aktenstücke sind getürmt, die Vorbereitungen getroffen, das Programm festgelegt. Deutschland hat im ersten Vertrauen auf die neue Einrichtung ein ganzes Bündel von Fragen mitgebracht. Man ist ja noch so hoffnungsvoll.

Vierzig Punkte stehen auf der Tagesordnung des Rates. Wichtiger aber sind die Sitzungen der sogenannten Rheinpaktmächte, die außerhalb des Rates stattfinden.

Die Militärkontrolle tritt rasch in den Vordergrund. Aus Paris erscheint der Generalsekretär der Botschafterkonferenz — auch das gibt es noch! — um im Namen seiner Behörde mit dem Völkerbundsrat Fühlung zu nehmen, ob und wie die militärische Kontrolle Deutschlands von den Alliierten auf den Bund übergehen soll.

Zunächst einmal stellt sich die Botschafterkonferenz auf den Standpunkt, die deutsche Entwaffnung sei ja überhaupt noch nicht beendet, der Zeitpunkt der Kontrollübernahme durch den Völkerbund sei also noch gar nicht gekommen. Das ist die Ausgangsstellung.

Der Völkerbundsrat richtet vorwurfsvolle Blicke auf Deutschland, das dem so heiß herbeigesehnten Versöhnungswerk offenbar neue Steine in den Weg rollt. Der Völkerbundsrat fragt die Botschafterkonferenz kühl und sachlich, um welche Punkte es sich denn handle.

Die Botschafterkonferenz öffnet ihre Akten und stellt fest, es handle sich um die Ausfuhr gewisser Fabrikate, die als Kriegsmaterial zu verwenden seien, zum Beispiel Ferngläser und Schiffskessel. Es handle sich außerdem um die Zerstörung einiger Kasernen und die verbotswidrige Anlage von Feldbefestigungen bei Königsberg und Glogau.

Jetzt kniet man sich auf die bösen Deutschen. Stresemann erklärt sich zu einer gütlichen Einigung bereit, wenn die Gegenseite die Zusage gibt, daß dann unverzüglich die alliierte Kontrolle aufhöre. Man telegraphiert hin und

her mit der Botschafterkonferenz und mit dem französischen Ministerrat. Schließlich einigt man sich darauf, die alliierte Militärkontrolle solle am 31. Januar 1927 ihr Ende finden, am gleichen Tage werden die Kontrollbefugnisse an den Völkerbundsrat übergehen. Die noch nicht erledigten Entwaffnungsfragen sind von der deutschen Regierung im Benehmen mit der Botschafterkonferenz unmittelbar zu erledigen.

Jetzt geht es darum, den Umfang der Kontrollbefugnisse des Völkerbundes festzulegen. Bereits im vergangenen Jahre hat man festgestellt, daß die Kontrolle nicht permanent, sondern nur gelegentlich sein dürfe. Heute, nach Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, versucht Briand, das im vergangenen Jahre verlorene Gelände wiederzugewinnen. Er legt dem Völkerbundsrat ein „Investigationsprotokoll“ vor, das formal den Grundsatz der gelegentlichen Kontrolle annimmt, ihn aber sofort durch die Schaffung einer ständigen Völkerbundskommission und durch die Stationierung sogenannter „éléments stables“ im Rheinland durchkreuzt. Das heißt nichts anderes, als daß die alliierte Kontrollkommission in Berlin verschwindet, um eine Tochtergesellschaft unter anderem Firmenschild im Rheinland zu gründen. In diese Tochtergesellschaft wird später auch einmal die Rheinlandkommission eingebracht werden können.

Die Deutschen wehren sich heftig gegen diese Pläne, für die man selbst im Versailler Vertrag keine Begründung findet. Stresemann will nur eine gelegentliche Kontrolle zulassen, die nach einem genau bestimmten Reglement stattzufinden hat. Auch die Engländer meinen, man tue des Guten ein bißchen viel und man setze die Unterschrift der Deutschen unter den Locarnovertrag allzuoft in Zweifel, wenn man ihnen immer wieder unterstelle, daß sie an nichts anderes dächten als an die Umgehung des Vertrags.

Gut, sagt Briand und streckt die biedere Friedenshand den Deutschen hin, ihr wißt ja, Locarno steht mir über allem, und Frankreich ist im Dienst des Friedens ergraut wie ich. Also soll es sein, wie ihr es wünscht. Freilich sind einige kleine Änderungen erforderlich, nicht allzu bedeutend, aber ich lege größten Wert darauf.

In Briands Sinne beschließt der Rat, daß im Gegensatz zur allgemeinen Abstimmungspraxis, die Einstimmigkeit des Rates verlangt (zum Beispiel, wenn Deutschösterreich sich an das Reich anschließen will!), für die Einleitung einer Kontrollaktion gegen Deutschland Stimmenmehrheit genügt. Wo wäre der Völkerbundsrat, der nicht eine Frankreich wohlgesinnte Mehrheit aufwies!

Inzwischen gehen die vierzig Fragen der Tagesordnung durch die Klappermühle der Ratsdiskussion. Harmlose Fragen werden öffentlich behandelt, damit die Völker Europas ihre Säupter bei fruchtbringender Arbeit beobachten können. Ritzige Themen wandern hinter verschlossene Türen, wo sie eines sanften Todes erliegen. Es gibt dafür das ausgezeichnete Mittel der Vertagung. Etliche dieser Fragen erleben ihre Beerdigung auf diese Weise mehr als ein dutzendmal, bis der Rat aufatmend feststellt, daß sie inzwischen gegenstandslos geworden sind.



In Deutschland weiß man nicht recht, soll man die Ratstagung als einen Erfolg oder als einen Mißerfolg bezeichnen? Aber man hat sich schon an eine gewisse Zwangsläufigkeit der politischen Entwicklung gewöhnt. Zudem ist man im Augenblick mit wichtigeren Dingen beschäftigt.

Der Reichstag streitet sich über Skandalprozesse, Fürstenabfindung, politische Filme. Man veranstaltet Hausfuchungen bei politischen Vereinen und vaterländischen Verbänden. Man stürzt den Chef der Seeresleitung, General von Seeckt, weil ein Hohenzollernprinz an einer Reichswehrübung teilgenommen hat. Man zieht mit sensationellen Enthüllungen gegen die Reichswehr zu Feld. Man stimmt im Kassandrachor der Tempelwächter den Ruf an: „Die Republik ist in Gefahr!“

Man muß — nebenbei — einen Nachtragsetat nach dem andern verabschieden, weil der Regierung die feste Mehrheit für einen ordentlichen Etat fehlt. Man berät über Gesetzeswürfe gegen Schmutz und Schund und macht Kompromisse, in denen überhaupt nichts steht. Die Reichsregierung gerät in Konflikt mit der preußischen Regierung,

die bayrische Regierung stürzt sich auf die Reichsregierung. Und dann kommen endlich die Herbstferien.

Als man sich wieder sieht, erwachen aufs neue Grimm und Kampfeslust. Die Sozialdemokraten wollen Bezahlung für ihre treue Hilfe, sie wollen selbst wieder regieren, sie wollen die große Koalition wiederhergestellt haben. Geschieht es nicht — nun, so wird einfach der Etat abgelehnt. Reichskanzler Marx macht sich an die Verhandlungen.

Aber die Volkspartei will nicht. Sie will durchaus nicht, sie weiß, daß ein neues Zusammengehen mit der Linken ihr schwere Einbuße bringen muß, sie hat bittere Erfahrungen gemacht.

Marx zückt mit den Achseln. Die Debatten im Reichstag sind von einer frisch-fröhlichen Kauflust erfüllt. Das Schauspiel erlebt seinen Höhepunkt, als die Sozialdemokratie ihren fast sagenhaften Kecken Philipp Scheidemann mit eingelegter Lanze gegen die Reichswehr anreiten läßt. Das Wort „Landesverrat“ wird auf der Regierungsbank geflüstert. Der Reichswehrminister ist bleich vor Entrüstung. Der Reichskanzler muß das Wort zu einer scharfen Erwiderung an die Adresse des sozialdemokratischen Kecken ergreifen. Die Sozialdemokraten bringen daraufhin ein Mißtrauensvotum ein. Die Deutschnationalen stimmen dafür. Das Kabinett Marx rutscht von der Bühne herab. Der Reichstag hat seine traditionelle Weihnachtskrise.

Man hat es durchaus nicht eilig mit der Neubildung der Regierung. Etatsnöte kann man auch durch einen neuen Nachtragsetat beheben. Zunächst kommen die Weihnachtsferien daheim bei Weib und Kind, der friedliche Lichterbaum. Im ersten Januardrittel 1927 beginnt das Spiel.

Reichswirtschaftsminister Curtius macht einen Versuch „von der Mitte nach rechts“. Die Sozialdemokratie, nicht auf den Mund gefallen, eilt zu Herrn Curtius und bietet sich selbst an, obwohl man sie gar nicht will. Nun äußert das Zentrum schwere Bedenken gegen Curtius. Erstes Zwischenspiel aus.

Jetzt ist der geschäftsführende Reichskanzler Marx an der Reihe. Marx, seiner ganzen Vergangenheit und seiner Einstellung nach zu den Sozialdemokraten geneigt, versucht „von der Mitte nach links“. Die Volkspartei hängt sich an seine Schöße und läßt ihn nicht über die Brücke. Marx

besinnt sich und meint, es gehe wohl auch, wenn man alles beim alten lasse, Deutschnationale in der Opposition, Sozialdemokraten als stille Teilhaber der Regierung. Die Volkspartei schüttelt den Kopf. Die Sozialdemokraten blicken misstrauisch auf Marx — was fällt ihm ein? Zweites Zwischenspiel aus.

Vier Wochen sind seit dem Rücktritt der Regierung, zwei Wochen seit dem ersten Versuch der Neubildung verstrichen.

Marx stellt sich tot. Sindenburg erinnert ihn daran, daß es doch offenbar arithmetisch auch möglich sei, eine Regierung mit den Deutschnationalen zu bilden. Herr Marx hat diese Möglichkeit bisher sorgfältig übersehen. Unter der Einwirkung des Reichspräsidenten muß er sich näher damit beschäftigen, schließlich muß ja einmal eine Regierung herbei.

Marx formuliert ein Arbeitsprogramm, daß er den Deutschnationalen mit Kühler Sand überreicht, hier bitte.

Aber siehe da — nach einigen Tagen einigt man sich auf das Programm.

Alles in Ordnung? O nein — die Demokraten finden, daß dies Kabinett häßlich ist, sie fordern ihre Minister auf, die Regierungstube zu verlassen. Das halb geborene Kabinett will auseinanderbersten. Zwei demokratische Minister verlassen das Geburtszimmer fluchtartig. Reichswehrminister Gessler bleibt darin, er hat es ohnehin mit seiner Partei verdorben, für ihn ist nichts mehr zu verlieren.

Man kann sich mit Inbrunst der Personenfrage widmen.

Nach einer Krise von anderthalb Monaten — die Zeit schreit nach Reformen — wird am letzten Tage des Januar 1927 dem deutschen Volke seine zweite rein bürgerliche Regierung unter Einschuß der deutschnationalen Opposition beschert.



Kein Zweifel, der beinahe vollständige Stillstand der Außenpolitik, der seit dem Marsch Deutschlands nach Genf eingetreten ist, läßt die Stimmung allgemeinen Mißvergnügens breiter anwachsen. Selbst diejenigen, die stets vor allzu großen Hoffnungen und Erwartungen gewarnt,

müssen jetzt zugeben, daß die Wirklichkeit auch den Allerbescheidensten herbe Enttäuschungen gebracht hat.

Einer der Grundsätze der deutschen Außenpolitik seit London und dem Dawesplan ist immer gewesen, daß die frühere Räumung des besetzten Gebietes eine moralische und juristische Verpflichtung der Alliierten sei, die sich aus der gewissenhaften Erfüllung Deutschlands ergebe. Frankreich bezeichnete seinerseits als Vorbedingung der früheren Räumung die Erledigung der Reparationsfrage und die Herstellung seiner Sicherheit. In London wurde die Reparationsfrage, in Locarno und Genf die Sicherheitsfrage gelöst — wo bleibt die französische Zusage?

Am 19. Januar 1927 erklärt Briand vor dem Kammerauschuß: „Die Frage einer vorzeitigen Räumung des Rheinlands ist in Genf nicht einmal gestellt worden. Natürlich haben wir in Thoiry davon gesprochen, aber ich habe keinerlei Verpflichtung übernommen. Es ist an Deutschland, uns Vorschläge darüber zu machen. Bis jetzt hat Deutschland nichts dergleichen getan.“

Briand wiederholt seine Erklärung in verschiedenster Form. Es ist klar, daß er nicht ohne Absicht den Zeitpunkt ausgewählt hat, in dem sich in Deutschland die Bildung der neuen Reichsregierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen vollzieht. Jede Rechtswendung in Deutschland wird von Frankreich mit einer unmißverständlichen Geste beantwortet.

Die deutsche Regierung befließigt sich indessen, Briands Argwohn zu zerstreuen. Die Richtlinien, die von den früheren Regierungsparteien für die Neubildung aufgestellt sind, zeigen dies Bestreben deutlich. Nach ihnen wird sich die deutsche Außenpolitik nach wie vor „im Geist der Vertragstreue, des Verständigungswillens und der loyalen Mitarbeit an den Einrichtungen der Völkersolidarität“ vollziehen. Reichskanzler Marx unterstreicht dies Programm noch einmal bei seiner Antrittsrede: „Es versteht sich ganz von selbst, daß die bisherige Außenpolitik fortgesetzt wird.“

Herr Briand fühlt sich durch solche Erklärungen sichtlich erleichtert. Ende Februar besingt er die Ergebnisse der Locarnopolitik. „Denken wir doch an den Versailler Vertrag — wie hat man ihn in Deutschland geschmäht, wieviel

Schlechtes hat man ihm nachgesagt! Dieser Vertrag ist in Locarno von den Deutschen aus freien Stücken anerkannt worden! Denken Sie doch — freie Anerkennung des Versailler Vertrags durch das ganze Deutschland einschließlich des Reichspräsidenten Hindenburg! Durch den Locarnovertrag und durch die letzten Genfer Abmachungen über die deutsche Entwaffnung haben wir längs der ganzen deutschen Grenze im Osten und im Westen, vom Baltikum bis nach Basel, eine entmilitarisierte Zone geschaffen, wie sie nicht einmal im Versailler Vertrag vorgesehen war. Und bedenken Sie weiter — Locarno hat uns keineswegs verboten, die entmilitarisierte Zone des Rheinlands zu durchschreiten, wenn unsere Verbündeten im Osten angegriffen werden. Wir sehen ein Deutschland, das sich ungeachtet seiner Verträge mit Rußland entschieden nach Westen orientiert hat, eine Wendung, deren Tragweite noch gar nicht abzusehen ist. Wenn die Deutschen in Reden und Zeitungen von einer früheren Räumung des Rheinlands sprechen, so ist das eine Angelegenheit, die mit Locarno nicht das geringste zu tun hat. Die Räumung ist eine interalliierte Frage, deren Lösung die allergrößten Schwierigkeiten entgegenstehen. Wozu also darüber polemisieren? Seien wir doch stolz auf das Erreichte. Stellen wir uns doch einmal umgekehrt einen Gambetta vor, der sechs Jahre nach dem Kriege in einem diplomatischen Akt den endgültigen Verzicht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen hätte!“

Ist es richtig? Satz auf Satz entnimmt Briand dem Vertrag von Locarno für Frankreich die Rechte, deren Vorhandensein die deutsche Regierung immer bestritten! Ist es richtig, daß man aus Locarno machen kann, was man will? Wenn aber die Vorstellung des großen Europäers Briand von Locarno schon so gestaltet ist — wie wird dann Locarno aussehen im praktischen Gebrauch eines Mannes vom Schlage Poincarés? Wie wird es einst aussehen in einem Zeitpunkt, in dem die Frage nach dem Bestand des Versailler Unfriedens einmal schicksalhaft gestellt werden muß?

Im März 1927 tritt der Völkerbundsrat zu seiner ordentlichen Frühjahrstagung zusammen. Eine Fülle von Wichtigkeiten steht wieder auf seiner Tagesordnung, Fragen vierter und fünfter Garnitur, die ein Gremium wie das des

Kates überhaupt nichts angehen sollten. Man hat fast den Eindruck, als ob es in Europa nichts zu ordnen gebe außer ein paar Bagatellen.

Briand ist in großer Sorge, der deutsche Außenminister werde die Frage der Rheinlandräumung unversehens aufs Tapet bringen. Er wird der Sorge enthoben, die deutsche Regierung hält die Zeit für einen Vorstoß noch nicht gekommen. Die Tagung endet mit den üblichen Versicherungen gegenseitiger Friedensliebe und des Festhaltens an der bewährten Politik der Versöhnung und des Ausgleichs.

Der beinahe schon übliche Entrüstungsturm erwartet die deutsche Delegation bei ihrer Heimkehr. Zum Überfluß sind gerade jetzt die Zeitungen angefüllt mit Nachrichten über die neue französische Seeresvorlage, die einen Festungsgürtel von der Schweiz bis zur belgischen Grenze vorsieht. Das sind die Nutzenwendungen, die Frankreich aus den Bestimmungen des Locarnovertrags über die entmilitarisierte deutsche Rheinzone zieht.

Stresemann hat im Reichstag einen schweren Stand. Er muß zugeben, daß man sich in der letzten Zeit von der Rheinlandräumung eher entfernt hat, als daß man ihr nähergekommen ist. Er warnt vor Ausbrüchen der Ungeduld und meint, man müsse die weitere Entwicklung durch Abwarten fördern. Auch im Ausland müsse die Erkenntnis wachsen und reifen, daß es sich bei der Forderung der Räumung nicht um eine Begünstigung Deutschlands, sondern um eine Angelegenheit von europäischer Bedeutung handle.

Die Opposition antwortet heftig. Auch aus den Bänken der Regierungsparteien kommt herbe Kritik. Stresemann muß zum zweitenmal das Wort ergreifen. Es ist richtig, ruft er, das Ergebnis von Genf ist durchaus unbefriedigend. „Wir sind von unserm Optimismus im vergangenen September zurückgekommen.“ Aber sei es nicht natürlich, daß Rückschläge eintreten? Es bedeute keine Verschiebung auf unabsehbare Zeit, wenn die Regierung den Reichstag bitte, ihr selbst die Auswahl eines geeigneten Zeitpunktes für neue Verhandlungen in der Räumungsfrage zu überlassen.

Die Regierung erhält ein Vertrauensvotum. Die Frage der Rheinlandräumung scheidet auf lange Zeit aus den amt-

lichen Erörterungen aus. Die Staatsmänner selbst müssen zugeben, „daß die Zeit noch nicht reif sei“. Das ist das Ergebnis von Locarno.



Am 16. Februar 1927 erklärt Reichsfinanzminister Köhler, er sehe bisher keine Möglichkeit, wie man die anschwellenden Lasten des Reiches nach dem Dawesplan im laufenden Jahre werde aufbringen können. Die schon totgesagte Tributfrage hebt ihr Haupt plötzlich aus dem Grabe, in das man sie lebendig eingesperrt.

Entrüstungsturm in der ganzen Welt. Die Börsen antworten mit kräftiger Baïsse — hallo, wir sind auch noch da, was fällt euch ein, gegen den Stachel zu löcken! Bestürzung bei der Reichsregierung, beruhigende Erklärungen. Deutschland habe ja keineswegs sagen wollen, daß es nicht mehr zahlen könne, durchaus nicht. Wir haben nicht einmal gesagt, daß unsere Taschen leer seien, wir erlauben uns nur daran zu erinnern, ob man nicht, natürlich in aller Freundschaft und aller Ruhe, vielleicht einmal prüfen wolle, ob es nicht besser sei . . . jedenfalls sei keinerlei Grund zu irgendwelcher Besorgnis vorhanden.

Die Börsen beruhigen sich. In Paris tobt noch die Presse von der ersten Morgen- bis zur letzten Abendausgabe. In Amerika ist man sichtlich verstimmt. Man will durchaus nicht begreifen, wie eine verantwortungsvolle Reichsregierung so leichtfertig sein kann. Hat denn der Dawesplan nicht funktioniert? Bitte, sehen Sie sich doch die Berichte des Herrn Parker Gilbert an, jeder eine Lobeshymne auf den Plan! Hat Herr Parker Gilbert nicht immer auf die loyale Mitarbeit der deutschen Beamten und der Reichsregierung hingewiesen? Nun also — wozu auf einmal solche Alarmrufe? Wem soll das nützen? Der Finanzausschuß des amerikanischen Senats stellt in einer Entschließung fest, es sei keinerlei Grund zur Beunruhigung vorhanden, Deutschland werde wie bisher pünktlich zahlen. Er fügt für diejenigen, die es angeht, die kategorische Erklärung hinzu: „Der Dawesplan wird erfüllt werden!“

Gerüchte tauchen auf. Die Franzosen, heißt es, wollten der neu entstandenen Beunruhigung dadurch entgegentreten,

daß man den Dawesplan durch eine Erweiterung der Belastung der deutschen Industrie, der Post und durch Einführung eines Monopols auf Tabak und Zucker sichere. Amerikanische Bankiers in beunruhigender Zahl erscheinen in Berlin und haben Besprechungen mit Vertretern der Reichsregierung. Die Öffentlichkeit wittert Vorgänge hinter den Kulissen, die eines Tages mit katastrophenartiger Deutlichkeit ans Licht treten werden. Der Reparationsagent erläßt eine Erklärung, er verstehe gar nicht, es sei doch alles in bester Ordnung, es handle sich lediglich um unkontrollierbare Gerüchte, man solle ihnen doch keinen Glauben schenken. Langsam schläft die Erörterung wieder ein.

Was ist geschehen?

Ohne daß die deutsche Öffentlichkeit etwas erfahren hat, ist der erste Vorstoß Deutschlands, die furchtbare Kette des Dawesplanes zu lockern, hinter verschlossenen Türen von stärkeren Gegnern abgewürgt und erstickt worden. Die amerikanische Hochfinanz hat den Strick gehalten, die Alliierten haben ihn Deutschland um den Hals gelegt. Beide haben gezogen, bis der Gedrosselte rief: „Peccavi, ich will weiter zahlen und stille sein!“

Nach außen tritt Beruhigung ein, alles geht seinen gewohnten Gang. Aber eine Spannung ist doch zurückgeblieben, das gute Einvernehmen zwischen Schuldner und Gläubiger ist gestört. Es kriselt hinter den Türen.

Am 1. September 1927 schließt das dritte Dawesjahr mit dem vollgeleisteten Betrage von 1500 Millionen Goldmark ab. Kaum hat der Reparationsagent seinen Jahresbericht veröffentlicht, da beginnen die internationalen Geldmärkte, vor allem der amerikanische Markt, sich gegen die Aufnahme neuer deutscher Anleihen zu sperren. Die Hochfinanz erklärt trocken und geschäftsmäßig, es sei jetzt an der Zeit, die unbedenkliche deutsche Kreditwirtschaft zu stoppen, damit man nicht für die Sicherheit der bisherigen Anlagen fürchten müsse. In einer einzigen Woche sind in New York deutsche Anleihen im Gesamtwert von einer halben Milliarde Goldmark aufgelegt worden. Gemeinden, Industriegesellschaften, öffentliche Unternehmungen, alles ist an diesem flotten Geschäft mit Eifer beteiligt, alles hält seinen Eimer unter den Goldregen.

Bis jetzt hat die Hochfinanz diesem Wettlauf nach dem

amerikanischen Geld mit größtem Wohlwollen zugesehen. Auf der einen Seite verlangte das amerikanische Kapital nach einer gut verzinsten Anlage, auf der andern Seite lag den New Yorker Banken sehr an einer glatten Bezahlung der Darlehensraten durch Deutschland, weil diese wieder als Basis für die noch ausstehenden Teile der Schuldenregelung mit den früheren Alliierten dienten. Herr Parker Gilbert hatte weder Auftrag noch Anlaß, gegen die bedenkenlose Anleihewirtschaft Deutschlands Einspruch zu erheben.

In Deutschland selbst herrscht noch die verhängnisvolle Theorie, man könne gar nicht genug amerikanisches Geld herüberrufen, weil man sich durch Interessierung des U.S.A.-Kapitals am allerwirksamsten gegen jeden politischen Zugriff der Alliierten schütze. An die schrankenlose Vermehrung der deutschen Lasten durch Zinsendienst und Amortisierung der Anleihen scheint niemand zu denken. Das alles sind spätere Sorgen, es erscheint nicht mehr als recht, auch die kommende Generation an der Liquidation des Krieges teilnehmen zu lassen, der doch nicht in letzter Linie um ihrer Zukunft willen geführt wurde. Noch sonnt man sich in der durch den fremden Geldzustrom hervorgerufenen Scheinblüte.

In diesem Zeitpunkt vollzieht die amerikanische Hochfinanz die Schwenkung, die mit Naturnotwendigkeit einmal eintreten mußte. Das Schuldenabkommen mit Frankreich ist unter Dach. Das anlagegierige Kapital ist zum größten Teil untergebracht. Man muß jetzt an die Schaffung normaler Verhältnisse denken. Normale Verhältnisse — das bedeutet, man muß Deutschland daran erinnern, daß es seine Tributzahlungen nicht dauernd auf Anleihen abwälzen kann, sondern daß es nun beginnen muß, aus eigenen Mitteln zu zahlen. Der Strick wird langsam angezogen.

Der Reparationsagent in Berlin ist dazu berufen, den ersten operativen Eingriff vorzunehmen, kraft seines Amtes, das ihn zum Aufseher über die deutsche Finanzwirtschaft eingesetzt hat. Er legt der deutschen Regierung ein „Memorandum“ vor, das eine scharfe Kritik der deutschen Finanz-, Kredit- und Wirtschaftsführung enthält. Er wendet sich gegen die Häufung kostspieliger Vorlagen im Reichstag, er kritisiert den Finanzausgleich mit den Einzelstaaten, die

Arbeitslosenunterstützung, das Schulgesetz, das Beamtenbesoldungsgesetz und das Kriegsschädengesetz. Er mischt sich in jede Einzelheit der deutschen Verwaltung, denn das Londoner Abkommen gibt ihm das Recht dazu. Er erteilt der Reichsregierung Ratschläge, die den Charakter von Weisungen haben. Er wirft ihr vor, daß sie den Reichshaushalt aus Fahrlässigkeit untergrabe und dadurch den Dawesplan gefährde. Er geißelt die bedenkenlose Kreditaufnahme im Ausland, mit deren Hilfe Deutschland den Versuch mache, die Tributlasten zu umgehen, statt sie zu bezahlen. Zum Schluß verlangt er energische Gegenmaßnahmen in jeder Richtung — kraft seines Amtes, er hat das unbestreitbare Recht dazu, Deutschland hat ihm dies Recht selbst eingeräumt.

Die Reichsregierung tritt zu einer Beratung zusammen. Sie muß sich beugen. Der Bundesgenosse von einst hat sich im Laufe eingerichtet und führt das Kommando. Das Ergebnis ist ein beschämender Brief an den Reparationsagenten, in dem die Regierung alles zugeben und Besserung geloben muß. „Die Reichsregierung stimmt dem Agenten in vielen Punkten zu, glaubt aber zugleich in andern Punkten zum Ausdruck bringen zu müssen, daß sie die gegenwärtigen Bahnen des öffentlichen Finanzwesens und der Kreditpolitik anders als der Agent oder nicht ganz so bedenklich betrachtet. Die Reichsregierung ist sich mit dem Agenten einig, daß die Denkschrift als Anlaß zu einem freimütigen Meinungs austausch angesehen werden muß, der sich aus der Notwendigkeit ständigen vertrauensvollen Zusammenwirkens ergibt. Die Erprobung des Dawesplanes auf gleicher Grundlage fortzuführen, wird das Ziel der künftigen Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Instanzen der Gläubigermächte sein . . .“

Das ist im Zeichen von Locarno und Genf, das ist im Zeichen der neuen Ära des Friedens, der Gleichberechtigung und der Versöhnung die nackte Wahrheit. Wir haben gesündigt, wir wollen Buße tun, schenkt uns nur weiterhin euer Vertrauen. Wir werden zahlen, wir werden alles tun, denn wir können euer Vertrauen nicht entbehren. Ihr habt den Strang in der Hand, ihr könnt ihn jederzeit ziehen — bitte, tut es nicht, wir wollen ja gehorchen. Ihr seht ja, wir lächeln noch und sind freundlich, damit niemand auf

den Gedanken komme, es gehe uns schlecht, wir könnten nicht mehr, oder gar wir wollten nicht mehr. Nein, durchaus nicht, wir wollen mit größtem Vergnügen, es geht uns geradezu ausgezeichnet — ein Schafskopf, wer etwas anderes behauptet!

☆

Es geht seit langem nicht mehr vorwärts. Es geht mit klaren Schritten zurück.

In Genf hat unter den Auspizien des Völkerbundes eine vielgefeierte Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden — wie lange ist es her, daß sich die Hoffnungen der geplagten Völker auf die Weltwirtschaftskonferenz von Genua richteten! Das Genfer Forum dröhnt von schönen Reden und guten Grundsätzen. Als es an die Beschlüsse geht, bleibt alles bei platonischen Kundgebungen und Empfehlungen an die Regierungen, die sich nicht darum kümmern. Es gehört zum guten europäischen Ton, sich in Genf mit Eifer an der Lobpreisung der wirtschaftlichen Solidarität der Nationen zu beteiligen und daheim eine Mauer von Schutzzöllen ungeniert zu errichten. Die Weltwirtschaftskrise peinigt diesen und jenen schon mächtig, die agrarischen Länder wissen nicht mehr aus noch ein. Handelsverträge werden zu politischen Kampfinstrumenten. Nein, es sieht nicht sehr vielversprechend aus mit der europäischen Wirtschaftssolidarität.

Um diese Zeit wird Europa energisch daran erinnert, daß es noch Fragen gibt, die seit langem der Lösung harren und ohne deren Lösung alle Arbeit Stückwerk bleiben muß. Rußland meldet sich. Die Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion erfahren eine neue Spannung, die von England eifrig benutzt wird, um eine neue antirussische Front zu schaffen. Jetzt erhalten die Worte einen Sinn, die Tschitscherin vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Berlin sprach und die man damals allgemein als Bluff betrachtete.

Großbritannien ist mit der Entwicklung seiner Handelsbeziehungen zu Rußland seit langem unzufrieden. Neuerdings macht das amerikanische Großkapital, das überall in der Welt den Engländern Rang und Geschäft abzulaufen bestrebt ist, energische Vorstöße in die russischen Ölgebiete. Das verstimmt die Engländer noch mehr.

Als Antwort auf diese Verstimmung beginnt Moskau seine Aktivität kräftig zu steigern. Je schärfer die Weltwirtschaftskrise, je begehrt der russische Markt von den kapitalistischen Mächten der Welt, desto stärker der kommunistische Expansionsdrang. In China gestalten sich die Dinge für England fast zu einer Katastrophe. Aber da auch dem amerikanischen Großkapital dort an Ordnung und guten Geschäftsbedingungen gelegen, erleidet der Bolschewismus eine Schlappe. England wird in China zum Kostgänger des amerikanischen Kapitals.

Die Stimmung zwischen London und Moskau wird immer gereizter. London verständigt sich mit Paris. Frankreich ist stets mit Vergnügen dabei, wenn es gilt, den Sowjets eins zu versetzen, die Russen wollen in der Frage der alten Vorkriegsschulden immer noch keine Zugeständnisse machen. Von jetzt an arbeiten Frankreich und England Sand in Sand. Im Mai 1927 bricht England die diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen mit Rußland ab. Im Juli weist Frankreich den Sowjetvertreter aus Paris.

Chamberlains neue Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion setzt mit Energie ein. Diktiert ist sie in erster Linie von den Bedürfnissen des englischen Handels. Das stille Ringen mit dem amerikanischen Großkapital um die russischen Ölfelder zieht sich als unsichtbarer Faden durch die einzelnen Abschnitte des Kampfes, der schließlich zugunsten des amerikanischen Kapitals entschieden wird.

Politisch gesehen, bringt die neue Auseinandersetzung des europäischen Westens mit Rußland plötzlich wieder zum Bewußtsein, wie brüchig die Verhältnisse Europas allen bisherigen Bemühungen zum Trotz immer noch sind. Noch ist der große Gegenspieler der Versailler Mächte, noch ist das unheimliche, unergründliche, Europa und Asien in sich vereinigende Rußland weder versöhnt noch vernichtet. Noch setzt es hinter alle europäischen Verträge und Abkommen sein großes Fragezeichen.

Für Deutschland wird die Frage West oder Ost rasch wieder akut. England hat den größten Vorteil aus dem Locarnovertrag und aus Deutschlands Teilhaberschaft in Genf immer in der Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland erblickt. Der Zusammenschluß beider Mächte liegt

seit den Tagen von Versailles wie ein Alpdruck auf den Vorstellungen westeuropäischer Staatsmänner. Jetzt will Chamberlain die Früchte von Locarno ernten, Deutschland soll in den antirussischen Ring hinein, der Völkerbund ist das englische Instrument.

Tschitscherin weilt schon in Berlin, um sich beruhigende Versicherungen geben zu lassen. Aber indessen man dort Tschitscherin befänstigt, versucht Chamberlain in Genf alles mögliche, um Deutschland wenigstens moralisch gegen die Sowjets festzulegen. Stresemann verweigert jede Bindung, aber eine russisch-deutsche Mißstimmung bleibt zurück. Der deutsche Standpunkt, weder für den Westen noch für den Osten zu optieren, macht sich nach beiden Seiten nachteilig bemerkbar.

Die Stimmung in Genf ist schlecht. Sie ist so schlecht, daß die Staatsmänner schleunigst beschließen, erneut „ihren einmütigen Willen zur Fortsetzung der Politik von Locarno zu bekräftigen“.

Briand umgeht jede Erörterung der Räumungsfrage. Er kommt seinerseits mit einer Liste von Beschwerden. Das preussische Polizeigesetz sei noch nicht vom Landtag verabschiedet, das Kriegsmaterialgesetz habe noch nicht den Reichstag passiert. Es ist offensichtlich, daß man angesichts solcher Verstöße Deutschlands gegen den Geist von Locarno nicht von einer früheren Räumung des Rheinlands sprechen kann!

Man redet auch von der Abrüstung. Man beschließt, um einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen, die vorbereitende Kommission abermals einzuberufen. Man spricht von der Weltwirtschaftskonferenz, die so fruchtbringende Arbeit geleistet habe, und man beschließt, „die Regierungen zum Studium der von der Konferenz gefaßten Resolutionen einzuladen“. Man verhandelt zum vierzehnten Male den Streitfall zwischen Danzig und Polen über das polnische Munitionslager auf der Westerplatte. Aber man muß die Beratung abermals vertagen, weil der chilenische Bericht-erstatte für diese Frage das Studium der Einzelheiten der neu vorgebrachten Momente noch nicht hat beenden können. Man beschließt, den deutschen Anspruch auf einen Sitz in der Mandatskommission später zur Erwägung zu ziehen. Man spricht von den Beschwerden der Memel-

bevölkerung gegen die litauische Regierung und verweist seufzend das Material an einen Ausschuß, der für das nächste Jahr einen Bericht vorbereiten soll. Man spricht von allem und jedem, man begräbt alles in Kommissionen und Resolutionen. Man spricht von hundert europäischen Angelegenheiten — von der Räumung des Rheinlands spricht man nicht.

Doch — man spricht davon, wenn auch nicht in Genf. Während der Rat die Frage eines gemeinsamen Communiqués studiert, mit dem man den Völkern den Beweis von der großen Bedeutung der geleisteten Arbeit für den Frieden und den Fortschritt Europas dartun will, ergreift fern in Lunéville bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals das Wort der französische Ministerpräsident Poincaré.

„Zum hundertsten Male sei es gesagt — Frankreich verlangt nichts als seine Sicherheit und die pünktliche Bezahlung dessen, was man ihm schuldig ist. In Locarno und Genf hat Frankreich wahrhaftig genug Beweise seines Friedenswillens gegeben. Aber was tut Deutschland? Warum hat ein Reichsminister am 3. November 1925 — (es ist heute der 19. Juni 1927!) — also nach Locarno, gesagt, daß der Verzicht Deutschlands auf Waffengewalt lediglich durch die Tatsache diktiert sei, daß Deutschland im Augenblick keine Waffen besitze? Warum gab ein hoher Beamter des Reiches zu verstehen, daß Deutschland noch vor Ablauf von zwei Jahren die Revision des Dawesplans fordern werde? Sind das vielleicht Worte der Klugheit und der Versöhnlichkeit über diese Fragen, die Frankreichs Leben betreffen? Sollen wir Vertrauen haben zu einer Regierung, deren Mitglieder solche Worte gebrauchen, und zu einem Volk, das solche Gedanken hegt? Sollen wir angesichts solcher Tatsachen unsere letzten Pfänder aufgeben?“

Stresemann, inzwischen von Genf nach Berlin zurückgekehrt, erhebt im deutschen Reichstag seine Stimme. „Will der Herr französische Ministerpräsident den Weg zur Verständigung verbauen oder will er ihn ebnen? Was ist das Ziel des Herrn Poincaré? Ruhrpolitik oder Locarnopolitik? Eines oder das andere ist möglich, aber nicht eines und das andere!“

Poincaré gibt keine Antwort.

Die Regierungsparteien im deutschen Reichstag be-

schließen seufzend, „Deutschland sei trotz herben Enttäuschungen bereit, die bisherige Politik fortzusetzen“.

Bis an diesen Punkt ist man zwei Jahre nach Locarno gelangt.



Wieder einmal tagt die Vollversammlung des Völkerbundes. Es ist im Herbst 1927. Sie könnte, wenn sie wollte, den ersten Jahrestag des deutschen Eintritts in den Bund und des Beginns der großen Friedenszeit feiern. Aber es ist besser, man spricht nicht davon. Schwung und Begeisterung haben sich mit dem Locarnogeist auf und davon gemacht.

Briand hat sein Eintreffen für einige Tage später angesetzt, er könne in Paris nicht eher abkommen. Es ist nicht bekannt, welche wichtigen Ereignisse seinen Aufenthalt in Paris im Augenblick so notwendig machen — in Genf aber erzählen sich die Spatzen von Dach zu Dach, daß der französische Außenminister Stresemann möglichst lange aus dem Wege gehen wolle. Er werde nur zu einer kurzen Stopvisite nach Genf kommen und auf die schnellste Weise wieder verschwinden.

Inzwischen bemüht sich die Versammlung um alle möglichen abseitigen Themen. Die Großen haben den Schlüssel zu allen Fragen von Bedeutung in der Tasche, aber sie rücken ihn nicht heraus. Bei der Wahl des Präsidenten fällt Österreich glatt gegen Uruguay durch, nicht etwa, weil die Mehrzahl der Mächte so übergroße Sympathien für Uruguay hegen, das denn doch ein wenig abseits liegt. Aber die Alliierten haben eine begreifliche Abneigung dagegen, daß eine Macht das Präsidium führt, die immerhin mit ihnen im Krieg gestanden hat. Der Bund ist von der zwingenden Bedeutung dieser alliierten Erwägung durchaus überzeugt.

Es rauscht in den Kulissen von Gerüchten aller Art. Manche wollen wissen, daß die Polen im Einverständnis mit Briand einen neuen Vorstoß in der Frage der Sicherung ihrer Westgrenzen machen werden. Sie sind mit dem Schiedsvertrag von Locarno nicht zufrieden. Sie wollen durchaus mehr haben, und sie glauben, das System der Bombensicherheit erfunden zu haben, indem sie dem Völker-

bund einfach eine Resolution vorschlagen, daß jeder Krieg rechtlich unzulässig sei, auch der Krieg, den der Völkerbund nach seiner Satzung gestatte.

Die Polen haben gute und praktische Gründe für ihren auffallenden Friedenseifer. Es ist schon in Genf bekanntgeworden, daß sich Polen um eine amerikanische Anleihe zur Sanierung seiner Finanzen bemüht, daß aber die Geldgeber jenseits des Ozeans der Meinung sind, Polen möge sich erst ein wenig ernsthafter um den Frieden bemühen.

Chamberlain wendet sich mit skeptischem Lächeln gegen die herrschende Genfer Moderation. Er gibt dem aufgeregten Völkchen der Friedensstreber zu bedenken, daß man die guten Sicherheiten, wie sie in Locarno geschaffen worden seien, nur entwerte, indem man immer wieder neue Sicherheiten darüber baue.

Es nützt nichts, der Friedenseifer kennt keine Gemungen. Jetzt kommen die Holländer mit dem Vorschlag, die Versammlung möge die Grundsätze des im Frühjahr 1926 abgelehnten Genfer Sicherheitsprotokolls einer neuen Prüfung unterziehen. Die Polen schöpfen daraus neuen Mut und übergeben ihren eigenen Plan zunächst einmal den Großmächten zur vertraulichen Begutachtung. Die Großmächte beschäftigen ihre Juristen damit. Die Juristen haben durchaus keine Eile. Jetzt rebellieren die Kleinen gegen die Großen, sie entrüsten sich über dies Geheimverfahren, sie verbitten sich, daß man sie unter Zensur stellt. Es kommt zu einer regelrechten Revolte.

Inzwischen ist es den Großen schon gelungen, in stiller Zurückgezogenheit den polnischen Vorschlag so umzugestalten, daß nur noch eine platonische Erklärung über den Verzicht auf jeden Angriffskrieg übriggeblieben ist. Die Polen protestieren vergeblich gegen die Verstümmelung ihres Antrags, sie fürchten, daß die Amerikaner sie für Spiegelfechter halten und ihnen das Geld nicht geben.

So oder so — die Resolution über den Verzicht auf den Angriffskrieg ist nun einmal da, wenn sie auch im Grunde nur ein Kind der polnischen Geldnöte bedeutet, und wenn auch nicht ein Jota mehr in ihr enthalten ist, als was im Vertrag von Locarno und in der Satzung des Völkerbundes seit langem steht.

Strefemann übernimmt die Berichterstattung für die Vollversammlung und kämpft eine Stunde lang gegen den allgemeinen Eindruck, daß die Resolution eigentlich aus nichts besteht. Andere Redner versuchen ihr Glück, etwas Nützliches und Neues darin zu entdecken. Nur der Italiener Scialoja ist offen genug, zu erklären, der polnische Antrag sei eigentlich nichts als eine Vor Spiegelung ohne praktischen Wert.

Die Sache droht im Genfer Sande zu verlaufen. Da endlich trifft Briand ein. Er betritt, jubelnd begrüßt, die Rednertribüne. Er schmettert mit leidenschaftlichen Gesten den Satz in den Saal, man müsse immer wieder nach dem Frieden schreien, bis er verwirklicht sei.

Chamberlain zuckt die Achseln. Ihm sind so hochdramatische Lösungsversuche unsympathisch. Aber Strefemann sekundiert Briand. Ergebnis — die polnische Resolution wandert zunächst einmal in einen Ausschuß. Der Ausschuß berät, der Rat berät, die Versammlung berät. Man hört nichts und sieht nichts. Ein dicker Nebel legt sich über Genf.

★

Gegen Ende der Herbsttagung des Bundes kommt es doch noch zu einer Sensation. Strefemann flüchtet sich in die Öffentlichkeit mit seiner Forderung nach der Räumung des Rheinlands. Es gibt verdutzte Gesichter in Genf und die erfahrenen Routiniers schütteln die Köpfe. Man mutet dem armen Bund auch allzuviel zu.

Chamberlain muß plötzlich abreisen, er hat nur auf diesen Augenblick gewartet. Briand steckt in einer bösen Klemme. Aber er hiesse nicht Briand, wenn er sich nicht mit einem Kühnen Sprung daraus befreite. Galloh, dröhnt es auf einmal in Genf, da bemühen wir uns leidenschaftlich um den Frieden, dem unser ganzes Sinnen und Trachten gewidmet ist — und was geschieht gleichzeitig in Deutschland? Nun, in Deutschland weiht der Reichspräsident das Denkmal der Schlacht von Tannenberg ein und sagt dabei, das deutsche Volk werde niemals aufhören, gegen den schmachvollen Schuldparagraphen von Versailles zu kämpfen.

Echo aus Paris, prompt auf die Minute, die Uhr in der Hand. Poincaré hält eine neue Sonntagsrede. Da seht

dies Deutschland, nichts als die Revanche hat es im Kopf, während Frankreich immer nur dem Frieden, dem Frieden, dem Frieden Opfer bringt. Und da verlangt jemand von uns, wir sollten uns unserer letzten, unserer allerletzten Sicherheit begeben? Nie und nimmer!

Briand in Genf zuckt die Achseln. Sie sehen ja selbst, Herr Kollege, wie die Dinge stehen, auch wenn ich es möchte, wäre es sinnlos und zwecklos, die Räumungsfrage anzuschneiden — es geht einfach nicht.

Der deutsche Angriff ist abgeschlagen. Man hält sich nicht lange dabei auf. Gerade in diesen Tagen kehrt die polnische Resolution aus der Ausschlußberatung zurück und wird von der Vollversammlung angenommen.

Stresemann benutzt diese Gelegenheit zu einem Vorstoß in der Abrüstungsfrage. Im Rheinland finden die großen französischen Herbstmanöver statt. Die Franzosen konnten keinen besseren Zeitpunkt wählen als die neue Friedenskampagne in Genf. Rüstungen, sagt Stresemann, dürfen niemals die Grundlage der Sicherheit sein, man erhöht seine Sicherheit nicht dadurch, daß man den Nachbar bedroht. „Lassen Sie es nicht zu, daß der Glaube an eine neue Moral zwischen den Völkern erschüttert wird!“

Zwanzig Redner springen Stresemann in die Arme. Zwanzig Redner stimmen dem hohen Idealismus des deutschen Außenministers vorbehaltlos zu und verweisen auf die praktischen Schwierigkeiten der Verwirklichung. Zwanzig Redner rufen nach dem Frieden und nehmen ihre eigenen Rüstungen in Schutz.

Zum Schluß nimmt die übermüdete Versammlung eine von Frankreich eingebrachte Entschließung an, wonach alles beim alten bleibt. Sicherheit, Abrüstung, Abrüstung, Sicherheit — „daß man die Verquickung dieser beiden Probleme endlich anerkannt hat“, ruft der schlitzäugige französische Vertreter Paul Boncour, „das ist der größte Erfolg des Völkerbundes!“

Ende September geht die Versammlung auseinander. Der Rat tritt zur letzten Sitzung zusammen. Er beschließt: „Eine vorübergehend vorhandene Mißstimmung ist glücklich zerstreut, und der Bund hat sich durch Annahme der Entschließung gegen den Angriffskrieg ein neues großes Verdienst um die Menschheit erworben.“

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen — die französischen Herbstmanöver im Rheinland verlaufen zur vollen Zufriedenheit und sind noch nicht beendet. Sie erstrecken sich auf ein Gebiet von der Rheinpfalz bis über Nahe und Sinsrüch zur Mosel und in die Eifel. Kriegslage: ein starker Feind rückt aus östlicher Richtung vor. Die Tanks bewähren sich vorzüglich in jedem Gelände, selbst auf den Äckern und Feldern. Die fliegermanöver sind die größten, die je vorgeführt wurden.

Die Gerabsetzung der Besatzungstruppen um zehntausend Mann kann natürlich erst nach Beendigung der Manöver durchgeführt werden.



Das Jahr 1927 geht zu Ende und man ist nicht vom Fleck gekommen. Im Januar 1928 beschwert sich Stresemann bitter vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages über das Stadium der Versumpfung, in das die Locarnopolitik eingetreten sei. „Wenn trotzdem das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht gestört worden ist, so spricht das nur für den guten Willen Deutschlands.“ Locarno habe ein Anfang sein sollen. Aber das fortgesetzte Verlangen Frankreichs nach immer neuen Sicherheiten sei eine Beleidigung Deutschlands und Englands, weil es sich auf die Vorstellung eines Wortbruchs der beiden Länder stütze. In dem Ruf nach Sicherheit vor dem entwaffneten Deutschland liege eine gute Portion Heuchelei, die von der Öffentlichkeit der Welt nicht mehr länger ertragen werden könne.

Das sind starke Worte, und sie zeigen, wie weit die Dinge gehen sind.

Halglatt erwidert Briand Anfang Februar vor der Kammer: „Im Vertrag von Locarno gibt es den Geist und den Buchstaben — aber mein Kollege Stresemann beruft sich lieber auf den Geist als auf den Buchstaben. Man will aus Locarno wie aus einem Zauberhut alle möglichen Dinge aufsteigen lassen. Aber ich sage, Locarno ist erst seit anderthalb Jahren in Kraft. Es ist einfach, zu sagen: zieht aus dem Rheinland ab, und alles andre wird sich regeln — ich aber verwahre mich dagegen, die Dinge so einfach zu sehen!“

Stürmischer Beifall antwortet Briand in der Kammer. Man hat einen neuen Schritt rückwärts getan.

Wieder ist Ratstagung in Genf. Mit Unlust fahren die Minister hin. Chamberlain bleibt gar zu Hause. Es ereignet sich nichts. Bei der nächsten Ratstagung im Juni fehlen auch Briand und Stresemann. Erinuert man sich noch, mit wie überschwenglichen Worten einst in den seligen Wochen von Locarno die Bedeutung der regelmäßigen Zusammenkünfte der Staatsmänner gefeiert wurde? Alles vorüber. Die Welt hält schon nichts mehr von den schönen Reden.

☆

Zum letztenmal versuchen die Regierungen aus der ausgeleiterten Friedensharfe begeisterte Töne hervorzubringen. Zum letztenmal wird der nutzlose Versuch unternommen, die Völker mit Schlagworten der Versöhnung abzuspfeifen und sie durch Vorspiegelungen von ihren Sorgen abzulenken. Der letzte Versuch setzt ein, über die schrecklichen Wunden Europas, die seit Versailles brennen, einen Fächer aus Friedenspalmen zu breiten. Dieser Versuch geht von Amerika aus. Sein Befürworter ist die New Yorker Hochfinanz, die um die Grundlagen ihrer Macht zu fürchten beginnt.

Seit zwei Jahren buhlt Frankreich um die Freundschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. Im April 1927 hat Briand eine große Friedensbotschaft an das amerikanische Volk gerichtet, eine Symne der ewigen Freundschaft und der gemeinsamen Arbeit am Frieden.

Jetzt, im Frühjahr 1928, greift der amerikanische Staatssekretär Kellogg Briand beim Wort. Sinter ihm steht die Hochfinanz. Gut, wir wollen dem Frieden einen Dienst erweisen und allen bisherigen Bemühungen die Krone aufsetzen. Aber man muß einen sehr genauen Unterschied machen. Was die französisch-amerikanischen Beziehungen betrifft, so genügt vollauf die Erweiterung des schon bestehenden Schiedsvertrags. Was aber die von Briand angeregte Ächtung des Krieges in jeglicher Hinsicht betrifft, so ist durchaus nicht einzusehen, warum ein so löbliches Werk nur zwischen Frankreich und Amerika bestehen

sollte. Kurzum, machen wir die Sache amerikanisch, nehmen wir die ganze Welt hinein in den Pakt und beginnen wir zunächst einmal mit den Großmächten.

Das ist etwas ganz anderes, als die französische Regierung gewollt hat, aber sie darf die amerikanische Hochfinanz nicht vor den Kopf stoßen. Sie muß gute Miene zum bösen Spiel machen. Briand versucht es zunächst mit einem Schachzug. Ist es nicht praktischer, erst zwischen Amerika und Frankreich einen Antikriegspakt abzuschließen, dem die andern später beitreten könnten? Aber Kellogg meint, man dürfe die andern Mächte nicht vor vollendete Tatsachen stellen.

Ja, sagt Briand, aber unter gewissen Umständen ist der Krieg doch gar nicht zu umgehen — denken Sie doch nur an die Entstehung des Weltkrieges!

Es handelt sich um den bedingungslosen Verzicht auf den Krieg, erwidert Kellogg.

Briand macht neue Einwände. Frankreich sei durch den Locarnovertrag und die Völkerbundsatzung gebunden. Daraus ergeben sich gewisse Verpflichtungen, die mit einer generellen Ächtung des Krieges nicht vereinbar sind.

„Ich hoffe“, antwortet Kellogg eisig, „daß weder Frankreich noch irgendein anderes Mitglied des Völkerbundes der Meinung ist, daß ein vorbehaltloser Verzicht auf jeden Krieg im Widerspruch mit den Grundgedanken der Völkerbundsatzung stünde“.

Notgedrungen muß Briand sich in die Einzelverhandlungen einlassen. Es entsteht ein amerikanischer Vorentwurf, der auch England, Deutschland, Italien und Japan zugeht. Im April 1928 übergibt die französische Regierung den gleichen Mächten einen Gegenentwurf, der sich ausdrücklich auf die bestehenden Verträge bezieht und einen auf Grund dieser Verträge geführten Krieg aus dem Kriegsächtungspakt ausgenommen wissen will. Briand versucht mit allen Mitteln der Taktik, zwischen Krieg und Krieg einen Unterschied zu machen.

Als erste Macht antwortet Deutschland den Vereinigten Staaten mit vorbehaltloser Zustimmung. Auch Japan stimmt bei. England macht einige Einwände wegen der Stellung seiner Dominions, wo es eine Einmischung irgendeiner dritten Macht nicht zulassen könne. Frankreich erhebt

seinen alten Anspruch auf Einbeziehung der bestehenden Verträge in den neuen Pakt.

Im Juli schickt Kellogg eine abschließende Note an alle Mächte, die sich bisher für den Pakt interessiert haben, es sind ihrer mittlerweile fünfzehn geworden. Kellogg erklärt sich bereit, seinem Paktentwurf einen Zusatz zu geben. „Jede Macht“, sagt er, „die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum Kriege schreitet, soll der Vorteile verlustig gehen, die dieser Vertrag bietet.“ Mit andern Worten, der Pakt wird nur solange in Geltung sein, solange — kein Krieg stattfindet. Bricht ein Krieg aus, so erlöscht der Pakt automatisch für die am Kriege beteiligten Staaten. Diese verzwickte Klausel erlaubt sogar, dem Wunsche Frankreichs nach Einbeziehung der bestehenden Verträge nachzukommen. Aus der unbedingten Ächtung des Krieges in jeder Form ist eine theoretische Erklärung geworden, die im Grunde gar nichts besagt. Der Krieg wird nur noch geächtet, solange er nicht da ist.

Damit könnte Frankreich zufrieden sein. Aber die französische Öffentlichkeit will durchaus sicher gehen. In einer Juristenkonferenz mit den am Pakt beteiligten europäischen Großmächten versichert Frankreich sich ausdrücklich der Auffassung, daß „nichts in dem neuen Vertrage irgendwie das Recht der Selbstverteidigung beeinträchtigt und daß jedes Volk allein zu entscheiden habe, ob die Umstände es nötigen, zu seiner eigenen Verteidigung zum Kriege zu schreiten.“

Am 27. August 1928 findet zu Paris die feierliche Unterzeichnung des Pakts statt.

Gelegentlich der Unterzeichnungsfeierlichkeiten weilt auch der deutsche Außenminister Stresemann in Paris. Es sind neun Jahre verstrichen, seit Brockdorff-Rantzau Versailles verließ. Stresemann hat eine Unterredung mit Poincaré, die anderthalb Stunden andauert. Man versichert, daß die Unterredung inhaltlich „nicht über den Austausch von Ansichten“ hinausgegangen sei. Es ist fünf Jahre her, daß Poincaré das Ruhrgebiet besetzen ließ.

Von der Rheinlandräumung ist auch diesmal nicht gesprochen worden.

Am 20. Mai 1928 wählt das deutsche Volk mit schlecht verhülltem Mißvergnügen seinen neuen Reichstag. Alle bürgerlichen Parteien verlieren eine beträchtliche Zahl von Mandaten. Die deutschnationale Rechte geht von 111 auf 73 Sitze zurück. Zum erstenmal treten die Nationalsozialisten mit 11 Mandaten auf. Die sozialdemokratische Linke gewinnt 20 Mandate und ist jetzt bei 153 Sitzen die weitaus stärkste Fraktion des Reichstags. Das Wahlergebnis ist deutlich. Die bürgerlichen Parteien haben mit ihrer Außenpolitik im Volke keinen Anklang gefunden, die Sozialdemokratie hat aus der wachsenden Unzufriedenheit im Innern und aus der immer schärfer auftretenden Wirtschaftskrise Vorteil gezogen.

Der Wahlsieg der Linken wird im Ausland mit großer Genugtuung begrüßt. Von Clemenceau über Poincaré, Gerriot und Briand geht in dieser Beziehung eine gerade Linie. Anfang Juni erhält der sozialdemokratische Parteiführer Hermann Müller den Auftrag zur Bildung der Regierung. Der Versuch, die große Koalition offen wiederherzustellen, scheitert am Widerstand der deutschen Volkspartei. Müller versucht es dann mit der verschleierte Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei. Aber auch hier stößt er auf starke Widerstände. Der Kanzler hätte seinen Auftrag zurückgeben müssen, wenn nicht Stresemann seinen ganzen Einfluß in die Waagschale geworfen hätte. Stresemann und sein fraktionskollege Curtius entschließen sich, auch ohne feste Bindung ihrer Fraktion in das neue Kabinett überzugehen. Die Volkspartei fügt sich widerwillig ihrem Führer. So kommt die verschleierte große Koalition ohne feste Bindung der Parteien zustande.

Es ist schon zur Gewohnheit geworden, daß der Reichstag die klare Vertrauensformel, die von der Verfassung verlangt wird, durch eine dehnbare Billigungserklärung ersetzt. Die Regierungserklärung gelobt Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik. Der Reichstag geht schleunigst in die Ferien, die er gleich bis zum November ausdehnt.



Am 31. August 1928 wird das vierte Jahr des Dawesplanes abgeschlossen. Die schwere Reparationskrise des vergangenen Jahres scheint überwunden. Der Reparations-

agent stellt fest, daß auch in diesem Jahre alle Zahlungen pünktlich und in ganzem Umfange geleistet worden seien. 1750 Millionen Goldmark sind in bar und in Sachlieferungen übertragen worden, insgesamt sind unter der Fahne des Dawesplans bisher 5470 Millionen abgeführt. Aufgebracht wurde diese Summe ausschließlich durch Aufnahme ausländischer Anleihen. Die Erfüllung seiner Zwangsverpflichtungen hat Deutschland durch eine unheimliche Vermehrung seiner internationalen Verschuldung erkauft. Das amerikanische Großkapital hat für den Endkampf feste Stellungen bezogen.

Das jetzt beginnende fünfte Dawesjahr ist das erste „Normaljahr“ mit einer Gesamtfälligkeit von 2500 Millionen Goldmark, davon allein 1250 Millionen aus dem Reichshaushalt. Wie diese Summe aufgebracht werden soll, weiß zwischen dem Nordpol und dem Äquator kein Mensch, auch nicht der Reparationsagent. Seit die auswärtigen Anleihen eingedämmt werden mußten, gähnt im Reichsfädel die Leere. Das Reich beginnt schon mit der verhängnisvollen Methode, sich von Ultimo zu Ultimo wie ein leichtfertiger Geschäftsmann durchzupumpen. Der Tag ist an den Fingern abzuzählen, wo auch dies Mittel erschöpft sein wird.

Auf der andern Seite erhöht die neue, sozialistisch beherrschte Regierung die inneren Lasten beträchtlich durch Ausbau der sozialen Einrichtungen. Die Weltwirtschaftskrise macht sich um so schärfer bemerkbar. Aber man will noch nichts davon sehen, es geht ja noch, man lebt von der Sand in den Mund, man läßt sich dem kommenden schweren Kampf entgegentreiben.

Die Ziffern der Arbeitslosigkeit steigen beängstigend, nicht nur in Deutschland, auch in den Industrieländern des Auslands. Man will nicht sehen, woher es kommt und wohin es führen muß, man wagt noch nicht, den Finger auf die eiternde Wunde zu legen, denn man weiß, es wird einen Kampf geben, dessen Erbitterung schrecklich ist.

Es zuckt und blitzt unter dem Horizont. Ein drohendes Wetter zieht herauf. Es ist schwül und drückend im abendlichen Europa. Die Friedensgemälde und das liebliche Morgenrot sind verschwunden. Der neue Kampf hebt an.



Stresemann ist erkrankt, er kann an der Vollversammlung des Völkerbundes im September 1928 nicht teilnehmen. Reichskanzler Müller fährt selbst nach Genf, nachdem er mit Stresemann Fühlung genommen. Die Reichsregierung scheint dieses Mal entschlossen, die drei Jahre lang verschleppte Räumungsfrage energisch anzufassen und einer Entscheidung zuzuführen. Der kranke Außenminister drängt selbst darauf.

Auch Chamberlain ist krank. Briand ist allein da von der Locarnozeit.

Reichskanzler Müller erklärt vor seiner Abreise aus Berlin die Absichten der deutschen Regierung. „Das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Parteirichtung ist sich in dem Wunsche einig, daß die fremden Truppen am Rhein endlich zurückgezogen werden. Das in der Vergangenheit Geleistete, das für die Zukunft Gewollte gibt uns ein Recht zu dieser Forderung.“

In Genf angekommen, setzt sich der Kanzler sofort mit Briand in Verbindung. Briand hört ihn an, ohne viel zu erwidern. Sein Plan ist schon fertig und mit Poincaré abgeprochen, man hat gewußt, daß die Deutschen diesmal energisch auftreten würden. Er stimmt dem Wunsche des Reichskanzlers nach Aufnahme der Besprechungen über die Räumungsfrage zu. Was Briand noch verschweigt, pfeifen in Paris schon die Spatzen von den Dächern. „Ihr könnt die Räumung wohl haben — aber ihr müßt dafür bezahlen!“ Es ist die alte französische Taktik, sich unausweichbare Zugeständnisse noch einmal aufwiegen zu lassen.

Die Vollversammlung tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es ereignet sich das peinliche Schauspiel, daß nicht eine einzige Wortmeldung vorliegt. Die kleinen Nationen betreiben Obstruktion, sie haben keine Neigung, sich gegenseitig nutzlose Reden zu halten, während die Großen hinter verschlossenen Türen ihren Kuchen backen. Die Großen lassen sich nicht aus der Ruhe bringen. Die Vollversammlung muß sich vertagen, bis es den Mächtigen genehm ist.

Zwei Tage später unternimmt Reichskanzler Müller einen Vorstoß gegen die Lethargie des Bundes. „Ich mache kein Geheimnis daraus, daß mich der Stand der Abrüstungsfrage mit ernster Sorge erfüllt. Wir stehen vor der unleugbaren Tatsache, daß die langen Beratungen bisher zu keinem

praktischen Ergebnis geführt haben. Seit nahezu drei Jahren tagt immer wieder die vorbereitende Abrüstungskommission, es ist aber nicht gelungen, die der Kommission überwiesene Aufgabe ernsthaft in Angriff zu nehmen, geschweige denn zu erledigen. Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger dastehen als der einseitige Akt der Sieger des Weltkrieges. Es muß endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der deutschen Entwaffnung die allgemeine Entwaffnung folgen soll. Wie kann den vielfach in der Öffentlichkeit laut werdenden Zweifeln begegnet werden, wenn die Regierungen selbst in der Handhabung ihrer Politik so verfahren, als ob alle Friedensbürgschaften nicht bestünden? Es ist nicht verwunderlich, wenn der Mann aus dem Volke schließlich dazu kommt, ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik festzustellen!“

Was der Kanzler über die Abrüstung sagt, das hat man in Genf schon öfter gehört, man ist abgebrüht dagegen. Aber was er von dem doppelten Gesicht der internationalen Politik sagt, das macht die Stunde bellern. Briand ergreift sofort das Wort, um dem Kanzler zu erwidern. Ja, sagt er, da gibt es Leute, die von einem Doppelgesicht der Politik sprechen — wie steht es denn mit dem Gesicht dieser Leute selbst? Kann man denn heute von einer Abrüstung Deutschlands sprechen? Kann man denn das? Wie? Gewiß, Deutschlands Heer zählt nur noch 100 000 Mann — aber, meine Herren, was besagt denn das für die deutsche Abrüstung? Gar nichts besagt es dafür! Dies kleine Heer ist ein ganz besonderes Heer, es besteht nur aus Offizieren und Unteroffizieren, deren jeder in seinem Handwerk Meister ist. Ich sage Ihnen, es gehört gewissermaßen nur ein Handgriff dazu, um aus diesem Heer das Volk in Waffen zu machen. Gewiß, es sind keine Tanks da, keine flieger, keine schweren Geschütze — aber gehen Sie mir doch, was hat denn das schon zu bedeuten? Wissen Sie denn, welch ein Volk hinter diesem Heer steht? Wissen Sie, wie unerschöpflich der deutsche Vorrat an Menschen, Material, Arbeitskraft und Erfindergeist ist? Kann man es uns verübeln, wenn wir aus diesen Fähigkeiten des deutschen Volkes Mißtrauen und Beunruhigung schöpfen? Wie? Würden wir nicht geradezu unsere Pflicht gegenüber uns

selbst und gegenüber der Menschheit vernachlässigen? Wie kann jemand es wagen, Frankreich zu beschuldigen, das seit Jahren ein Opfer nach dem andern für den Frieden der Welt bringt? Sind wir nicht immer in der Abrüstung vorangegangen? Wie? Na also!

Die ganze Szene wirkt auf manche Leute peinlich. Als aber Briand fertig ist, umrauscht ihn der Beifall der Mehrheit. Er hat ihnen allen aus dem Herzen gesprochen. Das Klapperwerk der Reden geht weiter.

Endlich wird im engen Kreise auch über die Räumungsfrage gesprochen. Reichskanzler Müller zieht aus seiner Aktentasche jene Deklaration vom Juni 1919 hervor, die Clemenceau, Wilson und Lloyd George zur Erläuterung der Artikel des Versailler Vertrags über die Besetzung gegeben haben. Klipp und klar ist darin zu lesen, daß die frühere Räumung eintreten wird, wenn Deutschland allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Aber bitte, sagt Briand, diese Deklaration besitzt ja keine juristische Gültigkeit, da Amerika, dessen Präsident sie unterzeichnet hat, den Frieden nicht ratifizierte.

Gut, sagt Müller, mag sie formell nicht gelten, aber Sie werden ihren moralischen Wert nicht bestreiten können. Man kann neun Jahre nach Versailles nicht hartherziger sein als in Versailles selbst.

Briand zuckt die Achseln. Sprechen wir sachlich und verlieren wir uns nicht in Theorien. Hat nicht Ihr eigener Außenminister in Thoiry den Grundsatz anerkannt, daß Deutschland für eine frühere Räumung des Rheinlands eine besondere Gegenleistung machen müsse? Will man sich heute von der Grundlage von Thoiry wieder zurückziehen?

Der englische Vertreter, Lord Cushendun, macht den biedereren Vorschlag, da man sich über die Rechtslage wohl kaum jemals einigen werde, sei es wohl zweckmäßiger, die Sache vom praktischen Gesichtspunkt aus in Angriff zu nehmen.

Müller sagt, das sei ihm recht, aber er müsse den deutschen Anspruch auf Räumung ohne besondere Gegenleistung voll aufrechterhalten.

Schließlich ist man so weit, daß Briand nach Paris fährt, um seinen Ministerrat zu befragen, und daß Müller nach Berlin telegraphiert. Am 16. September geben die

Mächte eine gemeinsame Erklärung ab, die den deutschen Standpunkt zwar theoretisch aufrechterhält, praktisch aber wieder umwirft. Es wird beschlossen, daß in nächster Zeit voneinander getrennte, aber zeitlich zusammenfallende Verhandlungen über die Frage der Rheinlandräumung und der endgültigen Reparationsregelung geführt werden sollen.

Eine feste Zusage für die Räumung ist auch jetzt nicht zu erreichen. Briand sperrt sich hartnäckig dagegen. Mehr als die Erklärung seiner Verhandlungsbereitschaft will er nicht geben.

Reichskanzler Müller erstattet dem Reichskabinett Bericht über seine Genfer Verhandlungen und findet einmütige Zustimmung.

20. Kapitel

Die Heilige Allianz

Die „unabhängigen“ Sachverständigen. — Zum letztenmal Locarno. — Der Roungeauschuß in Paris. — Schachts Memorandum vom 17. April 1929. — Zerrüttete Reichsfinanzen. — Französischer Angriff auf die Reichsmark. — Spruch der Hochfinanz. — Feldzug gegen Schacht. — Zehn Jahre Versailles.

Europa hatte den napoleonischen Imperialismus vernichtet, der Kaiser saß auf Sankt Helena. In Wien trat die glänzendste diplomatische Versammlung zusammen, die jemals gesehen wurde. Sie machte sich daran, den europäischen Frieden zu ordnen.

Im November 1815 schlossen die vier Siegermächte England, Rußland, Österreich und Preußen unter sich einen Vertrag, der sie verpflichtete, einander zu Hilfe zu eilen, wenn Frankreich die Bestimmungen des zweiten Pariser Friedens brechen, die ihm neu gegebene Ostgrenze verletzen oder auf irgendeinen der Vertragsschließenden einen Angriff unternehmen würde. Der erste Rheinpakt war geboren, hundertundzehn Jahre vor dem Vertrag von Locarno.

Nach einem Menschenalter fast ununterbrochener Kriege verlangte die Menschheit nach Frieden und Sicherheit. Die

Fürsten machten sich zu Wortführern dieser Idee, es lag ihnen an der Garantierung ihres gegenwärtigen Besitzstandes. Sie paßten den Sicherheitsgedanken ganz ihren eigenen Interessen an. Die Völker waren dazu bestimmt, die romantische Begleitmusik zu machen.

Im Herbst 1815 entstand die Heilige Allianz, jener Bund zwischen den Kaisern von Rußland und von Oesterreich und dem König von Preußen, der sich zum Ziele setzte, die heilige christliche Religion, die menschliche Gerechtigkeit, die Liebe unter den Völkern zu garantieren und den Krieg als ein Instrument der Politik zu ächten. Fast alle Staaten Europas traten nach und nach der Allianz bei, außerhalb blieben nur das parlamentarisch regierte England, da es sich um einen Fürstenbund, und die mohammedanische Türkei, da es sich um eine Angelegenheit des Christentums handelte. Dies geschah einhundertunddreizehn Jahre vor der Unterzeichnung des Kelloggpaktes zu Paris.

Die Heilige Allianz bewährte sich außenpolitisch im Sinne ihrer Urheber vorzüglich, in Europa trat wirklich Friede ein. Schon drei Jahre später konnten die Staatsmänner der Allianz daran gehen, die Endregelung der französischen Reparationen und die Frage der Räumung der besetzten französischen Gebiete in die Hand zu nehmen. Es wurde beschloffen, beide Fragen gemeinsam zu behandeln.

Das geschah auf dem Aachener Kongreß im Herbst 1818. Die französischen Reparationszahlungen wurden endgültig auf fünfzehn Jahresraten zu je 47 Millionen Franken festgesetzt. Außerdem hatte Frankreich die Bürger derjenigen Staaten zu entschädigen, die von den napoleonischen Feldzügen betroffen worden waren. Hierfür waren jährlich noch einmal 12 Millionen Franken aufzuwenden. Zeitweise entbrannte zwischen den Tributgläubigern heftiger Streit um den Verteilungsschlüssel für die Reparationen. Zumal die Engländer machten hartnäckige Schwierigkeiten, indem sie auf die Subsidien Gelder hinwiesen, die sie während der Kriege fast allen Alliierten gewährt hatten, und auf die starke Schädigung ihres Welthandels. Das war hundertundelf Jahre vor der ersten Haager Konferenz über die Endregelung der deutschen Reparationen, wo Snowden die englischen Forderungen mit den gleichen Argumenten vertrat.

Die Heilige Allianz entwickelte sich von Jahr zu Jahr immer mehr als ein Instrument der Reaktion, als das Mittel der Fürsten, die freiheitlichen Regungen ihrer Völker zu unterdrücken. Die Frage der Kriegsschuldenregelung überließen sie fast ausschließlich dem Bankhaus Rothschild in London.

Rothschild gab den Mächten der Heiligen Allianz Anleihen als Vorschüsse auf die französischen Reparationszahlungen, die er unter seine Kontrolle und Verwaltung nahm. Rothschild drängte sich weiter vor, indem er den Staaten Kredite zum inneren Wiederaufbau und zu Rüstungszwecken gab. Rothschild brachte nach und nach das ganze europäische Staatsanleihengeschäft unter seine Kontrolle und machte daraus ein wohlgedachtes System, bei dem die eine Aktion die andere sicherstellte und deckte. Ein halbes Menschenalter nach den napoleonischen Kriegen war Rothschild soweit, daß er sagen konnte: die Heilige Allianz ist undenkbar ohne mich, die Nationen und die Fürsten müssen tun, was ich will, die napoleonischen Kriege stehen nächst den Geschichtsbüchern in erster Linie in meinen Geschäftsbüchern — ich bin der unsichtbare Herr Europas.

Das war — es ist wichtig, es nicht zu vergessen — ein Jahrhundert vor der Annahme des Youngplans im Haag und vor der Einrichtung der Internationalen Bank zu Basel, die im Namen des Bankhauses Pierpont Morgan und Cie aus New York die gesamte finanzielle Liquidation des Weltkrieges in ihre Geschäftsbücher genommen hat.



Die Heilige Allianz konnte bei der Regelung und Sicherung des europäischen Friedens die Völker nicht gebrauchen. Sie waren gut genug, die begleitenden Chöre darzustellen, hin und wieder wurde ihnen der Text bestimmt, den sie zu singen hatten. Sangen sie anders, so füllten sich die Gefängnisse. Die Heilige Allianz hatte nur das eine Bestreben, die politischen Verhältnisse Europas in dem Zustande zu erhalten, den sie selbst geschaffen hatte, und jeder neuen Macht, jeder neuen Idee einen Kiegel vorzuschieben. Das war ihre wohlverstandene Lebensfrage.

Die demokratischen Regierungen Europas, die auf der Basis von Locarno und Genf den europäischen Frieden zu

stabilisieren gedachten, konnten ihre Völker ebensowenig gebrauchen. Die Verhandlungen über die Endregelung der Reparationen, die Entstehung des Youngplans und des Saager Abkommens geschahen in geheimen Sitzungen unter möglicher Ausschaltung aller Einflüsse von draußen. Die Entscheidung über Annahme und Ablehnung lag bei den Parlamenten, deren Mehrheiten mit den Unterhändlern hinter den verschlossenen Türen eng verbunden waren. Den Völkern wurden die wirklichen Zusammenhänge vorenthalten, man gab ihnen nur Lockungen und Versprechungen. Man mußte ganz unter sich sein, die beiden Hauptbeteiligten, die Hochfinanz und die demokratischen Staatsmänner, hatten beide das gleiche Interesse an der halbdunklen Atmosphäre. Die Völker nahm man nur in Anspruch, um die eigenen Ansichten zu vertreten, um Krisen hervorzurufen und Drohungen gegen den Verhandlungspartner zu richten. Als Mittler dafür diente die Presse. Die Völker hatten so gut wie keine Vorstellung von dem wirklichen Gang der Dinge.

Die Heilige Allianz von 1815 zwischen Rußland, Österreich und Preußen und die Heilige Allianz zwischen den demokratischen Regierungen Europas und der amerikanischen Hochfinanz von 1930 lebten gleichermaßen von dem Fortbestehen der Verhältnisse, unter denen sie entstanden waren, und ihre schlimmsten und gefürchtetsten Gegner waren die Völker selbst.

Unter diesen Gesichtspunkten vollzieht sich von 1928 bis 1930 der große Kampf um die endgültige Liquidation des Weltkrieges in mehreren leidenschaftlich bewegten Phasen. Er endet mit dem offenen Sieg der Hochfinanz, die ihre letzten Rückfichten beiseiteschiebt und ihre Herrschaft weiterhin sichtbar aufrichtet.

☆

Als Vorbereitung für die Endregelung der Reparationen soll — so ist in Genf beschlossen worden — eine neue Kommission von Sachverständigen berufen werden, die den beteiligten Regierungen einen Bericht vorlegen wird. Man hat ja mit dem Dawesauschuß so vorzügliche Erfahrungen gemacht. Die Sachverständigen sollen unabhängig sein, an keinerlei Weisungen ihrer Regierungen gebunden. Frank-

reich macht am längsten den Versuch, den Einfluß der Hochfinanz auf eine sekundäre Rolle zu beschränken. Der Versuch scheitert bald an den Ereignissen. Die Hochfinanz ist entschlossen, nichts aus der Hand zu lassen und ganze Arbeit zu verrichten.

Die Verhandlungen über die Einsetzung des Ausschusses beginnen im Herbst 1928. Der englische Schatzkanzler Churchill fährt nach Paris und bespricht sich mit Poincaré. Es ist richtig, sagt Poincaré, die Sachverständigen müssen unabhängig sein — aber nichts steht im Wege, daß wir unter uns vorher über ein Minimalprogramm einig werden. Die Sachverständigen werden dann wissen, woran sie sind. Poincaré will der Politik die Vorhand wahren.

Was die Beteiligung der Amerikaner am Ausschuss betrifft, meint Poincaré, so wird man gut tun, es bei einem „Beobachter“ zu belassen. Ein gewisses Maß von Entgegenkommen wird man zeigen müssen, denn man braucht auch für die neue Regelung den amerikanischen Geldmarkt. Die Hauptsache ist die Einigkeit zwischen England und Frankreich, dann wird man Amerika und Deutschland widerstehen können. Das ist die Utopie, an die sich der Mann von Versailles und der Ruhr immer noch klammert.

Eine unheimliche, undurchsichtige Geschäftigkeit beginnt zwischen den europäischen Kabinetten. Aber auch die Hochfinanz ist schon an der Arbeit. Parker Gilbert, der Reparationsagent, setzt sich mit der Reichsregierung in Verbindung. Die Regierung übermittelt ihre Grundsätze für die Zusammensetzung des Sachverständigenausschusses den alliierten Kabinetten. Parker Gilbert steht bei diesen Vorschlägen Gevatter. Streit entbrennt zwischen den Regierungen, ob es die Aufgabe der „unabhängigen“ Sachverständigen sein wird, die deutsche Zahlungsfähigkeit einer neuen Prüfung zu unterziehen oder ob sie auf Grund der in London seinerzeit festgesetzten Endzahlen zu operieren haben. Die Hochfinanz mischt sich in diesen Streit nicht ein. Mögen die Kabinette sich zanken, es ist nicht von großer Bedeutung. Zur rechten Zeit wird das Großkapital diktieren. Phantastische Ziffern schwirren umher. Die Absichten der Alliierten scheinen auf einen Zeitraum von mehr als zwei Menschenaltern hinauszulaufen. In Deutschland erhebt sich leidenschaftlicher Protest.

Poincaré tut einen Schritt weiter. Er kämpft vor der Kammer gerade um die Ratifizierung des amerikanisch-französischen Schuldenabkommens. Er setzt die Abgeordneten unter stärksten Druck, die Ratifizierung ist unumgänglich, und darum muß Frankreich mit äußerster Energie darauf bestehen, von Deutschland möglichst schnell und möglichst viel Zahlungen zu bekommen. „Frankreich wird alles tun, um eine Gesamtlösung herbeizuführen, die sowohl für den Kontinent wie auch für Amerika vorteilhaft ist.“ Erstes Einlenken des Mannes von Versailles gegenüber der Hochfinanz, er ist zu einem vorteilhaften Kontrakt bereit.

Poincaré vergißt auch das Drohen nicht. „Wenn keine neue Lösung zustande kommt, die uns befriedigt, so werden wir uns strikt an den Dawesplan halten. Wir werden auf keine unserer Garantien verzichten, wenn man uns nicht in allen Punkten Gewißheit verschafft.“ Drohung gleichzeitig gegen Berlin und New York.

Reichsaußenminister Stresemann, von schwerer Krankheit notdürftig genesen, stellt Poincaré die deutsche Auffassung entgegen. „Deutschland wird unbeirrt dabei verharren, daß es einen Anspruch auf alsbaldige Räumung des besetzten Gebietes hat und daß dieser Anspruch weder von der Lösung anderer Probleme noch von sonstigen Bedingung irgendwelcher Art abhängig ist.“

Das ist der letzte Versuch, eine Plattform wieder zu erreichen, die man schon verlassen hat. Stresemann selbst hat in der hoffnungsvollen Locarnozeit in seinem Thoirygespräch mit Briand den verhängnisvollen Zusammenhang zwischen Räumung und Tribut anerkannt.

Wie die Dinge wirklich stehen, ist leicht zu erkennen. Die Verhandlungen über die Endlösung der Reparationen sind in vollem Gange — von Verhandlungen über die Räumung, die nach der Genfer Abrede gleichzeitig und parallel stattfinden sollten, ist keine Rede.

Im Laufe des November schälen sich aus dem Gewirr der Verhandlungen die gegenseitigen Auffassungen klarer heraus. Die Alliierten wollen zur Grundlage der Sachverständigenarbeit den Umfang ihrer eigenen Verschuldung an Amerika zusätzlich ihrer Wiedergutmachungsansprüche machen. Ist der Pakt zwischen Paris und New York schon geschlossen? Es ist schon lange her, daß der Versailler Ver-

trag die Bestimmung traf, Deutschlands Tributpflicht sei auf die Wiedergutmachung der eigentlichen Kriegsschäden beschränkt. Man verhandelt, als ob es keinerlei frühere Bindungen gebe.

Mit der „Unabhängigkeit“ der Sachverständigen sieht es böse aus. Hin und wieder trifft man sie noch in Leitartikeln und in diplomatischen Schriftstücken. In Wahrheit sind schon die Randsteine des Wegs, den sie zu gehen haben werden, genau festgesetzt. Sie mögen aus dem Himmel kommen oder aus der Hölle, es wird sich nur darum handeln, aus Deutschland möglichst große Zahlungen zu pressen.

Gerade als man erleichtert aufatmet, verlangt Poincaré, die Sachverständigen müßten natürlich von der Reparationskommission ernannt werden, man dürfe die Bestimmungen des Versailler Vertrags auch nicht in einer Einzelheit umgehen. Es darf keine Präzedenzfälle geben, auf die später irgend jemand sich berufen könnte. Letzte Drohung gegen New York? Die Reparationskommission hat zwischen dem Dawesplan und heute einen tiefen Dornröschenschlaf gehalten, die Welt erinnert sich ihrer kaum noch.

Notdürftig wird die Frage verkleistert. Aber Poincaré ist noch nicht am Ende. Die Sachverständigen, verlangt er, sollen sich auch mit der „Kommerzialisierung“ der deutschen Schuld befassen. Dies Stichwort kann nur aus New York gekommen sein. Kommerzialisierung, Ausschaltung des politischen Moments, Umwandlung der Reparationsschuld in eine Handelschuld — das ist es, was Morgan braucht.

Deutschland wehrt sich gegen die fortgesetzte Verbreiterung des Verhandlungsgegenstandes. Jetzt erklärt Chamberlain, Deutschland besitze durchaus keinen Rechtsanspruch auf die frühere Räumung des Rheinlands, eine solche müsse vielmehr auf dem Wege von Zugeständnissen erst erworben werden. In Berlin versteht man gut, was damit gemeint ist, obwohl offiziell keine Verbindung zwischen Reparationen und Räumung besteht.

Letzte Differenzen scheinen noch in der Frage der zeitlichen Ausdehnung der deutschen Zahlungen zu bestehen. Deutschland hat Bedenken, dem Sachverständigenausschuß freie Bahn zu gewähren, ehe diese Frage im Grundsatz ge-

klärt ist. Die Gerüchte, die in Europa verbreitet sind, erregen größtes Mißtrauen.

Poincaré schweigt. Chamberlain schweigt. New York schweigt. Aber siehe da, Briand lebt noch, der Mann von Locarno, der große Europäer! Anfangs Dezember erklärt der französische Außenminister vor der Kammer: „Wenn Frankreich gezwungen sein sollte, für seine Schulden an England und Amerika länger Zahlungen zu leisten, als es seinerseits von Deutschland Zahlungen empfängt, so würde dadurch zwischen Frankreich und Deutschland eine unübersteigbare Schranke aufgerichtet. Ich werde alles tun, um das Entstehen dieser Schranke zu verhindern.“

Im Namen des Friedens — heißt das, ihr müßt zwei- undsechzig Jahre lang Tribute an uns entrichten. So spricht Aristide Briand, der Stern von Locarno. Der Kontrakt zwischen französischem Imperialismus und amerikanischer Hochfinanz ist in seinen Grundzügen gesichert.



Am 10. Dezember 1928 versammelt sich der Völkerbundsrat in Lugano. Dem kranken Stresemann zuliebe hat man auf Genf verzichtet. Wieder treffen sich die großen Drei und bestätigen, allen Gemnissen des vergangenen Jahres zum Trotz, aufs neue ihr Zusammengehen. Es ist, als sprächen sie die Sprache einer Vergangenheit, die schon tief versunken ist.

Sie sind ganz unter sich. Sie lassen kein Wort über ihre Besprechungen verlauten. Aber es steht fest, daß sie sich manche Bitterkeit zu sagen haben. Briand kämpft zäh um jede Position. Stresemann erschöpft sich in leidenschaftlichen Kämpfen um den Rest dessen, was von Locarno und seinen Hoffnungen noch übriggeblieben ist.

Man spricht über die Räumung. Warum haben die Verhandlungen immer noch nicht begonnen? Warum steht man nicht zu dem Wort, das in Genf feierlich gegeben wurde?

Briand zuckt die Achseln — meine innerpolitischen Schwierigkeiten, ihr wißt ja, ich muß behutsam vorgehen, wenn ich nicht alles verderben will. Aber immerhin, man kann die Verhandlungen über die Räumung beginnen lassen, wenn die Sachverständigen den Plan für die Endlösung

der Reparationen ermittelt haben und wenn dieser Plan die Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden hat.

Das ist eine glatte Verleugnung des Genfer Beschlusses.

Bitte, sagt Briand, es wurde in Genf vereinbart, daß die Verhandlungen gleichzeitig stattfinden sollten — das besagt nicht, daß sie auch gleichzeitig beginnen müßten.

Man spricht über die geplante „Vergleichskommission“, die nach der Räumung eine Sonderkontrolle im Rheinland errichten soll. Stresemann bleibt dabei, Deutschland kann keiner Kontrolle im Rheinland zustimmen, die über 1935 hinausgeht, die allgemeinen Kontrollbestimmungen des Völkerbundes reichen vollständig aus. Warum immer wieder Sonderforderungen, warum immer wieder Erschwerungen, Hindernisse, Umgehung gemachter Zusagen? Alles wird in die Brüche gehen, wenn man nicht endlich sich auf den Geist besinnt, dem man damals Treue geschworen. Die Völker verziehen schon spöttisch die Lippen, wenn sie von Locarno sprechen.

Ich kann nicht, sagt Briand, ich kann nicht die geringste Zusage geben. Ihr seid es, die immer weitere Forderungen stellen und dadurch die Verhandlungen erschweren. Ihr seid zu stürmisch, das kann nicht gut gehen.

Es kommt keine Vereinbarung zustande.

Am 15. Dezember erlassen die drei ihre letzte gemeinsame Kundgebung. Sie sprechen von ihrem Locarno, sie beschwören zum letztenmal gemeinsam diesen Geist, an den sie selbst nur noch glauben wie unter einem Zwang. Sie stellen fest, daß sie ihrer Politik treu bleiben wollen, allen Hindernissen zum Trotz — obwohl sie ihr im Grunde nie treu gewesen sind. Noch einmal wird der krampfhafteste Versuch unternommen, das furchtbare Mißverständnis von Locarno zu verbergen.

Aber ihre Erklärungen sind schon von inneren Zweifeln geplagt, der Geist ist schon überschattet. Niemand weiß, wie der Berg der Hindernisse überstiegen werden kann.

Ein Jahr später ist Chamberlain nicht mehr an der Macht, und Stresemann ist tot.



Im letzten Dezemberdrittel sind die Verhandlungen zwischen den Regierungen über die Einsetzung des neuen

Sachverständigenausschusses beendet. Am 22. Dezember erlassen die Mächte einschließlich Deutschlands eine gemeinsame Kundgebung.

Zwei Tage später erklärt der Präsident der Vereinigten Staaten, seine Regierung stehe der Beteiligung amerikanischer Bürger an dem neuen Ausschuss durchaus wohlwollend gegenüber, doch erblicke er in den französischen Vorbehalten starke Hindernisse, die geeignet seien, die Unabhängigkeit der Sachverständigen in wichtigen Punkten einzuschränken.

Poincaré erklärt öffentlich, Frankreich könne auf keinen einzigen seiner Vorbehalte verzichten. Man werde im Gegenteil diese Vorbehalte allen Mächten amtlich zur Kenntnis bringen.

Darauf erwidern die Vereinigten Staaten, man müsse auf die amtliche Ernennung von amerikanischen Sachverständigen verzichten, man habe aber nichts dagegen einzuwenden, wenn die am Genfer Beschluß beteiligten Mächte von sich aus diesen oder jenen amerikanischen Bürger in privater Form zur Teilnahme am Sachverständigenausschuss einluden.

Die sechs Mächte einigen sich, die amerikanischen Sachverständigen gemeinsam durch die Reparationskommission und die deutsche Regierung auswählen zu lassen.

Parker Gilbert veröffentlicht seinen regelmäßigen Jahresbericht und stellt fest, daß es Deutschland ausgezeichnet gehe, die Darlehenlasten seien bisher ohne Schwierigkeit aufgebracht worden, und es sei kein Grund zu irgendwelchen Besorgnissen vorhanden.

Fast gleichzeitig muß die Reichsregierung bei den alliierten Kabinetten auf größte Beschleunigung des Beginns der Sachverständigenberatungen drängen. Die Finanzen des Reichs sind in einem erschreckenden Zustand, man braucht Erleichterungen nach außen um jeden Preis.

Die französische Presse jubelt über den Bericht des Agenten und kennzeichnet den deutschen Schritt als einen plumpen Versuch, die bevorstehenden Beratungen zu beeinflussen. Die amerikanische Hochfinanz zeigt sich über Parker Gilberts Bericht sehr befriedigt. Die Hauptsache ist, daß alles in Ruhe und ohne Erschütterungen abgeht.

Der Sachverständigenausschuß konstituiert sich am 9. Februar 1929 in Paris und wählt zu seinem Vorsitzenden Herrn Owen Young, bekannt als zweiter Vorsitzender des weiland Dawesauschusses und als Vertreter der amerikanischen Hochfinanz auf der Londoner Daweskonferenz. Deutschland ist durch den Präsidenten der Reichsbank Dr. Hjalmar Schacht und den Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke Dr. Vögler vertreten. Die Sachverständigen beschließen, keinerlei Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Man will ungestört sein, die Fensterläden werden heruntergelassen.

Gelegentlich erfährt man durch die Pariser Presse dies und das. Man vernimmt, daß Schacht und Vögler mit großem Materialaufwand zu beweisen versuchen, Deutschland könne unmöglich Jahresleistungen aufbringen, wie man sie von ihm fordern wolle. Man sieht schon an dem neuen Etat, den die Reichsregierung aufstellt, wie sicher Deutschland mit einer Ermäßigung seiner Lasten rechnet, und findet solchen Optimismus übertrieben und unangebracht. Man hört aus dem Munde des Reichsfinanzministers Silberding, daß jede Senkung der äußeren Lasten in vollem Umfange einer Senkung der Steuern zugute kommen werde, und man freut sich darob mit erleichtertem Aufseufzen.

Am 9. März lassen sich die Sachverständigen zu einer Mitteilung an die Öffentlichkeit herbei. Sie verkünden, sie seien nun schon so weit in ihren Beratungen gelangt, daß unter ihnen Einigkeit über die Gründung einer internationalen Bank bestehe. Diese Bank soll alle Geldbewegungen zusammenfassen, die sich aus den deutschen Reparationszahlungen ergeben. Die Bank wird der Treuhänder der deutschen Zahlungen sein, sie wird die Geldbeträge auf die Alliierten verteilen, sie wird natürlich vollkommen selbständig sein, sie soll sogar — o Stern der Hoffnung für Europa! — durch Kredithergabe die Weltwirtschaft beleben! Wie einfach doch alles im Grunde ist! Die Bank wird auf einem Kapital von hundert Millionen Dollar beruhen, das von den interessierten Regierungen aufzubringen ist.

Das ist alles sehr schön und wird mit Recht bestaunt als Gipfel der Weisheit — aber es geht daraus hervor,

daß die Sachverständigen das heiße Eisen der deutschen Jahresraten und der Gesamtverpflichtung noch gar nicht angefaßt haben. Ehe man sich dessen versieht, wird die Türe wieder zugemacht.

Was mag drinnen vorgehen? Es wird offenbar hitzig gekämpft, denn alle, die herauskommen, haben rote Köpfe. Es geht um Zahlen und Geld, da hört wahrhaftig die Gemütlichkeit auf! Es geht ans Ausquetschen der Deutschen, es wird mit Daumenschrauben gearbeitet. Es ist zu dumm, daß man draußen stehen und abwarten muß. Aber man kann wenigstens ein bißchen Lärm machen.

In Paris versichert man, es sei nicht daran zu denken, daß man von der im Jahre 1921 im Londoner Ultimatum festgesetzten Gesamtsumme von 132 Milliarden Goldmark auch nur eine halbe Mark ablasse — das wäre ja noch schöner! Offenbar werden also hinter der Türe andere Ziffern genannt, denn die französische Regierung, die ihrerseits die Presse informiert, wird ja wohl durch ihre Sachverständigen im Ausschuß Bescheid wissen.

Die Italiener stellen fest, daß sie eine Erhöhung ihres prozentualen Anteils an den deutschen Zahlungen fordern müssen, eine andere Regelung sei für sie ganz untragbar. Offenbar wird also hinter der Türe von dem Verteilungsschlüssel gesprochen.

Die Engländer erklären mit stoischer Ruhe, daß es mit dem System der Sachlieferungen nun ein Ende haben müsse, weil ihre Industrie darunter leide. Offenbar ist also hinter der Türe davon die Rede, wie man aus Deutschland möglichst viel bar Geld pressen kann.

In Berlin weist man händeringend auf den Widersinn all dieser Forderungen hin, die sich gegenseitig auffressen, wenn anders Deutschland nicht ein Goldbergwerk sein soll. Es gibt doch nur drei praktische Möglichkeiten, versichert beschwörend die deutsche Regierung — entweder man setzt die deutschen Leistungen gründlich herab, oder man gestattet die Zahlung fast ausschließlich in Sachleistungen, oder man ermöglicht eine solche Steigerung der deutschen Ausfuhr, daß aus dem Überschuß die Reparation beglichen werden kann.

Drüben aber will man weder von dem ersten noch von

dem zweiten noch von dem dritten Weg etwas wissen — man will Geld, nichts als Geld.

Nach sieben Wochen hinter verschlossenen Türen erfährt man auf einmal, daß drinnen etwas nicht stimmt. In Paris erhebt sich ein Wutgeheul gegen den deutschen Reichsbankpräsidenten Schacht. Die französische Regierungspresse erklärt kategorisch, wenn Deutschland nicht wolle — nun, so habe man glücklicherweise ja noch einige Pfänder in der Hand! Der Dawesplan bleibe eben in Kraft und die Rheinlandräumung werde verschoben bis 1935, und wenn Deutschland bis dahin nicht vernünftiger geworden sei, so dauere die Besetzung eben noch länger.

Man vernimmt weiter, im Sachverständigenausschuß stehe Deutschland einer Einheitsfront der Alliierten gegenüber, und Herr Owen Young raufe sich die Haare, weil er gar nicht zu einem vernünftigen Wort komme. Kurzum, es scheint alles drunter und drüber zu gehen.

Dies Trommelfeuer hat natürlich seinen guten Grund, wenn auch die Sachverständigen mit scheinbar großem Vergnügen in die Osterferien fahren.

Was ist geschehen?

Nachdem die Alliierten ein paar Wochen lang mühsam den Anschein gewahrt, als seien sie ernsthaft bemüht, die deutsche Zahlungsfähigkeit zur Grundlage ihrer Forderungen zu machen, haben sie sich zusammen an einen Tisch gesetzt und einfach ihre einzelnen Ansprüche zu einer Gesamtsumme addiert, die sie Herrn Owen Young als ihre gemeinsame Forderung an Deutschland überreichen. Dabei stellt sich die groteske Tatsache heraus, daß die neu geforderte Jahresrate erheblich höher ist als die Normalrate des Dawesplanes.

Eine ganze Woche ist nötig, um diesen Wahnsinn wenigstens soweit herunterzuschrauben, daß die Forderung der Alliierten dieses Mal um 200 Millionen Mark hinter der Normalrate des Dawesplans zurückbleibt. Hartnäckig legen sie sich auf diese Ziffer fest.

Am 17. April 1929 überreichen Schacht und Vögler ihren Gegenvorschlag, den sie zu einem umfassenden Plan ausgestaltet haben. Sie formulieren zunächst eine Reihe von Voraussetzungen. Grundlage des neuen Zahlungsplanes muß die Leistungsfähigkeit Deutschlands sein. Ihrer

Bemessung müssen das deutsche Volkseinkommen und der Lebensstandard des Volkes unterlegt werden. Auch der Dawesplan hat anerkannt, daß Tributzahlungen nur aus dem wirtschaftlichen Überschuß der Arbeitsleistung des deutschen Volkes entrichtet werden können, nicht aus dem fortgesetzten Verkauf der Substanz und aus ausländischen Anleihen. Gleichwohl sind die bisherigen Zahlungen nur auf solche Weise aufgebracht worden. Das muß in Zukunft anders werden, wenn man nicht will, daß binnen kurzem der Transferschutz des Dawesplans in Kraft tritt. Dann werden die Alliierten gar nichts haben.

Wenn man die deutsche Zahlungsfähigkeit heben will, sind eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen. Gesunde wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse müssen in Deutschland wiederhergestellt werden. Die ausländischen Kontrollen müssen, soweit sie noch bestehen, fortfallen. Deutschland muß in irgendeiner Form in die Lage versetzt werden, Rohstoffe aus eigenen überseeischen Quellen zu beziehen. Die Verhältnisse des agrarischen deutschen Ostens müssen in einer Weise geändert werden, die diese Gebiete aus Zuschußgebieten in nutzbringende Teilhaber der deutschen Zahlungsfähigkeit verwandelt, die jetzigen Verhältnisse bedeuten das Gegenteil davon. Die Gläubiger Deutschlands müssen bereit sein, einen größeren Teil der deutschen Produktion bei sich aufzunehmen.

Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so kann Deutschland 37 Jahre lang eine Jahresrate von insgesamt 1650 Millionen Mark zahlen. Diese Jahresrate besteht aus vier Teilen. Der erste Teil muß unter allen Umständen gezahlt werden, ist ungeschützt und beträgt gleichbleibend für die ganze Zeit von 37 Jahren jährlich 450 Millionen. Der zweite Teil ist transfergeschützt und beginnt im ersten Jahre mit 225 Millionen, steigt allmählich an und bleibt vom 11. Jahre an auf 600 Millionen stehen. Der dritte Teil ist genau so groß wie der zweite, er ist nicht nur transfergeschützt, sondern auch aufbringungsgeschützt, das heißt, Deutschland kann für ihn jederzeit ein zweijähriges Aufbringungs moratorium beantragen. Der vierte Teil umfaßt die Sachlieferungen, beginnt im ersten Jahre mit 750 Millionen, sinkt bis zum zehnten Jahre auf 200 Millionen und verschwindet dann ganz.

Werden die vorher formulierten Voraussetzungen dagegen nicht erfüllt, so müssen mit Ausnahme der Sachlieferungen alle deutschen Leistungen transfargeschützt sein, und es muß Deutschland freistehen, für die Hälfte der Jahresrate ein zweijähriges Aufbringungs moratorium zu beantragen, wobei der Transferschutz auch für die durch das Moratorium aufgeschobenen und nach zwei Jahren nachzuleistenden Zahlungen bestehen bleibt.

Dieses Zahlungsschema muß die Gesamtheit aller deutschen Leistungen umfassen, es darf keine irgendwie gearteten Nebenleistungen geben. Sollte Amerika seinen alliierten Gläubigern einen Nachlaß gewähren, so muß dieser Nachlaß in vollem Umfange auch Deutschland zugute kommen.

☆

Die Sachverständigenkonferenz ist im Sandumdrehen in eine schwere Krisis geraten. Die Franzosen gebärden sich wie unsinnig. Schacht benutze die unabhängige Stellung, die ihm eingeräumt worden sei, zur Störung der Verhandlungen, er steuere auf den offenen Zusammenbruch hin, weil er sich zum Diktator in Deutschland machen wolle. Er versetze Stresemann und Müller einen Schlag ins Gesicht und er trete die Locarnopolitik mit Füßen. Ja, schreit die französische Presse, die deutsche Regierung muß diesen Kerl schleunigst zurückrufen, oder sie übernimmt die Verantwortung für alle Folgen!

Auch im Ausschuß kommt es zu heftigen Zusammenstößen. Der Engländer Revelstoke erliegt in der Erregung einem Schlaganfall. Die französische Presse weiß selbst diesen tragischen Zwischenfall gegen Schacht und die Deutschen auszubeuten. Es ist ja alles erlaubt, es darf mit allen Mitteln gekämpft werden, denn es geht ja darum, aus den Deutschen Geld herauszuquetschen, Geld, Geld und abermals Geld.

Die Franzosen verlieren in ihrer Wut jegliche Zurückhaltung. Von der Unabhängigkeit der Sachverständigen spricht kein Mensch mehr. Wer die Forderungen der Alliierten nicht vertritt, wer nicht gegen Deutschland ist, der ist ein Schuft. Die Savasagentur berichtet, die Konferenz sei praktisch aufgeflogen, die Delegierten der Gläubigermächte würden einen gemeinsamen Bericht über den Miß-

erfolg abfassen, niemand lege noch Wert auf weitere Verhandlungen mit den Deutschen.

Die Engländer ringen die Hände — da sehe man, was bei der Sache herauskommen mußte. Es sei viel zu früh gewesen, um jetzt schon den Versuch zu einer endgültigen Regelung zu unternehmen. Die Amerikaner halten sich noch zurück.

Schacht und Vögler fahren nach Berlin zur Berichterstattung an die Reichsregierung.

★

In Berlin sieht es schlimm aus.

Im März hat der Reichstag mit der Beratung des Reichshaushalts für 1929 begonnen. Was hier aller Welt sichtbar wird, ist die Katastrophe. Finanzminister Silberding muß zugeben, daß die Erleichterungen, die man von der Neuregelung der Reparationen erwartet und die man zur Senkung der furchtbaren, die Wirtschaft erstickenden Steuerlasten verwenden wollte, im vorhinaus aufgezehrt sind. Der Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt, der von den letzten beiden Jahren übernommen werden mußte, vergrößert sich um die unheimlich anschwellende Belastung des Reiches durch die Arbeitslosenfürsorge. Die Sozialdemokratie verweigert jede Reform der Versicherung, die mit einer Herabsetzung der Leistungen verknüpft ist. Der Reichstag bringt es nicht fertig, einen geordneten Etat zu verabschieden, jede Verhandlung stößt an die Grundlage des Kabinetts. Das Parlament geht ergebnislos auseinander, man läßt die Dinge treiben, obwohl man doch weiß, wohin sie treiben.

Die Kassenlage des Reichs ist in einem jämmerlichen Zustand. Um Geld für die dringendsten Ausgaben zu erhalten, muß der Reichstag der Regierung die Ermächtigung zu einer Anleihe von 200 Millionen erteilen. Aber in dem Augenblick, in dem diese Ermächtigung erteilt wird, hat die Arbeitslosenversicherung alles schon wieder über den Haufen geworfen. Finanzminister Silberding beginnt einzusehen, daß hier eine Reform stattfinden muß, wenn das Reich nicht einfach bankrottieren will. Aber die sozialdemokratische Partei beschließt, die Versicherung habe sich vorzüglich bewährt, ein Abbau komme nicht in Frage.

Schon wieder ist die Kasse leer. Silberding muß eine neue Anleihe von 500 Millionen auflegen. Da im Ausland niemand mehr zeichnen will, soll das Geld im Innern aufgebracht werden. Vielleicht hilft es, wenn man weitgehende steuerliche Erleichterungen für die Zeichner verspricht. Der ungedeckte Betrag des Haushalts ist mittlerweile auf 904 Millionen angeschwollen, die Beihilfen an die Arbeitslosenversicherung allein betragen 400 Millionen. Die Regierung legt die erste Anleiherate von 300 Millionen auf, aber nur 178 Millionen werden gezeichnet, es ist einfach kein Geld da, es fehlt an allen Ecken und Enden auch in der Privatwirtschaft, die durch die Steuern und die immer schärfer werdende Weltwirtschaftskrisis fast erdrosselt ist. Das Reich hat schon wieder leere Taschen.

In ihrer Not wendet sich die Regierung jetzt wieder an die amerikanischen Geldgeber. Es gelingt, in New York noch einmal eine Anleihe von 230 Millionen zu härtesten Bedingungen unterzubringen. In zwei Wochen ist die Kasse wieder leer.

Das sind die Verhältnisse, die Schacht und Vögler in Berlin antreffen, als sie kommen, um mit der Regierung Deutschlands Entscheidung zu beraten. Die Frage ist jetzt wesentlich vereinfacht. Sie lautet nur noch — wie schnell und wie weit muß Deutschland in Paris nachgeben, weil der finanziellen Not im Innern nicht mehr gesteuert werden kann? Die Antwort ist noch einfacher.

Schacht beschwert sich bitter über die Reichsregierung, die es zuläßt, daß ihre eigene Presse ihm fortdauernd in den Rücken fällt und seine Stellung in Paris fast unmöglich macht. Schacht fragt, ob es richtig ist, daß die Reichsregierung vor seiner Benennung zum „unabhängigen“ Sachverständigen mit dem Reparationsagenten oder anderen Instanzen gewisse Abreden über eine Jahresrate von über zwei Milliarden getroffen hat, ohne ihn von einer so verhängnisvollen Tatsache zu unterrichten. Schacht fragt, ob es mit Willen und Wissen der Regierung geschehe, daß man ihn verdächtige, durch politische Forderungen im Osten und in der Kolonialfrage die Arbeit der Sachverständigen zu erschweren. Die Reichsregierung weicht in allen Punkten aus, sie vermeidet jede Erklärung, daß sie mit Schacht nicht einverstanden sei, sie vermeidet aber auch jede Erklärung,

die als eine Unterstützung seiner Forderungen gelten könnte. Es ist ganz klar, wohin die Regierung zielt. Sie wartet nur auf den geeigneten Augenblick, um die deutschen Sachverständigen zu desavouieren und die Forderungen der Gegenseite anzunehmen. Soweit sind die Dinge schon gediehen. Schacht und Vögler stehen auf verlorenem Posten.

Am 23. April kehren beide Sachverständigen nach Paris zurück, nachdem ihnen die Regierung abermals „ihre volle Unabhängigkeit“ garantiert hat. Es findet eine kurze Sitzung des Sachverständigenausschusses statt. Es heißt darin, man habe über die Höhe der deutschen Zahlungen keine Einigung herbeiführen können. Man habe einen Unterausschuß eingesetzt mit dem Auftrage, einen Bericht auszuarbeiten.

Die Konferenz scheint endgültig gescheitert und zusammengebrochen.

★

Die Reichsbank sieht sich gezwungen, den Diskont von 6,5 auf 7,5 Prozent heraufzusetzen. Von verschiedenen Börsenplätzen Europas sind heftige Angriffe auf die deutsche Reichsmark erfolgt. Es stellt sich heraus, daß diese Angriffe einheitlich geleitet sind. Es stellt sich weiter heraus, daß die Angriffszentrale in Paris ihren Sitz hat. Frankreich wendet ein gefährliches Mittel an.

Sofort nach Heraufsetzung des Reichsbankdiskonts versucht man in Paris den Spieß umzudrehen. Eine neue Welle von Wut und Verleumdung gießt sich über Schacht. Er treibt Katastrophenpolitik, schreit es aus Paris, hier, seht, er untergräbt selbst die deutsche Währung, er will Deutschland zum Selbstmord verführen, um uns um unser Geld zu betrügen!

Sämisch wird dieser Pressefeldzug fortgesetzt. Unheimlich wird an der Untergrabung der deutschen Mark über die Börsen weitergearbeitet. Erst vereinzelt, dann systematisch tauchen beunruhigende Meldungen über den Zustand der Reichsmark auf. Auf raffinierte Weise wird eine Stimmung geschaffen, um die Ausländer zu veranlassen, ihre Guthaben aus Deutschland zurückzuziehen und neue Anlagen zu vermeiden.

Dies niederträchtige Verfahren, einem Schuldner den Strick hinterücks um den Hals zu ziehen, verspricht eine

Zeitlang Erfolg, weil die Deutschen selbst unsicher werden. Die bitteren Wirkungen der Inflation liegen ihnen noch in den Knochen. Trotz der Diskonterhöhung strömen immer noch umfangreiche Devisenbeträge von der Reichsbank ab. Die untere Grenze der gesetzlich vorgeschriebenen Notendeckung wird beinahe gestreift. Die Kapitalflucht ins Ausland, unvermeidliche Begleiterscheinung jeder Krise, nimmt beängstigend zu. Die Börsen geraten in Bewegung. Es knistert und zischt, es lockert sich im Gefüge, und hier und da bröckelt es schon. Der Marktkurs gerät in leise zitternde Bewegung. Im Volke geht das Geraun von neuer Inflation von Mund zu Mund und wird eifrig weiter getragen. Die Reichsbank muß zu dem harten Mittel der Kreditrestriktion greifen.

Jetzt greift die Hochfinanz zum erstenmal ein. Sie kennt schon ihre Mittel. Unter dem Druck von London und Washington schlägt die Bewegung an den europäischen Börsen rasch um. Es kommt zu einer stürmischen Baisse in Paris. Die Franzosen erhalten eine schmerzhafteste Lektion, die ihnen Hören und Sehen vergehen läßt.



Während alle Welt noch der Meinung ist, die Sachverständigenkonferenz in Paris sei zusammengebrochen und lediglich ein Nachkommando sei mit der Abfassung eines Berichts beschäftigt, wird man fünf Tage später durch die Tatsache überrascht, daß die Konferenz nicht nur noch lebt, sondern daß man sogar einer Einigung erheblich näher gekommen ist.

Herr Owen Young ist aus seiner Zurückhaltung hervorgetreten. Mit der ganzen Autorität, die ihm die amerikanische Hochfinanz verliehen, macht er einen Vermittlungsvorschlag, der nichts anderes bedeutet als ein Diktat. Er diktiert keine Minute früher, bis er weiß, daß er gewinnt. Das Auftreten dieses Maklers ruft beide streitenden Parteien sofort zum Respekt. Im Grunde ist der Kampf schon in diesem Augenblick entschieden.

Owen Young teilt die deutschen Zahlungen in zwei Kategorien, einmal die sogenannten reinen Reparationen, zum andern die Zahlungen, die als Deckung der Schulden dienen, die von den Alliierten an Amerika zurückgezahlt

werden müssen. Owen Young zeigt in trockener Geschäftsmannier, worauf es dem Bankhaus Morgan und Cie. in New York bei der neuen Regelung hauptsächlich ankommt. Owen Young stellt zwischen den deutschen Zahlungen an die Alliierten und den Zahlungen der Alliierten an Amerika einen Zusammenhang in dem Sinne her, daß die deutschen Zahlungen die alliierten Zahlungen garantieren, wodurch diese letzteren Zahlungen für Amerika eine doppelte Sicherheit erhalten. Owen Young will durch Schaffung einer internationalen Bank alle gefährlichen und unliebsamen Störungen des Geschäfts durch die Politik und durch die öffentliche Meinung der Völker beseitigen. Jetzt endlich ist der Augenblick gekommen, in dem die Hochfinanz Politiker und Völker kühl beiseiteschiebt und die ganze Sache in eigene Regie nimmt.

Von solch klaren Grundsätzen ausgehend, schlägt Herr Owen Young vor, daß Deutschland in den ersten 37 Jahren eine durchschnittliche Jahresrate von 2050 Millionen zahlt. Das sind die sogenannten „reinen“ Reparationen. Vom 38. Jahr an wird Deutschland dagegen nur noch so viel zahlen, wie die Schuldzahlungen der Alliierten an Amerika von diesem Zeitpunkt an noch betragen werden. Das bedeutet im 38. Jahr eine Rate von 1700 Millionen Mark, die langsam bis zur letzten Jahresrate von 897 Millionen sinkt. Diese letzte Rate wird zu zahlen sein im Jahre — 1988!

Von den ersten 37 Raten sollen jährlich 650 Millionen ohne Transferschutz bleiben, das heißt, sie müssen unbedingt und ohne Rücksicht auf die deutschen Währungsverhältnisse beglichen werden. Zur Deckung der Raten, die vom 38. Jahre an noch fällig sind, sollen auch die inzwischen gemachten Gewinne der internationalen Bank verwendet werden. Sollten die Vereinigten Staaten in späterer Zeit den Alliierten einen Schuldennachlaß gewähren, so kommt dieser Nachlaß automatisch zu zwei Dritteln auch Deutschland zugute.

★

Der Spruch der Hochfinanz, der den deutschen Vorschlag einfach beiseiteschiebt und sich den Forderungen der Alliierten in ihrer Gesamtheit fast genau anpaßt — es bleibt im Endergebnis eine Differenz von etwa drei Milliarden be-

stehen — ruft in Deutschland ein letztes, leidenschaftliches Aufbäumen hervor. Die Verbindung zwischen den deutschen Tributen und den alliierten Schulden an Amerika, die Festsetzung der Zahlungen auf mehr als zwei Menschenalter, der Fortfall des Transferschutzes für einen großen Teil der deutschen Zahlungen, die Umwandlung der erzwungenen politischen Schuld in eine unabwäzbare und freiwillig anerkannte Handelschuld, der Mangel jeder Revisionsmöglichkeit — das alles weckt äußerste Erbitterung, obwohl kaum jemand schon die ganz Tragweite dieses Diktats erkennt.

Über die deutsche Regierung kann ja schon lange nicht mehr, wie sie vielleicht will. Hände und Füße sind ihr gebunden. Die Reichsfinanzen stehen und fallen mit der Gewährung sofortiger Erleichterungen, die nur durch rasche Annahme einer Lösung herbeigeführt werden können. Die Regierung hat sich auf die baldige Befreiung des Rheinlandes so festgelegt, daß ihr von der Rechten der Sturz droht, wenn sie nicht zum Abschluß kommt. Die Rheinlandräumung ist aber durch Briands zweijähriges Manövrieren nun glücklich von der Annahme des neuen Plans abhängig geworden.

Drohend schließt sich die Kette der Verhängnisse. Heute noch ist der Etat für 1929 nicht verabschiedet. Die jämmerliche Pumpwirtschaft von Ultimo zu Ultimo wird fortgesetzt, das Geld wird genommen, wo es zu greifen ist. Die zu erwartenden Erleichterungen sind zweimal aufgefressen, bevor sie in Erscheinung treten können. Kommen sie nicht, so muß das ganze Kartenhaus zusammenbrechen. Nein, diese Regierung ist nicht mehr frei in ihren Entschlüssen — sie ist gefesselter als irgendeine deutsche Regierung, die je dem Diktat ihrer Gegner entgegentreten mußte.

In ihrer Angst schiebt die Reichsregierung jetzt jede Rücksicht beiseite. Noch ehe Schacht und Vögler sich zu dem Youngschen Vorschlag äußern können, fliegt ihnen ein Kabinettsbeschluß aus Berlin auf den Tisch, . . . „die Reichsregierung glaubt einstimmig, daß die Annahme des Youngschen Vorschlages unvermeidbar geworden ist . . .“

Schacht und Vögler erklären in Paris, daß sie bereit seien, für den amerikanischen Vorschlag einzutreten, wenn eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt würden. Die alli-

ierten Sachverständigen versuchen aufs neue, höhere Zahlen herauszupressen. Man gerät in heftige Auseinandersetzungen über die Revisionsklausel. Der Youngsche Plan teilt die deutschen Zahlungen in einen aufschiebbaren und einen nicht aufschiebbaren Teil. Wenn die deutsche Regierung es für nötig hält, ein Moratorium für den aufschiebbaren Teil zu beantragen, tritt eine Kommission bei der internationalen Zahlungsbank in Funktion, die einen Bericht an die Regierungen abfaßt, die dann ihrerseits zu entscheiden haben. Dr. Vögler hält diese Revisionsklausel nicht für ausreichend und tritt von seinem Posten zurück. Dr. Schacht entschließt sich schweren Herzens zum Ausharren, denn bei einem Scheitern der Verhandlungen ist noch Schlimmeres zu erwarten.

Der Kampf neigt sich dem bitteren Ende zu.

Da das Youngsche Kompromiß um einige Milliarden hinter den Forderungen der Alliierten zurückbleibt, schlägt Owen Young eine Abänderung des alten Verteilungsschlüssels von Spa vor. Die Franzosen sollen einige Prozent mehr, die Engländer etwas weniger erhalten. Ein Sturm in London ist die Antwort. Der englische Schatzkanzler Churchill besteigt schleunigst die Tribüne des Unterhauses und erklärt, eine Abmachung, die auf solcher Grundlage zustande komme, werde niemals Englands Zustimmung finden, sie sei für England ganz untragbar! Nein, es denkt niemand daran, auch nur auf ein paar Millionen zu verzichten — Deutschland muß für alles aufkommen, wozu hat man Deutschland, wozu hat man das Reich schuldig gesprochen in Versailles — es muß zahlen, zahlen, zahlen!

Durch den englischen Protest ermutigt, erheben jetzt die Belgier ein Geschrei. Sie wollen eine besondere Entschädigung für das nach dem Kriege in Belgien verbliebene entwertete deutsche Geld. Sie verlangen, daß die Deutschen ihnen 37 Jahre lang 25 Millionen jährlich dafür bezahlen.

Die Forderungen der Engländer und Belgier rufen die Menge der kleinen Reparationsgläubiger auf den Plan. Jeder will einen Sondervorteil herauschlagen, jeder droht, durch Verweigerung seiner Zustimmung das ganze Gebäude über den Haufen zu werfen. Owen Young hält sich die Ohren zu. Wo es aber nicht gelingt, den Schreibern den Mund zu stopfen, schlägt er der Einfachheit halber und um

endlich zum Abschluß zu kommen, den Deutschen weiteres Entgegenkommen vor. Es kommt ja schließlich auf etwas mehr oder weniger nicht so genau an.

Schacht wehrt sich gegen jede Mehrbelastung und erklärt, wenn die Alliierten den von Young vorgelegten Plan durch neue Forderungen verfälschten, so könne auch er sich nicht darauf binden. Young fordert ihn auf, eine neue Geste des Entgegenkommens zu tun. Die Franzosen drohen mit einem Ultimatum.

Merkwürdiges geschieht wieder in Deutschland. Die Linksparteien führen einen neuen heftigen Feldzug gegen den Reichsbankpräsidenten, den sie verbrecherischer Hartnäckigkeit beschuldigen. Sie drängen auf den Abschluß, den sie brauchen, um sich an der Macht zu halten, sie sehen durch Schachts Standhaftigkeit ihre eigene Stellung gefährdet. Nach beiden Seiten hat der Reichsbankpräsident einen schweren Stand.

Unter diesem doppelten Druck weicht er einen neuen Schritt zurück. Er verspricht, daß mit den Belgiern noch vor Annahme des neuen Plans Verhandlungen über die Markbeträge geführt werden sollen. Er gibt einem raffinierten Kniff der Alliierten seine Zustimmung, wonach der neue Plan nicht schon am 1. April, sondern erst am 1. September 1929 in Kraft treten soll. So gewinnen die Alliierten die Differenz zwischen den Zahlungen des Dawesplans und denen des Youngplans auf ein halbes Jahr. Er läßt es geschehen, daß die Verzinsung und die Amortisation der Dawesanleihe außerhalb des neuen Plans bleibt und die Belastung Deutschlands vermehrt. Die Erhebung der Ausfuhrabgabe bleibt bestehen, solange Sachlieferungen getätigt werden, und fällt mit deren Ende automatisch fort. Über die Kosten der Rheinlandbesetzung vom Tage der Annahme des Youngplanes bis zum Aufhören der Besetzung wird nichts bestimmt. Es besteht die Gefahr, daß man auch in diesem Punkt Deutschland neue Lasten auflegen wird.

Nach viermonatigen Verhandlungen ist am 29. Mai 1929 die „Einigung“ zwischen den Sachverständigen perfekt.

Noch ist der Plan weder von den Regierungen angenommen noch von den Parlamenten ratifiziert. Noch weiß die Reichsregierung nicht, wie sie diese ungeheuerliche Tributlast für zwei Menschenalter dem deutschen Volke

plausibel machen soll. Noch haben die Verhandlungen über die Rheinlandräumung nicht begonnen.

Eine zweite schwere Schlacht steht bevor. Deutschlands Kräfte sind furchtbar geschwächt für den neuen Kampf.

☆

Dunkel zieht zwischen den Schlachten ein Erinnerungstag herauf. Aus der Versenkung erhebt sich ein grauenvolles Haupt. Ein halbes Dutzend Jahre hat nicht vermocht, die Züge dieses Ungeheuers zu verwischen. Es ist heute so lebendig wie damals.

Am 28. Juni 1929 sind zehn Jahre vergangen, seit in Versailles die deutschen Vertreter ihren Namenszug unter das grausamste Friedensdiktat der Neuzeit gesetzt haben. Wilson ist tot. Clemenceau lebt in freiwilliger, lebendiger Begräbnis. Lloyd George ist ein alter Mann, der nicht mehr ernst genommen wird. In zehn Jahren hat sich ein Turm von Ereignissen und Verträgen aufgebaut — und wenn man genau zusieht, so steht dieser Turm einzig und allein auf dem Fundament von Versailles. Ein Meer von Hoffnungen wurde entfacht und ist wieder zerronnen — und wenn man zusieht, warum es zerrann, so stößt man überall auf die Klippen von Versailles. Drohung und Gewalt haben auf Deutschland gelastet und zweimal das Reich zu Boden gebeugt. Zweimal hat es sich mühsam wieder aufgerichtet. Jetzt soll es zum drittenmal niedergebeugt werden — zum drittenmal und endgültig.

☆

Die Reichsregierung beschließt einstimmig, den neuen Plan als geeignete Grundlage für eine Konferenz der Regierungen anzunehmen und gleichzeitig damit die „Gesamtliquidation der noch schwebenden Fragen aus dem Weltkrieg“ herbeizuführen. Sie drängt auf schleunigste Eröffnung der Verhandlungen über die Rheinlandräumung, denn sie braucht die Räumung, um damit im Volke eine günstige Stimmung für die Annahme des Tributplans zu schaffen.

Der Reichstag tritt zusammen. Die Deutschnationalen erheben schwere Vorwürfe gegen die Regierung. Sie sei

dem Reichsbankpräsidenten in Paris in den Rücken gefallen, sie habe durch ihre groben Versäumnisse bei der Ordnung der Reichsfinanzen die Stellung der deutschen Unterhändler untergraben. Sie sei bereit, ihre Unterschrift unter einen Vertrag zu setzen, den sie selbst für unerfüllbar halte.

Außenminister Stresemann antwortet. Der Minister ist körperlich in einer furchtbaren Verfassung, seit einem Jahr schleppt er sich von Kur zu Kur. Stresemann kämpft jetzt um sein Letztes, um die Befreiung des Rheins. Er weiß, daß, wie die Dinge nun einmal stehen, die Gegner das Rheinland nicht räumen werden, ohne daß Deutschland die Neuregelung der Reparationen annimmt. Er weiß, daß Locarno fast schon tot ist und daß man aus der Atmosphäre der Hoffnungen seit langem wieder in die des Feilschens getreten ist. Er weiß, daß Briand nicht gehalten hat, was er versprach. Er kennt die ganze Schwäche der deutschen Stellung.

Aber je höher die Zweifel steigen, desto leidenschaftlicher kämpft er um das Letzte, das seiner Politik seit drei Jahren glühend vorschwebt. Er will den Rhein und die Saar frei sehen von den Soldaten der Gegner.

Fast gleichzeitig mit Stresemann äußert sich in München Reichsbankpräsident Schacht über den neuen Plan. Rücksichtslos schiebt Schacht die Kulissen beiseite. „Alle unsere Einwände, die wir in Paris vorbrachten, sind an der politischen Willkür der anderen Seite abgeprallt.“ Während die französische Presse ihre Delegierten jederzeit unterstützt, habe die Presse der deutschen Linken ihn mit Vorwürfen überschüttet und ihm die moralischen Waffen des Widerstandes aus der Hand geschlagen. „Mit Zorn und Scham verfolgt die deutsche Öffentlichkeit, wie auf der Gegenseite schon wieder alle möglichen fadenscheinigen Gründe hervorgezerrt werden, um dem deutschen Volke die Friedensbeweise vorzuenthalten, auf die wir ein Anrecht haben. Ich hoffe, daß sich im Reichstag keine Mehrheit für den Youngplan finden wird, wenn nicht die sofortige Räumung des Rheinlands und eine befriedigende Regelung der Saarfrage uns die volle Souveränität über das deutsche Reichsgebiet zurückgeben.“

Die Opposition gegen den neuen Plan wächst von Tag zu Tag an. Das Volk sammelt sich zu erregten Kund-

gebungen, Vorwürfe prasseln von allen Seiten auf die Regierung.

Stresemanns Kampf wird leidenschaftlicher. Man wirft ihm vor, er habe sich durch die Lockung mit der Rheinlandräumung in die jetzige Sackgasse manövrieren lassen. Stresemann ruft: „Sollten wir so lange warten, bis uns die Unmöglichkeit, den Dawesplan weiter zu erfüllen, in eine schwere Krise gebracht hätte? Ich habe die Überzeugung, daß der Weg durch diese Krise nur unter Aufopferung des gesamten Mittelstandes gehen könnte. Es wäre die schwerste Erschütterung für das Deutsche Reich, wenn das, was aus der Inflation noch gerettet wurde, durch eine neue Krise hinweggeschwemmt würde!“

Auf die Unabänderlichkeit des neuen Planes hingewiesen, verteidigt er sich damit, daß niemand die Zukunft voraussagen könne, es werde der Zeitpunkt kommen, an dem auch der Youngplan sich einer Revision unterziehen lassen müsse, er rechne mit etwa zehnjähriger Dauer.

Diese Äußerung ruft sofort Poincaré auf den Plan. Es kommt zu dramatischen Zwischenfällen in der französischen Kammer. Auch hier kämpft einer um sein Letztes mit nicht minderer Leidenschaft. Poincaré weigert sich, die Frage des Saargebiets überhaupt zu erörtern. Was den Youngplan betreffe, so nehme Frankreich ihn nur darum an, weil er unabänderlich und endgültig sei.

„Über Stresemann sprach doch von zehn Jahren!“ ruft ein Deputierter der Rechten.

„Ich weiß es“, erwidert Poincaré, „er hat schon dementieren müssen“.

„Er tat es aber nur sehr schwach.“

„Wie dem auch sei“, ruft Poincaré laut und in großer Erregung, „der Plan ist nur annehmbar, wenn er bis zum Ende durchgeführt wird und wenn keinerlei Drohung mit Revision ihn belastet!“

Die Blicke richten sich auf Briand — wie denkt er?

Aristide Briand erhebt sich. Poincaré habe vollkommen recht, es gebe keine Frage der Revision. Was das Drängen der Deutschen auf die Räumung des Rheinlands betreffe, so müsse man Deutschland daran erinnern, daß die Besetzung nicht nur ein Pfand für die Reparationen, sondern auch ein Pfand für die Sicherheit Frankreichs darstelle.

„Deutschland soll uns Garantien geben, dann sind wir zur Räumung bereit!“

So stehen die Dinge. Ohne zu erröten, greift Briand nach neuen Vorwänden, um das dreimal gegebene Versprechen zum viertenmal zu umgehen.

So stehen die Dinge, als nach langem Hin und Her und nach hundert Quertreibereien endlich der Beschluß zustande kommt, für Anfang August 1929 die geplante Konferenz der Mächte nach dem Haag einzuberufen.

Eine doppelte Erleichterung und Entspannung scheint im letzten Augenblick die Hoffnungen zu beleben. Poincaré erkrankt und tritt zurück, Briand übernimmt die Ministerpräsidentschaft. In England beseitigen die Neuwahlen die konservative Mehrheit und bringen eine neue Arbeiterregierung unter Macdonald an die Spitze.

War es nicht schon einmal so, daß sich an Poincarés Rücktritt und an Macdonalds Auftreten die glühenden Hoffnungen der halben Welt knüpften? Das Ergebnis dieser Hoffnungen war damals — der Dawesplan.

Noch einmal treten die Sieger den Besiegten gegenüber zum entscheidenden Kampf um die Tribute. Jetzt wird es sich zeigen, wohin Europa gehen will.

21. Kapitel

Das Alte sinkt

Die erste Haager Konferenz im August 1929. — Ein Silberruf. — Geld, Geld, Geld! — Die Räumungsverhandlungen. — Volksbegehren gegen den Youngplan. — Stresemanns Tod. — Schacht gegen Silberding. — Die zweite Haager Konferenz im Januar 1930. — Übermals Sanktionen. — Schachts Auftreten. — Annahme des Youngplans. — Sterbender Parlamentarismus. — Ist dies der Friede? — Forderung des Nationalismus.

Es treffen sich im Haag:

Aus Deutschland vier Reichsminister, Stresemann, Wirth, Curtius und Silberding. Der Reichskanzler hat wegen Erkrankung nicht erscheinen können.

Aus Frankreich drei Minister, Aristide Briand, der

Ministerpräsident, Loucheur und der behäbige Finanzminister Chéron.

Aus England der Schatzkanzler Philipp Snowden, der Außenminister Henderson und der Handelsminister Graham. Premierminister Macdonald bleibt in London, weil ihm die Vorbereitung der großen Flottenkonferenz sehr am Herzen liegt.

Aus Italien der Unterstaatssekretär Grandi, aus Belgien Ministerpräsident Jaspar, aus Österreich der Bundeskanzler Schober, aus Japan Udatschi, aus Polen Jaleski, aus der Tschechoslowakei Benesch, aus Griechenland Venizelos, aus Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Portugal die Außenminister.

Jede Abordnung bezieht mit ihrem Stabe ein Hotel vom Haag bis nach Scheveningen. Die ganze niederländische Hauptstadt ist auf den Kopf gestellt. Eine Armee von Presseberichterstattern, Photographen, Kinooperateuren, Amateurpolitikern und Konferenzbummlern überfällt die Stadt. Es kann kaum noch ein Apfel zur Erde fallen. Die niederländische Regierung hat den ehrwürdigen Binnenhof für die Vollsitzungen der Konferenz zur Verfügung gestellt.

Elf Jahre nach der großen Katastrophe sind die Teilnehmer des Weltkrieges versammelt, um die „Endlösung“ herbeizuführen. Alle sind da — mit Ausnahme von Amerika, Rußland und der Türkei. Amerikas väterlicher Segen schwebt sichtbar über der Konferenz. Die Türkei hat ihre Verhältnisse selbst geordnet und eine „Endlösung“ erzwungen, die sich wesentlich von dem unterscheidet, was ihr die Sieger einst zubiktiert. Rußland steht abseits, das große europäische Fragezeichen.

Zehn Jahre nach Versailles, wo man das alte System des Militarismus und des Halbabsolutismus mit Feuer, Schwert, Kanonen und Gewaltsprüchen begraben, versammeln sich die demokratischen Führer ihrer Völker, die Akteure der neuen Weltordnung, um das Erbe zu regeln und um der Menschheit etwas Besseres zu bescheren.

Man wird sehen, was es damit auf sich hat.

Am 6. August 1929 wird die Konferenz feierlich durch eine Ansprache des niederländischen Außenministers eröffnet.

Briand erwidert als der älteste der anwesenden Staatsmänner. Er ist noch zögernder, noch zurückhaltender als sonst, er läßt jeden Schwung vermissen. Er weiß, daß er an der Spitze einer von der Kammer nur im Hinblick auf diese Konferenz geduldeten Regierung steht. Er weiß, daß seine Position keinen Pfifferling wert ist. Auch er weiß, daß der Geist von Locarno an seinen eigenen Sünden gestorben ist.

Stresemann ergreift nach ihm das Wort. Der Mann ist todkrank, überreizt durch die quälenden Beschwerden des Körpers und den fruchtlosen Kampf um sein Ziel, die Befreiung des Rheins. Man spürt, wie er sich mit Gewalt zur Hoffnung anspornt, während sein Herz schon dunkel umfungen ist vom Zweifel.

„Das Ergebnis unserer Beratungen“, ruft er mit überscharfer Stimme, „muß die Wiederherstellung der vollen Gleichberechtigung, die Einführung eines wirklichen Friedens sein. Manchmal konnte es in den letzten Jahren scheinen, als ob der Pulsschlag des Verständigungswillens sich wesentlich verlangsamt habe. Möge diese Enttäuschung behoben werden, damit sich die Völker wieder mit Hoffnung erfüllen!“

Es klingt wie ein Hilferuf.

Die Völker stehen weit draußen. Die Völker hoffen schon lange nicht mehr auf das Seil, von dem die Staatsmänner seit Jahren sprechen. Auch Stresemann weiß das. Sein Ruf ist ein leidenschaftlicher Appell dessen, der um den letzten Sinn seiner ganzen Politik gegen Menschen kämpft, die auch in diesem Augenblick nur an Zahlen denken.

Die Konferenz bildet eine Finanzkommission und eine politische Kommission. Die politische Kommission soll die Frage der Räumung behandeln.

Am ersten Tage noch wird der Schimmer des demokratischen Idealismus mühsam gewahrt. Am zweiten Tage stürzt man sich hemmungslos auf das einzige, worauf es hier ankommt, auf die Zahlen.

Snowden, der englische Schatzkanzler, erhebt Einspruch gegen den Youngplan, weil er die englischen Interessen an

wesentlichen Stellen verletze. Er lehnt die Änderung des Verteilungsschlüssels von Spa zu Ungunsten Englands ab. Er lehnt die Bevorzugung Frankreichs bei der Verteilung des nicht transfergeschützten Teiles der deutschen Zahlungen ab. Er lehnt die Sachlieferungen ab. Er spricht mit kaltem Zynismus und bittet, man möge sich nicht der angenehmen Täuschung hingeben, als werde er sich irgend etwas von seinen Forderungen abhandeln lassen. Er wendet sich zu den Deutschen und bemerkt leichthin, er beabsichtige nicht, die deutschen Zahlungen zu erhöhen, er verlange nur Gerechtigkeit bei der Verteilung. Ihn interessiere diese ganze Konferenz erst wieder von dem Augenblick an, in dem sie seine Forderungen angenommen habe.

Erregt hebt sich der behäbige französische Finanzminister Chéron von seinem Stuhl. Will Snowden etwa das ganze Gebäude einreißen? Will man etwa Frankreich neue Opfer zumuten? Frankreich ist bereit, den Plan als Ganzes anzunehmen. Wird er geändert, so lehnt Frankreich ab.

Snowden macht eine wegwerfende Handbewegung. Die Bemerkungen des Herrn Chéron, sagt er, seien lächerlich und grotesk.

Der dicke Chéron bebt vor Zorn. Die Sitzung der Finanzkommission wird abgebrochen.

Dramatischer noch geht es in der politischen Kommission zu. Stresemann dringt auf Briand ein. Sind sie noch die alten Freunde von Locarno, oder sind sie es nicht mehr? Gelten ihre feierlichen Worte noch, oder ist eine Wand zwischen ihnen errichtet, die nicht mehr überstiegen werden kann? Stresemann hat große Eile. Es ist, als ob der Todeschatten schon seine Flügel über ihm halte.

Briand macht Ausflüchte. Drei Monate nach Annahme der neuen Regelung können die Truppen mit dem Abzug vom Rhein beginnen. Aber Deutschland muß in der Frage der Sonderkontrolle des Rheinlands entgegenkommen.

Nichts kann zugestanden werden, was über 1935 hinausgeht. Stresemann steht und fällt damit.

Briand windet sich. Er ist es jetzt, der an Locarno erinnert. Er rechnet Stresemann seine Verdienste vor. Man soll ihm entgegenkommen, sein Kabinett steht jetzt schon auf wankenden Füßen. Bringt er nichts Positives mit nach Hause, so ist er erledigt.

Immer soll die deutsche Außenpolitik von den innerpolitischen Bedürfnissen der Franzosen abhängig sein. Hat Deutschland nicht Frankreich in Locarno jede denkbare Sicherheit gegeben? Geißt nicht die Art, immer neue Forderungen aufzuwerfen, das Wort Deutschlands unter den Verträgen fortwährend in beleidigende Zweifel ziehen? Wann wird Frankreich abziehen vom Rhein? Was will es noch dort?

Wie gesagt, drei Monate nach Inkrafttreten des neuen Plans könnten die Abzugsbewegungen beginnen. Die französischen Generale erklären einen früheren Termin für technisch unmöglich. Es ist Winter um diese Zeit . . .

Wie sonderbar, sagt Stresemann bitter, der Winter hinderte vor sechs Jahren die französischen Generale keinen Tag lang an der Besetzung des Ruhrgebiets.

Sie kommen nicht vom Fleck. Auf Vorschlag des englischen Außenministers Henderson wird die Besprechung abgebrochen. Es ist von Locarno nichts mehr übrig als ein paar Redensarten. Sie sprechen mit verschiedenen Zungen.

☆

So enden die ersten Begegnungen. Kleinlichkeit, Engherzigkeit, Mangel an Mut vor den eigenen Völkern, Geiz, Habgucht und gegenseitiges Übelwollen, das feilschen um jede Million und um jeden Tag der Räumungsverzögerung kennzeichnen diese illustre Versammlung der Staatsmänner Europas, von denen man die „Endlösung“ erhofft.

Die Spannung zwischen den Franzosen und den Engländern in der Finanzkommission verschärft sich. Snowden wird von Paris aus mit Schmähungen überschüttet. In London wird er bis an den Himmel gehoben, weil er den Franzosen energisch gegenübergetreten ist und die englische Politik von Chamberlains kritikloser Franzosenfreundlichkeit befreit hat.

Die „Opfermächte“, als welche sich Frankreich, Italien und Belgien jetzt bezeichnen, versuchen mit allen möglichen Rechenkunststücken die englischen Forderungen zu beschwichtigen, ohne von ihren eigenen Vorteilen auch nur ein Gramm aufzugeben. Nach drei Wochen Zank und Streit machen sie Snowden einen Vorschlag zur Güte. Man will den Engländern den größeren Teil aus einem Überschuß

des Dawesplans gegenüber dem Youngplan überlassen, man will zwischen den geschützten und ungeschützten Teilen der deutschen Zahlungen eine kleine Verschiebung zugunsten Englands vornehmen, man will Deutschland an den Kosten der Räumung beteiligen und diesen Vorteil abermals den Engländern zuschanzen.

Snowden nimmt den Bleistift, rechnet und sagt, das mache alles zusammen nur 57 Prozent seiner Forderung, er wolle aber 100 Prozent haben.

Die Opfermächte stecken abermals die Köpfe zusammen und gehen an die Arbeit.

In der politischen Kommission steht man noch auf der gleichen Stelle. Briand lehnt es ab, die Saarfrage in die Verhandlungen einzubeziehen, er vertröstet auf spätere Besprechungen. Es ist offensichtlich, daß die Franzosen keinerlei Zugeständnis in der Räumungsfrage machen wollen, bevor sie nicht in der Zahlungsfrage ihr Schäfchen im Trockenen haben. Das ist alles, was von dem Versprechen getrennter Verhandlungen übriggeblieben ist.

Stresemann bleibt dabei, daß Deutschland keine Sonderkontrolle für das Rheinland über 1935 hinaus annehmen kann.

Es herrscht Abbruchstimmung im Haag, kein Zweifel, die Konferenz ist am Zusammenbrechen, die „Endlösung“ droht zu scheitern, weil England einige Millionen mehr haben will, als Frankreich ihm zubilligt, und weil Frankreich den Deutschen nichts gewähren will, bevor es sich mit England auseinandergesetzt hat.

Genderson macht einen letzten Versuch, Stresemann umzustimmen. Er denkt, wenn man in der Räumungsfrage vorwärtskommt, wird es auch in der Zahlungsfrage weitergehen. Stresemann bleibt bei seinem Nein.

Aber die Engländer wollen unter allen Umständen aus dem Rheinland heraus. Genderson erklärt, daß seine Regierung unbeschadet des Ergebnisses der Konferenz auf jeden Fall im September ihre Truppen vom Rhein zurückziehen wird.

Die Franzosen toben, die alliierte Einheitsfront ist in der Räumungsfrage zersplittert. Die Belgier bemühen sich verzweifelt um eine Vermittlung.

Jetzt besinnt sich Briand auf einen gefährlichen Schach-

zug. Er kommt auf den Gedanken, die politische Kommission gegen die Finanzkommission auszuspielen. Er macht den Deutschen den verblüffend einfachen Vorschlag, sie möchten zu ihren Lasten übernehmen, was die Engländer von den „Opfermächten“ verlangen — dann sei die Konferenz gerettet, und man werde sich auch in der Räumungsfrage verständigen können.

Der Schachzug ist vortrefflich berechnet, alle Mächte erblicken in ihm die willkommene Notbrücke. Als die Deutschen ein solches Ansinnen weit von sich weisen, erhebt sich Entrüstungsturm gegen sie. Sie haben das Schicksal der Konferenz in der Hand, warum wenden sie nicht die paar Millionen mehr auf? Ist ihnen so wenig an einer Lösung gelegen? Man weiß doch, wie es bei ihnen zu Hause aussieht!

Die deutsche Delegation gibt Stück für Stück nach. Zunächst ist man bereit, dreißig Millionen zu den Räumungskosten beizutragen. Dann verzichtet man auf den deutschen Anteil am Überschuß des Dawesplanes gegenüber dem Youngplan. Dann willigt man in eine Erhöhung des ungeschützten Teiles der Jahresraten für die ersten sechs Jahre.

Deutschland gibt den Kampf auf. Die Konferenz ist gerettet. Am 30. August werden die Vereinbarungen über die Räumung des Rheinlands unterzeichnet, am Tage darauf die finanziellen Beschlüsse. Deutschland hat in eine neue Verschlechterung des Youngplanes gewilligt. Die Erbitterung über diesen neuen Verzicht übertönt fast die Genugtuung über die endlich erreichte Räumung. Das ist Stresemanns Schicksal — jetzt, wo er sein Ziel erreicht hat, will niemand mehr des Erfolges froh werden. Er mag sich bei Briand dafür bedanken.

Die Konferenz setzt die Organisationsausschüsse ein, die den Apparat des Youngplans vorzubereiten haben, beschließt eine zweite Konferenz zur endgültigen Ingangsetzung der „Endlösung“ und zerstreut sich schleunigst in alle Winde.



Wütend prallen in Deutschland die Gegensätze aufeinander.

Die Rechte sammelt sich zu einem Volksbegehren gegen die Annahme des Youngplanes, den sie als Dokument der Knechtschaft für zwei Menschenalter verwirft. Unmittelbar nach dem Abschluß der ersten Saager Konferenz tritt der Reichsausschuß für das Volksbegehren mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Die Deutschnationale Partei, der Stahlhelm und die Nationalsozialistische Partei Hitlers bilden eine geschlossene Front. Sie verlangen Widerruf der Kriegsschuldfrage und Ablehnung aller neuen Lasten, sie verlangen, daß alle Reichsminister, die mit den Gegnern Verträge auf der Grundlage des Versailler Vertrags abgeschlossen haben, unter Anklage gestellt werden.

Die Regierungsparteien wenden sich heftig gegen das Volksbegehren, der Riß geht mitten durch das Bürgertum. Die Minister agitieren im Lande gegen den Versuch, alles über den Haufen zu werfen, was in zehn Jahren aufgebaut wurde. Der Stahlhelm wird im Rheinland und in Westfalen aufgelöst, Verordnungen kämpfen gegen den Nationalsozialismus und machen ihn immer volkstümlicher. Die preussische, sozialdemokratisch geführte Regierung verbietet ihren Beamten die Teilnahme am Volksbegehren und setzt sich schweren Konflikten mit dem Staatsgerichtshof aus. Der Reichspräsident wird in den Kampf hineingezogen.

Unterdessen treiben die Finanzen des Reichs immer rascher dem Abgrund zu. Die Weltwirtschaftskrise hat Deutschland mit ganzer Macht erfaßt. Die Ziffern der Arbeitslosigkeit tanzen bergan. Ein Sanierungsplan nach dem andern wird durch die Ereignisse über den Haufen geworfen. Im Reichskabinett selbst prallen die Gegensätze unvereinbar aufeinander, von Regieren ist keine Rede mehr, man versucht nur, die Krise immer wieder zu verkleistern. Die in der Reparationsfrage erwarteten Ersparnisse sind dreimal dahin. Die Privatwirtschaft hat sich erschöpft, die Steuereingänge gehen von Monat zu Monat zurück. Die Kapitalverknappung auf allen Geldmärkten macht die Unterbringung von Anleihen im Innern und draußen unmöglich. Die schwebende Schuld schwillt an wie eine Lawine.

Die Volkspartei verlangt, das Reich müsse ohne neue Steuern und ohne Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auskommen, der Ausgabenhaushalt müsse

energisch zusammengestrichen werden. Am letzten Tage des September tritt die Reichsregierung zusammen, um sich mit der Arbeitslosenversicherung zu befassen, die den Haushalt immer wieder vernichtet. Die Stimmung zwischen den Regierungsparteien ist aufs äußerste gereizt. Zwischen der Volkspartei und den Sozialdemokraten lassen sich kaum noch Brücken schlagen. Reichskanzler Müller erklärt, er müsse zurücktreten, wenn ein Ausgleich nicht gefunden werde.

Da schleppt sich, um das Kabinett und seine eigene Außenpolitik noch einmal zu retten, der schwerkranke Außenminister in die Fraktionsitzung seiner Partei. Leidenschaftlich kämpft Stresemann um den Zusammenhalt des Kabinetts. Vom Tode schon angefaßt, hält er seinen Fraktionsgenossen vor, daß es sich um mehr handle als um eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Es gehe um die ganze Politik der letzten zehn Jahre, es gehe um das Reich und um alles, worum er gekämpft hat, es gehe um das Ziel des Weges, den er unter Irrungen und Schwankungen schmerzlich gegangen ist, um das Ziel, das er mit krampfhafter Gewalt im letzten Augenblick noch herbeizwingen möchte.

Unwillig und fast ablehnend hört man den Parteiführer an, man versteht sich nicht mehr. Unwillig beschließt die Fraktion, sich bei der Abstimmung über die Arbeitslosenversicherung der Stimme zu enthalten und dadurch das Kabinett noch einmal durch eine Hintertüre zu retten. Es ist nur ein Aufschub, der gar nichts ändert. Die Ereignisse werden bald zu neuen Entscheidungen drängen.

Stresemann kehrt nach Hause zurück. Er ist furchtbar erschöpft, körperlich und seelisch, er ahnt das Kommende schon. Während er die schwarze Sand schon dumpf erkennt, die über sein Werk ausgestreckt ist, übersieht er doch die andere schwarze Sand, die über ihm selbst schwebt. Am gleichen Tage noch greift sie zu.

Als der Außenminister zu Bett geht, platzt eine Ader in seinem Gehirn. Er verliert das Bewußtsein und liegt röchelnd bis in den Morgen des 3. Oktober. Gegen sechs Uhr morgens erlöst ihn der Tod.

Nach einem Kampf voll maßloser Erbitterung findet Ende Oktober 1929 die Eintragung zum Volksbegehren statt, dem seine Urheber die Bezeichnung „Freiheitsgesetz“ gegeben haben. Achttausend Stimmen mehr als die von der Verfassung geforderte Zahl werden gezählt. Das Begehren ist bejaht. Es muß an den Reichstag gehen, der es entweder annimmt oder ablehnt. Lehnt er ab, so kommt das Begehren zum Volksentscheid.

Ende November gelangt das Freiheitsgesetz an den Reichstag. Außenminister Curtius, der Nachfolger Stresemanns, wendet sich gegen die Vorlage. „Niemand hat Deutschland den einseitigen Schuldspruch von Versailles anerkannt“, ruft er der Opposition zu. „Jede Regierung hat dieses Unrecht zurückgewiesen. Wir wollen uns nicht der Täuschung schuldig machen, als ob durch deutsches Gesetz und Volksentscheid allein internationale Verträge außer Kraft gesetzt, die Reparationslasten abgeschüttelt werden könnten. Wer sehen will, der sieht, daß wir das steilste Stück unseres Weges schon hinter uns haben . . .“

Die Rechte antwortet mit leidenschaftlichen Anklagen. Die Linke gießt Öl in die flammen. Erregte Auseinandersetzungen spinnen sich an. Der Reichstag scheint zu erwachen aus der dumpfen Lethargie der letzten Jahre. Er weiß noch nicht, daß es sein Schwanengesang ist.

Bei der Abstimmung über das Freiheitsgesetz stellt sich heraus, daß eine Anzahl deutschnationaler Abgeordneter entgegen der Parole ihrer Fraktion den Saal verlassen hat, um nicht für das Gesetz stimmen zu müssen. Das Gesetz wird abgelehnt und gelangt damit zum Volksentscheid. Die deutschnationale Fraktion spaltet sich.

Der Volksentscheid selbst ist nur noch ein Nachspiel. Zwei Tage vor Weihnachten geben 5,8 Millionen Stimmberechtigte ihre Stimme für das Freiheitsgesetz ab. Das Gesetz ist gescheitert. Es hätte zu seiner Annahme 20 Millionen Stimmberechtigter bedurft.

Die aufgewühlten Leidenschaften lassen kaum Besinnung zu, als am 30. November 1929 auf dem Ehrenbreitstein gegenüber Koblenz die französische Trikolore sinkt. Die zweite Besetzungszone ist geräumt. Um Mitternacht steigt, von Scheinwerfern und Raketen beleuchtet, die deutsche

Reichsfahne hoch. Neun Jahre sind vergangen, seit sie von den Eroberern niedergeholt wurde. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge singt am Deutschen Eck den Choral „Großer Gott wir loben dich“.

Aber schon steht die innere Not wieder im Vordergrund. Das deutsche Volk vermag die Feierstunde nicht festlich zu begehen. Die Not schwillt von Tag zu Tag. Dem Parlament gelingt fast nichts mehr, es schlägt ihm alles über dem Kopf zusammen. Noch ist der Zeitpunkt nicht da, in dem stärkere Hände ihm die Aufgabe abnehmen werden.

Ein Winter voller Schrecken steht bevor. Überall verschärft sich die Wirtschaftskrise. Die Zahlen schwellen von Woche zu Woche, Betriebsstillegungen, Einschränkungen, Auflösungen, Kündigungen, Entlassungen — es ist ein furchtbarer Kreislauf der Not. Die Steuerkraft ist ganz und gar ausgeschöpft. Das Kapital ist ausgeschöpft. Die Anleihemöglichkeiten sind ausgeschöpft. Nur das eine ist sicher bei allgemeiner Unsicherheit — daß es im Winter noch viel schlimmer kommen muß! Schon hat die Kapitalflucht wieder mit Macht eingesetzt, schon muß die Reichsbank wieder eingreifen. Schon regen sich die Kräfte des Umsturzes rechts und links zu warnenden Zeichen. Pläne zur Reform der Finanzen sind in genügender Zahl vorhanden, jeder Tag beinahe gebiert ihrer neue. Aber das Parlament kann keinen Schritt mehr vorwärts und keinen mehr rückwärts tun. Die gegenseitige Blockierung der Parteien hat ihren Höhepunkt erreicht. Der Parlamentarismus schwelgt im letzten Stadium seiner Sünden.

Reichsfinanzminister Silberding legt seine neuen Reformpläne vor. Sie enthalten nichts als hohle Versprechungen für die Zukunft. Im nächsten Jahre soll die untere Einkommensteuergrenze herausgesetzt werden. Im nächsten Jahre sollen die Vermögen bis zu 20 000 Mark herab steuerfrei sein. Im nächsten Jahre sollen die Realsteuern um ein Zehntel gesenkt werden. In diesem Jahre aber muß die Regierung, um für Ultimo Dezember Geld in die Kasse zu bekommen, dem schwedischen Zündholzkönig Ivar Kreuger die ganze deutsche Zündholzindustrie verschachern. Herr Kreuger gibt dafür einen Kredit von 500 Millionen Mark.

Von außerhalb des Parlaments erfolgt jetzt der erste energische Eingriff. Reichsbankpräsident Schacht wirft der Regierung vor, daß sie in neue Verschlechterungen des Youngplanes gewilligt habe, denen sie ein entschlossenes Nein hätte entgegensetzen müssen. Er wirft ihr vor, daß sie nichts unternommen habe, um die uferlose Ausgabenwirtschaft, die bei allen öffentlichen Körperschaften nach dem Vorbild des Reiches eingerissen sei, energisch einzudämmen. Er schiebt der Regierung die Schuld daran zu, daß die Lastenverminderung durch den Youngplan weder in diesem noch im nächsten Jahre einer Steuerenkung zugute kommen werde, sondern daß im Gegenteil allen Versprechungen zum Trotz die Steuern noch erhöht werden müßten.

Der Schlag ist hart und trifft.

Die Reichsregierung veröffentlicht ein neues Rettungsprogramm. Aber zum zweitenmal besteht es nur aus Versprechungen für die Zukunft, während es für den Augenblick nur Neubelastungen vorsieht. Wieder bleibt die Ausgabenseite des Etats unangetastet. Die Parteien können sich nicht einmal auf die Streichung einiger Millionen einigen.

Ultimo Dezember 1929 braucht das Reich 1700 Millionen Mark zur Erledigung seiner laufenden Verbindlichkeiten. Dazu kommen neue Kredite für die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 150 Millionen. Das sind insgesamt 1850 Millionen Ausgabenbedarf, denen Deckungsmittel von insgesamt 1370 Millionen gegenüberstehen. 480 Millionen müssen noch vor Ultimo beschafft werden, koste es was es wolle — das ist das Ergebnis aller bisherigen Anstrengungen.

Reichskanzler Müller verlangt vom Reichstag die Ermächtigung, einen neuen Pump aufzunehmen. Wo das geschehen kann, weiß weder er selbst noch sein Finanzminister. Er verlangt, daß die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und der Tabaksteuer sofort in Kraft treten. Die Parteien geben zweideutige Erklärungen ab. Noch einmal erreicht die Regierung ein Vertrauensvotum von einem Parlament, zu dem das Land kein Vertrauen mehr hat.

Noch sind die Verhandlungen nicht abgeschlossen und

die Schwierigkeiten nicht behoben, als eine lange erwartete Bombe platzt.

Der Reichsfinanzminister hat in seinem verzweifelten Bemühen, irgendwie und irgendwo zu Gelde zu kommen, mit einem amerikanischen Bankhaus Verhandlungen aufgenommen. Drei mächtige Instanzen erheben jetzt gleichzeitig Einspruch gegen dies uferlose Pumpverfahren. Der Reichsbankpräsident erklärt sein Veto, wenn nicht gleichzeitig durch gesetzliche Maßnahmen ein Fond in Höhe von 500 Millionen Mark zur Tilgung der schwebenden Schuld geschaffen wird. Der Reparationsagent — noch ist er im Amt, die Regierung schien es vergessen zu haben! — erhebt Einspruch, weil seine Zustimmung nicht eingeholt wurde. Die französische Regierung protestiert, weil Deutschland den Anleihemarkt in solchem Maße beanspruche, daß die im Youngplan vorgesehene Mobilisierung eines Teiles der deutschen Schuld in Frage gestellt werde.

Unter diesem Angriff von drei Seiten bricht das Kartenhaus der Silberdingischen Finanzpolitik sofort zusammen. Der Minister und sein Staatssekretär verschwinden aus ihren Ämtern. Der Reichstag muß nach lärmenden Protesten der Linken Schachts Bedingungen annehmen. Durch Vermittlung der Reichsbank wird noch einmal ein Pumpwerkstelligt. Der bisherige Wirtschaftsminister Moldenhauer, Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, übernimmt Silberdings Erbe.

Das Kabinett hat einen schweren Stoß erhalten. Es besteht kein Zweifel, daß nur noch die bevorstehende zweite Haager Konferenz den Zusammenbruch verhindert. Die Jahreswende ist furchtbar genug. Schlecht gerüstet, durch Versäumnisse im Innern jeder Schlagkraft nach außen beraubt, in sich uneins, von den Parteien nur noch als Notbehelf und Prügelnabe geduldet, fast allen Glaubens im eigenen Volk beraubt — so muß die Regierung des Deutschen Reiches den Gefahren des letzten Kampfes um die „Endregelung“ gegenübertreten.

☆

Der letzte Kampf hebt an. Es ist der 3. Januar 1930, die Delegationen der Mächte sind zum zweitenmal im Haag versammelt.

An der Stelle des toten Strefemann führt Außenminister Curtius die deutsche Abordnung. An Silberdings Stelle steht Finanzminister Moldenhauer.

Für Frankreich ist der neue Ministerpräsident Tardieu gekommen. Der Ring der Ereignisse schließt sich symbolisch. Tardieu ist einer der Hauptschöpfer des Versailler Vertrags. Ihn begleitet Briand als Außenminister, dazu wieder Chéron und Loucheur.

England hat abermals Snowden und Henderson geschickt.

Der erste Tag der neuen Konferenz entfacht den alten Kampf an einem seiner empfindlichsten Punkte. Die Deutschen verlangen, daß unter der Herrschaft des neuen Planes für alle Zukunft jede Möglichkeit von „Sanktionen“ ausgeschaltet werde. Tardieu begehrt auf. Es ist nicht davon zu reden, am Versailler Vertrag darf nicht gerüttelt werden. Frankreich verlangt alle seine vertraglichen Rechte, wenn Deutschland den neuen Plan zerreißt. Frankreich verzichtet auf keine einzige seiner Garantien.

Am nächsten Tage holt Tardieu zum Gegenschlag aus.

Die Franzosen laufen Sturm gegen die Moratoriumsklausel des neuen Planes, die den Deutschen erlaubt, mit Einverständnis eines von der internationalen Bank einzu-berufenen Ausschusses einen bestimmten Teil ihrer Zahlungen um zwei Jahre aufzuschieben. Tardieu pocht darauf, daß es in den Abmachungen zwischen Amerika und seinen Kriegsgläubigern eine solche Klausel nicht gebe.

Am dritten Tag erfolgt der zweite französische Angriff. Frankreich verlangt eine Erweiterung der im Youngplan vorgesehenen Garantien, es verlangt genau bestimmte wirtschaftliche Sanktionsrechte und Befugnisse zu einer Kontrolle der deutschen Finanzen. Der harte Wind von Versailles, Spa und London weht durch die Beratungen. Man kehrt zu den Ausgangspunkten des Tributproblems zurück. Gewalt verlangt ihr Recht.

Die französischen Forderungen sind die Antwort auf die innerdeutsche Mißwirtschaft. Die Franzosen sagen, wir müssen Sicherheiten dagegen haben, daß uns aus der Fortsetzung dieser Wirtschaft Nachteile entstehen.

Am vierten Tage ein neuer Vorstoß. Die Alliierten haben entdeckt, daß man durch Umgestaltung der Termine

für die deutschen Zahlungen noch einige Millionen mehr herauspressen kann. In diesem Punkt sind sie immer einig.

Es ereignet sich ein heftiger Zusammenstoß zwischen Moldenhauer und Tardieu. Moldenhauer lehnt jede weitere Verschlechterung des Planes kategorisch ab. Tardieu läßt sich hinreißen, in einer erregten Auseinandersetzung die Verhandlungsfähigkeit der deutschen Delegation anzuzweifeln. Wer weiß, wie lange die deutschen Minister noch am Ruder sein werden, das Volk steht nicht mehr hinter ihnen.

Die Franzosen geben in ihrem Bemühen, das Recht auf Sanktionen zu erhalten, einen Schritt nach. Sie erklären sich bereit, eine neue Schiedsinstanz einzufügen. Entscheidet das Schiedsgericht gegen Deutschland, so behalten sie sich die Anwendung aller Rechte aus dem Versailler Vertrag vor. Man weiß, was sie unter diesen Rechten verstehen, die Vergangenheit hat es dreimal furchtbar erprobt.

Der Kampf ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Briand für seine Person resigniert. Er fährt nach Genf, um dort vor dem Forum des Völkerbundes seine paneuropäischen Pläne zu vertreten. Er flüchtet sich in die Illusion, er gibt das rauhe Spiel im Haag auf und überläßt Tardieu das Feld. Der Mann von Locarno weicht dem Manne von Versailles. Die letzte Erinnerung an die Morgenröte der neuen Ära verschwindet.

Für den 12. Januar steht Schachts Besuch im Haag bevor, das Organisationskomitee für die internationale Bank wird zusammentreten, dem er angehört. Die Alliierten wollen vor seinem Eintreffen die Beschlüsse durchpeitschen. Man fürchtet den Reichsbankpräsidenten, man hat in Paris Proben seiner Hartnäckigkeit erlebt. Chéron und Snowden beschuldigen die Deutschen der Verschleppung — warten sie vielleicht auf Schacht?

Curtius erwidert ruhig, es sei nicht die Schuld der Deutschen, wenn die Alliierten die Grenzen des Planes abermals zu überschreiten versuchten.

Die Franzosen drohen mit Aufschub der Räumung der dritten und letzten Zone. Die Stimmung steht schon wieder auf Abbruch. Man spricht von einer späteren dritten Konferenz. „Wenn Sie die Fortsetzung des Dawesplans

haben wollen“, ruft Snowden sarkastisch den Deutschen zu, „so stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung!“

Am 13. Januar bricht endlich die Sensation aus.

Reichsbankpräsident Schacht verweigert die Mitarbeit der Reichsbank an der Gründung der internationalen Bank, wenn der Youngplan nicht unverändert angenommen wird und wenn die Alliierten nicht eindeutig auf das Recht zu Sanktionen verzichten.

Ein Wutgeheul ist die Antwort.

Die Alliierten überschütteten die Deutschen mit Vorwürfen. Die deutschen Minister geraten in eine unmögliche Lage. Die einen behaupten, sie seien mit dem Reichsbankpräsidenten im Komplott. Die andern sagen, sie seien so ohne jede Autorität in ihrem eigenen Lande, daß sie jede Ohrfeige hinnehmen müßten. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß die Reichsregierung diese Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten seit langem offiziell kannte, und daß auch die Vertreter der amerikanischen Hochfinanz mit Schacht im Einverständnis waren. Statt diese Chance sofort zu benutzen, tut die deutsche Delegation das gerade Gegenteil, sie verleugnet den Reichsbankpräsidenten.

Curtius und Moldenhauer versichern, man werde an der Stelle der Reichsbank eine private Bankengruppe zusammenbringen, um Deutschlands Teilnahme an der internationalen Bank und damit den ganzen Plan zu retten. Diese Absicht, in Telefongesprächen und Telegrammen mit Berlin fieberhaft über Nacht betrieben, scheitert schon am nächsten Tage. Keine Privatbank will mitmachen, wenn sich die Reichsbank aus guten Gründen weigert. Man erwägt in Berlin, durch ein Gesetz die Reichsbank zu zwingen. Man will durch ein Sondergesetz den halsstarrigen Reichsbankpräsidenten beseitigen. Eine wüste Hetze wird abermals von der Linken gegen Schacht in Szene gesetzt.

Schacht sieht sich allein. Die Unterstützung der Reichsregierung, die er erwartet, bleibt aus. Er gibt nach. Die Reichsbank stellt sich zur Verfügung. Die Konferenz, der Plan, die „Endlösung“, der Versailler Vertrag, zwei Menschenalter Tribute — alles ist geregelt.

Am 20. Januar 1930 werden das Schlußprotokoll und das gesamte Vertragswerk unterzeichnet. Die Alliierten eilen zur großen Flottenkonferenz nach London. Der

Kampf ist aus. Die Deutschen kehren heim. Es werden keine großen Reden gehalten. Der Reichstag hat jetzt das Wort. Der Reichstag?

☆

Das tragische Nachspiel beginnt.

Die erste Handlung, die Finanzminister Moldenhauer, nach Berlin zurückgekehrt, vornehmen muß, ist die Beantragung von insgesamt 500 Millionen neuer Steuern für 1930. Das ist das Ergebnis aus einem Regierungsversprechen von 900 Millionen Steuererleichterung bei Annahme des neuen Planes.

Unter zuckender Gewitterstimmung tritt am 11. Februar der Reichstag zur Beratung des Youngplanes und der Ergebnisse der Haager Konferenz zusammen. Im Namen des Zentrums erklärt der Abgeordnete Brüning, seine Partei werde dem Ergebnis nur dann zustimmen, wenn das Parlament gleichzeitig die Reichsfinanzen in Ordnung bringe. Diese Forderung erregt auf der Linken neuen Aufruhr.

Außenminister Curtius vertritt die Vorlagen.

„Auch wir hatten erwartet, daß die Gläubiger zu einer geringeren Bemessung der deutschen Zahlungsverpflichtungen gelangen würden. Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft zu machen. Dennoch hat die Reichsregierung die Frage, ob das Interesse des Landes die Annahme der Verträge erfordere, mit einem ehrlichen Ja beantwortet . . .“

Die Sozialdemokraten erklären, daß sie den Gesetzen zustimmen werden.

Stürmische Szenen weckt das Auftreten des deutsch-nationalen Führers Eugen Berg. Aus dem lärmenden Durcheinander von Zurufen und wilden Gegenkundgebungen klingen seine Worte. „Wenigstens in einem Punkte waren wir bisher stets einig, in dem Wunsche, das mühsam erreichte Maß von Einheit in Reich und Volk zu erhalten. Niemand in Deutschland hält den Plan für erfüllbar. Auch das Ausland erkennt in weitem Umfange seine Unerfüllbarkeit an. Gleichwohl ist die Sanktionsklausel bestehen geblieben. Das ist angesichts der Unerfüllbarkeit des Vertrags fast soviel wie eine Vollmacht zur Zerstörung des Reiches . . .“

Der Außenminister widerspricht. Der Abgeordnete Brüning stellt abermals fest, daß seine Fraktion dem Plan in der dritten Lesung nur dann zustimmen werde, wenn das Sanierungsprogramm angenommen und durchgeführt werde. Man könne nicht gleichzeitig den Plan zum Gesetz machen und die bisherige Misßwirtschaft bestehen lassen, das heiße, mit offenen Augen der Katastrophe entgegenzublicken.

Sinter den Kulissen wird um die Finanzsanierung gekämpft. Zum drittenmal kommt ein Deckungsprogramm heraus, daß keine nennenswerte Ausgabeneinschränkung enthält, das die Arbeitslosenversicherung nicht reorganisiert und das in erster Linie nur Zukunftsversprechungen aufweist. Die Sozialdemokraten kämpfen um ihre letzte Position. Es gelingt nicht, eine Einigung zwischen den Regierungsparteien herbeizuführen.

Wieder ist ein Monat verschwendet und vertan. Es geht immer weiter bergab mit den Finanzen und mit dem Parlamentarismus. Man zählt den 12. März 1930, die dritte Lesung und die endgültige Verabschiedung des Youngplanes stehen auf der Tagesordnung des Reichstages. Gelingt sie nicht, so wird die rechtzeitige Räumung des Rheinlandes gefährdet. Immer noch besteht die Drohung des Zentrums, seine Zustimmung zu verweigern, wenn das Reich nicht Ordnung in die Finanzen bringt.

Der Abgeordnete Brüning begibt sich zum Reichspräsidenten Hindenburg. Beide besprechen sich, ausgehend von der Überzeugung, daß kaum noch eine Hoffnung besteht, auf parlamentarischem Wege Ordnung und Vertrauen im Volke wiederherzustellen. Hindenburg gibt Brüning sein Wort, daß er jedes verfassungsmäßige Mittel anwenden werde, um die Finanzsanierung durchzusetzen. Auf dies Wort kann der Abgeordnete sich verlassen.

Er kehrt in den Reichstag zurück. Die dritte Lesung ist im Gange. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit von 265 gegen 192 Stimmen für die Gesetze. Der Youngplan ist angenommen.

Am nächsten Tage vollzieht Reichspräsident Hindenburg die Gesetze und erläßt eine Rundgebung an das deutsche Volk. „Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung zugebracht, der alten Armee, und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine

Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten . . .“

★

Zwei Wochen später. Die unrühmliche Regierung der Großen Koalition verschwindet von der Bildfläche. Der Abgeordnete Brüning, vom persönlichen Vertrauen des Reichspräsidenten getragen, bildet ein bürgerliches Konzentrationskabinet mit Männern seines eigenen Vertrauens.

Am 2. April 1930 tritt Reichskanzler Brüning vor den Reichstag.

„Das Kabinet ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Einen Aufschub dieser Arbeiten kann niemand verantworten, die Stunde erfordert schnelles Handeln. Mit tiefem Ernst nimmt die Reichsregierung die Mahnung des Herrn Reichspräsidenten zur nationalen Einigung auf . . .“

Sindenburg erteilt dem neuen Kanzler die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages, falls dieser das Kabinet stürzt. Vor dieser energischen Kampfansage bricht das Parlament zusammen. Es spricht dem Kabinet sein Vertrauen aus und verabschiedet die ihm zunächst vorgelegten Sanierungsgesetze, wie ihm das Kabinet vorschreibt.

Aber der Kampf ist nur vertagt, nicht durchgekämpft. Als der Reichstag am 3. Mai wieder zusammentritt, um den Etat zu verabschieden, beginnt aufs neue das trübe Dunkel der fraktionsberatungen, das Feilschen um jeden Posten, das unfruchtbare Ausspielen demagogischer Lehrsätze, an die niemand im Volke mehr glaubt.

„Einmal wird der Tag kommen“, ruft Reichskanzler Brüning in einer Versammlung außerhalb des Parlaments, „wo notwendige Reformen nicht mehr verschoben werden können und wo die ganzen Schwierigkeiten und Fehler der vergangenen Jahre sich katastrophal zusammenballen. Das Volk ist des ewigen Verhandeln zwischen den Parteien, das nie zum Ziele führt, überdrüssig!“

Die Parteien hören nicht.

Ende Mai steht das Reich schon wieder vor einem Defizit von 800 Millionen. Die Regierung legt dem Reichs-

tag ein umfassendes Deckungsprogramm vor, das auch die Reform der Arbeitslosenversicherung enthält. Finanzminister Moldenhauer, bei seiner eigenen Partei in Ungnade gefallen, macht dem bisherigen Wirtschaftsminister Dietrich Platz.

Brüning und Dietrich vertreten das neue Programm im Reichstag.

„Alles, was in entscheidenden Augenblicken versäumt wurde“, sagt Brüning, „muß später mit erheblich größeren Lasten nachgeholt werden — das ist das ganze Ergebnis der deutschen Finanzpolitik in den letzten Jahren. Wir müssen brechen mit dem System der Vergangenheit.“

Aber das Parlament will auch jetzt nicht, es mißachtet die warnenden Rufe neuer Männer, die eine andere Tonart anschlagen. Vielleicht kann auch das Parlament gar nicht mehr, es ist längst ohne Kraft und abgewirtschaftet, es kann aus seinen Sünden nicht mehr heraus.

Es wird weiter gefeilscht und gehandelt. Es werden weiter fraktionsbeschlüsse gefaßt. Es geht alles weiter wie immer und als ob sich nichts geändert habe.

„Manchmal scheint es“, ruft zornig Finanzminister Dietrich, „als ob das deutsche Volk überhaupt nicht mehr bestehe, als ob es sich in Gruppen und Grüppchen von Interessenten aufgelöst habe, die lediglich auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind . . .“

Vom Volk spricht er, das Parlament meint er. Aber das Parlament begreift den neuen Ton immer noch nicht. Die letzten Appelle sind fruchtlos.

Abermals erteilt der Reichspräsident dem Reichskanzler die Ermächtigung zur Auflösung. Am Tage darauf erläßt er, ohne die letzten Abstimmungen des Reichstags abzuwarten, das von der Regierung ausgearbeitete Reformgesetz auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung als Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Reich.

Der Reichskanzler erklärt im Reichstag, daß die Regierung auf die Weiterberatung des Gesetzes verzichte. Ein Antrag auf Auflösung des Reichstags wird eingebracht und abgelehnt. Nein, nach Hause wollen sie nicht, aber der Regierung die Mittel zur Rettung des Landes geben wollen sie auch nicht.

Das Parlament rafft sich zu seiner letzten Tat auf. Am 18. Juli wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnung mit der knappen Mehrheit von 14 Stimmen angenommen. Es ist ein letzter Versuch, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, eine letzte Anstrengung der Interessenten, zu retten, was von ihrer Herrschaft zu retten ist. Wie es war, kann es nicht wiederkommen, das Volk erträgt das Vergangene nicht zum zweitenmal.

Reichskanzler Brüning erhebt sich von seinem Platz und verliest unter lärmenden Kundgebungen das Dekret zur Auflösung des Reichstags.

☆

Das Parlament verschwindet, das Volk atmet auf — in seine eigene Hand wird die Bestimmung seines Schicksals gelegt.

Ein Jahrzehnt spannt seinen gewaltigen Bogen zur Erde, das erste Jahrzehnt nach dem furchtbarsten aller Kriege, den wir verloren haben. Es ist das Jahrzehnt der bitteren Erkenntnisse.

Wir haben zu büßen. Wir werden im Innern Buße tun müssen für alle Sünden, die wir in diesen zehn Jahren reichlich begangen. Wir büßen für den mörderischen Bruderkampf, wir büßen für die Leichtfertigkeit, mit der wir geglaubt haben, den verlorenen Krieg durch die Rückgewinnung des Anscheins äußerer Gleichberechtigung, durch ein paar Verträge und durch schöne Worte des Friedens auszulöschen und abzutun. Wir büßen für die Unterdrückung des nationalen Erwachens, wir büßen für die Schmach, die wir schweigend ertrugen. Wir büßen, jeder für sich, für den Egoismus, mit dem ein jeder geglaubt hat, immer noch besser davonzukommen als der andere. Wir büßen für den jämmerlichen Mißbrauch, mit dem wir das gleiche Recht für alle in ein Chaos ohne Ziel und Sinn verwandelt haben.

Wir flagen an.

Wir denken zurück, wir sehen uns verschmutzt, ausgehungert, mit harten Gesichtszügen, in voller Ordnung schweigend ostwärts über die Rheinbrücken marschieren. Wir flagen an diejenigen, die uns daheim mit einem

Chaos empfangen, während auf unsern Fersen die Tankgeschwader und die Bataillone der Sieger festgefügt folgten. Wir klagen an diejenigen, die den nationalen Widerstand als Landesverrat verschrien und dadurch die Nation verderblich spalteten. Wir klagen sie an, weil sie dem Gegner mehr vertrauten als unserer Liebe zum Vaterland und unserem Glauben an Deutschlands Zukunft.

Wir klagen unsere Gegner an, weil sie uns mit Lügen niederzwangen und weil sie im Augenblick des Sieges mit ihrer Gewalt einen furchtbaren Mißbrauch trieben. Wir klagen sie heftiger an, weil sie zehn Jahre später noch glaubten, sie könnten uns durch Fußangeln und Stacheldrähte, durch Zusammenpferchen auf engstem Raum, durch geschickte Verträge, durch Drohung, Gewalt und Überredung, durch Betrug und Ausfaugung entmannen und uns zu einem Volke minderere Art herabdrücken.

Es gibt keine leidenschaftlichere Anklage als den gegenwärtigen Zustand Europas. Am Ende dieses Jahrzehnts, von dem man uns die Herstellung des Friedens und die solidarische Überwindung des Krieges versprach, gleicht Europa einem Pulverfaß, um das drohend die Funken fliegen. Eine Krise sondergleichen hat alle Völker erfaßt. Ein fressendes Fieber peinigt die Nationen, die aufeinander gehezt werden, sich gegenseitig das Brot vom Munde zu reißen. Kein Sieger ist seines Sieges froh geworden. Die Morgenröte, von der ein halbes Jahrzehnt hoffnungsvoll geträumt, ist der dumpfen Spannung unerträglichere Verhältnisse gewichen.

Verträge drohen mit toten Buchstaben. Tribute werden erpreßt, die niemand zugute kommen, die das Tempo der wirtschaftlichen Zerfleischung verhängnisvoll antreiben. Mit Notwendigkeit drängt dieser Kampf zu neuen Katastrophen, wenn man die Ursachen nicht beseitigt. Das Schwert ist genau so über die Besiegten gezückt wie an dem Tage, an dem der Kampf mit den Waffen abgebrochen wurde. Die Grenzen der Besiegten bluten aus offenen Wunden. Die Sinnlosigkeit der geschaffenen politischen Zustände lebt nur von dem militärischen Übergewicht, das sich die Sieger mit allen Mitteln zu erhalten trachten. Ist dies der Friede? Ist dies Solidarität? Ist dies das neue Zeitalter?

In Weimar entschied sich die deutsche Regierung, Versailles anzunehmen. Sie wich, bedrückt von den Verhältnissen des verlorenen Krieges, ohne Glaube an die verborgenen Kräfte des deutschen Volkes, uneins und zerspalten in sich selbst, der Schicksalsfrage aus. Die Ja-sager hatten im Grunde einen leichten Sieg über die Nein-sager. Alles andere ist Folge dieser Entscheidung. Versailles bestimmt das deutsche Schicksal bis zum heutigen Tage. Die stille Hoffnung der Ja-sager von Weimar, die laute Hoffnung der ganzen Epoche von Locarno, man könne Versailles mit Samt umwickeln und die Ketten um Deutschland langsam schmelzen, ist ein Trugschluß. Die Annahme des Versailler Vertrags gestaltete die deutsche Politik für lange Zeit zwangsläufig.

Die furchtbare Ironie des Schicksals wollte es, daß diejenigen, die weltanschaulich den Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus auf Leben und Tod zu führen vorgaben, die treibende Kraft für die Unterwerfung wurden. Die deutsche Sozialdemokratie führte, ausgehend von der Annahme des Versailler Diktats, das deutsche Volk unter das Joch der Hochfinanz und des französischen Imperialismus bis an den Punkt, der heute erreicht ist. Die bürgerlichen Parteien wurden zum größeren Teil Mitläufer, zum andern Teil standen sie abseits, jederzeit auf ihren Vorteil bedacht und bereit, teilzunehmen, wenn sich innerpolitische Vorteile boten. Dies System bekämpfte den nationalen Gedanken und machte ihn zu seinem unverföhnlichen Feind während eines Jahrzehnts. Die deutsche Sozialdemokratie rettete den Kapitalismus in der Stunde seiner höchsten Bedrohung. Sie tat es, weil ihr das Fundament fehlte, aus dem sie die Kraft und die Berufung zur entscheidenden Tat hätte schöpfen können — sie war nicht national.

Das vorgezeichnete Schicksal rollte sich ab. Jahrelang stritten die Ja-sager von Versailles mit den Nein-sagern, aber im Grunde ging es ihnen beiden nur um taktische Vorteile. Die grundsätzliche Frage wurde nie gestellt. Brockdorff-Rantzau sagte Nein und ging. Stresemann sagte Nein und wartete. Stresemanns Politik ist heute abgeschlossen, die Politik Brockdorffs ist niemals versucht worden. Aber es bleibt dabei — es gibt kein Entrinnen vor dem Schicksal, es gibt keinen Ausweg, es gibt nur Umwege. Überall,

wohin wir uns auch wenden, starren die Ketten von Versailles.

Die dritte Epoche deutscher Politik nach dem Kriege ist abgeschlossen. Sie hinterläßt uns an Händen und Füßen gefesselt. Aber der Sieg, von dem heute der Großkapitalismus der Welt und der Imperialismus von Versailles noch leben, entspricht schon nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Die Weltwirtschaftskrise bedroht die Sieger nicht weniger als die Besiegten. Schon wankt das ganze, wohlbedachte System bis in seine Grundfesten. Der Nationalismus, den man entnerven und ausrotten wollte, beginnt sich zu sammeln und seine Forderungen zu stellen.

Noch lebt die Heilige Allianz von 1930 und hält schützend ihre Hand über alle Verträge zwischen Versailles und dem Saag. Noch zwingen die Verhältnisse England und die Vereinigten Staaten an die Seite Frankreichs. Niemals vielleicht ist das gemeinsame Interesse dieser Mächte an der Niederhaltung Deutschlands, das aus verschiedenen Quellen stammt, so groß gewesen wie heute, wo Deutschland sich anschickt, den Kampf gegen Versailles aufzunehmen.

Dies zu wissen, tut not, denn die Kraft, unsern Weg zu gehen, kann sich nur aus der vollständigen Erkenntnis unserer Lage herleiten.

Daß wir den Weg, den uns das Schicksal vorschreibt, mit Entschlossenheit und Kraft, als deutsches Volk und als Nation gehen mögen — das ist unser Gebet!

E n d e